Haushaltsbegleitgesetz 2026

vom 18. Dezember 2025
(Nds. GVBl. 2025 Nr. 106)

Zusammengestellt von der Landtagsverwaltung

Inhaltsverzeichnis

A. Drucksachen und Stenografische Berichte

Drs. 19/8220 - Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026 (Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220) 4

Stenografischer Bericht über die erste Beratung am 10.09.2025 (70. Sitzung, Seite 5771) 27

Drs. 19/9319 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu Drs. 19/8220 46

Drs. 19/9322 - Schriftlicher Bericht zu Drs. 19/8220 und 19/9319 64

Stenografischer Bericht über die abschließende Beratung am 16.12.2025 (80. Sitzung, Seite 6686) 80

Stenografischer Bericht über die abschließende Beratung am 18.12.2025 (82. Sitzung, Seite 6949) 85

B. Gesetzesfassung

Haushaltsbegleitgesetz 2026 vom 18.12.2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 106) 104

Berichtigung des Haushaltsbegleitgesetzes 2026 vom 21.01.2026 (Nds. GVBl. 2026 Nr. 6) 114

C. Niederschriften über die Beratungen in den Ausschüssen

Ausschuss für Haushalt und Finanzen (114. Sitzung am 17.09.2025) 115

Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (50. Sitzung am 30.10.2025) 183

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz (68. Sitzung am 03.11.2025) 188

Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (74. Sitzung am 06.11.2025) 192

Kultusausschuss (61. Sitzung am 07.11.2025) 195

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung (80. Sitzung am 07.11.2025) 200

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (67. Sitzung am 12.11.2025) 205

Ausschuss für Inneres und Sport (88. Sitzung am 13.11.2025) 211

Ausschuss für Haushalt und Finanzen (125. Sitzung am 26.11.2025) 215

Ausschuss für Haushalt und Finanzen (126. Sitzung am 03.12.2025) 221

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen (70. Sitzung am 10.12.2025) 251

D. Anlagen - Vorlagen für die Ausschussberatungen

Vorlage 1: 255
Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der
kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens vom 16.09.2025

Vorlage 2: 314
Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu den Artikeln 1, 2 und 8 bis 13 vom 14.10.2025

Vorlage 3: 330
Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu Artikel 7 vom 23.10.2025

Vorlage 4: 336
Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu den Artikeln 3 bis 6 vom 30.10.2025

Vorlage 5: 348
Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse

Vorlage 6: 364
Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2025

Vorlage 7: 373
Formulierungsvorschläge aus Vorlage 5 sowie Änderungsvorschlag aus Vorlage 6 mit Formulierungsvorschlägen und Anmerkungen des GBD vom 01.12.2025

Vorlage 8: 392
Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der
kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens vom 02.12.2025

Gesetzentwurf

Hannover, den 02.09.2025

Fraktion der SPD
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Landtag wolle das folgende Gesetz beschließen:

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Am Ende der Nummer 11 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

   b) Am Ende der Nummer 12 wird das Wort „und“ eingefügt.

   c) Es wird die folgende Nummer 13 eingefügt:

      „13. ab dem Haushaltsjahr 2026 für kreisfreie Städte 63,26 Euro und für Landkreise 69,14 Euro“.

2. Nach § 5 a wird der folgende § 5 b eingefügt:

„§ 5 b

Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(1) [1]Die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover erhalten vom Land für die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Bereich des gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes im Jahr 2026 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 10 000 000 Euro. [2]Die Beträge nach Satz 1 werden jeweils

1. zur Hälfte nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Kommune nach Satz 1 zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen zum Stichtag 30. Juni 2025 und

2. zur Hälfte nach dem Verhältnis des Viehbestandes in Großvieheinheiten der Kommune nach Satz 1 zu dem Viehbestand in Großvieheinheiten in Niedersachsen

verteilt. [3]Einwohnerzahl ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die die Landesstatistikbehörde aufgrund einer allgemeinen Zählung der Bevölkerung (Volkszählung) und deren Fortschreibung für den Stichtag ermittelt hat. [4]§ 177 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) gilt entsprechend. [5]Der Viehbestand ergibt sich aus der von der Landesstatistikbehörde zusammengestellten Landwirtschaftszählung 2020. [6]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht. [7]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend. [8]Abweichend von § 16 Abs. 2 NKomVG gilt die Stadt Göttingen bei der Anwendung von Satz 1 als kreisangehörige Gemeinde.

(2) Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und der Viehbestand nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 der Landeshauptstadt Hannover bleiben bei der Berechnung des Anteils der Region Hannover unberücksichtigt.“

3. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:

„§ 5 c

Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs
nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs

(1) [1]Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 1 Abs. 1 und 2 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission vom 5. Februar 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 204), erhalten vom Land für die Erfüllung des Anspruchs von Schülerinnen und Schülern in Tageseinrichtungen und Schulen mit Primarbereich nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII)

1. im Jahr 2026 1 269 000 Euro,
2. im Jahr 2027 4 322 000 Euro,
3. im Jahr 2028 7 376 000 Euro,
4. im Jahr 2029 10 335 000 Euro und
5. ab dem Jahr 2030 12 214 000 Euro.

[2]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.

(2) [1]Die Beträge nach Absatz 1 werden auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die im Gebiet des jeweiligen örtlichen Trägers einen Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII haben, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen, die diesen Anspruch haben, aufgeteilt. [2]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der aktuellen Schulstatistik.

(3) [1]Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben den Betrag, den sie nach Absatz 2 erhalten haben, nach Maßgabe der Sätze 2 und 3 unverzüglich zu verteilen. [2]Jeder Träger einer im Gebiet des örtlichen Trägers betriebenen Tageseinrichtung erhält einen Betrag, der dem Verhältnis der Zahl der von ihm nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII in dem Gebiet des örtlichen Trägers geförderten Schülerinnen und Schüler zu der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in dem Gebiet des örtlichen Trägers einen Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII haben, entspricht. [3]Von dem verbleibenden Betrag erhält jeder im Gebiet des örtlichen Trägers befindliche Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich, die als Ganztagsschulen geführt werden, einen Betrag, der dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII an seinen Schulen zu der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem solchen Anspruch im Gebiet des örtlichen Trägers entspricht. [4]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in einer Tageseinrichtung gefördert werden, richtet sich nach der aktuellen Kinder- und Jugendhilfestatistik nach § 98 Abs. 1 SGB VIII und die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der aktuellen Schulstatistik.“

4. In § 7 Abs. 2 werden die Worte „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ durch die Angabe „NKomVG“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes

§ 4 a des Niedersächsischen Sportfördergesetzes vom 7. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 544), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ und das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

2. In Satz 2 wird die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs
und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

§ 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 109), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 3 wird die Angabe „Sätze 4 bis 10“ durch die Angabe „Sätze 4 bis 9“ ersetzt.

2. Die Sätze 4 bis 6 erhalten folgende Fassung:

   „[4]Aus den Bundesmitteln, die dem Land Niedersachsen nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II monatlich zustehen, erhalten die in Satz 1 genannten kommunalen Träger monatliche Abschlagszahlungen. [5]Sofern die Höhe der dem Land Niedersachsen zustehenden Bundesmittel für das laufende Jahr durch Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II rückwirkend angepasst wird, erfolgt eine Anpassung der Abschlagszahlungen rückwirkend zum 1. Januar des laufenden Jahres. [6]Die Höhe der Abschlagszahlungen für die einzelnen in Satz 1 genannten kommunalen Träger wird anhand eines Vomhundertsatzes berechnet, der sich aus dem jeweiligen Anteil des kommunalen Trägers an den vom Land Niedersachsen nach § 46 Abs. 11 Satz 5 SGB II insgesamt gemeldeten Zweckausgaben für die in Satz 1 genannten Leistungen des Vorvorjahres ergibt.“

3. Satz 7 wird gestrichen.

4. Die bisherigen Sätze 8 bis 11 werden Sätze 7 bis 10 und wie folgt geändert:

   a) In dem neuen Satz 8 wird die Angabe „Satz 8“ durch die Angabe „Satz 7“ ersetzt.

   b) In dem neuen Satz 9 wird die Angabe „Sätzen 4 bis 7“ durch die Angabe „Sätzen 4 bis 6“ und die Angabe „Sätzen 8 und 9“ durch die Angabe „Sätzen 7 und 8“ ersetzt.

   c) In dem neuen Satz 10 Halbsatz 1 wird die Angabe „in der ab dem 1. Januar 2021 geltenden Fassung“ durch die Angabe „in der Fassung des Artikels 7 des Haushaltsbegleitgesetzes 2021 vom 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477)“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs

Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 300), geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 wird nach den Worten „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ die Angabe „(NKomVG)“ eingefügt.

2. In § 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 Abs. 4“ ersetzt.

3. § 25 erhält folgende Fassung:

„§ 25

Ausgleich für Verwaltungskosten

(1) [1]Die nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen erhalten im Jahr 2026 zum Ausgleich der entstehenden Personal- und Sachkosten (Verwaltungskosten) zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 SGB IX, der Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe insgesamt 46 909 639 Euro. [2]Bei dem Betrag nach Satz 1 wird davon ausgegangen, dass zum Stichtag 1. Januar 2025

1. in Niedersachsen 71 880 volljährige Menschen mit Behinderungen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung nach Teil 2 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs bezogen haben,

2. bei den herangezogenen Kommunen für die Durchführung der Aufgaben nach Satz 1 je 150 Menschen nach Nummer 1 eine in Vollzeit beschäftigte Person benötigt wird (Personalschlüssel) und

3. für die Beschäftigung der Person nach Nummer 2 durchschnittliche Verwaltungskosten in Höhe von 97 892 Euro entstehen.

(2) [1]Die Höhe des Anteils der jeweiligen Kommune bestimmt sich je zur Hälfte

1. nach dem Verhältnis der Zahl der volljährigen Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1, für die der Kommune Aufwendungen entstehen, zu der Zahl dieser Menschen aller Kommunen, für die den Kommunen solche Aufwendungen entstehen, und

2. nach dem Verhältnis der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Kommune zu der Zahl volljähriger Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen.

[2]Für die Einwohnerzahl gilt § 177 Abs. 1 und 3 NKomVG entsprechend. [3]Je ein Zwölftel des Betrags nach Satz 1 wird zugleich mit den Abschlägen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 gezahlt.

(3) [1]Die Höhe des Ausgleichsbetrags nach Absatz 1 Satz 1 ist jährlich fortzuschreiben. [2]Maßgeblich sind die Veränderungen bei der Zahl der Menschen mit Behinderungen nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und die Veränderungen der durchschnittlichen Verwaltungskosten nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag 31. März eines Jahres im Vergleich zum 31. März des Vorjahres. [3]Im Jahr 2026 sind maßgeblich die Veränderungen im Vergleich zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2. [4]Absatz 2 gilt entsprechend.

(4) Der Gemeinsame Ausschuss gibt zum 1. Januar 2030 und danach jeweils nach fünf Jahren eine Empfehlung darüber ab, ob eine Änderung des Personalschlüssels nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 ab dem jeweiligen Folgejahr geboten ist.

(5) Die den nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen entstehenden Verwaltungskosten zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe werden im Rahmen der Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich gedeckt.“

Artikel 5

Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes

In § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes vom 25. November 2007 (Nds. GVBl. S. 661), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom

14. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 320), wird die Angabe „1 500 000“ durch die Angabe „2 000 000“ ersetzt.

Artikel 6

Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“ vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Am Ende der Nummer 4 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
   b) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „und“ eingefügt.
   c) Es wird die folgende Nummer 6 eingefügt:
      „6. Maßnahmen nach § 12 b Abs. 1 Sätze 4 und 5 KHG“.
2. § 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
   a) Am Ende der Nummer 16 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.
   b) Am Ende der Nummer 17 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
   c) Es werden die folgenden Nummern 18 und 19 angefügt:
      „18. vom Land im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von 600 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 sowie
      19. die dem Land vom Bund ab 2026 zugeteilten Fördermittel nach § 12 b KHG.“
3. § 4 wird wie folgt geändert:
   a) Es wird der folgende neue Satz 9 eingefügt:
      „[9]Die Mittel nach § 3 Satz 1 Nrn. 18 und 19 dürfen nur zur Finanzierung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 verwendet werden.“
   b) Der bisherige Satz 9 wird Satz 10.

Artikel 7

Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ vom 16. Mai 2017 (Nds. GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2020 (Nds. GVBl. S. 108), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und darin erhält Nummer 1 folgende Fassung:
      „1. bei der Medizinischen Hochschule Hannover und bei der Universität Göttingen in der Universitätsmedizin
         a) im Bereich der Krankenversorgung einschließlich der Forschung und Lehre mit räumlichem Bezug zur Krankenversorgung und der ihr dienenden Infrastruktur und
         b) im Bereich der Forschung und Lehre ohne räumlichen Bezug zur Krankenversorgung und der der Forschung und Lehre dienenden Infrastruktur sowie“.

b) Es wird der folgende Satz 2 angefügt:

„[2]Es dient in den in Satz 1 Nr. 1 genannten Bereichen nur zur Finanzierung von Neubaumaßnahmen, einschließlich der Ersteinrichtung unter Anschaffung und Installation medizinischer Großgeräte; es dient weder der Finanzierung von Instandhaltungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen noch der Finanzierung von Maßnahmen zur Erweiterung bestehender Gebäude.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

aa) Es wird der folgende neue Satz 2 eingefügt:

„[2]Das Sondervermögen darf nach Maßgabe des Absatzes 2 auch für Bürgschaften verwendet werden, die zur Sicherung des Vergütungsanspruchs einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung einer Investitionsmaßnahme beauftragten Unternehmen vom Land übernommen werden.“

bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und darin wird die Angabe „§ 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 Buchst. a“ ersetzt.

cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 4 und 5.

b) Es wird der folgende Absatz 2 angefügt:

„(2) [1]Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) darf Bürgschaften in Höhe von insgesamt bis zu 200 000 000 Euro übernehmen. [2]Erlischt eine Bürgschaft, ohne dass das Land aus ihr in Anspruch genommen wird, so stehen die für die Bürgschaft nicht mehr benötigten Mittel erneut für die Übernahme einer Bürgschaft zur Verfügung.“

3. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach den Worten „Finanzierung aus dem Sondervermögen“ die Worte „und die Übernahme einer Bürgschaft“ eingefügt.

b) In Satz 3 Halbsatz 1 werden die Worte „zur Kenntnis genommen“ durch das Wort „beschlossen“ ersetzt.

4. In § 7 Satz 1 werden die Worte „Ministerium für Wissenschaft und Kultur“ durch das Wort „Fachministerium“ ersetzt.

5. In § 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Satz 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz 5“ ersetzt.

Artikel 8

Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

Dem § 4 Abs. 1 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (Nds. GVBl. S. 431), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), werden die folgenden Sätze 11 bis 13 angefügt:

„[11]Im Haushaltsjahr 2026 wird dem Sondervermögen zusätzlich ein Betrag in Höhe von 321 400 000 Euro zugeführt. [12]Von diesem Betrag ist ein Betrag in Höhe von

1. 25 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5,

2. 96 400 000 Euro für den Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft und

3. 200 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 10

zu verwenden. [13]Der Betrag nach Satz 12 Nr. 2 ist je zur Hälfte für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 und für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 zu verwenden.“

Artikel 9

Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“

Das Gesetz über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 120), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung“ durch die Worte „Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung“ ersetzt.

2. In § 8 Satz 2 werden die Angabe „50 82“ durch die Angabe „5191“ und die Angabe „08“ durch die Angabe „19“ ersetzt.

Artikel 10

Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes

Das niedersächsische Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetz vom 29. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 7), wird wie folgt geändert:

1. Am Ende des § 18 Nr. 2 wird nach dem Komma die Angabe „soweit die Darlehen nicht nach § 19 a Satz 1 auf die NBank übertragen worden sind,“ angefügt.

2. § 19 wird wie folgt geändert:

   a) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.

   b) Am Ende der Nummer 6 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

   c) Es werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:

      „7. wirtschaftliche Nachteile ausgleichen, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen entsprechend der Verpflichtung nach § 19 a Satz 1 zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes ausreicht, oder

      8. Zahlungsausfälle aus den nach § 19 a Satz 1 ausgereichten Darlehen ausgleichen.“

3. Nach § 19 wird der folgende § 19 a eingefügt:

„§ 19 a

Übertragung von Darlehen auf die NBank, Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile und Zahlungsausfälle

Das Fachministerium (§ 3 Abs. 3) wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsjahr 2026 zum Sondervermögen gehörende Darlehen mit einem ausstehenden Rückzahlungsanspruch in Höhe von insgesamt bis zu 900 000 000 Euro unentgeltlich auf die NBank zu übertragen, wenn die NBank sich verpflichtet, in Höhe von eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes nach Satz 2 Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes auszureichen. [2]Das Land leistet einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung ausreicht, und für Zahlungsausfälle aus den nach Satz 1 ausgereichten Darlehen.“

Artikel 11

Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 297), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Satz 3 werden nach der Angabe „31 000 000 Euro“ ein Komma und die Angabe „im Haushaltsjahr 2026 einen Betrag in Höhe von 121 000 000 Euro“ eingefügt und die Angabe „Haushaltsjahren 2026“ durch die Angabe „Haushaltsjahren 2027“ ersetzt.
2. In § 6 Satz 2 wird die Angabe „Kapitel 5134 im Einzelplan 13“ durch die Angabe „Kapitel 5201 im Einzelplan 20“ ersetzt.

Artikel 12

Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes

In § 5 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes vom 16. November 1999 (Nds. GVBl. S. 388), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 111), werden die Worte „Deutschen Bundesbank“ durch das Wort „Finanzwirtschaft“ ersetzt.

Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 1 Nr. 3 am 1. August 2026 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Anlass und Ziel des Gesetzes

Der vorliegende Gesetzentwurf dient der erforderlichen Anpassung einschlägiger Rechtsvorschriften zur Gewährleistung der Umsetzung der in dem Entwurf des Haushaltsplans 2026 und der Mittelfristigen Planung 2025 bis 2029 eingearbeiteten Beschlüsse der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2026. Daneben waren weitere sachlich gebotene Änderungen aufzunehmen.

II. Haushaltsmäßige Auswirkungen

Zu Artikel 1 (Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes):

Zu Nummer 1:

Die Gesetzesänderung führt zu keinen haushaltsmäßigen Auswirkungen.

Zu Nummer 2:

Die seitens des Landes zugesagten Mittel werden auf der Grundlage der Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes einmalig im Jahr 2026 in Höhe von 20 000 000 Euro und in

den Jahren 2027 und 2028 durch eine jährliche Zuweisung von 10 000 000 Euro aus dem Landeshaushalt bereitgestellt.

Für das für die Auszahlungen zuständige Landesamt für Statistik Niedersachsen entsteht ein einmaliger zusätzlicher Verwaltungsaufwand in Höhe von 0,2 Vollzeiteinheiten (im Weiteren: VZE) der Entgeltgruppe (im Weiteren: EG) 11 im Jahr 2026. Dieser Bedarf in Höhe von rund 17 000 Euro wird innerhalb des Kapitels 0309 erwirtschaftet.

Zu Nummer 3:

Von den dem Land durch eine Veränderung der vertikalen Umsatzsteuerverteilung zulasten des Bundes ab dem Jahr 2026 zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung gestellten Finanzmitteln werden im Jahr 2026 1 269 000 Euro, im Jahr 2027 4 322 000 Euro, im Jahr 2028 7 376 000 Euro, im Jahr 2029 10 335 000 Euro und ab 2030 12 214 000 Euro jährlich an die Kommunen weitergeleitet.

Für die Durchführung der Berechnungen und Auszahlungen entsteht im Landesamt für Statistik Niedersachsen Aufwand in Höhe von 0,5 VZE EG 11 (entspricht 48 458 Euro) im ersten Jahr und 0,2 VZE EG 11 (entspricht 19 383 Euro) in den Folgejahren.

Zu Nummer 4:

Die Gesetzesänderung führt zu keinen haushaltsmäßigen Auswirkungen.

Zu Artikel 2 (Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes):

Die Gesetzesänderung führt für den Landeshaushalt zu Mehrausgaben in 2026 in Höhe von zehn Millionen Euro.

Zu Artikel 3 (Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes):

Die Gesetzesänderung hat keine finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Haushaltsmittel des Bundes werden bestimmungsgemäß an die kommunalen Träger der Leistungen nach § 28 des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB II) und § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) weitergeleitet.

Zu Artikel 4 (Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs).

Durch die Erhöhung des Verwaltungskostenerstattungsbetrages nach § 25 Abs. 1 um 11 185 614 Euro von 35 724 025 Euro auf 46 909 639 Euro entsteht in 2026 ein Mehrbedarf in Höhe von 11 185 614 Euro. Dieser Mehrbedarf ist im Haushaltsplanentwurf 2026 veranschlagt. Für die Jahre 2027 ff. ist mit jährlichen tariflichen Steigerungen der Personalkosten und einem zumindest geringen Aufwuchs der Anzahl Leistungsbeziehender in den kommenden Jahren im Vergleich zum Stand 1. Januar 2025 zu rechnen. Die konkrete Höhe des Erstattungsbetrages wird in künftigen Haushaltsaufstellungsverfahren konkretisiert und veranschlagt.

Zu Artikel 5 (Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes):

Die Erhöhung der Leistung des Landes für Aufwendungen der kommunalen Gebietskörperschaften verursacht Mehrkosten in Höhe von jährlich 500 000 Euro.

Zu Artikel 6 (Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“):

Der Bund hat im Rahmen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes einen Transformationsfonds zur Förderung von Umstrukturierungsprozessen in Krankenhäusern im Volumen von 50 000 000 000 Euro für die Laufzeit von zehn Jahren eingerichtet (§ 12 b Krankenhausfinanzierungsgesetz, KHG). Voraussetzung ist u. a. eine Kofinanzierung durch die Länder von aktuell 50 Prozent (§ 12 b Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 KHG). In einem ersten Schritt werden 600 000 000 Euro als Kofinanzierungsmittel des Landes dem Sondervermögen zugeführt. Weitere Zuführungen sind kommenden Haushaltsaufstellungsverfahren vorbehalten.

Die für Niedersachsen jährlich vom Bund zugeteilten Fördermittel werden ebenfalls dem Sondervermögen zugeführt. Die Höhe der jährlichen Bundesmittel ist abhängig von dem Volumen der jähr-

lich beantragten Fördermaßnahmen. Die Förderanteile der Länder aus den Mitteln des Transformationsfonds werden jährlich vom Bundesamt für Soziale Sicherung bekannt gegeben und betragen in 2026 für Niedersachsen 222 771 799,76 Euro.

Zu Artikel 7 (Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“)

Das Sondervermögen wird seinem Umfang nach nicht erhöht. Durch die Änderung des § 2 Nr. 1 und der damit zusammenhängenden Regelungen wird allerdings ermöglicht, dass das Sondervermögen auch für Investitionen in die Universitätsmedizin außerhalb des Bereichs der Krankenversorgung für ausgewählte Neubaumaßnahmen im Bereich der Forschung und Lehre eingesetzt werden kann. Darüber hinaus ist aufgenommen, dass das Sondervermögen auch Maßnahmen im Bereich der Krankenversorgung und im Bereich der Forschung und Lehre umfassen kann, die der Infrastruktur in diesen Bereichen dienen.

Zu Artikel 8 (Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen):

Einmalig für das Haushaltsjahr 2026 sollen dem Sondervermögen Wirtschaftsförderfonds, Gewerblicher Bereich 73 200 000 Euro zugeführt werden. Einmalig für das Haushaltsjahr 2026 sollen dem Sondervermögen Wirtschaftsförderfonds, Ökologischer Bereich 248 200 000 Euro zugeführt werden.

Diese Zuführungen sind im Entwurf des Haushaltsplans 2026 bei Titel 0802-884 11 und bei Titel 1502-884 11 abgebildet.

Zu Artikel 9 (Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“):

Die Gesetzesänderung führt zu keinen monetär-haushaltsmäßigen Auswirkungen für den Landeshaushalt. Es erfolgen lediglich eine Änderung der Darstellung im Haushalt des Landes sowie eine Klarstellung der geänderten Zuständigkeiten der Ministerien hinsichtlich der Verwaltung des Sondervermögens.

Zu Artikel 10 (Änderung des niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes):

Der vorliegende Gesetzentwurf schafft die Voraussetzungen zur Eigenkapitalstärkung der NBank durch die Einbringung eines Teils des Wohnraum- und Wohnquartierförderfonds (im Weiteren: WoFF). Es werden Forderungen aus dem WoFF auf die NBank übertragen. Bei der NBank handelt es sich um eine Anstalt des öffentlichen Rechts, Träger der NBank ist das Land.

Die Landesregierung hat mit Kabinettsbeschluss vom 29. April 2025 das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen (MW) beauftragt, einen Einbringungsvertrag über maximal die Hälfte des Nominalvolumens des WoFF mit der NBank abzuschließen, nachdem der erforderliche Ermächtigungsrahmen geschaffen ist. Dieser ist hinreichend bestimmt zu fassen, wobei sowohl das Gesamtvolumen der Forderungen im WoFF als auch deren Barwert stichtagsbezogen schwanken. Um die in Aussicht genommene Wirkung der Eigenkapitalstärkung erreichen zu können, wird dieser Rahmen unter Anwendung eines Sicherheitszuschlags von rund 6 % auf den Stichtagswert von rund 850 000 000 Euro zum 31 Dezember 2024 auf 900 000 000 Euro festgesetzt. Angesichts der Herausforderungen der Transformation soll die NBank eine verstärkte Rolle in der Förderpolitik des Landes wahrnehmen. Um der NBank neue (Darlehens-) Förderprogramme im Eigengeschäft zur Unterstützung insbesondere der nachhaltigen Transformation Niedersachsens zu ermöglichen, ist eine Stärkung der Eigenkapitalbasis in erheblicher Höhe erforderlich.

Nominal wird der WoFF entsprechend reduziert, dies spiegelt sich im Finanzplan des WoFF für 2026 wider. Auswirkungen auf die Wohnraumförderung ergeben sich nicht, da die NBank sich verpflichtet, in Höhe der Rückflüsse wieder Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes als Darlehen auszureichen.

Das Gesetz beinhaltet keine weitergehenden Verpflichtungen des Landes über die bereits bestehende Verpflichtung und Haftung des Landes gegenüber der NBank hinaus, geregelt in § 7 des

Gesetzes über die Investitions- und Förderbank Niedersachsen, und enthält insoweit keine haushaltsmäßigen Auswirkungen.

Zu Artikel 11 (Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“):

Zu Nummer 1:

Die Erhöhung der Zuführung an das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ führt im Haushaltsjahr 2026 zu einer entsprechenden Belastung des Kernhaushalts in Höhe von 100 000 000 Euro.

Zu Nummer 2:

Durch die Verlagerung des Sondervermögens vom Einzelplan 13 zum Einzelplan 20 ergeben sich keine haushaltsmäßigen Auswirkungen.

Zu Artikel 12 (Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes):

Haushaltsmäßige Auswirkungen ergeben sich nicht.

III. Auswirkungen auf das Klima, die Umwelt, den ländlichen Raum und die Landesentwicklung

Zu den Artikeln 1 und 3 bis 5 sowie 7, 9, 10 und 12:

Auswirkungen auf die vorgenannten Bereiche sind nicht erkennbar.

Zu Artikel 2:

Mit den zusätzlichen Finanzhilfemitteln wird zum Erhalt der Sportstätteninfrastruktur im ländlichen Raum beigetragen, um den Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes langfristig und flächendeckend die Möglichkeit der Sportausübung zu gewährleisten.

Zu Artikel 6:

Die Investitionen in Krankenhäuser dienen der Sicherung der stationären Versorgung einschließlich der Notfallversorgung in Niedersachsen und sind somit Teil der Daseinsfürsorge für die gesamte Bevölkerung.

Zu Artikel 8:

Von den Mitteln, die für das Haushaltsjahr 2026 zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, sollen 200 000 000 Euro der Kofinanzierung von Vorhaben aus dem aufgestockten Klima- und Transformationsfonds dienen. Insbesondere im Bereich des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ und bei Klimaanpassungsprojekten im Bereich von Mooren, Auen, Wäldern und Salzwiesen ist mit erheblichen Mittelbedarfen zu rechnen, um vermehrte Investitionen nach Niedersachsen zu lenken und die Klimaziele gerade im großen Bereich der Moore zu erfüllen.

Weitere 96 400 000 Euro sollen der Kofinanzierung von Bundesförderungen für große anstehende Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur im Rahmen der Umsetzung der Energiewende dienen und damit einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten.

Zu Artikel 11:

Die zusätzliche Zuführung an das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ im Haushaltsjahr 2026 zum Zweck der energetischen Sanierung von Landesliegenschaften wirkt sich positiv auf den Klimaschutz aus.

IV. Auswirkungen auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Zu den Artikeln 1 und 3 bis 12:

Auswirkungen auf die vorgenannten Bereiche sind nicht erkennbar.

Zu Artikel 2:

Mit den zusätzlichen Finanzhilfemitteln wird zum Erhalt der Sportstätteninfrastruktur beigetragen, um den Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht langfristig und flächendeckend die Möglichkeit der Sportausübung zu gewährleisten.

V. Auswirkungen auf Familien

Zu den Artikeln 1 und 3 bis 12:

Auswirkungen auf den vorgenannten Bereich sind nicht erkennbar.

Zu Artikel 2:

Mit den zusätzlichen Finanzhilfemitteln wird zum Erhalt der Sportstätteninfrastruktur beigetragen, um den Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht langfristig und flächendeckend die Möglichkeit der Sportausübung zu gewährleisten.

VI. Auswirkungen auf die Belange von Menschen mit Behinderungen

Zu den Artikeln 1 und 3 sowie 6 bis 12:

Auswirkungen auf den vorgenannten Bereich sind nicht erkennbar.

Zu Artikel 2:

Mit den zusätzlichen Finanzhilfemitteln wird zum Erhalt der Sportstätteninfrastruktur beigetragen, um den Menschen mit und ohne Behinderung die Möglichkeit der gemeinsamen Sportausübung zu gewährleisten.

Zu Artikel 4:

Auswirkungen auf den vorgenannten Bereich ergeben sich mittelbar, da mit der an die aktuellen Verhältnisse angepassten Verwaltungskostenerstattung die örtlichen Träger der Eingliederungshilfe finanziell auch weiterhin in die Lage versetzt werden, im Rahmen der Heranziehung nach § 4 Abs. 3 oder 4 Ansprüche von Menschen mit Behinderungen mit der erforderlichen fachlichen Kompetenz zu prüfen und über sie zu entscheiden.

Zu Artikel 5:

Durch die Änderung werden die Kommunen bei der Umsetzung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention und des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes gestärkt. Dies führt mittelbar zu einer Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen auf kommunaler Ebene.

VII. Auswirkungen auf die Digitalisierung

Zu den Artikeln 1 bis 5, 7 und 8 sowie 10 bis 12:

Auswirkungen auf den vorgenannten Bereich sind nicht erkennbar.

Zu Artikel 6:

Gemäß § 12 b Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 KHG sind die Bildung telemedizinischer Netzwerkstrukturen und die Schaffung der Voraussetzungen für die Durchführung robotergestützter Telechirurgie Fördertatbestände des Transformationsfonds.

Zu Artikel 9:

Durch die Überführung der Verwaltung des „Sondervermögens für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ an das für Digitalisierung verantwortliche Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung ist zu erwarten, dass die strategische Gesamtsteuerung verbessert wird sowie Synergien geschaffen werden, sodass die Digitalisierung in den betroffenen Bereichen stringent und effektiv vorangetrieben wird und gleichzeitig die Mittel effektiv und effizient eingesetzt werden.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1:

Zu Nummer 1:

Zu Buchstabe a:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen Nummer 13.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen Nummer 13.

Zu Buchstabe c:

Die Änderungen setzen die durch die zweite Stufe des aktuellen Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst der Länder aus dem Jahr 2023 sowie deren Übertragung auf den Beamtenbereich bedingten Anpassungen um. Diese Anpassungen werden regelmäßig in dem auf das ihrer haushaltsmäßigen Auswirkung folgenden Jahr auf die Pro-Kopf-Beträge der Ausgleichszahlungen für den übertragenen Wirkungskreis übernommen. Aus diesem Grund ergibt sich aus dem Tarifabschluss eine Erhöhung der Ausgleichsbeträge der Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises für das Jahr 2026 von 5,5 %.

Durch die Änderungen ergeben sich jedoch keine Mehrausgaben innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. Vielmehr wird sich der Betrag der Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach § 2 Satz 1 Nr. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich zulasten der Schlüsselzuweisungen erhöhen.

Zu Nummer 2:

Angesichts von Ausgabenzuwächsen der Veterinärverwaltung hat sich das Land auf der Grundlage des Paktes für Kommunalinvestitionen zwischen dem Land und den Kommunalen Spitzenverbänden vom 24. März 2025 auf freiwilliger Basis bereit erklärt, einmalig einen Betrag von insgesamt 40 Millionen Euro über eine Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes für diesen Zweck verteilt auf die Jahre 2025 bis 2028 zu zahlen.

Zu Absatz 1:

Die Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes auf den Gebieten der Tiergesundheit, der Beseitigung tierischer Nebenprodukte, des Tierschutzes einschließlich Tierarzneimittelüberwachung sowie der Lebensmittelüberwachung und Überwachung der Tabakerzeugnisse gehören in weiten Teilen zum übertragenen Wirkungskreis. Durch bundes- und EU-rechtliche Vorgaben ist die Aufgabentiefe und Komplexität der durch die zuständigen Lebensmittel- und Veterinärbehörden wahrzunehmenden Aufgaben in den letzten Jahren erheblich angestiegen und sind die gesellschaftlichen Erwartungen an den Tierschutz deutlich gewachsen. Die Biosicherheitsmaßnahmen zur Vorbeugung von Tierseuchen, die letztlich auch der Lebensmittelsicherheit und der menschlichen Gesundheit dienen, mussten deutlich verstärkt werden. Auch die anzuwendenden IT-Fachverfahren wurden ausgebaut und erfordern in jeder der zuständigen Lebensmittel- und Veterinärüberwachungsbehörden einen stärkeren Administrationsaufwand. Zudem haben EU-Audits gezeigt, dass die Wirksamkeit amtlicher Überwachungsmaßnahmen zu verbessern war, was den Ausbau des bestehenden einheitlichen Qualitätsmanagementsystems und des Auditsystems in Niedersachsen zur Folge hatte.

Dies hat allein in den letzten fünf Jahren dazu geführt, dass 240 neue Stellen in den kommunalen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden geschaffen wurden, um die notwendige Aufgabenerfüllung sicherzustellen, wobei es sich bei den Ausgabenzuwächsen der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsverwaltung nicht um konnexitätsrelevante Mehrausgaben in dem Bereich handelt, da diese nicht auf landesgesetzlichen Vorgaben beruhen.

Zur Sicherstellung des Verbraucherschutzniveaus, das den geltenden rechtlichen Anforderungen sowie angemessenen gesellschaftlichen Erwartungen gerecht wird, unterstützt das Land auf freiwil-

liger Basis durch zusätzliche Finanzmittel die Aufgaben der Veterinärbehörden in den Jahren 2025 bis 2028.

Die bereitgestellten Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich sind mittels Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes einmalig im Jahr 2026 in Höhe von 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 durch eine jährliche Zuweisung von 10 000 000 Euro zu ergänzen.

Nach Anhörung der kommunalen Spitzenverbände wurde ein Verteilungsschlüssel gewählt, der den besonderen Herausforderungen der Lebensmittel- und Veterinärüberwachungsbehörden gerecht wird:

Die Leistungen werden zur Hälfte nach der Einwohnerzahl auf die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover aufgeteilt.

Die Einwohnerzahl im Einzugsbereich der kommunalen Lebensmittel- und Veterinärbehörden hat Einfluss auf den Umfang der Kontrollaufgaben zur Überprüfung der einschlägigen Rechtsvorgaben.

So korreliert die Einwohneranzahl mit der Anzahl an Unternehmen wie z. B. Gaststätten, Supermärkten, Kiosken, Imbissen, die im Rahmen der Lebensmittelüberwachung zu überprüfen sind, auch nimmt mit der Einwohnerzahl die Anzahl der Heimtiere zu und damit der Aufwand, der mit Tierschutzfällen einhergeht, die oftmals nicht gebührenrechtlich erfasst sind.

Die Leistungen werden zur Hälfte nach dem Viehbestand in Großvieheinheiten in den Landkreisen, der Region Hannover, den kreisfreien Städten und der Landeshauptstadt Hannover aus der Landwirtschaftszählung 2020, die durch das Landesamt für Statistik zusammengestellt wird, verteilt. Eine Verteilung nach Großvieheinheiten berücksichtigt, dass es in einem Flächenland wie Niedersachsen eine hohe Aufgabenbelastung gibt, wie beispielsweise die Prävention und Bekämpfung von Tierseuchen in den kommunalen Veterinärbehörden mit einer großen Anzahl an Nutztierbeständen.

Der Termin zur Leistungserbringung wird auf den 30. September des jeweiligen Auszahlungsjahres festgelegt, und die Zuständigkeit für die Auszahlungen durch die Landesstatistikbehörde (Landesamt für Statistik Niedersachsen) sowie die Modalitäten der Leistungserbringung werden definiert.

Die Daten für die Region Hannover beinhalten die Daten für die Landeshauptstadt Hannover, d. h. die Daten der Landeshauptstadt Hannover sind eine Darunter-Position der Daten für die Region Hannover. Die Daten würden dann entsprechend dem Gesetz angepasst werden.

Die Stadt Göttingen gilt abweichend von § 16 Abs. 2 NKomVG als kreisangehörige Gemeinde. Der Landkreis Göttingen nimmt die Aufgaben der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörde der Stadt Göttingen im Rahmen einer Zweckvereinbarung wahr. Daher werden bei der Bemessung der Leistungen für den Landkreis Göttingen die Einwohner der Stadt Göttingen und der dortige Viehbestand in Großvieheinheiten mitberücksichtigt.

Mit den bis 2028 zugestandenen Leistungen werden die zuständigen Behörden in die Lage versetzt, organisatorische Maßnahmen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Aufgabenwahrnehmung zu erreichen.

Zu Absatz 2:

Die Einwohnerzahl sowie der Viehbestand in Großvieheinheiten der Landeshauptstadt Hannover bleiben bei der Berechnung des jeweiligen Anteils der Region Hannover unberücksichtigt, da die Landeshauptstadt Hannover eigene Leistungen erhält.

Zu Nummer 3:

Mit Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz - GaFöG) vom 2. Oktober 2021 (BGBl. I S 4602) ist in § 24 Abs. 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in der ab 1. August 2026 geltenden Fassung ein Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder, die im Schuljahr 2026/2027 oder in den folgenden Schuljahren die erste Klassenstufe besuchen, ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe verankert worden. Der Anspruch besteht an Werktagen im Umfang von acht Stunden

täglich und gilt im zeitlichen Umfang des Unterrichts sowie der Angebote der Ganztagsgrundschulen, einschließlich der offenen Ganztagsgrundschulen, als erfüllt.

Der Anspruch auf Ganztagsförderung richtet sich gegen den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für die Erfüllung dieser Aufgabe die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung, § 79 SGB VIII. Das Land hat sich - entsprechend der Regelung des § 24 Abs. 4 SGB VIII - mit den Kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens darauf verständigt, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter in den Ganztagsgrundschulen umgesetzt werden kann. Die jeweiligen Kommunen entscheiden vor Ort, an welchen Ganztagsgrundschulen der Rechtsanspruch umgesetzt wird und ob Hortangebote beibehalten werden. Andere regionale individuelle Lösungen, wie z. B. Kombinationen von Ganztagsschule und Hort, sind ebenfalls möglich.

Gemäß Artikel 4 und 7 Abs. 6 GaFöG war vorgesehen, § 1 Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 57), in der ab 1. Januar 2026 geltenden Fassung wie folgt zu fassen:

„Zum anteiligen Ausgleich für laufende Belastungen der Länder, die diesen aus der stufenweisen Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder durch Artikel 1 Nrn. 2 und 3 GaFöG entstehen, verringern sich die in Absatz 2 genannten Beträge für den Bund im Jahr 2026 um 135 Millionen Euro, im Jahr 2027 um 460 Millionen Euro, im Jahr 2028 um 785 Millionen Euro, im Jahr 2028 um 785 Millionen Euro, im Jahr 2029 um 1 110 Millionen Euro und in den Jahren ab 2030 um jeweils 1 300 Millionen Euro; die in Absatz 2 genannten Beträge für die Länder erhöhen sich entsprechend im Jahr 2026 um 135 Millionen Euro, im Jahr 2027 um 460 Millionen Euro, im Jahr 2027 um 785 Millionen Euro, im Jahr 2029 um 1 110 Millionen Euro und in den Jahren ab 2030 um jeweils 1 300 Millionen Euro.“

Durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. November 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 361) wurden Artikel 4 und 7 Abs. 6 GaFöG aufgehoben. Zugleich wurden durch Artikel 4 die in § 1 Abs. 2 FAG genannten Beträge angepasst. Ausweislich BT-Drs. 20/13287, S. 22 wurde damit die bislang vorgesehene Änderung der Verteilung der Umsatzsteuer im Rahmen des GaFöG, mit der die Länder dauerhaft einen anteiligen Ausgleich für Belastungen erhalten, die diesen aus der stufenweisen Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder gemäß GaFöG entstehen, inhaltlich unverändert in § 1 Abs. 2 FAG integriert.

Das Land beabsichtigt, in Absprache mit den Kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens, jährlich 10 % dieser seitens des Bundes ab dem Jahr 2026 zur Verfügung gestellten Mittel zum anteiligen Ausgleich für laufende Belastungen der Länder, die diesen aus der stufenweisen Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder durch Artikel 1 Nrn. 2 und 3 GaFöG entstehen, an die Kommunen weiterzureichen.

Der vorliegende Gesetzesentwurf schafft die zum Erreichen dieses Zwecks notwendige landesgesetzliche Regelung. Konkret sieht die Regelung eine Auszahlung an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe vor, an die sich der Anspruch auf Ganztagsförderung gemäß § 24 Abs. 4 SGB VIII richtet, sowie eine anteilige Weiterleitung an die Träger von Tageseinrichtungen für Kinder, in denen Schülerinnen und Schüler im Primarbereich gefördert werden, sowie an Schulträger von öffentlichen allgemeinbildenden Schulen mit einem Primarbereich, die als Ganztagsschulen geführt werden, entsprechend dem jeweiligen Anteil an der Umsetzung des Anspruchs auf Ganztagsförderung.

Eine Alternative zum Erreichen dieses Zwecks besteht nicht. Über die Erreichung des Regelungszwecks hinaus sind keine weiteren Folgen zu erwarten.

Der Gesetzentwurf löst keine konnexitätsrelevanten Mehrausgaben nach Artikel 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung aus.

Zu Absatz 1:

Nach Absatz 1 erhalten die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 1 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 Nds. AG SGB VIII zum anteiligen Ausgleich für laufende Belastungen, die aus der Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung durch Artikel 1 Nr. 3 GaFöG entstehen, vom Land

im Jahr 2026 1 269 000 Euro, im Jahr 2027 4 322 000 Euro, im Jahr 2028 7 376 000 Euro, im Jahr 2029 10 335 000 Euro und ab 2030 12 214 000 Euro jährlich. Die Auszahlung erfolgt jeweils bis zum 30. September des Jahres.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 regelt die Verteilung der Beträge auf die einzelnen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Absatz 1.

Zu Absatz 3:

In Absatz 3 wird die Weiterleitung der erhaltenen Beträge durch die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe geregelt. Danach leiten diese die erhaltenen Beträge nach Absatz 2 abzüglich eines auf die Träger von Tageseinrichtungen für Kinder entfallenden Anteils an die in ihrem Zuständigkeitsbereich befindlichen Schulträger von öffentlichen allgemeinbildenden Schulen mit einem Primarbereich, die als Ganztagsschulen geführt werden, unverzüglich weiter. Der auf die Träger von Tageseinrichtungen für Kinder entfallende Anteil ergibt sich aus der Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich, die in dem jeweiligen Gebiet in Tageseinrichtungen für Kinder gefördert werden, im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen nach Absatz 2. Die Beträge nach Satz 2 erhalten die Träger der in dem Zuständigkeitsbereich des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe befindlichen Tageseinrichtungen für Kinder, in denen Schülerinnen und Schüler im Primarbereich gefördert werden.

Zu Nummer 4:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu einer redaktionellen Anpassung zur Einführung der amtlichen Abkürzung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in § 5 b.

Zu Artikel 2:

Zur Stärkung der niedersächsischen Sportstätteninfrastruktur hatte das Land für die Jahre 2019 bis 2022 das 100 Millionen Sportstättensanierungsprogramm aufgelegt. Mit diesen Mitteln konnte ein Beitrag geleistet werden, um den bestehenden Sanierungsstau an niedersächsischen kommunalen und vereinseigenen Sportstätten teilweise abzubauen. Es besteht jedoch nach wie vor Bedarf an der Erhaltung der niedersächsischen Sportstätteninfrastruktur, um den Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes langfristig und flächendeckend die Möglichkeit der Sportausübung zu gewährleisten. Die Einrichtungen des Sports tragen viele Voraussetzungen in sich, um u. a. die gesundheitliche Resilienz sowie den sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung zu stärken. Insbesondere Kinder und Jugendliche sowie Seniorinnen und Senioren profitieren von den Wirkungen der Bewegungs- und Sportangebote von Vereinen.

Im Jahr 2025 wurde dem Landessportbund Niedersachsen e. V. (LSB) bereits eine zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von fünf Millionen Euro für die Errichtung und Sanierung von Vereinssportstätten zur Verfügung gestellt.

Die zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von zehn Millionen Euro im Kalenderjahr 2026 soll dem LSB erneut für die Errichtung und Sanierung von Vereinssportstätten zur Verfügung gestellt werden, um den nach wie vor bestehenden Sanierungsbedarf weiter abzubauen und gegebenenfalls eine Schließung von Sportstätten zu verhindern. Die zusätzliche Finanzhilfe soll zur Aufstockung beim LSB vorhandener Programme eingesetzt werden. Diese Maßnahmen stehen im Einklang mit den existierenden Vorgaben des Niedersächsischen Sportfördergesetzes und der Niedersächsischen Sportförderverordnung.

Die zusätzliche Finanzhilfe ist nicht für Verwaltungsaufwand einzusetzen. Da dem LSB die Mittel auf Grundlage des Niedersächsischen Sportfördergesetzes und nicht über eine Zuwendungsrichtlinie zur Verfügung gestellt werden, ist davon auszugehen, dass auf Seiten des LSB kein oder nur ein geringer zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht. Infolge des 100-Millionen-Euro-Sportstättensanierungsprogramms sind darüber hinaus beim LSB bereits personelle Ressourcen für die Abwicklung der zusätzlichen Finanzhilfemittel vorhanden.

Die Ausreichung der zusätzlichen Mittel an die im LSB organisierten Sportvereine und -verbände erfolgt über bereits bestehende Förderrichtlinie des LSB, die gemäß § 6 der Niedersächsischen Sportförderverordnung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung abgestimmt ist.

Mit den zusätzlichen Finanzhilfemitteln wird zum Erhalt der Sportstätteninfrastruktur beigetragen, um den Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht sowie Menschen mit und ohne Behinderung langfristig und flächendeckend die Möglichkeit der gemeinsamen Sportausübung zu gewährleisten.

Die Gesetzesänderung führt für den Landeshaushalt zu Mehrausgaben in Höhe von zehn Millionen Euro.

Zu Nummer 1:

Änderung aufgrund erneuter Gewährung von zusätzlichen Finanzhilfemitteln auch im Jahr 2026.

Zu Nummer 2:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Änderung Nummer 1.

Zu Artikel 3:

Zu Nummer 1:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung aufgrund der Streichung eines Satzes.

Zu Nummer 2:

Die kreisfreien Städte, die Landkreise sowie die Region Hannover sind kommunale Träger der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II und § 6 b BKGG. Bei den Aufgaben nach § 6 b BKGG kommt noch die Stadt Göttingen als weiterer kommunaler Träger hinzu (§ 3 a).

Das Land zahlt den genannten kommunalen Trägern aus den Bundesmitteln nach § 46 Abs. 8 SGB II monatliche Abschlagszahlungen für ihre Ausgaben bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach den §§ 28 SGB II, 6 b BKGG.

Die bisherige Regelung für die Abschlagszahlungen hat sich als nicht praxistauglich erwiesen und soll durch eine Neuregelung ersetzt werden. Die künftige Höhe der Abschlagszahlungen soll sich stärker als bislang an der tatsächlichen finanziellen Belastung orientieren. Dadurch wird die Umverteilung der Bundesmittel im Rahmen der Jahresendabrechnung reduziert.

Zu Nummer 3:

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Änderung Nummer 2.

Zu Nummer 4:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu Artikel 4:

Zu Nummer 1:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung zur Einführung der amtlichen Abkürzung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes.

Zu Nummer 2:

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen der Verweisungen infolge der Änderung Nummer 3.

Zu Nummer 3:

Seit Inkrafttreten der 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes zum 1. Januar 2020 ist bei den örtlichen Trägern ein erheblicher Aufwuchs des Personalvolumens dokumentiert, der eine Anpassung des Erstattungsbetrages insbesondere an die zwischenzeitlich eingetretenen tariflichen Personalkostensteigerungen erforderlich macht. Da die Ergebnisse der nach § 25 Abs. 3 durchgeführten Evaluation nicht die für eine Umsetzung der Ausgleichsregelung des § 25 Abs. 4 erforderliche

Datengrundlage zur Frage der Umsetzung der Neuregelungen des Bundesteilhabegesetzes erbracht haben (s. Aufgaben nach § 25 Abs. 1 Satz 1), wurde die Erhöhung des Gesamtbetrages der Verwaltungskostenerstattung ab 2026 zwischen der Niedersächsischen Landesregierung sowie dem Niedersächsischen Städtetag (NST) und dem Niedersächsischen Landkreistag (NLT) einvernehmlich geeint.

Die Berechnungsgrundlagen werden gesetzlich fixiert, um Rechtssicherheit zur Frage der Basis für die Fortschreibung des Erstattungsbetrages in den Jahren 2027 ff. zu gewährleisten. Rechnerischer Hintergrund der aufgeführten Parameter sind eine Fallzahl von 71 880 und ein Personalanteil in Höhe von 88 % für Verwaltungs- und pädagogische Kräfte sowie ein Anteil ärztlichen Personals in Höhe von 12 %.

Die bisherigen Regelungen zur Verwaltungskostenerstattung enthalten keinen Fortschreibungsmechanismus. Die nun aufgenommenen Dynamisierungsregelungen orientieren sich an § 4 Abs. 2 Sätze 6 bis 9 des Niedersächsischen Aufnahmegesetzes. In die Fortschreibungsregelung werden die rechnerischen Parameter zur Änderung des Verwaltungskostenerstattungsbetrags - Fallzahl- und tarifliche Kostenentwicklung - einbezogen. Geregelt wird darüber hinaus, dass eine Bestimmung über die interkommunale Verteilung des Gesamtbetrages erfolgen muss. Der Stichtag 31. März jedes Jahres sichert dem Land die rechtzeitige valide Kalkulierbarkeit des Verwaltungserstattungsbetrages für das Haushaltsaufstellungsverfahren des jeweiligen Folgejahres. Die Umsetzung wird dem Fachministerium nach dem Beispiel der Regelung in § 22 Abs. 3 Nr. 2 übertragen.

Da sich die bisherigen Evaluationsregelungen der Absätze 4 und 5 in der Praxis nicht bewährt haben und zudem in Zukunft keine Anwendung mehr finden können, werden diese auf eine regelmäßige Überprüfung der Größe der Bearbeitungsraten je Vollzeiteinheit reduziert. Diese Überprüfung wird dem Gemeinsamen Ausschuss übertragen, was dazu beiträgt, dass diese Fragestellung zukünftig mit einem möglichst einvernehmlichen Ergebnis zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Land beraten werden kann.

Zu Artikel 5:

Geregelt wird die erforderliche Anpassung der Leistungen für Aufwendungen der kommunalen Gebietskörperschaften, die durch die Umsetzung der Ziele und Pflichten des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes entstehen. Ziel der Anpassung ist es, die in § 14 Abs. 1 mit bisher 1 500 000 Euro bezifferte Leistung des Landes auf einen Betrag in Höhe von 2 000 000 Euro zu erhöhen.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes vom 16. Dezember 2021 (Nds. GVBl. S. 921) wurden den kommunalen Gebietskörperschaften neue Aufgaben in Bezug auf die Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zugewiesen. Dazu gehören die Vorschriften zur angemessenen Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen in kommunalen Gremien (§ 4 a) sowie zur Unterstützung der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen (§ 11 Abs. 4), Verschärfungen im Bereich der baulichen Barrierefreiheit (§ 7 Abs. 1 und 4), eine Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten für die barrierefreie Kommunikation mit Behörden (§§ 6 und 8) sowie die Pflicht zur Durchführung von Inklusionskonferenzen und Erstellung von Inklusionsberichten für Landkreise und kreisfreie Städte inkl. der ihnen gleichgestellten Körperschaften (§ 12 a). Nach Artikel 2 der Gesetzesnovellierung wurde eine Evaluation der durch dieses Gesetz für die kommunalen Körperschaften verursachten Kosten im Sinne des Artikels 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung durchgeführt. Im Ergebnis der Evaluation besteht zwischen dem Land Niedersachsen und den kommunalen Spitzenverbänden Einigkeit, dass mit einer Erhöhung der Ausgleichsleistung um 500 000 Euro die zusätzlichen Aufwände abgedeckt sind.

Zu Artikel 6:

Zu den Nummern 1 und 2:

Geregelt werden die Erweiterung des Förderzwecks um Maßnahmen nach § 12 b Abs. 1 Sätze 4 und 5 KHG (Transformationsfonds) sowie die Zuführungen von Landes- und Bundesmitteln.

Zu Nummer 3:

Zu Buchstabe a:

Geregelt wird die Zweckbindung der zugeführten Mittel.

Zu Buchstabe b:

Redaktionelle Anpassung an die Reihenfolge der Nummerierung.

Zu Artikel 7:

Zu Nummer 1:

Aus dem „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ können bei der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) und bei der Universitätsmedizin der Universität Göttingen (UMG) nur Investitionen im Bereich der Krankenversorgung finanziert werden (§ 2 Nr. 1 der bisherigen Gesetzesfassung). Bei der Universität Göttingen außerhalb der Universitätsmedizin und bei den übrigen Hochschulen in staatlicher Verantwortung mit Ausnahme der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege steht das Sondervermögen für Investitionen außerhalb der Krankenversorgung zur Verfügung, etwa für Maßnahmen der Forschung und Lehre. § 2 Nr. 1 wird jetzt so geändert, dass die Mittel des Sondervermögens auch bei der MHH und bei der UMG für Investitionen in Neubaumaßnahmen jenseits der Krankenversorgung im Bereich der Forschung und Lehre ohne räumlichen Bezug zur Krankenversorgung genutzt werden können (neu § 2 Nr. 1 Buchst. b).

Da es sich um Investitionen in die Hochschulmedizin handelt, gelten auch für die Investitionen nach § 2 Nr. 1 Buchst. b die Regelungen, die schon bisher für Investitionen in den Bereich der Krankenversorgung aus dem Sondervermögen gelten. Investitionsmaßnahmen bei den Hochschulmedizinen in Forschung und Lehre außerhalb der Krankenversorgung sind daher auf der Grundlage der Vereinbarung über die zentrale Steuerung betreffend die Nachholung von Investitionen bei der MHH und der UMG abzuwickeln (§ 5 Satz 4) und über die dazu geschaffenen Gesellschaften (§§ 8 und 9).

Zugleich wird in § 2 Nr. 1 Buchst. a - in Übereinstimmung mit der Begründung des ursprünglichen Gesetzentwurfs (Drucksache 17/7772, S. 5) - im Gesetzestext klargestellt, dass zum Bereich der Krankenversorgung auch die Forschung und Lehre mit räumlichem Bezug zur Krankenversorgung, die sogenannte patientennahe Forschung und Lehre, gehören.

Darüber hinaus ist klarstellend aufgenommen, dass das Sondervermögen auch Maßnahmen im Bereich der Krankenversorgung und im Bereich der Forschung und Lehre umfassen kann, die der Infrastruktur in diesen Bereichen dienen, wie z. B. Verwaltungsgebäude, Logistikgebäude oder Parkhäuser.

Der neu eingefügte Satz 2 konkretisiert, für welche Investitionen das Sondervermögen zu verwenden ist. Instandhaltungsmaßnahmen sind in der Regel ohnehin keine Investitionen. Sie sollen ebenso wie Erweiterungen bestehender Gebäude - z. B. Anbauten - ausdrücklich nicht aus dem Sondervermögen finanziert werden. Das Sondervermögen soll den Investitionsstau wirksam und zügig abbauen. Dazu eignen sich vor allem in der Hochschulmedizin am besten Neubaumaßnahmen (einschließlich der Ersteinrichtung unter Anschaffung und Installation medizinischer Großgeräte).

Neubaumaßnahmen unterscheiden sich von Investitionsmaßnahmen im Bestand dadurch, dass die Gebäude unabhängig von derzeit im Bestand vorhandenen Baukörpern geplant und errichtet werden und ihre wesentlichen tragenden Strukturen nicht mit bestehenden Gebäuden verbunden werden. Anbauten sind daher nicht sondervermögenstauglich, wenn die neue bauliche Struktur unmittelbar und dauerhaft mit einem bereits vorhandenen Gebäude verbunden wird und dessen statische, funktionale oder infrastrukturelle Systeme (z. B. Tragwerk, Energieversorgung, Verkehrsflächen) mitgenutzt oder integriert werden müssten. Typisch für nicht im Sondervermögen abbildbare Anbauten ist, dass sie einen räumlich-funktionalen Zusammenhang mit bestehenden Nutzungen herstellen (z. B. Erweiterung einer Station, Integration in bestehende Versorgungswege) und mindestens eine gemeinsame Gebäudetrennwand, Fuge oder Bauteilverbindung aufweisen.

Außerhalb der Hochschulmedizin (§ 2 Nr. 2) können auch Instandsetzungsmaßnahmen, insbesondere die Sanierung bestehender Gebäude, aus dem Sondervermögen finanziert werden (siehe Drucksache 17/7772, S. 4).

Zu Nummer 2:

§ 4 Abs. 1 beschränkt die Verwendung von Mitteln des Sondervermögens auf die Finanzierung bestimmter Maßnahmen. Im neu eingefügten Satz 2 wird klarstellend ausgeführt, dass das Land innerhalb der Zweckbindung auch Bürgschaften aus dem Sondervermögen stellen kann. Dies zielt insbesondere auf eine dem § 650 f BGB entsprechende Absicherung des Vergütungsanspruches einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung der Neubaumaßnahmen beauftragten Unternehmen.

Der bisherige Satz 2 wird Absatz 1 Satz 3. Als redaktionelle Folgeänderung zur Neufassung von § 2 Nr. 1 ist klarzustellen, dass die Zuführung zum Sondervermögen aus dem Jahr 2019 sich auf Maßnahmen nach § 2 Nr. 1 Buchst. a beschränkt und sich nicht auf die durch § 2 Nr. 1 Buchst. b jetzt ermöglichten Investitionen in Forschung und Lehre außerhalb der Krankenversorgung erstreckt.

Der bisherige Satz 3 wird Absatz 1 Satz 4 und nicht verändert. Das bedeutet, dass die Obergrenze von 150 Millionen Euro weiterhin für die Investitionen außerhalb der MHH und der UMG gilt. Investitionen in der MHH und der UMG, die nicht im Bereich der Krankenversorgung erfolgen, werden auf diese Obergrenze nicht angerechnet. Dementsprechend wird auch § 6 Abs. 2 nicht geändert.

Der bisherige Satz 4 wird Absatz 1 Satz 5 und nicht geändert.

§ 4 Abs. 2 dient der Ausgestaltung des neuen § 4 Abs. 1 Satz 2. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) wird ermächtigt, zur Absicherung des Vergütungsanspruches einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung der Neubaumaßnahmen beauftragten Unternehmen, Bürgschaften von bis zu 200 000 000 Euro zulasten des Sondervermögens zu übernehmen. Es wird ein revolvierender Bürgschaftsrahmen festgesetzt.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a:

Die Einfügung in § 5 Satz 1 greift die Änderung in § 4 Abs. 1 Satz 2 auf, indem die Finanzierung um das Sicherungsinstrument der Bürgschaften ergänzt wird.

Zu Buchstabe b:

Durch die Ergänzung in § 5 Satz 3 soll hervorgehoben werden, dass für alle Maßnahmen, die in den Maßnahmenfinanzierungsplan oder in dessen Fortschreibungen aufgenommen werden, die vorherige Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages erforderlich ist, unabhängig davon, ob die Neubaumaßnahmen den Bereich Krankenversorgung oder Forschung und Lehre betreffen.

Zu Nummer 4

Redaktionelle Anpassung, weil das Ministerium für Wissenschaft und Kultur einheitlich als Fachministerium bezeichnet werden soll.

Zu Nummer 5

Redaktionelle Anpassung, weil der bisherige § 4 Satz 4 zu § 4 Abs. 1 Satz 5 wird.

Zu Artikel 8:

Für das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen ist für das Jahr 2026 ein zusätzlicher einmaliger Zuführungsbedarf in Höhe von 73 200 000 Euro vorgesehen. Dieser ist für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen vorgesehen.

Aufgrund zu erwartender Kofinanzierungsbedarfe für Vorhaben aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) werden landesseitig Kofinanzierungsmittel in Höhe von 25 000 000 Euro benötigt.

Hinzu kommen Kofinanzierungsbedarfe in Höhe von 48 200 000 Euro für große anstehende Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur im Rahmen der Umsetzung der Energiewende.

Zur Sicherstellung einer optimalen und flexiblen Umsetzung der Kofinanzierung von Bundesförderungen ist es notwendig, dass diese Mittel über den Wirtschaftsförderfonds, gewerblicher Bereich bereitgestellt werden.

Für das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz ist für das Jahr 2026 ein zusätzlicher einmaliger Zuführungsbetrag in Höhe von 248 200 000 Euro vorgesehen. Dieser ist in Höhe von 200 000 000 Euro zur Finanzierung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 10 und in Höhe von 48 200 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen vorgesehen.

Aufgrund zu erwartender Kofinanzierungsbedarfe für Vorhaben aus dem aufgestockten „Klima- und Transformationsfonds“ (KTF) werden landesseitige Kofinanzierungsmittel benötigt.

Hinzu kommen Kofinanzierungsbedarfe für große anstehende Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur im Rahmen der Umsetzung der Energiewende.

Zur Sicherstellung einer optimalen und flexiblen Umsetzung der Kofinanzierung von Bundes- und EU-Förderungen ist es notwendig, dass diese Mittel über den ökologischen Bereich des Wirtschaftsförderfonds bereitgestellt werden.

Zu Artikel 9:

Mit dem Aufgabenübergang des Bereichs „Digitalisierung“ vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Bauen („MW“) auf das Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung („MI“) soll auch die Verwaltung des „Sondervermögens für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ auf das MI übergehen. Die Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens soll dementsprechend im ab dem Haushaltsjahr 2026 neu eingerichteten Einzelplan 19 „Digitalisierung und Informations- und Kommunikationstechnik (IT)“ ausgewiesen werden, der vom MI verwaltet wird.

Zu Nummer 1:

Die Änderung setzt den Aufgabenübergang der Verwaltung des Sondervermögens vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Bauen auf das Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung im Gesetz um.

Zu Nummer 2:

Vom Kabinett wurde am 17. Juni 2025 beschlossen, ab dem Haushalt 2026 einen Einzelplan „Digitalisierung und Informations- und Kommunikationstechnik (IT)“ (Einzelplan 19) einzurichten mit dem Ziel, in diesem Einzelplan die IT-Mittel der Ressorts und der Staatskanzlei zentral zu veranschlagen, um künftig ressortübergreifend insbesondere neue IT-Projekte und -maßnahmen zu steuern. Folgerichtig ist auch die bisher im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Bauen im Einzelplan 08 enthaltene Übersicht des „Sondervermögens für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ (bisher Kapitel 5082) im Einzelplan 19 auszuweisen. Der Ausweis soll unter der Kapitelbezeichnung 5191 erfolgen.

Zu Artikel 10:

Die Landesregierung hat das Ziel, die NBank durch Stärkung der Eigenkapitalbasis sowohl für die Auflage neuer Förderangebote als auch für die Refinanzierung zu ertüchtigen. Angesichts der Herausforderungen der Transformation soll die NBank eine verstärkte Rolle in der Förderpolitik des Landes wahrnehmen.

Zugleich stellt die Gesetzesänderung die Neuausreichung von Darlehen in Höhe der Rückflüsse aus dem übertragenen Forderungsvermögen für den Bereich der sozialen Wohnraumförderung sicher.

Zu Nummer 1:

Nach Einbringung eines Teils des WoFF in das Eigenkapital der NBank fließen nur noch die Tilgungsbeträge und Zinsen aus den im Sondervermögen weiter gehaltenen Darlehen als Einnahmen zurück in den WoFF. Einnahmen die die NBank aus Rückflüssen der in ihr Eigenkapital übertragenen Darlehen erwirtschaftet, fließen der NBank zu. Dies wird durch die Formulierung „soweit die Darlehen nicht nach § 19 a Satz 1 auf die NBank übertragen worden sind“ klargestellt.

Zu Nummer 2:

Bisher werden aus dem WoFF die Förderkomponenten (Zinsverbilligung, Tilgungsnachlässe und Zuschüsse) sowie etwaige Ausfälle der Darlehen der sozialen Wohnraumförderung finanziert. Diese Vorgehensweise soll auch für die Wohnraumförderdarlehen beibehalten werden, die die NBank künftig aus den ihr selbst zustehenden Einnahmen aus Tilgungsbeträgen und Zinsen bereitstellt und vergibt. Dies wird durch die Einfügung der neuen Ziffern klargestellt.

Zu Nummer 3

Die Landesregierung hat beschlossen, die im Koalitionsvertrag verankerte Eigenkapitalstärkung der NBank in Form einer Teileinbringung des Darlehensbestandes des WoFF vorzunehmen. Der neu einzufügende § 19 a ermächtigt das zuständige Ressort der Landesregierung zur Übertragung eines Teils des WoFF auf die NBank. Diese Maßnahme soll jedoch nicht zu einer Schwächung der Wohnraumförderung führen, die eine tragende Säule der Wohnungspolitik des Landes ist. Daher bedingt die Ermächtigung zur Übertragung die Verpflichtung der NBank, in Höhe der eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes der ins Eigenkapital überführten Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung wieder Darlehen auszureichen.

Zugleich wird eine Regelung zum Ausgleich für aus der Vereinbarung von Zinsverbilligungen, Zuschüssen, Tilgungsnachlässen oder sonstigen den Darlehensnehmer begünstigenden Konditionen gemäß den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung resultierende wirtschaftliche Nachteile der NBank der aus dem Eigengeschäft der NBank zu vergebenden Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung aufgenommen. Diese Förderkomponenten sind nicht durch die NBank zu erwirtschaften. Ein Ausgleich ist erforderlich, damit die Verpflichtung der NBank zur Ausreichung von Förderdarlehen in Höhe der Rückflüsse der ins Eigenkapital der NBank überführten Darlehen nicht die Verstärkung des Eigenkapitals schmälert. Satz 2 ermächtigt das Land, die entsprechende Verpflichtung einzugehen. Vorrangig sind die Förderkomponenten und die Ausfälle gemäß § 19 Nrn. 7 und 8 aus dem bestehenden WoFF zu decken.

Zu Artikel 11:

Zu Nummer 1:

Die zusätzliche Zuführung an das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ im Haushaltsjahr 2026 soll für die energetische Sanierung von Landesliegenschaften verwendet werden. Dies ist ein weiterer Baustein für die Erreichung der Klimaziele.

Zu Nummer 2:

Nachdem im Haushaltsjahr 2025 insgesamt 94 000 000 Euro für Baumaßnahmen im Hochschulbereich an die Hochschulen (Landesbetriebe) ausgezahlt worden sind, beinhaltet das Sondervermögen ausschließlich noch Hochbaumaßnahmen, die dem Geschäftsbereich des Finanzministeriums zuzuordnen sind. Durch die Verlagerung des Sondervermögens vom Einzelplan 13 zum Einzelplan 20 können ab dem Haushaltsjahr 2026 nunmehr Fach- und Ressourcenverantwortung zusammengeführt werden.

Zu Artikel 12:

Die Änderung betrifft die Zusammensetzung des Anlageausschusses.

Seit Schaffung der Niedersächsischen Versorgungsrücklage gehörte dem Anlageausschuss ein Vertreter der Deutschen Bundesbank an. Die Verwaltungsvereinbarung, die das regelte, ist seitens der Bundesbank gekündigt worden. Das führt dazu, dass die Verwahrung der Schuldscheinurkunden durch die Bundesbank nicht mehr erfolgen wird und die Mitwirkung im Anlageausschuss entfällt. Die gekauften Wertpapiere sollen weiter in dem Depot der Niedersächsischen Versorgungsrücklage bei der Deutschen Bundesbank verwahrt werden. Die Anlagenentscheidungen werden weiterhin vom Finanzministerium nach Beratung im Anlageausschuss getroffen, die Umsetzung der Anlageentscheidungen erfolgt durch das Kreditreferat (Front Office). Das Mitglied der Bundesbank wird durch eine Person aus der Finanzwirtschaft ersetzt.

Das neue Mitglied des Anlageausschusses sollte aus der Finanzwirtschaft kommen, um erforderliche Sachkunde in den Anlageausschuss einbringen zu können. Der Begriff ist weit gefasst, um ein möglichst breites Auswahlspektrum zu haben.

Die Verwaltungsvereinbarung wurde zum Ende des Jahres 2025 gekündigt, sodass mit Beginn des Jahres 2026 ein neues Ausschussmitglied zu berufen ist.

Zu Artikel 13:

Zu Absatz 1:

Das Gesetz tritt zur vollen Verwirklichung der Entscheidungen der Landesregierung zum Haushalt 2026 mit Beginn des Haushaltsjahres 2026 in Kraft.

Zu Absatz 2:

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Artikel 1 Nr. 3 zum 1. August 2026. Zu diesem Zeitpunkt tritt auch der Anspruch auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder im SGB VIII (Artikel 1 Nrn. 2 und 3 GaFöG) in Kraft.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Volker Bajus
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 03.09.2025)

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 rufe ich jetzt vereinbarungsgemäß zusammen auf:

Tagesordnungspunkt 5:
Erste Beratung:
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

Tagesordnungspunkt 6:
Erste Beratung:
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026 - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Zur Einbringung hat sich gerade noch rechtzeitig - sonst wären wir schnell fertig gewesen, Herr Minister - für die Landesregierung Herr Minister Heere gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Gerald Heere, Finanzminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich erneut, hier ans Podium kommen zu dürfen, um Ihnen diesmal den Entwurf der Landesregierung für den Haushaltsplan für das Jahr 2026 vorstellen zu dürfen.

Bei der Einbringung des Nachtragshaushalts habe ich mich eben vor allen Dingen mit den haushaltspolitischen Grundsatzentscheidungen befasst, die den Entwürfen zugrunde liegen. Herr Thiele, ich habe natürlich Ihre Hinweise intensiv verfolgt. Es wundert mich nicht, dass Sie das Thema Schulden in den Vordergrund Ihres Debattenbeitrages gestellt haben. Das sind ja manchmal erwartbare Konflikte.

Ich will darauf hinweisen, dass Sie in der Betrachtung, die Sie angestellt haben, völlig das unterschlagen, was unter anderem auch Sie in der Regierungsverantwortung - egal ob im Bund oder in Landesregierungen, auch hier in Niedersachsen - in den vergangenen 20, 30 Jahren - natürlich wir alle miteinander, nicht nur Sie, sondern alle - an Investitionen unterlassen haben. Das ist eine implizite Verschuldung, die kommenden Generationen auf die Füße fallen wird. Das ist eine Verschuldung, die die Zukunftsfähigkeit dieses Landes infrage stellt, weil die Verkehrswege nicht saniert sind, weil wir keine moderne Infrastruktur für die Digitalisierung haben und weil wir keine moderne Energieinfrastruktur haben. Vieles ist in den letzten 20, 30 Jahren vor dem Hintergrund, dass man unbedingt immer die schwarze Null einhalten wollte, unterlassen worden.

Wenn Sie sich die Ausführungen genauer angehört haben - nämlich was das, was wir jetzt an Möglichkeiten haben, mit dem Schuldenstand in Prozent am Bruttoinlandsprodukt und mit der Zins-Steuer-Quote macht, nämlich dass diese beiden Kennzahlen weiterhin auf einem historisch niedrigen Niveau bleiben -, dann kann es doch nur richtig sein, jetzt endlich diesen falschen Kurs aufzugeben und diese Zukunftsinvestitionen nachzuholen. Dafür sind wir angetreten, und genau das machen wir jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn Sie behaupten, dass uns die 400 Millionen Euro, die wir den Kommunen über den Nachtrag geben, konsumtiv entlasten: Das stimmt nicht. Wir werden die 400 Millionen Euro jetzt den Kommunen geben, weil sie die Liquidität in dieser Haushaltslage, die auch bei den Kommunen schwierig ist, dringend notwendig haben.

(Ulf Thiele [CDU]: Im Dezember! Das ist doch Unsinn!)

Wir werden auf der anderen Seite 400 Millionen Euro in der Rücklage freikriegen. Die Rücklage werden wir - auch das werde ich gleich weiter ausführen - komplett für zusätzliche Investitionen ausgeben.

(Ulf Thiele [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Keine Spielräume bei konsumtiven Ausgaben, sondern zusätzliche Zukunftsinvestitionen werden mit diesen Mitteln vollständig vorgenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie mich insofern ein bisschen in den Haushalt einsteigen:

Das Haushaltsvolumen steigt mit dem vorgelegten Entwurf auf knapp 47,9 Milliarden Euro. Das ist ein Anstieg um 3,5 Milliarden Euro oder fast 8 %. Dieser beträchtliche Sprung in Höhe von rund 2 Milliarden Euro ist auf das Investitions- und Kommunalstärkungspaket zurückzuführen. Das ist quasi der erste Baustein: 2 Milliarden Euro, die wir hinzugeben werden. Dafür nutzen wir die allgemeine Rücklage.

Das ist übrigens etwas, was ja auch häufig gefordert wurde. Eben wurde kritisiert, dass wir jetzt auch noch die allgemeine Rücklage nutzen. Ich habe aus der Opposition mehrfach die Frage gehört, warum wir denn die ganze Zeit diese allgemeine Rücklage ansparen würden.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Von Jahr zu Jahr!)

Auch das ist ein Widerspruch in den Debatten in dieser Zeit. Wir nutzen dieses Geld für Zukunftsinvestitionen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Im Übrigen entspricht der Plan weitgehend dem, was bereits in den Finanzplanungen der vergangenen Jahre stand. Die Nettokreditaufnahme liegt jetzt bei 2,19 Milliarden Euro. Der Anteil, den wir neu aufnehmen dürfen, ist ja schon besprochen worden. Darüber hinaus gibt es einen Anteil von 918 Millionen Euro, dessen Aufnahme im Rahmen des Mechanismus zum Konjunkturausgleich erfolgt. Auch das ist etwas, woran wir weiterhin sehen, wie schlecht die wirtschaftliche Lage ist, sodass wir

diese zusätzlichen Mittel in Anspruch nehmen können.

Wir halten damit selbstverständlich alle Regelungen der Schuldenbremse des Grundgesetzes vollumfänglich ein. Auch die Mittelfristige Planung ist wie bisher in allen Jahren, in denen ich einen Haushaltsentwurf eingebracht habe, vollständig gedeckt. Niedersachsen bewegt sich damit weiter auf einem Pfad der finanzpolitischen Stabilität. Damit setzen wir etwas fort, was wir hier gemeinsam aufgebaut haben, sodass wir sagen können: Niedersachsen können wir mit der richtigen Prioritätensetzung in die Zukunft führen, und gleichzeitig können wir unsere Haushalte auch für kommende Generationen in Ordnung halten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dass wir künftig den Neuverschuldungsrahmen ausnutzen - gerade in diesen Krisenzeiten -, führt dazu, dass wir zukünftig weitgehend auf Rücklagenentnahmen verzichten können. Das ist natürlich sehr positiv, weil wir die Rücklage jetzt für die Investitionsoffensive einsetzen.

Auch im Haushalt 2026 sehen wir eine erhebliche Steigerung der Investitionsquote. Wir haben zu Beginn dieser Landesregierung eine Investitionsquote von rund 4,5 % übernommen und steigern sie mit diesen Mitteln - bislang ohne die Mittel des Sondervermögens des Bundes - auf 8,9 %. Das ist also fast eine Verdoppelung der Investitionsquote in den drei Jahren dieser rot-grünen Landesregierung. Das, was wir hier gemeinsam geschafft haben, ist eine erhebliche Anstrengung und trägt wirklich zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes bei.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Mittel aus dem Sondervermögen werden noch dazukommen. Sie werden, wenn wir sie bei uns anrechnen dürfen, die Investitionsquote noch weiter erhöhen.

Worum geht es dabei? Wir werden im kommenden Jahr erneut das Thema Gesundheitsversorgung und Sicherheit der notleidenden Krankenhausinfrastruktur in unseren Fokus nehmen. Wir werden 600 Millionen Euro zusätzlich zur Kofinanzierung des Krankenhaustransformationsfonds zur Verfügung stellen. Dieses Geld kommt also zusätzlich zu den 300 Millionen Euro hinzu, die jedes Jahr im Haushalt stehen. Es ist mir auch ganz wichtig: Das sind 600 Millionen Euro, bei denen wir komplett auf einen kommunalen Anteil verzichten werden. Bislang - das war auch schon in der vergangenen Landesregierung die Konstruktion - gab es immer einen kommunalen Anteil. Diese zusätzlichen 600 Millionen Euro sind nur Landesmittel. Damit können wir Mittel vom Bund abrufen und die Krankenhausinfrastruktur unseres Landes deutlich nach vorne bringen. Das brauchen wir für das Flächenland Niedersachsen, um überall ein gutes Angebot vorhalten zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ebenfalls erhebliche Mittel werden wir für die Bereiche Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und die wirtschaftliche Transformation zur Verfügung stellen. Zusammengenommen machen diese drei Bausteine 290 Millionen Euro aus. Vorgesehen ist insbesondere die Kofinanzierung von Bundesmitteln. Auch hier werden damit weitere Mittel für Niedersachsen gewonnen. Wir werden auch Maßnahmen im Bereich Hochwasserschutz oder bei der Wasserstoffinfrastruktur angehen.

Als Finanzminister, der auch für den Landesbau zuständig ist, freut mich ganz persönlich, dass wir allein im Jahr 2026 über 200 Millionen Euro zur Sanierung der Landesliegenschaften einsetzen können, die - das wissen wir alle - teils in einem beklagenswerten Zustand sind. Auch dort sind die 20, 30 Jahre des Rückstandes überall erkennbar. Hier müssen wir vorwärtskommen. Auch bei der energetischen Sanierung und der Einhaltung unserer Sanierungsverpflichtungen aus dem Niedersächsischen Klimagesetz kommen wir so einen entscheidenden Schritt weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Andere Bereiche - dies haben wir ja in der Vergangenheit angekündigt - werden wir nicht im regulären Haushalt angehen, sondern im Rahmen des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes. Sie finden sich jetzt noch nicht im Haushaltsplan. Ich nenne drei Stichworte für Maßnahmen, die wir aus diesen Bundesmitteln finanzieren wollen: den Bereich Digitalisierung - den Breitbandausbau, die Verwaltungsdigitalisierung einschließlich der Digitalisierung im Bildungsbereich - mit über 1 Milliarde Euro, Hochschulbauten und Universitätsklinika in einer ähnlichen Größenordnung mit über 1 Milliarde Euro sowie Verkehrsinfrastruktur einschließlich Straßen- und Brückensanierungen, öffentlichem Nahverkehr und Häfen ebenfalls in einer vergleichbaren Milliardenhöhe.

Zur Umsetzung des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität laufen aktuell auf Bundesebene die Beratungen des Ausführungsgesetzes, die voraussichtlich im Oktober abgeschlossen werden sollen, so wie auch der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Insofern: Sobald wir ausreichend Klarheit darüber haben, werden wir Ihnen noch im Zuge der weiteren Haushaltsberatungen einen Vorschlag zur konkreten Umsetzung der Pläne, die wir ja bereits vorgestellt haben, unterbreiten.

Sie sehen also: Die Investitionsoffensive des Bundes und die niedersächsische Investitionspolitik greifen Hand in Hand und ergänzen sich gegenseitig. Wir können unseren bisherigen Kurs mit mehr Kraft und höherem Tempo fortsetzen und viele Bereiche angehen, die in den vergangenen Jahren nicht zu finanzieren waren. Dies ist die richtige haushaltspolitische Antwort auf die aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage. Entschiedene Investitionspolitik und finanzwirtschaftliche Stabilität - dafür stehen wir gemeinsam in der Niedersächsischen Landesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will noch kurz auf die Bereiche außerhalb des Investitionsbereichs eingehen, die wir ja in diesem Haushalt auch wieder vorlegen. Auch dort wollen wir unseren Kurs trotz der schwierigen Rahmenbedingungen fortsetzen. Dies betrifft insbesondere den Bildungsbereich, in dem wir im kommenden Jahr erneut 1 350 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte schaffen werden mit Kosten von jährlich knapp 100 Millionen Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch bei der Polizei und Strafjustiz schaffen wir zusätzliche Stellen, um den hohen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen zu begegnen und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ebenfalls weiterhin im Zentrum unserer Planungen - auch das ist heute schon ein Thema gewesen - steht die Unterstützung der niedersächsischen Kommunen. Wir setzen mit dem Nachtragshaushalt 2025 und dem Haushalt 2026 den Pakt für Kommunalinvestitionen um, stellen den Kommunen 600 Millionen Euro für investive Zwecke zur Verfügung, und wir planen ab 2026 jährlich zusätzlich mindestens 250 Millionen Euro ein, um die Finanzierung der Kindertagesstätten bei den Personalkosten zu verbessern. Wir steigern diese auch nach den Tarifsteigerungen des öffentlichen Dienstes, um damit dem Fachkräftemangel zu begegnen, um eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung in Niedersachsen dauerhaft zu sichern.

Zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass wir als eines der ersten Bundesländer mit den Kommunen eine konkrete Beteiligung an den Mitteln vom Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ des Bundes vereinbart haben. Wir werden den Kommunen die Hälfte der auf Niedersachsen entfallenden Summe pauschal zur Verfügung stellen. Das sind insgesamt gut 4,7 Milliarden Euro. Insgesamt werden die Kommunen mit mindestens 60 % von unserem Sondervermögensanteil profitieren. Bei aller Zurückhaltung wird man anerkennen müssen: Das Land Niedersachsen unternimmt erhebliche Anstrengungen, um die Lage der Kommunen spürbar zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In Summe, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dieser Haushaltsentwurf die konsequente Fortsetzung unserer bisherigen Politik bei deutlich erweiterten Möglichkeiten. Dabei ist es mir wichtig, zu betonen, dass sich Niedersachsen bewusst dagegen entschieden hat, aus den erweiterten Spielräumen zusätzliche konsumtive Leistungen zu finanzieren. Im Gegenteil: Wir haben sogar die Konsolidierungsbeschlüsse vom Anfang des Jahres vollständig umgesetzt und werden bis 2029 auf diesem Weg 890 Millionen Euro im konsumtiven Bereich einsparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir verbinden damit haushaltspolitische Solidität unter den herausfordernden Bedingungen mit einem klaren Bekenntnis zu einer zukunftsorientierten Investitionspolitik. Unter den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen ist dies das richtige Signal und eine gute Nachricht für Niedersachsen. In diesem Sinne danke ich allen, die an der Erarbeitung dieses Entwurfs beteiligt waren, und freue mich auf die weitere Debatte im Parlament.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Minister Heere. - Wir kommen nun zur weiteren Beratung. Dafür hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU Herr Kollege Thiele. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Ulf Thiele (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich möchte zu Beginn zwei Bemerkungen zu dem vorher Gesagten machen.

Erste Bemerkung: Zu der Behauptung oder der Idee, dass auch nur ein Euro, der im Dezember 2025 für Kommunen oder Investitionen in einem Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt wird, noch in irgendeiner Form eine Ausgabe auslöst: Dass das nicht der Fall ist, ist, glaube ich, selbst denen bewusst, die das hier gerade versucht haben zu behaupten. Diese Maßnahmen, diese Finanzierungen dienen ausschließlich der Entlastung der Folgehaushalte und in diesen, wenn man genauer hinguckt, der Weiterfinanzierung struktureller konsumtiver Ausgaben.

Zweite Bemerkung: Herr Heere, ja, die Infrastruktur, auch die Gebäudeinfrastruktur, ist - zumindest teilweise - in keinem guten Zustand. Aber der Grund dafür ist nicht einfach nur Unterlassung, sondern der Grund dafür ist ein strukturelles Problem in den öffentlichen Haushalten, weil die konsumtiven Ausgaben in Summe immer zu hoch sind und die investiven Ausgaben, auch die Unterhaltungsausgaben, dann eben als Appendix hinten runterfallen, weil jeweils die Kraft für Einsparungen in strukturellen Ausgaben gefehlt hat. Das wird jetzt nicht besser, sondern Sie verschlimmern diese Situation, weil Sie die Kreditmöglichkeiten dafür nutzen, die strukturellen Haushaltsprobleme zu überdecken, zu kaschieren und weiter zu finanzieren, anstatt endlich mal in ordentliche strukturelle Reformen zu gehen und die Haushaltsstruktur nachhaltig zu verbessern und zu sanieren.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Da stellt sich die Frage, was der Kollege Hilbers da gemacht hat! Wenig bis gar nichts!)

Meine Damen, meine Herren, dieser Haushaltsplanentwurf folgt erkennbar einem Muster. Er erinnert an das niedersächsische Sofortprogramm gegen die Folgen der Energiekrise. Wir erinnern uns: 1 Milliarde Euro Soforthilfe. Davon ist kaum etwas abgeflossen. Wir erinnern uns an den Nachtragshaushalt 2024 - das ist, glaube ich, gerade sogar vom Kollegen von den Grünen, von Herrn Hoffmann, zitiert worden -: Weihnachtshochwasser 2023 100 Millionen Euro Soforthilfe. Jenseits der öffentlichen Hand ist kaum etwas abgeflossen.

Genauso gestaltet sich das jetzt auch bei diesem Haushaltsplanentwurf und bei der mittelfristigen Finanzplanung. Rot-Grün legt hier einen Haushaltsplanentwurf 2026 und eine Mipla mit, wie Sie sagen, Rekordinvestitionen, kommunalen Entlastungen vor - alles Mögliche wird angekündigt. Aber die Wahrheit ist: Sie schaffen an keiner Stelle die Struktur dafür, dass das, was Sie hier in den Haushaltsplan reinschreiben und mit Geld hinterlegen, hinten raus auch funktionieren kann, weil Sie dafür keine Reformen schaffen, weil Sie dazu nicht die Kraft und den Mut haben. Deshalb werden dieser Haushaltsplanentwurf und Ihre Mipla, die Sie hier gerade vorgelegt haben, schlicht nicht funktionieren, sondern das ist nichts anderes als reine und auch schon bekannte Schaufensterpolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Ein bisschen glaubhafter wäre es, wenn Sie zu Beginn dieser Legislaturperiode die Rücklage nicht als Depot für das Kommunalwahljahr 2026 - den Haushalt beraten wir jetzt - und das Landtagswahljahr 2027 genutzt hätten - das kann man in der Mipla auch wunderbar sehen, wie die Investitionen sich da in der Planung gestalten -, sondern wenn Sie zu Beginn der Legislaturperiode unseren Vorschlägen gefolgt wären und die Investitionen getätigt und gleichzeitig die Strukturreformen auf den Weg gebracht hätten. Dann hätten wir zumindest eine Chance, dass die eine oder andere investive Maßnahme, die Sie hier jetzt gerade im Schaufenster aufhübschen, am Ende dieser Legislaturperiode Realität werden wird und Sie nicht nur in Ihren Reden ankündigen, dass da demnächst vielleicht irgendetwas kommt, was Sie zwar finanziert haben, aber faktisch niemals stattfinden wird, weil Sie es nicht geplant und nicht gebaut bekommen.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Thiele!

Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident!

Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Thiele, ich muss Sie einmal unterbrechen. Es ist im Moment durch Dialoge - - - Es ist insbesondere nicht angemessen, Kolleginnen und Kollegen den Rücken zuzuwenden. Ich bitte, das Gespräch zu beenden. Wir machen nicht weiter, bevor die Gespräche nicht beendet worden sind.

Herr Thiele, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Ulf Thiele (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Angekündigt hatten wir ja, dass pünktlich zur Kommunalwahl 2026 und zur Landtagswahl 2027 Rot-Grün die Rücklage auflösen und sagen wird: Wir investieren jetzt in das Land. Genau das passiert jetzt mit diesem Haushalt 2026 und mit der Mipla.

Sie gehen jetzt an die Rücklage ran und hübschen damit Ihre Schaufensterauslagen auf. Die Niedersachsen werden sich ihre Nase an den Schaufenstern plattdrücken können. Ob sie jemals irgendetwas, was in der Auslage ausgestellt wird, tatsächlich live und in Farbe sehen und erleben werden, steht auf einem ganz anderen Blatt Papier.

In dieser Schaufensterauslage stehen jetzt die Unterstützung der Kommunen, Investitionen in die Infrastruktur, Mittel für den Wohnungsbau, neue Lehrer und Polizisten. Das Problem: Keines der damit von Rot-Grün im Schaufenster dargestellten Themen kann funktionieren, weil Rot-Grün glaubt, dass Kredite, Schulden, globale Minderausgaben und Programme die Probleme dieses Landes lösen.

Aber immer mehr Geld löst diese Probleme nicht, denn sie bekommen dieses Geld nicht auf die Straße. Sie plündern die Rücklage - 3 Milliarden Euro -, Sie erhöhen die Nettokreditaufnahme bis zum Anschlag, Sie gründen darüber hinaus eine Anstalt für Kreditaufnahme, die Sie NIA - Immobilienanstalt - nennen. Sie erhöhen in der Mipla die globale Minderausgabe grenzwertig, am Ende auf über eine halbe Milliarde Euro. All dies, um zu den Kommunalwahlen im kommenden und zu den Landtagswahlen im übernächsten Jahr Ihr Schaufenster zu bestücken.

Nichts von dem, was Rot-Grün angekündigt hat, wird so kommen, weil die dafür notwendigen Rahmenbedingungen nicht geschaffen werden, weil Rot-Grün das nicht will und die Kraft dazu nicht hat.

Diese Landesverwaltung - ich glaube, so ehrlich muss man sein -, so wie sie von Rot-Grün immer weiter ausgeweitet wird, hat weder die Struktur noch die Schlagkraft noch die Geschwindigkeit, um das, was hier angekündigt wird, ins Werk zu setzen. Das kann nur scheitern, und das Scheitern hat einen Namen, und der Name ist Olaf Lies.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei und Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren, statt die Verwaltung moderner und effizienter aufzustellen, gönnt sich Rot-Grün einen fetten Schluck aus der Pulle. Noch einmal 133 neue Stellen, noch einmal 166 zusätzliche Beschäftigungsvolumina in den Ministerialkapiteln -

(Uwe Schünemann [CDU]: Unglaublich!)

nur in den Ministerialkapiteln! 842 Millionen Euro zusätzliche Personalausgaben, Herr Finanzminister! Sie reduzieren nicht die Personalausgaben, da laufen Sie Ihren alten Vorgaben und Entwicklungen hinterher, sondern Sie erhöhen die Personalausgaben nochmals um 842 Millionen Euro mit diesem Haushalt.

(Beifall bei der CDU - Reinhold Hilbers [CDU]: Unglaublich!)

Über 400 Millionen Euro davon sind nicht durch Tarifsteigerungen und nicht durch Lehrkräfte erklärbar, sondern gehen in Ihrer Verwaltungsbürokratie unter. Es gibt keinen Personalabbau, es gibt einen Personalaufbau in den Ministerien, es gibt keine Konzepte zur Demografie, und es gibt keine digitale Rendite. Immer mehr, mehr, mehr und noch mal mehr Personal! So, Herr Finanzminister, kann das nicht funktionieren!

Und wissen Sie, was das Schlimmste ist? Sie selbst gehen mit schlechtem Beispiel voran,

(Lachen bei der SPD)

indem Sie Ihre Pressestelle - übrigens als einziger in der Landesregierung im Moment - um eine Mitarbeiterstelle für Social Media aufstocken. Erklären Sie uns mal, Herr Finanzminister: Was soll dieser Mitarbeiter bzw. diese Mitarbeiterin eigentlich bei TikTok, Insta und Facebook dokumentieren? Die verzweifelten Verwaltungsbeamten in der Finanzverwaltung, die wieder wochenlang vor ihren Rechnern sitzen, weil die Programme nicht funktionieren? Oder die Mitarbeiter in Ihrem NLBV, die jetzt stapelweise Widersprüche von Mitarbeitern der Landesverwaltung abarbeiten sollen? Oder gleich die Mitarbeiter in der Justizverwaltung, die daran verzweifeln, dass es jetzt eine Klagewelle gibt, weil

Sie das NLBV in diese Situation bringen, dass dort alle Widersprüche abgelehnt werden sollen?

Was um Himmels willen soll dieser TikTok-Mitarbeiter bzw. diese TikTok-Mitarbeiterin dokumentieren? Warum konzentrieren Sie sich als Finanzminister nicht darauf, zunächst mal die Verwaltungsstrukturen in Ihren Häusern in den Griff zu bekommen, zu verbessern, bevor Sie in Social Media und in Wahrheit in Selbstdarstellung investieren und ein schlechtes Vorbild für den Rest des Kabinetts sind?

(Beifall bei der CDU)

Kernproblem: Es gibt wieder keine Aufgabenkritik und keine Reform der Landesverwaltung. Rot-Grün reagiert nicht einmal auf die demografischen Probleme, die wir inzwischen in jedem Landesamt, in jedem Ministerium mit Händen greifen können. Sie beschleunigen keine Prozesse, Sie reformieren keine Behörden, Sie modernisieren keine Abläufe. Das beste Beispiel ist das Staatliche Baumanagement. Rot-Grün konzentriert sich darauf, eine neue Anstalt zu schaffen, damit Sie in Zukunft die Immobilien des Landes - kreditfinanziert, neben der Schuldenbremse, on top, noch mal mit mehr Schulden - sanieren oder neu bauen können und dies nicht mehr im Kernhaushalt darstellen müssen. Das ist Ihr Konzept, das ist der Prozess, der bei Ihnen läuft: Wie kriegen wir es hin, dass wir das schuldenfinanziert machen?

Die eigentlich vorher zumindest dringend und zwingend erforderliche Reform des Staatlichen Baumanagements lassen Sie liegen. Das hat der Landesrechnungshof Ihnen ins Stammbuch geschrieben. Sie setzen auch hier die falschen Prioritäten: mehr schuldenfinanzierte Haushaltsmittel - in diesem Fall nicht mal Haushaltsmittel, sondern Kreditanstaltsmittel - statt Reformprozessen in der inneren Verwaltung, mit denen man die Probleme, die wir insbesondere in unserer Immobilienstruktur haben, tatsächlich in den Griff bekommen könnte.

Meine Damen, meine Herren, Sie werden das merken. Sie werden das alles wahrscheinlich beschließen, und am Ende werden Sie feststellen: Geld saniert und baut keine Häuser. Dafür braucht man auch ein funktionierendes Baumanagement, und dafür braucht man entsprechende Reformen.

Wir kommen zur Digitalisierung. Es gibt jetzt den Einzelplan 19, den Digitalisierungseinzelplan: immer gefordert! Guckt man da rein, stellt man fest: Da sind nur die IT-Mittel des Innenministeriums eingestellt. Das heißt, an der Forderung, die damit verbunden war, alle IT-Mittel der Landesverwaltung zu verknüpfen, zu verbinden und damit das Ressortprinzip auch haushalterisch zu durchbrechen, scheitern Sie. Das ist wieder nur Schaufensterpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Es ist immer das Gleiche. Sie kriegen es nicht hin. Es ist Anscheinserweckung, und das ist so tragisch.

Als ich den Einzelplan 19 gesehen habe, habe ich mich gefreut. Ich habe gedacht, super, endlich mal ein Schritt. Guckst du da rein, stellst du fest: kein Schritt voran! Und dann kommt der Herr Ministerpräsident und setzt dem Ganzen noch die Krone auf, indem er die bisherige Regierungssprecherin als Staatssekretärin ausgerechnet für diesen Bereich zuständig macht. Anstatt sich einen Fachmann oder eine Fachfrau zu suchen, die die IT-Struktur und die Digitalisierung des Landes Niedersachsen endlich mal vom Kopf auf die Füße stellt,

(Beifall bei der CDU)

setzen Sie Frau Pörksen auf diese Position.

Wenn Sie dokumentieren wollten, Herr Ministerpräsident, dass Ihnen das Thema „Digitalisierung der Verwaltung“ egal ist - vorsichtig formuliert -, dann haben Sie das mit dieser Entscheidung hervorragend hinbekommen.

Die Kommunalfinanzen und die Förderpolitik des Landes diskutieren wir noch an anderer Stelle.

Ich würde gerne noch auf ein Kernthema eingehen, das die Niedersachsen massiv umtreibt, nämlich die Wohnungsbaupolitik. Es ist jetzt gerade zweimal lobend erwähnt worden, dass diese wunderbare Gesellschaft, deren Namen ich nicht aussprechen mag, weil ich glaube, dass sie keine Wohnungsgesellschaft, sondern vielleicht eine Wohnungskauf-, - verwaltungs- oder was-auch-immer-Gesellschaft sein kann, im Moment aber nicht mal eine Planungsgesellschaft ist, noch einmal 200 Millionen Euro bekommt, erneut mehr Geld bekommt.

Ich zitiere, Herr Minister Tonne, mal die SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Emden, Sybille von Sychowski, Ihre Parteifreundin.

(Matthias Arends [SPD]: Aus Emden?)

- Matthias Arends, Emden, deine Fraktionsvorsitzende, Matthias.

(Matthias Arends [SPD]: Das ist aber falsch!)

Sie hat gesagt:

> „Statt die Landesmittel in eine zentrale landeseigene Landeswohnungsbaugesellschaft zu stecken, wäre es für Emden viel sinnvoller, wenn die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften vor Ort direkt gestärkt würden.“

Recht hat Frau von Sychowski, und das gilt für ganz Niedersachsen.

Herr Tonne, wie wäre es denn, wenn Sie - wenn Sie uns schon nicht glauben - einfach endlich einmal die kommunale Basis Ihrer eigenen Partei hören und aufhören würden, eine Gesellschaft, die in dieser Legislaturperiode keine einzige Wohnung mehr bauen wird, immer weiter aufzublähen, anstatt den sozialen Wohnungsbau in Niedersachsen in der Fläche - die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und die Wohnungsbaugenossenschaften - endlich ordentlich voranzubringen?

> (Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Thiele, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage: des Kollegen Arends. Möchten Sie dem entsprechen?

Ulf Thiele (CDU):

Sehr gerne.

Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön, Herr Kollege!

Matthias Arends (SPD):

Besten Dank, Herr Thiele, für das Zulassen der Zwischenfrage.

Ich möchte fragen: Woher haben Sie die Information mit der Fraktionsvorsitzenden in Emden? Ich kenne alle Ratsmitglieder. Ich gehöre selber dem Rat der Stadt Emden an. Der Name ist mir einfach nicht bekannt,

> (Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

weder in unserer Fraktion noch bei anderen Fraktionen, selbst bei der CDU nicht.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ulf Thiele (CDU):

Herr Arends, weil ich die Nachricht per WhatsApp von meinem Kollegen in Emden bekommen habe, will ich nicht ausschließen, dass ich den Namen falsch abgeschrieben habe.

> (Wiard Siebels [SPD]: Dann ist es ja egal! Es kommt nicht so darauf an! Sie erzählen einfach etwas! - Weitere Zurufe von der SPD und von der CDU)

Aber ich hätte den Namen auch weglassen können, denn dieses Zitat steht eins zu eins im Facebook-Auftritt der SPD-Stadtratsfraktion Emden, deren Mitglied Sie selber sind.

> (Beifall bei der CDU)

Meine Damen, meine Herren, ich komme zum Schluss und schließe an das an, was ich schon zum Nachtrag gesagt habe: Dieser Landesregierung unter Ministerpräsident Lies fehlt der Reformwille. Sie handelt nicht, sie kündigt nur an. Sie hat nicht den Anspruch, wirklich besser zu werden, sondern erhöht die Verschuldung immer weiter.

Wir brauchen aber eine durchgreifende Reformagenda für Niedersachsen. Die ist das Ziel der CDU in Niedersachsen, und darüber werden wir in den Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen intensiv mit Ihnen diskutieren. Denn wir sind der festen Überzeugung: Ein besseres Niedersachsen und auch ein besserer Landeshaushalt sind machbar.

Herr Präsident, erlauben Sie mir noch, eine Korrektur oder Ergänzung zur Mitberatung vorzunehmen!

Vizepräsident Jens Nacke:

Einen Moment, Herr Kollege Thiele! Bevor wir in diesen technischen Part einschwenken, gibt es noch den Wunsch nach einer Zwischenfrage: des Kollegen Henning. Wenn Sie dem auch noch entsprechen wollen, würde ich das gerne inhaltlich vorher anschließen.

Ulf Thiele (CDU):

Sehr gern.

Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön!

Frank Henning (SPD):

Herr Thiele, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage.

Sie sind ja der Auffassung, dass die Landeswohnungsgesellschaft keine Landesaufgabe ist und dass die Landeswohnungsgesellschaft im Grunde genommen überflüssig ist. So habe ich Ihre Ausführungen jedenfalls verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Frage lautet: Ist Ihnen eigentlich Artikel 6 a der Niedersächsischen Verfassung bekannt? Sollte das nicht der Fall sein, will ich Ihnen den Inhalt gerne erläutern: Da steht drin, dass das Land die Bevölkerung „mit angemessenem Wohnraum“ zu versorgen hat. Damit hat der soziale Wohnungsbau Verfassungsrang.

Ist Ihnen ferner bekannt, dass der Verkauf der NILEG, den die CDU damals betrieben hat, vom Landesrechnungshof als Verkauf unter Wert und damit als verfassungswidrig im Hinblick auf Artikel 6 a gerügt worden ist?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Das ist ihm egal, glaube ich!)

Ulf Thiele (CDU):

Herr Henning, vielen Dank für die Zwischenfrage. Ich gehe gerne auf beide Punkte ein.

Zum letzten Punkt: Ich kann mich an den Verkauf der damaligen Landeswohnungsgesellschaft noch gut erinnern. Der Grund dafür, dass wir diese Gesellschaft verkauft haben, war, dass die Gesellschaft nicht einmal ansatzweise noch in der Lage war, den von ihr vorgehaltenen Wohnraum in einem menschenwürdigen Zustand zu halten.

(Beifall von Uwe Dorendorf [CDU])

Die Wohnungen waren verfallen und zum Teil vergammelt.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Unter einer CDU-Regierung!)

Dieser Zustand war unerträglich. Die Investitionssumme wäre viel zu hoch gewesen.

(Wiard Siebels [SPD]: Erst kaputtgehen lassen und dann verticken, oder was ist die Argumentation?)

- Herr Siebels, ich habe den Zwischenruf gehört.

Die Wohnungen kaputtgehen lassen hat die vorherige rot-grüne Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder - um das einmal klarzustellen.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Es sind immer die anderen schuld! Ja, natürlich! Und dann unter Wert verschachern!)

Zu dem anderen Punkt: Herr Henning, ich bin mir der Verfassungslage sehr bewusst, und ich bin mir ziemlich sicher, dass diese Landesregierung ihrer Pflicht, sozialen Wohnraum sicherzustellen, momentan nicht nachkommt. Das kann man auf dem Wohnungsmarkt hervorragend erkennen.

Zur Wahrheit gehört aber - vielleicht haben Sie da eine sozialistische und ich eine eher marktwirtschaftliche Herangehensweise -: Ihre Idee ist offensichtlich, dass alle in Niedersachsen fehlenden Wohnungen durch den Staat - und hier durch das Land - zur Verfügung gestellt werden müssen. Ich kann Ihnen sagen: Dieser Ansatz wird ganz sicher scheitern. Das kann man schon am Agieren der Wohnungsgesellschaft in den letzten zwei Jahren erkennen, die nämlich keine einzige Wohnung aufs Gleis bekommt und schon gar nicht die Zehntausenden Wohnungen, die wir in Niedersachsen brauchen. Das ist gescheitertes Projekt.

(Beifall bei der CDU)

Daran marktwirtschaftlich heranzugehen und gleichzeitig die kommunalen Kräfte und die Wohnungsbaugenossenschaften zu stärken, wäre eine kluge Vorgehensweise,

(Sebastian Lechner [CDU]: So ist es! Das ist auch verfassungsgemäß!)

der Sie sich aber offensichtlich nicht anschließen wollen. Das heißt im Klartext: Sie und Ihre Landesregierung sind im Kern dafür verantwortlich, dass die Wohnungsnot in Niedersachsen immer größer wird.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Wiard Siebels [SPD]: Nur Sie sind für nichts verantwortlich!)

Jetzt, Herr Präsident, zum Schluss meiner Rede, möchte ich für meine Fraktion - abgestimmt mit der SPD und den Grünen - die Mitberatung auch des Haushaltsbegleitgesetzes durch den Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz beantragen, weil die Zuständigkeit dieses Ausschusses zumindest mit dem ökologischen Teil des Wirtschaftsförderfonds sehr intensiv betroffen ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Thiele.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, weise ich darauf hin, dass bei der Beratung des Haushaltes die Reihenfolge der Redner der Regierungs- und der Oppositionsfraktionen festgelegt ist. Insofern kann man mit dem Zeitpunkt der Abgabe des Wortmeldezettels keine Steuerung vornehmen.

Ich darf deswegen alle Fraktionen bitten, ihre Wortmeldezettel abzugeben. Die Fraktion der Grünen hat gerade ihre Wortmeldung abgegeben. Wenn Herr Kollege Lilienthal oder wer auch immer von der AfD-Fraktion auch noch sprechen will, bitte ich darum, ebenfalls eine Wortmeldung abzugeben. Wir werden die Redner dann in der entsprechenden Reihenfolge aufrufen.

Als Nächstes hat sich nun zu Wort gemeldet: für die Fraktion der SPD Herr Kollege Raulfs. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Philipp Raulfs (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die angekündigten Haushaltsberatungen sind jetzt gestartet. Ich finde, das ist immer eine gute Debatte.

An dem Haushaltsplanentwurf sind die Projekte und Vorhaben für das kommende Jahr 2026 abzulesen. Es zeigt sich, wer in der Lage ist, einen ordentlichen Plan zu erstellen, vertrauensvoll über ihn zu beraten und dann wichtige Pflöcke für unser schönes Bundesland einzuschlagen. Wir sind der Landesregierung deshalb ausgesprochen dankbar, dass sie uns in gewohnter Routine und pünktlich einen ordentlichen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2026 vorgelegt hat.

In der parlamentarischen Befassung werden wir diesen Entwurf sehr genau prüfen, beraten und vielleicht ergänzen. Am Ende wird pünktlich und zuverlässig ein Haushalt stehen - ein starkes Signal, eine kluge Entscheidung, die wir gemeinsam für das Land Niedersachsen treffen werden. Mit diesem Haushalt werden wir unser Bundesland weiterhin in der richtigen Fahrspur halten.

Lieber Herr Kollege Thiele, zu Ihren Vorbemerkungen will ich sagen, dass ich schon ein bisschen überrascht bin. Immer wenn die CDU zum Jahresende einen Nachtragshaushalt mit irgendwelchen Investitionen vorlegt, dann klappt es, noch im Dezember zu investieren.

(Ulf Thiele [CDU]: Nein, nein! Wir haben die Nachtragshaushalte früher vorgelegt!)

Machen das die regierungstragenden Fraktionen, soll das nicht mehr klappen. Das ist wenig konsistent und kaum glaubwürdig.

Heute haben Sie einen Großteil Ihrer Redezeit darauf verwendet, darauf herumzureiten, dass es - vermeintlich - keine Strukturen gebe, die unsere wichtigen Investitionen umsetzen könnten. Das scheint Ihre letzte Hoffnung zu sein. Denn ansonsten haben Sie wenig Kritik an unseren - klugen - Entscheidungen geübt. Das ist ziemlich durchsichtig, und das werden wir natürlich so nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Von dem Haushalt, den wir heute vorlegen, geht wieder ein starkes Signal aus. Dass das keine Phrase ist, erkennt man an den nackten Zahlen, die in diesem Haushalt niedergeschrieben sind. Sie zeigen den Willen und die Entschlossenheit:

Das Haushaltsvolumen beträgt rund 48 Milliarden Euro, 8 % oder 3,5 Milliarden Euro mehr als im letzten Jahr.

Ein anderer wichtiger Indikator ist, wie viel wir investieren. Die Investitionsquote liegt bei 9 % oder - greifbarer - 4,25 Milliarden Euro. Das ist ein Rekordwert, den es zu Zeiten mit CDU-Regierungsbeteiligung nie gegeben hat und mit einer Beteiligung der CDU wahrscheinlich auch nie gegeben hätte.

Für diese positiven Zahlen stehen die Namen von Olaf Lies und Gerald Heere. Das will ich einmal deutlich sagen, weil vorhin einer der Namen anders verwendet wurde. Diese Zahlen sind ein klares Signal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nur möglich, weil diese Koalition und die Landesregierung erkannt haben, dass wir investieren und möglich machen müssen, dass wir umsetzen statt rumreden müssen. Wir wollen und müssen kontinuierlich Geld ausgeben. Dieser Haushalt trägt unsere Handschrift.

Er ist gut für das Land und in seiner Gesamtheit richtig und wichtig. Ich will sagen: Zum Glück sind wir Ihren finanzpolitischen Empfehlungen, die Sie uns immer wieder geben, an dieser Stelle nicht gefolgt, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion.

Das alles, was wir hier vorlegen, vortragen und diskutieren, machen wir übrigens nicht in Zeiten, die auf einmal wieder völlig normal oder entspannt geworden sind, sondern wir haben weiter eine sehr angespannte Lage. Das sieht man übrigens auch an den Haushaltsdebatten, die in anderen Bundesländern oder im Bund stattfinden - das ist alles nicht ganz einfach. Unser Haushalt hält sich an alle Regeln. Er schöpft die Möglichkeiten, die neu dazugekommen sind, aus, und wir sind sehr entschlossen, nach diesen Regeln Gutes für dieses Bundesland zu tun.

An dieser Stelle möchte ich noch mal das Thema Schaufensterpolitik aufgreifen, weil man, glaube ich, in der finanzpolitischen Debatte sehr genau sehen kann, wer Schaufensterpolitik betreibt. Sie, liebe Fraktion der CDU, sind vor den Staatsgerichtshof gezogen, weil Ihnen unser Verfahren nicht gepasst hat, und haben eine herbe Niederlage kassiert.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie sind gerügt worden! - Wiard Siebels [SPD]: Das ist ein wertvoller Beitrag!)

Sie haben uns permanent vorgeworfen, dass wir in der Rücklage bunkern und irgendetwas zurückhalten. Jetzt entnehmen wir die Rücklage, und es ist auch nicht richtig. Das wird jetzt um 180 Grad gedreht und kritisiert. Sie vertreten bei der Schuldenbremse eine Position, die auf Bundesebene kassiert wurde. Wenn man über Schaufensterpolitik reden möchte, dann müssen Sie sich an Ihre eigene Nase fassen! Wir betreiben hier sehr solide Finanzpolitik, und das ist auch richtig und gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch wenn es bei unserem Haushalt mittlerweile fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, will ich es trotzdem noch mal ansprechen: Mit dem Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr wird es wieder kein Streich- oder Sparkonzert geben. Im Gegenteil: Wir werden dafür sorgen, dass Standards weiterhin gehalten und im Haushalt etablierte Projekte nicht kurzfristig oder einmalig werden, sondern weitergeführt werden können. Das gelingt uns mit diesem Haushalt erneut. Die Grundlage für das alles ist, dass wir seit vielen Jahren eine sehr solide Finanzpolitik in diesem Land betreiben und uns das deshalb an diesen Stellen leisten können.

Das erkennt man, wenn man genau hinschaut, auch an der ebenfalls vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung. Dort sind die großen Projekte nicht nur ein- oder zweimal abgebildet - so wie wir das früher gemacht haben -, sondern dauerhaft. Ich nenne beispielhaft A 13 für die Lehrkräfte oder andere Großprojekte. Sie stehen allesamt in der mittelfristigen Finanzplanung - das ist genau die von mir eben erwähnte solide Finanzpolitik.

Mit dem Haushalt 2026 werden wir exakt diesen Kurs fortsetzen. Es wird wieder wichtige Maßnahmen im Haushalt geben, die uns immens viel Geld kosten, aber auch eine große Wirkung erzielen werden. Zu benennen wäre - - -

(Uwe Schünemann [CDU] setzt sich schwungvoll auf seinen Platz)

- Herr Schünemann fällt fast vom Hocker, bevor ich diese Sachen vortrage.

(Heiterkeit - Reinhold Hilbers [CDU]: Das liegt an der großen Neuverschuldung!)

Also, halten Sie sich gut fest, Herr Schünemann: Wir werden 1 350 neue Lehrerstellen schaffen und damit die Unterrichtsversorgung weiter stabilisieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vielleicht war der Grund, warum Sie fast vom Stuhl gefallen sind, dass wir auch bei Polizei und Justiz richtig Gas geben werden, neue Polizeianwärter einstellen werden, Stellenhebungen vornehmen wollen. Das hat es mit der CDU eben nicht gegeben.

(Ulf Thiele [CDU]: Stimmt doch gar nicht!)

Das ist vielleicht der Grund, warum der Stuhl ein bisschen wackelt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit gewährleisten wir die Sicherheit in diesem Land, und das ist gut so.

Der Schwerpunkt unseres Haushaltes - das ist unschwer erkennbar, wenn man sich die Zahlen ernsthaft anguckt - liegt natürlich auf einer Investitionsoffensive. Die Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung haben sich offenbar in ihrer Klausurtagung gedacht, dass das Motto „Nicht kleckern, sondern klotzen!“ lauten muss. Das ist nur zu begrüßen! Genau das brauchen wir jetzt: investieren, anpa-

cken, umsetzen, etwas hinbekommen, den Menschen draußen zeigen, dass wir dieses Land voranbringen wollen. Das wird von uns erwartet, und wir werden dieser Erwartung auch mit diesem Haushaltsplanentwurf nachkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Allein 600 Millionen Euro werden wir in die Gesundheitsversorgung investieren. Das ist eine riesige Summe, die aus unserer Sicht sehr sinnvoll investiert ist, um die Krankenhausstruktur zu stabilisieren und mitzuhelfen, dass die medizinische Versorgung bei uns im Land auf einem hohen Niveau bleibt. Auch die riesigen Bauvorhaben von MHH und UMG finden sich in der Finanzplanung wieder. Minister Mohrs ist hier auf Kurs und hält den Bauzeit- und Kostenplan ein, alles wird gut umgesetzt. Das ist ein riesiger Erfolg, den wir mit diesem Haushalt entsprechend fortschreiben werden.

Jeder und jede hier im Raum von uns kennt ein Landesgebäude, das irgendeinen Sanierungsbedarf, einen Investitionsbedarf hat. Darüber wurde und wird immer viel geredet. Mit diesem Haushalt gibt es weitere 200 Millionen Euro für weitere Verbesserungen. Mit dieser Summe wird mit Sicherheit nicht jeder Bedarf gedeckt werden - so ehrlich muss man sein -, aber sie ist ein wichtiger Schritt. Während die eine Seite des Parlaments Anfragen stellt und nur Dinge benennt, trifft die andere Seite des Parlaments wichtige Entschlüsse und sorgt dafür, dass Mängel behoben und Dinge umgesetzt werden. Ich glaube, das werden die Menschen draußen merken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden 100 Millionen Euro in die Polizei und den Katastrophenschutz investieren und beide modern aufstellen. Die Investitionen werden zum einen für die Menschen sichtbar und spürbar sein. Zum anderen ist es ein deutliches Signal an die engagierten Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Die sind dort nämlich länger als eine Legislaturperiode beschäftigt und werden genau merken, wer sich ernsthaft um die Struktur und Verbesserungen kümmert. Auch an der Stelle geht von diesem Haushalt ein wichtiges Signal aus.

Struktur ist das nächste Stichwort, genauer genommen: die Infrastruktur. Hier setzt das geplante Zukunftsprogramm Infrastruktur unseres Wirtschaftsministers Grant Hendrik Tonne mit 1,8 Milliarden Euro für Straßen, Brücken, SPNV, ÖPNV und unsere wichtigen Häfen an. Was konnten wir uns in den letzten Jahren nicht alles anhören, was immer zu schlecht, zu wenig und zu langsam war! Wir gehen hier kontinuierlich und vor allem realistisch weiter - zum Wohle unseres Landes. Das ist ein verdammt starkes Signal. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, diese PS auf die Straße zu bringen. Ich bin mir sicher, dass uns das gelingen wird.

Ein Punkt, den ich unbedingt noch bezüglich der im Haushalt abgebildeten Projekte ansprechen möchte, sind die 800 Millionen Euro für Tablets für unsere Schülerinnen und Schüler bis zum Jahr 2031. Das ist eine riesige Bildungsinvestition - und unser Wahlversprechen. Es gab schon Kritik, dass wir das nicht gleich am dritten Tag der Legislaturperiode umgesetzt haben. Wir haben immer betont, dass wir unser Versprechen einhalten werden. Die Versuche, diese Offensive und diesen Plan jetzt kaputtzureden oder madig zu machen, gehen fehl; das sind verzweifelte Versuche. Wir wollen weiterhin, dass jedes Kind mit einem Tablet ausgestattet wird. Mit diesem Plan und mit diesen Mitteln, die wir noch realistisch abbilden werden, werden wir an diesem Plan festhalten.

So geht Glaubwürdigkeit, und so löst man am Ende auch Wahlversprechen ein!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Fühner [CDU] meldet sich)

- Kollege Fühner meldet sich und möchte eine Zwischenfrage stellen. Ich würde sie zulassen, wenn der Präsident sie aufruft, aber ich will dem nicht vorgreifen.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Jens Nacke:

Dann mal los!

Christian Fühner (CDU):

Vielen Dank, Herr Kollege Raulfs, auch für Ihre Aufmerksamkeit vom Rednerpult aus.

Bevor die Frage kommt, kurz zur Einleitung: Ich habe diese Woche eine Schule besucht, die ihr didaktisches und digitales Konzept so organisiert hat, dass die Kinder und Jugendlichen erst ab der 9. Klasse Tablets nutzen. Sie wünscht sich, dass die Kinder das auch erst ab der 9. Klasse bekommen.

Sieht Ihr Konzept vor, dass die Siebt- und Achtklässler an dieser Schule dann Tablets haben müssen? Oder gibt es auch noch Spielräume für Schulen, die das, was Sie hier als große Bildungsidee propagieren, eigentlich gar nicht haben wollen?

Philipp Raulfs (SPD):

Vielen Dank für die Frage, Herr Kollege Führer. Selbstverständlich passe ich auf, dass ich alle Zwischenfragen sehe.

Als Haushaltspolitiker müsste ich sagen, es ist eine hervorragende Entscheidung, wenn man das erst ab Klasse 9 macht, weil wir dann die Mittel für die ersten beiden Klassen einsparen. Bildungspolitisch - wir haben das eine Zeitlang mal zusammen gemacht, glaube ich - finde ich es absolut richtig, darüber zu diskutieren und verschiedene Konzepte zu etablieren. Nichtsdestotrotz geht es darum, dass wir an unserem Plan festhalten, dass wir an den Stellen, an denen es realistisch, sinnvoll und möglich ist, den Kids etwas zur Verfügung stellen und die Bildung - und vor allem die Ausstattung mit Tablets - nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig machen. Das ist unser Ziel, und daran werden wir auch festhalten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch ein weiteres Thema ansprechen: die Kommunen. Das ist ein spannendes Feld, das man durchaus aus verschiedenen Perspektiven betrachten kann. Auch hier sind die Herausforderungen sehr groß, auch hier werden wir anpacken und helfen, damit es den Kommunen besser geht - das ist ausdrücklich erklärtes Ziel. Mit dem Haushalt werden wir investieren und kurzfristig und unbürokratisch 600 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Die 250 Millionen Euro für die Kita-Finanzierung wurden angesprochen, wir packen auch da an und machen weiter.

Wir sind ferner eines der ersten Länder, das eine konkrete Beteiligung am Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz vereinbart hat. Das sind alles wichtige und richtige Zeichen an die kommunale Ebene. Deutlich wird, dass wir gemeinsam, Seite an Seite, weitermachen wollen.

Zum Abschluss: Insgesamt, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann sich dieser Entwurf sehen lassen. Es gibt weiterhin Baustellen und Themen, über die wir reden müssen, wahrscheinlich auch noch nach diesem Haushalt. Wir sind sehr gespannt, was hier im laufenden Verfahren an weiteren Vorschlägen auf den Tisch gelegt wird. Vorsichtshalber will ich darauf hinweisen, dass die Vorschläge nicht zu einem Wunschkonzert werden sollten, sondern man sehr genau erklären können muss - wenn man hier etwas auf den Tisch legt -, wie man sie solide und auskömmlich finanzieren möchte.

Das war in den vergangenen Jahren sehr schwierig. Da müssen wir genau hingucken. Die Landesregierung jedenfalls hat mit ihrem Entwurf richtig was auf den Tisch gelegt. Er knüpft an unseren bisherigen sehr positiven Weg an, und den werden wir auch konsequent weitergehen.

Ich will in dem Zusammenhang noch ansprechen, dass wir als Fraktion traditionell und wie immer das Haushaltsbegleitgesetz mit einbringen, das wir auch noch diskutieren werden. Ich will mich in dem Zusammenhang herzlich bei all denjenigen bedanken, die an der Erstellung des Haushaltsentwurfs mitgewirkt und an den Gesetzen mitgearbeitet haben. All das werden wir ordentlich und ausgiebig in den verschiedenen Ausschüssen beraten. Die beantragte Mitberatung geht völlig in Ordnung. Das ist absolut richtig. Ich freue mich auf eine umfängliche Beratung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Raulfs. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der AfD Herr Kollege Wichmann. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Klaus Wichmann (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist sinnvoll, wenn wir auf diesen Haushalt nicht nur haushalterisch, sondern endlich auch mal politisch schauen. Die Lage in Deutschland und in Niedersachsen, meine Damen und Herren, wird von Jahr zu Jahr schlechter. Das Leben wird unter Rot-Grün immer teurer. Essen gehen, Urlaub - für viele wird das unbezahlbar, und es wird nicht besser.

Strom wird eher noch teurer, hören wir gerade vom Avacon-Chef. Der Chef von Amprion sieht das genauso und spricht zusätzlich noch von Abschaltungen. Abschaltungen, meine Damen und Herren! Zur Erinnerung: Wir reden hier über Deutschland.

Benzin wird unter Ihnen nicht billiger - die Grünen wird es freuen. Die Mieten sind unbezahlbar. Ein eigenes Haus kann sich nun wirklich kaum noch jemand leisten.

Praktisch alle Wohlstandsversprechen der alten Bundesrepublik - Auto, Urlaub, Haus - haben Sie faktisch kassiert und durch Propagandafloskeln aus dem rot-grünen Einheitsmeinungsbaukasten ersetzt.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Volker Bajus [GRÜNE])

Der Wirtschaft, vor allem auch den mittleren und kleinen Betrieben, steht das Wasser bis zum Hals. In jeder Branche höre ich jedenfalls denselben Satz: Wenn das so weitergeht, höre ich auf! - Diese Zeichen, Herr Ministerpräsident, stehen an der Wand. Man muss sie nur lesen wollen. Das verlangt von einer Regierung den maximalen Einsatz in mindestens zwei Bereichen:

Erstens. Die Senkung von Steuern und Abgaben, und zwar deutlich spürbar. Denn der erste Grund für „Ich höre bald auf“ ist: Es bleibt nichts übrig. Wenn Sie als kleiner Unternehmer 60 bis 80 Stunden die Woche arbeiten - und es gibt solche Fälle -, und es bleiben am Monatsende 1 500 Euro, weil Ihnen der Staat alles wegnimmt, dann läuft etwas grundsätzlich falsch. Aber Sie laufen einfach weiter in diese Richtung. Denn wo ist Ihr Ansatz, Ihr Einsatz für die entsprechenden Reformen? Wo verknüpfen *Sie* Ihr politisches Schicksal mit einem massiven Abbau von Bürokratie gerade für diese kleinen und mittleren Unternehmen? Das ist der zweite Punkt, der immer wieder genannt wird.

Ich sehe nicht, Herr Ministerpräsident, dass Sie wie Javier Milei gegen Bürokratie und erdrückenden Staat die Kettensäge schwingen. Eigentlich sieht man Sie da gar nichts machen.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Haushalt, Herr Ministerpräsident, ist ein „Weiter so!" in Zeiten des dramatischen Abstiegs. Es ist ein Nicht-Lernen-Wollen in der katastrophalen Migrationspolitik. Es ist ein geradezu trotziges Sich-Versteifen auf linke Identitätspolitik: woke, deutschfeindlich, leistungsfeindlich, traditionsfeindlich.

Die Leuchttürme, die Sie errichten, Herr Ministerpräsident, spenden Licht ausschließlich für Linksaktivisten und für Scheuklappen-Endanwender.

Dabei sind die nötigen Antworten für jeden ersichtlich, der keine Angst davor hat, mal keinen Beifall von links zu bekommen. Die Lösungen liegen wirklich auf der Hand, und sie sind sämtlich konservativ.

Auf die Frage der illegalen Massenmigration und der Migration insgesamt gibt es nur eine vernünftige Antwort, und die ist konservativ.

Die vernünftige Antwort stellt sich der Realität streng nach Kurt Schumacher und beantwortet die Frage,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

wie viel und vor allem welche Migration dieses Land verträgt. Sie scheut sich nicht zu fragen: Welche Migration ist gut für dieses Land und welche eben nicht?

(Beifall bei der AfD)

Die vernünftige Antwort schwadroniert nicht von einer allgemeinen Verantwortlichkeit für alles Elend dieser Welt,

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Reden Sie eigentlich über den Haushalt, Herr Wichmann, oder über was?)

denn wer vernünftig ist, der weiß, dass wir dafür nicht verantwortlich sind.

Die vernünftige Antwort - - -

Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Wichmann, ich muss Sie leider kurz unterbrechen, denn es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage: des Kollegen Raulfs. Möchten Sie dem entsprechen?

Klaus Wichmann (AfD):

Danke, Herr Präsident, ich möchte keine Zwischenfragen zulassen.

(Zuruf von der SPD: Das passt nicht!)

Vizepräsident Jens Nacke:

Dann geben Sie mir aber - -

(Volker Bajus [GRÜNE]: Weil Sie keine Antworten haben! Deswegen!)

Klaus Wichmann (AfD):

Die vernünftige Antwort weiß - -

Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Wichmann, dann geben Sie mir die Gelegenheit, die Kolleginnen und Kollegen im Haus zu bitten, auch diesem Redebeitrag die nötige Aufmerksamkeit zu schenken.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Ja, aber er soll zur Sache sprechen!)

Bitte schön!

Klaus Wichmann (AfD):

Ungeduld, Herr Schulz-Hendel, ist das Vorrecht der Jugend. Ich weiß nicht, wo Sie sich altersmäßig verorten. Wir kommen gleich zum Haushalt.

Die vernünftige Antwort weiß: Wer halb Kalkutta zu sich holt, rettet nicht etwa Kalkutta, er wird zu Kalkutta, um es mit den Worten von Peter Scholl-Latour zu sagen. Die vernünftige Antwort weiß, dass es an Wahnsinn nicht nur grenzt, wenn man sich bei solchen Versuchen selbst abschafft.

Dieser Haushalt steckt 400 Millionen Euro in eine Erstaufnahme für illegale Migranten. Die vernünftige Antwort wäre, die Grenzen für illegale Einwanderung zu schließen, ohne jede Lücke.

Dieser Haushalt gibt weitere 500 Millionen Euro für Asylanten und Flüchtlinge allein im Einzelplan des Innenministeriums aus.

Wir schließen Krankenhäuser, wir tolerieren seit Jahren Arbeitsbedingungen bei Ärzten, die jeder Beschreibung spotten. Wir lassen seit Jahrzehnten die Infrastruktur verrotten. Die Polizei und viele andere Behörden arbeiten zum Teil unter unzumutbaren Zuständen. Aber wir leisten uns fast 1 Milliarde Euro für Asylbewerber und Flüchtlinge, und das schon seit Jahren.

(Beifall bei der AfD)

Die einzigen sinnvollen Ausgaben wären die für ein Rückführungszentrum.

Im Bereich Inneres fehlen auch der Taser und eine zeitgemäße Bewaffnung der Polizei. Wie sich die Polizei in Niedersachsen bei Anschlägen wie etwa in Paris auf *Charlie Hebdo* wehren soll, ist nicht nur mir ein völliges Rätsel. Mit einer MP5 gegen AK-47, das ist nicht sportlich, das ist lebensgefährlich.

Herr Ministerpräsident, schauen Sie auf die Wirtschaft! Was haben wir nicht alles gehört von Rot-Grün, was einen Investitionsschub, einen Innovationsschub auslösen würde: ein Booster für die Wirtschaft! Energiewende, E-Autos. Wie teuer sollte die Energiewende noch mal pro Kopf sein, liebe Grüne? Sie müssten hier vor Scham versinken und Ihre Plätze freiwillig abgeben.

(Beifall bei der AfD)

Die Realität ist doch, dass unser Wachstum zwischen 2019 und 2024 bei 0,3 % liegt und - zum Vergleich - das der USA bei 12,1 %, so die *Financial Times*.

Wer unseren Abstieg aufhalten will, darf für jedes Problem nur noch eine Fähigkeit anwenden, und das ist der gesunde Menschenverstand: Kann ich mir das leisten? Ist diese Ausgabe sinnvoll? Trägt das noch dazu bei, dass wir als Gemeinschaft auch morgen noch handlungsfähig sind? Diese Denkart nennt man bürgerlich, man nennt sie konservativ, und sie ist die einzige Lösung.

Am Ende, meine Damen und Herren, sind es immer wieder die Konservativen, die den Karren aus dem Dreck ziehen müssen, den die Linken da voller Elan hineingefahren haben.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Volker Bajus [GRÜNE])

Nur, dass diesmal, Herr Bajus, die Krise existenziell ist.

Was tun Sie in dieser existenziellen Krise? 575 000 Euro für Frauen- und Genderforschung in diesem Haushalt! Vielleicht ist es für einige ganz interessant, was mit diesem Geld genau gemacht wird. Hören Sie gut zu, liebe Unternehmer! Neben Professuren für Gender Studies wird auch die Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft der Einrichtungen für Frauen- und Geschlechterforschung in Niedersachsen gefördert, welche Veranstaltungen durchführt wie - ich zitiere -: „hybrides Lunch Talk Event zu Geschlechterdimensionen in der (Auto)Batterieforschung“. Wir stehen wirtschaftspolitisch vor einem Desaster, und Sie finanzieren hybride Lunch-Talk-Events. Wow!

(Beifall bei der AfD)

Wenn es jemand verdient hat, abgewählt zu werden, dann hätte ich durchaus einen Vorschlag.

Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Wichmann, ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Klaus Wichmann (AfD):

Herr Präsident, ich habe vorhin schon versucht, deutlich zu machen, dass ich bei dieser Rede keine Zwischenfragen zulasse.

Vizepräsident Jens Nacke:

Dann will ich Sie auch nicht weiter unterbrechen.

Klaus Wichmann (AfD):

Danke schön.

(Unruhe)

Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön! Sie haben das Wort.

Klaus Wichmann (AfD):

Statt die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu ändern, setzen Sie, Herr Ministerpräsident, auf Imagekampagnen: 5 Millionen Euro in diesem Haushalt für eine Imagekampagne. Wirklich, glauben Sie im Ernst, dass ein bisschen Farbe am maroden Gebäude das Land rettet? So was nennt man Potemkinsche Dörfer. Ein Regierungschef in der Krise *führt* und malert nicht Wände an!

Noch ein Schmankerl aus der Staatskanzlei: 268 000 Euro für das Bündnis „Niedersachsen packt an“. Mit dabei: DGB, die Kirchen, die üblichen Verdächtigen. Ziel: eine positive Haltung für die Integration geflüchteter Menschen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern. Dabei auch: Kulturton, Agentur für Diversität und Transkulturalität, mit deren Veranstaltung „Zweiheimisch im Einheimisch: Transkulturalität als Kaleidoskop von Gesellschaften“.

Ich finde, Sie sollten den von der Insolvenz bedrohten, den Entlassenen, den täglich um ihre wirtschaftliche Existenz Kämpfenden das als Postwurfsendung zukommen lassen, damit sie auch einmal erfahren, was Sie so existenziell Wichtiges in dieser Krise finanzieren.

(Beifall bei der AfD)

Man kann sowas natürlich machen, gar keine Frage. Aber nicht mit *einem* Euro Steuergeld!

Manchmal ist es auch gar nicht die Höhe der Ausgaben, manchmal ist es die Bedeutung. Da gibt es so eine vermeintliche Kleinigkeit: 17 000 Euro für die Unterstützung der europäischen Integration. Ziel ist, die Bevölkerung Niedersachsens mit den europäischen Institutionen und ihren Aufgaben bekannt zu machen. Warum muss ich dafür überhaupt Geld ausgeben? Ich dachte immer, die EU, die ist so toll, das sieht doch ein Blinder mit einem Krückstock, dass das gar nicht besser geht.

Die gute alte EU! Ich sage nur: Datenschutz-Grundverordnung, Lieferkettengesetz, Verbrenner-Aus, A1-Bescheinigung usw. usf. Das zu bewerben, da auch nur einen Euro reinzugeben, ist eine reine Frechheit. Dafür, exakt dafür gehen die Leute arbeiten, werden aber von genau diesen EU-Errungenschaften drangsaliert. Welch bittere Ironie!

(Beifall bei der AfD - Sebastian Zinke [SPD]: Wenn Sie aus der EU raus wollen, dann sagen Sie es auch!)

Ich habe so den Eindruck, dass man Ihnen noch am Tag Ihrer kommenden Wahlniederlage Ihre religionsähnlichen Ideologieprojekte aus den Fingern wird winden müssen, weil die das Einzige sind, was die versammelten Linken hier wirklich wichtig finden.

Und dann die niedersächsische Landeswohnungsbaugesellschaft - wir haben es schon gehört -: Mit 100 Millionen Euro ausgestattet, und was gebaut? Nix! Das ist ungefähr so, als läge ich ein Sonderprogramm gegen Kriminalität auf - große Ankündigung, politischer Medienwert ohne Ende -, und nach einiger Zeit dann die Nachfrage: Und, was habt ihr gemacht? Ja, nix. Aber wir haben ein super Programm aufgelegt, und das war doch super finanziert.

Bildungspolitisch setzen Sie auf ein linkes „Weiter so!“. Digitalisierung um jeden Preis - nicht rechts gucken, nicht links. Schweden zum Beispiel, ein Vorreiter der Digitalisierung, rudert längst zurück. Kann man nicht einmal etwas von anderen lernen? Nein. Wir als deutsche Linke, wir müssen nichts lernen. Wir wissen alles besser. Wir haben die Weisheit mit Löffeln gefressen. Wir haben die Wahrheit nicht geliehen, wir haben sie gleich gepachtet.

(Beifall bei der AfD)

In Schweden heißt es nun: Die Lesegeschwindigkeit, der Wortschatz und das Leseverständnis bei den Schülern sind insgesamt zurückgegangen. Wir glauben, dass es daran liegt, dass wir zu viel digital gemacht haben. Und was machen Sie? In Ihrem Haushalt sind 800 Millionen Euro vorgesehen für die Anschaffung elektronischer Geräte als Leihtablets für Schüler.

Meine Damen und Herren, 37 % können sich mittlerweile - bundesweit - vorstellen, die AfD zu wählen. Noch gestern war die AfD bei der letzten INSA-Umfrage die stärkste Partei in Deutschland vor der CDU.

(Beifall bei der AfD)

Es wird Zeit, dass wir regieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Ulf Thiele [CDU]: Sie sind nicht konservativ, ganz sicher nicht! - Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Er ist wohl von den Scharfmachern gezwungen worden, so eine Rede zu halten!)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Wichmann. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet -

(Unruhe)

- ich darf Sie höflich bitten, auch dem letzten Redner entsprechende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen -: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Dr. Hoffmann. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Historiker und jemand, der das Selbstbestimmungsrecht des indischen Volkes respektiert, möchte ich darauf hinweisen, dass Kalkutta seit 2001 „Kolkata“ genannt wird.

(Zurufe von der AfD: Ah!)

Mehr möchte ich nicht zu der vorherigen Rede sagen. Eigentlich möchte ich lieber zum Thema Haushalt reden. Denn das ist in den letzten acht Minuten nicht passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ausgangslage für die Haushaltsberatungen 2026 ist eigentlich alles andere als rosig. In den Jahren 2023 und 2024 ist die deutsche Wirtschaft geschrumpft. Auch 2025 wird kein Boomjahr werden. Die anhaltenden Krisen und Kriege - allen voran der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine - verschärfen die Lage. Dazu ein zunehmend protektionistischer Handelskonflikt mit den USA.

Für eine exportorientierte Wirtschaft wie die niedersächsische sind das keine guten Vorzeichen und damit auch nicht für die Steuereinnahmen des Landes. Strukturell fehlen uns im Vergleich zur Mittelfristplanung aus dem vergangenen Jahr erhebliche Einnahmen. Gleichzeitig brechen uns zusätzliche Einnahmen durch die angekündigten sogenannten Entlastungspakete des Bundes weg.

Dennoch ist der Bedarf riesig: Wir müssen unsere marode Infrastruktur wieder instand setzen, Landesgebäude energetisch sanieren, ausreichend Lehrkräfte einstellen und die Klimaanpassung vorantreiben. All das ist nicht neu, aber es macht klar: Jetzt ist die Zeit, gegenzusteuern. Denn genau in solchen Zeiten zeigt sich, ob Politik gestalten will oder nur verwaltet.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Dr. Dörte Liebetruth [SPD])

Unter dem Motto „Niedersachsen kann Zukunft“ legt unsere Landesregierung mit dem Haushaltsplan 2026 ein Investitions- und Kommunalstärkungspaket vor, das in der Geschichte unseres Landes seinesgleichen sucht. Wir starten Investitionen wie noch nie. Mit dem landeseigenen Sofortpaket von rund 5 Milliarden Euro, das gemeinsam mit dem Nachtragshaushalt 2025 umgesetzt wird, und dem niedersächsischen Anteil am Sondervermögen des Bundes in Höhe von voraussichtlich 9,4 Milliarden Euro bewegen wir uns in wahrlich historischen Dimensionen. Das ist nicht Kleckern, das ist Klotzen, und zwar für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Spielräume nutzen wir auch, um Rücklagen abzubauen. Ich finde es beeindruckend, wie das Storytelling immer wieder aufrechterhalten wird: Mal plündern wir die Rücklage, mal horten wir sie, und immer sind es Wahlkampfgeschenke. Da wir gerade nicht mal in einem Wahljahr sind, finde ich das schon ein bisschen beeindruckend, aber natürlich findet man immer was.

(Ulf Thiele [CDU]: Haushalt für den Kommunalwahlkampf!)

- Man hätte es auch direkt nächstes Jahr, eine Woche vor dem Kommunalwahltermin machen können. Dann wäre das Applaus noch größer gewesen.

Aber ganz ehrlich, wir machen das nicht, um Stimmen zu kaufen, wir investieren, um Zukunft zu sichern. Die Lage ist zu ernst, die Möglichkeit einzigartig. Darum handeln wir jetzt, statt zu warten, bis es vielleicht mehr Applaus gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Daher danke ich der Landesregierung ausdrücklich, dass sie die Spielräume nicht für symbolpolitische Schnellschüsse nutzt, sondern für genau die Bereiche, in denen es seit Jahren am meisten hakt. Ebenso danke ich dafür, dass das strukturelle Defizit nicht länger allein mit den Einnahmen aus der Rücklage ausgeglichen wird, sondern die neuen Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden. Das ist verantwortungsvolle Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle ganz kurz einen Blick in Richtung Berlin, denn hier gibt es etwas, das uns von der Bundesregierung und dem noch immer in Beratung befindlichen Haushaltsentwurf 2025 unterscheidet: Während nämlich in Berlin immer noch gezögert wird, gestalten wir längst. In Berlin - ich habe es gesagt - wird erst nächste Woche der Haushalt 2025 beschlossen. In der vorläufigen Haushaltsführung wird gespart und aufgeschoben. In Niedersachsen hingegen setzen wir voll auf Gestaltung und Investitionen.

Das Haushaltsvolumen 2026 beträgt jetzt 47,9 Milliarden Euro - ein Plus von 3,5 Milliarden Euro gegenüber dem laufenden Jahr. Das Investitionsvolumen - das haben wir heute schon mehrfach gehört - steigt auf fast 9 % des Gesamthaushalts. Trotzdem bleibt Niedersachsen finanzpolitisch stabil - übrigens anders als so manches CDU-geführte Bundesland.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Stefan Politze [SPD])

Die Schwerpunkte sind klar: Gesundheit, Bildung, Klimaanpassung.

600 Millionen Euro fließen in den Krankenhausfinanzierungsfonds, 250 Millionen Euro für die Kita-Finanzierung, 200 Millionen Euro in den Klima- und Transformationsfonds. Das sind keine kosmetischen Summen, das ist handfeste Politik. Hinzu kommen die Gelder aus dem niedersächsischen Anteil am Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität. 800 Millionen Euro für Schüler*innentickets, 300 Millionen Euro für Fahrzeugbeschaffung bei der LNVG, 500 Millionen Euro für die Sanierung maroder Brücken und Straßen, 200 Millionen Euro für Wohnraumförderung, 200 Millionen Euro für Zukunftsentwicklung im ländlichen Raum, 100 Millionen Euro für Wassermanagement, 100 Millionen Euro für Polizei und Katastrophenschutz, 200 Millionen Euro für sozialen Klimaschutz, 100 Millionen für Hochwasser- und Küstenschutz.

Man könnte ewig so weitermachen. Im Ergebnis: alles Investitionen in Stadt und Land, in Klima und Kinder, in Sicherheit und Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

All das zusammengenommen zeigt, was wir meinen, wenn wir sagen: Wir bewegen uns in historischen Dimensionen.

Es wurde heute schon mehrfach darauf hingewiesen, und auch mir ist besonders wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen: Es geht auch um 1 350 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte. Das bedeutet mehr Unterricht, weniger Ausfall, bessere Chancen für unsere Kinder. Das ist die beste Investition, die ein Land überhaupt machen kann. Zusammen mit der Polizei sind das übrigens die Stellen, die uns die CDU vorwirft.

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist nicht richtig!)

Zu der Kritik am Einzelplan 19 in der Verantwortung des Innenministeriums: Ich finde es immer wieder beeindruckend, wie hier schon das Ende gesehen wird, bevor wir überhaupt den Einstieg gemacht haben. Denn es ist ein klares Signal, Frau Pörksen zur Staatssekretärin zu machen. Der Einzelplan ist ein klares Signal. Wir machen Digitalisierung zur echten Querschnittsaufgabe und geben ihr das politische Gewicht, das sie verdient.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Dr. Hoffmann, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage: des Kollegen Fühner. Möchten Sie dem entsprechen?

Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE):

Nein, danke.

Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön, fahren Sie fort!

Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE):

Ich möchte noch auf eine nicht ganz so deutliche Neuerung - nicht ganz so groß in Zahlen - eingehen: das sogenannte Signaling. Im letzten Haushalt wurde das in zwei Einzelplänen erprobt, und nun wird es auf den gesamten Haushalt ausgerollt. Künftig wird bei jedem Haushaltstitel sichtbar, welchen Beitrag er zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN leistet. Das heißt, wir machen Politik nicht nur nach Bauchgefühl, sondern messbar, transparent und zukunftsorientiert. Das ist ein Schritt zu einer echten Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen.

Dazu passt auch, dass sich die Klimakennziffer, die wir im letzten Jahr eingeführt haben, im Vergleich zum Vorjahr ordentlich vergrößert hat. Es macht deutlich, dass wir die Aufgaben Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und wirtschaftliche Transformation ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsplan ist kein Selbstzweck. Er ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Er macht Niedersachsen krisenfester, gerechter, moderner. Er zeigt: Auch in schwierigen Zeiten ist Gestalten möglich, wenn man es denn will - und wir wollen!

Zum Schluss möchte ich noch meinen Dank aussprechen. Ich danke dem Finanzminister und allen an den Verhandlungen beteiligten Ministerien, die in die intensive Arbeit nicht nur am Haushaltsplan 2026, sondern parallel auch noch am 2025er-Nachtrag so viel Zeit und Kraft investieren müssen. Ich danke der Landesregierung, dass sie Verantwortung übernimmt, dass sie Mut zeigt und Investitionen nicht länger aufschiebt, und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und allen nachgeordneten Behörden, die diese riesigen Pakete jetzt umsetzen dürfen, aber auch müssen. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag. Dafür vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleg*innen, dieser Haushalt ist ein Zukunftsprogramm für Niedersachsen. Dennoch: Die Haushaltsberatungen werden intensiv. Aber nutzen wir die Chance, packen wir es an, für unser Land, für kommende Generationen!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hoffmann.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor, sodass wir zur Ausschussüberweisung kommen.

Ich beginne mit der Ausschussüberweisung für den Beratungsgegenstand in Tagesordnungspunkt 5. Federführend soll der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein, und mitberatend sollen sämtliche ständigen Ausschüsse sein.

Ich komme nun zur Ausschussüberweisung für den Beratungsgegenstand in Tagesordnungspunkt 6. Dafür soll federführend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein, und mitberatend sollen sein der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, der Ausschuss für Inneres und Sport, der Kultusausschuss, der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur, der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung und - heute noch beantragt - der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz.

Ich hatte es so verstanden, dass Einigkeit besteht. Insofern lasse ich über alle Ausschussüberweisungen gemeinsam abstimmen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Beschlussempfehlung

Hannover, den 10.12.2025

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Berichterstattung: Abg. Dr. h. c. Björn Thümler (CDU)

(Es ist ein schriftlicher Bericht vorgesehen.)

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/8220 mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen.

Dr. h. c. Björn Thümler
Vorsitzender

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Am Ende der Nummer 11 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

   b) Am Ende der Nummer 12 wird das Wort „und“ eingefügt.

   c) Es wird die folgende Nummer 13 eingefügt:

      „13. ab dem Haushaltsjahr 2026 für kreisfreie Städte 63,26 Euro und für Landkreise 69,14 Euro“.

2. Nach § 5 a wird der folgende § 5 b eingefügt:

„§ 5 b
Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(1) [1]Die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover erhalten vom Land für die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Bereich des gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes im Jahr 2026 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 10 000 000 Euro. [2]Die Beträge nach Satz 1 werden jeweils

1. zur Hälfte nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Kommune nach Satz 1 zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen zum Stichtag 30. Juni 2025 und

2. zur Hälfte nach dem Verhältnis des Viehbestandes in Großvieheinheiten der Kommune

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

1/1. In § 5 Abs. 1 Satz 1 wird nach den Worten „Niedersächsischen Schulgesetzes“ die Angabe „(NSchG)“ eingefügt.

1/2. § 5 a Abs. 2 Satz 6 wird gestrichen.

2. Nach § 5 a wird der folgende § 5 b eingefügt:

„§ 5 b
Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(1) [1]Die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover erhalten vom Land für die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Bereich des gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes im Jahr 2026 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 10 000 000 Euro. [2]Die Beträge nach Satz 1 werden jeweils **zur Hälfte nach dem Verhältnis**

1. _____ der Einwohnerzahl der Kommune nach Satz 1 zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen zum Stichtag 30. Juni 2025 und

2. _____ des Viehbestandes in Großvieheinheiten der Kommune nach Satz 1 zu dem

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
nach Satz 1 zu dem Viehbestand in Großvieheinheiten in Niedersachsen	Viehbestand in Großvieheinheiten in Niedersachsen
verteilt. [3]Einwohnerzahl ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die die Landesstatistikbehörde aufgrund einer allgemeinen Zählung der Bevölkerung (Volkszählung) und deren Fortschreibung für den Stichtag ermittelt hat. [4]§ 177 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) gilt entsprechend. [5]Der Viehbestand ergibt sich aus der von der Landesstatistikbehörde zusammengestellten Landwirtschaftszählung 2020. [6]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht. [7]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend. [8]Abweichend von § 16 Abs. 2 NKomVG gilt die Stadt Göttingen bei der Anwendung von Satz 1 als kreisangehörige Gemeinde.	verteilt. [3]_____ *(jetzt in § 7 Abs. 1 [neu])* [4]_____ *(jetzt in § 7 Abs. 1 [neu])* [5]Der Viehbestand ergibt sich aus der von der Landesstatistikbehörde zusammengestellten Landwirtschaftszählung 2020. [6]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht. [7]_____ *(vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2)* [8]Abweichend von § 16 Abs. 2 **des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes** gilt die Stadt Göttingen bei der Anwendung von Satz 1 als kreisangehörige Gemeinde.
(2) Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und der Viehbestand nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 der Landeshauptstadt Hannover bleiben bei der Berechnung des Anteils der Region Hannover unberücksichtigt.“	(2) _____ *(jetzt in § 7 Abs. 2 Satz 2 [neu])“*
3. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:	3. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:
„§ 5 c Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs	„§ 5 c Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs
(1) [1]Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 1 Abs. 1 und 2 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission vom 5. Februar 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 204), erhalten vom Land für die Erfüllung des Anspruchs von Schülerinnen und Schülern in Tageseinrichtungen und Schulen mit Primarbereich nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII)	(1) [1]**F**ür die Erfüllung des Anspruchs _____ nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) **in der ab dem 1. August 2026 geltenden Fassung** erhalten **d**ie **Kommunen, die nach den §§ 102 und 195 NSchG Schulträger von öffentlichen** Schulen mit Primarbereich **sind,** vom Land
1. im Jahr 2026 1 269 000 Euro,	1. *unverändert*
2. im Jahr 2027 4 322 000 Euro,	2. *unverändert*
3. im Jahr 2028 7 376 000 Euro,	3. *unverändert*
4. im Jahr 2029 10 335 000 Euro und	4. *unverändert*
5. ab dem Jahr 2030 12 214 000 Euro.	5. *unverändert*

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
[2]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.	[2]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.
(2) [1]Die Beträge nach Absatz 1 werden auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die im Gebiet des jeweiligen örtlichen Trägers einen Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII haben, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen, die diesen Anspruch haben, aufgeteilt. [2]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der aktuellen Schulstatistik.	(2) [1]Die Beträge nach Absatz 1 **Satz 1** werden auf die **einzelnen Kommunen** nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die **den Primarbereich einer öffentlichen Schule in Trägerschaft dieser Kommune besuchen**, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler, die in Niedersachsen **den Primarbereich einer öffentlichen Schule besuchen**, aufgeteilt. [2]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der ____ Schulstatistik **des Vorjahres**.
(3) [1]Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben den Betrag, den sie nach Absatz 2 erhalten haben, nach Maßgabe der Sätze 2 und 3 unverzüglich zu verteilen. [2]Jeder Träger einer im Gebiet des örtlichen Trägers betriebenen Tageseinrichtung erhält einen Betrag, der dem Verhältnis der Zahl der von ihm nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII in dem Gebiet des örtlichen Trägers geförderten Schülerinnen und Schüler zu der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in dem Gebiet des örtlichen Trägers einen Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII haben, entspricht. [3]Von dem verbleibenden Betrag erhält jeder im Gebiet des örtlichen Trägers befindliche Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich, die als Ganztagsschulen geführt werden, einen Betrag, der dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII an seinen Schulen zu der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem solchen Anspruch im Gebiet des örtlichen Trägers entspricht. [4]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in einer Tageseinrichtung gefördert werden, richtet sich nach der aktuellen Kinder- und Jugendhilfestatistik nach § 98 Abs. 1 SGB VIII und die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der aktuellen Schulstatistik.“	(3) **[1]Eine Kommune nach Absatz 1 Satz 1, die nicht örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist, hat für jede öffentliche Schule mit Primarbereich in ihrer Trägerschaft, die nicht als Ganztagsschule nach § 23 Abs. 1 NSchG geführt wird, dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe den Betrag weiterzuleiten, den sie im Rahmen der Aufteilung der Beträge nach Absatz 2 nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die den Primarbereich dieser Schule besuchen, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler, die in Niedersachsen den Primarbereich einer öffentlichen Schule besuchen, erhalten hat. [2]Ist die Kommune eine Gemeinde, die gemäß § 13 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission vom 5. Februar 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 204), im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Aufgabe der Betreuung von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen wahrnimmt, so wird bei der Berechnung des weiterzuleitenden Betrages nach Satz 1 die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich, die eine Schule nach Satz 1 besuchen, um die von der Gemeinde zur Förderung von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen bereitgestellten Plätze verringert. [3]Die Zahl der von der Gemeinde zur Förderung der Schülerinnen und Schüler des Primarbereichs in Tageseinrichtungen bereitgestellten Plätze richtet sich nach den im Vorjahr beim Landesjugendamt in dieser Gemeinde genehmigten Plätzen, und die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der Schulstatistik des Vorjahres.**“

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

4. In § 7 Abs. 2 werden die Worte „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ durch die Angabe „NKomVG“ ersetzt.

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

4. ____ § 7 _____ **erhält folgende Fassung:**

„§ 7
Verteilungs- und Zahlungsmodalitäten

(1) Für die Bestimmung der Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt § 17 NFAG entsprechend.

(2) [1]Die Leistungen nach diesem Abschnitt werden auf der Grundlage der Einwohnerzahl nach Absatz 1 verteilt, soweit nichts anderes geregelt ist. [2]Stehen einer kreis- oder regionsangehörigen Gemeinde Leistungen unmittelbar selbst zu, so bleibt deren Anteil am Verteilungsschlüssel bei der Berechnung des Anteils des jeweiligen Landkreises oder der Region, dem oder der sie angehört, unberücksichtigt.

(3) [1]Die Leistungen werden bis zum 20. Juni eines jeden Jahres erbracht, soweit nichts anderes geregelt ist. [2]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend.“

Artikel 1/1
Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. In der Anlage 1 (zu § 5 Abs. 3, §§ 22, 23 Abs. 3 sowie den §§ 37 und 39) werden in der Besoldungsgruppe A 6 in Satz 2 der Fußnote 1 nach dem Wort „Dienstherrn“ ein Semikolon und die Worte „dies gilt nicht für die Planstellen des Landtages“ eingefügt.

2. In der Anlage 2 (zu § 5 Abs. 3, § 22 Abs. 1 und § 37) wird in der Besoldungsgruppe B 6 bei dem Amt „Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent“ der Funktionszusatz „- als Leiterin oder Leiter der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung -“ angefügt.

3. In der Anlage 12 (zu § 39) wird in der Spalte „Monatsbeträge in Euro“ bei der Angabe

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
	„Nummer 8“ die Angabe „38,35 Euro“ durch die Angabe „70,00 Euro“ ersetzt.
Artikel 2 Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes	Artikel 2 Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes
§ 4 a des Niedersächsischen Sportfördergesetzes vom 7. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 544), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:	*unverändert*
1. In Satz 1 werden die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ und das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.	
2. In Satz 2 wird die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ ersetzt.	
Artikel 3 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes	Artikel 3 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes
§ 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 109), wird wie folgt geändert:	§ 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 109), wird wie folgt geändert:
1. In Satz 3 wird die Angabe „Sätze 4 bis 10“ durch die Angabe „Sätze 4 bis 9“ ersetzt.	1. *unverändert*
2. Die Sätze 4 bis 6 erhalten folgende Fassung:	2. *unverändert*
„[4]Aus den Bundesmitteln, die dem Land Niedersachsen nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II monatlich zustehen, erhalten die in Satz 1 genannten kommunalen Träger monatliche Abschlagszahlungen. [5]Sofern die Höhe der dem Land Niedersachsen zustehenden Bundesmittel für das laufende Jahr durch Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II rückwirkend angepasst wird, erfolgt eine Anpassung der Abschlagszahlungen rückwirkend zum 1. Januar des laufenden Jahres. [6]Die Höhe der Abschlagszahlungen für die einzelnen in Satz 1 genannten kommunalen Träger wird anhand eines Vomhundertsatzes berechnet, der sich aus dem jeweiligen Anteil des kommunalen Trägers an den vom Land Niedersachsen nach § 46 Abs. 11	

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
Satz 5 SGB II insgesamt gemeldeten Zweckausgaben für die in Satz 1 genannten Leistungen des Vorvorjahres ergibt.“	
3. Satz 7 wird gestrichen.	3. *unverändert*
4. Die bisherigen Sätze 8 bis 11 werden Sätze 7 bis 10 und wie folgt geändert:	4. Die bisherigen Sätze 8 bis 11 werden Sätze 7 bis 10 und wie folgt geändert:
a) In dem neuen Satz 8 wird die Angabe „Satz 8“ durch die Angabe „Satz 7“ ersetzt.	a) *unverändert*
b) In dem neuen Satz 9 wird die Angabe „Sätzen 4 bis 7“ durch die Angabe „Sätzen 4 bis 6“ und die Angabe „Sätzen 8 und 9“ durch die Angabe „Sätzen 7 und 8“ ersetzt.	b) *unverändert*
c) In dem neuen Satz 10 Halbsatz 1 wird die Angabe „in der ab dem 1. Januar 2021 geltenden Fassung“ durch die Angabe „in der Fassung des Artikels 7 des Haushaltsbegleitgesetzes 2021 vom 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477)“ ersetzt.	c) In dem neuen Satz 10 **erhält** Halbsatz 1 **folgende Fassung _____:** **„[10]Auf die Abrechnungsjahre 2021 bis 2025 finden die Sätze 3 bis 10** in der Fassung des Artikels 7 des ____**G**esetzes ____ vom 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477) **Anwendung;“.**
Artikel 4 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs	Artikel 4 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs
Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 300), geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:	Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 300), geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:
1. In § 2 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 wird nach den Worten „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ die Angabe „(NKomVG)“ eingefügt.	1. *unverändert*
	1/1. In § 15 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2/1 und Abs. 4“ ersetzt.
2. In § 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 Abs. 4“ ersetzt.	2. In § 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 **Abs. 3 Satz 2/1 und** Abs. 4“ ersetzt.

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

3. § 25 erhält folgende Fassung:

„§ 25
Ausgleich für Verwaltungskosten

(1) [1]Die nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen erhalten im Jahr 2026 zum Ausgleich der entstehenden Personal- und Sachkosten (Verwaltungskosten) zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 SGB IX, der Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe insgesamt 46 909 639 Euro. [2]Bei dem Betrag nach Satz 1 wird davon ausgegangen, dass zum Stichtag 1. Januar 2025

1. in Niedersachsen 71 880 volljährige Menschen mit Behinderungen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung nach Teil 2 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs bezogen haben,

2. bei den herangezogenen Kommunen für die Durchführung der Aufgaben nach Satz 1 je 150 Menschen nach Nummer 1 eine in Vollzeit beschäftigte Person benötigt wird (Personalschlüssel) und

3. für die Beschäftigung der Person nach Nummer 2 durchschnittliche Verwaltungskosten in Höhe von 97 892 Euro entstehen.

(2) [1]Die Höhe des Anteils der jeweiligen Kommune bestimmt sich je zur Hälfte

1. nach dem Verhältnis der Zahl der volljährigen Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1, für die der Kommune Aufwendungen entstehen, zu der Zahl dieser Menschen aller Kommunen, für die den Kommunen solche Aufwendungen entstehen, und

2. nach dem Verhältnis der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Kommune zu der Zahl volljähriger Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen.

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

3. § 25 erhält folgende Fassung:

„§ 25
Ausgleich für Verwaltungskosten

(1) [1]**Z**um Ausgleich **der aufgrund der Heranziehung** nach § 4 Abs. 2 oder 3 _____ entstehenden Personal- und Sachkosten (Verwaltungskosten) zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 SGB IX, der Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen erhalten **die örtlichen Träger der Eingliederungshilfe** im Jahr 2026 vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe _____ insgesamt 46 909 639 Euro. [2]____ **D**em **Ausgleichsb**etrag nach Satz 1 **ist zugrunde gelegt**, dass zum Stichtag 1. Januar 2025

1. in Niedersachsen 71 880 volljährige Menschen mit Behinderungen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung nach Teil 2 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs **beziehen** ____,

2. *unverändert*

3. für die Beschäftigung **einer** Person nach Nummer 2 durchschnittliche Verwaltungskosten in Höhe von 97 892 Euro entstehen.

(2) [1]Die Höhe des **jeweiligen** Anteils **der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe** _____ **an dem Ausgleichsbetrag nach Absatz 1 Satz 1** bestimmt sich je zur Hälfte **nach dem Verhältnis**

1. _____ der Zahl der volljährigen Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1, für die **im Gebiet des örtlichen Trägers entsprechende** Aufwendungen entstehen, zu der Zahl dieser Menschen _____, für die _____ **im Gebiet des Landes** solche Aufwendungen entstehen, und

2. _____ der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner **des** jeweiligen **örtlichen Trägers** zu der Zahl **der** volljährige**n** Einwohnerinnen und Einwohner **des Landes**.

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
[2]Für die Einwohnerzahl gilt § 177 Abs. 1 und 3 NKomVG entsprechend. [3]Je ein Zwölftel des Betrags nach Satz 1 wird zugleich mit den Abschlägen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 gezahlt.	[2]Für die Einwohnerzahl gilt § 177 Abs. 1 ____ NKomVG entsprechend. [3]Je ein Zwölftel des **jeweiligen Anteils** ____ nach Satz 1 wird zugleich mit den Abschlägen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 gezahlt.
(3) [1]Die Höhe des Ausgleichsbetrags nach Absatz 1 Satz 1 ist jährlich fortzuschreiben. [2]Maßgeblich sind die Veränderungen bei der Zahl der Menschen mit Behinderungen nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und die Veränderungen der durchschnittlichen Verwaltungskosten nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag 31. März eines Jahres im Vergleich zum 31. März des Vorjahres. [3]Im Jahr 2026 sind maßgeblich die Veränderungen im Vergleich zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2. [4]Absatz 2 gilt entsprechend.	(3) [1]Die Höhe des Ausgleichsbetrags nach Absatz 1 Satz 1 ist jährlich fortzuschreiben. [2]Maßgeblich sind **jeweils** die Veränderungen bei der Zahl der Menschen mit Behinderungen **im Sinne des** Absatz**es** 1 Satz 2 Nr. 1 und die Veränderungen **bei der Höhe** der durchschnittlichen Verwaltungskosten **im Sinne des** Absatz**es** 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag 31. März eines Jahres im Vergleich zum 31. März des Vorjahres. **[2/1]Das Fachministerium ermittelt die Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten zum Zweck der Fortschreibung nach Satz 1 anhand der Kriterien, die auch der Ermittlung der Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2 zugrunde gelegt sind, oder bei Änderung der hierfür maßgebenden Verhältnisse auf Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses und nach Abstimmung mit dem Finanzministerium anhand entsprechend angepasster Kriterien.** [3]Im Jahr 2026 sind **im Sinne des Satzes 2** maßgeblich die Veränderungen im Vergleich zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2. [4]**Für die Bestimmung der Höhe des jeweiligen Anteils der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe _____ an dem fortgeschriebenen Ausgleichsbetrag** gilt Absatz 2 entsprechend.
(4) Der Gemeinsame Ausschuss gibt zum 1. Januar 2030 und danach jeweils nach fünf Jahren eine Empfehlung darüber ab, ob eine Änderung des Personalschlüssels nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 ab dem jeweiligen Folgejahr geboten ist.	(4) Der Gemeinsame Ausschuss gibt zum 1. Januar 2030 und danach jeweils nach fünf Jahren eine Empfehlung **dazu** ab, ob eine Änderung des Personalschlüssels nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 ab dem jeweiligen Folgejahr geboten ist.
(5) Die den nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen entstehenden Verwaltungskosten zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe werden im Rahmen der Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich gedeckt.“	(5) *unverändert*

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
Artikel 5 Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes	Artikel 5 Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes
In § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes vom 25. November 2007 (Nds. GVBl. S. 661), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 320), wird die Angabe „1 500 000“ durch die Angabe „2 000 000“ ersetzt.	*unverändert*
Artikel 6 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“	Artikel 6 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“
Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“ vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:	Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“ vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:
1. § 2 wird wie folgt geändert:	1. *unverändert*
a) Am Ende der Nummer 4 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.	
b) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „und“ eingefügt.	
c) Es wird die folgende Nummer 6 eingefügt:	
„6. Maßnahmen nach § 12 b Abs. 1 Sätze 4 und 5 KHG“.	
2. § 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:	2. § 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
	0/a) Es werden die folgenden Nummern 12 a und 12 b eingefügt:
	„12 a. vom Land ab dem Haushaltsjahr 2026 aus Kapitel 0595 Titel 884 61 zugeführte Haushaltsmittel für Maßnahmen nach § 2 Nr. 2,
	12 b. von den Landkreisen und kreisfreien Städten ab dem Haushaltsjahr 2026 die von ihnen nach § 8 Abs. 1 Satz 1 NKHG wegen der Zuführungen des Landes nach Nummer 12 a für Maßnahmen nach § 2 Nr. 2 aufzubringenden Finanzierungsmittel,“.

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
a) Am Ende der Nummer 16 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.	a) **In** Nummer 16 **werden nach der Angabe „10 000 000 Euro“ das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt, nach der Angabe „9 000 000 Euro“ die Angabe „sowie im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von 15 000 000 Euro“ eingefügt sowie a**m Ende das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.
b) Am Ende der Nummer 17 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.	b) *unverändert*
c) Es werden die folgenden Nummern 18 und 19 angefügt:	c) Es werden die folgenden Nummern 18 und 19 angefügt:
„18. vom Land im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von 600 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 sowie	„18. vom Land im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von **585 000 000** Euro für Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 sowie
19. die dem Land vom Bund ab 2026 zugeteilten Fördermittel nach § 12 b KHG.“	19. *unverändert*
3. § 4 wird wie folgt geändert:	3. § 4 wird wie folgt geändert:
	0/a) In Satz 6 wird die Angabe „11, 12 und 13“ durch die Angabe „11 bis 13“ ersetzt.
a) Es wird der folgende neue Satz 9 eingefügt: „[9]Die Mittel nach § 3 Satz 1 Nrn. 18 und 19 dürfen nur zur Finanzierung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 verwendet werden.“	a) *unverändert*
b) Der bisherige Satz 9 wird Satz 10.	b) *unverändert*
Artikel 7 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“	Artikel 7 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“
Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ vom 16. Mai 2017 (Nds. GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2020 (Nds. GVBl. S. 108), wird wie folgt geändert:	Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ vom 16. Mai 2017 (Nds. GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2020 (Nds. GVBl. S. 108), wird wie folgt geändert:
1. § 2 wird wie folgt geändert:	1. *unverändert*
a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und darin erhält Nummer 1 folgende Fassung:	

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
„1. bei der Medizinischen Hochschule Hannover und bei der Universität Göttingen in der Universitätsmedizin a) im Bereich der Krankenversorgung einschließlich der Forschung und Lehre mit räumlichem Bezug zur Krankenversorgung und der ihr dienenden Infrastruktur und b) im Bereich der Forschung und Lehre ohne räumlichen Bezug zur Krankenversorgung und der der Forschung und Lehre dienenden Infrastruktur sowie“.	
b) Es wird der folgende Satz 2 angefügt: „[2]Es dient in den in Satz 1 Nr. 1 genannten Bereichen nur zur Finanzierung von Neubaumaßnahmen, einschließlich der Ersteinrichtung unter Anschaffung und Installation medizinischer Großgeräte; es dient weder der Finanzierung von Instandhaltungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen noch der Finanzierung von Maßnahmen zur Erweiterung bestehender Gebäude.“	
2. § 4 wird wie folgt geändert:	2. § 4 wird wie folgt geändert:
a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:	a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:
aa) Es wird der folgende neue Satz 2 eingefügt: „[2]Das Sondervermögen darf nach Maßgabe des Absatzes 2 auch für Bürgschaften verwendet werden, die zur Sicherung des Vergütungsanspruchs einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung einer Investitionsmaßnahme beauftragten Unternehmen vom Land übernommen werden.“	aa) Es **werden die folgenden neuen Sätze** 2 **und 3** eingefügt: „[2]Das Sondervermögen darf auch für **die Inanspruchnahme des Landes aus** nach Maßgabe des Absatzes 2 **übernommenen** Bürgschaften verwendet werden_____ *(jetzt in Absatz 2 Satz 1)*. **[3]**Erlischt eine Bürgschaft, ohne dass das Land aus ihr in Anspruch genommen wird, so stehen die für die Bürgschaft nicht mehr benötigten Mittel erneut für die Übernahme einer Bürgschaft **oder eine Verwendung nach Satz 1** zur Verfügung.“
bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und darin wird die Angabe „§ 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 Buchst. a“ ersetzt.	bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz **4** und darin wird die Angabe „§ 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 Buchst. a“ ersetzt.
cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 4 und 5.	cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze **5** und **6**.

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
b) Es wird der folgende Absatz 2 angefügt:	b) Es wird der folgende Absatz 2 angefügt:
„(2) [1]Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) darf Bürgschaften in Höhe von insgesamt bis zu 200 000 000 Euro übernehmen. [2]Erlischt eine Bürgschaft, ohne dass das Land aus ihr in Anspruch genommen wird, so stehen die für die Bürgschaft nicht mehr benötigten Mittel erneut für die Übernahme einer Bürgschaft zur Verfügung.“	„(2) [1]Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) **ist ermächtigt**, zur Sicherung des Vergütungsanspruchs einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung einer **aus dem Sondervermögen finanzierten** Investitionsmaßnahme beauftragten Unternehmen Bürgschaften in Höhe von insgesamt bis zu 200 000 000 Euro **zulasten des Sondervermögens zu** übernehmen. [2]_____ *(jetzt in Absatz 1 Satz 3)*“
3. § 5 wird wie folgt geändert:	3. § 5 wird wie folgt geändert:
a) In Satz 1 werden nach den Worten „Finanzierung aus dem Sondervermögen“ die Worte „und die Übernahme einer Bürgschaft“ eingefügt.	a) *unverändert*
b) In Satz 3 Halbsatz 1 werden die Worte „zur Kenntnis genommen“ durch das Wort „beschlossen“ ersetzt.	b) ***wird gestrichen***
4. In § 7 Satz 1 werden die Worte „Ministerium für Wissenschaft und Kultur“ durch das Wort „Fachministerium“ ersetzt.	4. *unverändert*
5. In § 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Satz 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz 5“ ersetzt.	5. In § 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Satz 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz **6**“ ersetzt.
Artikel 8 Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen	Artikel 8 Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen
Dem § 4 Abs. 1 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (Nds. GVBl. S. 431), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), werden die folgenden Sätze 11 bis 13 angefügt:	**Das** Gesetz__ über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (Nds. GVBl. S. 431), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), **wird wie folgt geändert:**
	1. Dem § 4 Abs. 1 werden die folgenden Sätze 11 bis 13 angefügt:
„[11]Im Haushaltsjahr 2026 wird dem Sondervermögen zusätzlich ein Betrag in Höhe von 321 400 000 Euro zugeführt. [12]Von diesem Betrag ist ein Betrag in Höhe von	„[11]Im Haushaltsjahr 2026 wird dem Sondervermögen zusätzlich ein Betrag in Höhe von **343 900 000** Euro zugeführt. [12]Von diesem Betrag ist ein Betrag in Höhe von
1. 25 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5,	1. **47 500 000** Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5,

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
2. 96 400 000 Euro für den Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft und	2. *unverändert*
3. 200 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 10	3. 200 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis **9**
zu verwenden. [13]Der Betrag nach Satz 12 Nr. 2 ist je zur Hälfte für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 und für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 zu verwenden.“	zu verwenden. [13]Der Betrag nach Satz 12 Nr. 2 ist je zur Hälfte für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 und für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 zu verwenden.“
	2. § 5 wird wie folgt geändert:
	a) Satz 1 erhält folgende Fassung:
	„[1]Das Sondervermögen wird verwaltet
	1. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1 bis 3 von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium,
	2. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5
	a) von der Staatskanzlei, soweit es um Maßnahmen in ihrem Geschäftsbereich geht, und
	b) von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht,
	3. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6, 7 und 9 von dem für Umwelt zuständigen Ministerium,
	4. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 8
	a) von dem für Umwelt zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht, und
	b) von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht,
	sowie

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

5. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 10 von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium.“

b) In Satz 2 werden die Worte „Dieses kann“ durch die Worte „Die Staatskanzlei und die Ministerien können“ ersetzt.

3. § 6 Sätze 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„[1]Für jedes Haushaltsjahr werden Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens erstellt, und zwar gesondert für die Förderung

1. von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1 bis 3 und von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium verwaltet wird,

2. von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von der Staatskanzlei verwaltet wird,

3. von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6, 7 und 9 und von Maßnahmen nach § 2 Nr. 8, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 4 Buchst. a hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von dem für Umwelt zuständigen Ministerium verwaltet wird, sowie

4. von Maßnahmen nach § 2 Nr. 8, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 4 Buchst. b hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium verwaltet wird, und von Maßnahmen nach § 2 Nr. 10.

[2]Die Übersichten sind Bestandteil des Haushaltsplans des Landes und werden für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 1 als Kapitel 5081 im Einzelplan 08, für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 2 als Kapitel 5021 im Einzelplan 02, für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 3 als Kapitel 5157 im Einzelplan 15 und für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 4 als Kapitel 5091 im Einzelplan 09 ausgewiesen.“

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Artikel 9
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“

Das Gesetz über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 120), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung“ durch die Worte „Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung“ ersetzt.

2. In § 8 Satz 2 werden die Angabe „50 82“ durch die Angabe „5191“ und die Angabe „08“ durch die Angabe „19“ ersetzt.

Artikel 10
Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes

Das Niedersächsische Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetz vom 29. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 7), wird wie folgt geändert:

1. Am Ende des § 18 Nr. 2 wird nach dem Komma die Angabe „soweit die Darlehen nicht nach § 19 a Satz 1 auf die NBank übertragen worden sind,“ angefügt.

2. § 19 wird wie folgt geändert:

   a) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.

   b) Am Ende der Nummer 6 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

   c) Es werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:

      „7. wirtschaftliche Nachteile ausgleichen, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen entsprechend der Verpflichtung nach § 19 a Satz 1 zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes ausreicht, oder

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Artikel 9
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“

Das Gesetz über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 120), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „**vom** Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung“ durch die Worte „**von dem für** Digitalisierung **zuständigen** Ministerium _____“ ersetzt.

2. *unverändert*

Artikel 10
Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes

Das Niedersächsische Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetz vom 29. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 7), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. § 19 wird wie folgt geändert:

   a) *unverändert*

   b) *unverändert*

   c) Es werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:

      „7. *unverändert*

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

8. Zahlungsausfälle aus den nach § 19 a Satz 1 ausgereichten Darlehen ausgleichen.“

3. Nach § 19 wird der folgende § 19 a eingefügt:

„§ 19 a
Übertragung von Darlehen auf die NBank, Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile und Zahlungsausfälle

[1]Das Fachministerium (§ 3 Abs. 3) wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsjahr 2026 zum Sondervermögen gehörende Darlehen mit einem ausstehenden Rückzahlungsanspruch in Höhe von insgesamt bis zu 900 000 000 Euro unentgeltlich auf die NBank zu übertragen, wenn die NBank sich verpflichtet, in Höhe von eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes nach Satz 2 Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes auszureichen. [2]Das Land leistet einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung ausreicht, und für Zahlungsausfälle aus den nach Satz 1 ausgereichten Darlehen.“

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

8. Zahlungsausfälle aus ____ Darlehen _____**, zu deren Ausreichung sich die NBank nach** § 19 a Satz 1 **verpflichtet hat,** ausgleichen.“

3. Nach § 19 wird der folgende § 19 a eingefügt:

„§ 19 a
Übertragung von Darlehen auf die NBank, Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile und Zahlungsausfälle

[1]Das Fachministerium (§ 3 Abs. 3) wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsjahr 2026 zum Sondervermögen gehörende Darlehen mit einem ausstehenden Rückzahlungsanspruch in Höhe von insgesamt bis zu 900 000 000 Euro unentgeltlich auf die NBank zu übertragen, wenn die NBank sich verpflichtet, in Höhe von eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes nach Satz 2 Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes auszureichen. [2]Das Land leistet einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung ausreicht, und für Zahlungsausfälle aus ____ Darlehen _____**, zu deren Ausreichung sie sich** nach Satz 1 **verpflichtet hat**.“

Artikel 10/1
Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes

Das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz vom 28. Juni 1995 (Nds. GVBl. S 180), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 106), wird wie folgt geändert:

1. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 wird die Angabe „31. Dezember 2026“ durch die Angabe „31. Dezember 2036“ ersetzt.

b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Angabe „1,35 Euro“ durch die Angabe „2,59 Euro“ und die Angabe „135 000 Euro“ durch die Angabe „259 000 Euro“ ersetzt.

Gesetzentwurf der der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
	2. § 7 b Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung: **„[2]Sie dürfen auch für andere Maßnahmen des Aufgabenträgers im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr eingesetzt werden.“**
Artikel 11 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“	Artikel 11 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“
Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 297), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:	Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 297), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:
1. In § 3 Satz 3 werden nach der Angabe „31 000 000 Euro“ ein Komma und die Angabe „im Haushaltsjahr 2026 einen Betrag in Höhe von 121 000 000 Euro“ eingefügt und die Angabe „Haushaltsjahren 2026“ durch die Angabe „Haushaltsjahren 2027“ ersetzt.	1. In § 3 Satz 3 werden nach der Angabe „31 000 000 Euro“ ein Komma und die Angabe „im Haushaltsjahr 2026 einen Betrag in Höhe von **101 000 000** Euro“ eingefügt und die Angabe „Haushaltsjahren 2026“ durch die Angabe „Haushaltsjahren 2027“ ersetzt.
2. In § 6 Satz 2 wird die Angabe „Kapitel 5134 im Einzelplan 13“ durch die Angabe „Kapitel 5201 im Einzelplan 20“ ersetzt.	2. *unverändert*
Artikel 12 Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes	Artikel 12 Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes
In § 5 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes vom 16. November 1999 (Nds. GVBl. S. 388), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 111), werden die Worte „Deutschen Bundesbank“ durch das Wort „Finanzwirtschaft“ ersetzt.	*unverändert*
Artikel 13 Inkrafttreten	Artikel 13 Inkrafttreten
(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.	*unverändert*
(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 1 Nr. 3 am 1. August 2026 in Kraft.	
(Verteilt am 11.12.2025)	

Schriftlicher Bericht

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 19/9319

Berichterstattung: Abg. Dr. h. c. Björn Thümler (CDU)

Dieser Bericht ergänzt den mündlichen Bericht in der Plenarsitzung des Landtages.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt dem Landtag in der Drucksache 19/9319, den Gesetzentwurf mit den aus der Anlage zu jener Drucksache ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Diese Beschlussempfehlung kam im federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung des Ausschussmitglieds der AfD-Fraktion zustande.

Zu den Artikeln 1 bis 10 und 13 Abs. 2 des Gesetzentwurfs führten die jeweils fachlich zuständigen Ausschüsse eine Mitberatung durch; für die weiteren Artikel des Gesetzentwurfs (Artikel 11, 12 und 13 Abs. 1) war der Haushaltsausschuss selbst fachlich zuständig. Mitberatend war auch der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. Aus den Mitberatungen ergaben sich keine abweichenden Empfehlungen.

Nach dem ersten Beratungsdurchgang legten die die Landesregierung tragenden Fraktionen einen Änderungsvorschlag zu dem Gesetzentwurf vor, der neben Änderungen der Artikel 1, 6, 8 und 11 des Gesetzentwurfs die Einfügung weiterer Artikel, nämlich der Artikel 1/1 und 10/1, vorsah. Diesen Änderungsvorschlag übernahm der federführende Ausschuss im Wesentlichen unverändert in seine Beschlussempfehlung. Wegen der Einzelheiten wird auf die nachstehenden Erläuterungen zu den betreffenden Artikeln verwiesen.

Im Übrigen hörte der federführende Ausschuss die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände sowohl zu dem Gesetzentwurf in seiner ursprünglichen Fassung als auch zu dem Änderungsvorschlag der die Landesregierung tragenden Fraktionen an und nahm eine Stellungnahme des Landesrechnungshofs zu dem vorliegenden Gesetzentwurf und dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2026 (Drs. 19/7910 neu) entgegen.

Den Ausschussempfehlungen zu den einzelnen Vorschriften liegen folgende Überlegungen zugrunde:

Zu Artikel 1 (Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes):

Zu Nummer 1/1 (§ 5 Abs. 1 Satz 1):

Die zur Einfügung empfohlene Nummer 1/1 beruht auf Nummer 1 Buchst. a des Änderungsvorschlages der regierungstragenden Fraktionen (vgl. Vorlage 6, S. 1). Sie enthält lediglich eine redaktionelle Änderung für § 5 Abs. 1 Satz 1, die mit Blick auf die unter Nummer 1 Buchst. b dieses Änderungsvorschlages vorgesehene und vom Ausschuss übernommene Änderung zu Nummer 3 des Entwurfs (§ 5 c) erforderlich ist.

Zu Nummer 1/2 (§ 5 a Abs. 2 Satz 6):

Der Ausschuss empfiehlt in dieser neuen Nummer, § 5 a Abs. 2 Satz 6 des geltenden Rechts zu streichen. Dies erfolgt im Zusammenhang mit Änderungsempfehlungen des Ausschusses zu § 5 c

(s. nachfolgend zu Nummer 2) und insbesondere mit den Änderungsempfehlungen zu § 7 (s. u. zu Nummer 4) und dient, wie diese, der systematischen Bereinigung des geltenden Rechts und der Klarstellung.

Hinsichtlich des durch Artikel 2 Nr. 8 des Gesetzes vom 12.07.2007 (Nds. GVBl. S. 312) eingefügten geltenden § 7 ist nämlich unklar, ob diese Vorschrift insgesamt nur für Leistungen nach § 4 gelten soll; dem Wortlaut der Regelung lässt sich dies nur für Absatz 1 entnehmen, während die Absätze 2 und 3 auch allgemeine Regelungen für alle Leistungen nach dem Zweiten Abschnitt des Gesetzes (§§ 4 bis 6) enthalten könnten. Die systematische Einordnung des § 7 am Ende des Zweiten Abschnitts sowie die unspezifische Überschrift „Verteilungs- und Zahlungsmodalitäten“ sprechen deutlich für Letzteres. Die Gesetzgebungsmaterialien enthalten insoweit keine eindeutige Aussage. Allerdings heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfs (Drs. 15/3748, S. 15), die Zahlungsmodalitäten würden „für die Zahlungen von Leistungen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs vereinheitlicht“. Dies spricht ebenfalls eher für die Annahme von für alle Leistungen nach dem Zweiten Abschnitt des Gesetzes geltenden Regelungen. Im weiteren Verlauf der Änderungen des Gesetzes bestand offenbar ebenfalls keine Klarheit über den Anwendungsbereich des § 7. So enthält der später eingefügte § 5 a in seinem hier zur Streichung empfohlenen Absatz 2 Satz 6 eine mit § 7 Abs. 3 Satz 2 identische Regelung und regelt in seinem Absatz 1, bis wann die jeweiligen Leistungen zu erbringen sind. Entsprechende Regelungen enthalten die §§ 4, 5 und 6 nicht. Bis wann „die Leistungen“ zu erbringen sind, wird vielmehr im Übrigen nur in § 7 Abs. 3 Satz 1 geregelt.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen nunmehr die neuen §§ 5 b und 5 c eingefügt werden. In der Entwurfsfassung soll § 5 b in seinem Absatz 1 Satz 3 eine Legaldefinition des Begriffs „Einwohnerzahl“ enthalten, die eigentlich, soweit nichts anderes gewollt sein sollte, mindestens auch für § 4 gelten müsste. Im anschließenden Satz 4 soll dann eine mit § 7 Abs. 2 und in Satz 7 - wie bereits in der hier jetzt zur Streichung empfohlenen Regelung - eine mit § 7 Abs. 3 Satz 2 identische Regelung getroffen werden. Entsprechende Regelungen sind für § 5 c hingegen nicht vorgesehen. Dafür soll sowohl in § 5 b Abs. 1 Satz 6 als auch in § 5 c Abs. 1 Satz 2 der Entwurfsfassung der Zeitpunkt, bis zum dem die Leistungen zu erbringen sind, jeweils ausdrücklich anders als in § 7 Abs. 3 Satz 1 geregelt werden.

Vor diesem Hintergrund wird seitens des Ausschusses empfohlen, § 7 insgesamt neu und nunmehr eindeutig als allgemeine Regelung für alle Leistungen nach dem Zweiten Abschnitt (§§ 4 bis 6) zu fassen (s. die betreffende Beschlussempfehlung und die Erläuterungen zu Nummer 4). In der Folge ist dann § 5 a Abs. 2 Satz 6 des geltenden Rechts entbehrlich und zu streichen. Gleiches gilt im Übrigen für die dann ebenfalls entbehrlichen Regelungen in § 5 b in der Fassung des Gesetzentwurfs (vgl. auch die Beschlussempfehlung des Ausschusses und die nachfolgenden Erläuterungen zu Nummer 2).

Zu Nummer 2 (§ 5 b):

Zu Absatz 1:

Bei der Änderungsempfehlung zu Satz 2 handelt es sich lediglich um eine sprachliche Straffung.

Zu der Empfehlung des Ausschusses, die Sätze 3, 4 und 7 zu streichen, wird auf die Erläuterungen zu Nummer 1/2 verwiesen sowie auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses zu Nummer 4 und die diesbezüglichen Erläuterungen (s. u.).

Zu Absatz 2:

Auch zu der vom Ausschuss empfohlenen Streichung des Absatzes 2 wird auf die Erläuterungen zu Nummer 1/2 sowie auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses zu Nummer 4 und die diesbezüglichen Erläuterungen (s. u.) verwiesen. Absatz 2 ist neben der allgemeinen Regelung, wie sie vom Ausschuss in § 7 Abs. 2 Satz 2 (der dem bisherigen § 7 Abs. 1 Satz 2 entspricht) empfohlen wird, entbehrlich.

Zu Nummer 3 (§ 5 c):

Die Änderungsempfehlungen des Ausschusses in Nummer 3 zum einleitenden Satzteil des Absatzes 1 Satz 1 und zu den Absätzen 2 und 3 beruhen auf Nummer 1 Buchst. b des

Änderungsvorschlages der regierungstragenden Fraktionen (Vorlage 6, S. 1 f.) und werden dort (S. 4 f.) wie folgt begründet:

> *„Der vorliegende Gesetzentwurf dient der Anpassung von Rechtsvorschriften im Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetz und folgt dem ausdrücklichen Wunsch der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens.*
>
> *Mit Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz - GaFöG) vom 2. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4602) ist in § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) in der ab 1. August 2026 geltenden Fassung ein Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder, die im Schuljahr 2026/2027 oder in den folgenden Schuljahren die erste Klassenstufe besuchen, ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe verankert worden. Der Anspruch besteht an Werktagen im Umfang von acht Stunden täglich und gilt im zeitlichen Umfang des Unterrichts sowie der Angebote der Ganztagsgrundschulen, einschließlich der offenen Ganztagsgrundschulen, als erfüllt.*
>
> *Der Anspruch auf Ganztagsförderung richtet sich gegen den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für die Erfüllung dieser Aufgabe die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung, § 79 SGB VIII. Das Land hat sich - entsprechend der Regelung des § 24 Abs. 4 SGB VIII - mit den kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens darauf verständigt, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter in den Ganztagsgrundschulen umgesetzt werden kann. Die jeweiligen Kommunen entscheiden vor Ort, an welchen Ganztagsgrundschulen der Rechtsanspruch umgesetzt wird und ob Hortangebote beibehalten werden. Andere regionale individuelle Lösungen, wie z. B. Kombinationen von Ganztagsschule und Hort, sind ebenfalls möglich.*
>
> *Gemäß Artikel 4 und 7 Abs. 6 GaFöG war vorgesehen, § 1 Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 57) in der ab 1. Januar 2026 geltenden Fassung wie folgt zu fassen:*
>
> *‚Zum anteiligen Ausgleich für laufende Belastungen der Länder, die diesen aus der stufenweisen Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder durch Artikel 1 Nummer 2 und 3 des Ganztagsförderungsgesetzes vom 2. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4602) entstehen, verringern sich die in Absatz 2 genannten Beträge für den Bund im Jahr 2026 um 135 Millionen Euro, im Jahr 2027 um 460 Millionen Euro, im Jahr 2028 um 785 Millionen Euro, im Jahr 2029 um 1 110 Millionen Euro und in den Jahren ab 2030 um jeweils 1 300 Millionen Euro; die in Absatz 2 genannten Beträge für die Länder erhöhen sich entsprechend im Jahr 2026 um 135 Millionen Euro, im Jahr 2027 um 460 Millionen Euro, im Jahr 2027 um 785 Millionen Euro, im Jahr 2029 um 1 110 Millionen Euro und in den Jahren ab 2030 um jeweils 1 300 Millionen Euro.‘*
>
> *Durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. November 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 361) wurden Artikel 4 und 7 Abs. 6 GaFöG aufgehoben. Zugleich wurden durch Artikel 4 die in § 1 Abs. 2 FAG genannten Beträge angepasst. Ausweislich BT-Drs. 20/13287, S. 22, wurde damit die bislang vorgesehene Änderung der Verteilung der Umsatzsteuer im Rahmen des Ganztagsförderungsgesetzes, mit der die Länder dauerhaft einen anteiligen Ausgleich für Belastungen erhalten, die diesen aus der stufenweisen Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder gemäß Ganztagsförderungsgesetz entstehen, inhaltlich unverändert in § 1 Abs. 2 FAG integriert.*
>
> *Das Land beabsichtigt, in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens, jährlich 10 Prozent dieser seitens des Bundes ab dem Jahr 2026 zur Verfügung gestellten Mittel zum anteiligen Ausgleich für laufende Belastungen der Länder, die diesen aus der stufenweisen Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder durch Artikel 1 Nrn. 2 und 3 GaFöG entstehen, an die Kommunen weiterzureichen.*
>
> *Der vorliegende Gesetzesentwurf schafft die zum Erreichen dieses Zwecks notwendige landesgesetzliche Regelung. Die konkrete Ausgestaltung dieser Regelung - Auszahlung an die Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich und Erstattung durch diese an die örtlichen*

Träger der öffentlichen Jugendhilfe - beruht auf einem Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens und wird von dort ausdrücklich gewünscht. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass in Niedersachsen zum Schuljahr 2024/2025 bereits 72 Prozent der öffentlichen allgemeinbildenden Grundschulen als Ganztagsschulen nach § 23 Abs. 1 NSchG geführt wurden. Dies wirkt sich insofern auf den an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gerichteten Anspruch auf Ganztagsförderung des § 24 Abs. 4 SGB VIII aus, als dass der Anspruch im zeitlichen Umfang des Unterrichts sowie der Angebote der Ganztagsgrundschulen, einschließlich der offenen Ganztagsgrundschulen, als erfüllt gilt.

Eine Alternative zum Erreichen dieses Zwecks besteht nicht. Über die Erreichung des Regelungszwecks hinaus sind keine weiteren Folgen zu erwarten.

Zwischen dem Land und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens besteht Einigkeit, dass den Kommunen durch dieses Gesetz keine neuen zusätzlichen Aufgaben zugewiesen oder übertragen werden.

Zu Absatz 1:

Nach Absatz 1 erhalten die Kommunen, die Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich sind, für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII, vom Land im Jahr 2026 1 269 000 Euro, im Jahr 2027 4 322 000 Euro, im Jahr 2028 7 376 000 Euro, im Jahr 2029 10 335 000 Euro und ab 2030 12 214 000 Euro jährlich. Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 regelt die Verteilung der Beträge auf die einzelnen Kommunen nach Absatz 1.

Zu Absatz 3:

In Absatz 3 wird die Erstattung anteiliger Beträge an den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe geregelt. Nach Satz 1 hat eine Kommune nach Absatz 1 Satz 1, die nicht örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist, für jede öffentliche Schule mit Primarbereich in ihrer Trägerschaft, die nicht als Ganztagsschule nach § 23 Abs. 1 NSchG geführt wird, dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe den Betrag weiterzuleiten, den sie im Rahmen der Aufteilung der Beträge nach Absatz 2 nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich, die diese Schule besuchen, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen im Primarbereich, die eine öffentliche Schule besuchen, erhalten hat.

Die in den Sätzen 2 und 3 vorgesehenen Regelungen sehen eine Reduzierung des nach Satz 1 weiterzuleitenden Betrages für den Fall vor, dass es sich bei der Kommune um eine Gemeinde handelt, die gemäß § 13 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Aufgabe der Betreuung von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen wahrnimmt.“

Zu Nummer 4 (§ 7):

Der Ausschuss empfiehlt, § 7 unter Nummer 4 vollständig neu zu fassen und allgemeine Regelungen für grundsätzlich alle Leistungen nach dem Zweiten Abschnitt des Gesetzes (§§ 4 bis 6) zu formulieren. Zu den Gründen wird zunächst auf die Erläuterungen zu Nummer 1/2 verwiesen.

Zu Absatz 1:

Für die Definition der Einwohnerzahl kann auf § 17 des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes verwiesen werden. Nach Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Sport und Digitalisierung soll in beiden Gesetzen derselbe Begriff der Einwohnerzahl gelten. Dem hat sich der Ausschuss angeschlossen. Durch die Verweisung werden der bisherige Absatz 2 des § 7 und die Sätze 3 und 4 des im Gesetzentwurf vorgesehenen § 5 b Abs. 1 entbehrlich (s. zu Letzterem auch die Erläuterungen zu Nummer 2).

Zu Absatz 2:

Satz 1 entspricht dem Grunde nach der bisherigen Regelung in § 7 Abs. 1 Satz 1, fasst diese aber nunmehr in allgemeingültiger Form für alle Leistungen nach den §§ 4 bis 6.

Satz 2 entspricht der bisherigen Regelung in § 7 Abs. 1 Satz 2. Da diese nunmehr auch für Leistungen nach dem im Gesetzentwurf vorgesehenen § 5 b gelten soll, ist die dort im Entwurf als Absatz 2 vorgesehene Regelung daneben entbehrlich (s. hierzu auch die Erläuterungen zu Nummer 2).

Zu Absatz 3:

Satz 1 enthält gegenüber der bisherigen Regelung lediglich den Vorbehalt, dass abweichende Regelungen des Leistungszeitpunkts (wie § 5 b Abs. 1 Satz 6 und § 5 c Abs. 1 Satz 2 des Gesetzentwurfs) gegebenenfalls vorrangig sind.

Satz 2 ist gegenüber der geltenden Fassung im Wortlaut unverändert. Da die Regelung aber nunmehr auch für Leistungen nach dem im Gesetzentwurf vorgesehenen § 5 b gelten soll, ist die dort im Entwurf als Absatz 1 Satz 7 vorgesehene Regelung daneben entbehrlich (s. hierzu auch die Erläuterungen zu Nummer 2).

Zu Artikel 1/1 (Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes):

Der zur Einfügung empfohlene neue Artikel 1/1 beruht auf Nummer 2 des Änderungsvorschlages der regierungstragenden Fraktionen (s. Vorlage 6, S. 2) und wird dort (S. 5 f.) wie folgt begründet:

„Zu Nummer 1:

Im Sachgebiet ‚Infrastrukturelles Gebäudemanagement' des Referates ‚Gebäudemanagement, Bauangelegenheiten' des Landtags sind fünf Dienstposten für die landtagsinterne Sicherheit eingerichtet, von denen vier mit Beamten der Laufbahngruppe 1, 1. Einstiegsamt, Fachrichtung Allgemeine Dienste, besetzt sind. Ein Dienstposten ist nach Ausscheiden des Dienstposteninhabers noch nicht nachbesetzt. Die Dienstposten sind bisher nach der Besoldungsgruppe A 5 bewertet.

Nach einer Überprüfung der Bewertung wurden vier der Dienstposten nach Besoldungsgruppe A 6 (1. Einstiegsamt) bewertet.

Begründet wird die neue Bewertung mit den zunehmenden Anforderungen an die Gebäudesicherheit. Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages übt gemäß Artikel 18 Abs. 2 Satz 1 der Niedersächsischen Verfassung neben dem Haus- auch das Ordnungsrecht aus. Dies bedingt, dass die Polizei mithin grundsätzlich nicht eigenständig in den Landtagsgebäuden tätig werden darf. Die damit einhergehenden und über die Durchsetzung des Hausrechts hinausgehenden Befugnisse erfordern oftmals eine besondere Sensibilität und Menschenkenntnis. Der Niedersächsische Landtag versteht sich als ‚offenes Haus' für alle Bürgerinnen und Bürger. Gerade in den Eingangsbereichen der Liegenschaften wird daher von dem Sicherheitspersonal eine besondere Wachsamkeit und Besonnenheit verlangt. Auch der Umgang mit dem Personenschutz besonders schutzwürdiger Persönlichkeiten stellt eine besondere Herausforderung dar. Dies unterscheidet die Bewachungsaufgaben erheblich von den Aufgaben des Personals, das im Pförtnerdienst in der übrigen Landesverwaltung eingesetzt wird und ‚lediglich mit der Durchsetzung des Hausrechts' betraut ist. Vier der Dienstposten wurden daher nach der Besoldungsgruppe A 6 bewertet.

Durch die Hebung von zwei Stellen der Besoldungsgruppe A 5 nach A 6 ergeben sich jährliche Mehrausgaben in Höhe von 3 696 Euro für den Landeshaushalt.

Zu Nummer 2:

Das Amt der Leiterin oder des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung soll nicht mehr von einer Staatsekretärin/einem Staatssekretär wahrgenommen werden. Hierfür sind die entsprechenden Strukturen im Besoldungsrecht zu schaffen. Die Besoldung wird zudem von Besoldungsgruppe B 9 + Amtszulage auf Besoldungsgruppe B 6 (Ministerialdirigentin/Ministerialdirigent) abgesenkt.

Durch die Absenkung der Wertigkeit der Position der Leiterin / des Leiters der Presse- und Informationsstelle ergeben sich jährliche Minderausgaben von ca. 30 164 Euro für den Landeshaushalt.

Zu Nummer 3:

§ 39 NBesG regelt die besonderen, von der konkreten Funktion abhängigen Stellenzulagen. Die Einzelheiten sind in der Anlage 11, die konkreten Beträge in der Anlage 12 zum NBesG festgelegt.

Die Zulage nach Nummer 8 der Anlage 11 zu § 39 NBesG erhalten Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1 mit Meisterprüfung oder mit dem Abschluss als staatlich geprüfte Technikerin oder staatlich geprüfter Techniker, wenn einer dieser Abschlüsse für den Zugang zum zweiten Einstiegsamt gefordert wird. Es handelt sich somit um eine laufbahnbezogene Zulage, die das höhere Zugangsniveau aufgrund der Qualifikation als Meisterin, Meister, Technikerin oder Techniker honoriert.

Die Höhe der Zulage beträgt gemäß Anlage 12 bislang 38,35 Euro. Dieser Betrag wurde seit Einführung der Zulage nicht angepasst und spiegelt den Stellenwert der Qualifikation inzwischen nicht mehr angemessen wider. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Zulage daher durch eine Anpassung des Betrags in Anlage 12 auf 70,00 Euro erhöht, um die Bedeutung des Abschlusses als Meisterin, Meister, staatlich geprüfte Technikerin oder staatlich geprüfter Techniker angemessen zu würdigen.

Derzeit erhalten ca. 150 Landesbeamtinnen und Landesbeamte die Meisterzulage. Bei Besetzung der offenen Stellen im Werkdienst des Justizvollzugs wird sich die Zahl auf maximal 194 zulagenberechtigte Landesbeamtinnen und Landesbeamte erhöhen. Somit ergeben sich für den Landeshaushalt jährliche Mehrausgaben von rund 73 000 Euro.

Für den Bereich der kommunalen Dienstherren und der sonstigen Dienstherren entstehen Mehrausgaben, deren Höhe von der Anzahl der jeweils beschäftigten Beamtinnen und Beamten, denen eine entsprechende Meisterzulage gewährt wird, abhängt.“

Der Ausschuss empfiehlt gegenüber dem Änderungsvorschlag lediglich eine geringfügige redaktionelle Überarbeitung des Regelungswortlauts in Nummer 1.

Zu Artikel 3 (Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes):

Zu Nummer 4 Buchst. c (§ 4 Abs. 3 Satz 10 Halbsatz 1):

Die vom Ausschuss empfohlene Fassung des Halbsatzes soll den beabsichtigten Regelungsinhalt klarstellen. Sie berücksichtigt insoweit, dass es sich mit den nach dem Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen bei den vorgehenden Regelungen (zukünftig) nicht mehr (wie in der geltenden Fassung noch) um „die Sätze 3 bis 10 in der Fassung des Artikels 7 des Haushaltsbegleitgesetzes 2021“ handelt und dass die hier zur Änderung anstehende Regelung nach der Zählung des Gesetzentwurfs - und der dort vorgesehenen Streichung des Satzes 7 - nunmehr selbst Satz 10 darstellt. Zudem enthält sie rechtsförmliche Korrekturen. Eine gänzliche Streichung des Satzes 11 des geltenden Rechts (Satz 10 der Entwurfsfassung) kam aus Sicht des Ausschusses nicht in Betracht, weil die von der Regelung betroffenen Abrechnungsjahre nach Erklärung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) zum Teil noch streitbefangen sind.

Zu Artikel 4 (Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs):

Zu Nummer 1/1 (§ 15 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2):

Der vom Ausschuss zur Einfügung empfohlene neue Änderungsbefehl enthält zum einen eine (im Entwurf versehentlich fehlende) redaktionelle Folgeänderung zu der in Nummer 3 des Entwurfs vorgesehenen Änderung des § 25, wie sie auch die nachfolgende Nummer 2 des Entwurfs vorsieht.

Zum anderen wird durch die Aufnahme der Verweisung auf den neuen Satz 2/1 des § 25 Abs. 3 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung die dort neu normierte Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses zur Fortschreibung der durchschnittlichen Verwaltungskosten (vgl. hierzu die diesbezüglichen Erläuterungen zu Nummer 3) auf Anregung des MS von dem Erfordernis der vorherigen Anhörung der Arbeitsgemeinschaft nach § 94 SGB IX ausgenommen.

Zu Nummer 2 (§ 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1):

Auch in § 16 soll die Verweisung auf den neuen Satz 2/1 des § 25 Abs. 3 ergänzt werden. Hierdurch wird die dort normierte Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses zur Fortschreibung der durchschnittlichen Verwaltungskosten dem Erfordernis des Beschlusses mit absoluter Mehrheit unterworfen. Auch insoweit folgte der Ausschuss dem Votum des MS. Vgl. im Übrigen auch die Erläuterung zu Nummer 3 (zu § 25 Abs. 3 Satz 2/1).

Zu Nummer 3 (§ 25):

Zu Absatz 1:

Durch die zu Satz 1 vom Ausschuss empfohlenen Änderungen soll die gewollte Systematik der Ausgleichszahlungen für Verwaltungskosten (wieder) präziser abgebildet werden. Diese sollen nach Mitteilung des MS nämlich vom überörtlichen Träger - wie auch bislang - stets an die örtlichen Träger erfolgen, die dann ihrerseits gegebenenfalls diejenigen Beträge an die nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 1 herangezogenen Kommunen weiterleiten, die auf diese entfallen. Die insoweit in § 25 Abs. 1 und 2, § 26 Abs. 1 des geltenden Rechts vorgesehenen Abläufe sollen also nicht geändert werden. Demgegenüber legt der Wortlaut der Entwurfsregelung - auch in Zusammenschau mit der Formulierung des Absatzes 2 Satz 1 des Entwurfs - es nahe, dass die jeweiligen herangezogenen Kommunen die auf sie entfallenden Zahlungen direkt und unmittelbar vom Land erhalten sollen; die „aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung für das Land“ (Drs. 18/4868, S. 29) erfolgende „Zwischenschaltung“ der örtlichen Träger in den Fällen des § 4 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 scheint zu entfallen. Dies ist aber weder von MS noch seitens des Ausschusses gewollt, sodass der Wortlaut der Regelung wieder an das geltende Recht angepasst werden soll.

Da die vorliegende Regelung und die daran anknüpfenden nachfolgenden Vorschriften bis Absatz 4 einschließlich jedoch allein den Verwaltungskostenausgleich für die Heranziehung zur Durchführung von Aufgaben der Eingliederungshilfe betreffen, während der Verwaltungskostenausgleich für die Heranziehung zur Durchführung von Aufgaben der Sozialhilfe Regelungsgegenstand des Absatzes 5 des Entwurfs (entspricht Absatz 6 g. F.) ist, empfiehlt der Ausschuss, gegenüber der Fassung des geltenden Rechts zwecks Verdeutlichung dieses beschränkten Geltungsbereichs hier jeweils nur die örtlichen und den überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe zu nennen und insoweit parallel zu Absatz 5 („des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe“; vgl. hierzu auch den Schriftlichen Bericht zum Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen in Drs. 18/4868, S. 29, zu § 13 Abs. 6) zu formulieren.

Die Änderungsempfehlung zu Satz 2 dient der sprachlichen Präzisierung. Der einleitende Regelungsteil könnte aufgrund seiner Formulierung („wird davon ausgegangen“) nämlich die Frage aufkommen lassen, was gelten soll, wenn die nachfolgend formulierten Annahmen nicht „stimmen“. Die Regelung soll jedoch, wie MS auf Nachfrage bestätigt hat (vgl. auch die Entwurfsbegründung, S. 18), allein der gesetzlichen Fixierung der Berechnungsgrundlagen dienen, die dann den nachfolgenden Fortschreibungen zugrunde zu legen sind (vgl. Absatz 3 des Entwurfs). Die empfohlene Umformulierung des Einleitungssatzes soll in diesem Sinne verdeutlichen, dass die Angaben „gesetzt“ und nicht veränderbar sind.

Außerdem soll der hier in Rede stehende Betrag immer gleich bezeichnet werden, sodass auch an dieser Stelle - s. Absatz 3 Satz 1 des Entwurfs - statt von „Betrag nach Satz 1“ von „Ausgleichsbetrag nach Satz 1“ gesprochen werden soll.

Bei der Änderungsempfehlung zu Nummer 1 handelt es sich abermals um eine sprachliche Präzisierung, die klarstellt, dass es sich bei der in Nummer 1 genannten Personenzahl um eine „Momentaufnahme“ zum genannten Stichtag handelt. MS hat insoweit nämlich auf Nachfrage erläutert, dass sowohl vorliegend als auch im Rahmen der Fortschreibung stets die zum jeweiligen Stichtag in der amtlichen Statistik des Landesamtes für Statistik Niedersachsen erfasste Anzahl leistungs-

beziehender volljähriger Personen maßgeblich sein soll. Die Entwurfsformulierung scheint demgegenüber eine Gesamtsumme (bis zum Stichtag) zugrunde zu legen, ohne dass klar würde, welcher Zeitraum berücksichtigt wird.

Die zu Nummer 3 empfohlene Änderung hat nur sprachliche Gründe.

Die Entwurfsregelung soll mit Blick auf das nachfolgend normierte Fortschreibungserfordernis der gesetzlichen Fixierung der Berechnungsgrundlagen des Ausgleichbetrags dienen (s. o. zum einleitenden Satzteil). Die Regelungen des Gesetzentwurfs lassen jedoch nicht erkennen, welche Parameter dem in Nummer 3 genannten Betrag der durchschnittlichen Verwaltungskosten rechnerisch zugrunde liegen. Gleichzeitig sind die Veränderungen bei den durchschnittlichen Verwaltungskosten aber maßgeblich für die jährliche Fortschreibung des Ausgleichbetrags (s. Absatz 3 Satz 2 des Entwurfs). Systemgerecht wäre es aus Sicht des Ausschusses dann aber, dass bei der Ermittlung und Aktualisierung der durchschnittlichen Verwaltungskosten immer die gleichen Faktoren mit der gleichen Wertigkeit herangezogen werden. Dies hat auch MS so gesehen und mitgeteilt, dass so auch in Zukunft verfahren werden solle. Es spricht sich dennoch gegen eine gesetzliche Regelung zu den für die Ermittlung der durchschnittlichen Verwaltungskosten maßgeblichen Parameter aus, weil die Normierung mit Blick auf die Komplexität der rechnerischen Herleitung (vgl. hierzu sehr verkürzt die Entwurfsbegründung, S. 18; ausführlicher schon die Entwurfsbegründung zum Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, Drs. 18/3742, S. 36) nur schwer möglich und aus seiner Sicht nicht sinnvoll sei. Dem hat sich der Ausschuss angeschlossen. Er empfiehlt, stattdessen bei den Regelungen zur Fortschreibung eine Regelung aufzunehmen, die die Verwendung der immer gleichen Faktoren bei der Aktualisierung der durchschnittlichen Verwaltungskosten abstrakt sicherstellt (vgl. die Empfehlung zu Absatz 2 Satz 2/1 und die diesbezügliche Erläuterung).

Zu Absatz 2:

Zu der Änderungsempfehlung des Ausschusses zu dem einleitenden Satzteil des Satzes 1 wird zunächst auf die Erläuterung zu Absatz 1 Satz 1 verwiesen. Aus den dort genannten Gründen soll auch hier die Formulierung der Entwurfsregelung auf die örtlichen Träger der Eingliederungshilfe abstellen und nicht auf die „jeweiligen Kommunen“ im Sinne der nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen. Zudem soll schon aus sprachlichen Gründen spezifiziert werden, woran der betreffende Anteil bestehen soll (vgl. auch Absatz 2 des geltenden Rechts).

Schließlich können die Worte „nach dem Verhältnis“ aus den nachfolgenden Nummern 1 und 2 zwecks Straffung der Regelung hier nach oben gezogen werden (und dann dort entfallen).

Die über diese Streichung der Worte „nach dem Verhältnis“ hinausgehenden Änderungsempfehlungen zu Nummer 1 berücksichtigen, dass die Verteilung der Mittel für den Verwaltungskostenausgleich nach wie vor über die örtlichen Träger erfolgen soll (vgl. die Erläuterung zu Absatz 1 Satz 1 sowie zum einleitenden Satzteil) und präzisieren in diesem Sinne die Bezüge. Gleichzeitig wird dadurch gegenüber der Entwurfsfassung auch klargestellt, dass bei der Ermittlung des vorliegend in Rede stehenden Verhältnisses als Teiler nur die Zahl volljähriger Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 in Niedersachsen heranzuziehen ist.

Auch in Nummer 2 ist bei der Ermittlung des betreffenden Verhältnisses hinsichtlich der Einwohnerzahl im Zähler statt auf die konkret herangezogene Kommune auf den jeweiligen örtlichen Träger abzustellen (vgl. hierzu schon die Erläuterung zu Absatz 1 Satz 1, zum einleitenden Satzteil und zur vorstehenden Nummer 1). Die weiteren empfohlenen Änderungen dienen allein der Vereinheitlichung der Formulierungen im Gesetz.

Die in Satz 2 angeordnete entsprechende Geltung des § 177 Abs. 1 NKomVG bedeutet, dass sich die maßgebliche Einwohnerzahl insoweit zwar nach der Regelung des § 177 Abs. 1 NKomVG richtet, im Hinblick auf die Regelung der Nummer 2 des Satzes 1, auf die sich die hiesige Entwurfsregelung bezieht, aber nur die Zahl der volljährigen Einwohner aus der Einwohnerermittlung des LSN für den Stichtag des Vorjahres zugrunde gelegt werden soll.

Der in der Entwurfsfassung außerdem enthaltene Verweis auf § 177 Abs. 3 NKomVG soll entfallen. § 177 Abs. 3 NKomVG sieht für bestimmte Fälle für jede Wohnung, die von nicht kasserniertem Personal der Stationierungsstreitkräfte und deren Angehörigen belegt ist, eine Erhöhung der Einwohnerzahl nach § 177 Abs. 1 NKomVG um drei Personen vor. Auf Nachfrage, was genau insoweit mit

der entsprechenden Geltung gemeint sei, zumal die dort genannten Angehörigen, die pauschal mit den dort vorgegebenen drei Personen in die Einwohnerzahl miteinfließen, nicht nur Erwachsene, sondern gerade typischerweise auch Kinder meinen dürften, hat das MS sich für eine Streichung der Verweisung auf Absatz 3 des § 177 NKomVG ausgesprochen. Nach nochmaliger Prüfung könne der Verweis entfallen, weil die betreffende Norm vorliegend nicht „passend“ sei, auch weil die betreffende Personengruppe jedenfalls in aller Regel (Ausnahmen nicht ausgeschlossen) nicht zum Kreis der Leistungsberechtigten gehöre, weil die soziale Absicherung der Truppenangehörigen und ihrer Familienangehörigen in völkerrechtlichen Verträgen geregelt und dort primär dem Entsendeland zugeordnet sei. Dieser Einschätzung hat sich der Ausschuss angeschlossen und empfiehlt die Streichung der betreffenden Verweisung.

Bei der Änderungsempfehlung zu Satz 3 handelt es sich um eine Folgeänderung zu der zu Satz 1 empfohlenen Änderung, durch die klargestellt werden soll, dass es nicht um den nunmehr in Satz 1 ebenfalls genannten „Ausgleichsbetrag nach Absatz 1 Satz 1“ geht, sondern um den in Satz 1 geregelten Anteil an diesem Betrag (der Begriff „Betrag“ wird in Satz 1 in diesem Zusammenhang nicht verwendet).

Zu Absatz 3:

Die Änderungsempfehlungen zu Satz 2 erfolgen lediglich zur Präzisierung und Vereinheitlichung des Sprachgebrauchs.

Der Ausschuss empfiehlt sodann, einen neuen Satz 2/1 aufzunehmen, der aus den in der Erläuterung zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 dargelegten Gründen die Grundlage für die Aktualisierung der durchschnittlichen Verwaltungskosten abstrakt - also ohne Nennung der einzelnen zu betrachtenden Parameter - regelt. Das MS hat in diesem Zusammenhang zudem mitgeteilt, dass jedenfalls für den Fall, dass aufgrund von Veränderungen der der Ermittlung der durchschnittlichen Verwaltungskosten zugrunde gelegten Verhältnisse eine Anpassung der betreffenden Parameter erforderlich werde, der Gemeinsame Ausschuss eine Empfehlung dazu abgeben solle, wie diese erfolgen solle. Außerdem sei insoweit eine Abstimmung mit dem Finanzministerium (MF) erforderlich. Beidem ist der Ausschuss gefolgt und hat sowohl die Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses als auch das Abstimmungserfordernis mit dem MF in der von ihm empfohlenen Formulierung des Satzes 2/1 abgebildet. Die betreffende Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses soll dabei mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder gefasst werden müssen. Ein Anhörungserfordernis der Arbeitsgemeinschaft nach § 94 Abs. 4 SGB IX soll hingegen entfallen. Vgl. zu diesen Vorgaben die Beschlussempfehlungen des Ausschusses zu Nummer 2 des Gesetzentwurfs und zu der neuen Nummer 1/1 sowie auch die diesbezüglichen Erläuterungen.

Die vom Ausschuss zu Satz 3 empfohlene Änderung ist lediglich eine Folgeänderung zur Einfügung des Satzes 2/1 und dient der sprachlichen Verknüpfung der Entwurfsregelung mit Satz 2 des Entwurfs.

Zu Satz 4 empfiehlt der Ausschuss eine sprechende Formulierung, die verdeutlicht, dass mit der Entwurfsregelung geregelt werden soll, dass die Regelungen des Absatzes 2 zur Ermittlung des Anteils der einzelnen örtlichen Träger der Eingliederungshilfe an dem Ausgleichsbetrag auf die fortgeschriebenen Ausgleichsbeträge der Folgejahre gleichermaßen Anwendung finden sollen.

Soweit im Übrigen laut der Entwurfsbegründung, S. 18, geregelt wird, „dass eine Bestimmung über die interkommunale Verteilung des Gesamtbetrags erfolgen muss“ und die „Umsetzung (…) dem Fachministerium nach dem Beispiel der Regelung in § 22 Abs. 3 Nr. 2 übertragen“ wird - was in den Entwurfsregelungen nicht wiederzufinden ist -, handelt es sich nach Mitteilung des MS um redaktionelle Versehen bei der Erstellung des Gesetzentwurfs.

Zu Absatz 4:

Die Änderung ist sprachlich begründet.

Zu Artikel 6 (Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“):

Zu Nummer 2 (§ 3 Satz 1):

Die vom Ausschuss zu Nummer 2 empfohlenen Änderungen beruhen auf Nummer 3 des Änderungsvorschlages der regierungstragenden Fraktionen (s. Vorlage 6, S. 2) und werden dort (S. 6) wie folgt begründet:

> *„Zum einen wird eine weitere Zuführung von Krankenhausinvestitionsmitteln, die ab 2026 im Kapitel 0595 - Investitionen in die Infrastruktur und die Klimaneutralität nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz - vereinnahmt werden, geregelt. Diese zusätzlichen investiven Mittel sollen dazu dienen, das Krankenhausinvestitionsprogramm 2026 zu verstärken.*
>
> *Die nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz vereinnahmten Bundesmittel in Höhe von bis zu 50 000 000 Euro erhöhen sich um die Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 KHG (um bis zu 33 340 000 Euro) und verstärken kurzfristig die Landesinvestitionsmaßnahmen nach § 9 Abs. 1 KHG.*
>
> *Weiterhin wird geregelt, dass für die Aufbauförderung der Regionalen Gesundheitszentren (im Weiteren: RGZ) im Sinne von § 3 Nr. 12 in Verbindung mit § 34 Abs. 2 Nr. 1 Niedersächsisches Krankenhausgesetz dem Sondervermögen im Jahr 2026 Landesmittel in Höhe von 15 000 000 Euro zugeführt werden.*
>
> *Im Gegenzug werden die vom Land als Kofinanzierung von Maßnahmen nach § 12 b KHG dem Sondervermögen zuzuführenden Mittel entsprechend reduziert.*
>
> *Die Zuführung von Mitteln für die Aufbauförderung von RGZ zulasten der Kofinanzierung von Maßnahmen nach § 12 b KHG in Höhe von 15 000 000 Euro soll innerhalb des Sondervermögens kompensiert werden.“*

Zu Nummer 3 (§ 4):

Die Änderung in Nummer 3 stellt lediglich eine redaktionelle Anpassung dar und ist ebenfalls im Änderungsvorschlag der regierungstragenden Fraktionen vorgesehen (vgl. Vorlage 6, S. 2 und 6).

Zu Artikel 7 (Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“):

Zu Nummer 2 (§ 4):

Zu Buchstabe a (Absatz 1):

Unter Doppelbuchstabe aa empfiehlt der Ausschuss, Satz 2 zum einen inhaltlich zu präzisieren. Zum anderen soll der zulässige Zweck der Bürgschaften entsprechend der allgemeinen Bürgschaftsermächtigung in § 4 des Haushaltsgesetzes unmittelbar im Rahmen der nach Artikel 71 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung (NV) zu erteilenden Ermächtigung, hier also im neuen Absatz 2 Satz 1 geregelt werden.

Der vom Ausschuss zur Anfügung empfohlene Satz 3 entspricht der im Entwurf als Absatz 2 Satz 2 vorgesehenen Regelung. Aus systematischen Gründen soll die Regelung an dieser Stelle getroffen werden, weil sie die Zweckbindung der Mittel des Sondervermögens bzw. die Zulässigkeit der Mittelverwendung betrifft. Dabei soll zudem klargestellt werden, dass die einmal für eine etwaige Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft vorgesehenen Mittel nach Erlöschen der Bürgschaft nicht nur erneut für eine etwaige Inanspruchnahme aus einer weiteren Bürgschaft, sondern auch sonst im Rahmen des Satzes 1 verwendet werden dürfen.

Im Übrigen sollen nach Erklärung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) die von diesem zulasten des Landes zu übernehmenden Bürgschaften für die Verbindlichkeiten der Hochschulbaugesellschaften aus deren Verträgen mit Unternehmen dahin gehend begrenzt sein, dass bei einer Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft das Land ausschließlich mit Mitteln des Sondervermögens

einsteht, nicht aber darüber hinaus mit anderen Haushaltsmitteln. Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst (GBD) hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass vor diesem Hintergrund erwogen werden könne, Regelungen einzufügen, die gewährleisteten, dass zum einen im Sondervermögen stets ausreichend Mittel für die Inanspruchnahme aus einer übernommenen Bürgschaft zur Verfügung stünden, also in Höhe der gesicherten Verbindlichkeiten Mittel im Sondervermögen für andere Zwecke „gesperrt“ würden, und zum anderen die jeweilige Bürgschaft im Außenverhältnis ausdrücklich nur als auf die Mittel des Sondervermögens begrenzte sogenannte Höchstbetragsbürgschaft übernommen werden dürfe. Sowohl das MWK als auch das MF hielten dahin gehende Regelungen aber nicht für notwendig. Denn die Bürgschaften sollten nach Erklärung der Ministerien in erster Linie dazu dienen, als Sicherheit im Sinne des § 650 f des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) zur Verfügung zu stehen, damit gegebenenfalls innerhalb der vom Unternehmer gesetzten Frist die Sicherheit rechtzeitig geleistet werden könne, um so auch das Risiko einer Kündigung des Vertrages nach § 650 f BGB auszuschließen. Das Risiko einer tatsächlichen Inanspruchnahme des Landes aus einer solchen Bürgschaft sei laut der Ministerien sehr gering, weil das Land den Hochschulbaugesellschaften über das Sondervermögen die Mittel zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber den Unternehmen zur Verfügung stelle und bei der zu erwartenden zweckentsprechenden Mittelverwendung der Sicherungsfall nicht eintreten werde. Außerdem seien nach Erklärung der beiden Ministerien im Sondervermögen mit Sicherheit immer ausreichend Mittel vorhanden, um selbst im Fall der Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft die erforderlichen Mittel aus dem Sondervermögen entnehmen zu können. Der Ausschuss hat sich der Einschätzung der Ministerien angeschlossen und vor diesem Hintergrund von weitergehenden Änderungsempfehlungen abgesehen.

Bei den Änderungsempfehlungen unter den Doppelbuchstaben bb und cc handelt es sich nur um redaktionelle Folgeänderungen zu der Empfehlung zu Doppelbuchstabe aa.

Zu Buchstabe b (Absatz 2):

Die Empfehlungen zu Satz 1 sollen lediglich der Verdeutlichung des Regelungsinhalts und der sprachlichen Vereinheitlichung mit der allgemeinen Bürgschaftsermächtigung in § 4 des Haushaltsgesetzes dienen. Wie bereits oben zum neuen Absatz 1 Satz 2 erläutert, soll dabei der zulässige Zweck der Bürgschaften besser an dieser Stelle geregelt werden. Dabei soll auch noch ausdrücklich geregelt werden, dass die Bürgschaft ausschließlich zulasten des Sondervermögens übernommen werden darf (s. o.).

Die im Entwurf als Satz 2 vorgesehene Regelung soll aus systematischen Gründen besser im neuen Absatz 1, dort als neuer Satz 3, getroffen werden (vgl. hierzu schon die Erläuterung zu Buchstabe a Doppelbuchst. aa).

Zu Nummer 3 (§ 5):

Zu Buchstabe a (Satz 1):

In dem Maßnahmenfinanzierungsplan ist nach § 5 Satz 1 darzustellen, „dass die in den einzelnen Haushaltsjahren zu leistenden Ausgaben die im Sondervermögen jährlich zur Verfügung stehenden Mittel nicht überschreiten“. Dies ist im Hinblick auf die übernommenen Bürgschaften nicht ganz präzise, weil die Übernahme einer Bürgschaft zwar zu Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren führen kann (vgl. Artikel 71 Abs. 1 NV), aber nicht muss. Hinsichtlich der Übernahme von Bürgschaften sind also die in den einzelnen Haushaltsjahren möglicherweise zu leistenden Ausgaben gemeint. Einer ausdrücklichen Klarstellung bzw. Präzisierung im Regelungstext bedarf dies aus Sicht des Ausschusses allerdings nicht.

Zu Buchstabe b (Satz 3 Halbsatz 1):

Der Ausschuss empfiehlt, den Änderungsbefehl zu streichen. Der GBD hat hinsichtlich der an dieser Stelle im Entwurf vorgesehenen Befugnis des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, abschließend und konstitutiv über die Zulässigkeit der in dem Maßnahmenfinanzierungsplan vorgesehenen Finanzierungen und Bürgschaften zu entscheiden, auf seine Auffassung verwiesen, wonach eine abschließende plenarersetzende Entscheidungsbefugnis eines Ausschusses des Landtages in Niedersachsen verfassungsrechtlich unzulässig sei (vgl. etwa den Schriftlichen Bericht zum COVID-19-Sondervermögensgesetz zum dortigen § 4 in Drs. 18/6440, S. 5 f. sowie die wiederholten Ausführungen zu § 4 Abs. 2 Satz 1 des Haushaltsgesetzes, z. B. in Vorlage 4 zu Drs. 18/7175 neu, S. 11 ff.,

m. w. N.). Dagegen sei die hier bisher vorgesehene Regelung, nach der der Ausschuss für Haushalt und Finanzen den Maßnahmenfinanzierungsplan nur zur Kenntnis genommen haben müsse, bevor die darin vorgesehenen Maßnahmen ausgeführt werden dürften, verfassungsrechtlich unbedenklich. Der Ausschuss empfiehlt vor diesem Hintergrund, an dieser Stelle sicherheitshalber an der geltenden Regelung festzuhalten.

Zu Nummer 5 (§ 9 Satz 3):

Es handelt sich nur um eine redaktionelle Folgeänderung zu den Empfehlungen zu Nummer 2 Buchst. a Doppelbuchst. aa und cc (s. dort).

Zu Artikel 8 (Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen):

Die seitens des Ausschusses empfohlenen Änderungen zu Artikel 8 beruhen auf Nummer 4 des Änderungsvorschlages der regierungstragenden Fraktionen (s. Vorlage 6, S. 2 f.) und werden dort (S. 6 f.) wie folgt begründet:

„Zu Nummer 1:

Für das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen ist für das Jahr 2026 ein zusätzlicher einmaliger Zuführungsbedarf in Höhe von 95 700 000 Euro vorgesehen. Dieser ist für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen bestimmt. Diese Zuführung wird im Entwurf des Haushaltsplans 2026 bei der Haushaltsstelle 0802-884 11 abgebildet. Zur teilweisen Gegenfinanzierung wird der Ansatz bei der Haushaltsstelle 1302-971 13 um 20 500 000 Euro reduziert.

Aufgrund zu erwartender Kofinanzierungsbedarfe für Vorhaben aus der Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur' (GRW) werden landesseitig Kofinanzierungsmittel in Höhe von 25 000 000 Euro benötigt.

Für Kofinanzierungsbedarfe zur vollständigen Gegenfinanzierung von Bundesmitteln für das Städtebauförderungsprogramm 2026 werden Haushaltsmittel in Höhe von 20 500 000 Euro benötigt.

Hinzu kommen Kofinanzierungsbedarfe in Höhe von 48 200 000 Euro für große anstehende Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur im Rahmen der Umsetzung der Energiewende.

Darüber hinaus bestehen Bedarfe für die Förderung des Destinationsmanagements in Höhe von 2 000 000 Euro.

Zur Sicherstellung einer optimalen und flexiblen Umsetzung der Kofinanzierung von Bundesförderungen ist es notwendig, dass diese Mittel über den Wirtschaftsförderfonds, gewerblicher Bereich bereitgestellt werden.

Für das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz ist für das Jahr 2026 ein zusätzlicher einmaliger Zuführungsbetrag an das Sondervermögen Wirtschaftsförderfonds, ökologischer Bereich in Höhe von 248 200 000 Euro vorgesehen. Dieser ist in Höhe von 200 000 000 Euro zur Finanzierung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 10 und in Höhe von 48 200 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 bestimmt. Diese Zuführung wird im Entwurf des Haushaltsplans 2026 bei der Haushaltsstelle 1502-884 11 abgebildet.

Aufgrund zu erwartender Kofinanzierungsbedarfe für Vorhaben aus dem aufgestockten ‚Klima- und Transformationsfonds' (KTF) werden landesseitige Kofinanzierungsmittel benötigt.

Insbesondere im Bereich des ‚Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz' und bei Klimaanpassungsprojekten im Bereich von Mooren, Auen, Wäldern und Salzwiesen ist mit erheblichen Mittelbedarfen zu rechnen, um vermehrte Investitionen nach Niedersachsen zu lenken und die Klimaziele gerade im großen Bereich der Moore zu erfüllen.

Weitere 96 400 000 Euro sollen der Kofinanzierung von Bundesförderungen für große anstehende Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur im Rahmen der Umsetzung der Energiewende dienen und damit einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten.

Zur Sicherstellung einer optimalen und flexiblen Umsetzung der Kofinanzierung von Bundes- und EU-Förderungen ist es notwendig, dass diese Mittel über den ökologischen Bereich des Wirtschaftsförderfonds bereitgestellt werden.

Zu Nummer 2:

Im Rahmen der Umressortierung im Mai 2025 wurden Aufgaben von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium in die Staatskanzlei übertragen. Die für diese Aufgaben bisher im Zuständigkeitsbereich des für Wirtschaft zuständigen Ministeriums veranschlagten Haushaltsmittel werden mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2026 in die Staatskanzlei verlagert.

Das für Umwelt zuständige Ministerium überträgt dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium (im Weiteren: ML) seit dem Haushaltsjahr 2021 die Verwaltung für Maßnahmen in dessen Geschäftsbereich. Um die Ressourcenverantwortung entsprechend den Zuständigkeiten abzubilden, soll die Verwaltung eines Anteils des Sondervermögens auf das ML übergehen.

Die Gesetzesänderung führt zu keinen monetär-haushaltsmäßigen Auswirkungen für den Landeshaushalt. Es erfolgt lediglich eine Änderung der Darstellung im Haushalt des Landes sowie eine Klarstellung der Zuständigkeiten der Ministerien und der Staatskanzlei hinsichtlich der Verwaltung des Sondervermögens.

Zu Nummer 3:

Folgeänderung zu Nummer 2. Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens sollen dementsprechend ab dem Haushaltsjahr 2026 in den dafür eingerichteten Kapiteln in den Einzelplänen 02, 08, 09 und 15 ausgewiesen werden.

Die Gesetzesänderung führt zu keinen haushaltsmäßigen Auswirkungen.“

Der Ausschuss empfiehlt allerdings gegenüber der Fassung des Änderungsvorschlages zu Nummer 3 Änderungen in den Formulierungen des § 6 Satz 1 Nrn. 1 bis 4, die jedoch nur der Präzisierung und Verdeutlichung der Regelungszusammenhänge dienen.

Der GBD hat im Übrigen im Rahmen der Beratungen darauf hingewiesen, dass er an seiner grundsätzlichen rechtlichen Einschätzung, wonach das Sondervermögen unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten eher kritisch zu sehen sei (vgl. hierzu ausführlich Vorlage 8 zu Drs. 19/2229 und Vorlage 6 zu Drs. 19/5319), festhalte. Soweit § 6 des Gesetzes zur Minimierung verfassungsrechtlicher Risiken durch eine parlamentarische Mitwirkung bei der Entscheidung über die Mittelverwendung seit dem 01.01.2025 in seinen Sätzen 1 und 2 vorsehe, dass über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens Übersichten im Einzelplan 08 in Kapitel 5081 und im Einzelplan 15 im Kapitel 5157 als Bestandteil des Haushaltsplans auszuweisen seien, sei festzustellen, dass derartige Übersichten für die hier vorgesehenen Zuführungen an das Sondervermögen im Entwurf des Haushaltsplans zwar dem Grunde nach vorhanden, inhaltlich hinsichtlich der hier vorgesehenen Ausgaben jedoch nur sehr begrenzt aussagekräftig seien. Dies haben die Staatskanzlei, das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen (MW) und das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz zum Anlass genommen, zu dem beabsichtigten Mitteleinsatz noch einmal näher Stellung zu nehmen (vgl. Vorlage 2, S. 9 ff.).

Zu Artikel 9 (Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“):

Zu Nummer 1 (§ 7 Satz 1 Halbsatz 1):

Es wird empfohlen, das künftig zuständige Ministerium entsprechend den in Niedersachsen inzwischen gebräuchlichen Regeln der Rechtsförmlichkeit nicht mit seiner konkreten amtlichen Bezeichnung, sondern nur abstrakt mit „dem für Digitalisierung zuständigen Ministerium“ zu umschreiben.

Dadurch würde auch ein erneuter Änderungsbedarf bei einer nochmaligen Umressortierung des betreffenden Geschäftsbereichs vermieden.

Zu Artikel 10 (Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes):

Zu Nummer 1 (§ 18 Nr. 2):

Der GBD hat in den Beratungen darauf hingewiesen, dass nach Erklärung des MW die Formulierung „Darlehen … übertragen“ hier sowie in § 19 a Satz 1 (Nummer 3 des Entwurfs) nicht dahin gehend zu verstehen sei, dass die betreffenden Darlehensverträge im Wege einer Vertragsübernahme hinsichtlich des Darlehensgebers vom Land auf die NBank übertragen werden sollten. Vielmehr handele es sich um Darlehensverträge, die bereits von der NBank als Darlehensgeberin im eigenen Namen mit den Darlehensnehmern abgeschlossen worden seien. Der Vertragsschluss durch die NBank sei aber treuhänderisch für das Land und auf dessen Rechnung erfolgt, sodass das sogenannte wirtschaftliche Eigentum an den Darlehen bisher dem Land zustehe. Nur dieses wirtschaftliche Eigentum an den Darlehen solle nunmehr - u. a. durch Aufhebung der treuhänderischen Bindung - vom Land auf die NBank übertragen werden, um deren Eigenkapital zu erhöhen. Zu „lesen“ sei die Formulierung im hiesigen Änderungsbefehl also praktisch wie

> „soweit **das wirtschaftliche Eigentum an den** Darlehen nicht nach § 19 a Satz 1 auf die NBank übertragen worden **ist**“.

Die im Entwurf gewählte Formulierung sei mithin zwar rechtlich nicht ganz präzise und könnte missverständlich sein. Letztlich handele es sich jedoch um einen rein finanzwirtschaftlichen Vorgang im Innenverhältnis zwischen Land und NBank, der keine Auswirkungen im Außenverhältnis gegenüber den jeweiligen Darlehensnehmern habe. Auch sei die im Entwurf gewählte Formulierung nach Erklärung des MW bereits mit der BAFin als Aufsichtsbehörde der NBank abgestimmt, sodass eine Änderung des Wortlauts einen erneuten Abstimmungsbedarf mit der BAFin auslösen würde.

Vor diesem Hintergrund sieht der Ausschuss von einer präzisierenden Änderungsempfehlung ab.

Zu Nummer 2 (§ 19):

Zu Buchstabe c (Nummern 7 und 8):

Die Änderungsempfehlung zu Nummer 8 dient der rechtlichen Präzisierung.

Zu Nummer 3 (§ 19 a):

Zu Satz 1 wird zunächst auf die Erläuterung zu Nummer 1 verwiesen. Auch hier hat der GBD darauf hingewiesen, dass es um das sogenannte wirtschaftliche Eigentum an den Darlehen und deren wirtschaftliche Zuordnung zum Sondervermögen gehe. Dementsprechend sei die hier vorgesehene Regelung also praktisch zu „lesen“ wie

> „… ermächtigt, … **das wirtschaftliche Eigentum an wirtschaftlich** zum Sondervermögen gehörende**n** Darlehen … auf die NBank zu übertragen, wenn …“

Die an dieser Stelle im Gesetzentwurf vorgesehenen Formulierungen seien mithin ebenfalls rechtlich nicht ganz präzise und könnten missverständlich sein. Der Ausschuss sieht aber aus denselben Gründen wie bei Nummer 1 auch an dieser Stelle von einer Änderungsempfehlung ab.

Zu der Änderungsempfehlung zu Satz 2 siehe die Beschlussempfehlung des Ausschusses und die Erläuterung zu Nummer 2 Buchst. c des Entwurfs. Hier handelt es sich um eine entsprechende Folgeänderung.

Zu Artikel 10/1 (Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes):

Der neu eingefügte Artikel 10/1 beruht auf Nummer 5 des Änderungsvorschlages der regierungstragenden Fraktionen (Vorlage 6, S. 3 f) und wird dort (S. 7 f.) wie folgt begründet:

„Zu Nummer 1:

Zu Buchstabe a:

Die Landesregierung hat beschlossen, die dem Regionalverband Großraum Braunschweig auf zehn Jahre befristete Möglichkeit, etwaige nicht vollständig für die Finanzierung von SPNV-Betriebsleistungen benötigte Zuweisungsmittel nach § 7 Abs. 1 auch für alle Zwecke nach § 7 Abs. 7 zu verwenden, um weitere zehn Jahre zu verlängern. Hintergrund ist, dass die Schieneninfrastruktur an verschiedenen Stellen nach wie vor nicht so ausgebaut ist, dass die Mittel nach § 7 Abs. 1 vollständig für das SPNV-Angebot verausgabt werden. Auf der anderen Seite steht der Verband vor großen finanziellen Herausforderungen, beispielsweise bei der Finanzierung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs. Mit der frühzeitigen Verlängerung wird dem Verband Planungssicherheit und eine größtmögliche Flexibilität bei dem Mitteleinsatz eingeräumt, um eine Angleichung der ÖPNV-Verhältnisse zu ermöglichen. Der Zehnjahreszeitraum entspricht dabei der üblichen Dauer eines Verkehrsvertrages. Auswirkungen auf den Landeshaushalt bestehen hierdurch nicht, weil es sich um weitergeleitete Bundesmittel handelt.

Zu Buchstabe b:

Die Landesregierung hat beschlossen, die im Koalitionsvertrag verankerte zweckdienliche Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale nach § 7 Abs. 4 Satz 2 vorzunehmen.

Die Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale auf 2,59 Euro je Einwohner führt multipliziert mit der offiziellen Einwohnerzahl Niedersachsens von 8 004 489 zu jährlichen Mehrausgaben für den Landeshaushalt in Höhe von rund 10 000 000 Euro.

Die bisherige Höhe der Verwaltungskostenpauschale spiegelte die Belastungen der niedersächsischen Aufgabenträger nur unzureichend wider. Über die Verwaltungskostenpauschale erhalten die Aufgabenträger eine Finanzhilfe zur Abdeckung von Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für die Erstellung der Nahverkehrspläne. Sie dient insbesondere der Finanzierung der Arbeitskraft der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Finanzierung externer Berater und Dienstleister.

Der Betrag pro Einwohner ist seit der Einführung der Pauschale zum 1. Januar 1996 nur ein einziges Mal zum 1. Januar 2022 von 1,00 Euro auf 1,35 Euro angehoben worden. Seit der letzten Anpassung sind die Bruttoverdienste sowie die Lohnnebenkosten, gemessen am ‚Index der Arbeitskosten' des Statistischen Bundesamts (Destatis), kalender- und saisonbereinigt von 98,8 Punkten auf 120,8 Punkte gestiegen. Dies ergibt eine Steigerung um 22,27 Prozent (Messzeitraum: 1. Vierteljahr 2020 bis 2. Vierteljahr 2025). Als Gründe für die Kostensteigerungen sind u. a. die Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro pro Stunde im Oktober 2022 und die allgemeinen Preissteigerungen (Inflation) zu nennen, welche zu Lohnerhöhungen zum Ausgleich des Kaufkraftverlusts führten. Die Energiepreissteigerungen infolge des Ukraine-Kriegs trugen ebenfalls zu den gestiegenen Arbeitskosten bei.

Darüber hinaus führt die Übernahme zusätzlicher Aufgaben zu erhöhten Ausgaben der Verwaltungen, die gleichsam finanziell unterstützt werden sollen. Zu nennen sind beispielsweise die Übernahme bisher eigenwirtschaftlich betriebener Linien in die eigene Verantwortung und die Neuvergabe dieser Verkehre im Rahmen vergaberechtlicher Verfahren (Planung von Linienbündeln, Herbeiführen von Gremienbeschlüssen, Erstellung von Leistungsbeschreibungen sowie die Durchführung des Ausschreibungswettbewerbs). Daran anknüpfend steigt der Verwaltungsaufwand für die Verkehrsverträge durch Leistungskontrollen und Vertragsabrechnungen. Weiter zu nennen ist der Planungs-, Vergabe- und Abrechnungsaufwand bei der Einführung flexibler Bedienformen sowie der zusätzliche Regelungs- und Abrechnungsaufwand infolge der Einführung des Deutschlandtickets.

Zu Nummer 2:

Die neue Fassung ermöglicht einen flexibleren Mitteleinsatz. Dies ist geboten, weil die bisher erforderliche Prüfung, ob eine Maßnahme gegenüber dem Stand von 2017 eine Verbesserung oder Erweiterung des straßengebundenen ÖPNV darstellt, in der heutigen Praxis zu erheblichen Abgrenzungsschwierigkeiten führt."

Zu Artikel 11 (Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“):

Auch die Änderungsempfehlung des Ausschusses für Artikel 11 in dessen Nummer 1 beruht auf dem Änderungsvorschlag der regierungstragenden Fraktionen, und zwar auf der dortigen Nummer 6 (vgl. Vorlage 6, S. 4), und wird im Änderungsvorschlag (S. 8) wie folgt begründet:

> *„Die für das Haushaltsjahr 2026 ursprünglich aus Landesmitteln in Höhe von 121 000 000 Euro vorgesehene Aufstockung des Sondervermögens wird in Höhe von 20 000 000 Euro durch zusätzliche Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) des Bundes ersetzt (vgl. Einzelplan 20, Kapitel 2095).*
>
> *Die Reduzierung der Zuführung an das Sondervermögen führt zu einer Haushaltsentlastung in Höhe von 20 000 000 Euro. Die freiwerdenden Haushaltsmittel sind in der Technischen Liste zum Haushaltsplanentwurf 2026 in vollem Umfang im Einzelplan 07 für Verwaltungskosten im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens ‚Digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte‘ vorgesehen.“*

(Verteilt am 15.12.2025)

Präsidentin Hanna Naber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren mit den Tagesordnungspunkten zu den Haushaltsberatungen fort, die ich vereinbarungsgemäß zusammen aufrufe:

Tagesordnungspunkt 13:
Abschließende Beratung:
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 19/9300 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsgesetz - Drs. 19/9334 - Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu den Einzelplänen - Drs. 19/9301 bis Drs. 19/9318 - Änderungsanträge der Fraktion der AfD zu den Einzelplänen - Drs. 19/9323 bis 19/9333 - Änderungsanträge der Fraktion der CDU zu den Einzelplänen - Drs. 19/9335 bis 19/9346 - **25. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben zum Haushalt** - Drs. 19/9321

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz mit Änderungen und der in der Beschlussempfehlung genannten Maßgabe zu § 1 sowie mit Änderungen zu 16 der 17 Einzelpläne anzunehmen.

Außerdem liegen 24 Änderungsanträge vor: 11 Änderungsanträge der Fraktion der AfD, die sich auf Einzelpläne beziehen, und 13 Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die sowohl den Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz selbst - also den Gesetzestext und den Gesamtplan - als auch Einzelpläne betreffen.

Tagesordnungspunkt 14:
Abschließende Beratung:
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026 - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 19/9319 - Schriftlicher Bericht - Drs. 19/9322

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

In die Haushaltsberatungen einbezogen sind, wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, die unter den **Tagesordnungspunkten 15 bis 17** aufgeführten Entschließungsanträge. Die inhaltliche Behandlung dieser Beratungsgegenstände findet jeweils im Rahmen der Debatte über die fachlich entsprechenden Haushaltsschwerpunkte statt. Ich gehe daher von Ihrem Einverständnis aus, dass ich diese Tagesordnungspunkte erst im Rahmen der einzelnen Haushaltsschwerpunkte im Detail aufrufe.

Eine Berichterstattung zu diesen Tagesordnungspunkten ist nicht vorgesehen.

Sämtliche Abstimmungen zu den soeben aufgerufenen Beratungsgegenständen sind für Donnerstag vorgesehen.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 18:
Berichterstattung zum Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2026 und zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Zunächst wird nun der Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen einen zusammenfassenden Bericht über die Ausschussberatungen zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz geben. Zum Haushaltsbegleitgesetz liegt Ihnen darüber hinaus in der Drucksache 19/9322 ein ergänzender schriftlicher Bericht vor.

(Unruhe)

- Ich bitte um Ruhe, damit ich dem Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen das Wort erteilen kann. Herr Abgeordneter Thümler, bitte!

(Beifall bei der CDU)

Dr. h. c. Björn Thümler (CDU), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zur Haushaltsberatung, der Königsdisziplin dieses Landtages. Vorweggeschickt darf ich sagen, dass sich der Haushaltsausschuss in 13 Sitzungen ungefähr 45 Stunden mit dem Haushalt beschäftigt hat. Die Redeanteile der einzelnen Teilnehmer können diejenigen von Ihnen, die daran teilgenommen haben, noch einmal selbst gewichten. Dann wissen Sie ungefähr, wer große Redeanteile und wer weniger große Redeanteile hatte.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin, ich erlaube mir, auf die Drucksache 19/9300 hinzuweisen, in der der Haushaltsausschuss empfiehlt, den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2026 hinsichtlich des Gesetzestextes und des Gesamtplans mit den aus der Drucksache ersichtlichen Änderungen und der üblichen Maßgabe zu § 1 und zu Anlage 1 - dem Gesamtplan - anzunehmen. Diese Empfehlung kam mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD zustande.

Zu den Einzelplänen liegen Ihnen, wie ebenfalls üblich, jeweils gesonderte Beschlussempfehlungen in den Drucksachen 19/9301 bis 19/9318 vor. Die Empfehlung, Einzelplan 12 - Staatsgerichtshof - unverändert anzunehmen, kam einstimmig zustande, ebenso die Empfehlung, die Einzelpläne 01 - Landtag -, 14 - Landesrechnungshof - und 17 - Landesbeauftragter für den Datenschutz - mit den aus den betreffenden Drucksachen ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Die Empfehlung, die übrigen Einzelpläne mit den aus den betreffenden Drucksachen ersichtlichen Änderungen anzunehmen, kam jeweils mit den Stimmen der die Landesregierung tragenden Fraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen zustande.

Zu den Einzelplänen 07 - Kultusministerium - und 11 - Justizministerium - liegt Ihnen in der Drucksache 19/9318 eine weitere Beschlussempfehlung vor, in der Ihnen der Haushaltsausschuss weitere Änderungen dieser beiden Einzelpläne empfiehlt. Diese betreffen den Schutz jüdischen Lebens und beruhen auf einem gemeinsamen Änderungsvorschlag der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen. Diese drei Fraktionen stimmten für die Beschlussempfehlung, die Fraktion der AfD enthielt sich dazu.

Außerdem empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 19/9319, den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026 mit den aus dieser Drucksache ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Diese Empfehlung kam mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD zustande.

Wie bei jeder Haushaltsberatung hat der Ausschuss zu Beginn des Verfahrens nach der Einbringung des Gesetzentwurfs durch den Finanzminister den Landesrechnungshof und die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände angehört. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände wurde zum Abschluss der Beratungen ein weiteres Mal, nämlich zu den im Laufe des Verfahrens vorgelegten Änderungsvorschlägen, angehört. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes wurde wie üblich von allen Fachausschüssen mitberaten, der Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes von den betroffenen Fachausschüssen ebenfalls.

Grundlage der abschließenden Beratung der beiden Gesetzentwürfe im Haushaltsausschuss waren insbesondere auch die von den Fraktionen von SPD und Grünen zum letzten Beratungsdurchgang vorgelegten Änderungsvorschläge. Der Änderungsvorschlag zum Haushaltsgesetzentwurf bestand wie üblich aus einer politischen Liste und einer technischen Liste. Diese Änderungsvorschläge von SPD und Grünen sind - mit einer geringfügigen Ergänzung im Einzelplan 08 - unverändert in die Beschlussempfehlungen des Ausschusses eingeflossen.

Daneben hatte auch die Fraktion der CDU zur Schlussberatung des Haushaltsausschusses Änderungsvorschläge zum Haushaltsgesetz vorgelegt. Diese fanden allerdings keine Mehrheit im Ausschuss.

Eine Besonderheit der diesjährigen Haushaltsberatungen bestand darin, dass der Bund dem Land nach der Änderung des Grundgesetzes im März 2025 aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität Mittel in Höhe von rund 9,4 Milliarden Euro - oder rund 20 % des Haushaltsvolumens für 2026 - zur Verfügung stellen will.

Grundlage dafür sind der neue Artikel 143h des Grundgesetzes, zwei Bundesgesetze und eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Diese Mittel werden dem Land vom Bund allerdings erst auf Abruf zugewiesen und können daher noch nicht konkret veranschlagt werden. Das Finanzministerium hat vorgeschlagen, in allen betrof-

fenen Einzelplänen jeweils ein Kapitel mit der Endung „-95“ und in diesem jeweils mehrere Titel und Titelgruppen in Form von Leertiteln einzuführen, um die Einnahmen und Ausgaben dort zu gegebener Zeit veranschlagen zu können. Den einzelnen Ausgabetitelgruppen sollen dabei Erläuterungen beigefügt werden, die hinsichtlich des jeweiligen Gesamtmittelbedarfs für das jeweilige Vorhaben für verbindlich erklärt werden. Die konkreten Ansätze sollen dann erst bei der Zuweisung der Bundesmittel „befüllt“ werden. Diesem Vorschlag ist der Ausschuss mit der technischen Liste zu den Einzelplänen mehrheitlich gefolgt.

Obwohl also die Zuweisung der Bundesmittel noch nicht erfolgt ist und die entsprechenden Einnahmen folglich auch noch nicht konkret veranschlagt werden konnten, hat allerdings das Kultusministerium am 3. Dezember - also an dem Tag, an dem der Haushaltsausschuss seine Beratungen zum Haushalt abgeschlossen hat - unmittelbar vor der Sitzung des Ausschusses um 9:08 Uhr diesem einen Antrag auf eine sogenannte Vorwegfreigabe von Haushaltsmitteln in Höhe von 250 Millionen Euro vorgelegt. Dies betrifft einen Teil der Mittel in Höhe von insgesamt 780 Millionen Euro, die im Einzelplan 07 für die Beschaffung von Tablets für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte veranschlagt werden sollen, sobald die genannte Verwaltungsvereinbarung vom Bundesminister der Finanzen gezeichnet wurde und die entsprechenden Bundesmittel zugewiesen wurden.

Das Ministerium begründete diesen Antrag damit, dass am nächsten Tag - dem 4. Dezember - eine lange vorbereitete Ausschreibung veröffentlicht werden müsse, um den Auftrag zur Beschaffung der Tablets Anfang nächsten Jahres vergeben zu können, damit die Tablets noch rechtzeitig vor Beginn des Schuljahres 2026/2027 geliefert werden könnten.

Abgesehen davon, dass die Fraktionen von CDU und AfD diese Beschaffung auch in der Sache ablehnen -

(Das Krähen eines Hahns ist zu hören - Heiterkeit)

- das ist der Hahn, der kräht -, haben die Abgeordneten beider Fraktionen im Ausschuss gerügt, dass der Antrag viel zu kurzfristig vorgelegt worden sei, als dass sie sich inhaltlich damit hätten auseinandersetzen können.

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Thümler, warten Sie mal eben! Der Hahn hat einige Irritationen ausgelöst.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

- Herr Hilbers, hier wird niemand geschlachtet!

(Heiterkeit)

Jetzt sind alle wieder aufmerksam und folgen der Berichterstattung des Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Herr Thümler, fahren Sie bitte fort!

Dr. h. c. Björn Thümler (CDU), Berichterstatter:

Die Abgeordneten beider Fraktionen haben im Ausschuss gerügt, dass der Antrag viel zu kurzfristig vorgelegt worden sei, als dass sie sich inhaltlich damit hätten auseinandersetzen können. Einen Antrag der AfD, die Abstimmung über den Antrag um eine Woche zu verschieben, lehnte der Ausschuss ab. Vielmehr stimmten die die Landesregierung tragenden Fraktionen für die Vorwegfreigabe; die Oppositionsfraktionen lehnten diese ab.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass der Staatsgerichtshof in seinem Urteil vom 14. August dieses Jahres ausdrücklich festgestellt hat, dass die Informations- und Mitwirkungsrechte der Abgeordneten „insbesondere auf hinreichende und rechtzeitige Information über den Beratungsgegenstand“ auch in den Ausschüssen zu gewährleisten sind und eine Verletzung von Abgeordnetenrechten in der Ausschussarbeit zum Gegenstand eines Organstreitverfahrens vor dem Staatsgerichtshof gemacht werden kann.

Von einer *rechtzeitigen* Information über den Beratungsgegenstand kann hier offensichtlich keine Rede sein. Dies ist umso bemerkenswerter, als durch die Vorwegfreigabe die Verfügung über Haushaltsmittel in Höhe von 250 Millionen Euro vorab von der SPD und den Grünen im Haushaltsausschuss gebilligt wurde, ohne dass sich das Plenum des Landtages, das nach Artikel 65 unserer Verfassung über den Haushalt zu entscheiden hat, mit der Maßnahme und der Bewilligung der Mittel befassen konnte. Das ist nicht nur haushaltsrechtlich fragwürdig, sondern missachtet auch die Rechte der Abgeordneten nicht nur im Haushaltsausschuss und nicht nur diejenigen der Oppositionsfraktionen, sondern es beeinträchtigt unser aller Rechte als Abgeordnete dieses Landtages, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich Ihnen einen kurzen, groben Überblick über die vom Haushaltsausschuss zum Haushaltsplan sowie zum Haushaltsbegleitgesetz empfohlenen Änderungen geben.

Die Maßnahmen, die in der politischen Liste der Fraktionen von SPD und Grünen vorgesehen sind und die der Ausschuss mit den Stimmen dieser Fraktionen aufgegriffen hat, umfassen Mehrausgaben gegenüber dem Gesetzentwurf in Höhe von rund 93,5 Millionen Euro.

Diese Maßnahmen verteilen sich nach der Erklärung der Fraktionen von SPD und Grünen insbesondere auf die von ihnen so bezeichneten Bereiche „Sport, Ehrenamt und soziale Teilhabe“ - 20,3 Millionen Euro -, davon 15 Millionen Euro für die Sportstättenförderung, „Teilhabe durch Bildung und Kultur“ - 29,211 Millionen Euro -, „Infrastruktur und Digitalisierung“ - 17,7 Millionen Euro -, davon 10 Millionen Euro für die Stärkung des ÖPNV, „Landwirtschaft, Klima- und Naturschutz“ - 16,4 Millionen Euro - sowie „Gerechtigkeit, Sicherheit und Kinderschutz“ - 9,64 Millionen Euro. Die genannten Maßnahmen werden durch entsprechende Änderungen im Haushaltsgesetz und im Haushaltsbegleitgesetz abgebildet.

Zum Haushaltsgesetz als solchem empfiehlt der Ausschuss auf Vorschlag der die Landesregierung tragenden Fraktionen vier Änderungen:

Die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung von Ausgaben von knapp 2,2 Milliarden Euro soll um 506 Millionen Euro auf knapp 1,7 Milliarden Euro verringert werden. Diese Verminderung des Kreditrahmens beruht zum größten Teil auf dem sogenannten Konjunkturbereinigungsmechanismus der Regelungen zur Schuldenbremse.

Ferner soll das Innenministerium ermächtigt werden, zur Absicherung der Sportstättenförderung eine Bürgschaft bis zu 50 Millionen Euro zu übernehmen.

Außerdem soll der Landtag vorab der Veräußerung von Kulturgütern im Landeseigentum auf Grundlage des Verwaltungsabkommens zur Rückgabe von NS-Raubgut zustimmen, und das Finanzministerium soll ermächtigt werden, die Personalbewirtschaftung bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im Rahmen eines Modellprojektes zu erleichtern.

Diese Änderungen im Haushaltsgesetz waren insgesamt unstrittig.

Zu den vom Ausschuss zum Haushaltsbegleitgesetz empfohlenen Änderungen verweise ich auf den hervorragenden ergänzenden schriftlichen Bericht hierzu, der Ihnen auf ungefähr 40 Seiten Erläuterungen gibt, die Sie in der Drucksache 19/9322 nachlesen können.

Meine Damen und Herren, quasi als Weihnachtswunsch möchte ich die Landesregierung noch einmal deutlich bitten, das Urteil des Staatsgerichtshofs - ich habe das eben schon einmal gesagt - vom 14. August dieses Jahres und den darin gefassten Spruch, nämlich die Informations- und Mitwirkungsrechte aller Abgeordneten dieses Hauses - damit sind wirklich alle Abgeordneten dieses Hauses gemeint - ausdrücklich ernst zu nehmen und so etwas wie diese Vorwegfreigabe, die wir im Haushaltsausschuss überfallartig erlebt haben, nicht wieder vorkommen zu lassen - weil sie uns alle als Abgeordnete materiellrechtlich in die zweite Reihe katapultiert und damit im Kern das Haushaltsrecht dieses Landtages mit Füßen tritt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage das ausdrücklich auch deswegen, weil wir uns im Haushaltsausschuss fraktionsübergreifend einig waren, dass das so nicht angehen kann, und sich alle Fraktionen von dieser Kurzfristigkeit überrollt gefühlt haben. Ich will über die Sache gar nicht streiten; das ist eine ganz andere Frage. Es geht hier quasi um den juristischen Tatbestand. Das ist so nicht in Ordnung, meine Damen und Herren. Das wollte ich hier zum Schluss noch einmal sagen.

Ganz zum Schluss möchte ich mich bedanken, und zwar zunächst bei unserer Ausschussassistentin Birgit Armbrecht, die uns nicht nur sicher begleitet und alle Arbeiten für uns ruhig erledigt hat, sondern ein ruhender Pol in den teilweise unruhigen Ausschusssitzungen ist.

(Beifall)

Ich danke auch dem gesamten GBD für seine vielfältigen Vorlagen und Kommentare sowie für seine stoische Geduld bei mancher Sitzung, unserem Stenografen Daniel Schmidt-Brücken und natürlich auch allen anderen Stenografinnen und Stenografen, die diese 45 Stunden stenografiert und uns immer sehr zügig Vorabauszüge und Ähnliches zur Verfügung gestellt haben. Das ist eine Leistung, die, glaube ich, unser aller Anerkennung verdient.

(Beifall)

Zudem möchte ich dem Saal- und Sitzungsdienst danken, der immer für einen guten Ton und ein gutes Klima gesorgt hat, sowie den vielen anderen guten Geistern des Hauses, die für einen reibungslosen Ablauf unserer Sitzungen gesorgt haben.

Und last, but not least möchte ich Herrn Soppe und Herrn Wohlatz vom Finanzministerium danken, die es immer verstehen, uns reibungslos durch das Zahlendickicht zu führen, welches es ja gelegentlich in sich hat. Vielen Dank also an Sie beide und auch an Ihre Kolleginnen und Kollegen für die viele Mühe, die Sie sich mit uns machen. Und umgekehrt freut es uns ja auch, Ihnen ein bisschen Arbeit zukommen zu lassen. Also, vielen Dank für diese Arbeit!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zum Schluss meiner Berichterstattung, meine Damen und Herren, bitte ich Sie namens des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den vorgelegten Beschlussempfehlungen zu den beiden Gesetzentwürfen und zu den Einzelplänen Ihre Zustimmung zu erteilen.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Dr. Thümler, für die Berichterstattung und allen Mitgliedern des Ausschusses für Haushalt und Finanzen für die intensive Befassung mit dem diesjährigen Haushalt. Was die Redeanteile in den Sitzungen angeht, wird jeder und jede von uns seine oder ihre Fantasie haben.

Präsidentin Hanna Naber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der besseren Übersicht halber bitte ich Sie herzlich, Ihre Plätze einzunehmen. Ich bitte um Ruhe, besondere Aufmerksamkeit und Disziplin.

ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 37:
Haushaltsberatungen 2026 - Abschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss der zweiten Beratung des Haushalts 2026 und des Begleitgesetzes sowie der weiteren Beratungsgegenstände zu diesem Themenfeld kommen wir jetzt zu den Abstimmungen.

Die „Fassung zur zweiten Beratung des Haushalts“ - also die Fassung, die der Haushalt erhält, sofern den Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses zu den Einzelplänen gefolgt wird - hat die Landtagsverwaltung vereinbarungsgemäß und in Abstimmung mit dem Finanzministerium als Vorab-Drucksache 19/9360 elektronisch verteilt.

Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne wird das Dokument als reguläre Drucksache bereitgestellt werden. Auf diese Weise können wir nach den

Schlusserklärungen der Fraktionen ohne Zeitverzögerung zur Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz 2026 kommen.

Wir führen jetzt als Erstes die Abstimmungen zum Haushaltsgesetz durch, und zwar in folgender Reihenfolge: Zunächst stimmen wir zu den Einzelplänen ab. Dann kommen wir zu den weiteren Empfehlungen, die die Einzelpläne 07 und 11 betreffen. Im Anschluss daran befinden wir über den Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz selbst - also zum Gesetzestext und zum Gesamtplan - und zuletzt über die in die Beratung einbezogenen Eingaben und Anträge. Soweit vorhanden, rufe ich vor der Beschlussempfehlung jeweils zunächst die Änderungsanträge auf.

Wir beginnen mit den **Abstimmungen zu den Einzelplänen.**

Einzelplan 01 - Landtag.

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9301 vor. Wer sich dieser Empfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt.

Einzelplan 02 - Staatskanzlei.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der AfD in der Drucksache 19/9323. Wer dafür stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer dagegen stimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9335. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer dagegen stimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind AfD, SPD und Grüne. Enthaltungen? - Gibt es nicht. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9302. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und Grünen. Wer dagegen ist, hebe jetzt die Hand. - AfD, CDU. Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der AfD in der Drucksache 19/9324. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer dagegen ist, möge jetzt die Hand heben. - CDU, Grüne, SPD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der CDU, Drucksache 19/9336. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - SPD, Grüne, AfD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9303. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Fraktionen von SPD und Grünen. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - Das sind die AfD und die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Niemand. Der Beschlussempfehlung wurde somit gefolgt.

Einzelplan 04 - Finanzministerium.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der AfD, Drucksache 19/9325. Wer dafür ist, melde sich jetzt. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9337. Wer dafür ist, melde sich bitte jetzt. - Das ist die Fraktion der CDU. Dagegen? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9304. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? - Die Fraktionen von AfD und CDU. Enthaltungen? - Gibt es keine. Der Beschlussempfehlung wurde somit gefolgt.

Einzelplan 05 - Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe auf: Änderungsantrag der AfD in der Drucksache 19/9326. Wer dem folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer dagegen ist, melde sich bitte jetzt. - CDU, Grüne, SPD. Gibt es Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung unseres fraktionslosen Mitglieds wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9338. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - Die Fraktionen der AfD, der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Möchte sich ein Mitglied enthalten? - Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag wurde somit abgelehnt.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9305. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und Grünen. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - AfD, CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Der Form halber frage ich noch nach Enthaltungen. - Die gibt es nicht. Der Beschlussempfehlung wurde somit gefolgt.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Kultur.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zum Änderungsantrag der AfD in der Drucksache 19/9327. Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer dagegen ist, melde sich bitte jetzt. - CDU, Grüne, SPD. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Änderungsantrag der CDU, Drucksache 19/9339. Wer diesem folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer dagegen ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen und der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dem ist nicht so. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9306. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen. Wer dagegen ist, melde sich bitte jetzt. - Das sind die AfD, die CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Der Beschlussempfehlung wurde somit gefolgt.

Einzelplan 07 - Kultusministerium.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie wiederum die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der AfD in der Drucksache 19/9328. Wer dafür ist, melde sich bitte jetzt. - Das ist die Fraktion der AfD. Dagegen? - Das sind die CDU, die Grünen und die SPD. Wer enthält sich? - Unser fraktionsloses Mitglied. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9340. Wer diesem folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - SPD, Grüne, AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dem ist nicht so. Der Änderungsantrag wurde damit abgelehnt.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9307. Wer dieser folgen möchte, melde sich bitte jetzt. - SPD und Grüne. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - CDU, AfD und unser fraktionsloses Mitglied. Möchte sich jemand enthalten? - Dem ist nicht so. Der Beschlussempfehlung wurde somit gefolgt.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der AfD in der Drucksache 19/9329. Wer diesem folgen möchte, melde sich bitte jetzt. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - CDU, Grüne, SPD. Möchte sich ein Mitglied enthalten? - Ja, unser fraktionsloses Mitglied. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9341. Wer diesem folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - Das sind SPD, Grüne und AfD. Möchte sich jemand ent-

halten? - Dem ist nicht so. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9308. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, der oder die melde sich bitte jetzt. - Die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - AfD, CDU. Enthaltungen? - Es gibt keine Enthaltungen. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe auf Änderungsantrag der AfD in der Drucksache 19/9330. Wer dem folgen möchte, der oder die melde sich jetzt. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer dagegen ist, melde sich bitte jetzt. - Das sind CDU, Grüne und SPD. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung bei dem fraktionslosen Mitglied. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9342: Wer diesem folgen möchte, der oder die melde sich jetzt. - Das sind die Fraktion der CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind die Fraktionen der AfD, der SPD und der Grünen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9309: Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD, das fraktionslose Mitglied und die CDU. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Einzelplan 11 - Justizministerium.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe auf den Änderungsantrag AfD in der Drucksache 19/9331. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Das sind CDU, Grüne, SPD. Wer möchte sich enthalten? - Unser fraktionsloses Mitglied. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9343. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Das sind die AfD, die Grünen und die SPD. Möchte sich ein Mitglied enthalten? - Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag wurde somit abgelehnt.

Ich komme sodann zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9310. Wer dieser folgen möchte, der oder die melde sich jetzt. - Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion der Grünen. Wer der Beschlussempfehlung nicht folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind CDU, AfD und unser fraktionsloses Mitglied. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Einzelplan 12 - Staatsgerichtshof.

Der Ausschuss empfiehlt zu diesem Einzelplan keine Änderung. Dieser Einzelplan soll also in der Fassung des Gesetzentwurfs beschlossen werden.

Hierzu liegt vor die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9311. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? - AfD, CDU, Grüne, SPD. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wurde der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt.

Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Änderungsantrag der AfD in der Drucksache 19/9332: Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Das sind CDU, Grüne und SPD. Wer möchte sich enthalten? - Unser fraktionsloses Mitglied. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9344. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - Das sind die AfD, die Grünen und die SPD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9312. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die

Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Wer der Empfehlung nicht folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die AfD, die CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Gibt es Enthaltungen? - Nein, die gibt es nicht. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Einzelplan 14 - Landesrechnungshof.

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor, und zwar in der Drucksache 19/9313. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? - SPD, Grüne, CDU, AfD und unser fraktionsloses Mitglied. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wurde der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt.

Einzelplan 15 - Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Als Erstes lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der AfD in der Drucksache 19/9333. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer dem nicht folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die Grünen und die SPD. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung des fraktionslosen Mitglieds. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9345. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und Herr Rakicky. Wer dagegen ist, melde sich bitte jetzt. - Das sind die Fraktionen der AfD, der Grünen und der SPD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9314. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? - Das sind die Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte das nicht tun? - Das sind die Fraktionen der CDU, der AfD und unser fraktionsloses Mitglied. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Einzelplan 17 - Landesbeauftragter für den Datenschutz.

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9315 vor. Wer möchte der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen? - Das sind die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die AfD und unser fraktionsloses Mitglied. Enthaltungen? - Gibt es nicht. Gegenstimmen? - Gibt es auch nicht. Somit wurde der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt.

Einzelplan 19 - Digitalisierung und Informations- und Kommunikationstechnik (IT).

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9316 vor. Wer möchte der Beschlussempfehlung folgen? - Die Fraktionen der SPD und der Grünen und das fraktionslose Mitglied. Wer möchte das nicht tun? - Das ist die CDU. Wer möchte sich enthalten? - Das ist die AfD. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Einzelplan 20 - Hochbauten.

Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9346. Wer diesen Änderungsantrag annehmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer dagegen ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - SPD und Grüne. Wer möchte sich enthalten? - Das ist die Fraktion der AfD. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9317. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - SPD und Grüne. Wer dagegen ist, das zu tun, der melde sich jetzt. - AfD, CDU und das fraktionslose Mitglied. Gibt es Enthaltungen? - Dem ist nicht so. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Über die bisherigen Empfehlungen hinaus kommen wir jetzt zu den weiteren Empfehlungen zu den Einzelplänen 07 und 11 - Unterstützung der Jüdischen Gemeinden und Schutz jüdischen Lebens in Niedersachsen.

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9318 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer dagegen ist, melde sich bitte jetzt. - Das ist niemand. Wer sich enthalten möchte, tut das jetzt. - Das ist die AfD. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wir kommen nun zu der **Abstimmung über den Gesetzestext des Haushaltsgesetzes einschließlich des Gesamtplans**, der diesem als Anlage 1 beigefügt ist.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Drucksache 19/7910 neu mit den in der Beschlussempfehlung in der Drucksache 19/9300 vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen.

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/9334 vor.

(Unruhe bei der SPD)

- Darüber lasse ich abstimmen, wenn Herr Prange und Herr Bratmann etwas ruhiger sind. - Danke schön.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 19/9334. Wer dem Änderungsantrag der CDU folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer dagegen ist, melde sich bitte jetzt. - Das sind SPD, Grüne und AfD. Möchte sich jemand enthalten? - Dem ist nicht so. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 19/9300. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Wer dagegen ist, melde sich jetzt. - Das sind die CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Wer möchte sich enthalten? - Das ist die Fraktion der AfD. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, ist jetzt den Fraktionen die Gelegenheit gegeben, die - wie vereinbart jeweils zehnminütigen - **Schlusserklärungen** zum Haushaltsplan für das Haushaltjahr 2026 abzugeben.

Ich erteile hierfür als Erstem das Wort: dem Vorsitzenden der Fraktion der CDU, Sebastian Lechner. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Sebastian Lechner (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich beim ehemaligen Ministerpräsidenten Stephan Weil für die vielen vertraulichen Runden bedanken, in denen wir uns eng ausgetauscht haben und in denen wir auch Absprachen getroffen haben, die bis heute tragen, und zwar immer in dem Konsens, dass es Themen gibt, die wir aus dem parlamentarischen Streit heraushalten wollen, weil wir beide der Überzeugung sind, dass sie nur so zum Erfolg finden. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident Lies und Herr Politze, auch so kann man eben Politik machen. Ich empfehle uns, dass wir diesen Konsens beibehalten, weil es, glaube ich, klug und richtig ist, zum Beispiel die Meyer-Werft im Konsens fortzuentwickeln - auch wegen der Finanzlasten, auch wegen der besonderen Konstellationen, auch wegen der Mehrheiten auf europäischer und bundespolitischer Ebene. Wir sind dazu bereit. Ich hoffe, Sie auch.

(Beifall bei der CDU)

Sollte, Herr Ministerpräsident, das allerdings tatsächlich Ihr Stil sein, mit dem Sie auch Ihre eigene Koalition pflegen, wundert mich im Hinblick auf den Zustand Ihrer Koalition leider gar nichts mehr. Denn ich finde, dass auch in diesem Haushalt und auch in diesem Jahr vor allen Dingen eines zutage getreten ist: dass Sie sich im Grunde genommen in Ihrer Koalition auf gar nichts mehr einigen können - außer auf ganz, ganz viele Schulden. Ansonsten finden Sie im Kern kaum noch einen Konsens.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Die Rede vom Vorjahr wieder aus der Schublade geholt!)

Da kann ich Ihnen ganz viele Beispiele liefern. Selbst bei Dingen, von denen man denkt, dass Sie sich darauf schon geeinigt haben, schwelt im Hintergrund der Streit weiter.

Als der Ministerpräsident hier ankündigte, dass er im Schuljahr 2026/2027 die Tablets ausreichen will, entgegnete sofort die Sprecherin des grünen Kultusministeriums: Die Pläne sind hoch ambitioniert, viele Punkte müssen noch geklärt werden. - Ja, das stimmt. Das Finanzierungskonzept ist immer noch nicht klar, inhaltliche und pädagogische Konzepte gibt es nicht. Und wenn Sie ehrlich sind, liebe Grünen-Fraktion und liebe Frau Kultusministerin Hamburg, müssen Sie zugeben, dass Sie dieses sozialdemokratische Gießkannenwahlversprechen in Wahrheit genauso sinnvoll finden wie Currywurst als verpflichtendes Kantinenessen. Sie wollen es doch gar nicht!

(Beifall bei der CDU)

Das gleiche Bild in der Innenpolitik: Die Innenministerin zeigt sich grundsätzlich offen, Dublin-Zentren einzurichten, um die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, für deren Verfahren andere EU-Staaten zuständig sind, zu beschleunigen. Sie sagte hier am 10. September: „Niedersachsen hat dem Bund die Einrichtung eines Dublin-Zentrums angeboten. Wir unterstützen den Bund sehr dabei.“ Sie wissen, dass der Bund mittlerweile klar signalisiert hat, dass er mitmacht. Aber sofort kommt der Kommentar von den Grünen - in diesem Fall von Frau Diallo Hartmann -: „Es ist nicht Bestandteil des rot-grünen Koalitionsvertrags, dass wir Dublin-Zentren errichten“. Und dann war es das auch schon wieder. Es ist uns doch völlig klar, dass mit dieser Koalition niemals ein Dublin-Zentrum in Niedersachsen kommen wird.

(Beifall bei der CDU)

So geht es in der Infrastrukturpolitik weiter, Stichwort „Autobahnbau“. Der Bund will alle baureifen Projekte, auch hier in Niedersachsen, ausfinanzieren. Jetzt kann endlich der Ausbau der Küstenautobahn A 20 und auch der A 39 beginnen.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Da haben Sie den Bund nicht richtig verstanden, Herr Lechner!)

Verkehrsminister Tonne sagte am 2. Dezember 2025: „Das ist ein gutes Signal für Niedersachsen und ganz Norddeutschland.“

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Die A 39 wird niemals gebaut!)

Der Grünen-Verkehrspolitiker Christ hingegen kontert prompt: „Das ist kurzsichtig, teuer und verkehrspolitisch eine Sackgasse.“

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

Wir sind uns ja wohl völlig einig: Sie haben keine Prokura, Herr Tonne, die weiteren Planabschnitte für den Autobahnbau voranzutreiben. Es wird über das hinaus, was jetzt beschlossen ist, keinen weiteren Autobahnbau in Niedersachsen geben. Es wird ihn nicht geben, weil er mit dieser Koalition nicht möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Und so geht es weiter: Morgen steht im Bundesrat eine Entscheidung an, die für den Tourismus und für die Gastronomie in ganz Niedersachsen wichtig ist. Herr Ministerpräsident, Sie haben vor dem DEHOGA erklärt: „Es ist unter den Ministerpräsidenten klar: Wir wollen diesen Weg gemeinsam gehen“ - die Mehrwertsteuersenkung für Speisen in der Gastronomie. Und Ihr Finanzminister im gleichen Atemzug über den *Spiegel:* Er persönlich sei gegen die Mehrwertsteuersenkung für Speisen in Restaurants. Jetzt bin ich mal sehr gespannt, welche Linie die Landesregierung morgen tatsächlich vertritt. Wir erwarten, dass Sie im Bundesrat zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Auch die gesamte Industriepolitik ist doch ähnlich umstritten. CCS, CCU, Landes-Raumordnung - alles bündelte und zeigte sich auch in der Diskussion um das Verbrennerverbot. Der Herr Ministerpräsident im NDR: „Und deswegen brauchen wir Technologie-Optionen, ergänzend zur Elektromobilität, die auch über 2035 hinaus möglich sind.“ Das war ein guter Sinneswandel, Herr Ministerpräsident Lies. Aber prompt kommt der Fraktionsvorsitzende Schulz-Hendel und tönt in der *Braunschweiger Zeitung:* „Die Kernbotschaft bleibt: Verbrenner-Aus wird hier nicht infrage gestellt.“ Doch, Detlev Schulz-Hendel, das starre Verbrennerverbot ist jetzt weg! Es ist weg! Es ist gefallen! Ja, wir haben es tatsächlich gekippt.

(Starker Beifall bei der CDU)

Aber nicht wegen der uneinheitlichen Linie, die die Landesregierung da gefahren ist!

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Der vorläufige Höhepunkt ist das Thema Gasförderung vor Borkum. Der Ministerpräsident schrieb einen Brief an den Umweltminister. Ich hatte den Eindruck, er war Ihnen noch nicht einmal bekannt. Und dann sagte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anne Kura, tatsächlich, dieses Thema würden den Koalitionsfrieden nicht infrage stellen. Wirklich, Frau Kura? Der Ministerpräsident möchte im Wattenmeer nach Gas bohren, und das belastet den Koalitionsfrieden nicht? Das ist Selbstverleugnung hoch zehn, die Sie da mittlerweile betreiben, damit Sie irgendwie noch einen Konsens zustande kriegen.

(Starker Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Das ist dann auch wieder falsch! Ob Donner oder Regen, Sie sind dagegen!)

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident Lies: Man kann einen Brief nach Berlin schreiben, aber ernst genommen wird man nur, wenn man dann auch die Mehrheiten liefert. Sie wissen, dass morgen im Bundesrat die Entscheidung ansteht, wie wir mit dem

völkerrechtlichen Vertrag umgehen. Ich bin sehr gespannt, ob Sie nur Briefe schreiben oder ob Ihre Landesregierung morgen im Bundesrat ebenfalls zustimmt. Ich glaube, es bleibt bei dem Brief.

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte diese Liste sehr lange fortsetzen.

Deswegen schreibt der *Rundblick* zu Recht, dass Sie mittlerweile in eine „Konfliktminimierungsstrategie“ übergegangen sind. Doch was heißt das eigentlich? Es heißt im Grunde, dass Sie nicht mehr in der Lage sind zu handeln. Das ist der Grund, warum Sie nur noch halbe Sachen machen und nur noch Trippelschritte gehen.

Ich bin sehr gespannt, ob das Polizeigesetz, das nun in den Landtag hineingegangen ist, jemals wieder herausgeht. Das letzte Polizeigesetz hat das in der letzten Regierung unter Rot-Grün nämlich nicht geschafft.

Ich bin sehr gespannt, wie Sie mit den Gesetzen umgehen. Ich bin sehr gespannt, ob Sie noch irgendeine Idee für Niedersachsen haben, die uns nach vorne bringt. Ich glaube nicht mehr daran. Ich glaube, diese Koalition ist völlig aus der Zeit gefallen und schadet unserem Land.

(Starker Beifall bei der CDU)

Insofern, Herr Politze, haben Sie recht: Ja, ich gucke auch gerne mal einen Film, und ich würde Ihnen auch einen Film für die Weihnachtszeit empfehlen, und zwar den Film mit dem Titel „Trennung mit Hindernissen“.

(Heiterkeit bei der CDU - Heiko Sachtleben [GRÜNE]: Ihre Zeit möchte ich haben!)

Dabei geht es um ein Paar, das sich trennt, und einer muss ausziehen, aber bis dahin sitzen beide noch in derselben Wohnung fest. Das ist exakt so, wie es bei Ihnen mit SPD und Grünen ist.

(Wiard Siebels [SPD]: Das sind wohl eher Wunschträume bei Ihnen, weil Sie vor der Tür stehen müssen!)

Gedanklich haben Sie sich doch schon längst getrennt, weil Sie im Kern nichts mehr zusammenhält. Und es wäre ein Segen für Niedersachsen, Sie würden es auch wirklich tun.

Frohe Festtage!

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Kollege Lechner. - Für die Fraktion der SPD hat sich zu Wort gemeldet: deren Vorsitzender Stefan Politze.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Stefan Politze (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Lieber Kollege Sebastian Lechner, Sie haben mit einem Filmzitat geendet. Ich will das gerne aufnehmen.

(Sebastian Lechner [CDU]: Nein, mit einer Filmempfehlung!)

Ich gucke mir den Film gerne an, aber Ihre Rede hat mich an „Vom Winde verweht“ erinnert. Das trifft es, glaube ich, wirklich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ihren freundlichen Hinweis zur Meyer-Werft nehme ich ernst und nehme ich an dieser Stelle auch auf. In großen Linien brauchen wir auch eine große demokratische Mehrheit in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

An diesem Kompromiss ist nicht zu rütteln, weil es um Tausende von Arbeitsplätzen geht, und mit denen spielt man nicht.

Aber Sie haben von Stilfragen gesprochen. Ich würde sagen: Vorsichtig beim Thema Stilfragen! Sie haben mir ja vorgeworfen, dass ich diesen Kompromiss mit meiner Rede, die ich zum Haushalt gehalten habe, wohl hätte aufkündigen wollen. Das ist nicht der Fall, das wollte ich nicht. Aber Sie sollten sich selber mal an Ihre eigenen Äußerungen zum Thema Stilfragen erinnern, an die Frage, wie Sie denn in der Zeit aufgestellt waren, und daran, wie Sie sich geäußert haben.

Nun will ich Ihnen zwei Zitate mit auf den Weg geben, die sich dazu in den Zeitungen finden lassen:

Die *NOZ* vom 23. August 2024 zu den Reaktionen der CDU-Abgeordneten aus EU, Bund, Land und Kreis: Die Meyer-Werft darf „nicht auf Dauer eine Staatswerft“ werden. „Der Staat ist nie der bessere Unternehmer, und er hat keine Kompetenzen im Schiffbau.“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wie die Kompetenzen des Staates im Schiffsbau sind, sehen wir gerade bei dem Milliardenauftrag. Da ist nämlich der Staat tätig, Herr Lechner!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sebastian Lechner [CDU]: Herr Politze, das ist sogar Teil der Verträge! - Ulf Thiele [CDU]: Herr Lies, darauf haben wir uns verständigt!)

- Abwarten!

Ein Zweites will ich Ihnen auch noch mit auf den Weg geben, dann gehen Sie vielleicht noch mal in sich: die *NOZ* vom 28. August 2024 über die „verbale Entgleisung“ von Herrn Lechner. Weil MP Weil die CDU beim Kanzlerbesuch unerwähnt ließ, sprach Lechner „im Landtag vom ‚Hochamt der Sozialdemokratie' und davor bereits von einem ‚sozialdemokratischen Opferfest'“. Sie instrumentalisieren einen Feiertag der muslimischen Gemeinschaft dafür, Ihre eigene gekränkte Eitelkeit hier zum Ausdruck zu bringen! Also bitte, Herr Lechner, lassen Sie solche Spielchen! - So viel zum Thema Stilfragen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das war wortwörtlich Ihr Zitat. Die NOZ endet mit der Frage, „ob diese verbale Entgleisung notwendig war“. Nein, „war sie nicht“, schreibt die *NOZ*. „Bei der Rettung der Meyer-Werft dürfen Eitelkeiten keine Rolle spielen.“ So die NOZ, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber heute geht es ja um den Haushalt. Dazu haben Sie jetzt in Ihrer Rede reichlich wenig geliefert, also wenig Neues dazu beigetragen, sondern eigentlich nur auf Konflikte, Trennungen usw. hingewiesen. Das muss ein großes Trauma in der CDU sein.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich glaube, dass die Einzelberatungen hier im Haus gezeigt haben, dass bei den CDU-Vorschlägen am Ende nur heiße Luft übrig geblieben ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Da wurde großspurig gefordert, im Bereich Kultur müsste Minister Mohrs mehr Finanzmittel verstetigen. Man muss nur gucken, was der Vorgänger in der letzten Legislatur an dieser Stelle auf den Weg gebracht hat - nämlich gar nichts! Dazwischen liegen Welten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Geradezu aberwitzig waren Ihre Ausführungen zu dem Bereich Wirtschaft und Verkehr. Da behaupten Sie tatsächlich - ich würde mal sagen, Sie haben da einen Realitätsverlust; das ist daneben -, dass nicht genügend Geld im System ist. Aber es sind über 1,8 Milliarden Euro - das hat der Minister auch ausgeführt - für Straßenbau, für Brückenbau, für Infrastrukturmaßnahmen darin. Ich glaube, diese 1,8 Milliarden Euro können sich sehen lassen. Sie hatten in Ihrem Haushaltsantrag eine Aufstockung von 10 Millionen Euro vorgesehen. Das ist eine Parallelwelt, sehr geehrter Herr Kollege Lechner.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wissen dieses Thema bei unserem Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne wirklich in guten Händen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wie man angesichts wachsender Aufgaben und Herausforderungen an der Forderung festhalten kann, beim Personal pauschal zu streichen, das erschließt sich uns nicht.

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Das ist klar! - Reinhold Hilbers [CDU]: Damit ist das Personal in den Ministerien gemeint!)

Denn gleichzeitig beklagen Sie ja, dass die Aufgaben schneller umgesetzt werden sollen, dass alles viel zu schleppend ist.

Wie man angesichts der Entwicklung auf dem internationalen Parkett, bei dem unser europäisches Zusammenleben, unser Wertekanon und unsere Demokratie infrage gestellt werden, ausgerechnet das Europaministerium abschaffen will, erschließt sich uns nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen. Wir müssen es stärken! Wir müssen den Europagedanken stärken und da ein breites Kreuz und breites Schultern haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Haben Sie eigentlich gemerkt, dass es dieses Europaministerium gar nicht mehr gibt?)

- Ja, Herr Thiele, das muss man alles aushalten können.

Mit dem vorliegenden Haushalt haben wir die Weichen richtig gestellt.

(Unruhe - Wiard Siebels [SPD]: Zuhören! - Glocke der Präsidentin)

Niedersachsen kann Zukunft, Niedersachsen macht Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist nach wie vor richtig, auch nach Abschluss der Haushaltsdebatte. Wir haben 14,5 Milliarden Euro mit diesem Haushalt investiert. Das ist gut investiertes Geld: 500 Millionen Euro für die Stärkung des ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum, 500 Millionen Euro für den Neubau von Landesstraßen und Brücken, 175 Millionen Euro für die Hafeninfrastruktur, 800 Millionen Euro perspektivisch für die Ausstattung mit Tablets, 305 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen. Diese Liste kann man unendlich weiterführen.

(Ulf Thiele [CDU]: Alles Bundesmittel!)

Das sind Zukunftsinvestitionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die sich sehen lassen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Lechner, nicht eine pauschale Abrechnung ohne jede Substanz macht Sinn, sondern wir brauchen weiterhin Investitionen. Wir brauchen weiterhin gesellschaftlichen Zusammenhalt, und wir brauchen weiterhin ein gutes Miteinander. Diese Handschrift trägt dieser Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, den wir mit der Koalition aus SPD und Grünen aufgestellt haben - und zwar in Einheit und ohne Trennungsgelüste, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Carina Hermann [CDU]: Das muss man aber noch mal besonders erwähnen!)

Das gilt in besonderem Maße auch für die Kommunen, Herr Lechner. Sie haben in Ihrer Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass der Städte- und Gemeindebund uns draußen etwas überreicht hat. Wir nehmen das ernst. Die Kommunen brauchen Geld. Wir müssen die Kommunen unterstützen, und wir stehen an der Seite der Kommunen.

(Cindy Lutz [CDU]: Wissen die das auch?)

Ich will es hier überhaupt nicht kleinreden: Die Lage ist dramatisch. Aber gleichwohl setzen wir mit diesem Haushalt - mit unseren Förderungen, die im Haushalt enthalten sind - klare Signale Richtung Kommunen. Damit stehen wir an der Seite unserer Kommunen, denn wir investieren an dieser Stelle massiv, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir beschließen mit diesem Haushalt beispielsweise die schrittweise Einführung der Tablets. Wir setzen sehr viel auf soziale Gerechtigkeit - genau in diesem Fall. Wir schließen keine Schülerinnen und Schüler aus, und wir spielen auch keine Themen gegeneinander aus, Stichwort „Digitalbudget“.

Beim Thema Straßenbau haben Sie der Landesregierung vorgehalten, alles gehe zu langsam. Ich glaube, hier geht überhaupt nichts zu langsam, sondern es geht alles seinen Weg, nachdem dieser Haushalt beschlossen worden ist. Wir werden dieses Geld dann mit Volldampf entsprechend auch auf die Straßen und in die Umsetzung bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das Haushaltsthema möchte ich mit einem Zitat von Abraham Lincoln beenden, das manchmal auch von anderen genutzt wird: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ Genau darum geht es uns mit diesem Haushalt. Wir investieren, wir entlasten die Kommunen deutlich, insbesondere bei der Frage von Kita-Personalkosten, insbesondere mit den 600 Millionen Euro, von denen wir bereits 400 Millionen Euro auf den Weg gebracht haben; der Rest wird folgen. Wir stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stärken das Ehrenamt. Wir unterstützen die Kommunen dabei, dass sie Lehrschwimmbecken bauen können. Wir sorgen an dieser Stelle für die Schwimmfähigkeit der Kinder und vieles mehr.

Zum Schluss möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die an der Aufstellung des Haushaltes mitgewirkt haben: den Ministerinnen und Ministern, deren Häusern und Mitarbeitenden, der Landtagsverwaltung und den Mitarbeitenden in der Fraktion. Herzlichen Dank! Ohne Sie und Ihre Ausdauer wäre das nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein herzlicher Dank auch an meine Kollegin aus der Grünen-Fraktion: Auch ohne euch wäre das so nicht möglich gewesen. Gemeinsam schaffen wir das. Niedersachsen kann Zukunft! Niedersachsen schafft Zukunft mit diesem Haushalt.

Da Weihnachten vor der Tür steht, möchte ich zum Schluss noch etwas Versöhnliches sagen. Wenn ich irgendjemandem zu sehr auf die Füße getreten bin, dann tut mir das leid. Wir sollten hart in der Sache ringen, aber am Ende auch in der Lage sein, vernünftig miteinander Beschlüsse zu fassen.

Deswegen besteht weiterhin die Einladung, bei großen Themen große Linien zu beschreiten - das auf jeden Fall. Auch wenn wir hart in der Debatte und im Austeilen sind - das sind Sie, das sind wir -: Ich glaube, am Ende sollten wir alle gemeinsam die guten Dinge für dieses Land auf den Weg bringen. Das tun wir mit diesem Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich wünsche Ihnen eine gute und gesegnete Weihnachtszeit und uns gleich einen guten Beschluss zu diesem Haushalt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Politze. Sie sind damit noch nicht durch. Auf Ihren Beitrag gibt es eine Kurzintervention des Abgeordneten Sebastian Lechner. - Bitte schön! Herr Lechner hat das Wort.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Er will sich jetzt für seine Zitate entschuldigen!)

Sebastian Lechner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich eines klarstellen, Herr Politze. Dass wir aus der Meyer-Werft keine Staatswerft machen wollen, ist sogar in den Verträgen, über die wir lange gestritten haben, verankert. Das war damals die Position der CDU innerhalb dieses Prozesses und ist auch so in die Verträge eingeflossen.

(Wiard Siebels [SPD]: Das war hier gar nicht die Frage!)

Damit haben Sie auch einen Hinweis darauf, dass wir damals doch sehr, sehr eng in dem Prozess miteinander gerungen haben.

(Wiard Siebels [SPD]: Das war überhaupt nicht die Frage!)

Wir halten diese Position ausdrücklich für richtig, und ich bin auch ziemlich sicher, dass der Ministerpräsident das ebenfalls so sieht.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Überflüssig wie sonst gar nichts!)

Ansonsten, Herr Politze, nehmen wir Ihre letzten Worte sehr gerne zur Kenntnis und nehmen sie auch an. Ich bin auch jemand, der sagt: Es ist richtig, dass wir streiten. Schon Richard von Weizsäcker hat gesagt: „Wer den Streit scheut, gefährdet die Demokratie.“ Es ist auch richtig, dass ab und zu mal die Axt herausgeholt wird. Aber wir sollten uns einig sein, dass wir bestimmte Themen dabei aussparen, damit wir dort den demokratischen Konsens pflegen.

Herzlichen Dank, frohe Weihnachten, frohe Festtage - auf ein besinnliches Fest!

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Das werten wir als Entschuldigung! Angenommen!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Politze möchte nicht reagieren, sodass ich Herrn Pastewsky für die Fraktion der AfD das Wort erteile. Bitte schön, Herr Pastewsky!

(Beifall bei der AfD)

Jürgen Pastewsky (AfD):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie, die regierungstragenden Fraktionen, werden, wie erwartet, den Haushalt 2026 beschließen.

Der Bundeskanzler der zweiten Wahl hatte noch mit dem alten Bundestag die nötige Mehrheit organisiert, um die Schuldenbremse zu schleifen - ein klarer Bruch eines zentralen Wahlkampfversprechens.

Sie, liebe CDU, haben damit - seriöse Haushaltspolitiker haben sofort das Bild der von Zeus geschaffenen Frau vor Augen - deren Büchse geöffnet. Und nun, um noch in der griechischen Mythologie zu verbleiben, kämpfen Sie wie Laokoon gegen die Schlangen der Verschuldung.

Aber Sie haben in Zusammenarbeit mit der Wahlverliererin SPD und anderen die Voraussetzung geschaffen, die es der rot-grünen Landesregierung ermöglicht, die Neuverschuldung ganz erheblich auszuweiten. Es ist gut, wenn Sie Ihre Schuldenuhr aktualisieren. Schicken Sie doch Ihrem großen Vorsitzenden ein Foto nach Berlin!

Nach der mittelfristigen Finanzplanung steigt der Schuldenstand unseres Landes auf über 73 Milliarden Euro. Als Folge dieser unsoliden Finanzpolitik der Landesregierung wird die Zinslast stark steigen.

Dies raubt zukünftigen Generationen Gestaltungsspielräume und ist unverantwortbar.

(Beifall bei der AfD)

Was wird auch finanziert? Typischerweise werden, wie bei Rot-Grün nicht anders zu erwarten, nutzlose Ideologieprojekte verwirklicht: Klima- und Transformationsfonds. Na dann! Und Sie lassen sich auch bei erwiesener Sinn- und Erfolglosigkeit von Ihrem falschen Weg nicht abbringen.

Ausdauer bei Fehlentscheidungen haben Sie. Beispiel: Landeswohnungsgesellschaft. Zunächst 100 Millionen Euro, dann aufgestockt auf 300 Millionen Euro. Wie viele Quadratmeter neue Wohnfläche wurden in den zwei Jahren errichtet? Richtig: null. Das wird auch im kommenden Jahr so bleiben. Dann besteht diese Gesellschaft schon drei Jahre. Die Kritik der Wohnungswirtschaft nimmt der Minister offensichtlich nicht zur Kenntnis. Die Unfähigkeit seines Hauses, Förderrichtlinien zu liefern, lässt die Branche verzweifeln.

(Beifall bei der AfD)

Niedersachsen-Geschwindigkeit? Und dann hören wir auch vom Ministerpräsidenten: Die mit Schulden finanzierten Infrastrukturprogramme werden schnell Ergebnisse zeigen. Wir haben eben gehört: „Volldampf“.

Ich darf Sie einmal in die Realität holen. Bei einem Parlamentarischen Abend des Waldbesitzerverbands im vergangenen Monat berichtete eine junge Landwirtin aus dem Landkreis Hildesheim, dass sie eine Halle errichten will, in der Kartoffeln gelagert werden sollen. Auf die Baugenehmigung, die sie nunmehr erhalten hat, musste sie fünf Jahre warten. Ich wiederhole: fünf Jahre! Der Neubau der Friesenbrücke über die Ems bei Weener hat neun Jahre gedauert.

Der Ausbau der A 39, den Sie, Herr Ministerpräsident, nach eigener Aussage wollen, ist ein weiteres Beispiel. Ihr Koalitionspartner findet diese Absicht unverantwortlich. Läuft doch gut, Ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit! Dem Wähler sei Dank, dass diese Landesregierung 2027 abgewählt werden wird.

(Beifall bei der AfD)

Mein Kollege Lilienthal hat zu Recht gewarnt: Erst müssen die Strukturen stimmen, dann kann Geld investiert werden. Wir ersticken in Bürokratie. Es ist wirklich bemerkenswert. Was muss noch passieren, damit Sie endlich begreifen, dass Ihre Politik unser Land wirtschaftlich ruiniert? Reichen die täglichen Hiobsbotschaften - massiver Arbeitsplatzabbau, Rekordzahl an Insolvenzen, die Deindustrialisierung ist im vollen Gang, die Investitionsbereitschaft stark gesunken - nicht? Ich habe es Ihnen schon mehrfach gesagt und wiederhole es: Sie transformieren von Wohlstand in Armut.

(Beifall bei der AfD)

Der BDI-Präsident Leibinger hat es vor Kurzem deutlich und leider sehr zutreffend formuliert: „Die Industrie ist im freien Fall.“ Gab es eine Reaktion darauf? Weder hier, noch auf Bundesebene! Das beweist, dass Sie nicht geeignet sind, für dieses Land Verantwortung zu tragen. Er legte Anfang dieser Woche nochmals nach, als er sagte: Das mangelnde Reformtempo löst Wut aus. Die Stimmung in den Chefetagen sei extrem negativ, teils regelrecht aggressiv. Erklären Sie ihn jetzt zum Delegitimierer? Zumindest ist er gesichert unbequem.

(Beifall bei der AfD)

Gerade unser Bundesland und auch die Region, in der ich lebe, ist sehr von der Automobilindustrie geprägt. Aber diese scheinen Sie abwickeln zu wollen. Bei Volkswagen werden 35 000 Arbeitsplätze mindestens verschwinden. Merken Sie es wirklich nicht?

Aber immer, wenn man denkt, es kann bei Rot-Grün nicht schlimmer kommen, dann schaffen Sie es, Realsatire zu liefern. Da demonstriert ein selbsternannter Wirtschaftsexperte der Grünen mit der IG Metall in Salzgitter gegen den Abbau von Arbeitsplätzen, also gegen die Folgen seiner eigenen Politik. Er demonstriert quasi gegen sich selbst - das kann man sich nicht ausdenken!

(Beifall bei der AfD)

Volker Schmidt von NiedersachenMetall warnt vor dem wirtschaftlich schlimmsten Winter seit Jahrzehnten. Die aktuelle Umfrage der IHK Niedersachsen zeigt es erneut: 48,8 % der Industrieunternehmen rechnen mit negativen Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit. Der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, sagt zum erneuten Rückgang des Index: „Das Geschäftsklima trübt sich in der Industrie, bei Dienstleistern und im Handel ein.“

Wir erinnern uns: Im Sommer sollte die Stimmung besser sein, und dann käme der „Herbst der Reformen“. So viel zur Kompetenz von CDU und SPD auf Bundesebene!

(Beifall bei der AfD)

Es muss jetzt darum gehen, die Wirtschaft zu stärken, statt die Betriebe immer weiter mit Vorschriften und Abgaben zu belasten. Um dies zu verstehen, muss man allerdings wissen, wie ein Betrieb funktioniert. Es hilft sehr, wenn man, so wie ich, Jahrzehnte wertschöpfend gearbeitet hat. Dass viele von Ihnen überwiegend im Politikbetrieb oder in der Sozialindustrie zu Hause sind, erklärt Ihre Unfähigkeit, betriebs- und volkswirtschaftliche Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten zu erkennen.

(Beifall bei der AfD)

Aber was setzt nun dieser Haushalt dem Niedergang entgegen? Ein „Weiter so“! Viele Familien werden ein Weihnachtsfest in Sorge verbringen.

Was Sie können, ist zusätzliche Stellen in der Verwaltung schaffen. In der mittelfristigen Finanzplanung planen Sie 3 000 neue Stellen bis 2028. Selbst die Anzahl der Abgeordneten des nächsten Landtages wollen Sie erhöhen. Geht es etwa darum, den Rückgang beim Wählerzuspruch zu kompensieren? Das ist wirklich skandalös.

(Beifall bei der AfD)

Nutzen wir doch die Tatsache, dass viele Landesbedienstete in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen werden! Aber noch nicht einmal die überfällige Auflösung des Europaministeriums bringt Einsparungen. Wir haben weiterhin eine Ministerin - die SPD Hannover musste versorgt werden -, wir haben eine Außenstelle der Staatskanzlei. Wahrscheinlich ergeben sich durch neue Schilder und neues Briefpapier sogar noch höhere Kosten als zu Zeiten der, höflich formuliert, überforderten Vorgängerin.

(Beifall bei der AfD)

Stichwort „überfordert“: Auch in der Bildungspolitik ist Ihre Bilanz nach mehr als drei Jahren nicht mehr nur mangelhaft. Nein, sie ist ungenügend. Die IQB-Studie brachte für Niedersachsen verheerende Ergebnisse. Mein Kollege Rykena hat vor Kurzem dazu ausgeführt und anders als Sie, Frau Aufsichtsrätin, auch die Gründe erkannt. In diesem Zusammenhang erinnere ich noch einmal an die ausstehende Antwort auf meine Frage - wenn Sie denn zuhören -, wie Sie es geschafft haben, die Genehmigung der BaFin für Ihre Nebentätigkeit zu erhalten.

Wir haben umfangreiche Änderungsanträge zum Haushalt gestellt, darunter als Schwerpunkt ein Babybegrüßungsgeld, um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken.

(Jörn Domeier [SPD]: Das war auch solch eine Nummer!)

Die schlimme demokratische Entwicklung können nur Neuwahlen umkehren.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Verhalten hinsichtlich der Aufsicht über den Verfassungsschutz ist ein besonders verwerfliches Beispiel. Ich verweise hier auf den sehr fundierten Artikel im *Rundblick* vom 9. Dezember 2025 sowie auf die herausragende Rede unseres Fraktionsvorsitzenden vom 15. Dezember. Es war während dieser Rede in den Reihen derer, die sich immer so gern als „demokratische Fraktionen“ bezeichnen, auffällig ruhig.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Was hat das jetzt mit dem Haushalt zu tun?)

Wir, Frau Ministerin Behrens, sind der festen Überzeugung, dass es nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes ist, die Regierung vor politischer Konkurrenz zu schützen.

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Nein, aber vor Verfassungsfeinden!)

Die Missachtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, aber auch der Rechte dieses Parlaments im Zusammenhang mit der überfallartigen Bewilligung von 250 Millionen Euro für Tablets ist ein weiterer Tiefpunkt Ihres politischen Handelns. Der Vorsitzende des Ausschusses hat dies am 16. Dezember deutlich bewertet. Dafür, Herr Kollege Thümler, vielen Dank.

Anders als die Landesregierung, halten wir es für nachhaltig, zu tilgen. Dazu sieht unser Änderungsantrag 141 Millionen Euro vor. Sie überweisen lieber Geld nach Afrika, um zum Beispiel - Kollege Jahn hatte darauf hingewiesen - die E-Mobilität von Fischerbooten auf dem Viktoriasee zu fördern.

Es ist wirklich abenteuerlich, dass Sie so konsequent eine Politik gegen die Interessen der autochthonen Bevölkerung organisieren. Hören Sie doch auf den Genossen Steinbrück, der sagte: Es steht der Politik und Politikern gelegentlich gut an, wenn sie sich vertan haben, zuzugeben, dass ihnen etwas misslungen ist. Er meinte zwar die Bundesarbeitsministerin, also die Rosa Luxemburg der SPD, aber das passt auch auf Sie ganz gut.

(Beifall bei der AfD)

Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion für ein starkes Jahr 2025. Danke für die hervorragende Leistung! Ich freue mich auf die gemeinsame weitere Arbeit.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und frohe Weihnachten!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Pastewsky. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich zu Wort gemeldet: der Co-Vorsitzende Detlev Schulz-Hendel. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Lechner, ich bin erschüttert: kein Wort zum Haushalt 2026!

(Sebastian Lechner [CDU]: Das stimmt nicht!)

Kein Wort dazu, was die Menschen in Niedersachsen wirklich bewegt! Das finde ich für eine Abschlussdebatte für den Haushalt 2026 völlig unzureichend. Wir aber, Herr Lechner, bewegen Milliarden für die Menschen in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was braucht es für einen guten Haushalt? Ein Haushalt besteht nicht nur aus Zahlen. Ein Haushalt muss Orientierung geben. Ein Haushalt muss gute Planungen für die Zukunft gewährleisten und konkret positiv für die Menschen in Niedersachsen wirken. Das alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, stellt der rot-grüne Haushalt 2026 sicher - und das trotz dieser schwierigen Zeiten, in denen wir uns befinden.

Gute Haushaltspolitik zeichnet sich durch Planungssicherheit und Transparenz aus und nicht durch Taschenspielertricks, Herr Lechner. Wir hingegen beschließen heute einen Haushalt, der in vielerlei Hinsicht rekordverdächtig und auch historisch ist. Ob Klimaschutz, Bildung, Stärkung der Demokratie, Stärkung des Ehrenamtes oder Investitionen in die Infrastruktur: Wir verabschieden gleich einen Haushalt, der die Weichen für die Zukunft weiterhin auf das richtige Gleis stellt und der unsere Infrastruktur in Niedersachsen ebenso wie unsere Wirtschaft oder den Tourismus fest im Blick behält. Das ist ein starkes Signal für Niedersachsen, und das ist ein starkes Signal für die Menschen in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zunächst aber gilt auch mein Dank der Landesregierung, die uns diesen soliden und zukunftsorientierten Haushaltsentwurf vorgelegt hat. An dieser Stelle ein ganz besonderer Dank an unseren Finanzminister Gerald Heere, dem ich von dieser Stelle gute Besserung und schnelle Genesung wünsche, und an das gesamte Team im Finanzministerium.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mein Dank gilt aber auch allen Mitarbeiter*innen der Landtagsverwaltung, dem Gesetzgebungs- und Beratungsdienst sowie natürlich auch den Referent*innen in den Fraktionen.

Und natürlich gilt mein Dank auch unserem Koalitionspartner, stellvertretend für deine Fraktion dir, lieber Stefan - ich will jetzt keine Filmzitate bringen, das spare ich mir an dieser Stelle -, denn wir haben wie in den vergangenen Jahren erneut sehr konstruktiv, verlässlich und vertrauensvoll zusammengearbeitet, um diesen Haushalt und die politischen Listen zu diesem positiven Ergebnis zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das bringt mich dann auch zum gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Grünen und CDU hier im Landtag. Wiederum ist es uns gelungen, 1,7 Millionen Euro zur Unterstützung der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, zur Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus bereitzustellen. Ich finde, das ist ein richtiges, wichtiges gemeinsames Signal. Mein herzlicher Dank gilt den eben angesprochenen Fraktionen dafür, dass uns das erneut gelungen ist. Jüdisches Leben gehört zu Niedersachsen, es muss geschützt und sichtbar gemacht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

Der Haushalt 2026 setzt klare Schwerpunkte: Bildung, Klimaschutz, Hochwasserschutz, Landwirtschaft, Demokratieförderung, ÖPNV, Ehrenamt sowie Sport und vor allem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Eckdaten sind beachtlich. Das Gesamtvolumen beträgt knapp 48 Milliarden Euro. Und, meine Damen und Herren, jeder dritte Euro

fließt in unsere Kommunen; das entspricht einer Summe von mehr als 15 Milliarden Euro.

Der kommunale Finanzausgleich bleibt mit mehr als 5,9 Milliarden Euro konstant und wird in den nächsten Jahren weiter anwachsen. Die Kindertagesstätten erhalten 250 Milliarden Euro mit einer dynamischen Steigerung ab 2027. Es gibt 305 Millionen Euro für die Investitionen in unsere Krankenhäuser, 200 Millionen Euro für den sozialen Klimaschutz, 10 Millionen Euro für den Gewaltschutz von Frauen und Mädchen sowie 1 Million Euro für die Umsetzung des Kinderschutzgesetzes.

Ich könnte diese Liste natürlich so weiterführen, aber festzuhalten bleibt: Dieser Haushalt ist seriös, bodenständig und zukunftsorientiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Lechner, wenn ich mir Ihre Vorschläge zum Haushalt angucke, muss ich tatsächlich an meine Enkelkinder denken. Die Kleinen bauen sich eine bunte Welt aus diversen schönen Bauklötzen: mehr Polizei, mehr Justiz, große Ideen von Luft- und Raumfahrt, Digitalfonds für die Schulen, eine Anhebung des kommunalen Finanzausgleichs. Dabei verbauen Sie aber auch Bauklötze, die Sie ab dem Jahr 2027 noch benötigen würden.

(Widerspruch von der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Man möchte sich nur einmal vorstellen, was denn 2027 los wäre, wenn alles, was Sie so schön aufgebaut haben, weiterfinanziert werden müsste. Spätestens dann, Herr Lechner, wäre das Geschrei groß, wenn nämlich alles in sich zusammenfällt.

Sie haben hier nur halbe Sachen präsentiert, und mit Ihren Wortbeiträgen haben Sie sehr deutlich gezeigt, dass Ihnen die Fußstapfen als Oppositionsführer deutlich zu groß sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Argumente halbiert - Lautstärke verdoppelt! Herr Lechner, ich kann Ihnen garantieren: Meine Enkelkinder, die grundsätzlich Zaubertricks mögen, wären auf Ihre nicht reingefallen.

(Sebastian Lechner [CDU]: Die werden CDU wählen! - Beifall bei der CDU)

Was tun wir denn eigentlich für die junge Generation? Wir investieren in eine gute Zukunft für Niedersachsen. Wer immer noch glaubt, die Sparaxt anzulegen und somit wichtige Investitionen zu verschieben, versündigt sich grob fahrlässig an den nachfolgenden Generationen.

(Sebastian Lechner [CDU]: Gilt das auch für Autobahnen?)

Das, meine Damen und Herren, hat mit Generationengerechtigkeit so gar nichts mehr zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und wenn wir bei den Jüngsten sind, möchte ich auch noch einmal sehr deutlich machen, dass gute Bildung ein wesentliches Fundament für die Entwicklung unserer Kinder ist. Deshalb stellen wir auch im Jahr 2026 neue Lehrkräftestellen zur Verfügung, nachdem wir das bereits in diesem Jahr getan haben. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Unterrichtsversorgung zu stabilisieren und zu verbessern.

Ich möchte noch einmal sagen - weil gerade auch in dieser Woche das Bildungsministerium angegangen worden ist -: Noch nie zuvor wurde so viel in den Bildungsbereich investiert wie unter Kultusministerin Julia Hamburg.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Ich muss ja wohl hoffentlich niemandem erklären, dass gerade an unseren Schulen demokratische Werte vermittelt und gelebt werden. Genau dafür steht diese rot-grüne Koalition.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf die politische Liste mit einem Volumen von 93,5 Millionen Euro für ein zukunftsfestes Niedersachsen eingehen.

Schwerpunkte sind neben der Sanierung von Sportstätten mit 15 Millionen Euro auch die Unterstützung der Kommunen bei der Sicherstellung und Ausgestaltung des ÖPNV. Darüber hinaus stützen wir die Zivilgesellschaft, das Ehrenamt wie beispielsweise die Feuerwehren oder die Wasserrettung. Wir investieren mit der rot-grünen politischen Liste über den Haushaltsentwurf hinaus in Klima, in Land und Natur, für Kinderschutz, für unsere Jugend und in einen funktionierenden Rechtsstaat.

Sehen Sie es mir nach: Als queer lebender Mensch ist es mir eine besondere Herzensangelegenheit, deutlich zu machen, dass wir die Mittel zum Schutz von queer lebenden Menschen nun erhöhen konnten und somit stärker als bisher für den Abbau von Diskriminierung tätig werden können. Wichtige Beratungsstrukturen sowie Selbsthilfestrukturen kön-

nen ausgebaut und verstärkt werden. Das kommt insbesondere den queeren Menschen in ländlichen Räumen zugute.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, damit möchte ich an dieser Stelle schließen. Mir verbleibt es nun, Ihnen allen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest zu wünschen. Ich wünsche Ihnen aber auch für das kommende Jahr 2026 alles erdenklich Gute, vor allem aber Gesundheit.

Und was ich bei diesen Wünschen besonders wichtig finde: Möge 2026 in diesen schwierigen Krisenzeiten ein Jahr von Mut, Hoffnung, aber auch von Zuversicht werden. Möge es uns gemeinsam gelingen, den Zusammenhalt zu stärken - gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung!

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Schulz-Hendel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur **Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz.**

Der Ausschuss empfiehlt, den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 mit den aus der Drucksache 19/9300 ersichtlichen Änderungen sowie § 1 und Anlage 1 in der Fassung der Unterrichtung in der Drucksache 19/9360, in der die Einzelpläne in ihrer soeben beschlossenen Fassung berücksichtigt sind, anzunehmen.

Wer dazu in der Schlussabstimmung seine oder ihre Zustimmung geben will, den oder die bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie können sich setzen. Die Gegenprobe! - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der AfD und unser fraktionsloses Mitglied. Möchte sich jemand enthalten? - Dem ist nicht so. Der Beschlussempfehlung wurde somit gefolgt.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Feierlichkeiten kurz zu unterbrechen. Wir müssen noch weiterarbeiten.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Als Nächstes kommen wir zu den **Eingaben**. Ich rufe die Eingaben aus der 25. Eingabenübersicht in der Drucksache 19/9321 auf. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor.

Ich komme zur Abstimmung. Wer den Beschlussempfehlungen folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der CDU und die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann wurde den Empfehlungen einstimmig so gefolgt.

Wir kommen nun zu den **Abstimmungen über die in die Haushaltsberatungen einbezogenen Anträge**.

Ich komme zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 15.

Wer der Beschlussempfehlung des Kultusausschusses in der Drucksache 19/9154 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/3033 ablehnen will, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Wer dagegen ist, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU und das fraktionslose Mitglied. - Wer möchte sich enthalten?

(Omid Najafi [AfD]: Wir hatten auch abgelehnt!)

- Ach so.

(Omid Najafi [AfD]: Wir haben der Ablehnung zugestimmt, zusammen mit SPD und den Grünen!)

- Danke für den Hinweis.

Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 16.

Abstimmung zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung, Antrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 19/4573.

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung in der Drucksache 19/9274 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 19/4573 ablehnen will, den oder die bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU. Wer dagegen ist, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Wir kommen zur Abstimmung zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung, Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/6479.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung in der Drucksache 19/9274 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/6479 ablehnen will, den oder die bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - SPD, Grüne. Wer ist dagegen? - CDU, AfD und fraktionsloses Mitglied. - Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Ich komme zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 17.

Abstimmung zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung, Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/8550.

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in der Drucksache 19/9184 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/8550 unverändert annehmen will, den oder die bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der CDU und das fraktionslose Mitglied. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der AfD. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Abstimmung zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung, Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/5649.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in der Drucksache 19/9184 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/5649 ablehnen will, den oder die bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der AfD und das fraktionslose Mitglied. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wir kommen jetzt zur **Abstimmung zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**. .

Zu diesem Gesetzentwurf liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 19/9319 vor. Die Fraktion der CDU hat dazu einen Antrag auf Einzelabstimmung gestellt. Ich rufe die einzelnen Artikel der Beschlussempfehlung daher nacheinander auf.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 1 - dieser betrifft die Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der CDU und das fraktionslose Mitglied. Wer ist dagegen? - Das ist die AfD. Enthält sich jemand? - Das ist nicht der Fall. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 1/1 - dieser betrifft die Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 2 - dieser betrifft die Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU, das fraktionslose Mitglied. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 3 - dieser betrifft die Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetz-buchs und des § 6b des Bundeskindergeldgesetzes - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der AfD und das fraktionslose Mitglied. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Gibt es nicht. Dann wurde der Beschlussempfehlung einstimmig so gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 4 - dieser betrifft die Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU, fraktionsloses Mitglied. Wer möchte dem nicht folgen? - Niemand. Wer möchte sich enthalten? - Das ist die Fraktion der AfD. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 5 - dieser betrifft die Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU, AfD, fraktionsloses Mitglied. Möchte jemand dagegen stimmen oder sich enthalten? -

Das ist nicht der Fall. Dann wurde der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 6 -- dieser betrifft die Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“ - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - SPD, Grüne. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD und das fraktionslose Mitglied. Wer möchte sich enthalten? - Das ist die Fraktion der CDU. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 7 - dieser betrifft die Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktion der AfD und das fraktionslose Mitglied. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 8 - dieser betrifft die Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - SPD, Grüne. Wer ist dagegen, dem zu folgen? - Das ist die AfD. Wer enthält sich? - Das sind die CDU und das fraktionslose Mitglied. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 9 - dieser betrifft die Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ - folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - SPD, Grüne. Wer will dem nicht folgen? - Das sind CDU, AfD und das fraktionslose Mitglied. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 10 - dieser betrifft die Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? - Unser fraktionsloses Mitglied. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 10/1 - dieser betrifft die Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? - Das ist unser fraktionsloses Mitglied. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 11 - dieser betrifft die Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ - folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und Grünen. Wer möchte dagegen stimmen? - Das sind CDU, AfD und unser fraktionsloses Mitglied. Möchte sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 12 - dieser betrifft die Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes - folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU, unser fraktionsloses Mitglied. - Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der AfD. Möchte sich jemand enthalten? - Dem ist nicht so. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung zu Artikel 13 - dieser betrifft das Inkrafttreten - folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU, AfD, fraktionsloses Mitglied. Möchte sich jemand enthalten oder dagegen stimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann wurde der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt.

Wer der Beschlussempfehlung hinsichtlich der Gesetzesüberschrift folgen möchte, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - AfD, CDU, Grüne, SPD, fraktionsloses Mitglied. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? - Dem ist nicht so. Damit wurde der Beschlussempfehlung soeben einstimmig gefolgt.

Dann kommen wir jetzt zur Schlussabstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Schlussabstimmung mit den empfohlenen Änderungen annehmen will, den oder die bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer dagegen ist, möge sich jetzt erheben. - Das sind die Fraktionen der CDU und der AfD und unser fraktionsloses Mitglied. Möchte sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Abstimmungen zum Haushalt 2026 abgeschlossen.

Niedersächsisches
Gesetz- und Verordnungsblatt

79. Jahrgang | Hannover, den 22. Dezember 2025 | Nummer 106

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Vom 18. Dezember 2025

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Am Ende der Nummer 11 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
   b) Am Ende der Nummer 12 wird das Wort „und“ eingefügt.
   c) Es wird die folgende Nummer 13 eingefügt:
      „13. ab dem Haushaltsjahr 2026 für kreisfreie Städte 63,26 Euro und für Landkreise 69,14 Euro“.
2. In § 5 Abs. 1 Satz 1 wird nach den Worten „Niedersächsischen Schulgesetzes“ die Angabe „(NSchG)“ eingefügt.
3. § 5 a Abs. 2 Satz 6 wird gestrichen.
4. Nach § 5 a wird der folgende § 5 b eingefügt:

„§ 5 b

Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

[1]Die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover erhalten vom Land für die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Bereich des gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes im Jahr 2026 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 10 000 000 Euro. [2]Die Beträge nach Satz 1 werden jeweils zur Hälfte nach dem Verhältnis

1. der Einwohnerzahl der Kommune nach Satz 1 zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen zum Stichtag 30. Juni 2025 und

2. des Viehbestandes in Großvieheinheiten der Kommune nach Satz 1 zu dem Viehbestand in Großvieheinheiten in Niedersachsen

verteilt. [3]Der Viehbestand ergibt sich aus der von der Landesstatistikbehörde zusammengestellten Landwirtschaftszählung 2020. [4]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht. [5]Abweichend von § 16 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes gilt die Stadt Göttingen bei der Anwendung von Satz 1 als kreisangehörige Gemeinde.“

5. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:

„§ 5 c

Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs
nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs

(1) [1]Für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) in der ab dem 1. August 2026 geltenden Fassung erhalten die Kommunen, die nach den §§ 102 und 195 NSchG Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich sind, vom Land

1. im Jahr 2026 1 269 000 Euro,
2. im Jahr 2027 4 322 000 Euro,
3. im Jahr 2028 7 376 000 Euro,
4. im Jahr 2029 10 335 000 Euro und
5. ab dem Jahr 2030 12 214 000 Euro.

[2]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.

(2) [1]Die Beträge nach Absatz 1 Satz 1 werden auf die einzelnen Kommunen nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die den Primarbereich einer öffentlichen Schule in Trägerschaft dieser Kommune besuchen, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler, die in Niedersachsen den Primarbereich einer öffentlichen Schule besuchen, aufgeteilt. [2]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der Schulstatistik des Vorjahres.

(3) [1]Eine Kommune nach Absatz 1 Satz 1, die nicht örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist, hat für jede öffentliche Schule mit Primarbereich in ihrer Trägerschaft, die nicht als Ganztagsschule nach § 23 Abs. 1 NSchG geführt wird, dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe den Betrag weiterzuleiten, den sie im Rahmen der Aufteilung der Beträge nach Absatz 2 nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die den Primarbereich dieser Schule besuchen, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler, die in Niedersachsen den Primarbereich einer öffentlichen Schule besuchen, erhalten hat. [2]Ist die Kommune eine Gemeinde, die gemäß § 13 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission vom 5. Februar 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 204), im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Aufgabe der Betreuung von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen wahrnimmt, so wird bei der Berechnung des weiterzuleitenden Betrages nach Satz 1 die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich, die eine Schule nach Satz 1 besuchen, um die von der Gemeinde zur Förderung von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen bereitgestellten Plätze verringert. [3]Die Zahl der von der Gemeinde zur Förderung der Schülerinnen und Schüler des Primarbereichs in Tageseinrichtungen bereitgestellten Plätze richtet sich nach den im Vorjahr beim Landesjugendamt in dieser Gemeinde genehmigten Plätzen, und die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der Schulstatistik des Vorjahres.“

6. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7

Verteilungs- und Zahlungsmodalitäten

(1) Für die Bestimmung der Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt § 17 NFAG entsprechend.

(2) [1]Die Leistungen nach diesem Abschnitt werden auf der Grundlage der Einwohnerzahl nach Absatz 1 verteilt, soweit nichts anderes geregelt ist. [2]Stehen einer kreis- oder regionsangehörigen Gemeinde Leistungen unmittelbar selbst zu, so bleibt deren Anteil am Verteilungsschlüssel bei der Berechnung des Anteils des jeweiligen Landkreises oder der Region, dem oder der sie angehört, unberücksichtigt.

(3) [1]Die Leistungen werden bis zum 20. Juni eines jeden Jahres erbracht, soweit nichts anderes geregelt ist. [2]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend.“

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. In der Anlage 1 (zu § 5 Abs. 3, §§ 22, 23 Abs. 3 sowie den §§ 37 und 39) werden in der Besoldungsgruppe A 6 in Satz 2 der Fußnote 1 nach dem Wort „Dienstherrn“ ein Semikolon und die Worte „dies gilt nicht für die Planstellen des Landtages“ eingefügt.

2. In der Anlage 2 (zu § 5 Abs. 3, § 22 Abs. 1 und § 37) wird in der Besoldungsgruppe B 6 bei dem Amt „Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent“ der Funktionszusatz „– als Leiterin oder Leiter der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung –“ angefügt.

3. In der Anlage 12 (zu § 39) wird in der Spalte „Monatsbeträge in Euro“ bei der Angabe „Nummer 8“ die Angabe „38,35 Euro“ durch die Angabe „70,00 Euro“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes

§ 4 a des Niedersächsischen Sportfördergesetzes vom 7. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 544), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ und das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

2. In Satz 2 wird die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

§ 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 109), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 3 wird die Angabe „Sätze 4 bis 10“ durch die Angabe „Sätze 4 bis 9“ ersetzt.

2. Die Sätze 4 bis 6 erhalten folgende Fassung:

„[4]Aus den Bundesmitteln, die dem Land Niedersachsen nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II monatlich zustehen, erhalten die in Satz 1 genannten kommunalen

Träger monatliche Abschlagszahlungen. [5]Sofern die Höhe der dem Land Niedersachsen zustehenden Bundesmittel für das laufende Jahr durch Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II rückwirkend angepasst wird, erfolgt eine Anpassung der Abschlagszahlungen rückwirkend zum 1. Januar des laufenden Jahres. [6]Die Höhe der Abschlagszahlungen für die einzelnen in Satz 1 genannten kommunalen Träger wird anhand eines Vomhundertsatzes berechnet, der sich aus dem jeweiligen Anteil des kommunalen Trägers an den vom Land Niedersachsen nach § 46 Abs. 11 Satz 5 SGB II insgesamt gemeldeten Zweckausgaben für die in Satz 1 genannten Leistungen des Vorvorjahres ergibt."

3. Satz 7 wird gestrichen.

4. Die bisherigen Sätze 8 bis 11 werden Sätze 7 bis 10 und wie folgt geändert:

   a) In dem neuen Satz 8 wird die Angabe „Satz 8" durch die Angabe „Satz 7" ersetzt.

   b) In dem neuen Satz 9 wird die Angabe „Sätzen 4 bis 7" durch die Angabe „Sätzen 4 bis 6" und die Angabe „Sätzen 8 und 9" durch die Angabe „Sätzen 7 und 8" ersetzt.

   c) In dem neuen Satz 10 erhält Halbsatz 1 folgende Fassung:

   „[10]Auf die Abrechnungsjahre 2021 bis 2025 finden die Sätze 3 bis 10 in der Fassung des Artikels 7 des Gesetzes vom 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477) Anwendung;".

Artikel 5

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs

Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 300), geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 wird nach den Worten „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes" die Angabe „(NKomVG)" eingefügt.

2. In § 15 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2 und in § 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 wird jeweils die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2" durch die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 4" ersetzt.

3. § 25 erhält folgende Fassung:

„§ 25

Ausgleich für Verwaltungskosten

(1) [1]Zum Ausgleich der aufgrund der Heranziehung nach § 4 Abs. 2 oder 3 entstehenden Personal- und Sachkosten (Verwaltungskosten) zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 SGB IX, der Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen erhalten die örtlichen Träger der Eingliederungshilfe im Jahr 2026 vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe insgesamt 46 909 639 Euro. [2]Dem Ausgleichsbetrag nach Satz 1 ist zugrunde gelegt, dass zum Stichtag 1. Januar 2025

1. in Niedersachsen 71 880 volljährige Menschen mit Behinderungen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung nach Teil 2 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs beziehen,

2. bei den herangezogenen Kommunen für die Durchführung der Aufgaben nach Satz 1 je 150 Menschen nach Nummer 1 eine in Vollzeit beschäftigte Person benötigt wird (Personalschlüssel) und

3. für die Beschäftigung einer Person nach Nummer 2 durchschnittliche Verwaltungskosten in Höhe von 97 892 Euro entstehen.

(2) [1]Die Höhe des jeweiligen Anteils der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe an dem Ausgleichsbetrag nach Absatz 1 Satz 1 bestimmt sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis

1. der Zahl der volljährigen Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1, für die im Gebiet des örtlichen Trägers entsprechende Aufwendungen entstehen, zu der Zahl dieser Menschen, für die im Gebiet des Landes solche Aufwendungen entstehen, und
2. der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner des jeweiligen örtlichen Trägers zu der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner des Landes.

[2]Für die Einwohnerzahl gilt § 177 Abs. 1 NKomVG entsprechend. [3]Je ein Zwölftel des jeweiligen Anteils nach Satz 1 wird zugleich mit den Abschlägen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 gezahlt.

(3) [1]Die Höhe des Ausgleichsbetrags nach Absatz 1 Satz 1 ist jährlich fortzuschreiben. [2]Maßgeblich sind jeweils die Veränderungen bei der Zahl der Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 und die Veränderungen bei der Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag 31. März eines Jahres im Vergleich zum 31. März des Vorjahres. [3]Das Fachministerium ermittelt die Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten zum Zweck der Fortschreibung nach Satz 1 anhand der Kriterien, die auch der Ermittlung der Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2 zugrunde gelegt sind, oder bei Änderung der hierfür maßgebenden Verhältnisse auf Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses und nach Abstimmung mit dem Finanzministerium anhand entsprechend angepasster Kriterien. [4]Im Jahr 2026 sind im Sinne des Satzes 2 maßgeblich die Veränderungen im Vergleich zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2. [5]Für die Bestimmung der Höhe des jeweiligen Anteils der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe an dem fortgeschriebenen Ausgleichsbetrag gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Der Gemeinsame Ausschuss gibt zum 1. Januar 2030 und danach jeweils nach fünf Jahren eine Empfehlung dazu ab, ob eine Änderung des Personalschlüssels nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 ab dem jeweiligen Folgejahr geboten ist.

(5) Die den nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen entstehenden Verwaltungskosten zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe werden im Rahmen der Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich gedeckt.“

Artikel 6

Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes

In § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes vom 25. November 2007 (Nds. GVBl. S. 661), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 320), wird die Angabe „1 500 000“ durch die Angabe „2 000 000“ ersetzt.

Artikel 7

Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“ vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Am Ende der Nummer 4 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
   b) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „und“ eingefügt.
   c) Es wird die folgende Nummer 6 eingefügt:
      „6. Maßnahmen nach § 12 b Abs. 1 Sätze 4 und 5 KHG“.

2. § 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

   a) Es werden die folgenden Nummern 12 a und 12 b eingefügt:

      „12 a. vom Land ab dem Haushaltsjahr 2026 aus Kapitel 0595 Titel 884 61 zugeführte Haushaltsmittel für Maßnahmen nach § 2 Nr. 2,

      12 b. von den Landkreisen und kreisfreien Städten ab dem Haushaltsjahr 2026 die von ihnen nach § 8 Abs. 1 Satz 1 NKHG wegen der Zuführungen des Landes nach Nummer 12 a für Maßnahmen nach § 2 Nr. 2 aufzubringenden Finanzierungsmittel,“.

   b) In Nummer 16 werden nach der Angabe „10 000 000 Euro“ das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt, nach der Angabe „9 000 000 Euro“ die Angabe „sowie im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von 15 000 000 Euro“ eingefügt sowie am Ende das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.

   c) Am Ende der Nummer 17 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

   d) Es werden die folgenden Nummern 18 und 19 angefügt:

      „18. vom Land im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von 585 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 sowie

      19. die dem Land vom Bund ab 2026 zugeteilten Fördermittel nach § 12 b KHG.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 6 wird die Angabe „11, 12 und 13“ durch die Angabe „11 bis 13“ ersetzt.

   b) Es wird der folgende neue Satz 9 eingefügt:

      „[9]Die Mittel nach § 3 Satz 1 Nrn. 18 und 19 dürfen nur zur Finanzierung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 verwendet werden.“

   c) Der bisherige Satz 9 wird Satz 10.

Artikel 8

Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ vom 16. Mai 2017 (Nds. GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2020 (Nds. GVBl. S. 108), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und darin erhält Nummer 1 folgende Fassung:

      „1. bei der Medizinischen Hochschule Hannover und bei der Universität Göttingen in der Universitätsmedizin

         a) im Bereich der Krankenversorgung einschließlich der Forschung und Lehre mit räumlichem Bezug zur Krankenversorgung und der ihr dienenden Infrastruktur und

         b) im Bereich der Forschung und Lehre ohne räumlichen Bezug zur Krankenversorgung und der der Forschung und Lehre dienenden Infrastruktur sowie“.

   b) Es wird der folgende Satz 2 angefügt:

      „[2]Es dient in den in Satz 1 Nr. 1 genannten Bereichen nur zur Finanzierung von Neubaumaßnahmen, einschließlich der Ersteinrichtung unter Anschaffung und Installation medizinischer Großgeräte; es dient weder der Finanzierung von Instandhaltungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen noch der Finanzierung von Maßnahmen zur Erweiterung bestehender Gebäude.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

      aa) Es werden die folgenden neuen Sätze 2 und 3 eingefügt:

      „[2]Das Sondervermögen darf auch für die Inanspruchnahme des Landes aus nach Maßgabe des Absatzes 2 übernommenen Bürgschaften verwendet werden. [3]Erlischt eine Bürgschaft, ohne dass das Land aus ihr in Anspruch genommen wird, so stehen die für die Bürgschaft nicht mehr benötigten Mittel erneut für die Übernahme einer Bürgschaft oder eine Verwendung nach Satz 1 zur Verfügung.“

      bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 4 und darin wird die Angabe „§ 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 Buchst. a“ ersetzt.

      cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 5 und 6.

   b) Es wird der folgende Absatz 2 angefügt:

      „(2) Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) ist ermächtigt, zur Sicherung des Vergütungsanspruchs einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung einer aus dem Sondervermögen finanzierten Investitionsmaßnahme beauftragten Unternehmen Bürgschaften in Höhe von insgesamt bis zu 200 000 000 Euro zulasten des Sondervermögens zu übernehmen.“

3. In § 5 Satz 1 werden nach den Worten „Finanzierung aus dem Sondervermögen“ die Worte „und die Übernahme einer Bürgschaft“ eingefügt.

4. In § 7 Satz 1 werden die Worte „Ministerium für Wissenschaft und Kultur“ durch das Wort „Fachministerium“ ersetzt.

5. In § 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Satz 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz 6“ ersetzt.

Artikel 9

Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm
zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

Das Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (Nds. GVBl. S. 431), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 4 Abs. 1 werden die folgenden Sätze 11 bis 13 angefügt:

   „[11]Im Haushaltsjahr 2026 wird dem Sondervermögen zusätzlich ein Betrag in Höhe von 343 900 000 Euro zugeführt. [12]Von diesem Betrag ist ein Betrag in Höhe von

   1. 47 500 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5,
   2. 96 400 000 Euro für den Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft und
   3. 200 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 9

   zu verwenden. [13]Der Betrag nach Satz 12 Nr. 2 ist je zur Hälfte für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 und für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 zu verwenden.“

2. § 5 wird wie folgt geändert:

   a) Satz 1 erhält folgende Fassung:

      „[1]Das Sondervermögen wird verwaltet

      1. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1 bis 3 von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium,

2. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5

   a) von der Staatskanzlei, soweit es um Maßnahmen in ihrem Geschäftsbereich geht, und

   b) von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht,

3. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6, 7 und 9 von dem für Umwelt zuständigen Ministerium,

4. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 8

   a) von dem für Umwelt zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht, und

   b) von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht,

sowie

5. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 10 von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium."

b) In Satz 2 werden die Worte „Dieses kann" durch die Worte „Die Staatskanzlei und die Ministerien können" ersetzt.

3. § 6 Sätze 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„[1]Für jedes Haushaltsjahr werden Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens erstellt, und zwar jeweils gesondert für die Förderung

1. von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1 bis 3 und von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium verwaltet wird,

2. von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von der Staatskanzlei verwaltet wird,

3. von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6, 7 und 9 und von Maßnahmen nach § 2 Nr. 8, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 4 Buchst. a hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von dem für Umwelt zuständigen Ministerium verwaltet wird, sowie

4. von Maßnahmen nach § 2 Nr. 8, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 4 Buchst. b hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium verwaltet wird, und von Maßnahmen nach § 2 Nr. 10.

[2]Die Übersichten sind Bestandteil des Haushaltsplans des Landes und werden für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 1 als Kapitel 5081 im Einzelplan 08, für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 2 als Kapitel 5021 im Einzelplan 02, für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 3 als Kapitel 5157 im Einzelplan 15 und für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 4 als Kapitel 5091 im Einzelplan 09 ausgewiesen."

Artikel 10

Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen"

Das Gesetz über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen" vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 120), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung" durch die Worte „von dem für Digitalisierung zuständigen Ministerium" ersetzt.

2. In § 8 Satz 2 werden die Angabe „5082“ durch die Angabe „5191“ und die Angabe „08“ durch die Angabe „19“ ersetzt.

Artikel 11

Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes

Das Niedersächsische Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetz vom 29. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 7), wird wie folgt geändert:

1. Am Ende des § 18 Nr. 2 wird nach dem Komma die Angabe „soweit die Darlehen nicht nach § 19 a Satz 1 auf die NBank übertragen worden sind,“ angefügt.

2. § 19 wird wie folgt geändert:

   a) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.

   b) Am Ende der Nummer 6 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

   c) Es werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:

      „7. wirtschaftliche Nachteile ausgleichen, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen entsprechend der Verpflichtung nach § 19 a Satz 1 zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes ausreicht, oder

      8. Zahlungsausfälle aus Darlehen, zu deren Ausreichung sich die NBank nach § 19 a Satz 1 verpflichtet hat, ausgleichen.“

3. Nach § 19 wird der folgende § 19 a eingefügt:

„§ 19 a

Übertragung von Darlehen auf die NBank,
Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile
und Zahlungsausfälle

[1]Das Fachministerium (§ 3 Abs. 3) wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsjahr 2026 zum Sondervermögen gehörende Darlehen mit einem ausstehenden Rückzahlungsanspruch in Höhe von insgesamt bis zu 900 000 000 Euro unentgeltlich auf die NBank zu übertragen, wenn die NBank sich verpflichtet, in Höhe von eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes nach Satz 2 Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes auszureichen. [2]Das Land leistet einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung ausreicht, und für Zahlungsausfälle aus Darlehen, zu deren Ausreichung sie sich nach Satz 1 verpflichtet hat.“

Artikel 12

Änderung des Niedersächsischen
Nahverkehrsgesetzes

Das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz vom 28. Juni 1995 (Nds. GVBl. S 180), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 106), wird wie folgt geändert:

1. § 7 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 wird die Angabe „31. Dezember 2026“ durch die Angabe „31. Dezember 2036“ ersetzt.

   b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Angabe „1,35 Euro“ durch die Angabe „2,59 Euro“ und die Angabe „135 000 Euro“ durch die Angabe „259 000 Euro“ ersetzt.

2. § 7 b Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„[2]Sie dürfen auch für andere Maßnahmen des Aufgabenträgers im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr eingesetzt werden.“

Artikel 13

Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 297), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Satz 3 werden nach der Angabe „31 000 000 Euro“ ein Komma und die Angabe „im Haushaltsjahr 2026 einen Betrag in Höhe von 101 000 000 Euro“ eingefügt und die Angabe „Haushaltsjahren 2026“ durch die Angabe „Haushaltsjahren 2027“ ersetzt.

2. In § 6 Satz 2 wird die Angabe „Kapitel 5134 im Einzelplan 13“ durch die Angabe „Kapitel 5201 im Einzelplan 20“ ersetzt.

Artikel 14

Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes

In § 5 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes vom 16. November 1999 (Nds. GVBl. S. 388), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 111), werden die Worte „Deutschen Bundesbank“ durch das Wort „Finanzwirtschaft“ ersetzt.

Artikel 15

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 1 Nr. 5 am 1. August 2026 in Kraft.

Hannover, den 18. Dezember 2025

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages

Hanna N a b e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Olaf L i e s

Niedersächsisches
Gesetz- und Verordnungsblatt

80. Jahrgang | Hannover, den 21. Januar 2026 | Nummer 6

Berichtigung
des Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Artikel 2 des Haushaltsbegleitgesetzes 2026 vom 18. Dezember 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 106) wird wie folgt berichtigt:

Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„3. Die Anlage 12 (zu § 39) wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe ‚Gültig ab 1. Januar 2025‘ wird durch die Angabe ‚Gültig ab 1. Januar 2026‘ ersetzt.

b) In der Spalte ‚Monatsbeträge in Euro‘ wird bei der Angabe ‚Nummer 8‘ die Angabe ‚38,35 Euro‘ durch die Angabe ‚70,00 Euro‘ ersetzt.“

Hannover, den 21. Januar 2026

Niedersächsisches Finanzministerium

Im Auftrage

Ölscher-Dütz

Ministerialdirigentin

Herausgeber: Niedersächsische Staatskanzlei

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 114. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

am 17. September 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025) und der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung**

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

   b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

   Unterrichtung - Drs. 19/8151

3. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   Beginn der Beratung

   Vorstellung des Nachtragshaushaltsgesetzentwurfs 2025 durch den Finanzminister (zu TOP 1) 6

   Vorstellung des Haushaltsgesetzentwurfs 2026 unter Einbeziehung der Einzelpläne 04 und 20 durch den Finanzminister (zu TOP 2, dazu: Vorlage 243) 10

   Vorstellung des Haushaltsbegleitgesetzentwurfs 2026 (zu TOP 3) 20

   Stellungnahme des Landesrechnungshofs (zu TOP 1 und 2) 21

Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens (zu TOP 1 bis 3, dazu: Vorlage 231) 30

Allgemeine Aussprache (zu TOP 1 bis 3) 37

Verfahrensfragen (zu TOP 3) 59

Beratung des Entwurfs des Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 (zu TOP 1)

Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung** -, **Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen** -, **Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung** - und **Einzelplan 20 - Hochbauten 59

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (zu TOP 2 a)

Einzelplan 04 - Finanzministerium 59

Einzelplan 20 - Hochbauten 60

4. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

   b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

   Unterrichtung - Drs. 19/8151

   Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026

   Einzelplan 14 - Landesrechnungshof

   Vorstellung durch die Präsidentin des Landesrechnungshofs 62

   Allgemeine Aussprache 64

   Einzelberatung 65

5. **Entwurf eines Gesetzes über die Anstalt Niedersächsische Immobilienaufgaben**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7498

   (abgesetzt) 66

6. **Vorlagen**

   Vorlage 240 (MF) Wiederbesetzung von Stellen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben (03 01, 09 41) 67

7. **Beschlussfassung über die Haushaltsberatungstermine im Ausschuss im Jahr 2026** 68

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Dr. h. c. Björn Thümler (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Jan-Philipp Beck (SPD)
3. Abg. Markus Brinkmann (SPD)
4. Abg. René Kopka (SPD)
5. Abg. Dr. Dörte Liebetruth (SPD)
6. Abg. Björn Meyer (SPD)
7. Abg. Doris Schröder-Köpf (i. V. d. Abg. Philipp Raulfs) (SPD)
8. Abg. Reinhold Hilbers (i. V. d. Abg. Melanie Reinecke) (CDU)
9. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
10. Abg. Claus Seebeck (CDU)
11. Abg. Ulf Thiele (CDU)
12. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE)
13. Abg. Pippa Schneider (GRÜNE)
14. Abg. Peer Lilienthal (AfD)

Zeitweise übernimmt stellv. Vors. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE) die Leitung der Sitzung.

Als Zuhörer (§ 94 GO LT):

Abg. Jürgen Pastewsky (AfD).

Von der Landesregierung:

Minister Heere (MF).

Vom Landesrechnungshof:

Präsidentin Dr. von Klaeden.

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied),
Ministerialrätin Dr. Schröder.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Niederschrift:

Ministerialrätin Dr. Kresse,
Regierungsrat Dr. Schmidt-Brücken, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:15 Uhr bis 14:54 Uhr.

Tagesordnungspunkte 1 bis 3:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025) und der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7915 neu

   erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
   federführend: AfHuF
   mitberatend: AfRuV, AfIuS, AfWVBuD
   vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UAHuSch

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)**

      Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

   b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

      Unterrichtung - Drs. 19/8151

Zu a) erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse

Zu b) gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 27.08.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

3. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
   federführend: AfHuF
   mitberatend: AfRuV, AfIuS, KultA, AfWuK, AfWVBuD, AfELuV, AfSAGuG, AfUEuK

Beginn der Beratung

Vorstellung des Nachtragshaushaltsgesetzentwurfs 2025
(zu TOP 1)

Minister **Heere** (MF): Ich freue mich sehr, Ihnen nach der Einbringung im Plenum heute zunächst den Entwurf des Nachtragshaushalts 2025 und anschließend den Haushaltsplanentwurf 2026 der Landesregierung vorstellen zu dürfen.

Wir werden mit dem Nachtragshaushalt 2025 alle haushaltspolitischen Spielräume, die sich unter anderem aus der Inanspruchnahme der Möglichkeit zur strukturellen Kreditaufnahme ergeben, bereits für 2025 nutzen. Wie Sie wissen, wurde die Schuldenbremse für die Länder durch

Grundgesetzänderung bereits angepasst. Was bislang allein dem Bund vorbehalten war, nämlich strukturelle Kredite aufzunehmen, ist seit dem 25. März 2025 auch den Ländern grundsätzlich möglich. Der Gesamtheit der Länder wird ein struktureller Verschuldungsspielraum in Höhe von 0,35 % des nominellen BIP eingeräumt.

Der Anteil Niedersachsens hieran beträgt rund 9,5 %. Die Aufteilung des auf die Ländergesamtheit entfallenden Betrages ist noch durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates zu regeln. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung wird derzeit im Bundestag und im Anschluss im Bundesrat beraten. Ich gehe davon aus, dass eine finale Beschlussfassung hierzu im Oktober erfolgen wird. Vor dem Hintergrund der bereits erwähnten Änderungen des Grundgesetzes ist zudem in Artikel 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes eine Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) mit dem Ziel vorgesehen, die dortigen Regelungen zur Kreditaufnahme an den geänderten verfassungsrechtlichen Rahmen anzupassen.

Da Bund, Länder und Kommunen in den kommenden Jahren vor immensen Herausforderungen hinsichtlich der Investitionsbedarfe in ihre Infrastruktur stehen - wir haben vielfach darüber gesprochen, wie groß der Investitionsstau aus den vergangenen 20, 30 Jahren ist -, wurde mit dem neuen Artikel 143h des Grundgesetzes die Grundlage für die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität mit einem Volumen von 500 Mrd. Euro geschaffen. Wie Sie wissen, sollen davon 100 Mrd. Euro den Ländern und Kommunen unmittelbar zur Verfügung gestellt werden. Auf Niedersachsen werden davon rund 9,4 Mrd. Euro entfallen.

Als Landesregierung begrüßen wir diese zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen und werden diese auch möglichst zeitnah umsetzen, weil wir wissen, wie groß der Finanzierungsstau ist. Das wird sicherlich einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes leisten.

Das für die Nutzung der Finanzmittel des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes durch die Länder erforderliche Ausführungsgesetz wird derzeit im Bundestag beraten. Auch hier ist mit einer zügigen Verabschiedung noch im Oktober zu rechnen. Das nähere Verfahren wird eine zwischen Bund und Ländern zu schließende Verwaltungsvereinbarung regeln, welche derzeit auf der Referentenebene abgestimmt wird.

Da die Abstimmungen zum Verfahren mit dem Bund noch nicht abgeschlossen sind, werden Sie zur Verwendung der Mittel des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität jetzt noch keine Ansätze in den Entwürfen des Nachtragshaushalts für 2025 und des Haushalts für 2026 finden können. Aber wir werden, sobald wir die Rahmenbedingungen genau kennen, den Landtag, das heißt den Ausschuss, selbstverständlich auf geeignetem Wege einbinden.

Ich komme zu den Eckdaten des Nachtragshaushalts 2025.

Gesamtvolumen

Durch den Nachtrag zum Haushalt 2025 steigt das Haushaltsvolumen um knapp 1,2 Mrd. Euro auf rund 45,6 Mrd. Euro.

Einnahmeentwicklung

Auf der Einnahmeseite ergeben sich Veränderungen aus der Abbildung der Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2025 samt Fortschreibung des Konjunkturbereinigungsmechanismus sowie aus der Veranschlagung von Einnahmen aus der strukturellen Kreditaufnahme.

Die Steuereinnahmen, zu denen ich auch Bundesergänzungszuweisungen, Förderabgabe und Kfz-Steuer-Kompensation zähle, steigen gegenüber dem Haushaltsplan 2025 in Summe um 105 Mio. Euro. Hierin ist jedoch bereits eine Belastung des Steueraufkommens im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) zur Hebeberechtigung der Gewerbesteuer in den sogenannten Offshorebereichen in Höhe von 400 Mio. Euro enthalten. Der Vollständigkeit halber weise ich an dieser Stelle darauf hin, dass wir gemeinsam mit dem Innenministerium daran arbeiten, dieses Steueraufkommen künftig für die niedersächsischen Kommunen zu sichern. Dies zu gewährleisten, wäre, wenn man es jetzt eins zu eins umsetzte, nicht zwingend der Fall, weil entsprechende Mittel auch nach außerhalb von Niedersachsen fließen könnten. Es ist aber weiterhin feste Absicht der Landesregierung, diese Mittel für die niedersächsischen Kommunen zu sichern.

Zudem sind als Wirkung des Konjunkturbereinigungsmechanismus zusätzlich Entnahmen aus der Konjunkturbereinigungsrücklage in Höhe von deren gesamtem Bestand von 549 Mio. Euro, welcher nach dem zwischenzeitlich erfolgten Abschluss für das Haushaltsjahr 2024 verblieben ist, veranschlagt.

Eine Nettokreditaufnahme ist für das Haushaltsjahr 2025 nunmehr in Höhe von insgesamt rund 2,1 Mrd. Euro vorgesehen. Hiervon entfallen rund 1,4 Mrd. Euro auf die neu ermöglichte strukturelle Kreditaufnahme und 547 Mio. Euro auf die konjunkturell zulässige Kreditaufnahme. Letztere reduziert sich spiegelbildlich zu den genannten Anpassungen bei den Steuereinnahmen und der Konjunkturbereinigungsrücklage deutlich um 921 Mio. Euro gegenüber dem Grundhaushalt 2025.

Wie ich im Plenum bereits deutlich gemacht habe, kann sowohl die Kreditaufnahme, die im Nachtragshaushalt 2025 vorgesehen ist, als auch die für die Folgejahre geplante - darauf werde ich in der Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2026 noch eingehen - aus unserer Sicht im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Landes getragen werden.

Hierzu ist einerseits auf das Verhältnis der Kredite zum Bruttoinlandsprodukt hinzuweisen. Diese Relation, das heißt die Verschuldung im Verhältnis zum BIP, für die auch auf Bundesebene und im europäischen Kontext abgestellt wird, beläuft sich für das Land Niedersachsen auf 15 %. Sie ist seit den 2000er-Jahren stark fallend. Auch mit den erneuten Kreditaufnahmen - sowohl in diesem Jahr als auch in den Folgejahren - stabilisiert sich diese Relation auf dem Niveau um 15 %, wird aber keinesfalls wieder in die Höhe schnellen.

Andererseits geht es neben der reinen Kreditsumme um die Frage, inwieweit wir die Zinsen tragen können. Hierzu habe ich bereits im Plenum darauf hingewiesen, dass es in Bezug auf die Zins-Steuer-Quote, also den Anteil an Steuereinnahmen, der bereits durch Zinszahlungen für Kredite belastet ist, in den 2000er-Jahren Höchststände gab, von denen wir deutlich entfernt sind. Diese Quote liegt aktuell bei rund 3 % und wird durch die vorliegenden Planungen inklusive

der mittelfristigen Finanzplanung auf rund 4 % ansteigen. Auch dieser Wert ist weit entfernt von den Höchstständen der 2000er-Jahre.

Wir werden diese beiden Kennzahlen und ihre Wirkung in den Folgejahren im Rahmen einer weiterhin sehr verantwortungsvollen Finanzpolitik eng monitoren und natürlich klare Grenzen setzen, falls sich andeuten sollte, dass entsprechende Entwicklungen künftig nicht mehr tragfähig sind. Aktuellen sehen wir, wie gesagt, die geplante und vom Bund ermöglichte Kreditaufnahme für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum für das Land Niedersachsen als tragfähig an.

Ausgabeentwicklung

Die Investitionsausgaben steigen gegenüber dem Haushalt 2025 um rund 1,2 Mrd. Euro und betragen dann 4,3 Mrd. Euro. Wie ich schon im Plenum ausgeführt habe, steigt die Investitionsquote damit noch einmal deutlich. Sie liegt damit gegenüber der Quote von 7,1 % im Grundhaushalt 2025 bei 9,5 %.

Ich weise in diesem Zusammenhang noch einmal auf die begrenzte Aussagekraft dieses Wertes hin, da es einerseits weiterhin beträchtliche Investitionen aus verschiedenen Sondervermögen gibt, die nicht in diese Kennziffer einfließen und insofern hinzugerechnet werden müssen, und weil sich andererseits auch die sich infolge der Beschlüsse des Bundes ergebenden Investitionsmöglichkeiten bislang nicht in unserem Zahlenwerk finden; auch diese kommen entsprechend on top.

Wesentlicher Inhalt des Nachtragshaushalts ist die Veranschlagung erster Maßnahmen des landeseigenen Investitions- und Kommunalstärkungspakets, welche noch im laufenden Jahr 2025 angegangen werden können. Auch auf die vielen wichtigen Themen in diesem Zusammenhang bin ich bereits im Plenum eingegangen: Bereits im Frühjahr war verkündet worden, dass wir 600 Mio. Euro aus dem Ergebnis des Jahresabschlusses 2024 an die Kommunen weiterleiten werden. Ein erster Teil davon in Höhe von 400 Mio. Euro zur Unterstützung kommunaler Investitionen wird über diesen Nachtragshaushalt umgesetzt. Darüber hinaus werden ca. 450 Mio. Euro für Energieinfrastruktur, Häfen und den öffentlichen Nahverkehr an die jeweiligen Institutionen - an NPorts, die LNVG - sowie 200 Mio. Euro für die Ausweitung der erfolgreichen Arbeit der Landeswohnungsgesellschaft fließen. Daneben sind 100 Mio. Euro zur Sanierung von Landesliegenschaften vorgesehen.

Schlussbemerkungen

Der vorliegende Nachtragshaushalt ist für uns ein erster wichtiger Baustein für die Investitionen in die Landesinfrastruktur sowie für die finanzielle Unterstützung der Kommunen noch im Jahr 2025 und sichert somit auch die Finanzierung des ersten Teils des landeseigenen Anteils an dem Gesamtpaket, zu dem ich bereits in der Vergangenheit ausgeführt habe.

So viel zum Nachtragshaushalt 2025.

Vorstellung des Haushaltsgesetzentwurfs 2026 unter Einbeziehung der Einzelpläne 04 und 20
(zu TOP 2)

dazu: ***Vorlage 243***

Parlamentarische Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2026 und der Mittelfristigen Planung 2025 bis 2029

Schreiben des MF vom 19.09.2025
Az.: 11 1 - 04022/2026-001

Minister **Heere** (MF): Vorausschicken möchte ich, dass die Aufstellung auch dieses Haushaltsplanentwurfs stark von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt war. Im Plenum habe ich schon deutlich gemacht, dass wir als Kabinett schon im Januar dieses Jahres eine Sparmaßnahme beschlossen haben, die Sie vollständig in den Planungen wiederfinden: 890 Mio. Euro wurden insbesondere im Bereich der Verwaltungsausgaben abgesetzt.

Im Folgenden möchte ich Sie über die Eckdaten des Haushalts und ausgewählte Themen von besonderer Bedeutung informieren sowie auf zwei der Einzelpläne in der Verantwortung meines Hauses, die Einzelpläne 04 und 20, eingehen. Den Einzelplanentwurf 13 werden wir wie üblich im November beraten; hierzu werden sie dann aktuelle Informationen erhalten.

Eckdaten Gesamthaushalt

Alle der nachfolgend genannten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2026, sofern ich keine anderslautenden Angaben mache. Alle Vergleiche beziehen sich auf den Haushaltsplan 2025.

Gesamtvolumen

Das Gesamtvolumen des Haushaltsplans 2026 beträgt 47,9 Mrd. Euro.

Einnahmeentwicklung

Die bereinigten Einnahmen - ohne Kreditaufnahme - steigen um rund 1,2 Mrd. Euro auf dann rund 43,6 Mrd. Euro. Das ist eine Steigerung um 2,9 %.

Haupteinnahmequelle sind erwartungsgemäß Steuern inklusive Bundesergänzungszuweisungen, Förderabgabe und Kfz-Steuer-Kompensation. Diese Einnahmen steigen voraussichtlich um rund 853 Mio. Euro auf 36,6 Mrd. Euro.

Für das Haushaltsjahr 2026 ist eine Nettokreditaufnahme von rund 2,2 Mrd. Euro vorgesehen. Hierin sind rund 1,4 Mrd. Euro strukturelle Kreditaufnahme und 918 Mio. Euro konjunkturell zulässige Kreditaufnahme aufgrund der Konjunkturbereinigung enthalten.

Aufgrund der Grundgesetzänderung und der dadurch möglichen Veranschlagung von Einnahmen aus der strukturellen Kreditaufnahme kann in Zukunft auf den temporären Haushaltsausgleich durch Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage des Landes für den regulären Haushalt verzichtet werden. Wie Sie wissen, haben wir die allgemeine Rücklage in der Vergangenheit genutzt, um strukturelle Defizite zum Ende des Mipla-Zeitraums hieraus auszugleichen. Durch die Möglichkeit, strukturelle Kreditaufnahmen zu veranschlagen, werden wir an dieser Stelle nicht

mehr entsprechende Jahresüberschüsse zu verzeichnen haben. Vielmehr wird sich nur noch die Frage stellen, um wie viel die Kreditaufnahme aufgrund der nicht abfließenden Summen geringer sein wird. Insofern gibt es auch keine Zuführung an die Rücklage mehr. Wir verändern diesen Mechanismus damit grundsätzlich. Er wird abgelöst durch die strukturelle Verschuldungsmöglichkeit infolge der Grundgesetzänderung.

Damit wird nun allerdings der Bestand der allgemeinen Rücklage frei, über dessen Verwendung wir innerhalb der Landesregierung intensiv diskutiert haben. Wir hielten es für sinnvoll und gerade angesichts der aktuellen wirtschaftliche Lage auch für wichtig, zusätzliche Impulse zu setzen, um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, trotz der schwierigen Lage auf den großen Summen zu sitzen, sondern sie für die Entwicklung des Landes einzusetzen. Insofern finden Sie die entsprechenden Rücklageentnahmen im Haushaltsplanentwurf und in der Mipla wieder. Sie sind auf unterschiedliche Haushaltsjahre verteilt und in das Gesamtpaket, das wir als Kabinett beschlossen haben, eingepasst. Sie werden aber, wie ausgeführt, schrittweise abgebaut, um so zusätzliche Investitionen zu ermöglichen.

Ausgabeentwicklung

Die bereinigten Ausgaben betragen rund 47,7 Mrd. Euro. Darin inbegriffen sind natürlich die Möglichkeiten, die sich aus der Rücklageentnahme und der Kreditaufnahme ergeben. Die Steigerung der bereinigten Ausgaben beträgt 7,9 %.

Die Investitionsausgaben betragen rund 4,3 Mrd. Euro.

Auf das landeseigene Sofortprogramm zur Stärkung von Investitionen und zur Entlastung der Kommunen bin ich bei meinen Erläuterungen zum Nachtragshaushaltsplanentwurf 2025 eingegangen. Die Investitionsquote im Haushalt 2026 liegt damit bei 8,9 %. Auch hier weise ich wiederum darauf hin, dass wir eine ganze Reihe von Investitionen aus Sondervermögensmitteln und solchen, die aus dem Bundessondervermögen an Niedersachsen ausgeschüttet werden, tätigen, die nicht in diese Kennziffer einfließen. Das heißt, die Erhöhung der Investitionsquote sowohl im Nachtragshaushalt 2025 als auch im Haushalt 2026 erwirtschaften wir aus unseren eigenen Möglichkeiten.

Sollte es infolge der weiteren Diskussionen mit dem Bund noch Nachsteuerungsbedarf geben, der zu tatsächlichen Veranschlagungen im Haushalt führt, werden wir diese spätestens mit der technischen Liste umsetzen.

Zahlungen an den kommunalen Bereich

Der kommunale Finanzausgleich (KFA) bleibt mit über 5,9 Mrd. Euro auf einem konstanten Niveau und wird im weiteren Planungszeitraum bis 2029 voraussichtlich auf rund 6,2 Mrd. Euro anwachsen.

Für das Jahr 2025 wird aktuell mit einer Steuerverbundabrechnung von rund 130 Mio. Euro gerechnet.

Die angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen ist der Landesregierung ein zentrales Anliegen. Wir sind uns unserer Verantwortung an dieser Stelle bewusst und haben deshalb in den letzten Monaten wiederholt Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt

und innerhalb des Kabinetts Überlegungen dazu angestellt, mit welchen Maßnahmen wir die Kommunen in ihrer aktuellen Lage unterstützen können. Bekanntlich fließt nahezu jeder dritte Euro des Landeshaushalts an die Kommunen - das ändert sich auch mit dem Haushalt 2026 nicht -, was einer Summe von mehr als 15 Mrd. Euro entspricht.

Seitendes des Landes ist geplant, dass mindestens 60 % des auf Niedersachsen entfallenden Anteils am Sondervermögen des Bundes für kommunale Investitionsmaßnahmen verwendet werden sollen. 50 %, für die das Land auch keine weiteren Bedingungen stellt, sondern ausschließlich die auf Bundesebene getroffenen Regelungen gelten, werden als unmittelbare Weiterleitungen an die Kommunen fließen. Weitere 10 % werden für investive Maßnahmen zur Verfügung stehen, die ebenfalls den Interessen der Kommunen dienen.

Wir sehen darüber hinaus weitere Maßnahmen vor, die für die kommunale Finanzausstattung relevant sind.

Ein Beispiel dafür ist die Jahreswochenstundenpauschale. Hier erfolgt eine Erhöhung des Landeszuschusses zu den Betriebskosten der Kindertagesstätten im Jahr 2026 in Höhe von 250 Mio. Euro, die ab dem Jahr 2027 anhand der Tarifsteigerungen dynamisch aufwachsen soll. Hierüber sind wir mit den Spitzenverbänden im Gespräch. Wir sind sicher, dass diese Unterstützung im frühkindlichen Bereich auch vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und des aktuellen Fachkräftemangels, der großen Druck auf die wirtschaftliche Entwicklung ausübt, einen wichtigen Beitrag dazu leistet, die Kommunen zu unterstützen.

Ein weiteres Beispiel ist, dass wir den Kommunen für die Finanzierung ihrer Veterinärbehörden zusätzlich einmalig 40 Mio. Euro bis 2028 zahlen.

Zudem sollen für das reguläre Krankenhausinvestitionsprogramm im Jahr 2026 erneut durch Land und Kommunen 305 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Das ist an sich nichts Neues; hierfür sind in den nächsten vier Jahren insgesamt über 1,2 Mrd. Euro geplant. Neu ist, dass wir zur Kofinanzierung der Mittel aus dem Krankenhaustransformationsfonds des Bundes eine weitere Unterstützung dieses Bereichs in Höhe von 600 Mio. Euro für die Kommunen und die Krankenhauslandschaft vor Ort vornehmen werden. Diese 600 Mio. Euro haben keinen kommunalen Finanzierungsanteil, sondern werden vom Land ausschließlich aufgrund der eben dargestellten Möglichkeiten übernommen, um zusätzliche Mittel des Bundes zu binden.

Zinsausgaben

Für die von uns zu leistenden Zinszahlungen für Kreditaufnahmen gehen wir aktuell von einem Gesamtvolumen von knapp über 1,2 Mrd. Euro aus.

Für die Jahre 2027 bis 2029 sind Zinszahlungen von jeweils rund 1,4, 1,6 und 1,7 Mrd. Euro eingeplant. Auf die Vorbelastung der Steuereinnahmen bin ich bereits eingegangen.

Personalhaushalt

Für Personalausgaben im Kernhaushalt, also ohne Berücksichtigung der Landesbetriebe, werden wir rund 17,5 Mrd. Euro bereitstellen.

Diese Ausgaben steigen zum Ende des aktuellen Planungszeitraums auf rund 19 Mrd. Euro an.

Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeiten

Die Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeiten und damit auch der Personalausgaben ist im Aufstellungsjahr 2026 ganz wesentlich von einem weiteren bedeutsamen Aufwuchs bei den allgemeinbildenden Schulen geprägt. Schon im letzten Jahr haben wir einen erheblichen Stellenaufwuchs für die Schulen finanziert. Unser gemeinsames Ziel war dabei, es allen Absolventinnen und Absolventen des Vorbereitungsdienstes zu ermöglichen, in den Landesdienst zu treten - und zwar über den reinen, die Altersabgänge abdeckenden Bestandserhalt hinaus. Dieses Ziel haben wir auch in diesem Jahr verfolgt. Deshalb haben wir zusätzlich 1 350 Vollzeiteinheiten (VZE) eingeplant. Da es im Schulbereich über die Lehrkräfte hinaus auch um Verwaltungs- und weiteres Personal geht, sprechen wir über insgesamt 1 800 zusätzliche VZE gegenüber 2025. Das ist ein wichtiges Signal für die Verbesserung der Bildungslandschaft in Niedersachsen.

Merklich ergänzt wird diese Entwicklung zudem durch einen Aufwuchs der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Justiz mit rund 130 VZE und bei der Polizei mit rund 170 VZE.

Was den Einzelplan 04 betrifft, gibt es insofern einen technischen Effekt, als das im Niedersächsischen Landesamt für Bezüge und Versorgung (NLBV) und beim Staatlichen Baumanagement (SBN) neu entstandene Beschäftigungsvolumen von insgesamt 270 VZE, das im Haushaltsplanentwurf ausgewiesen ist, bereits mit dem entsprechenden Personal besetzt ist, sodass es hier zu keinem tatsächlichen Personalaufwuchs kommt. Dieses Beschäftigungsvolumen wird insofern nur an dieser Stelle entsprechend korrekt veranschlagt.

Durch diese Maßnahmen erhöht sich insbesondere das Beschäftigungsvolumen im Jahr 2026 gegenüber 2025 um rund 2 400 Vollzeiteinheiten auf rund 142 700 Vollzeiteinheiten.

Zum Ende des Planungszeitraums im Jahr 2029 liegt das Niveau mit geplant rund 143 400 Vollzeiteinheiten noch einmal etwas höher. Auch dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf eine Verbesserung bei den allgemeinbildenden Schulen zurückzuführen.

Personalausgaben

Die eben beschriebene Entwicklung bei den Beschäftigungsvolumina und eine Vorsorge für die Auswirkung der anstehenden Tarifverhandlungen führen zu Mehrausgaben für Bezüge und Entgelte für das aktive Personal von rund 417 Mio. Euro.

Hinzu kommen Mehrausgaben von rund 137 Mio. Euro für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die Erhöhung basiert im Wesentlichen auf Vorsorgen für künftige Steigerungen aus den anstehenden Tarifverhandlungen. Hingegen wird die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in den kommenden Jahren nur noch leicht steigen. Nach der aktuellen Prognose erwarten wir hier ab 2027 sogar leichte strukturelle Entlastungen, was zunächst einmal erfreulich ist. Wir werden Sie nächstes Jahr informieren, ob die weitere Prognose genau so aufrechterhalten wird.

Im Bereich der gesamten Personalausgaben erwarten wir insgesamt eine Steigerung um rund 842 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr wirkt sich dabei neben den bereits beschriebenen Effekten auch eine anzunehmende deutliche Erhöhung der Beihilfeausgaben aus, welche sich auch in den Verstärkungsmitteln - das sind die globalen Mehrausgaben für Personalausgaben - widerspiegelt.

Was die Personalausgaben angeht, werden häufig Personalsteigerungen in den Ministerialkapiteln thematisiert. Im Plenum wurde behauptet, dass in den Ministerialkapiteln 133 Stellen geschaffen wurden. Ich möchte Ihnen gerne die korrekten Zahlen zur Kenntnis geben: In den Ministerialkapiteln finden Sie 67 neue Stellen bzw. 42,5 VZE.

Zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Meine Ausführungen zum Gesamthaushalt schließe ich mit dem Hinweis, dass die Landesregierung bei der Aufstellung dieses Haushaltsplanentwurfs auch Entscheidungen getroffen hat, für deren Umsetzung landesrechtliche und landesgesetzliche Regelungen zu ändern sind. Der Ihnen vorliegende Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026 enthält diese Rechtsänderungen sowie weitere sachlich gebotene Änderungen. Die Regierungsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben es, einer guten Tradition folgend, übernommen, den Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen. Dafür meinen herzlichen Dank.

Zum Einzelplan 04 - Finanzministerium

Im Einzelplan 04 sind Einnahmen von rund 421 Mio. Euro veranschlagt.

Ihre Steigerung um etwa 44 Mio. Euro ist im Wesentlichen auf höhere Einnahmeerwartungen beim Staatlichen Baumanagement und für die Steuerverwaltung bei den Stundungs- und Verzugszinsen bzw. Säumnis- und Verspätungszuschlägen sowie den Erstattungen von Personal- und Sachkosten im Rahmen von KONSENS und anderen IT-Vorhaben zurückzuführen. Die erhöhten Einnahmeansätze tragen wesentlich zu den auf den Einzelplan 04 entfallenden Konsolidierungsanstrengungen bei.

Ausgaben im Einzelplan 04 insgesamt

Das Ausgabevolumen für den Einzelplan 04 steigt um rund 60 Mio. Euro. Bei den Personalausgaben beträgt das Plus rund 37 Mio. Euro und bei den sächlichen Verwaltungsausgaben rund 22 Mio. Euro.

Der Anstieg der Personalausgaben ist im Wesentlichen den Besoldungs- und Tarifkostensteigerungen sowie dem von mir bereits skizzierten Nachzeichnen des Beschäftigungsvolumens beim SBN und dem NLBV geschuldet.

Ein Großteil der Mehrausgaben im Sachhaushalt - rund 18 Mio. Euro - entfällt auf den IT-Bereich.

Daneben erhöhen sich die Ausgaben für freiberufliche Tätige in der Bauverwaltung um rund 1,4 Mio. Euro.

Bisher im Einzelplan 20 veranschlagte Haushaltsmittel für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (KNUE), die wir in die Ressorttitel verlagert haben, werden in Höhe von 1,8 Mio. Euro im Kapitel 0402 veranschlagt.

Kapitel 0401 - Finanzministerium

Die Niedersächsische Landesregierung verfolgt das Ziel einer digitalen, medienbruchfreien Lösung für das Personalmanagement sowie das Bezügeabrechnungsverfahren. Das gehört zu den Digitalisierungsmaßnahmen, die wir aktuell anstreben. Wie Sie wissen, planen wir umfangreiche

Maßnahmen und haben beschlossen, zu identifizieren, welche Verfahren in diesem Bereich optimiert werden können.

Zu diesem Zweck hat mein Haus das Leuchtturmprojekt „Integriertes technisches System für die Bezüge- und Personalverwaltung“ im Geschäftsprozessmanagement angemeldet und bereits im Februar 2025 mit einem Vorprojekt begonnen. In diesem Rahmen ist geplant, im Jahr 2026 eine Machbarkeitsstudie durchzuführen, in welcher die Anforderungen für ein solches System erarbeitet werden sollen. Zu diesem Zweck wurden Haushaltsmittel in Höhe von 900 000 Euro im Projekt im Kapitel 0401 eingeplant. Das Projekt wird in Abstimmung mit dem MI durchgeführt, zu dem es, wie nachvollziehbar sein dürfte, eine ganze Reihe von Schnittstellen gibt.

Das Innenministerium hat seinerseits im Juli 2025 ein DVN-Projekt (Digitale Verwaltung Niedersachsen) zur Digitalisierung der Personalverwaltung gestartet. Diese beiden Projekte werden entsprechend künftig zusammengeführt werden, sodass es auch in diesem Bereich ein einheitliches System geben wird.

Kapitel 0404 bis 0406 - Steuerakademie, Landesamt für Steuern Niedersachsen und Steuerverwaltung

Haushaltstechnisch ist das Haushaltsaufstellungsverfahren 2026 durch die Ausbringung des Kapitels 0405 geprägt. Im Kapitel 0405 werden nunmehr alle dem Landesamt für Steuern Niedersachsen (LStN) und im Kapitel 0406 - Steuerverwaltung - alle den Finanzämtern zuzuordnenden Titel ausgewiesen.

Grund ist die in den letzten gut zehn Jahren nochmals gestiegene Bedeutung des LStN für die Funktionsfähigkeit der Finanzämter. Die zunehmende Digitalisierung mit ihren länderübergreifenden Verflechtungen und die weitere Ausdifferenzierung des Steuerrechts führen auch zu einer Zunahme von zentral beim LStN zu bewältigenden Aufgaben mit einem entsprechenden personellen Aufwuchs. Mit dem Haushaltsplan 2026 wird dem LStN Beschäftigungsvolumen in Höhe von 818 Vollzeiteinheiten zugewiesen. Das sind fast 8 % des Personals der Steuerverwaltung. Seine Bedeutung für die Arbeit der Finanzämter, die sich auch im Personal- und Sachhaushalt ausdrückt, legt es nahe, für das LStN ein eigenes Kapitel auszubringen und dadurch auch mehr Transparenz in der Verteilung der Aufgaben zwischen Finanzämtern und dem LStN zu schaffen.

Personalhaushalt und Ausbildung in der Steuerverwaltung

Wie Sie wissen, leisten die Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Steuerverwaltung trotz der dort aktuell hohen Arbeitsbelastung hervorragende Arbeit. Deshalb haben wir im Bereich des Innendienstes und im IuK-Bereich 250 Stellenhebungen vorgesehen, die eine kürzere Beförderungswartezeit und damit eine höhere Motivation der Beschäftigten auslösen und auch ein Zeichen der Wertschätzung sind.

Ziel der Landesregierung ist es, die Personalsituation in der Steuerverwaltung in den kommenden Jahren stetig weiter zu verbessern und dadurch den Verwaltungsvollzug - auch in den Außenprüfungsdiensten - zu stärken.

Im August 2025 - das haben wir schon mehrfach öffentlich dargestellt - hat mit 601 Nachwuchskräften der bisher größte Einstellungsjahrgang seit Bestehen der Steuerakademie seinen Vorbe-

reitungsdienst begonnen. Ich freue mich sehr, dass die Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren schrittweise durchgeführt haben, damit die Akademie mehr Kapazitäten hat, auch in 2026 fortgesetzt werden können. Wir brauchen dieses Personal für den Steuervollzug, denn gute Steuergesetze allein reichen nicht aus, um Steuergerechtigkeit herzustellen.

Zum 1. August 2026 sind im Haushaltsplanentwurf für die Steuerverwaltung sogar insgesamt 606 Einstellungsmöglichkeiten vorgesehen. Sollte es also ausreichend Bewerbungen geben und auch niemand kurzfristig abspringen, werden wir den Wert von 601 noch einmal geringfügig steigern können. Das verteilt sich auf 328 Einstellungsmöglichkeiten in der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt, und 278 Einstellungsmöglichkeiten in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt, womit die Ausbildungskapazitäten der Finanzämter und der Steuerakademie vollständig ausgeschöpft sind.

Diese Größenordnung der Anwärterzahlen aufrechtzuerhalten, ist nur möglich, weil ich mich entschlossen habe, den Vollzug des auf den 31. Dezember 2026 datierten kw-Vermerks im Kapitel 0406 über 167 Vollzeiteinheiten auf den 31. Dezember 2030 zu verschieben. Ansonsten hätten wir weniger Personen einstellen können, was nicht im Sinne der Nachwuchsgewinnung für die Steuerverwaltung gewesen wäre. Gleichzeitig wird der auf den 31. Dezember 2027 datierte kw-Vermerk über weitere 83 Vollzeiteinheiten vorzeitig vollzogen.

Beide kw-Vermerke standen im Zusammenhang mit dem für die Durchführung der Grundsteuerreform vorübergehend erhöhten Beschäftigungsvolumen. Dass wir sie jetzt anteilig vollziehen, aber anteilig auch verschieben, ist ein gutes Signal dahin gehend, dass wir auf der einen Seite alte Konsolidierungserfordernisse erfüllen, auf der anderen Seite aber den notwendigen Aufwuchs für die Steuerverwaltung sicherstellen, um in den Folgejahren wieder große Jahrgänge aufnehmen zu können.

Sollte das verbleibende Beschäftigungsvolumen bis zum Ende des Jahrzehnts ausgeschöpft werden, wäre angesichts weiter steigender Anforderungen zu gegebener Zeit auch der jetzt zu Ende 2030 bestehende Vermerk darauf hin zu überprüfen, ob er weiter so aufrechterhalten werden soll. Im Moment ist das aber in jedem Fall ein wichtiges Zeichen.

Projekt „Steuer-VIT“

Mit dem bereits im Jahr 2020 entschiedenen Projekt „Steuer-VIT“ (Vorgeschaltetes Intensivtraining) wollen wir die IT-Unterstützung für die niedersächsischen Finanzämter durch eine noch stärkere Standardisierung in der Steuerverwaltung zukunftssicher aufstellen.

Anfang Juni 2025 hat das Projekt mit dem Flächenrollout begonnen. Nach aktueller Planung soll es im zweiten Quartal 2026 abgeschlossen werden, sodass das Projekt insgesamt voraussichtlich in 2026 beendet werden kann. Für die Umstellung der IT im Rahmen dieses Projektes werden in 2026 neben den noch erforderlichen Mitteln für die Projektumsetzung rund 6,9 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Vorhaben KONSENS

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu KONSENS (Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung) hat auf Staatssekretärsebene unter Beteiligung Niedersachsens die Umsetzung der von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Strukturen und Prozesse

im Vorhaben KONSENS evaluiert und der Finanzministerkonferenz (FMK) weitere Schritte vorgeschlagen. Entsprechend gab es auch einen Evaluationsbericht, dem die FMK zugestimmt hat, um entsprechende Handlungsempfehlungen umzusetzen. Sie erstrecken sich auf das gesamte Vorhaben KONSENS und reichen von einer verbesserten politischen, strategischen und operativen Steuerung bis zu einer verstärkten Ausrichtung auf die Digitalisierung der Geschäftsprozesse in den Finanzämtern.

Kurzfristig sind zusätzliche Mittelbedarfe für Niedersachsen nicht erkennbar. Wir werden sehen, wie die weitere Diskussion läuft. Wir haben uns auf Länderebene stets dafür eingesetzt, die Programmieretats weiter zu erhöhen. Das ist in der Vergangenheit nur teilweise erfolgreich gewesen. Andere Länder haben das leider nicht immer vollständig so gesehen.

Ich weise auf die entsprechenden, in der Titelgruppe 96/97 veranschlagten Summen hin. Ich würde mich freuen, wenn es in der nächsten Zeit weitere Erhöhungen in diesem Bereich gäbe, auch wenn das für uns entsprechende finanzielle Notwendigkeiten nach sich zöge. Das gute Gesamtbild im Bereich der Steuer wäre noch besser, wenn diese Mittel weiter verstärkt würden.

Kapitel 0410 - Staatliches Baumanagement Niedersachsen

Wie wir schon mehrfach deutlich gemacht haben, baut kein anderes Bundesland so viel für die Bundeswehr wie Niedersachsen. Insofern ist ein erheblicher Anteil der Ansätze, die wir ausbringen, darauf ausgerichtet, Baumaßnahmen insbesondere für die Bundeswehr durchzuführen und somit auch einen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit unseres Landes zu leisten. Die zahlreichen Bauvorhaben, die die Bundeswehr in Niedersachsen plant, summieren sich auf mehrere Milliarden Euro. Dementsprechend werden wir die Bauverwaltung auch weiterhin aufstellen. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir das Beschäftigungsvolumen im Haushaltsplan an den voraussichtlichen Bedarf 2026 angleichen. Das ist vollständig durch die Bauverwaltung selbst gegenfinanziert. Damit geben wir ihr die Sicherheit etatisierten Personals bei gleichzeitig erhöhten Einnahmeansätzen. Sie ist nicht mehr gezwungen, ihren Personalmehrbedarf in großem Umfang über Mehreinnahmen zu finanzieren.

Kapitel 0420 - Landesamt für Bezüge und Versorgung

Auch hier findet eine Angleichung des Beschäftigungsvolumens statt. Das Beschäftigungsvolumen des NLBV wurde in den vergangenen Jahren regelmäßig überschritten. Das dafür erforderliche Budget wurde über Einnahmen der sogenannten Drittkunden ausgeglichen; entsprechende Haushaltsvermerke ließen dies zu. Mit dem Haushalt 2026 wird das Beschäftigungsvolumen nunmehr aufgabenorientiert dem Bedarf von 869 Vollzeiteinheiten angepasst - eine Entscheidung, die wir trotz der haushalterisch schwierigen Zeiten getroffen haben, weil wir es für richtig halten, das NLBV standfest aufzustellen und damit auch ein klares Signal hinsichtlich des für die bestehenden Aufgaben dringend notwendigen Personals zu setzen.

Bei den Sachkosten steigt der Ansatz für die Datenverarbeitung um rund 1,8 Mio. Euro, bedingt durch Kostensteigerungen und Anpassungen von Komponenten des Bezügeabrechnungsverfahrens. Auch wenn mit dem bereits erwähnten Projekt der „Integrierten Bezügebearbeitung“ und dem Projekt des MI zur Digitalisierung der Personalverwaltung bereits die nächste Generation der Datenverarbeitung in den Blick genommen wird, erfordern die aktuellen Verfahren weitere Investitionen, damit das NLBV seine Aufgaben gut erfüllen kann.

Zum Einzelplan 20 - Hochbauten

Das Ausgabevolumen des Einzelplans 20, Kapitel 2011, beträgt im Haushaltsplanentwurf 2026 insgesamt rund 354 Mio. Euro.

Wie im Jahr 2025 wird das geplante Bauvolumen für große Baumaßnahmen weiterhin nur zur Ausfinanzierung der begonnenen Maßnahmen eingesetzt werden müssen. Für 2026 konnten somit keine neuen großen Baumaßnahmen etatisiert werden. Das ist Ihnen insoweit schon aus dem letzten Jahr bekannt und auch Teil der Debatte um andere Instrumente in diesem Zusammenhang, die im Laufe des Herbstes weiter zu diskutieren sein werden. Mit der Anstalt Niedersächsische Immobilienaufgaben (NIA) wollen wir ein neues Instrument etablieren, mit dem wir große Baumaßnahmen künftig im Rahmen einer neuen, nachhaltigen Konzeption in den Blick nehmen wollen. Insofern freue ich mich auf die weitere Beratung dieses Vorhabens in diesem Ausschuss.

Zudem gibt es im Rahmen des landeseigenen Investitions- und Kommunalstärkungspakets die Möglichkeit, den erheblichen Sanierungs- und Investitionsstau bei den Liegenschaften durch die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel zu reduzieren. Als Bestandteil dieser niedersächsischen Investitionsoffensive haben wir den jährlichen Ansatz für die Bauunterhaltung von 120 Mio. Euro, den wir bislang nur einmal erreicht haben und der weder in den früheren Miplas abgebildet war noch in der aktuellen Mipla abgebildet ist, jetzt für die Jahre 2026 bis 2029 und somit über den kompletten Mipla-Zeitraum erfolgreich verstetigen können. Darüber hinaus werden jetzt für die Durchsanierung von Liegenschaften zusätzlich jeweils 100 Mio. Euro für jedes der Jahre 2026 bis 2029 ausgebracht. Zusammen mit den 100 Mio. Euro, die ich schon im Rahmen der Vorstellung des Nachtragshaushalts 2025 erwähnt habe, sind das 500 Mio. Euro, die wir für die Durchsanierung von Liegenschaften zur Verfügung stellen.

Bei der „Bauunterhaltung“ geht es um klassische Bauunterhaltung. Bei der „Durchsanierung“ geht es darum, Maßnahmen in Gebäuden durchzuführen, die grundständig saniert werden müssen, bei denen also der reine Erhaltungsansatz überschritten ist. Diese Gebäude müssen auf ein neues Niveau gebracht werden, um sie zukünftig überhaupt nutzen zu können. Aktuell findet innerhalb der Landesregierung ein Verfahren statt, um abzustimmen, welche diesbezüglichen Maßnahmen in den kommenden fünf Jahren aus diesen Mitteln finanziert werden sollen. Sobald das abgeschlossen ist, werden wir einen entsprechenden Kabinettsbeschluss treffen, um auch für Sie nachvollziehbar zu machen, welche Maßnahmen in diesem Bereich geplant sind.

Im Bereich der kleinen Maßnahmen gibt es Einzelprojekte wie zum Beispiel bei der Unterbringung von Geflüchteten, für die wir in 2026 weitere 40 Mio. Euro bereitstellen.

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2026 wird auch das bisher im Einzelplan 13 nachgewiesene Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Geflüchteten in landeseigenen Gebäuden in den Einzelplan 20 überführt. Es wird für die energetische Sanierung landeseigener Liegenschaften mit insgesamt 250 Mio. Euro aufgestockt, wovon 100 Mio. Euro in 2026 unmittelbar dem Sondervermögen zufließen und weitere 150 Mio. Euro aus dem Sondervermögen des Bundes zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen sollen.

Ich habe soeben auf die Unterschiede zwischen dem Bauunterhaltungsansatz und dem Ansatz

für die Durchsanierung von Liegenschaften hingewiesen. Hierbei geht es nun um konkrete energetische Sanierungsmaßnahmen. Anteilig betrifft dies beispielsweise Maßnahmen, die zur Ertüchtigung von Dächern und zur Belegung mit Photovoltaikanlagen führen.

Zu den Ausgabeansätzen im Hochbauhaushalt selbst treten wie üblich die Ansätze für die im Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Kultur - veranschlagten Hochschulbaumaßnahmen, die Ihnen bei der Vorstellung dieses Einzelplans dargestellt werden, sowie die kleineren Maßnahmen, die wir in die Ressortkapitel verlagert haben und die die jeweiligen Ressorts im Rahmen ihrer Vorstellung adressieren werden. Im Mipla-Zeitraum stehen in Summe 235 Mio. Euro in den Einzelplänen der anderen Ressorts für Hochbaumaßnahmen zur Verfügung.

Schlussbemerkungen

Wir sehen uns schwierigen Rahmenbedingungen gegenüber; es gibt einen riesigen Investitionsbedarf. Wir nutzen einerseits unsere eigenen Verschuldungs- und Kreditaufnahmemöglichkeiten, die uns die Grundgesetzänderung bietet, und andererseits die Möglichkeiten des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität, sobald die Rahmenbedingungen vonseiten des Bundes feststehen. Zudem investieren wir zusätzlich aus eigenen Möglichkeiten, insbesondere aus der allgemeinen Rücklage, um die in 20 bis 30 Jahren aufgebauten Investitionsrückstände jetzt wirklich einmal anzugehen und einen substanziellen Beitrag dafür zu leisten, dass sich sowohl die Arbeitsbedingungen im Landesdienst als auch die Infrastruktur für die allgemeine Bevölkerung - Verkehrs-, Digital- und Energieinfrastruktur - deutlich verbessern.

Dies ist zum einen notwendig, um den genannten Investitionsrückständen zu begegnen, und zum anderen auch, um einen Beitrag zu mehr wirtschaftlicher Dynamik zu leisten, die durch Investitionen der öffentlichen Hand an dieser Stelle befördert werden soll. Dieses Gesamtpaket trägt die Überschrift „Niedersachsen kann Zukunft“. Unsere Verpflichtung und klare Absicht ist, es möglichst schnell umzusetzen.

Mit Blick auf die schon andernorts dargestellten Verfahren etwa zur Optimierung von Strukturen und Prozessen im Staatlichen Baumanagement sind wir sehr optimistisch, die zusätzlichen Investitionsvolumina nicht hintenanstellen zu müssen, sondern schon früher umsetzen zu können.

Das Gesamtprogramm, das sich aufteilt in ca. 9,5 Mrd. Euro Bundesmittel, die wir jetzt bekommen werden, und 5 Mrd. Euro, die wir über den Nachtragshaushalt 2025, den Haushalt 2026 und über weitere Jahre zur Verfügung stellen, hat ein Gesamtvolumen von 14,5 Mrd. Euro, mit dem wir die Investitionstätigkeit des Landes, aber auch der Kommunen in wichtigen Zukunftsbereichen entscheidend stärken. Das ist ein einmaliges Programm.

Ich freue mich sehr, dass wir hier über diese Maßnahmen beraten können. Wir werden natürlich alle guten Verbesserungsvorschläge zu dem Gesamtprogramm, die aus der Mitte des Parlaments kommen und hier im Haushaltsausschuss eine Mehrheit finden, gerne aufnehmen. Ich bin mir sicher, dass wir insoweit gemeinsam an dem Ziel arbeiten, zur Verbesserung des Gesamtwerks beizutragen.

Vorstellung des Haushaltsbegleitgesetzentwurfs 2026
(zu TOP 3)

Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD): Um den Haushaltsplanentwurf und die Mittelfristige Planung umsetzen zu können, ist die Anpassung einschlägiger Rechtsvorschriften erforderlich. Dazu dient der vorliegende Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026 der regierungstragenden Fraktionen, den ich im Folgenden gerne vorstellen möchte.

In Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes - ist in Nr. 1 eine Änderung von § 2 NFVG vorgesehen, um die Erhöhung der Erstattungen an Kommunen für Aufgabenerfüllungen im übertragenen Wirkungskreis und in Anpassung an die zweite Stufe des Tarifabschlusses 2023 für den öffentlichen Dienst der Länder zu ermöglichen.

Unter Nr. 2 soll ein neuer § 5 b eingefügt werden, der die Unterstützung der Veterinärämter im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms 3 sowie die Zurverfügungstellung von 20 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2026 und jeweils 10 Mio. Euro in den Jahren 2027 und 2028 betrifft.

Keine Auswirkungen auf den Landeshaushalt hat die von uns vorgeschlagene Einfügung eines neuen § 5 c unter Nr. 3, der die Weiterleitung von Bundesmitteln zur Gewährleistung der Ganztagsbetreuung regelt.

Mit Artikel 2 - Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes - sollen im Haushaltsjahr 2026 10 Mio. Euro zusätzlich in die Sanierung von Sportanlagen investiert werden können.

Mit Artikel 3 - Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6b des Bundeskindergeldgesetzes - werden Mittel an die Kommunen weitergereicht, um damit Leistungen wie Bildungspakete oder Kinderzuschläge finanzieren zu können.

In Artikel 4 - Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs - geht es insofern um Mehrausgaben aus dem Landeshaushalt, als die Kommunen mehr als 11 Mio. Euro zusätzlich für Verwaltungskosten erhalten sollen, die bei der Umsetzung von Sozialleistungen wie der Eingliederungs- oder der Sozialhilfe entstehen.

Artikel 5 - Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes - ist erforderlich, um den Kommunen mehr Geld zur Verfügung zu stellen, um erhöhten Aufwendungen infolge der Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes leisten zu können.

Artikel 6 - Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“ - soll die Kofinanzierung von Bundesmitteln in Höhe von 600 Mio. Euro ermöglichen.

Mit Artikel 7 - Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ - soll die medizinische Ausbildung in Niedersachsen durch Mittel für die Universitätskliniken und auch Räumlichkeiten jenseits der originären Krankenhausversorgung im Bereich Forschung und Lehre gestärkt werden.

In Artikel 8 - Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen - geht es um eine Zuführung von 73 Mio. Euro an das Sondervermögen Wirtschaftsförderfonds - gewerblicher Bereich - sowie mehr als 248 Mio. Euro an den ökologischen Bereich des Wirtschaftsförderfonds. Diese Mittel sind erforderlich, um Großinvestitionen in die Wasserstoffinfrastruktur und die Kofinanzierung von Projekten zum Klimaschutz zu ermöglichen und Niedersachsen als Wirtschafts- und Energieland zu stärken.

Durch Artikel 9 - Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ - wird lediglich eine Umstrukturierung im Haushaltsplan infolge der Übertragung des Bereichs Digitalisierung an das Innenministerium vorgenommen.

Aufgrund von Artikel 10 - Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes - soll die NBank zukünftig neue Kreditprogramme zur Wohnraumförderung auflegen können.

Artikel 11 - Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ - ist notwendig, um die vom Finanzminister bereits erwähnte Summe von 100 Mio. Euro entsprechend einsetzen zu können.

Nach Artikel 12 - Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes - ist vorgesehen, dass anstelle eines Vertreters der Deutschen Bundesbank zukünftig eine Person aus der Finanzwirtschaft Mitglied im Anlageausschuss sein soll.

Stellungnahme des Landesrechnungshofs
(zu TOP 1 und 2)

Präsidentin **Dr. von Klaeden** (LRH): Vielen Dank, dass ich heute die Einschätzungen des Landesrechnungshofs zum Nachtragshaushaltsplanentwurf 2025 sowie zum Haushaltsplanentwurf 2026 und zur Mittelfristigen Planung 2025 bis 2029 vortragen darf. Dies sind auch uns unserer Sicht besondere Haushaltsberatungen, weshalb ich mir erlaube, ausführlicher Stellung zu nehmen, als wir das in anderen Jahren tun.

Zum Nachtragshaushaltsplanentwurf 2025

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen haben sich im Jahr 2025 durch die Lockerung der grundgesetzlichen Schuldenbremse erheblich verändert. Sie eröffnen enorme finanzielle Spielräume. Die Weichen, um diese Spielräume zu nutzen, werden bereits mit dem Nachtragshaushalt 2025 gestellt.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, auf dieser Basis das größte Investitions- und Kommunalstärkungspaket in der Geschichte des Landes beschlossen zu haben. 14,5 Mrd. Euro sollen in den kommenden Jahren zusätzlich mobilisiert werden - 9,4 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen des Bundes und eigene Mittel des Landes in Höhe von 5 Mrd. Euro. 3,2 Mrd. Euro von dieser enormen Summe sollen bereits für entsprechende Maßnahmen im vorliegenden Nachtragshaushaltsplanentwurf 2025 und im Haushaltsplanentwurf 2026 veranschlagt werden.

Dieses Vorhaben wird als „Sofortprogramm“ bezeichnet und soll im Wesentlichen dem Abbau des Investitionsstaus, also Investitionen in unterschiedlichen Bereichen, dienen und auch zu einer nennenswerten Entlastung der Kommunen beitragen.

Daneben - das ist ein für uns wichtiger Punkt - sollen mit diesem Nachtragshaushalt insbesondere auch die durch die Lockerung der grundgesetzlichen Schuldenbremse neu geschaffenen Verschuldungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Der Nachtragshaushalt sieht damit im Vergleich zum Haushalt 2025 eine zusätzliche Kreditaufnahme auf Basis dieser Verschuldungsmöglichkeit in Höhe von rund 1,4 Mrd. Euro vor.

Wir haben in Jahresberichten wiederholt darauf hingewiesen, dass Investitionen dringend notwendig und in vielen der jetzt von der Landesregierung adressierten Bereichen nach unseren Erkenntnissen angezeigt sind. Aber wir habe auch immer wieder betont: Mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel allein ist es nicht getan. Entscheidend ist, dass die Maßnahmen, die mit dem Geld finanziert werden sollen, zielgerichtet konzeptioniert und vor allem umgesetzt werden können müssen. Neben den erforderlichen Haushaltsmitteln muss die Landesregierung die erforderlichen personellen Kapazitäten und Strukturen zur Verfügung stellen, damit das Geld abfließen kann, damit etwa Straßen gebaut werden können oder ein Beitrag dazu geleistet werden kann, entsprechende Ziele in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Klimaschutz zu erreichen.

Als externe Finanzkontrolle haben wir in Anbetracht der Größenordnung der jetzt auf einen Schlag verplanten Mittel Sorge, dass die Landesregierung eine realistische Planung aus den Augen verliert.

Zum Sofortprogramm in Umfang von 3,2 Mrd. Euro

Die Landesregierung hat im Rahmen ihrer Haushaltsklausur im Juni beschlossen, auf einen Schlag 14,5 Mrd. Euro für den Zeitraum 2025 bis 2036 mit Maßnahmen und Mittelansätzen zu belegen. Erst Ende Oktober wird der Bundestag über die Bereitstellung der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität und die entsprechenden Bedingungen für die Länder entscheiden. Daher sind im vorliegenden Nachtragshaushalt und im Haushaltsplanentwurf für 2026 zunächst nur die landeseigenen Mittel verplant.

Gleichwohl ist der Betrag von 3,2 Mrd. Euro enorm. Die Landesregierung ist fest entschlossen, diesen Betrag in den verbleibenden Monaten des Jahres 2025 und im Jahr 2026 zusätzlich zu verausgaben, zuvörderst für Baumaßnahmen und Investitionen. Mit diesem Nachtragshaushalt sollen bereits 1,6 Mrd. Euro davon zur Verfügung gestellt werden. Was sich zunächst einmal sicherlich sinnvoll anhört, weil es vornehmlich um Investitionen geht, wirft für uns als externe Finanzkontrolle mit Blick auf die konkreten einzelnen Ausgabepositionen aber Fragen auf.

Zur Frage einer bedarfsgerechten Veranschlagung

Beginnen möchte ich mit einer Frage, die sich sozusagen aus dem Wesenskern eines Rechnungshofs ableitet: Besteht Bedarf für diesen Nachtragshaushalt, weil sämtliche Mittel tatsächlich noch im laufenden Haushaltsjahr für Auszahlungen benötigt werden? Sind also alle im Nachtragshaushalt vorgesehen Ausgaben bedarfsgerecht veranschlagt?

Die Vorgabe, alle Einnahmen und Ausgaben bedarfsgerecht zu veranschlagen, folgt aus dem in der Landeshaushaltsordnung geregelten Fälligkeitsgrundsatz. Demnach dürfen Einnahmen und

Ausgaben nur dann im Haushaltsplan veranschlagt werden, wenn sie voraussichtlich im betreffenden Haushaltsjahr kassenwirksam werden.

Der Grundsatz der bedarfsgerechten Veranschlagung beruht auf dem Erfordernis, durch eine realitätsnahe Planung und Steuerung die Voraussetzungen für einen realistischen Haushaltsausgleich zu schaffen. Die Folge, wenn dieser Grundsatz nicht beachtet wird, wenn also Einnahmen zu hoch geschätzt bzw. Ausgaben bewusst zu hoch oder zu niedrig veranschlagt werden, ist, dass der gegebenenfalls für den Haushaltsausgleich notwendige Kreditbedarf zu hoch ausfällt. Dabei ist insbesondere mit Blick auf den Nachtragshaushalt 2025 zu berücksichtigen, dass nur noch knapp zwei Monate zur Verfügung stehen, um entsprechende Auszahlungen vornehmen zu können.

Wir haben daher die konkreten Positionen, für die die genannten 1,6 Mrd. Euro im Nachtragshaushaltsplanentwurf 2025 vorgesehen sind, betrachtet: 400 Mio. Euro für die Kommunen, 200 Mio. Euro für NPorts und den Anleger für verflüssigte Gase in Wilhelmshaven, weitere 62 Mio. Euro für NPorts im Bereich Hafeninfrastruktur, 200 Mio. Euro für die Landesnahverkehrsgesellschaft, 200 Mio. Euro für die Wohnraum GmbH und 100 Mio. Euro für die Sanierung von Landesliegenschaften.

Vier dieser fünf Mittelempfänger gehören nicht zum Land. Das heißt, die Ansätze führen beim Land unmittelbar zu Auszahlungen. Wir sehen es dabei als zwingend notwendig an, dass das Land im Sinne einer bedarfsgerechten Veranschlagung den Bedarf bei den Empfängern berücksichtigt. Die Frage ist also, ob der Mitteleinsatz für 2025 insbesondere unter Berücksichtigung der noch verbleibenden Zeit bedarfsgerecht ist. Bei fünf von sechs der genannten Positionen haben wir als Landesrechnungshof diesbezüglich große Zweifel.

Zur Sanierung von Landesliegenschaften

Im Nachtragshaushalt 2025 sollen dafür rund 100 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Aktuell, im genehmigten Haushalt 2025 sind die Bauunterhaltungsmittel mit 120 Mio. Euro auf dem höchsten Stand seit Jahren. Ein Blick auf die Ist-Zahlen mit Stand Anfang September zeigt, dass davon bisher 52 Mio. Euro verausgabt sind. Zusammen mit den zusätzlichen Mitteln müssten in diesem Haushaltsjahr also noch 168 Mio. Euro verausgabt werden.

Das ist aus unserer Sicht zumindest nicht unmittelbar realistisch. Zumindest muss das Finanzministerium unserer Auffassung nach darlegen können, aufgrund welcher konkreter Planung es davon ausgeht, dass diese Mittel noch in den verbleibenden zwei Monaten des Jahres 2025 abfließen werden.

Zu den Investitionen bei NPorts

Für NPorts sind zusätzliche Mittel zur Investition in die Hafeninfrastruktur in Höhe von 62 Mio. Euro vorgesehen. NPorts erhält seit dem Jahr 2022 einen jährlichen Investitionskostenzuschuss von konstant 33,7 Mio. Euro. Die in diesem Titel vom Jahr 2024 in das Jahr 2025 übertragenen Ausgabereste betrugen 28 Mio. Euro. In Summe hat NPorts im Jahr 2024 83 % der zugewiesenen Investitionsmittel nicht verausgabt. Zusammen mit den im Nachtragshaushalt neu zur Verfügung gestellten 62 Mio. Euro müssten also noch 124 Mio. Euro abfließen. Dass das geschieht, halten wir für fraglich.

Zur Ausfinanzierung von Infrastrukturprojekten

Gleiches gilt für die 200 Mio. Euro im Bereich NPorts, die für die Ausfinanzierung des Anlegers für verflüssigte Gase vorgesehen sind. Wir sind über die Höhe des Ansatzes überrascht, weil es sich unserer Bewertung nach anscheinend um den vollen niedersächsischen Finanzierungsanteil handelt, sich diese Maßnahme allerdings noch in der Planung befindet. Das Bauende ist erst für 2032 terminiert. Insofern ist der Bedarf auch für diese Ausgabe im Nachtragshaushalt 2025 unserer Auffassung nach nicht plausibel.

Zur Fahrzeugbeschaffung bei der LNVG

Wir haben diesen Bereich selbst geprüft und die Ergebnisse dessen im vorletzten Jahresbericht dargestellt. Auch hier gibt es Investitionsbedarf. Jetzt sollen 200 Mio. Euro bereitgestellt werden, um neue Triebwagen zu kaufen. Dass finanzieller Bedarf besteht, ist, wie gesagt, unstrittig, aber dass die Bestellung, die durchaus komplex ist, noch in dem zur Verfügung stehenden kurzen Zeitraum abgewickelt werden kann, wurde zumindest aus unserer Sicht bisher nicht schlüssig dargelegt.

Zur Wohnraum GmbH

Die Wohnraum GmbH, der 200 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden sollen, wurde erst zum Jahresende 2023 gegründet und damals mit 100 Mio. Euro ausgestattet. Ziel war, auf dieser Grundlage bis zum Jahr 2029 1 600 Wohneinheiten zu schaffen. Ich denke, allen ist klar, dass die Wohnraum GmbH von diesem Ziel noch weit entfernt ist. Wir gehen aktuell davon aus, dass deutlich weniger Wohneinheiten geschaffen werden - zwischen 800 und 1 000 -, und unserer Einschätzung nach ist offen, ob dies bis 2029 gelingen wird. Bevor mit diesem Nachtragshaushalt weitere 200 Mio. Euro an die Wohnraum GmbH fließen, muss die Landesregierung unseres Erachtens zunächst einmal durch eine erneute Wirtschaftlichkeitsuntersuchung klären, ob das Konzept so tatsächlich tragfähig ist.

Zur Mittelbereitstellung für die Kommunen

Was die 400 Mio. Euro für die Kommunen angeht, haben wir keine grundsätzlichen Bedenken. Das Programm ist aus unserer Sicht kurzfristig durchaus sinnvoll, um dem Infrastrukturverfall und Investitionsstau, den auch wir im Rahmen der überörtlichen Kommunalprüfung immer wieder feststellen, entgegenzuwirken. Allerdings ändert das unserer Auffassung nach nichts an dem Grundproblem einer weiter steigenden Verschuldung der Kommunen. Ohne weitere, langfristige Reformen bleibt das Paket ein wenn auch notwendiges, so doch unzureichendes Pflaster.

Zur vorgesehenen Kreditaufnahme und Änderung der Landeshaushaltsordnung

Insgesamt lassen es diese Zweifel an einer bedarfsgerechten Veranschlagung der fünf genannten Positionen sehr fraglich erscheinen, ob es tatsächlich notwendig ist, die neuen Kreditaufnahmemöglichkeiten aufgrund der Lockerung der Schuldenbremse bei erster Gelegenheit, mit diesem Nachtragshaushalt voll auszuschöpfen - mit Blick auf die im laufenden Haushaltsjahr nicht benötigten Mittel der Höhe nach sicherlich nicht.

Aber auch für die bestehenden Bedarfe, die ja unbestritten sind, gibt es eine Alternative. Herr Minister, Sie sagten in Ihrer Rede, Sie ändern das System. Damit komme ich zur angekündigten

Entnahme aus der allgemeinen Rücklage, die mit 3,9 Mrd. Euro prall gefüllt ist, für den Nachtragshaushalt 2025 aber nicht in Anspruch genommen wird, sondern erst ab dem Haushaltsjahr 2026. Uns als externer Finanzkontrolle erschließt sich nicht, warum die Landesregierung trotz ausreichender Rücklage als Erstes, und zwar in vollem Umfang, auf Kredite zurückgreift. Wir meinen, das verstößt gegen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Wir halten eine zusätzliche Kreditaufnahme für 2025 für nicht erforderlich.

Insgesamt können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, dass dieser Nachtragshaushalt insbesondere im Blick hat, die angesprochene Kreditaufnahme schon jetzt realisieren zu können. Wir meinen, dass das insoweit gegen den Grundgedanken der Schuldenbremse verstößt, der auch durch die Lockerung der Schuldenbremse und die neuen Kreditaufnahmemöglichkeiten nicht außer Kraft getreten ist. Es geht noch immer um eine langfristige Sicherstellung der Tragfähigkeit des Landeshaushalts.

Insofern halten wir auch eine Änderung der Landeshaushaltsordnung, mit der Sie die Grundgesetzänderung einfachgesetzlich umsetzen wollen, für aktuell nicht notwendig. Diese hätte auch im nächsten Jahr erfolgen können.

Fazit zum Nachtragshaushalt 2025

Unser Fazit ist, dass wir insgesamt Bedenken haben, dass der Nachtragshaushalt 2025 in dem vorgelegten Umfang und mit der vorgesehenen Neuverschuldung erforderlich ist.

Zum Haushaltsplanentwurf 2026 und zur Mittelfristigen Planung 2025 bis 2029

Zur Entwicklung des Landeshaushalts

Auch im Haushaltsplanentwurf 2026 hinterlässt das vorgesehene Investitions- und Kommunalstärkungspaket der Landesregierung deutliche Spuren. Herr Minister, Sie haben gesagt, für den Haushalt 2026 wolle das Land 47,9 Mrd. Euro zur Verfügung stellen und damit rund 3,5 Mrd. Euro mehr als im Haushalt 2025. 2 Mrd. Euro hiervon entfallen auf das Investitions- und Kommunalstärkungspaket des Landes.

Die neue Verschuldungsmöglichkeit aufgrund der Lockerung der Schuldenbremse - 0,35 % des BIP - wird in allen Mipla-Jahren voll ausgeschöpft, und zwar neben den weiteren Möglichkeiten der Kreditaufnahme, also der Konjunkturkomponente und den finanziellen Transaktionen. Man könnte salopp sagen: Man nimmt alles, was geht. Zugleich wird bis zum Ende des Mipla-Zeitraums für die Finanzierung des landeseigenen Investitions- und Kommunalstärkungspakets der gesamte Bestand der allgemeinen Rücklage in Höhe von 3,9 Mrd. Euro eingeplant. All das wirkt sich direkt auf den strukturellen Finanzierungssaldo aus. Diese sich abzeichnende Entwicklung ist aus Sicht der externen Finanzkontrolle besorgniserregend.

Betrachten wir die Zahlen im Einzelnen.

Für alle Planungsjahre rechnet das Land mit einem strukturellen Defizit; das betrifft den Wechsel, den Sie beschrieben haben, Herr Minister. Die Defizite bewegen sich hierbei zwischen 1,8 und 4 Mrd. Euro. In Summe ergibt das für den Mipla-Zeitraum ein strukturelles Defizit in Höhe von 12,7 Mrd. Euro.

Der Schuldenstand steigt deutlich: Ende des Jahres 2029 wird der Schuldenstand 73,4 Mrd. Euro betragen und damit im Vergleich zum Jahr 2024 um 9,1 Mrd. Euro gestiegen sein. Herr Minister, Sie haben auf die Schuldenquote des Kernhaushalts hingewiesen. Diese offenbart allerdings nicht den absoluten Anstieg, da ein stetiges Wachstum des zugrunde liegenden nominalen BIP von 3 % unterstellt wird. Ob ein solches Wachstum tatsächlich eintreten wird, bleibt abzuwarten.

Neben dem Anstieg der Schulden wird der Haushalt durch die Zinsausgaben und Tilgungsverpflichtungen zusätzlich belastet. So werden für das Jahr 2029 bereits Zinsausgaben in Höhe von 1,7 Mrd. Euro anfallen. Im Vergleich zum Ist des Jahres 2024 verdoppeln sich die Zinsausgaben damit annähernd.

In Anbetracht dieser Entwicklungen im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung liegt für uns als Landesrechnungshof auf der Hand, dass zwei Dinge dringend notwendig sind: zum einen der Abbau des strukturellen Defizits. Zum anderen muss dieses große, historische Investitions- und Kommunalstärkungspaket auch tatsächlich gelingen und Wirtschaftswachstum entstehen.

Zum strukturellen Defizit

Wichtig und voranzustellen ist, dass das strukturelle Defizit nicht allein Resultat der ausgeweiteten Investitionstätigkeit ist, wie man meinen könnte. Es ist nach unserer Bewertung auch darauf zurückzuführen, dass das Land den Status quo weitgehend unangetastet lässt, also auf tiefgreifende Konsolidierungsmaßnahmen in anderen Bereichen verzichtet. Wir sind aber davon überzeugt, dass das Land dringend Veränderungen braucht und nicht den Status quo. Wir sind auch davon überzeugt, dass man das eine tun kann, ohne das andere lassen zu müssen. Das bedeutet: Zwar sind mehr Investitionen notwendig, aber das steht nicht im Widerspruch dazu, dass das Land gleichzeitig spart.

Einsparungen gelingen, wenn an der richtigen Stelle klare Prioritäten festgelegt und konsequent durchgesetzt werden. Wir sehen, dass mit dem Haushalt 2026 und den entsprechenden Ansätzen in der mittelfristigen Finanzplanung durchaus bestimmte Bereiche priorisiert werden. Aber wir vermissen, dass im Gegenzug an anderen Stellen ebenso konsequent eingespart wird. Nur wenn dieses Wechselspiel gelingt, dann können politisch oder anderweitig als notwendig erkannte Prioritäten langfristig ohne neue Schulden gegenfinanziert werden. Neue Schulden sind sicherlich ein einfacher Weg, aber sie dürfen keine dauerhafte Lösung sein.

Allerdings zeigt die Mipla, dass dieser Weg anscheinend gegangen werden soll, weil man kontinuierlich, Jahr für Jahr auf neue Schulden setzt, den Kreditrahmen, wie beschrieben, vollständig ausnutzt und ab 2026 auch noch sämtliche Reserven einbringt, ohne im Gegenzug zu echten strukturellen Einsparungen zu kommen.

Wir befürchten, dass das Ende der Neuverschuldung damit in weite Ferne rückt - gerade weil die durch die Grundgesetzänderung neu geschaffene Verschuldungsmöglichkeit bedingungslos, das heißt ohne Zweckbindung und ohne konkrete Tilgungsverpflichtung, einsetzbar ist. Damit liegen die Risiken auf der Hand. Entsprechendes gilt für die Aspekte Zinsen und Tilgung, die die künftigen Entscheidungen nicht einfacher machen.

Wir als Landesrechnungshof empfehlen daher im Sinne der Schuldenbremse dringend, von der neuen Kreditaufnahmemöglichkeit nur zurückhaltend und mit Augenmaß Gebrauch zu machen

und vor allem erst dann, wenn Auszahlungen tatsächlich benötigt werden. Allein die neue Möglichkeit einer Kreditaufnahme ist kein Freibrief, auch tatsächlich neue Kredite aufzunehmen.

Zum Investitions- und Kommunalstärkungspaket

Im Hinblick auf das Investitions- und Kommunalstärkungspaket wagt das Land einen großen Wurf: Es verplant auf einen Schlag 14,5 Mrd. Euro in zwölf Jahren. Was sich zunächst beeindruckend anhört, offenbart für uns als Landesrechnungshof Schwächen. Denn für die Umsetzung des Investitionspakets braucht es nicht nur Geld, sondern auch die notwendigen Strukturen und entsprechend qualifiziertes Personal.

Der Landesrechnungshof adressiert in seinen Jahresberichten wiederholt deutlich, dass Strukturreformen dringend erforderlich sind. Die nicht mehr zeitgemäßen Strukturen, auf die das große Investitionspaket trifft, werden nach unserer Überzeugung das, was wir alle gemeinsam erreichen wollen, verzögern und behindern: dass durch dieses schuldenfinanzierte Paket tatsächlich Wachstum generiert wird.

In erster Linie stehen Investitionen, insbesondere solche im Baubereich, in Rede. Zu den bestehenden Problemen im Staatlichen Baumanagement haben wir schon mehrfach Stellung bezogen - etwa im diesjährigen Jahresbericht und auch im letzten Jahr. Wir haben uns intensiv in die Diskussion um die NIA eingebracht. Sie kennen unsere Position dazu: Wir glauben, dass diese Anstalt die Probleme im Staatlichen Baumanagement nicht lösen wird, und meinen, dass hier an der falschen Stellschraube gedreht wird.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels haben wir uns auch in Bezug auf Anzahl und Qualifikation des notwendigen Personals wiederholt geäußert, insbesondere im aktuellen Jahresbericht. Das Land muss Prioritäten setzen, sein Personal endlich von überflüssigen Aufgaben entlasten und Kapazitäten freisetzen, um sie entsprechend konzentrieren zu können, damit die jetzt zur Verfügung gestellten Mittel - so sie denn fließen sollten - zielgerichtet auf die Straße gebracht werden, also dort angekommen, wo sie benötigt werden.

Herr Minister, Sie haben die Geschäftsprozessoptimierung insbesondere im Staatlichen Baumanagement angesprochen. Das halten auch wir für sehr sinnvoll, weil es dazu beitragen wird, Prozesse zu verschlanken und weniger zeitaufwendig zu machen. Wir glauben allerdings, dass es gleichwohl erforderlich ist, dass sich das Land einer echten Aufgabenkritik zuwendet und sich von der Erfüllung nicht notwendiger Aufgaben verabschiedet.

Zusammenfassend kann man sagen: Jetzt muss es gelingen! Es wird entscheidend darauf angekommen, dass die zusätzlichen Mittel zielgerichtet und wirksam eingesetzt werden. Das Volumen, das jetzt im Raum steht, wird diesen Prozess nach unserer Überzeugung allerdings eher erschweren als vereinfachen.

Weitere Hinweise zum Haushaltsplanentwurf 2026 und zur Mipla

Im Folgenden möchte ich auf einige Einzelaspekte des Haushaltsplanentwurfs 2026 und der Mipla eingehen, die für den Landesrechnungshof von besonderer Bedeutung sind.

Zu den globalen Minderausgaben

Die von der Landesregierung vorgelegte mittelfristige Finanzplanung sieht erneut eine im Vergleich zu den Vorjahresplanungen deutliche Erhöhung der globalen Minderausgabe vor. Für das Jahr 2028 sind 419 Mio. Euro, für das Jahr 2029 sind 519 Mio. Euro eingeplant. Unserer Auffassung nach zeigt die Umsetzung von Einsparvorgaben durch globale Minderausgaben erneut Schwächen in der Haushaltsaufstellung auf, denn es bleibt den Ressorts überlassen, wo sie diese Einsparungen am Ende des Haushaltsjahres erbringen. Strukturelle Entscheidungen darüber, wo sinnvoll eingespart werden kann, bleiben deshalb im Zuge der Haushaltsaufstellung außen vor.

Wir empfehlen dem Haushaltsgesetzgeber daher, die Ausweitung dieser Flexibilisierung des Haushalts kritisch im Blick zu behalten, denn globale Minderausgaben beeinträchtigen letztlich auch das Budgetrecht. Wir sind der Überzeugung, dass der Haushaltsgesetzgeber entscheiden muss, wo Ausgaben gekürzt werden und wo nicht.

Zur Frage der bedarfsgerechten Veranschlagung

Dieses Thema habe ich schon im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt 2025 angesprochen. Wir kommen zu der Bewertung, dass das Land auch mit dem Haushaltsplanentwurf 2026 den Grundsatz der bedarfsgerechten Veranschlagung nicht hinreichend beachtet und zum Teil Mittel veranschlagt werden, obwohl klar ist, dass diese in dem betreffenden Haushaltsjahr nicht abfließen können; dabei betrachten wir auch den Mipla-Zeitraum.

Zu den Kapazitäten des Staatlichen Baumanagements

Ein Indiz dafür sind die seit Jahren hohen Ausgabereste, wie ich an einem Beispiel aus dem Baubereich verdeutlichen möchte. Das Staatliche Baumanagement ist bekanntlich für die Umsetzung der Baumaßnahmen des Landes zuständig und realisiert im Wege der Organleihe auch Baumaßnahmen für den Bund. Es setzte im Jahr 2024 für Land und Bund insgesamt 700 Mio. Euro um.

Der Bedarf an Mitteln für die Bauunterhaltung und andere Baumaßnahmen ist enorm; das haben wir als Landesrechnungshof wiederholt festgestellt. Deswegen ist es sicherlich richtig, dass der Einzelplan 20 des Haushaltsplanentwurfs 2026 weiterhin einen hohen Mittelansatz vorsieht. Für 2026 gehen wir davon aus, dass das Staatliche Baumanagement einschließlich der Ausgabereste aber annähernd 600 Mio. Euro verbauen müsste, und zwar ohne Berücksichtigung der Umsetzung der Maßnahmen für den Bund und für den Hochschulbau.

Auf Basis unserer Prüfungserkenntnisse halten wir es für unrealistisch, dass das Staatliche Baumanagement die Mittel in den jetzigen Verfahren und Strukturen - mit oder ohne die NIA - zielgerichtet und bedarfsgerecht umsetzen kann. Wir sehen hier also keinen Bedarf an zusätzlichen Mitteln, sondern an tiefgreifenden Reformen.

Zur Aufstockung der Kita-Finanzierung

Auch im Bereich der Kita-Finanzierung, so unsere Auffassung, werden die hohen Summen allein nicht das gewünschte Ziel erreichen. Auch hier sehen wir dringenden Reformbedarf. Im Haushaltsplanentwurf 2026 sind zur Aufstockung der Kita-Finanzierung jährlich 250 Mio. Euro zusätzlich vorgesehen. Inwieweit dieser Mittelansatz realistisch ist, wird sich zeigen.

Aber auch für die Kita-Finanzierung gilt, wie wir schon im aktuellen Jahresbericht ausführlich dargestellt haben: Geld allein wird nicht zu spürbaren Verbesserungen führen, denn die entsprechenden Mittel fließen seit Jahren regelmäßig deutlich verzögert ab. Es entstehen hohe Ausgabereste. Warum das so ist, haben wir aufgezeigt: Die Regelungen der Finanzhilfe sind zu kompliziert, die Abwicklung ist personal-, also verwaltungsintensiv und fehlerträchtig. Das führt zu Bearbeitungsrückständen. Das Land hat angekündigt, Modelle zur Vereinfachung zu prüfen und zu einer Reform zu kommen. Das begrüßen wir.

Zum neuen Einzelplan 19 - Digitalisierung und Informations- und Kommunikationstechnik (IT)

Einen Einzelplan für die IT aufzustellen, haben wir als Landesrechnungshof seit Jahren gefordert. Daher begrüßen wir, dass es einen solchen geben soll. Bei genauerer Betrachtung kommen wir aber zu der Überzeugung, dass die Ziele, die aus unserer Sicht mit einem solchen Einzelplan verfolgt werden sollten, damit zumindest in der jetzigen Aufstellung nicht erreicht werden.

Der neue Einzelplan führt lediglich die IT-Ausgaben des Innenministeriums zusammen und bildet die betreffenden Kapital fast identisch ab. Es wird dabei entscheidend auf den nächsten Schritt ankommen, der auch bereits angekündigt ist - dass das kein einfacher Prozess ist, ist auch dem Landesrechnungshof klar -: Es soll im Rahmen eines noch zu erarbeitenden Steuerungskonzepts ab der Haushaltsaufstellung 2027/2028 zu weiteren Verlagerungen aus den Ressorthaushalten kommen.

Wir möchten aber betonen, dass dieses Problem nicht neu ist und die Diskussion, die mit den Ressorts zu führen ist, nicht einfacher wird - egal, in welchem Jahr man sie führt. Wir sind der Auffassung, dass man sie schon jetzt hätte führen können und müssen und einen größeren Wurf hätte wagen müssen, indem bereits weitere Titel aus anderen Ressorthaushalten verlagert werden. Denn nur, wenn die IT-Ausgaben auch der anderen Ressorts in diesem Einzelplan veranschlagt werden, können die insgesamt für IT und Digitalisierung zur Verfügung stehenden Mittel - nicht nur ein kleiner Ausschnitt - sinnvoll priorisiert und verausgabt werden. Ziel soll es ja sein, künftig zu vermeiden, dass IT-Mittel eines Ressorts ungenutzt bleiben, während sie in einem anderen Ressort dringend benötigt werden. Das ist ein strukturelles Problem, das man unseres Erachtens sehr viel zeitnäher hätte lösen müssen. Man sollte es nicht auf die Jahre ab 2027 verschieben.

Zur Klimakennziffer

Die Klimakennziffer wurde auch im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen diskutiert. Wir sind der Auffassung, dass die Chance für mehr Steuerung durch die Klimakennziffer zumindest bislang verpasst wurde. Für den Haushalt 2026 kann immerhin festgehalten werden - eine Zahl zu benennen, war auch zunächst der damit verbundene Antritt -, dass die Ausgaben für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung im Vergleich zum Vorjahr um rund 610 Mio. Euro auf 1,5 Mrd. Euro steigen. Allerdings hat die Landesregierung inzwischen klargestellt, dass die Klimakennziffer - zumindest noch - keinen unmittelbaren Einfluss auf die Ermittlung von Haushaltsansätzen hat, sondern vorrangig für mehr Transparenz sorgen soll.

Auch hier sollte die Landesregierung unseres Erachtens schneller und mit größeren Schritten vorangehen, wenn sie die Ziele, die sie sich in diesem Themenfeld gesteckt hat, erreichen will. Wir halten es daher für erforderlich, dass - wie auch andere Länder und der Bund verfahren - die

Methodik der Klimakennziffer kontinuierlich weiterentwickelt wird und größere Beträge mit unsicherer Zuordnung weiter analysiert und kategorisiert werden, um hierüber zu einer entsprechenden Bewertung der Maßnahmen zu kommen, sodass die Kennziffer letztlich nicht nur der Transparenz, sondern auch zur Steuerung im Rahmen der Ermittlung von Haushaltsansätzen dient.

Schlussbemerkung

Zusammenfassend empfehlen wir Ihnen, darauf zu achten, dass die Sorgen sozusagen nicht nur in Geld ertränkt werden, sondern dass es vor allen Dingen eine starke Steuerung dahin gehend gibt, wie das Geld tatsächlich dort ankommt, wo es gebraucht wird - für eine realistische Planung und für einen realistischen Haushaltsausgleich mit möglichst wenig neuen Schulden.

Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
(zu TOP 1 bis 3)

dazu: ***Vorlage 231***

> *Bericht zur „Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen“, Finanzstatusbericht 2025*
>
> *Schreiben des MF vom 03.07.2025*
> *Az.: 11 2 - 10461/20-0006*

***Anwesend*:**

- *Herr* ***Dr. Arning*** *(NST)*
- *Herr* ***Freese*** *(NLT)*
- *Frau* ***Dr. Hendricks*** *(NST)*
- *Herr* ***Mensen*** *(NSGB)*
- *Herr* ***Dr. Schwind*** *(NLT)*
- *Herr* ***Dr. Trips*** *(NSGB)*

Schriftliche Stellungnahmen: *Vorlage 1 zu Drs. 19/7915 neu (Nachtragshaushaltsgesetzentwurf 2025)*

Vorlage 4 zu Drs. 19/7910 neu (Haushaltsgesetzentwurf 2026) bzw. Vorlage 1 zu Drs. 19/8220 (Haushaltsbegleitgesetzentwurf 2026), einschließlich 19. Bericht zur Finanzlage der Kommunen in Niedersachsen

Herr **Dr. Trips**: Danke für die Möglichkeit, für die kommunalen Spitzenverbände heute vorzutragen.

Die Kommunalhaushalte stehen vor dem Kollaps. Wir befinden uns in einer unvorstellbaren Verschuldungsspirale. Sie sind es gewohnt, dass die Kommunen über zu wenig Geld und zu große Defizite klagen. Diese Klage war auch in der Vergangenheit schon berechtigt, aber in diesem Jahr

ist die Lage noch dramatischer geworden. Ich werde nachfolgend einzelne Zahlen dazu in den Vergleich stellen.

Auch 2025 ist festzustellen, dass es immer mehr unausgeglichene Haushalte auf der kommunalen Ebene gibt. Die gesamte Kreisebene befindet sich im Defizit. Die Planungen 2026 weisen überall dramatische Defizite auf. Bundesweit haben die Kommunen im Jahr 2024 ein Rekorddefizit von 24 Mrd. Euro eingefahren - also von Ausgaben, die die Einnahmen übersteigen. Gründe sind die zunehmend schwache Haushaltsentwicklung sowie steigende Soziallasten und Personalkosten.

Um das in Relation zu setzen: Wir sprechen vom höchsten Defizit seit der deutschen Wiedervereinigung. Die Rekordwerte aus 1992 und 2003 werden um nahezu das Dreifache übertroffen. Das Defizit, das in der Regel bei 8 Mrd. Euro lag, liegt jetzt, wie gesagt, bei 24 Mrd. Euro. Gegenüber 2023 hat sich das Defizit vervierfacht. Das ist eine gewissermaßen explosionsartige Dynamik; die Lage ist katastrophal.

Das Defizit von Niedersachsen selbst liegt mit 4 Mrd. Euro weit über dem nach Königsteiner Schlüssel zu erwartenden Defizit von 2,3 Mrd. Euro. Warum das so ist, erschließt sich mir nicht.

Die aktuelle Haushaltskrise wurde dabei nicht durch besondere Ereignisse hervorgerufen, wie es zum Beispiel das Hinzukommen der Defizite der ostdeutschen Kommunen nach der Wiedervereinigung oder der Einbruch der Gewerbesteuer durch die Unternehmensteuerreform Anfang der 2000er-Jahre waren. Die Gründe sind struktureller Art, und wir brauchen strukturelle Lösungen.

Um die Gründe im Einzelnen vorzutragen: Die Ausgaben für soziale Leistungen sind im vergangenen Jahr um 12 % gestiegen - für die Kinder- und Jugendhilfe um plus 17 %, für die Eingliederungshilfe um plus 14 %, für die Sozialhilfe um plus 12 %. Die Personalausgaben sind um 9 % gestiegen. Nun könnte man sagen: Vereinbart bessere Tarifabschlüsse! Natürlich liegt es zum Teil auch an den bestehenden Tarifabschlüssen, aber vor allem daran, dass uns andauernd neue Aufgaben zugewiesen werden, die nicht ausfinanziert werden und für deren Erfüllung wir natürlich auch Personal brauchen. Wohngeld, Wärmeplanung, Brachflächenkataster - das wird uns sozusagen alles untergejubelt.

Daher haben auch die Zinsausgaben zugenommen. Die Einnahmen auf kommunaler Ebene steigen im Schnitt um ca. 2 %. Zum Vergleich: die Ausgaben steigen um 10 %. Auf die Investitionsrückstände hat Frau Dr. von Klaeden bereits hingewiesen. Das KfW-Panel weist für das Jahr 2024 eine Steigerung um 16 % aus. Die Investitionsrückstände erhöhen sich damit auf einen Rekordwert von 216 Mrd. Euro. Laut eigener Erhebungen des Landesrechnungshofs ist der Wert zum Teil noch höher; im Kommunalbericht ist das nach Größenklassen differenziert dargestellt.

Aus diesen Defiziten folgt, dass die Verschuldung 2024 das wichtigste Finanzierungswerkzeug war. Sie steigt um 10 % auf 170 Mrd. Euro. 138 Mrd. Euro davon sind investive Kredite, denen immerhin noch Werte gegenüberstehen. Aber auch die Liquiditätskredite sind um 13 % auf 32 Mrd. Euro gestiegen. Auch hier ist Niedersachsen übrigens im schlechtesten Sinne vorne dabei: Bei uns haben sich die Kassenkredite nicht um die genannten 13 % gesteigert, sondern fast verdoppelt - von 1,3 auf 2,3 Mrd. Euro.

Die Prognose der kommunalen Spitzenverbände zeigt, dass die Lage trotz Hilfsprogramm nicht besser wird. Sie geht davon aus, dass sich das Defizit bis zum Jahr 2028 schrittweise auf 36 Mrd. Euro erhöhen wird. Die Folgen - Liquiditätsprobleme usw. - sind klar.

Ich komme zu unserer Bewertung dessen, was das Land Niedersachsen in seinen Haushaltsplanentwürfen vorsieht.

Aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes sind 9,4 Mrd. Euro für Niedersachsen vorgesehen. Hierzu haben wir uns mit dem Land auf eine Zahlung von 50 % plus 10 % unmittelbarer Weiterleitung an die Kommunen verständigt. Wir begrüßen natürlich, dass diese Gelder kommen; sie helfen uns. Es ist allerdings nicht so, wie es bisweilen in der Presse dargestellt wird, dass Niedersachsen oder Deutschland mit diesen Geldern durchsaniert werden können. Wenn man diese Beträge in Korrelation zu den bestehenden Rückständen setzt, zeigt sich für Niedersachsen, dass wir auf diesem Wege 195 Mio. Euro pro Jahr erhalten. Dadurch sinkt unser Defizit von 4 auf 3,8 Mrd. Euro - um einmal die Größenordnung deutlich zu machen, um die es hier geht.

Wie gesagt: Wir begrüßen das natürlich und bedanken uns dafür. Im Wesentlichen ist das die Weiterleitung von Bundesmitteln. Wir hoffen, dass dafür ein einfaches Verfahren gewählt wird, und setzen darauf, dass das Land für eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung eintritt. Das ist so zugesagt und insofern eine gute Sache.

Bislang noch nicht zur Sprache gekommen ist der sogenannte Investitionsbooster, mit dem Gewerbesteuerausfälle kompensiert werden. Das ist für uns aber keine Errungenschaft, sondern ein Nullsummenspiel. Es ist gut, dass das umgesetzt wird, es hat aber, wie gesagt, keinen positiven Effekt, sondern stellt lediglich eine Verschiebung dar.

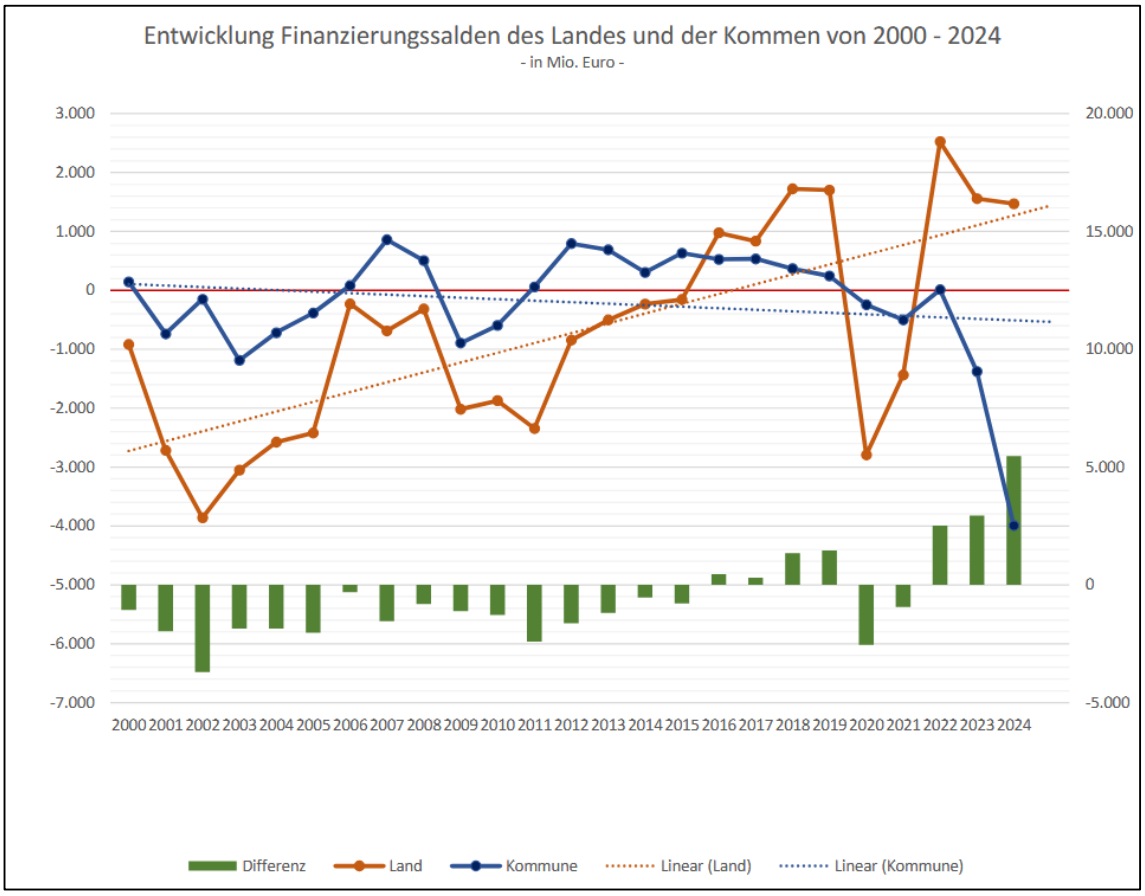
Der Pakt für Kommunalinvestitionen des Landes - die genannten 600 Mio. Euro - ist eine gute Sache. Diese Gelder haben wir uns zum Teil auch aus dem Jahresüberschuss 2024 erkämpft. Wir haben als kommunalen Spitzenverbände massiv darauf hingewirkt, dass die Kommunen direkt etwas davon abbekommen, was bei den Überschüssen der letzten Jahre nicht in diesem Maße der Fall war. Natürlich geht immer indirekt etwas an die Kommunen - „jeder dritte Euro“ usw. -, aber nur mit Blick auf die Kernhaushalte. Wir begrüßen das geplante niedersächsische Kommunalfördergesetz, das wir gemeinsam entwickelt haben und mit Blick auf diese Mittel zur Anwendung kommen wird. Unter Berücksichtigung des Betrags von 600 Mio. Euro lässt sich das Defizit weiter herunterrechnen, von 3,8 Mrd. Euro auf 3,2 Mrd. Euro - aber nur einmalig.

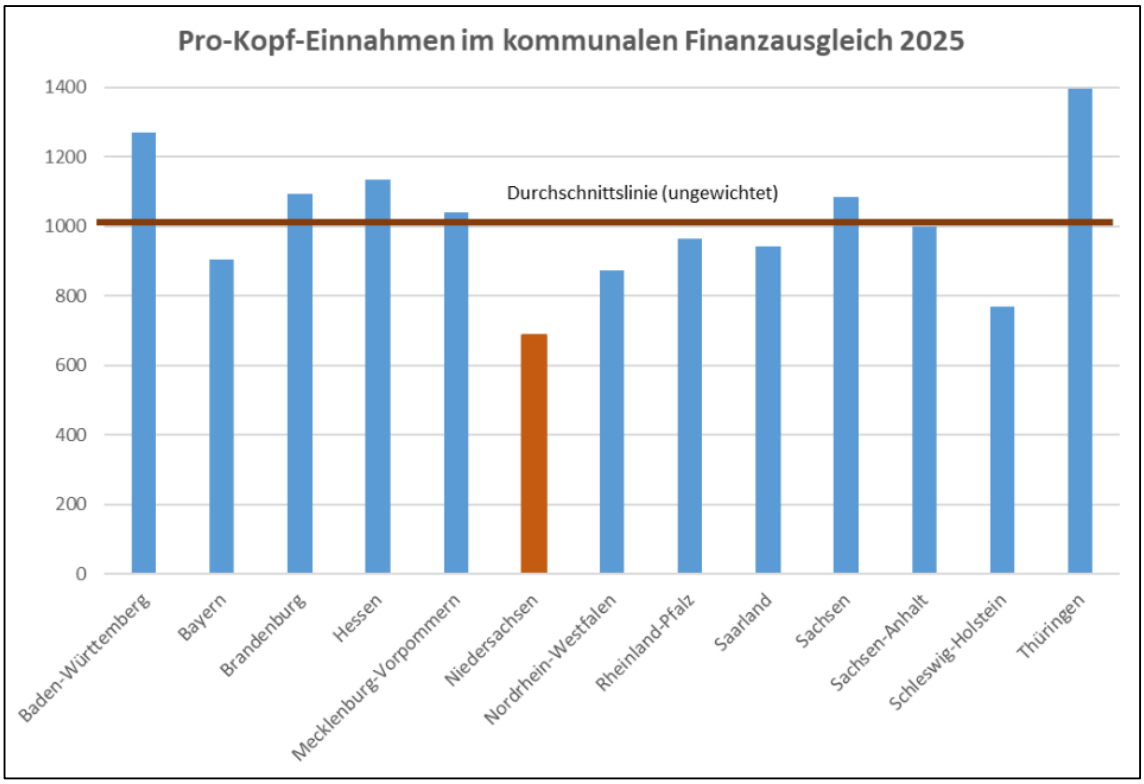
Was die Aufstockung der Personalkostenförderung anbelangt, beträgt die Summe - das möchte ich betonen - mindestens 250 Mio. Euro - die genaue Berechnung folgt noch -, denn Ziel ist ja, zu einem Wert von 58 % der gesetzlichen Personalkostenförderung zu kommen. Eine Dynamisierung der gesamten Personalkostenförderung ist ebenso zugesagt. Diese wird in der nächsten Zeit erarbeitet. Das begrüßen wir und ist uns sehr wichtig, weil das strukturell eingreift. Auch insoweit rechne ich weiter herunter: Wir liegen - ausgehend von 3,8 Mrd. Euro - nunmehr bei einem Defizit von 3,55 Mrd. Euro.

Sie sehen also: Es wird ein bisschen am dem Defizit „geknabbert“, aber das wird uns nicht retten. Die Prognose der kommunalen Spitzenverbände geht von einer Steigerung aus. Es wird trotz all dieser Hilfsmittel nicht besser, sondern schlimmer; das muss man deutlich sagen.

Was die angesprochenen 250 Mio. Euro im Kita-Bereich betrifft, arbeiten wir in gemeinsamen Gesprächen daran, dass es zu einer Vereinfachung der Abrechnung kommt, die in der Tat um Jahre verzögert ist. Das ist schlecht. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe wird sich im nächsten Jahr damit befassen, wie es zu einer Vereinfachung kommen kann.

Fazit ist, dass weitere Landeshilfen dringend nötig sind, insbesondere in Niedersachsen. Die hiesigen Besonderheiten sind, wie gesagt, dass wir ein doppelt so hohes Defizit haben, wie nach Königsteiner Schlüssel erwartet werden könnte. Gegenüber einer 13-prozentigen Steigerung der Kassenkredite im Bundesdurchschnitt gibt es hier fast eine Verdoppelung. Hinzu kommt, dass wir den im Bundesvergleich schlechtesten kommunalen Finanzausgleich haben. Dazu möchte ich Sie auf folgende Grafiken auf den Seiten 2 und 3 unserer schriftlichen Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2026 (***Vorlage 4 zu Drucksache 19/7910 neu***) aufmerksam machen:





Die Grafiken, die Sie schon aus den Vorjahren kennen, gelten nach wie vor. Das Finanzministerium - der Finanzminister - sagt, die Parameter zur Beurteilung der Verteilungssymmetrie gäben keinen Anlass für Veränderungen. Wir haben in unserer Stellungnahme das Wort „zynisch“ verwendet, und das sehen wir durchaus so. Wir haben den im Bundesvergleich schlechtesten kommunalen Finanzausgleich. Die orangene Linie, die den Landessaldo darstellt, ist oben, und die blaue Linie für den Finanzsaldo der Kommunen liegt - außer den in den Corona-Jahren - seit Jahren darunter. Aber das Land sieht keine Notwendigkeit für Änderungen, da die Verteilungssymmetrie gewährleistet sei. Das können wir überhaupt nicht nachvollziehen. Damit, dass man jetzt einfach mal so die Verteilkriterien ändert, damit man behaupten kann, dass das irgendwie passt, sind wir überhaupt nicht einverstanden. Für die Details verweise ich auf unsere schriftliche Stellungnahme.

Das Finanzministerium verweist in diesem Zusammenhang auf das steigende Anteilsverhältnis der Steuereinnahmen. Dazu ist deutlich zu sagen: Wir werden gezwungen, unsere Steuern zu erhöhen, um unsere Ausgaben überhaupt noch finanzieren zu können - und auf einmal sei damit alles wieder ausgeglichen. So funktioniert das nicht! Das Land ist der Finanzgarant der Kommunen. Insofern erwarten wir eine deutliche Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs - trotz der dankenswerten Hilfsprogramme, die ich genannt habe.

Ich komme zu einzelnen Punkten im Haushaltsgesetzentwurf.

Im Bereich der Integrationskosten fordern wir eine dauerhafte Anhebung der sogenannten kleinen Pauschale - das sind die Integrationsmittel - um 200 Euro pro Person. Die Novellierung des Aufnahmegesetzes lässt bisher auf sich warten; sie scheint ad acta gelegt worden zu sein. Hier muss jedenfalls etwas passieren. Der Niedersächsische Städtetag kritisiert zudem die Kürzung des Integrationsfonds von 10 auf 3 Mio. Euro. Auch das geht zulasten der Integration.

Auch die Finanzierung der Schulen ist eine große Aufgabe. Die Ausgestaltung der Schulfinanzierung kommt so langsam an ihre Grenzen. Wir haben eine Evaluation im Bereich der IT-Administration durchgeführt. Die Verhandlungen hierzu wurden im Prinzip ergebnislos beendet. Wir fordern eine Aufstockung des Ausgleichsbetrags auf jährlich 100 Mio. Euro - Mittel, die die Kommunen für die IT-Administration der Schulen aufwenden - und auch eine Dynamisierung des Betrags.

Des Weiteren ist mit Blick auf die schulische Sozialarbeit der Finger in die Wunde zu legen. Das Land hat diese Aufgabe eigentlich anerkannt, bleibt aber bei der Mittelzuweisung bei dem einmal auf den Weg gebrachten Betrag. Auch hierfür müsste es eigentlich mehr Geld geben, damit die Kommunen nicht Lückenbüßer sein müssen. Das gilt auch für das übrige pädagogische Personal des Landes.

Wenn das Land die Lehrer mit Endgeräten ausstatten möchte, wie es jetzt vorgesehen ist, soll es das gern tun, möge aber auch die Administration - im Übrigen auch die für die beabsichtigten Schülerendgeräte - auskömmlich finanzieren.

Die Baukosten im Bereich der Schulen steigen weiterhin an. Es sind viele Schulbauten zu sanieren. Es gibt seitens des Landes die Möglichkeit, eine Schulbauförderung nach § 115 des Niedersächsischen Schulgesetzes aufzulegen. Hier halten wir einen Betrag von 100 Mio. Euro pro Jahr für angezeigt.

Die Erstattung von inklusionsbedingten Kosten im Sekundarbereich II und an den Berufsschulen ist nach wie vor offen. Dieser Punkt wurde nicht berücksichtigt. Kommunale Träger haben dazu bereits Klage vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof erhoben. Insoweit bedarf es einer Rechtsänderung und einer Anpassung des Beitrags.

Ich komme zum Dauerthema Ganztagsschule. Weder die investiven Mittel noch die Betriebsmittel sind ausreichend. Wir fordern insoweit eine Verdoppelung des bislang vorgesehenen Betrags.

Der ÖPNV ist neben dem Bereich der Krankenhäuser einer der großen unterfinanzierten Bereiche. Niedersachsen ist Schlusslicht auch bei der ÖPNV-Finanzierung. Das Land gibt dafür derzeit 15 Euro pro Einwohner. In Hessen beispielsweise sind es 66 Euro pro Einwohner, in Baden-Württemberg 55 Euro pro Einwohner. Der zweitschlechteste Wert ist der von Nordrhein-Westfalen: immerhin noch 26 Euro pro Einwohner. Auch hier müsste also etwas passieren. Sie kennen das Fünf-Punkte-Papier, das wir zusammen mit den Verkehrsverbänden vorgelegt haben. Wir fordern, den Betrag auf mindestens 50 Euro pro Kopf zu erhöhen. Zudem fordern wir eine Beteiligung der ÖPNV-Aufgabenträger an den Finanzmitteln nach § 5 Abs. 11 des Regionalisierungsgesetzes. Hierzu verweise ich auf Seite 6 unserer schriftlichen Stellungnahme.

Insgesamt möchten wir Ihr Augenmerk auf den Bereich ÖPNV lenken. Es gibt weniger eine Mobilitätswende als vielmehr eine Unterfinanzierung des ÖPNV. Aufgrund verschiedener Ursachen bauen wir eher bestehende Verbindungen zurück als neue hinzu.

Im Bereich Tourismus regen wir seit Langem eine „Grundförderung Tourismus“ an, die es in anderen Ländern bereits gibt. Niedersachsen als großes Tourismusland leistet es sich, hier ins Hintertreffen zu geraten und gegenüber anderen Bundesländern zurückzufallen. Seit 2024 gibt es

einen kleinen Ansatz in Höhe von 2 Mio. Euro. Wir fordern eine Erhöhung auf mindestens 10 Mio. Euro bzw., wie gesagt, eine grundsätzliche Tourismusförderung.

Ein weiterer Punkt ist, dass das Land die Konnexität für die durch das Wohngeld-Plus-Gesetz entstandenen Verwaltungskosten anerkannt hat. Darüber war im Jahr 2024 Einvernehmen erzielt worden. Jedoch mahnen wir an dieser Stelle für die Zukunft schon einmal die Anpassung des entsprechenden Betrags an die tatsächlichen Kosten an.

Ich komme zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes.

Die Änderungen in Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes - Nr. 2 werden grundsätzlich begrüßt. Sie setzen einen Punkt des mit der Landesregierung im Frühjahr beschlossenen kommunalen Investitionspaktes um, der insbesondere eine weitere Zweckbestimmung der Mittelverwendung beinhaltet. Die vom Land gewählten Verteilkriterien akzeptieren wir. Wir regen jedoch an, die Zahlung nicht bis zum 30. September eines Jahres, sondern wie die übrigen Zahlungen auch zum 20. Juni eines Jahres zu leisten.

Unabhängig von dem jetzt vorgesehenen finanziellen Engagement des Landes bleibt weiterhin eine große Finanzierungslücke in diesem Aufgabenbereich, der aus den Kommunalhaushalten finanziert werden muss.

Mit den Änderungen zu Nr. 3 beteiligt sich die Landesregierung an den bei Schulträgern und Aufgabenträgern der Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen entstehenden Aufgaben für den Ganztagsanspruch. Selbst im Falle der Umsetzung innerhalb einer Ganztagsschule werden diese Beträge aber nicht ausreichen; darauf habe ich bereits hingewiesen. Es bedarf auch in diesem Bereich einer Dynamisierung.

Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht nicht der zwischen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände und dem Kultusministerium abgestimmten Fassung über die Abwicklung der Zahlung. Wir erwarten insoweit einen Nachtrag - der uns bitte rechtzeitig zur Stellungnahme zugeleitet werden sollte -, um die verabredeten Punkte umzusetzen.

Für unsere Anmerkungen zu den weiteren Artikeln des Gesetzentwurfs verweise ich auf die Seite 7 unserer schriftlichen Stellungnahme.

Ich komme zu unserem Fazit.

Die kommunale Finanzlage ist dramatisch. Wir stellen fest, dass das Land die angesprochenen Bundesmittel weiterleitet, was zwar zu begrüßen ist, die Kommunen aber nicht vor dem Kollaps retten wird. Wesentliche Punkte - Sozialausgaben und immer mehr auf uns zukommende Aufgaben - rühren von der Bundesebene her. Das möchten wir der Landesregierung für die Diskussionen mit dem Bund mitgeben. Wenn die Sozialausgaben weiterhin jedes Jahr um 10 % steigen - oder auch nur so bleiben, ohne zu sinken -, dann werden sie nicht mehr finanzierbar sein. Die kommunalen Defizite werden weiter ansteigen.

Ich fasse unsere Forderungen noch einmal in vier Punkten zusammen: die Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs, die vollständige Übernahme der Kosten staatlicher Aufgaben wie der Sicherstellung der inklusiven Schule und der Integrationskosten, die ausreichende Finanzierung des Ganztags sowie eine deutliche Erhöhung der Mittel für den Nahverkehr.

Allgemeine Aussprache
(zu TOP 1 bis 3)

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Ich möchte zunächst dem Landesrechnungshof und den kommunalen Spitzenverbänden für ihre ausführlichen Stellungnahmen zu den Entwürfen des Nachtragshaushaltsplans 2025 und des Haushaltsplanentwurfs 2026 danken.

Dem Finanzminister danke ich für die Vorstellung der beiden Haushaltsplanentwürfe. Damit ist es Dankes in diese Richtung aber auch genug - abgesehen vielleicht davon, dass wir insbesondere im Haushaltsplanentwurf 2026 eine ganze Reihe von Maßnahmen abgebildet sehen, die wir seit zwei Jahren in unseren Haushaltsanträgen gefordert haben und die von der Landesregierung sowie von SPD und Grünen bisher abgelehnt wurden.

Damit komme ich zu den Punkten, die wir kritisch sehen.

Dass hier im Wesentlichen auf Kreditfinanzierung zurückgegriffen wird, goutieren wir nicht, wie Sie sich vorstellen können, Herr Minister. Angesichts der Maßnahmen, die der Bund ergriffen hat, um den Investitionsstau im öffentlichen Bereich aufzulösen, und der steuerlichen Maßnahmen, die gleichzeitig ergriffen wurden, hatten Sie jetzt, zur Mitte der Legislaturperiode, die Wahl, entweder ein finanzpolitisches Schwergewicht zu sein und parallel zu diesen Maßnahmen ein Reformpaket auf den Weg zu bringen, das Sie auch gegenüber Ihren Amtskollegen nachdrücklich hätten adressieren können, oder aber einfach so weiterzumachen wie bisher.

Was wir in diesen Haushaltsplänen sehen, ist im Wesentlichen ein Ausschöpfen der bestehenden Kreditaufnahmemöglichkeiten und ansonsten ein „Weiter so wie bisher“. Das ist ein Fehler, der dazu führt, dass der Reformstau, den der Landesrechnungshof sehr treffend adressiert hat, und die strukturellen Defizite der Kommunen, zu denen die kommunalen Spitzenverbände hier zum wiederholten Male deutlich vorgetragen haben, nicht angegangen werden. Vielmehr werden sie durch eine ganze Reihe von Maßnahmen und eine Kreditaufnahme im höchstmöglichen Umfang - bis zum Anschlag - überdeckt. Das haben Sie selbst sowohl heute als auch schon in der vergangenen Woche bei den Haushaltsberatungen im Plenum zugegeben.

Die allermeisten Ihrer Amtskollegen gehen diesen Weg nicht. Viele Bundesländer sind in ihren Haushaltsaufstellungsverfahren übrigens noch gar nicht am selben Punkt wie wir, sondern bereiten die Haushaltseinbringung für ihre Plenarsitzungen im Dezember vor, auch vor dem Hintergrund der Maßnahmen des Bundes. Sie werden also erst später beschließen. Aber nach allem, was man bisher aus anderen Ländern hört - mit wenigen Ausnahmen, von denen wir es nicht anders kennen, wie Bremen und Berlin; Schleswig-Holstein ist in der besonderen Lage, seinen Haushalt in erheblichem Umfang korrigieren zu müssen, weil das dortige Landesverfassungsgericht Ausgabe- und Einnahmepositionen für nichtig erklärt hat -, gehen die anderen Finanzminister deutlich vorsichtiger vor, schöpfen die Nettokreditaufnahmemöglichkeiten nicht vollständig aus und stellen keine Nachtragshaushalte auf, um Kredite aufzunehmen. Der Landesrechnungshof hat, wie ich finde, sehr treffend analysiert, dass sie auch nicht auf die Idee kommen, über eine Kreditaufnahme in 2025 zusätzliche Spielräume für die Jahre 2026 ff. zu schaffen - für Ansätze, die nicht ursächlich im Haushalt 2025 abgedeckt, sondern eigentlich nur verschoben werden.

Die Mittel für die Kommunen, die in den Nachtragshaushalt 2025 eingestellt werden sollen, sind

ein gutes Beispiel dafür. Wie eben vorgetragen wurde, kommen diese Mittel jetzt nicht mehr, wie verabredet, aus dem Jahresabschluss 2024, sondern aus der Nettokreditaufnahme, um damit in 2026 ff. zusätzliche Spielräume zu eröffnen. Das ist nicht in Ordnung; das ist ein Verschiebebahnhof. Das trifft im Übrigen auf alle Ausgabepositionen im Nachtragshaushalt 2025 zu. Darunter ist nicht eine einzige Position, die noch durch die Abrechnung von Aufträgen und Ähnlichem umgesetzt werden kann. Das ist völlig unrealistisch.

In der Plenardebatte wurde mir vorgehalten, wir hätten so etwas auch schon getan. Das ist nicht der Fall. Wir hatten einen Nachtragshaushalt vorgeschlagen, der es mit mehr als einem Quartal Spielraum ermöglicht hätte, beispielsweise Reparaturmaßnahmen im Straßenbau durchzuführen. Aber auf die Idee, im Dezember einen Nachtragshaushalt zu beschließen, der noch im selben Monat in einem Umfang von mehreren Hundert Millionen Euro ausgabewirksam werden soll, sind wir nicht gekommen. Diese Landesregierung tut das in dem Wissen, dass das nicht passieren wird, und zwar mit der alleinigen Zielsetzung, die Nettokreditaufnahme noch irgendwie darstellen zu können. Herr Minister, mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit hat das, was Sie hier machen, nichts zu tun, sondern ausschließlich mit der Maximierung von Kreditaufnahmen.

Hinzu kommt, dass Sie anstelle einer Finanzierung struktureller Defizite aus der Rücklage die Möglichkeiten, die Sie jetzt bekommen haben, dazu nutzen, die Rücklage anderweitig, nämlich vollumfänglich über den Mipla-Zeitraum sowie in den Haushaltsplänen 2025 und 2026 - vor allem 2026 - zu verplanen. Sie haben - zumindest nach heutigem Stand - vor, Ihre Kreditaufnahmemöglichkeiten über die NIA noch einmal stärker auszuweiten. Wie das administrativ umgesetzt werden soll, ist uns allen ein Rätsel. Und Sie schichten fleißig zwischen dem Nachtragshaushalt, dem regulären Haushalt und der Mipla um. Einziges Ziel dabei: maximale Möglichkeiten in der Ausgabepolitik. Keine strukturellen Verbesserungen, keine strukturellen Reformen - weder auf der kommunalen Seite noch auf der Ebene des Landes.

Nicht mal in Ihrem eigenen Haus gibt es solche Reformen. Das ist aber die Grundvoraussetzung, um die geschaffenen Investitionsmöglichkeiten umsetzen zu können: eine umfassende Reform des Staatlichen Baumanagements im Haushaltsplanentwurf. Im Kapitel des Staatlichen Baumanagements, das budgetiert ist, sind - zumindest nach erster, aber intensiver Betrachtung - keine Vorsorgen dafür getroffen. Vielmehr gibt es auch hier nur ein „Weiter so wie bisher“ und ein paar Personalmaßnahmen. Aber strukturelle Veränderungen sind auch an dieser Stelle des Haushaltsplanentwurfs nicht vorgesehen. Das hätte eigentlich der erste Schritt sein müssen; darüber hätte schon längst debattiert werden müssen.

Sie verfolgen aktuell noch immer eine Philosophie des „Wir reden darüber“. Herr Minister, mehr als die Hälfte der Legislaturperiode ist vorüber. Diese Philosophie des darüber Redens, des Planens und Vorbereitens muss ein Ende haben. Sie müssen jetzt mal ins Machen kommen! Sie bunkern - diesen Begriff habe ich schon zu Beginn dieser Legislaturperiode mehrfach gebraucht - insbesondere für die energetische Sanierung von Landesliegenschaften über eine halbe Milliarde Euro, kriegen das Geld aber nicht aufs Gleis. Es hilft doch nichts, wenn die Mittel in einem Sondervermögen geparkt werden, Sie aber die Maßnahmen nicht treffen, die letztlich zu einer Verbesserung des Gebäudebestands führen. Auch die Gründung der NIA - oder wie immer Sie das Ganze am Ende nennen oder strukturieren - wird nicht dabei helfen, weil Sie ein Problem haben, diese Mittel in Planung und Realisierung umzusetzen. Es ist Ihre Behörde, das Finanzministerium, die das tun müsste. Das haben Sie viel zu lange liegengelassen. Jetzt reden

Sie immer noch darüber, machen aber immer noch keinen Vorschlag. Insbesondere in der Frage der Nutzung von erneuerbaren Energien im Bereich der Landesliegenschaften - das wurde Ihnen erst jüngst ins Stammbuch geschrieben - ist in der letzten Legislaturperiode vieles vorbereitet worden. Sie haben groß angekündigt, dass Sie daran anknüpfen wollen, aber jetzt wird dieses Thema vertagt und wieder nicht entschieden. Herr Minister, wir brauchen Entscheidungen zu diesen Themen. Wir brauchen Umsetzung und nicht immer nur blumige Reden, Ankündigungen und Stuhlkreisveranstaltungen!

Im Übrigen betrachten wir das, was Sie mit Blick auf die Mipla tun, mit einer gewissen Sorge. Anstatt nämlich strukturelle Reformen anzugehen, blähen Sie die globale Minderausgabe auf ein Rekordvolumen von 519 Mio. Euro im letzten Mipla-Jahr auf, weil sie keine Antworten auf die Frage haben, wie Sie die notwendigen strukturellen Einsparungen vornehmen sollen. Deswegen machen Sie das über dieses Instrument.

Der Einzelplan 19 ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie notwendige Reformen immer weiter vertagt werden. Denn so, wie es jetzt vorgesehen ist, ist dieser Einzelplan eine Chimäre. Die Forderung eines IT-Einzelplans ist damit zwar formal erfüllt; dafür klopfen Sie sich auf die Schulter und erklären gleichzeitig, die inhaltliche Ausführung komme später. Aber im Moment ist das eigentlich nur ein Appendix zum Einzelplan 03 des Innenministeriums - nichts anderes. So hätten Sie das Ganze auch im Einzelplan 03 belassen können, weil es so nichts nützt. Hilfreich wäre gewesen, wenn wenigstens Sie als Finanzminister die IT-Einnahmen und -Ausgaben aus Ihren Einzelplänen in den Einzelplan 19 gebucht hätten. Aber nicht einmal Sie haben das für Ihr Haus getan, weil Sie und die Staatssekretärin nicht bereit sind, in diesem Bereich Ressortverantwortung abzugeben und das Ressortprinzip zu durchbrechen. Das ist aber der Schlüssel, um endlich eine IT-Reform aus einem Guss und damit eine echte Reform der Landesverwaltung zu erreichen.

Das wäre übrigens die Grundlage dafür, dass auch die Kommunen die Digitalisierung endlich vernünftig umsetzen könnten. Denn diese warten inzwischen nicht mehr aufs Land, sondern machen sich ohne das Land auf den Weg. Das wird ein großes Problem werden, wenn das Land drei oder vier Jahre später - auf jeden Fall nach der nächsten Landtagswahl, unter unserer Verantwortung - Schnittstellenentscheidungen treffen muss. Wir werden das vernünftig machen und schauen müssen, wie das, was die Kommunen jetzt in Vorleistung durchgeführt haben, kompatibel gemacht werden kann. Denn die Kommunen verzweifeln inzwischen daran, dass das Land nicht liefert. Das geschieht auch ausweislich des Einzelplanentwurfs 19 nicht, sondern wird um ein weiteres Haushaltsjahr hinausgezögert.

Zu einem weiteren Punkt hätte ich gerne von Ihnen persönlich und nicht erst im Rahmen der Einzelberatung eine Antwort. Ich sehe in diesem Haushaltsplanentwurf nicht, wie das Problem, das es im Moment mit Dataport gibt, gelöst werden soll. Ihre eigene Finanzverwaltung hat derzeit ein erkennbares administratives Problem. Sie ist nicht mehr im notwendigen Umfang arbeitsfähig, weil die Datentransfer- und -speichermöglichkeiten nicht ausreichen. Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass unsere Finanzverwaltung in einem laufenden Umstellungsprozess dysfunktional wird. In Teilen ist sie das inzwischen, und das ist auch Ihre Verantwortung. Im Haushaltsplanentwurf finde ich keine Antwort darauf. Sie mögen sagen: Das ruckelt sich alles zurecht. - Nein, das ist nicht der Fall. Das ist inzwischen seit Monaten ein Problem, das Sie nicht in den Griff bekommen. Es liegt in Ihrer persönlichen Ressortverantwortung, dass wir eine nicht mehr funktionsfähige Finanzverwaltung haben, weil die dahinter stehende IT nicht funktioniert. Das ist keine Kritik an den Mitarbeitern; sie machen einen wirklich guten Job und tun, was sie

können. Sie kommen inzwischen auf uns zu, weil sie daran verzweifeln, dass ihre Arbeitsplatzrechner nicht mehr funktionieren und sie mit Systemen konfrontiert sind, die dazu führen, dass sie ihren Job nicht machen können. Das ist am Ende zum Schaden des Landes.

An einer Stelle ist es bereits zum Schaden der Kommunen gewesen, dass das System nicht funktioniert. Auch darauf gibt es im Haushaltsentwurf keine Antwort. Wir haben im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ die Feststellung des Landesrechnungshofs diskutiert und auch im Plenum gegenüber der Landesregierung adressiert, dass den Kommunen ein nachhaltiger Schaden dadurch entstanden ist, dass Gewerbesteuerabrechnungen in dreistelliger Millionenhöhe aufgrund der in Rede stehenden Systeme falsch durchgeführt wurden. Herr Minister, ich empfehle Ihnen dringend, die Stellungnahmen des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ und des Landesrechnungshofs zu diesem Thema zu lesen. Denn die Antwort darauf, wie diese Einnahmeausfälle ausgeglichen werden können - ob das Land an die Stelle der Steuerpflichtigen tritt, weil es den Schaden zulasten der Kommunen verursacht hat -, hätte im Haushaltsplanentwurf gegeben werden müssen. Das ist aber nicht passiert.

Ich habe in der letzten Woche im Plenum die Frage gestellt, wie die zusätzlichen Personalausgaben in Höhe von 842 Mio. Euro in diesem Haushaltsplanentwurf zustande kommen. Mehr als 400 Mio. Euro davon sind nicht durch Tarifsteigerungen und deren Nachvollziehen für den Bereich unserer Beamten erklärbar. Sie haben das auch in Ihrem heutigen Vortrag nicht erläutert. Es ist aber erklärungsbedürftig, warum die Landesregierung zu nach unserem Dafürhalten zum Teil unrealistischen Haushaltsansätzen im Bereich der Personalausgaben kommt, die möglicherweise über Jahresabschlüsse wieder ausgeglichen werden müssen. Herr Minister, ich bitte Sie, diese deutlichen Steigerungen bei den Personalausgaben gegenüber dem Ausschuss im Detail zu erklären.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte - er wurde von der heutigen Tagesordnung abgesetzt -, ist die Frage, wie wir eigentlich mit dem Thema NIA weiter umgehen wollen. Ausweislich des Haushaltsplanentwurfs 2026 wird davon ausgegangen, dass diese Anstalt errichtet wird. Das ist vor dem Hintergrund der heutigen Sitzung meines Erachtens zumindest fraglich. Wenn das nicht der Fall wäre, hätten wir den heutigen Tagesordnungspunkt 5 nicht absetzen müssen. Dann hätten die regierungstragenden Fraktionen nicht erklärt, sie hätten intensiven Beratungsbedarf mit Blick auf die Stellungnahmen. Diese Stellungnahmen sind ja fast ausnahmslos nicht sehr erfreulich für Sie, sowohl inhaltlich als auch rechtlich. Das muss einem Finanzminister zu denken geben.

Wenn das so ist, muss ein Plan B entwickelt werden, der Auswirkungen auf den Landeshaushalt 2026 hätte. Ich fordere Sie deshalb nachdrücklich dazu auf, zumindest mit Blick auf die technische Liste Vorsorge für den Fall zu treffen, dass es nicht zu einer Beschlussfassung über den Gesetzentwurf zur Errichtung der NIA kommt. Ich habe schon vor Eintritt in die Tagesordnung unsere Forderung bekräftigt, diesem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen, weil wir ihn für inhaltlich falsch und latent verfassungswidrig halten. Treffen Sie Vorsorge für den Fall, dass die regierungstragenden Fraktionen doch anders als bisher vorgesehen handeln oder der Staatsgerichtshof gegebenenfalls ein entsprechendes Urteil fällt, sodass zu den ohnehin schon bestehenden strukturellen Problemen im Staatlichen Baumanagement im Jahr 2026 nicht noch hinzukommt, dass es für möglicherweise begonnene oder geplante Projekte keine Finanzierungsstruktur gibt.

Denn die Wahrheit ist, dass bei dem von der Landesregierung als erstes großes Projekt der NIA adressierten Vorhaben, der Sanierung der Justizvollzugsanstalt in Hannover, nach ursprünglichen Erklärungen der Landesregierung schon im vergangenen Jahr der erste Spatenstich hätte stattfinden sollen. Die Justizministerin hat sich öffentlich dazu erklärt; das war ihre Zielsetzung. Jetzt ist das Jahr 2025 fast vorüber. Jetzt heißt es, man wolle 2026 in die Planung einsteigen. Das Projekt wird also immer wieder vertagt. Nun droht dieses als erstes prestigeträchtiges Projekt der NIA geplante Vorhaben noch einmal zeitlich notleidend zu werden, wenn Sie, Herr Minister, nicht dafür sorgen, dass ein Plan B entwickelt wird.

Abschließend möchte ich eine grundsätzliche Frage ansprechen. Im Zusammenhang mit den Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes, die an die Länder und Kommunen fließen sollen, wird häufig von Jahrestranchen gesprochen. Das haben auch Sie getan, Herr Dr. Trips. Das steht aber nirgendwo und wird auch nicht so kommen. Im Moment ist es so angelegt, dass quasi die Gesamtsumme sofort abgerufen und mit Rechnungen belegt werden könnte, da die dahinterstehende Idee ist: So viel so schnell wie möglich, um einen konjunkturellen Effekt zu erzielen. Deswegen halte ich es für einen Fehler in der Kommunikation, dass sowohl die Landesregierung als auch viele andere Beteiligte stets in Jahrestranchen rechnen. Man sollte kommunizieren, dass das nicht der Fall ist, damit sich alle Beteiligten darauf vorbereiten können, dass insbesondere in der Anfangszeit deutlich mehr Planungskapazitäten und Ähnliches benötigt werden, um tatsächlich den Effekt zu erzielen, der damit verbunden sein soll.

Einige Ihrer Amtskollegen, Herr Minister, haben in ihren Haushaltsplanentwürfen sozusagen Nullansätze eingestellt, in die später hineingebucht werden kann, um eine parlamentarische Kontrolle der Mittelplanung und -verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes, die aktuell nirgendwo vorgesehen ist, zu ermöglichen. Sie haben das nicht getan. Andere haben schon jetzt die Struktur eines Sondervermögens angelegt, damit man zumindest erkennen kann, um welche konkreten Maßnahmen es geht. Momentan beraten wir einen Haushalt, ohne zu wissen, was diesbezüglich noch zu erwarten ist. Die Haushaltsberatungen 2026 sind insbesondere, was den investiven Bereich angeht, deutlich dadurch erschwert, dass Sie bisher gar keine Antworten darauf geben, über welche weiteren Maßnahmen wir reden, wie sie administriert werden, wie sie haushalterisch behandelt werden sollen und wie ihre parlamentarische Kontrolle stattfinden soll. Um es deutlich zu sagen: Haushaltsmittel des Bundes in einem solchen Umfang, die über die Länder administriert und zum Teil an die Kommunen weitergeleitet werden, ohne jegliche parlamentarische Kontrolle nur exekutiv zu bewirtschaften, hielten wir für hoch problematisch. Das wird nicht gehen. Das ist in der Struktur des Haushaltsplanentwurfs bisher nicht angelegt. Ich fordere Sie auf, das nachzuholen.

Abg. **Peer Lilienthal** (AfD): Die Niedersächsische Verfassung ist seit ihrem Inkrafttreten nicht oft geändert worden - eines der letzten Male war am 23. Oktober 2019. Damals wurde die niedersächsische Schuldenbremse eingeführt. Das ist nicht einmal sechs Jahre her, und nun ist die Schuldenbremse durch den Bundestag außer Kraft gesetzt worden. Artikel 71 Abs. 2 unserer Verfassung ist damit ungültig. Verfassungsrechtlich ist das natürlich zulässig; das ist also legal. Aber wann immer Sie gefragt werden - der eine oder andere von Ihnen nimmt ja an Podiumsdiskussionen teil -, weshalb das Vertrauen der Menschen in die Institutionen erodiert, müssen Sie sich diesen Vorgang vor Augen führen: Ein abgewählter Bundestag, dem eine geringere demokratische Legitimität zukommt, setzt die Schuldenbremse außer Kraft - auch die eines Landes,

die vor sechs Jahren mit breiter parlamentarischer Mehrheit eingeführt wurde. Ich halte das für einen hoch problematischen Vorgang, zumal unsere niedersächsische Schuldenbremse eigentlich ein erprobtes Mittel war. Ich halte die Corona-Maßnahmen und den für sie gefundenen finanziellen Ausgleich nicht in vollem Umfang für richtig, aber haushalterisch hat das Verfahren funktioniert. Es gab eine Notlage, der vom Parlament, wie ich finde, angemessen begegnet wurde.

Der angesprochene Artikel der Niedersächsischen Verfassung dürfte der mit der kürzesten Lebenszeit sein. Das ist traurig, denn die Schuldenbremse war eine Versicherung für kommende Generationen; wir haben in der letzten Legislaturperiode häufig darüber gestritten, was das alles beinhaltet. Sie war ein Instrument, das auch Ausnahmen zuließ, wenn es nicht anders ging. Sie war vor allem aber ein Damm zur Begrenzung von Ausgaben. Ich zitiere den ehemaligen Senator des Landesrechnungshofs Palm, der in Bezug auf die Schuldenbremse gesagt hat: Wir haben uns quasi wie Odysseus an den Mast gebunden, um durch Stürme zu kommen. - Die Schuldenbremse war aber noch mehr: Sie war auch eine langfristige Verpflichtung zu Innovation, Struktur - ein wichtiger Punkt, auf den ich noch näher eingehen werde -, Aufgabenkritik und technischem Fortschritt. Man könnte die Schuldenbremse auch als langfristigen Wohlstandsmotor betrachten. Jetzt hingegen werden Löcher gestopft.

Es gibt im Prinzip drei Eckpfeiler, die diesen Haushalt kennzeichnen: erstens die Nutzung von Verschuldungsmöglichkeiten - darüber habe ich eben gesprochen -, zweitens das komplette Aufbrauchen der Rücklage und drittens die Immobiliengesellschaft als De-facto-Sondervermögen. Alles wird jetzt auf einen kleinen Zeitraum von drei Jahren konzentriert. Wenn man tiefer in den Haushalt einsteigt, sieht man, dass die Zeiträume zumeist dreijährig sind, unabhängig von der Mipla. Man könnte auch einen zweiten oder dritten Nachtragshaushalt danebenlegen, den strukturellen Problemen würde doch nie wirklich begegnet.

Ich würde sogar weiter gehen als die Vertreter der kommunalen Familie und sagen: Nicht nur löst diese Herangehensweise die strukturellen Probleme nicht, sie verstärkt sie noch. Denn aus meiner Sicht wird folgender Effekt eintreten: Erstens trifft ein gigantisches Finanzvolumen auf Strukturen, die nicht darauf vorbereitet sind, solche Geldmengen zu verarbeiten. Zweitens werden die bestehenden strukturellen Probleme überdeckt. Wenn die aktuelle Geldflut in drei bis fünf Jahren abebbt, werden sich diese strukturellen Probleme vermutlich potenzieren.

Was die investiven Maßnahmen angeht, möchte ich nicht verhehlen, dass es natürlich einige infrastrukturell wichtige Punkte gibt, bei denen man durchaus sagen könnte: Das muss man mit einer großen Menge an Geld angehen. Nicht jeder Euro ist insoweit falsch ausgegeben. Aber sehen wir uns zum Beispiel die Landesstraßen an: Laut einer Zustandserfassung im Jahr 2020 waren 1 500 von 8 000 km Landesstraßen in schlechtem Zustand. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine - wie ich finde, gute - Kleine Anfrage der CDU-Fraktion in der Drucksache 19/8385 hervor. Unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten, die es jetzt gibt - wo sollen die Menschen herkommen, die entsprechende Sanierungen planen und ausführen? Es ist schlicht unseriös, zu sagen, dass in den nächsten drei bis fünf Jahren 1 500 km Landesstraßen saniert werden könnten, selbst wenn die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen.

Ein größerer Punkt ist der schon vielfach diskutierte Baubereich. Herr Minister, im Koalitionsvertrag steht, dass 100 000 Sozialwohnungen gebaut und 40 000 Wohnungen in der Wohnraum Niedersachsen GmbH vereint werden sollen. Es ist unklar, ob das kumulativ gemeint ist oder

ineinander aufgehen soll; vielleicht können Sie dazu etwas sagen. In jedem Fall lassen die Ist-Zahlen darauf schließen, dass das Erreichen dieses Ziels praktisch ausgeschlossen ist.

Im Übrigen möchte ich den Zeitstrahl, den der Landesrechnungshof vorgetragen hat, infrage stellen: Ich sehe nicht, dass jetzt noch zwei Monate bleiben, um das Geld aus dem Nachtragshaushalt 2025 sozusagen auf die Straße zu bekommen. Soweit ich informiert bin, soll der Nachtragshaushalt zusammen mit dem Haushalt 2026 im Dezember verabschiedet werden. Somit verblieben noch zwölf Tage, ein großer Teil davon Feiertage. Es muss beantwortet werden, wie die entsprechenden Maßnahmen noch in 2025 umgesetzt werden sollen.

Herr Minister, Sie haben angemerkt - es steht auch so in der Mipla -, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwierig sind. Nun sind diese Rahmenbedingungen im Gegensatz zu vielen Ereignissen in der Vergangenheit nicht vom Himmel gefallen. Wir haben eine Energiekrise, die zumindest teilweise auch politisch, nämlich durch den übereilten Ausstieg aus der Kernenergie verantwortet wurde. Ich habe schon einmal recht ausführlich hier im Ausschuss dargestellt, dass ich kein ausgesprochener Fan von Kernenergie bin, aber es ist nun einmal verantwortungslos, das Alte abzuschalten, bevor das Neue funktioniert. Das Verbrenner-Aus oder auch die von Ihrem Ministerpräsidenten ins Spiel gebrachte Reduzierung der Umsatzsteuer für E-Fahrzeuge von 19 auf 7 % machen die Rahmenbedingungen ebenfalls schwierig.

Herr Minister, Sie sagten, dass 1 200 Stellen für Lehrkräfte zusätzlich geschaffen werden. Das ist, bezogen auf den Haushalt, zunächst mal richtig. Wir erleben aber - es gibt zahlreiche Anfragen dazu, die ich zitieren könnte -, dass immer mehr Unterricht ausfällt. Es gibt also zwar immer mehr Lehrkräfte, aber immer weniger Unterricht. Ich führe das zum Teil auf den, wie ich es nenne, „A-13-Effekt“ zurück. Sie haben im vergangenen Jahr A 13 für alle Lehrkräfte, auch für die an Grundschulen, eingeführt. Jeder Grundschullehrer ist also quasi der Besoldung nach einem Major gleichgestellt worden. Das hat natürlich den Effekt gehabt - es war klar, dass dieser eintreten würde -, dass mehr Lehrkräfte, die bisher nach A 12 besoldeten wurden, in Teilzeit gehen; genau das ist eingetreten. Deshalb hat die Unterrichtsversorgung trotz mehr Lehrkräften abgenommen. Können Sie dazu bitte ausführen?

Ein letzter Punkt, auf den ich eingehen möchte, betrifft den Einzelplan 04. Stellenhebungen sind, für sich betrachtet, natürlich dankens- und lohnenswert; das trifft auch auf viele andere Punkte zu. Aber auch in diesem Bereich wird nicht der Versuch unternommen, die Struktur einmal grundsätzlich anzugehen. In einem unserer Nachbarbundesländer gibt es ein Pilotprojekt, in dessen Rahmen einige Arten von Steuererklärungen im Prinzip nicht mehr durch die Steuerpflichtigen eingereicht werden, sondern vom Finanzamt vorausgefüllt und mit einer Einspruchsfrist versehen versandt werden - so ist das übrigens in den nordischen Ländern üblich - und nach Ablauf dieser Frist bestandskräftig sind. Das wäre ein gangbarer Weg. Herr Minister, würden Sie sich solchen Überlegungen anschließen und sagen, dass es einer allgemeinen Arbeitnehmerveranlagung in dieser Form im Prinzip nicht mehr bedarf?

Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE): Auch von mir vielen Dank an den Minister für die Vorstellung der beiden Haushaltsplanentwürfe, aber auch an den Landesrechnungshof und die kommunalen Spitzenverbände für ihre ausführlichen Stellungnahmen.

Was das Thema Neuverschuldung angeht, werde ich, wie Sie sich sicherlich vorstellen können, nicht in die Lobeshymnen auf die Schuldenbremse einstimmen. Ich möchte darauf hinweisen,

dass in diesem Moment im Deutschen Bundestag die Beratung zum Bundeshaushalt 2025 stattfindet. Bereits gestern hat die Presse vom „Schuldenkanzler“ Merz gesprochen. Der Bundesrechnungshof hat den Bundeshaushalt bereits zerpflückt, die Maßnahmen zum Teil als unwirksam bezeichnet und errechnet, dass ein Großteil davon nicht, wie eigentlich vereinbart, zusätzliche Investitionen sind. Ich finde, im Gegensatz dazu befinden wir uns mit Blick auf unseren Nachtragshaushalt 2025 und den Landeshaushalt 2026 doch in einer deutlich anderen Lage.

Was vonseiten der Opposition nicht erwähnte wurde, ist, dass es einen Konsolidierungsplan gibt, der Ende 2024 bzw. mit der Haushaltsaufstellung 2025 beschlossen wurde und weitergeführt wird - unabhängig davon, wie sich die rechtliche Lage auf Bundesebene auch mit Blick auf Möglichkeiten zur Neuverschuldung verändert hat. Wir befinden uns nicht in derselben Lage wie andere Bundesländer. Das Niedersächsische Finanzministerium hat über mehrere Legislaturperioden hinweg einen anderen Kurs gefahren als andere Landesregierungen. Daher mag der hiesige Konsolidierungskurs nicht so einschneidend sein wie in Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen, aber es ist festzuhalten, dass es einen solchen Kurs gibt und die Landesregierung daran arbeitet. Dafür bin ich ihr dankbar.

Es handelt sich nicht um einen ausschließlichen Weg in dauerhafte Neuverschuldung, wenn konsolidiert wird. Auch ich wünsche mir Alternativen zur Einnahmeerhöhung. Bundesfinanzminister Klingbeil hat sie erwähnt. Gerald Heere und selbst Jens Spahn haben erwähnt, dass wir möglicherweise diverse Steuern anpassen müssen, um das Steueraufkommen zu erhöhen.

Gestern hat das Präsidium des Städtetags in einer Pressemitteilung verlauten lassen, dass die Staatsfinanzen dringend reformiert werden müssen, um den Kommunen zu helfen. Wie Sie erwähnt haben, hat das Land die Kompetenz dazu nicht in dem Maße, das wir uns wünschen würden. Ich glaube, wir sind insoweit alle relativ nah beieinander: Gerne schnell und sofort! Auch meine Kommune leidet, wie es alle anderen tun. Allerdings ist es aktuell noch nicht so weit, sodass wir uns durchaus fragen müssen, ob wir noch länger warten oder wenigstens das Bisschen, das wir tun können, tun und dafür auch die Möglichkeiten des Landes zur Neuverschuldung nutzen wollen. Auch ich weiß, dass es dennoch nicht ausreicht.

Insofern begrüße ich, dass wir mit dem Nachtragshaushalt vor der Lage sind, das heißt, ihn aufgestellt haben, bevor die rechtlichen Rahmenbedingungen von Bundesseite feststehen. Für mich ist das ein positives Zeichen. Es versetzt uns in die Lage, Spielräume zu nutzen und dem Investitionsstau etwas entgegenzusetzen. Die Jahresberichte des Landesrechnungshofs geben verschiedentlich Auskunft darüber, wo überall Bedarfe bestehen. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass das Geld nicht einmal ausreicht, um die Bedarfe der Kommunen vollständig zu bedienen. Insofern sehe ich die Bedarfsfrage etwas unterschiedlich und danke dem Minister, dass wir die Chance ergreifen, die betreffenden Mittel so kurzfristig, noch in diesem Jahr nutzen zu können.

Die Ausführungen des Ministers zum Monitoring der Zinsbelastung zeigen, dass unsere Landesregierung sehr verantwortungsvoll vorgeht. In den Kernpunkten des Nachtragshaushalts - die Zusagen an die Kommunen, die dringend Liquiditätsunterstützung brauchen, die Wohnungsgesellschaft, die Landesliegenschaften, NPorts - sehe ich im Prinzip eher größere Bedarfe.

Was die Kritik angeht, die Maßnahmen würden nicht umgesetzt: Ja, die Kommunen werden die Maßnahmen, auch wenn sie das Geld in diesem Jahr bekommen, wahrscheinlich noch nicht

komplett umsetzen können. Aber wir nutzen das Geld, anstatt es verfallen zu lassen. Die Kommunen haben gegebenenfalls auch noch Anfang 2026 die Möglichkeit, Dinge mit diesem Geld umzusetzen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass alle Landkreise und Gemeinden schon fertige Pakete in der Frage geschnürt haben, wie sie mit dem Geld umgehen werden. Aber ich sehe das auch nicht als Problem an. Wichtig ist, dass wir das Geld jetzt nicht verfallen lassen, sondern es nutzen, um die angesprochenen Probleme angehen zu können.

Ich persönlich finde es übrigens gut, dass wir die Rücklage reduzieren und das strukturelle Defizit nicht immer weiter durch Haushaltsüberschüsse und die Rücklage finanzieren, sondern das System endlich umstellen. Dieser Punkt wurde jahrelang kritisiert. Es mag Ihrer Oppositionsrolle geschuldet sein, dass Sie sich nicht darüber freuen, dass es jetzt passiert, aber ich tue es.

Natürlich hatte auch ich ein gewisses Problem damit, dass das Personal schon wieder aufgestockt wird. Herr Thiele, Sie haben mit Blick auf dieses Thema 2023 das Parkinson'sche Gesetz erwähnt. Gerade, was Stellen für Lehrer*innen - in diesem Bereich geht es im Wesentlichen um Stundenausfälle -, bei der Polizei - dabei geht es um gefühlte oder reale Sicherheit - oder innerhalb der Steuerbehörden angeht, sind das wichtige Maßnahmen, auch um dem demografischen Wandel in der Verwaltung etwas entgegenzusetzen; ich verweise auf den Personalstrukturbericht. Denn dass es Abgänge geben wird, ist völlig klar. Daher muss ein Übergang organisiert werden. Insofern kann ich die entsprechenden Ansätze gut nachvollziehen.

Die Neuerung mit Blick auf das Kapitel 0405, die Sie angesprochen haben, Herr Minister, sorgt für mehr Transparenz. Das ist in der Gesamtdebatte möglicherweise etwas untergegangen.

Die Stellenhebungen, die Sie erwähnt haben, halte ich für ein wichtiges Zeichen gerade an die Bediensteten in der Steuerverwaltung, um diesen Dienst attraktiver zu machen. Schon öfter wurde darüber unterrichtet, dass das Personal aus diesem Bereich direkt abgeworben wird. Dass es insofern eine Entwicklungsperspektive gibt, finde ich sehr wichtig, und ich danke dem Minister dafür, dass er den entsprechenden kw-Vermerk geändert hat.

Auch die Stärkung der Bauverwaltung haben Sie sehr überzeugend dargestellt. Aus meiner Sicht bedeuten die genannte Verstetigung plus die erwähnten 500 Mio. Euro für die Durchsanierung mehr als nur Erhalt, sondern hier wird auch der Weg in Richtung energetische Sanierung beschritten. Ich möchte daran erinnern, dass sich das Land zur Klimaneutralität in zehn Jahren verpflichtet hat. Insofern ist es wichtig, dass wir diesen Punkt angehen. Die Bedarfe in diesem Bereich sind daher wahrscheinlich deutlich höher, als bisher angenommen wird.

Vor diesem Hintergrund halte ich das angesprochene niedersächsische Investitionsprogramm in der Tat für eine beeindruckende Maßnahme, mit der ich und wahrscheinlich wir alle vor einem Jahr noch nicht gerechnet haben. Es ist einmalig und historisch. Ich danke der Landesregierung dafür, dass sie die Mittel gerade nicht nur für Prestigeprojekte verwendet, sondern die Kernthemen angeht. Anhand der jeweiligen Einzelpläne und Übersichten wird sehr deutlich, wofür das Geld verwendet wird. Es wird eben kein Wahlkampf damit gemacht; eine Gebäudesanierung bringt für gewöhnlich nicht viele schöne Bilder, ist aber extrem notwendig.

Was die Stellungnahme des Landesrechnungshofs angeht, der sich zum Teil der Kritik des Bundesrechnungshofs angeschlossen hat, dass die Kontrolle über die Mittel fehle, wenn sie einfach

ausgeschüttet und vielfach nicht mit Maßnahmen hinterlegt werden: Das steht in direktem Konflikt mit der Absicht, die Mittel möglichst schnell und unbürokratisch auszukehren und umzusetzen. Ich als Abgeordneter möchte den Kommunen nicht sagen müssen: Wir möchten die Maßnahmen gerne etwas komplizierter machen und anschließend noch umfangreiche Nachweise anfordern. Hierzu habe ich also mit Blick auf die Kommunen eine etwas andere Position als der Landesrechnungshof. Es ist eine Frage der Abwägung, die man vornehmen muss, wenn man möglichst unbürokratisch vorgehen und das Geld möglichst schnell auf die Straße bringen möchte.

Schließlich wurde angemerkt, die Strukturen seien nicht vorhanden, um das Geld auf die Straße zu bringen. Mir ist dieselbe Argumentation in umgekehrter Richtung bekannt. Das klingt für mich nach einem klassischen Henne-Ei-Problem. Ich persönlich möchte die Gelegenheit beim Schopfe packen und die Chance, die die Bundesebene uns jetzt gegeben hat, nutzen, um den Investitionsstau anzugehen.

Abg. **Björn Meyer** (SPD): Zunächst möchte ich mich bei Gerald Heere für die Vorstellung des Nachtragshaushalts 2025 mit einem Umfang von 1,4 Mrd. Euro und des Haushalts 2026 im Umfang von 47,9 Mrd. Euro bedanken. Ebenso möchte ich Frau Dr. Liebetruth für die Vorstellung des Entwurfs des Haushaltsbegleitgesetzes danken, das notwendig ist, um das Ganze umsetzen zu können.

Ich danke auch dem Landesrechnungshof für seine Stellungnahme. Ich habe wahrgenommen, dass bei aller Kritik, die naturgemäß geäußert wird, durchaus anerkannt wird, dass wir viele strukturelle Probleme durch Investitionen anpacken wollen.

Auch für die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände möchte ich mich bedanken. Die meisten von uns sind auch in Kommunalparlamenten aktiv und wissen natürlich, wie es um die kommunalen Finanzen bestellt ist. Ich habe den Eindruck, dass das zerrissene Tischtuch im Vergleich zu den Diskussionen im letzten Jahr durch diesen Haushalt sozusagen ein Stück weit wieder zusammengenäht wurde, da entsprechende Mittel an die Kommunen fließen - auch wenn nachvollziehbar ist, dass die strukturellen Defizite der kommunalen Haushalte damit nicht vollständig ausgeglichen werden.

Mein Dank gilt auch der Bundesregierung von Christdemokraten und Sozialdemokraten, die es überhaupt erst ermöglicht hat, den schon vielfach angesprochenen Spielraum auszuschöpfen und insbesondere auch die allgemeine Rücklage aufzulösen. Das wurde von den Christdemokraten in den letzten Jahren nachdrücklich gefordert. Jetzt, da die Schuldenbremse ein wenig gelockert wurde, können wir das endlich tun. Ich meine, sogar ein gewisses Frohlocken bei Herrn Thiele wahrgenommen zu haben, der zumindest davon gesprochen hat, dass es möglich sei, dass die Konjunktur ein Stück weit anspringt, wenn die entsprechenden Mittel jetzt auf die Straße bzw. in die Gebäude gebracht werden.

Herr Lilienthal, was Ihre Äußerungen angeht, die Schuldenbremse sei außer Kraft gesetzt worden, möchte ich Sie korrigieren: Die Schuldenbremse ist keineswegs außer Kraft gesetzt worden. Sie ist durchaus noch eine Bremse, die nur gelockert worden ist. Und die entsprechenden Spielräume nutzen wir jetzt.

Das Investitionsvolumen ist mittlerweile auf immerhin fast 9 % des Gesamthaushalts angestiegen. Das ist, wie ich glaube, eine wirklich gute Nachricht und zeigt, dass wir mit dem genannten Spielraum eben nicht die konsumtiven Ausgaben erhöhen, sondern Investitionen tätigen und das Land in diesem Bereich strukturell nach vorne bringen.

Die Entgegnung von Herrn Dr. Hoffmann auf die Kritik bezüglich des vermeintlich nicht erfolgenden Abflusses der Mittel teile ich komplett. Man muss sich schon entscheiden: Entweder kritisiert man, dass ein Abfluss der Mittel nicht möglich sei oder dass Schulden gemacht werden. Wenn man davon ausgeht, dass die Mittel nicht abfließen werden, dann kann man auch keine Schulden machen. Wenn man allerdings davon ausgeht, dass die Mittel abfließen werden, dann werden auch die entsprechenden Schulden aufgenommen werden müssen. Allerdings muss man dazu sagen, dass diesen Schulden entsprechende Werte im Bereich der Investitionen gegenüberstehen.

Ich gehe davon aus, dass ein Großteil dieser Mittel abfließen wird, weil ich auch überzeugt davon bin, dass unsere Landesverwaltung nicht so schlecht dasteht, wie es in einigen Wortbeiträgen angeklungen ist, sondern sehr gut aufgestellt ist und einiges auf den Weg bringen kann. Ich bin außerdem überzeugt davon, dass es notwendig ist, irgendwo anzufangen. Herr Dr. Hoffmann sagte es: Henne oder Ei. Natürlich kann man sagen: Ich mache lieber das eine nicht, weil ich Angst vor dem anderen habe. Wir aber haben den Mut, anzufangen, und hinterlegen das in dem vorgestellten Haushaltsplanentwurf schwarz auf weiß.

Der Haushaltsplanentwurf setzt einige Schwerpunkte, insbesondere bei der Unterstützung der Kommunen sowie den Themen Gesundheit, Bildung, funktionierende Landesverwaltung inklusive Digitalisierung und Infrastruktur.

Gerade, was die Bereiche Kommunen und Gesundheit angeht, habe ich mich sehr gefreut, dass jetzt das Investitions- und Kommunalstärkungspaket in Höhe von 5 Mrd. Euro auf den Weg gebracht wird. Auch ich bin Kommunalpolitiker und freue mich, dass wir dadurch ein bisschen mehr Spielraum in den kommunalen Haushalten bekommen. Mit dem Nachtragshaushalt 2025 werden bereits 400 Mio. Euro für bereits geplante Projekte in den Kommunen zur Verfügung gestellt. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir diese Möglichkeit eröffnen. Ein struktureller Aspekt ist, dass wir diese Mittel den Kommunen über das Kommunalfördergesetz oder das sogenannte KIP 3 einfacher zukommen lassen können, als es früher der Fall war.

Die 250 Mio. Euro Betriebskostenzuschüsse für den Bereich der Kitas wurden bereits angesprochen. Dieses Thema ist damit ein Stück weit abgeräumt, was meines Erachtens auch notwendig war. Ich bin froh, dass wir das mit diesem Haushaltsplan abbilden können.

Ein weiterer Punkt sind die 600 Mio. Euro für den Gesundheitsbereich, worunter auch die Krankenhäuser fallen. Ich denke, es ist ein wichtiges Signal an die Kommunen, dass die Krankenhäuser vom Land Niedersachsen entsprechend unterstützt werden.

Was die Bereiche Bildung und funktionierende Landesverwaltung angeht, stellen wir 800 Mio. Euro für Schüler-Tablets ab der 7. Klasse zur Verfügung. Das ist ein Punkt, für den wir gewählt wurden, und dieses Versprechen setzen wir jetzt um. Wir stellen außerdem 1 350 neue Lehrkräfte ein. Die entsprechenden Mittel stellen ein großes Plus dar, die es ermöglichen, jede Lehrkraft einzustellen, die im Land Niedersachsen ihren Dienst antreten möchte.

Gleiches gilt für die Stärkung des Personals bei der Polizei, in der Justiz und der Finanzverwaltung. Das ist notwendig für eine funktionierende Landesverwaltung, denn nur so kann der Staat eine gute Arbeit machen.

Die Investitionen sind ein sehr wichtiges Thema und prägen diesen Haushalt intensiv. Das zeigt sich im Haushaltsplanentwurf und auch schon im Nachtragshaushaltsentwurf: Die LNVG erhält 200 Mio. Euro für Fahrzeugbeschaffungen. Es gibt 200 Mio. Euro für den Bereich Wohnraum, die dringend notwendig sind, auch um bei den Wohnpreisen ein Stück weit zu bremsen. Mehr als 200 Mio. Euro sind für die Hafeninfrastruktur vorgesehen; hier soll das Gasimportterminal in Wilhelmshaven gefördert werden.

Weitere 200 Mio. Euro werden für die Sanierung von Landesgebäuden zur Verfügung gestellt. Ich muss sagen, wenn ich in meinem Wahlkreis unterwegs bin, nehme ich wahr, dass die Landesgebäude im Vergleich zu den kommunalen Gebäuden durchaus in einem schlechteren Zustand sind; das bestätigt auch der Landesrechnungshof. Dieser Punkt hat etwas damit zu tun, wie attraktiv das Land als Arbeitgeber ist. Das Land Niedersachsen muss zumindest vernünftige Bürogebäude und dergleichen zur Verfügung stellen können, um als Arbeitgeber konkurrenzfähig zu sein.

Das Zukunftsprogramm Infrastruktur sucht seinesgleichen; so etwas hat es in Niedersachsen in dieser Form noch nicht gegeben: 1,8 Mrd. Euro im Haushaltsplan 2026 für Straßen, Brücken, ÖPNV und Häfen.

Auch den Einzelplan 04, der die Finanzverwaltung betrifft, möchte ich explizit ansprechen. Eben wurde kritisiert, im Haushaltsplan finde sich der Versuch, die Digitalisierung in der Finanzverwaltung nach vorne zu bringen, nicht wieder. Ich sehe da 18 Mio. Euro, um die IT in diesem Bereich zu unterstützen, das Personalmanagement und die Bezügeabrechnung zu digitalisieren, Steuer-VIT umzusetzen und das bundesweite KONSENS-Verfahren voranzubringen.

Die 250 Stellenhebungen im Einzelplan 04 sind mir ein Herzensanliegen, weil es meines Erachtens eine Schwäche des Landes gegenüber den Kommunen darstellt, dass es seine Beschäftigten nicht immer so schnell befördern kann, wie es bei den Kommunen der Fall ist. Ich finde, es ist nur gerecht, entsprechend seiner Arbeit bezahlt zu werden.

Dafür, dass wieder mehr als 600 Anwärter in der Finanzverwaltung eingestellt werden können, möchte ich Herrn Minister Heere danken, weil damit dem demografischen Wandel Rechnung getragen wird. Damit läuft die Steuerakademie in Bad Eilsen und Rinteln auf Volllast. Das ist eine erhebliche Anstrengung, aber es ist gut, dass wir so neues Personal für die Steuerverwaltung gewinnen. Denn auch wenn die Digitalisierung vieles vereinfacht, ist das Steuerrecht nach wie vor komplex, sodass wir entsprechend gegensteuern müssen.

Wenn im Einzelplan 20 auch nicht mehr so viel abgebildet ist wie vorher, weil vieles in die anderen Einzelpläne verlagert wird, wird die Sanierung der Landesgebäude jetzt ein großes Stück vorangebracht.

Insgesamt handelt es sich um einen sehr verantwortungsvollen Haushaltsplanentwurf, der die Defizite der letzten Jahre dadurch angeht, dass er die von der Bundesregierung aus Christdemokraten und Sozialdemokraten geschaffenen neuen Spielräume nutzt. Langfristige Ausgaben wie

die Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse für die Kitas werden auch über die Mipla nachhaltig finanziert, was zu einer soliden Finanzpolitik beiträgt.

Mir ist wichtig, zu betonen, dass die zusätzlichen Mittel nicht konsumtiv, sondern investiv und daher nachhaltig verwendet werden. Ein ehemaliger Ratskollege von mir, der mittlerweile verstorben ist, hat immer gesagt: Die Löcher in den Straßen von heute sind die Schulden von morgen. Insofern ist es, glaube ich, richtig, jetzt in diesem Bereich zu investieren. Jedes volkswirtschaftliche Lehrbuch sagt: Wenn man sich in einer konjunkturellen Krise befindet, soll der Staat die Investitionen hochfahren. Das tun wir hiermit. Daher ist dieser Haushalt meines Erachtens richtig aufgestellt.

Minister **Heere** (MF): Ganz herzlichen Dank für die Debatte und die vielen Hinweise, die wir sehr ernst nehmen und selbstverständlich in die weiteren Beratungen und in die Meinungsbildung der Landesregierung mit einbeziehen werden.

Es freut mich, dass alle Seiten im Kern gewürdigt haben, dass die Investitionen, die wir jetzt in großem Maße vornehmen, angezeigt sind und dringend auf den Weg gebracht werden müssen. Denn der angesprochene Investitionsstau ist nicht innerhalb kürzester Zeit, sondern über 20 bis 30 Jahre hinweg entstanden. Damit ist Deutschland in seinen Möglichkeiten deutlich zurückgefallen. Insofern ist das meines Erachtens eine Chance, die wir jetzt dringend nutzen müssen, und das tun wir.

Dass die Positionierungen darüber hinaus auseinandergehen, überrascht mich nicht. Gern möchte ich auf einige der angesprochenen Punkte eingehen.

Frau Dr. von Klaeden, was die Problematik, wie wir es schaffen, das Geld umzusetzen, angeht, sind wir absolut einer Meinung: Da gibt es große Herausforderungen, die angegangen werden müssen. Das betrifft die Hochbauverwaltung in meinem eigenen Zuständigkeitsbereich ebenso wie die Geschäftsbereiche anderer Ressorts - sei es Tiefbau, Wissenschaft, Digitalisierung etc. Das ist aber ein Thema - da möchte ich Herrn Thiele entschieden widersprechen -, das wir seit mindestens zwei Jahren intensiv bearbeiten - sowohl, was die Konzeption, als auch, was die Umsetzung angeht. Zu bedenken ist, dass diese Fragen zwar einfach zu adressieren sind, aber die Umsetzung entsprechender Prozesse nicht von heute auf morgen geht - insbesondere, wenn es darum geht, Effekte zu erzielen, die dazu beitragen, dass mit demselben Personal mehr geleistet wird. Wir reden dabei über Menschen sowie über Strukturen und Systeme, die aufeinander eingespielt sind und neu sortiert werden müssen, die auch einen Impuls benötigen, damit letzten Endes alle mitziehen. Das ist leider nicht so einfach.

Insofern kann ich alle verstehen, die sagen, dass das hier und da zu langsam geschieht. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir mittendrin stecken, was die Strukturveränderungen beim Staatlichen Baumanagement angeht. Sehr viele Kolleginnen und Kollegen ziehen dabei an einem Strang. Insofern werden die Veränderungen dazu führen, dass wir schneller und besser werden. Das werden am Ende auch Sie erleben. Wir werden Ihnen in den betreffenden Prozessen an den Stellen, an denen Sie beteiligt sind, sicherlich auch etwas zumuten müssen, weil das natürlich zu Bauprozessen dazugehört. Das kündige ich hiermit schon mal an; das wird kommen. Ich weise in jedem Fall zurück, dass es da nicht vorwärts geht.

Eine weitere Frage, in der wir unterschiedlicher Meinung sind, ist, inwieweit es sinnvoll ist, alle

neuen Kreditmöglichkeiten jetzt zu nutzen. Frau Dr. von Klaeden, Sie nannten unser diesbezügliches Vorgehen „besorgniserregend“. Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir hier letztlich über europäische Regelungen sprechen, die über verschiedene Ebenen auch auf Niedersachsen wirken. Die Tatsache, dass die Europäische Union klare Rahmensetzungen zur Verschuldung hat, die für alle Mitgliedstaaten der EU gelten und auch von diesen in Anspruch genommen werden, zeigt, dass auch wir gut daran tun, dies jetzt zu tun. Dass wir im europäischen Vergleich mit Blick auf viele strukturelle Aspekte in den letzten 20 Jahren zurückgefallen sind, hängt auch damit zusammen, dass die in Deutschland erfolgte Umsetzung der Schuldenbremse den europäischen Rahmen in Höhe von 3 % des BIP jenseits der Konjunkturkomponente bzw. der 0,35 % an Verschuldung, die der Bund aufnehmen darf, nicht ausnutzt. Dadurch wurde ein großer Teil des über die vergangenen Jahrzehnte entstandenen Investitionsstaus überhaupt erst hervorgerufen. Das muss man ganz nüchtern anerkennen.

Insofern bitte ich Sie um Verständnis, das wir in einer Phase, in der wir nicht nur auf ein Normalmaß an Investitionen kommen, sondern erst einmal die zurückliegenden Versäumnisse aufholen müssen, die bestehenden Verschuldungsmöglichkeiten natürlich vollständig ausnutzen - insbesondere auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlich schwierigen Lage, in der uns - ganz abgesehen von Strukturreformen; was das angeht, bin ich völlig bei Ihnen - viele Kosten sozusagen davonlaufen. Herr Dr. Trips hat völlig zu Recht auf die Soziallasten hingewiesen; man könnte weitere Themen, inflationsbedingte Mehrkosten etc. anführen. In solchen Zeiten sagen wir natürlich, dass es sinnvoll ist, diese zusätzlichen Mittel zu nutzen, um einen entsprechenden Effekt zu erzeugen, aufzuholen und nicht weiter zurückzufallen.

Andere Hinweise wie die zum Einzelplan IT finde ich sehr berechtigt. Der nächste Schritt, was diesen Bereich angeht, ist notwendig, wird von uns mitgedacht und befindet sich in Planung. Hier gilt ebenso wie für die anderen angesprochenen Strukturveränderungen in der Verwaltung, dass diese nicht von heute auf morgen erfolgen können.

Herr Dr. Trips, vielen Dank für die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände. Ich möchte auch auf die darin genannten Punkte eingehen. Danke, dass Sie positiv gewürdigt haben, dass wir sowohl das Paket vonseiten des Bundes als auch die Mittel aus dem Jahresabschluss 2024 - es ist richtig, dass wir dazu mit dem Nachtragshaushalt 2025 eine erste Abschlagszahlung vornehmen, die Summe bleibt aber trotzdem bestehen - und die Mittel für den Kita-Bereich weitergeben.

Die Landesregierung erkennt die strukturell schwierige Lage der Kommunen natürlich vollständig an. Sie ist aber auch dadurch hervorgerufen, dass wir uns im dritten Jahr der Rezession befinden und die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen in dieser Schwächephase insgesamt zurückgehen oder zumindest nicht mehr in dem zuvor angenommenen Maße steigen. Diese Gemengelage muss man natürlich berücksichtigen.

Ich möchte Ihnen an einer Stelle, nämlich, was die Ausgabeseite mit Blick auf neue Lasten angeht, widersprechen; Sie haben beispielsweise das Wohngeld und die Wärmeplanung erwähnt. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Land die Ausgaben in beiden Bereichen, soweit sie in Landeszuständigkeit liegen - beim Wohngeld sogar, obwohl es sich um bundesseitige Vorgaben handelt -, mit entsprechenden Beträgen erstattet. Beim Wohngeld gibt es eine Revisionsklausel. Mit Blick auf die Wärmeplanung ist aktuell noch zu prüfen, inwieweit wir hinsichtlich der verschärften Rahmenbedingungen, die der Bund setzt, nachsteuern. Jedenfalls wurden in diesen

Bereichen bereits Summen zur Verfügung gestellt, die die kommunalen Belastungen entsprechend abfedern.

Richtig ist aber sicherlich, dass Maßnahmen des Bundes in den vergangenen Jahren zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen geführt haben, die nicht abgegolten wurden. Insofern vielen Dank, dass Sie positiv gewürdigt haben, dass wir das zuletzt getan haben, zum Beispiel indem wir uns als Länder mit Blick auf den Investitionsbooster sehr dafür eingesetzt haben, dass den Kommunen entsprechende Steuerausfälle erstattet werden. Korrigieren möchte ich Sie an dieser Stelle insofern, als es sich dabei nicht um ein reines „Nullsummenspiel“ handelt, weil die degressive Absetzung für Abnutzung (AfA) dazu führt, dass die Unternehmen das, was sie jetzt in höherem Maße absetzen können, später nicht mehr absetzen können. Das heißt, wenn ihnen höhere Absetzungen jetzt vollständig erstattet werden, bekommen sie natürlich zusätzlich das, was die Kommunen die später nicht mehr absetzen können. Das hat letztlich zumindest einen kleinen positiven Effekt auf der kommunalen Seite.

Es gibt eine Debatte der Länder mit der Bundesregierung zum Thema Veranlassungskonnexität, in der ich - ohne im engsten Verhandlungskreis zu sein, der im Wesentlichen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien umfasst - auf allen Ebenen deutlich gemacht habe, dass mir besonders daran gelegen wäre, dass es bei neuen Belastungen für die kommunale Ebene, die von Bundesseite kommen, einen Mechanismus gäbe, der nicht nur darin besteht, dass man irgendwann mal versucht, Deals für entsprechende Entlastungen zu schließen, sondern der feste Strukturen vorgibt. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir insoweit vorankämen. Dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen.

Was die Grafiken, auf die Herr Dr. Trips hingewiesen hat, und die Aussage zum bundesweit schlechtesten KFA angeht - darüber haben wir uns in der Vergangenheit schon mehrfach ausgetauscht -, möchte ich darauf hinweisen, dass wir dabei landesabhängig über unterschiedliche Zusammensetzungen des KFA sprechen. Beispielsweise sind dabei die Zahlungen für Flüchtlingskosten, die in Niedersachsen geleistet werden, nicht berücksichtigt. Man könnte weitere derartige Themen nennen, etwa die Kita-Personalmittel, die nicht über den KFA laufen, aber große Summen darstellen. Solange es insoweit keine einheitliche Berechnungsgrundlage gibt, helfen einem solche Grafiken leider nicht, weil es einfach sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen in den Ländern gibt. Gleichwohl möchte ich die Problemlage der Kommunen damit keinesfalls relativieren. Mir geht es nur darum, dass sich die Lage im Ländervergleich nicht einheitlich abbilden lässt. Deshalb ist es schwierig, mit diesem Hinweis, den ich jetzt schon seit mehreren Jahren höre, umzugehen.

Was die Verteilungssymmetrie betrifft, möchte ich darauf hinweisen, dass wir diese sowie die entsprechenden Anforderungen des Staatsgerichtshofs natürlich auch weiterhin im Blick haben. Es gibt aber, durch unterschiedliche Rechtslagen aus der Vergangenheit bedingt, Effekte, die sich in dem Maße verändern, wie wir als Land in der Lage sind, Kredite aufzunehmen. Das durften wir bislang nicht; sprich: Alles, was wir nicht ausgeben konnten, ist bislang in den Jahresüberschuss geflossen. In dem Maße, in dem wir ins Minus planen dürfen, wird sich auch der Landesfinanzierungssaldo verändern. Als der Staatsgerichtshof diesen Maßstab aufgestellt hat, gab es die Finanzierungsunterschiede in dieser Hinsicht noch nicht. Im Moment gibt es sie, aber demnächst gibt es sie nicht mehr. Insofern wird sich dann auch ein Stück weit die Frage stellen, wie sich diese Symmetrie - und auch diese Grafiken - weiterentwickeln. Wir werden das, wie gesagt, weiterhin im Blick behalten.

Den Hinweis, wir hätten bestimmte Bewertungsindikatoren verändert, können wir nicht nachvollziehen; das kann gegebenenfalls auf Arbeitsebene geklärt werden bzw. kann Herr Soppe anschließend zu diesem Punkt ausführen. Wir wollen keine Rahmenbedingungen zur Ihren Lasten ändern.

Ich komme zu den Wortbeiträgen aus den Fraktionen, für die ich ebenfalls danke.

Herr Thiele, zu Ihrem Hinweis, ich hätte ein „finanzpolitisches Schwergewicht“ sein können, möchte ich anmerken, dass wir im Ländervergleich - auf diesen haben Sie insbesondere abgehoben - sehr weit vorne sind, weil wir als erstes Land versucht haben, die Möglichkeiten, die der Bund bietet, sehr zügig zu nutzen. Wir wollen sie möglichst schnell umsetzen. Das unterstützen wir dadurch, dass wir auch eigene Möglichkeiten nutzen, weil wir diese möglicherweise sogar noch schneller umsetzen können als das, was sich aus den Rahmenbedingungen des Bundes ergibt, um damit Niedersachsen gemeinsam voranzubringen. Insoweit im Ländervergleich weit vorne zu liegen, würde ich sehr begrüßen. Wir stehen in jedem Fall auf der Pole Position.

Jetzt wird es in der Tat darauf ankommen, wie man es schafft, all das umzusetzen, was erheblicher Anstrengungen bedarf. Schlechter wäre es, wenn man noch gar keinen Plan hätte, was man mit den Mitteln tun will. Das würde eher zu Verzögerungen mit Blick auf die Frage führen, wie schnell man Mittel ausgeben kann. Das kann man uns jedenfalls nicht vorwerfen. Wir haben einen klaren Plan und wollen diese Mittel sehr schnell umsetzen. Das relativiert Ihre Kritik meines Erachtens.

Sie haben im Zusammenhang mit dem Thema Digitalisierung Dataport angesprochen. Steuer-VIT ist ein Projekt mit einer gewissen Historie. Es wurde nicht von mir begonnen, aber ich trage natürlich Verantwortung dafür, dass es jetzt gut umgesetzt wird. Wir haben sehr klare Leistungsverträge mit Dataport. Wenn etwas an bestimmten Stellen nicht gut funktioniert, ist Dataport gefordert, den Verträgen, die wir geschlossen haben, Geltung zu verschaffen. Das wird auf entsprechenden Kommunikationsebenen sichergestellt. Insgesamt ist das Projekt aber wichtig, um eine klare, gemeinsame, moderne Infrastruktur zu schaffen, da vieles nicht mehr nur auf den Desktop-PCs der Beschäftigten, sondern auf Servern liegt. Dass es dabei hier und da anfänglich auch zu Problemen kommt, bedauere ich sehr, aber wir sind in intensiven Gesprächen mit den Beschäftigten, dem Hauptpersonalrat Finanzen und dem Landesamt für Steuern, werden das Thema weiterhin begleiten und mit Dataport daran arbeiten, die Probleme abzustellen; das ist die klare Erwartung. Ich wurde nicht darüber informiert, was es heute noch für Probleme gibt - vielleicht gab es auch schon deutliche Verbesserungen -, aber wir werden da auf jeden Fall nachfassen.

Mit Blick auf die NIA sind wir damit befasst, die im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens eingegangenen Stellungnahmen zu prüfen. Die entsprechenden Hinweise - das nehme ich auch für mein Haus in Anspruch - nehmen wir sehr ernst. Wir prüfen, was es insoweit auch an Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Wir sind von dem Konzept der NIA absolut überzeugt, weil es hinsichtlich der zukünftigen Bauunterhaltung einen klaren Fortschritt in Sachen Veranschlagung bringt. Denn es stellt sicher, dass im Rahmen der Bedarfsermittlung nicht mehr irgendetwas aufs Tapet gebracht wird, nur weil man Geld hat, sondern nachhaltig plausibel gemacht werden muss, welche Bedarfe es gibt. Insofern ist das auch unter den Gesichtspunkten der Veranschlagung und der Verantwortung der Ressorts, die entsprechende Mietzahlungen leisten müssen, ein sehr gutes Instrument. Dass es sinnvoll ist, sich insoweit auf neue Wege zu begeben, wird

auch dadurch deutlich, dass, wie ich vorhin ausgeführt habe, aufgrund der Belastung der Etats weder im laufenden noch im nächsten Jahr große Baumaßnahmen veranschlagt werden.

Inwieweit am Ende tatsächlich Kredite aufgenommen werden oder nicht, wird man sehen. Kredite jenseits der durch die Grundgesetzänderung geschaffenen Möglichkeiten aufzunehmen, steht mit Blick auf das Konzept heute noch gar nicht fest. Insofern stellt sich die Frage, ob Sie ein Konzept beklagen müssen, das ja nicht sagt: „Wir *müssen* Kredite außerhalb der vom Bund geschaffenen Schuldenaufnahmemöglichkeiten aufnehmen“, sondern nur, dass wir es *könnten*. Das bleibt also abzuwarten.

Es ist selbstverständlich, dass die eingegangenen Stellungnahmen zunächst einmal bewertet werden - auch die gestern bzw. heute Morgen eingegangenen Stellungnahmen. Sie sollen diese Möglichkeit haben, und auch wir möchten das für uns reklamieren. Ich freue mich insofern, dass Sie vereinbart haben, die Beratung im Oktober fortzusetzen. Das gibt uns Zeit, zu prüfen, mit welchen möglichen konkreten Detailänderungen wir das Projekt umsetzen. Ich bin überzeugt davon, dass es einen wichtigen Beitrag leistet, eine zukunftsfähige Veranschlagung von großen Baumaßnahmen zu ermöglichen. In diesem Sinne werden wir dieses Vorhaben weiter vorantreiben.

Sie haben des Weiteren die Frage der Bewirtschaftung der Bundesmittel angesprochen. Wir versuchen, diese sehr zeitnah auf den Weg zu bringen, und werden den Ausschuss natürlich darüber informieren.

Herr Lilienthal, Sie haben die Frage aufgeworfen, wann der Nachtragshaushalt verabschiedet werden soll, damit das Geld noch in diesem Jahr ausgezahlt werden kann. Der Nachtragshaushaltsentwurf ist relativ schlank und nicht besonders komplex. Letztlich ist die zeitliche Beratungsfolge natürlich Ihnen als Ausschuss vorbehalten, aber ich kann mir vorstellen, dass der Nachtragshaushalt nicht erst im Dezember verabschiedet werden muss. Das kann ich aber natürlich nicht beeinflussen.

Sie haben ferner eine Frage zur automatisierten Veranlagung in Hessen gestellt. Dieses Thema wurde im Kreis der Finanzminister diskutiert. Die Meinung war, dass das eher kein so gutes Modell sei, aber dass der Weg durchaus in diese Richtung gehe. Wir haben bereits zwei Projekte in petto, nämlich einfachELSTER und einfachELSTERplus, die insofern ähnlich funktionieren, als dabei Steuererklärungen für Steuerpflichtige in zwei Bereichen schon in Teilen ausgefüllt sind: zum einen im Bereich der Rentnerinnen und Rentner, zum anderen bei Menschen, die lediglich ein einfaches abhängiges Beschäftigungseinkommen haben. Im KONSENS-Verbund soll ein gemeinsamer Weg von allen Ländern in diese Richtung beschritten werden. Insofern sollten wir das meines Erachtens nicht eins zu eins wie in Hessen umsetzen - dort wurden meines Wissens auch zunächst einmal größere Summen händisch ausgewählt, bevor es zu einer Automatisierung kam -, sondern zukünftig einen gemeinsamen Antritt im KONSENS-Verbund verfolgen.

Ich bedanke mich des Weiteren ganz herzlich bei Herrn Dr. Hoffmann und Herrn Meyer für ihre freundlichen Hinweise - insbesondere auf den Aspekt der Zusätzlichkeit. Mir ist sehr wichtig, dass wir deutlich machen können, dass die Mittel, die jetzt einerseits vom Bund kommen und die wir andererseits in Höhe von 5 Mrd. Euro selbst aufwenden, für zusätzliche Maßnahmen genutzt werden, also für solche, die nicht schon in der Mipla oder in entsprechenden Haushaltstiteln veranschlagt waren. Das sind neue Haushaltstitel, die es zuvor nicht gab. Die Zusätzlichkeit

wird in der Debatte häufig kritisch hinterfragt. Vielfach wird der Vorwurf erhoben, diese Mittel würden am Ende doch nur genutzt, um konsumtive Spielräume zu erhalten. Das tun wir explizit nicht und haben das auch nachvollziehbar gemacht.

Was die angesprochenen 400 Mio. Euro betrifft, die wir den Kommunen jetzt über den Nachtragshaushalt zuweisen: Ja, wir erhalten dadurch Spielraum in der Verwendung der allgemeinen Rücklage, weil die 400 Mio. Euro eine Abschlagszahlung auf die angesprochenen 600 Mio. Euro sind. Aber auch diese Anteile sind weiterhin investiv. Wir haben dadurch also keinerlei Spielräume in konsumtiven Bereichen, sondern befinden uns damit weiterhin im investiven Bereich.

Ich freue mich, wie gesagt, über alle Hinweise, auch über solche, auf die ich jetzt nicht eingegangen bin, die ich aber sehr richtig und sinnvoll finde. So wurde etwa die Problemlage der Kommunen beim ÖPNV angesprochen. Ich halte das für einen sehr berechtigten Hinweis, den ich auch nicht vom Tisch wischen will, sondern sehr ernst nehme. Ich bitte aber auch um Verständnis dafür, dass selbst bei einem so großen Investitionsprogramm und einem so nennenswerten Haushaltsvolumen gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht alles lösbar ist. Den Bereich ÖPNV beispielsweise gehen wir anteilig über Investitionsmaßnahmen an, aber da verbleiben natürlich noch Aufgaben für die nächsten Jahre. Wir nehmen, wie gesagt, alle Hinweise sehr ernst und versuchen, unsere zukünftigen Haushaltsplanungen darauf auszurichten, auch weitere Themen zu lösen.

MDgt **Soppe** (MF): Herr Thiele hat nach den Gründen für die Veränderung in Höhe von 842 Mio. Euro im Bereich der Personalausgaben gegenüber dem Haushalt 2025 gefragt. Der Minister ist auf diesen Punkt in seiner Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs bereits größtenteils eingegangen. Ich möchte darüber hinaus auf die Tabelle 5.6 auf Seite 54 der aktuellen Mipla hinweisen:

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

Epl.: gesamt	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	16.639.019	2.477.304	17.481.444	2.549.734	18.107.537	2.606.147	18.458.402	2.664.485	18.952.933	2.730.601
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	10.257.981	2.477.304	10.674.706	2.549.734	10.951.361	2.606.147	11.189.683	2.664.485	11.382.229	2.730.601
-Personalkostenbudget (PKB)	9.754.313	-	10.135.908	-	10.398.797	-	10.630.219	-	10.816.709	-
-Sonstige Personalausgaben	333.011	2.477.304	332.828	2.549.734	332.732	2.606.147	329.501	2.664.485	327.671	2.730.601
-Titelgruppen	170.657	-	205.970	-	219.832	-	229.963	-	237.849	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	51.829	-	53.535	-	61.063	-	64.382	-	66.231	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	4.709.880	-	4.846.661	-	4.932.107	-	5.004.824	-	5.063.612	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	1.385.501	-	1.430.207	-	1.497.598	-	1.565.315	-	1.633.157	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	33.828	-	34.035	-	33.808	-	33.698	-	33.704	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) 1)	200.000	-	442.300	-	631.600	-	600.500	-	774.000	-
Summe Personalausgaben	**19.116.323**		**20.031.178**		**20.713.684**		**21.122.887**		**21.683.534**	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	140.285,19	-	142.721,22	-	142.641,48	-	143.323,43	-	143.440,61	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	**140.285,19**		**142.721,22**		**142.641,48**		**143.323,43**		**143.440,61**	
Stellen PKB-Bereich	125.234	-	127.091	-	127.240	-	127.413	-	127.508	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	13.604	4.912	13.143	4.938	13.113	4.942	13.083	4.942	12.833	4.942
Summe Stellen *)	**143.750**		**145.172**		**145.295**		**145.438**		**145.283**	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	9.754.313		10.135.908		10.398.797		10.630.219		10.816.709	
Beschäftigungsvolumen	140.285,19		142.721,22		142.641,48		143.323,43		143.440,61	
Stellen PKB-Bereich	125.234		127.091		127.240		127.413		127.508	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen
1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Die Tabelle gibt eine Gesamtübersicht über alle Einzelpläne hinweg und Information zu Bezügen, Personalkosten, Budgets und dergleichen in den betreffenden Kapiteln. Darin ist auch aufgeführt, wie hoch die geplanten globalen Mehr- und Minderausgaben sind. Hierzu werden Sie einen deutlichen Aufwuchs im Haushaltsjahr 2026 feststellen.

Um einer entsprechenden Nachfrage zuvorzukommen, möchte ich darauf hinweisen, dass der aktuelle Tarifvertrag des Landes bis zum 31. Oktober 2025 läuft. Das heißt, ab dem 1. November 2025 werden wieder Tarifverhandlungen für den Bereich der Landesbediensteten stattfinden, die dann alsbald zu einem Abschluss kommen werden. Für gewöhnlich wird dieser zeit- und wirkungsgleich auf den Bereich der Beamten übertragen. Das ist der Grund, aus dem der Vorsorgeposten für das Jahr 2026 deutlich höher ist als der für 2025. Im Einzelnen kann darauf gegebenenfalls im Rahmen der Beratung des Einzelplans 13 eingegangen werden.

Des Weiteren möchte ich einen in der Anhörung der kommunalen Spitzenverbände aufgeworfenen Punkt in der Hoffnung ansprechen, das Thema sozusagen etwas einzuzäunen. Im Rahmen der Stellungnahme klang mit Blick auf den Finanzstatusbericht durch, es hätten sich Parameter verschoben, und es wurde suggeriert, es hätte dabei ein Foulspiel des Finanzministeriums oder des Finanzministers gegeben. Insbesondere in Verbindung mit dem Wort „zynisch“ finde ich das problematisch. Daher möchte ich gerne versuchen, das Thema einzufangen, weil ich glaube, dass es da ein Missverständnis gibt.

In der Tat sind die Finanzierungssalden ein wesentlicher Parameter in der Frage, ob der kommunale Finanzausgleich mit der aktuellen Quote noch in die Zeit passt oder ob es Veränderungsbedarf gibt. Aber erstens ist festzustellen, dass es mit Blick auf die Finanzierungssalden langfristig bedeutende Verwerfungen gegeben hat. Der Minister hat einen der Gründe angesprochen: erst die Einführung und jetzt die Überarbeitung der Schuldenbremse, die sich beim Land niederschlägt. Weitere Gründe waren Corona sowie der Angriffskrieg gegen die Ukraine und die sich anschließende Energiekrise. Es gibt relativ viele Aspekte, die dazu geführt haben, dass sich die Entwicklung nicht besonders geradlinig darstellt. Zweitens sind die Finanzierungssalden nicht der einzige Parameter, sondern es sind weitere Parameter in die Analyse einzubeziehen.

Auch wenn man möglicherweise zu dem Ergebnis kommt, dass es auf lange Sicht Handlungsbedarf im Bereich der Kommunen gibt, ist eine Lösung über den KFA nicht zwingend die einzige Herangehensweise. Man kann auch andere Wege beschreiten; das wurde heute schon thematisiert: die Offshore-Gewerbesteuer wurde ebenso angesprochen wie das 600-Millionen-Euro-Paket.

Vor diesem Hintergrund möchte ich den letzten Absatz des Finanzstatusberichts zitieren:

> „Es besteht daher - auch unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Landes und der unter 8.2 beschriebenen Entlastungsmaßnahmen -“

- das sind die Punkte, die heute beschrieben wurden -

> „darüber hinaus aktuell keine Veranlassung, grundsätzliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Steuerverbundmasse oder in der Höhe der Steuerverbundquote vorzunehmen.“

So viel zur Einordnung, wie die Landesregierung insoweit vorgeht. Das ist auch kein Finanzstatusbericht nur des Finanzministeriums oder des Finanzministers, sondern die Landesregierung in Gänze debattiert dieses Thema ausführlich im Rahmen der Haushaltsklausur und beschließt sowohl den Finanzstatusbericht als auch die Schlussfolgerungen daraus. Das möchte ich einmal zur Klarstellung sagen, damit nicht der falsche Eindruck entsteht, hier würde in irgendeiner

Weise foulgespielt, und um darauf hinzuwirken, das Wort „zynisch“ aus der Debatte herauszuhalten.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Ich habe eine Detailfrage, die Sie wahrscheinlich im Rahmen der technischen Liste beantworten werden müssen. Nach der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs hat die Landesregierung eine Personalentscheidung bezüglich der Position der Regierungssprecherin bzw. des Regierungssprechers getroffen. Dazu muss, wenn ich es richtig sehe, die mit B 9 bewertete Stelle der Staatssekretärin Pörksen verlagert und im Stellenplan der Staatskanzlei ersetzt werden. Ist schon klar, welche Qualität diese Ersetzung haben und wie sie finanziert wird?

Minister **Heere** (MF): Das ist aus unserer Sicht eine relativ einfache Transaktion. Es geht um eine einzige Staatssekretärsposition, die aus der Staatskanzlei in das Innenministerium verlagert wird.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Frau Pörksen wird ja in der Staatskanzlei ersetzt. Dieser Ersatz muss im Haushalt abgebildet werden, was bisher nicht passiert ist.

Minister **Heere** (MF): Sie wird aber nicht als Staatssekretärin ersetzt. Die Staatssekretärsposition von Frau Pörksen wird, wie gesagt, aus dem Einzelplan 02 herausgenommen, und es kommt keine neue in diesem Einzelplan hinzu.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Das heißt, im Stellenaufbau der Pressestelle der Staatskanzlei wird es neben der Verlagerung der B-9-Stelle keine Veränderung geben? Es wird also auch keine zusätzliche Stelle mit einer anderen Besoldungsstufe geschaffen?

Minister **Heere** (MF): Soweit ich weiß, gibt es an dieser Stelle bislang nur eine Abordnung. Das wird sicherlich noch final gelöst werden; dazu kann ich aktuell keine Auskunft geben. Das müsste im Rahmen der Lesung des Einzelplans 02 geklärt werden. In jedem Fall wird sich durch diese Verlagerung die Anzahl der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre nicht verändern.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Abschließend möchte ich noch drei grundsätzliche Punkte ansprechen.

Erstens. Die Landesregierung trägt die Behauptung, sie habe einen Einsparplan, wie eine Monstranz vor sich her. Die Wahrheit - das kann man im Haushaltsplanentwurf nachlesen - ist, dass man jetzt so langsam beginnt, an den Stellen, an denen über mehrere Jahre hinweg immer wieder größere Abstände zwischen den Soll- und den Ist-Beträgen festzustellen waren, die Luft herauszulassen. Mit strukturellen Einsparungen hat das erst mal gar nichts zu tun, sondern das ist eine Anpassung des Solls an das Ist, und zwar in mehreren Trippelschritten.

Zweitens. Herr Minister, es stimmt nicht, dass Sie die Kreditaufnahmemöglichkeiten investiv nutzen. Das tun Sie nicht vollumfänglich. Sie gleichen mit einem Teil der Kreditaufnahmemöglichkeiten das strukturelle Defizit in der Mipla in Höhe von insgesamt 12 Mrd. Euro aus. Das kann man auch nicht wegdiskutieren. Wir haben sowohl im Haushalt 2026 als auch in der Mipla ein strukturelles Defizit, das durch Nettokreditaufnahme ausgeglichen wird, und zwar über den Mechanismus der Konjunkturkomponente im Rahmen der Schuldenbremse, den wir gemeinsam festgelegt haben, hinaus.

(Dörte Liebetruth [SPD]: Auch die Mipla enthält investive Ausgaben!)

- Natürlich enthält auch die Mipla investive Ausgaben, aber die Behauptung, dass die zusätzlichen Kreditaufnahmemöglichkeiten, die das Land erhalten hat, ausschließlich investiv eingesetzt werden, ist falsch. Sie werden in Teilen eingesetzt, um das strukturelle Defizit im Haushalt auszugleichen. Das ist, weil es ein *strukturelles* Defizit ist, konsumtiv, nicht investiv. Deswegen muss sich die Landesregierung den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die Kreditaufnahmemöglichkeiten nicht vollumfänglich investiv nutzt, was wir neben der Tatsache, dass sie in vollem Umfang genutzt werden, für einen weiteren Fehler halten.

Drittens. Herr Minister, ich möchte darauf hinweisen, dass die europäischen Schuldenregelungen nicht darauf ausgelegt sind, zwingend eine maximale Kreditaufnahme vorzunehmen, sondern zur Begrenzung der Kreditaufnahme. Wenn Sie nun darauf abstellen, dass Deutschland oder das Land Niedersachsen insoweit möglicherweise einen Nachteil gegenüber europäischen Partnern haben könnten, die ihre Kreditaufnahmemöglichkeiten in der Vergangenheit deutlich intensiver ausgeschöpft haben, dann sei mir der Hinweis auf die aktuelle politische Lage in unserem befreundeten Nachbarland Frankreich gestattet, das derzeit eine massive Regierungskrise nach der anderen erlebt - im Wesentlichen ausgelöst durch die viel zu hohen strukturellen Defizite im dortigen Haushalt und die Verschuldungspolitik in der Vergangenheit. Dass man die Länder, die die europäischen Schuldenaufnahmemöglichkeiten in der Vergangenheit maximal ausgeschöpft haben, jetzt zum Vorbild nimmt, um dasselbe zu tun, obwohl klar ist, dass genau diese Politik diese Länder in Schwierigkeiten gebracht haben, ist erklärungsbedürftig.

Minister **Heere** (MF): Was die Kreditaufnahme in den Folgejahren angeht, gebe ich Ihnen recht. Mein Hinweis bezog sich darauf, dass in dem Investitions- und Kommunalstärkungspaket in Höhe von 14,5 Mrd. Euro - 9,5 Mrd. Euro vom Bund plus 5 Mrd. Euro vonseiten des Landes - nur die Kreditaufnahme eines Jahres, nämlich 2025, enthalten ist. Die anderen Summen betreffen die Verwendung der Rücklage, die zusätzlich geschieht. Ich habe nicht gesagt, dass die Kreditaufnahmen, die wir in den Folgejahren vornehmen, zusätzlich investiv genutzt werden.

Sie haben völlig recht, dass die Mittel, die wir in den Folgejahren kreditfinanzieren und die in Investitionen fließen, quasi nur einen Ersatz für die Rücklagenentnahme darstellen, die bislang für diesen Zeitraum geplant war. Das setzen wir in der Tat für diesen Zeitraum durch eine Kreditaufnahme um. Dadurch machen wir die allgemeine Rücklage frei, um sie für zusätzliche Investitionen verwenden zu können. Insofern bezogen sich meine Hinweise auf Zusätzlichkeit und Investivbindung auf die 9,5 Mrd. Euro vom Bund, die 1,1 Mrd. Euro Kreditaufnahme in 2025 und die Verwendung von 3,9 Mrd. Euro aus der allgemeinen Rücklage.

Unser gemeinsamer Antritt muss sein, das strukturelle Defizit in allen öffentlichen Haushalten durch mehr wirtschaftliche Dynamik und Wachstum zu reduzieren. Wenn wir das schaffen, dann - das ist mein Anspruch - können wir den strukturellen Haushaltsausgleich in der Zukunft auch wieder ohne Kreditaufnahmen auf Grundlage der genannten Möglichkeiten leisten. Dann könnten wir auch mehr darüber sprechen, wozu diese Kreditaufnahmen eigentlich dienen sollten, nämlich zur Finanzierung zusätzlicher Zukunftsinvestitionen. Auch dann wäre ich noch dafür, Kredite aufzunehmen, aber nicht mehr zum reinen Haushaltsausgleich, sondern um das zu tun, was zum Beispiel auch andere Länder im Rahmen des europäischen Regelwerks getan haben: in die Zukunft investieren, damit auch kommende Generationen von diesen Investitionen profitieren.

Damit, dass wir noch nicht so weit sind, haben Sie völlig recht. Insofern haben wir diese Mittel zunächst zum strukturellen Haushaltsausgleich im Mipla-Zeitraum eingeplant. Aber Maßstab muss sein, irgendwann wieder dort herauszukommen.

Herr **Dr. Trips** (NSGB): Auch ich möchte noch drei Punkte ansprechen.

Was - erstens - das Thema Investitionen angeht, wird ein Teil der Mittel zunächst auch auf Projekte treffen, die ohnehin schon vorgesehen sind. Um das Ganze einmal ins Verhältnis zu setzen: Das gesamte Investitionspaket des Bundes entspricht 300 Euro pro Einwohnerin und Einwohner auf Gemeindeebene. Die Investitionsrückstände, die der Landesrechnungshof festgestellt, betragen für kleinere Gemeinden 4 300 Euro pro Einwohner - nur um zu verdeutlichen, was diese Maßnahme bewirkt. Wir sagen danke, aber das rettet uns nicht.

Dabei ist im Übrigen auch zu bedenken, dass Investitionen zunächst einmal Folgekosten auslösen. Bei uns sind es Abschreibungen, die es auf Landesebene nicht gibt. Es bedarf der Unterhaltung und Personals, wenn man dazubaut. Wir bauen viel dazu, aber das Instandhalten wird sozusagen nicht mit bedacht, selbst wenn wir Abschreibungen vornehmen.

Der zweite Punkt betrifft den KFA. Wenn die Schere in die andere Richtung auseinanderginge, hätten Sie beim kommunalen Finanzausgleich schon längst gekürzt; das ist unsere Sichtweise. Es mag sein, dass andere Länder gegebenenfalls weitere, parallele Systeme haben - dazu müsste man gegebenenfalls einmal ein finanzwissenschaftliches Gutachten erstellen lassen -; das sei dahingestellt. Die Botschaft ist meines Erachtens: Das Land muss und kann hier noch mehr tun.

Drittens. Der Dreh- und Angelpunkt sind nicht nur die durch die Rezession zurückgehenden Steuereinnahmen, sondern insbesondere die Sozial- und Personalausgaben. Was die Sozialausgaben betrifft, ist unser Appell an die neue Bundesregierung - und insofern auch an die hiesige Landesregierung und die Opposition, die im Bund mit in Verantwortung ist -: Kriegen Sie das, bitte schön, hin! Einigen Sie sich! Ich glaube, wir brauchen eine Reform; sie ist objektiv notwendig.

Als kommunale Spitzenverbände haben wir auf die Aufgabenzuwächse hinzuweisen. Ja, zum Teil haben die Kommunen dafür Geld bekommen. Wir stellen aber auch fest, dass die entsprechenden Mittel oft so verzögert fließen, dass letztlich aufgrund irgendwelcher Deals auf in der Vergangenheit vereinbarte Gelder verzichtet wird oder sie ausgesetzt werden - Stichworte „Aufnahmegesetz“ oder „Ganztag“.

Was den letztgenannten Punkt angeht, bekommen die Schulleitungen nach unseren Zahlen für jede Klasse pro Jahr 10 000 Euro zugewiesen. Sie haben häufig auch kommunale Mandate und wissen, wie diese Diskussionen ausgehen: Die Gemeinden finanzieren damit, wie bisher auch, auch den dritten, vierten und fünften Tag. Diese Konstruktion wird sich ändern, aber die Kofinanzierungspflicht wird weiterhin bestehen bleiben, weil die Finanzierung nach unseren bisherigen Berechnungen wahrscheinlich nicht auskömmlich sein wird. Gleiches gilt für Tablets im Schulbereich. Die Sinnhaftigkeit dessen lasse ich dahingestellt, aber auch hier werden Administrationskosten angesetzt, die nicht ausreichend finanziert sind. Insofern: Ja, es gibt häufig konnexitäre Gelder, aber diese sind nicht ausreichend oder fließen verzögert bzw. gar nicht.

Das Wichtigste ist, dass sich die Politik bewusst ist, dass das Ganze strukturell nicht mehr auf die herkömmliche Weise zu finanzieren ist. Auch immer neue Aufgaben auf uns herabrieseln zu lassen, wird irgendwann nicht mehr funktionieren. Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er

bricht. Ich habe keine Lust, das Brechen noch in meiner Laufbahn zu erleben. Daher der deutliche Appell, den wir vorgetragen haben.

Verfahrensfragen
(zu TOP 3)

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) führt aus, die Mitberatung des **Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes** in den zuständigen Fachausschüssen erfolge wie bereits im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen auf Grundlage von einzelnen GBD-Vorlagen zu den jeweiligen Artikeln des Gesetzentwurfs, gegebenenfalls zusammengefasst nach Ausschusszuständigkeiten. Der GBD werde rechtzeitig vor der abschließenden Beratung durch den Haushaltsausschuss eine zusammenfassende Vorlage herausgeben. - Der **Ausschuss** beschließt, entsprechend zu verfahren.

Beratung des Entwurfs des Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025
(zu TOP 1)

Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung -, **Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen** -, **Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung** - und **Einzelplan 20 - Hochbauten**

Der **Ausschuss** liest die Einzelpläne 03, 08, 13 und 20. Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026
(zu TOP 2 a)

Einzelplan 04 - Finanzministerium

Der **Ausschuss** liest den Einzelplan 04. Abg. **Ulf Thiele** (CDU), Abg. **Claus Seebeck** (CDU) und Abg. **Peer Lilienthal** (AfD) stellen Informationsfragen zu einigen Haushaltspositionen, die von den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung beantwortet werden. Der Ausschuss setzt mehrere Positionen auf die Vormerkliste (**Anlage 1**).

Eine besondere **Aussprache** ergibt sich zu folgenden Punkten:

Kapitel 0406 Steuerverwaltung

Titel 119 05 Stundungszinsen, Verzugszinsen, Säumniszuschläge und Verspätungszuschläge

MDgt **Dr. Lantz** (LRH) fragt vor dem Hintergrund, dass mit diesem Titel, der eine realistische Einnahmeposition darstelle, ausweislich der Erläuterung auf Seite 35 ein „Konsolidierungsbeitrag“ erbracht werden solle, wie sich aus einer realistischen Planung eine Konsolidierung ergeben könne.

MR **Eggers** (MF) antwortet, in der Tat nutze die Landesregierung die Erhöhung dieser Einnahmeposition als Konsolidierungsbeitrag. Dadurch werde es zu geringeren Resten im Haushalt insgesamt und somit zu einer realitätsgerechteren Veranschlagung kommen.

Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung - budgetiert

Titel 526 10 Sachverständige: Gerichts- und ähnliche Kosten

MDgt **Dr. Lantz** (LRH) fragt, warum der Mittelansatz hier um über 400 % ansteige, und schlägt vor, künftig eine Erläuterung zu diesem Titel im Haushaltsplanentwurf vorzusehen.

MR **Eggers** (MF) legt dar, bei diesem relativ kurzfristig aufgenommenen Mittelansatz gehe es um die Bescheidung von Widersprüchen gegen Bezügezahlungen. Seit 2023 gebe es ein verändertes gesetzliches Regime, hinsichtlich dessen das Finanzministerium davon ausgehe, dass die Bezügezahlungen verfassungsgemäß seien. Nach aktuellem Stand sollten die vielen gegen Bezügezahlungen eingelegten Widersprüche im nächsten Jahr beschieden werden. Die dafür erforderlichen Mittel seien zum Teil im Titel 429 10-7 - Nicht aufteilbare Personalausgaben - veranschlagt, der einen Aufwuchs um 100 000 Euro für Hilfspersonal, das zum Bescheiden der Widersprüche eingesetzt werden solle, aufweise.

Es werde davon ausgegangen, dass in ca. 2 % der Fälle möglicherweise Klage gegen die Bescheide erhoben werde. Die Bearbeitung entsprechender Klagen werde angesichts dieser Größenordnung nicht in Gänze durch eigenes Personal des NLBV erfolgen können, sodass zusätzlich Rechtsanwälte zu beauftragen wären. Der von Herrn Dr. Lantz angesprochene Titel 526 10 diene dazu, die mit der Beauftragung von Rechtsanwälten verbundenen Kosten abzufedern.

Einzelplan 20 - Hochbauten

Der **Ausschuss** liest den Einzelplan 20. Abg. **Ulf Thiele** (CDU) stellt eine Informationsfrage zu einer Haushaltsposition, die von den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung beantwortet wird. Vormerkungen zur schriftlichen Beantwortung ergeben sich nicht.

Eine besondere **Aussprache** ergibt sich zu folgendem Punkt:

MDgt'in **Breusing** (LRH): Ich habe eine allgemeine Anmerkung zum Einzelplan 20.

Wie bereits Frau Dr. von Klaeden in ihrer Rede ausgeführt hat, stehen für den allgemeinen Landesbau, also im Einzelplan 20, insgesamt und inklusive der Haushaltsreste und dem Sondervermögen mehr als 600 Mio. Euro zur Verfügung. Zum Vergleich ein Blick auf den Umsatz des SBN in den Vorjahren: Im Jahr 2022 hat das SBN rund 572 Mio. Euro umgesetzt, im Jahr 2023 waren es rund 670 Mio. Euro und im Jahr 2024 rund 720 Mio. Euro. Die Beschäftigtenzahl ist dabei stets annähernd konstant geblieben. Herr Minister Heere sprach heute davon, dass das Beschäftigungsvolumen im Bereich des SBN angeglichen wird. Diese Angleichung ist aber nicht gleichbedeutend mit einer Aufstockung des Personals, sondern bildet lediglich den aktuellen Ist-Zustand ab. Das gilt es zu bedenken.

Der Anteil der Bundesbaumaßnahmen betrug in den vergangenen Jahren immer mehr als zwei Drittel des Gesamtumsatzes. Nun stehen allein für den Landesbau mehr als 600 Mio. Euro zur

Verfügung. Für den Bundesbau kommen im Jahr 2026 rund 730 Mio. Euro hinzu, Tendenz steigend. Insgesamt soll das SBN somit Mittel in Höhe von rund 1,33 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2026 verbauen. Hinzu kommen noch die Mittel aus den Hochschulen, die KNUE-Maßnahmen, also kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen, die jetzt in den einzelnen Ressorts veranschlagt sind, und die Mittel aus dem Kapitel 0604 für den Hochschulbau. Wie Herr Minister Heere in seiner Rede ausführte, sind das noch einmal 235 Mio. Euro. Diese Summen 2026 planvoll zu verausgaben, erscheint mehr als ambitioniert.

Zudem verschiebt sich der Aufgabenbereich des SBN. Die Landesregierung hat im Juni 2023 beschlossen, dass im Mipla-Zeitraum keine neuen GNUE-Maßnahmen, also große Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen, begonnen werden dürfen. Lediglich noch 92 Mio. Euro stehen zur Finanzierung der aktuell begonnenen Maßnahmen im Haushaltsplan 2026 zur Verfügung. Ein Großteil der Mittel ist also für Bauunterhaltung und Sanierung vorgesehen. Unseres Erachtens ist es richtig und gut, darauf den Fokus zu legen. Aber ist es realistisch, dass das SBN die Mittel in den jetzigen Verfahren, Strukturen und mit diesem Personalbudget zielgerichtet und bedarfsgerecht umsetzen kann?

Zum Thema der Bedarfsgerechtigkeit stellen wir uns eine weitere Frage: Wie wird sichergestellt, dass nur Gebäude saniert werden, die perspektivisch tatsächlich auch weiterhin vom Land genutzt werden? Alle Ressorts müssen bis zum Jahr 2030 ihre Flächen um 10 % reduziert haben. Wie weit sind die Konzepte hierzu gediehen? Wird dies hinreichend berücksichtigt? Bei all den zusätzlichen Finanzmitteln darf dieser Aspekt nicht in Vergessenheit geraten.

MR’in **Hadler** (MF): Die Zahlen, die Sie genannt haben, bezogen sich auf den Mipla-Zeitraum, nicht auf das Jahr 2026, in dem das Haushaltsvolumen 353 Mio. Euro beträgt, nicht 1,33 Mrd. Euro.

Man kann die Ist-Zahlen der Vorjahre meines Erachtens nicht als Vergleich heranziehen, denn wir kommen aus einer Zeit der Mangelverwaltung. Die Bauverwaltung konnte nicht mehr Mittel ausgeben, weil die Haushaltsansätze nicht so hoch waren, dass mehr Bauunterhaltung hätte durchgeführt werden können. Die gesamte Energie der Bauverwaltung konzentrierte sich gewissermaßen auf das Abwehren von Maßnahmen, die eigentlich hätten durchgeführt werden müssen.

Der Bedarf ist da; ich glaube, das ist eindeutig. Wir haben in den letzten Jahren diverse Kleine Anfragen zu den Ressortbedarfen beantwortet. Auch der Landesrechnungshof hat in seinen Jahresberichten darauf hingewiesen, dass die Haushaltsmittel im Einzelplan 20 bedarfsgerechter zur Verfügung gestellt werden müssen. Insoweit freuen wir uns, dass die Bauverwaltung nunmehr ermächtigt wird und die Sicherheit hat, in die konkrete Planung und Umsetzung gehen zu können.

*

Der **Ausschuss** nimmt die **Vorlagen 231** und **243** zur Kenntnis.

***

Tagesordnungspunkt 4:

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

Unterrichtung - Drs. 19/8151

Zu a) erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse

Zu b) gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 27.08.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026

Einzelplan 14 - Landesrechnungshof

Präsidentin **Dr. von Klaeden** (LRH) führt zur **Vorstellung** des Einzelplans 14 Folgendes aus:

Mit dem Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2026 und den darin enthaltenen Veränderungen wollen wir die fachlichen und persönlichen Kompetenzen der externen Finanzkontrolle in Niedersachsen weiterhin stärken. Was heißt das konkret für den Haushalt 2026?

Ich möchte vorausschicken: Selbstverständlich möchten wir die Vorbildfunktion, die der Landesrechnungshof aus meiner Sicht hat, erfüllen. Wir als externe Finanzkontrolle sind - wie die übrige Landesverwaltung auch - gefordert, für eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung unserer eigenen Haushaltmittel zu sorgen. Deshalb haben wir zunächst geprüft, an welchen Stellen wir sparen können. Diese Prüfung hat im Ergebnis dazu geführt, dass wir 125 000 Euro einsparen können.

Gleichwohl enthält der Ihnen vorliegende Entwurf auch Ausgabensteigerungen. Diese sind durch Steigerungen im Personalhaushalt begründet, der den Einzelplan 14 prägt. Der Personalhaushalt wird laut Entwurf um 923 000 Euro - auf ca. 18 Millionen Euro - erhöht. Er macht damit einen erheblichen Anteil am Gesamtvolumen des Einzelplans 14 von ca. 19,6 Millionen Euro aus.

Der höhere Ansatz ist in weiten Teilen in der Fortschreibung der Personalausgaben für das bereits vorhandene Personal begründet. Ein Anteil von ca. 340 000 Euro entfällt aber auch auf einen Mehrbedarf für fünf neue Stellen. Die Notwendigkeit dieser Stellen möchte ich konkret erläutern und beginne mit drei neuen Stellen für den Prüfbereich.

Eine davon ist aus unserer Sicht für den Bereich der Krankenhausfinanzierung erforderlich. Wie Sie wissen, begleiten wir die beiden Neubaumaßnahmen Medizinische Hochschule Hannover

(MHH) und Universitätsmedizin Göttingen (UMG) sehr eng - mit die größten Infrastrukturmaßnahmen des Landes. Außerdem wird die Bundesreform der stationären Krankenversorgung zu landesweiten Veränderungsprozessen auch in Niedersachsen führen. Bei den Maßnahmen von MHH und UMG werden nach den Planungsphasen zukünftig die konkreten Umsetzungsphasen im Fokus stehen, sodass es verstärkt auch um eine enge juristische Begleitung gehen wird, wenn die Vergabeprozesse beginnen. Um unsere Beratungsleistungen hierzu gegenüber dem Landtag, aber auch mit Blick auf die Stellungnahmen gegenüber der Dachgesellschaft in der bisherigen Qualität und auch im bisherigen Umfang erbringen zu können, benötigen wir nach unserer Überzeugung einen weiteren, juristisch geprägten Dienstposten, bewertet mit der Besoldungsgruppe A 14.

Zum anderen geht es um den großen Prüfbereich Energie und Klima, Atomaufsicht und Strahlenschutz - ein Bereich, der inhaltlich aufwächst. Das sieht man an den Ansatzsteigerungen in den Ministerien, aber auch im personellen Bereich. Es gibt neue Beratungsstrukturen - Stichwort „Energieagenturen“ -, wodurch sich der inhaltliche Aufgabenkreis, den wir zu prüfen haben, erweitert hat und weiterhin erweitern wird. Wir hatten vor dem Hintergrund des Themenbereichs Nachhaltigkeit schon im Rahmen des letzten Haushalts die Möglichkeit, unsere Prüferkapazitäten zu verstärken. Diesen Weg wollen wir weitergehen; deshalb haben wir mit dem Haushalt 2026 einen weiteren Dienstposten der Besoldungsgruppe A 14 angemeldet.

Der Bereich der Steuerprüfung des Landesrechnungshofs ist ein wichtiger Bereich im Hinblick auf die Einnahmegenerierung des Landes, aber auch im Hinblick auf die Steuergerechtigkeit. Wir haben uns einmal angeschaut, wie viele Steuerprüfer andere Rechnungshöfe, bezogen auf die Einwohnerzahl, haben, und dabei festgestellt, dass wir in Niedersachsen sehr bescheiden sind. Wir meinen, dass wir in diesem Bereich etwas nachlegen sollten, und zwar deshalb, weil mehr Prüfungen auch echte Steuermehreinnahmen für das Land generieren können - das können Sie in jedem Jahresbericht sehen. Deswegen halten wir die Anmeldung einer weiteren Stelle - nach A 12 bewertet - für wichtig und sehr sinnvoll.

Die beiden anderen angemeldeten Stellen sollen der Verstärkung des Verwaltungsbereichs dienen. Zum einen sind auch wir gefordert, was die doch sehr komplex werdenden IT-Sicherheitsanforderungen - Stichwort „Datenschutz“ - betrifft. So unterliegen die Erstellung und Fortschreibung von Informations- und IT-Sicherheitskonzepten sowie die Unterstützung und Beratung der Prüfabteilungen bei der Einführung und Prüfung von Fachverfahren immer höheren Anforderungen. Hierfür haben wir einen nach A 11 bewerteten Dienstposten angemeldet.

Nicht zuletzt steht auch der Landesrechnungshof vor der Aufgabe, ein Business Continuity Management zu implementieren. Die Erstellung, Pflege und Weiterentwicklung entsprechender Handreichungen im Landesrechnungshof, die Identifikation von relevanten Schnittstellen sowie das Krisenmanagement - insbesondere auf einen Stromausfall oder Ähnliches vorbereitet zu sein und unsere Arbeitsfähigkeit aufrechtzuerhalten - benötigen personelle Ressourcen. Hinzu kommt die flächendeckende Einführung eines Geschäftsprozessmanagements im Landesrechnungshof - die eigenen Prozesse zu optimieren, fordern wir auch immer vom Land. Auch wir stehen vor der Herausforderung, uns weiter zu digitalisieren. KI ist auch für Rechnungshöfe ein großes Thema, und in diesem Bereich haben wir noch viel Handwerkliches zu tun. Um uns gut darauf vorzubereiten, brauchen wir Unterstützung und haben deshalb einen nach A 10 bewerteten Dienstposten angemeldet.

Aus diesen Gründen erhöht sich der Ausgabeansatz für 2026 um insgesamt 818 000 Euro.

Wir sind davon überzeugt, dass wir uns damit zum einen weiterhin den wichtigen Aufgaben, die wir schon jetzt erfüllen, gut widmen können und zum anderen die Voraussetzungen haben, Ihnen als externe Finanzkontrolle auch künftig die gewohnte Qualität zu liefern.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie dem vorliegenden Entwurf des Einzelplans 14 zustimmen.

Allgemeine Aussprache

Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU) bedankt sich eingangs im Namen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen für die Arbeit des Landesrechnungshofs.

Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) bedankt sich seitens der SPD-Fraktion für die Vorstellung des Einzelplans 14 sowie für die Arbeit des Landesrechnungshofs, die, so der Abgeordnete, sehr wertvoll sei, auch wenn die geäußerte Kritik von einigen insbesondere aufseiten der die Regierung tragenden Fraktionen vielleicht nicht immer gern gehört werde.

Die Prüfungen des Landesrechnungshofs hätten in der Vergangenheit immer wieder Reform- und Handlungsbedarfe sichtbar gemacht, und seine Anregungen und Vorschläge hätten immer wieder zu Verbesserungen der Prozesse innerhalb der Landesverwaltung geführt. Dies müsse auch weiterhin das gemeinsame Ziel sein.

Dem Einzelplan 14 sei zu entnehmen, dass der Landesrechnungshof wieder Nachwuchskräfte einstelle und ausbilde; dies sei sehr zu begrüßen, denn so könne einem Fachkräftemangel in diesem Bereich vorgebeugt werden.

Wie bereits in der Debatte zu den vorangegangenen Tagesordnungspunkten angesprochen worden sei, sei es mit der Bereitstellung von Mitteln alleine nicht getan, sondern um zusätzliche Aufgaben zu bewältigen, brauche man auch Personal. Hierbei stelle der Landesrechnungshof offenbar keine Ausnahme dar; auch er müsse zusätzliches Personal einstellen, um die Aufgabenzuwächse bewältigen zu können.

Dem Einzelplan 14 sei des Weiteren zu entnehmen, dass der Landesrechnungshof Mitglied in der Europäischen Organisation der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des Öffentlichen Finanzwesens sei, wofür ein Mitgliedsbeitrag gezahlt werde. Er, Brinkmann, bitte darum, bei Gelegenheit nähere Informationen darüber zu erhalten.

Abschließend erklärt Abg. Brinkmann, dass die SPD-Fraktion dem Einzelplan 14 trotz der Personalaufwüchse zustimmen werde.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU) bedankt sich ebenfalls für die Arbeit der Senatsmitglieder, insbesondere aber auch aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesrechnungshofs, die sich zum Teil sehr tief in verschiedene Sachverhalte einarbeiten müssten und sich bei den Prüfungen, vor allem aber sicherlich auch beim Kommunizieren der daraus folgenden notwendigen kritischen Hinweise eine sehr herausfordernde Aufgabe erfüllten. Dies werde im Rahmen der Haushaltsberatungen natürlich immer nur in sehr komprimierter Form deutlich, während im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ eine intensivere Beratung stattfinde.

Der Landesrechnungshof als unabhängige externe Finanzkontrolle erfülle aus Sicht der CDU-Fraktion eine wichtige Kontrollfunktion und unterstütze die Arbeit des Parlaments in haushalterischen, aber auch strukturellen Fragen und damit bei seiner wesentlichen Aufgabe, nämlich die Landesregierung zu kontrollieren. Darüber hinaus gebe er immer sehr wertvolle Hinweise, an welchen Stellen es Veränderungsbedarfe in der Struktur der Exekutive und den Haushaltsstrukturen geben könnte.

Was das Thema Stellenaufwuchs im Landesrechnungshof angehe, so sei es durchaus nachvollziehbar, dass der Senat des Landesrechnungshofs als Kollegialorgan für die Bereiche, für die die Regierung tragenden Fraktionen oder die Landesregierung zuvor einen Zuwachs von Aufgaben der Landesregierung beschlossen hätten, neue Stellen anmelde, um ausreichend Personalressourcen zur Prüfung dieser Bereiche zu haben. Ursache dieser Stellenanmeldungen seien also Entscheidungen der die Regierung tragenden Fraktionen bzw. der Landesregierung. Dass sich der Landesrechnungshof verstärkt dem Thema Datensicherheit widmen wolle, sei ebenso nachvollziehbar und jeder Behörde bzw. jedem Unternehmen anzuempfehlen; denn die hybride Kriegsführung, die momentan stattfinde, ziele exakt darauf ab, solche Strukturen anzugreifen und arbeitsunfähig zu machen.

Abschließend erklärt Abg. Thiele, dass die CDU-Fraktion dem Einzelplan 14 zustimmen werde und sich auf die weitere Zusammenarbeit freue.

Abg. **Pippa Schneider** (GRÜNE) schließt sich dem Dank an den Landesrechnungshof ebenfalls an und fügt hinzu, in der Tat seien auch kritische Anmerkungen des Landesrechnungshofs immer zu begrüßen, da diese oft zu Verbesserungen führten.

Als Mitglied auch des Wissenschaftsausschusses begrüße sie es im Übrigen sehr, dass der Landesrechnungshof zur weiteren engen Begleitung der Bauvorhaben MHH und UMG eine weitere Stelle beantrage. Denn hierbei handele es sich um sehr komplexe und finanzintensive Projekte, mit deren Prüfung sicherlich viel Arbeit verbunden sei.

Auch die Fraktion der Grünen werde dem Einzelplan 14 zustimmen.

Einzelberatung

Der **Ausschuss** liest den Einzelplan 14. Wortmeldungen ergeben sich nicht.

***

II/715, 62	Hannover, den 17. September 2025

Vormerkliste
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
betr. Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2026
114. Sitzung am 17.09.2025

Einzelplan 04 - Finanzministerium

Kapitel 0404 - Steuerakademie Niedersachsen	Abg. **Claus Seebeck** (CDU): In der Steuerakademie besteht aufgrund der hohen Anzahl an Absolventen erheblicher Mehrbedarf, was Unterrichtungsräume, Übernachtungsmöglichkeiten und die Nutzung der Mensa angeht. Das findet sich weder im Einzelplan 04 noch im Einzelplan 20. Warum nicht? Wie ist hier die Herangehensweise des Ministeriums?
	Stellenplan, Seiten 6 und 7 Abg. **Peer Lilienthal** (AfD): Die Anzahl der Stellen ist die gleiche wie im Vorjahr; die Anwärterzahlen wurden aber deutlich erhöht. Vor diesem Hintergrund: Wie viele nebenamtlich tätige Lehrkräfte werden in der Steuerakademie eingesetzt - zum Stichtag 1. Juli? In diesem Zusammenhang: Bitte um eine differenzierte Darstellung der Bestehensquoten im ehemaligen mittleren und ehemaligen gehobenen Dienst für das Jahr 2025 (auch in Prozent mit Blick auf die Gesamtzahl).
Kapitel 0405 - Landesamt für Steuern Niedersachsen	**Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter** **Seite 26** Abg. **Peer Lilienthal** (AfD): Bei dem länderübergreifend initiierten Pilotprojekt des Finanzamtes Kassel, das meines Wissens noch nicht abgeschlossen ist, geht es darum, dass Steuererklärungen einem ausgewählten Personenkreis vorausgefüllt geschickt werden. Diese Personen haben dann die Möglichkeit, sie anzunehmen oder abzulehnen. Der Minister hat gesagt, dass er dieses Modell für Niedersachsen nicht für gangbar hält. Auf welcher Grundlage entscheidet er das?
Kapitel 0420 - Landesamt für Bezüge und Versorgung	**Titel 526 10 - Sachverständige: Gerichts- und ähnliche Kosten** **Seite 56** Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Zum Thema „Bescheidung der Widersprüche gegen Bezügezahlungen“: Ist im Finanzministerium erwogen worden

	so wie in früheren Fällen auch anstelle einer „Provokation“ von Massenklagen in Aussicht zu stellen, dass einzelne Klageverfahren stellvertretend für andere angewandt werden können, was im Haushalt des MF zu einer deutlichen Entlastung führen könnte? Oder geht man davon aus, dass jeder, dessen Widerspruch abgelehnt wird, eine Klagemöglichkeit hat und auch klagen soll oder kann, und man dann entsprechend gegenhalten muss? **Titel 429 10 - Nicht aufteilbare Personalausgaben** **Seite 56** Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Bitte um detaillierte Informationen dazu, welche konkreten Tätigkeiten das in den Erläuterungen angesprochene Hilfspersonal in Form der Arbeitnehmerüberlassung bei der Bearbeitung der Widerspruchsverfahren leisten soll.

(Terminplan Beratungen zum HH 2027/2028 des AfHuF im Jahr 2026)

II/715

Entwurf eines Terminplans für die HH-Beratungen im Jahr 2026 im AfHuF

Beratung der Einzelpläne des Haushaltsplanentwurfs 2027/2028 im Ausschuss für Haushalt und Finanzen (Vorbereitung der 2. Beratung im Dez.-Plenum 2026)

Stand: 9. September 2025

Grundlage: Voraussichtl. Einbringung im Sept.-Plenum (9. bis 11. Sept. 2026)!

Hinweise: 1. Sachhaushalte und Personalhaushalte werden zusammen beraten
2. Die Aufgabenfelder der MiPla werden in die Beratung der Einzelpläne einbezogen.

	Datum	Uhrzeit	
	16. September 2026	10.15 Uhr	**Haushaltsgesetz,** **MiPla,** **Haushaltsbegleitgesetz:** **Vorstellung der Gesetzentwürfe durch Landesregierung und Fraktionen,** **Stellungnahme Landesrechnungshof,** **Allgemeine Aussprache,** **Anhörung der kommunalen Spitzenverbände gem. Art. 57 Abs. 6 NV,** **Beginn der Gesetzesberatungen,** **Beratung der Einzelpläne:** **04** Finanzministerium **20** Hochbauten **13** Allgemeine Finanzverwaltung (Einbringung) --- Beratung des Einzelplans **14** Landesrechnungshof
		14.00 Uhr	Bei Bedarf sonstige Beratungsgegenstände
	23. September 2026	10.15 Uhr	Bei Bedarf sonstige Beratungsgegenstände Beratung der Einzelpläne **17** Landesbeauftragter f. d. Datenschutz **03** Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung **19** Digitalisierung und Informations- und Kommunikationstechnik (IT)

	Datum	Uhrzeit	
		14.00 Uhr	Bei Bedarf sonstige Beratungsgegenstände Beratung des Einzelplans **08** Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen
	30. September 2026 (ÄltRatsTag)	10.15 Uhr	Bei Bedarf sonstige Beratungsgegenstände Beratung des Einzelplans **09** Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
		14.00 Uhr	Beratung des Einzelplans **07** Kultusministerium
	28. Oktober 2026	10.15 Uhr	Bei Bedarf sonstige Beratungsgegenstände Beratung der Einzelpläne **05** Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
		14.00 Uhr	**02** Staatskanzlei
	4. November 2026	10.15 Uhr	Bei Bedarf sonstige Beratungsgegenstände Beratung der Einzelpläne **06** Ministerium für Wissenschaft und Kultur
		14.00 Uhr	**15** Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
	11. November 2026 (ÄltRatsTag)	10.15 Uhr	Beratung der Einzelpläne **01** Landtag Bei Bedarf sonstige Beratungsgegenstände
		14.00 Uhr	**12** Staatsgerichtshof **11** Justizministerium
	Mi., 18. Nov. 2026	*Dienstschluss*	***Annahmeschluss für die im Rahmen der Einzelberatungen erbetenen Informationsvorlagen der Landesregierung***

	Datum	Uhrzeit	
	25. November 2026	10.15 Uhr	Bei Bedarf sonstige Beratungsgegenstände 1. Durchgang der abschließenden Beratung des Haushaltsplanentwurfs (Lesung des **Einzelplans 13**, Beratung der Vormerklisten und der Informationsvorlagen der LReg und damit Abschluss der Informationsphase der Beratungen)
		14.00 Uhr	Soweit erforderlich Fortsetzung der Beratungen vom Vormittag
	2. Dezember 2026 ***Redaktionsschluss***	10.15 Uhr	Soweit erforderlich Fortsetzung der Beratung des **Einzelplans 13 (Allgemeine Finanzen)** 2. Durchgang der abschließenden Beratung des **Haushaltsplanentwurfs** und der **Gesetzentwürfe** (Beratung und Beschlussfassung über die Einzelpläne und die Änderungsvorschläge der Fraktionen - ***Redaktionsschluss***)
		14.00 Uhr	Sonstige Beratungsgegenstände
Ältestenratssitzung am 9. Dezember 2026			
Die Fachausschüsse werden gebeten, ihre Mitberatungen bis zur Beratung des jeweiligen Einzelplans im Haushaltsausschuss abzuschließen. Die 2. Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 ist für das **Dezember-Plenum 2026 (14. bis 17. Dezember)** vorgesehen.			

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 50. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur

am 30. Oktober 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   Mitberatung zu Artikel 7 5

   Beschluss 6

2. **Niedersachsen sicher ins Zeitalter der Künstlichen Intelligenz führen - Innovative Chancen für die Forschung und Lehre an unseren Hochschulen nutzen!**

   Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4862

3. **KI in der Wissenschaft: Forschung und Lehre auf die Auswirkungen der technischen Revolution vorbereiten**

   Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8548

Unterrichtung durch die Landesregierung 7

Aussprache und Fortsetzung der Beratung 18

Verfahrensfragen 24

4. **Niedersachsen darf nicht weiter Schlusslicht sein: Medizinstudienplätze endlich konsequent ausbauen - Ärztemangel in Niedersachsen langfristig bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/8215

Unterrichtung durch die Landesregierung 26

Aussprache und Fortsetzung der Beratung 29

5. **50 Jahre Niedersächsisches Bildungsurlaubsgesetz: Jetzt Bildungsfreistellung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer modernisieren und weiterentwickeln, Beteiligung erhöhen, Erwachsenenbildung stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6538

Fortsetzung der Beratung 39

Beschluss 40

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Jessica Schülke (AfD), Vorsitzende
2. Abg. Corinna Lange (i. V. der Abg. Antonia Hillberg) (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
3. Abg. Dr. Silke Lesemann (SPD)
4. Abg. Sebastian Penno (SPD)
5. Abg. Karola Margraf und Abg. Matthias Arends (jeweils zeitw. i. V. des Abg. Ulf Prange) (SPD)
6. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
7. Abg. Annette Schütze (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Jörg Hillmer (CDU)
9. Abg. Cindy Lutz (CDU)
10. Abg. Martina Machulla (CDU)
11. Abg. Lukas Reinken (CDU)
12. Abg. Oliver Schatta (CDU)
13. Abg. Christian Schroeder (i. V. der Abg. Pippa Schneider) (GRÜNE)
14. Abg. Eva Viehoff (GRÜNE)

Zeitweise übernimmt stellv. Vors. Abg. Eva Viehoff (GRÜNE) die Leitung der Sitzung.

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Messling.

Niederschrift:

Ministerialrätin Dr. Kresse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:19 Uhr bis 13:10 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: AfRuV; AfIuS; KultA; AfWuK; AfWVBuD; AfELuV; AfSAGuG; AfUEuK

Mitberatung zu Artikel 7 - Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“

Beratungsgrundlage: Vorlage 3 (Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD)

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) trägt die Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD im Sinne der **Vorlage 3** vor, auf die insoweit verwiesen wird.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) spricht den auf Seite 5 der Vorlage 3 unter Nr. 3 zu § 5 - Planung und Veranschlagung der einzelnen Maßnahmen - dargestellten Vorschlag des GBD an, es bei der ursprünglichen Formulierung des ersten Halbsatzes von Satz 3 zu belassen, dass der Maßnahmenfinanzierungsplan und seine Fortschreibungen vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen „zur Kenntnis genommen“ worden sein müssten, anstatt die Worte „zur Kenntnis genommen“ durch das Wort „beschlossen“ zu ersetzen. Er, Reinken, habe es bisher immer so verstanden, dass der Haushaltsausschuss bestimmte Maßnahmen genehmigen bzw. ihnen zustimmen müsse - ein Beispiel seien die Bauabschnittsplanungen für die Baumaßnahmen an der MHH und der UMG. Deshalb stelle sich die Frage, welchen qualitativen Unterschied es mit Blick auf diese Formulierungen gebe bzw. wie es sich auswirke, wenn der Haushaltsausschuss eine entsprechende Genehmigung nicht erteile bzw. Entscheidung nicht treffe.

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) legt dar, nach Auffassung des GBD hätten Ausschüsse des Landtages - das gelte auch für den Haushaltsausschuss - verfassungsrechtlich grundsätzlich keine abschließenden Entscheidungsbefugnisse mit Blick auf bestimmte Maßnahmen. Auch erteile der Haushaltsausschuss letztlich keine „echten“ Genehmigungen. So sei weder in der Landeshaushaltsordnung noch in anderen einschlägigen Gesetzen eine konstitutive Entscheidungsbefugnis des Haushaltsausschusses geregelt. Zumeist sei in entsprechenden Fällen formuliert, dass der Haushaltsausschuss etwas „zur Kenntnis“ zu nehmen habe. Beispielsweise sei auch im Gesetz über das Sondervermögen zur Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie eine Kenntnisnahme des Haushaltsausschusses vorgesehen gewesen - es habe also einen ähnlichen parlamentarischen Beteiligungsmechanismus gegeben -, und im bisher geltenden ersten Halbsatz des Satzes 3 des hier in Rede stehenden Gesetzes sei geregelt, dass „der Maßnahmenfinanzierungsplan und seine Fortschreibungen“ „vom Ausschuss des Landtags für Haushalt und Finanzen zur Kenntnis genommen worden sein“ müssten. An dieser Regelung sollte aus Sicht des GBD festgehalten werden.

Wenn die Fraktionen im Rahmen der Kenntnisnahme feststellten, dass der Finanzierungsplan Maßnahmen enthalte, mit denen sie nicht einverstanden seien, hätten sie die Möglichkeit, politisch zu reagieren, entsprechende Anträge zu stellen usw.

Beschluss

Der mitberatende **Ausschuss** votiert gegenüber dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die Annahme des Artikels 7 des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes in der Fassung der Vorlage 3 zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: CDU
Enthaltung: AfD

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 68. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz

am 3. November 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Klimagesetzes**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7499

   Fortsetzung der Beratung: Zweiter Beratungsdurchgang 3

   Beschluss 3

2. **Entwurf eine Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   Mitberatung 5

   Beschluss 6

3. a) **Smart Grid mit Tempo und Akzeptanz: ein intelligentes Stromnetz für Niedersachsen**

      Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4570

   b) **Volle Energie für Niedersachsen - Smart Grids als sinnvolle Unterstützung zum Netzausbau fördern**

      Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/4578 neu

   Fortsetzung der Beratung 7

   Beschluss 8

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Marie Kollenrott (GRÜNE), Vorsitzende
2. Abg. Nico Bloem (SPD)
3. Abg. Marcus Bosse (SPD)
4. Abg. Thordies Hanisch (SPD)
5. Abg. Gerd Hujahn (SPD)
6. Abg. Guido Pott (SPD)
7. Abg. Christoph Willeke (SPD)
8. Abg. Barbara Otte-Kinast (i. V. d. Abg. Heike Koehler) (CDU)
9. Abg. Jonas Pohlmann (CDU)
10. Abg. Dr. Frank Schmädeke (CDU)
11. Abg. Britta Kellermann (GRÜNE)
12. Abg. Dr. Ingo Kerzel (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrätin Brüggeshemke (Mitglied),
Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied),
Ministerialrat Dr. Müller-Rüster.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Lange.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Dr. Bäse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:01 Uhr bis 14:26 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Erste Beratung: 70. Sitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF;
mitberatend: AfRuV; AfIuS; KultA; AfWuK; AfWVBuD; AfELuV; AfSAGuG; AfUEuK

Mitberatung

Beratungsgrundlage: Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu den Artikeln 1, 2 und 8 bis 13 (Vorlage 2)

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) erläutert, die Mitberatung durch diesen Ausschuss beziehe sich auf diejenigen Teile des **Artikels 8 - Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen -**, die den ökologischen Teil des Wirtschaftsförderfonds beträfen.

Konkret handele es sich um die zusätzlichen Zuführungen an den Wirtschaftsförderfonds - Ökologischer Teil - in Höhe von 48,2 Mio. Euro zur Ausfinanzierung der Ausbaustufe 1 des SALCOS-Projekts nach § 4 Abs. 1 Satz 12 Nr. 2 und Satz 13 und um Mittel in Höhe von 200 Mio. Euro zur Kofinanzierung von Bundesmitteln aus dem Klima- und Transformationsfonds nach § 4 Abs. 1 Satz 12 Nr. 3. Da noch nicht klar sei, in welcher Höhe und für welche Projekte der Bund Finanzmittel bereitstellen werde, handele es sich bei den 200 Mio. Euro um vorsorglich bereitzustellende Landesmittel, um Bundesmittel in diesem Bereich durch eine Kofinanzierung des Landes möglichst umfangreich nutzen zu können. Hierüber sei der Ausschuss bereits in seiner 65. Sitzung am 19. September 2025 durch Minister Meyer informiert worden.

Abschließend weist der Vertreter des GBD auf die grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken des GBD hin, die sich insbesondere aus der langen Dauer des Bestehens des Sondervermögens, des Umfangs der über das Sondervermögen verwalteten Mittel und der geringen Bestimmtheit der Zweckbindung der Mittel des Sondervermögens ergäben. Hierzu führt er im Sinne der Darlegungen auf den Seiten 8 und 9 der Vorlage 2 aus. Das MU habe zum geplanten Mitteleinsatz Stellung genommen; Einzelheiten hierzu könnten den Seiten 9 bis 12 der Vorlage 2 entnommen werden.

Da davon auszugehen sei, dass der Haushaltsgesetzgeber der Gesetzesänderung zustimmen und nicht von seiner geübten Praxis bezüglich des Wirtschaftsförderfonds abweichen werde, verzichte der GBD darauf, einen Formulierungsvorschlag zu Artikel 8 zu unterbreiten.

Abg. **Britta Kellermann** (GRÜNE) bewertet die vorgesehene Bereitstellung der Kofinanzierungsmittel als zielführend und hält es für nachvollziehbar, dass der Mitteleinsatz noch nicht näher beschrieben werden könne, weil die Ausgestaltung der betreffenden Bundesprogramme noch unklar sei. Gleichwohl sei klar, dass Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie für den Umwelt- und Naturschutz ergriffen werden müssten. Wenn dann Bundesmittel

aus dem Klima- und Transformationsfonds wegen einer fehlenden Kofinanzierung nicht eingesetzt werden könnten, ergäbe sich ein Schaden für das Land Niedersachsen.

Insofern stimmten die Koalitionsfraktionen diesem Teil des Gesetzentwurfs zu.

Beschluss

Der - mitberatende - **Ausschuss** votiert gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag zu empfehlen, den ihn betreffenden Teil des Gesetzentwurfs unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: CDU, AfD
Enthaltung: -

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 74. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit

und Gleichstellung

am 6. November 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   Beratung 4

   Beschluss 4

2. **Bürokratieabbau in Zahnarztpraxen**

   Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4569

   Beratung 5

   Beschluss 5

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Sitzung des Krankenhausplanungsausschusses am 5. November 2025**

   Unterrichtung 6

   Aussprache 8

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Oliver Lottke (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Karin Emken (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
3. Abg. Wiebke Osigus (i. V. des Abg. Marten Gäde) (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Andrea Prell (SPD)
5. Abg. Julia Retzlaff (SPD)
6. Abg. Claudia Schüßler (SPD)
7. Abg. Jan Bauer (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Colette Thiemann (i. V. des Abg. Eike Holsten) (CDU)
9. Abg. Laura Hopmann (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
10. Abg. Heike Koehler (i. V. der Abg. Sophie Ramdor) (CDU)
11. Abg. Thomas Uhlen (CDU)
12. Abg. Swantje Schendel (GRÜNE)
13. Abg. Eva Viehoff (GRÜNE)
14. Abg. Delia Klages (AfD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied),
Ministerialrätin Dr. Schröder.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Triefenbach.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Pohl, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:15 Uhr bis 11:30 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

erste Beratung: 70. Sitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: AfRuV, AfIuS, KultA, AfWuK, AfWVBuD, AfELuV, AfSAGuG, AfUEuK

Beratungsgrundlage: ***Vorlage 4***

Beratung

MR'in **Dr. Schröder** (GBD) trägt die Formulierungsvorschläge des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu den im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses liegenden Artikeln 3 bis 6 des Gesetzentwurfs vor und erläutert diese im Sinne der schriftlichen Anmerkungen in der Vorlage 4. Darauf wird verwiesen.

Abg. **Claudia Schüßler** (SPD) spricht sich dafür aus, die Formulierungsvorschläge des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu übernehmen.

Abg. **Thomas Uhlen** (CDU) ist interessiert zu erfahren, inwieweit bei der Festsetzung der Beträge zum Ausgleich der Verwaltungskosten für die Heranziehung zur Durchführung von Aufgaben der Eingliederungshilfe künftig Einsparungen im Zuge der Reformüberlegungen - Stichwort BENi 4.0 - und beispielsweise durch eine Digitalisierung des Verfahrens Berücksichtigung fänden.

LMR **Kirchberg** (MS) erläutert, die Regelungen im Gesetzentwurf stellten einen Kompromiss zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden - in diesem Fall dem NLT und NST - dar. Darin sei aber nicht abgebildet, dass ein dokumentierter tatsächlicher Bestand an Verwaltungskräften komplett refinanziert werde. Refinanziert werde der gleiche Umfang in Vollzeitäquivalenten, der beim Inkrafttreten des ersten Ausführungsgesetzes zugrunde gelegt worden sei. Der Parameter für die Berechnung, der Personalschlüssel von 1 zu 150, sei im Gesetzentwurf nicht verändert worden. Dieser Kompromiss beinhalte, dass vonseiten der Kommunen eigentlich eine höhere Erstattung in Höhe der Ist-Kosten verlangt worden sei, aber sich alle Beteiligten schließlich dazu durchgerungen hätten, weniger zu refinanzieren, weil die Abgrenzung, wer in welcher Behörde welche Aufgaben wahrnehme, sehr schwierig wäre. Wenn durch das BENi weitere Verwaltungsvereinfachungen stattfänden - dabei sei man auf gutem Wege -, dann sei das in diesem Kompromiss bereits eingepreist, weil, wie dargestellt, nicht der komplette Bestand, sondern nur der von der Größe her „abgespeckte" Bestand an Verwaltungskräften refinanziert werde.

Beschluss

Der **Ausschuss** empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen, dem Landtag die Annahme der Artikel 3 bis 6 des Gesetzentwurfs mit den aus der Vorlage 4 ersichtlichen Änderungen vorzuschlagen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: -
Enthaltung: CDU, AfD

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 61. - öffentliche - Sitzung

des Kultusausschusses

am 7. November 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   Mitberatung 4

2. **Planungssicherheit für Schulen und Schulträger - Organisation und Finanzierung des Ganztagsbetriebes verlässlich ausgestalten**

   Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/7487

   Unterrichtung durch die Landesregierung 7

   Aussprache 10

   Fortsetzung der Beratung und Beschluss 20

3. **Terminangelegenheiten** 21

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Pascal Mennen (GRÜNE), Vorsitzender
2. Abg. Rüdiger Kauroff (in Vertretung des Abg. Thore Güldner) (SPD)
3. Abg. Corinna Lange (SPD)
4. Abg. Kirsikka Lansmann (SPD)
5. Abg. Karola Margraf (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
6. Abg. Phillip Meyn (SPD)
7. Abg. Julius Schneider (in Vertretung des Abg. Stefan Politze) (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Anna Bauseneick (CDU)
9. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
10. Abg. Christian Fühner (CDU)
11. Abg. Sophie Ramdor (CDU) (per Videokonferenztechynik zugeschaltet)
12. Abg. Lukas Reinken (CDU)
13. Abg. Lena Nzume (GRÜNE)
14. Abg. Harm Rykena (AfD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

Niederschrift:

Regierungsdirektorin March-Schubert, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:05 Uhr bis 11:24 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: AfRuV, AfIuS, KultA, AfWuK, AfWVBuD, AfELuV, AfSAGuG, AfUEuK

Mitberatung

Beratungsgrundlagen:
Vorlage 1 *Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens*
Vorlage 2 *Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu den Artikeln 1, 2 und 8 bis 13*

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) erläutert, die Mitberatung durch den Ausschuss beziehe sich auf Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes - des Gesetzentwurfs. Dort sei in Nr. 3 vorgesehen, einen neuen § 5 c einzufügen, in dem es um die Verteilung von Leistungen des Landes an die Kommunen zur Erfüllung des Ganztagsanspruchs nach § 24 Abs. 4 SGB VIII gehe.

Die kommunalen Spitzenverbände hätten im Rahmen der Anhörung im federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen (Vorlage 1) darauf hingewiesen, dass der Gesetzentwurf an dieser Stelle nicht die mit ihnen abgestimmte Fassung über die Abwicklung der Zahlung enthalte, das Kultusministerium (MK) aber angekündigt habe, dass noch ein entsprechender Änderungsvorschlag der die Landesregierung tragenden Fraktionen eingebracht werden solle. Da dieser bisher jedoch nicht vorliege, habe der GBD in seiner Vorlage 2 nicht zu dieser Regelung Stellung nehmen können.

MR **Reimann-Lübker** (MK) berichtet, das MK habe bereits einen Änderungsvorschlag erarbeitet und mit den anderen zuständigen Ressorts abgestimmt. Seines Wissens solle dieser Änderungsvorschlag über den Haushaltsausschuss eingebracht werden.

Zum Hintergrund führt der Ministerialvertreter aus, der Gesetzentwurf sehe ursprünglich vor, dass die in Rede stehenden Mittel an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe geleitet und von diesen verteilt werden sollten. Dagegen hätten die kommunalen Spitzenverbände protestiert. § 5 c solle deshalb dahingehend geändert werden, dass die Gelder direkt an die Schulträgerkommunen weitergeleitet werden sollten.

Abg. **Kirsikka Lansmann** (SPD) erklärt, die Koalitionsfraktionen seien mit dieser Änderung einverstanden. Insofern spreche aus ihrer Sicht nichts dagegen, die Mitberatung in der heutigen Sitzung abzuschließen.

Abg. **Christian Fühner** (CDU) sagt, er halte es für schwierig, die Mitberatung zu einem Gesetzentwurf auf Grundlage eines Änderungsvorschlages durchzuführen, der dem Ausschuss noch gar nicht vorliege bzw. lediglich mündlich vorgetragen worden sei. Eine Beschlussfassung sollte seiner Meinung nach auf Basis eines schriftlich fixierten Vorschlags und gegebenenfalls unter Berücksichtigung einer Rückmeldung der kommunalen Spitzenverbände sowie einer Stellungnahme des GBD hierzu erfolgen.

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) weist darauf hin, dass es mit Blick auf den zeitlichen Ablauf schwierig sei, einen weiteren Termin für die Mitberatung im Kultusausschuss einzuplanen. Der Änderungsvorschlag des MK solle, soweit er wisse, im Rahmen eines umfassenden Änderungsvorschlags zum Haushaltsbegleitgesetz, der federführend vom Finanzministerium (MF) bearbeitet werde, voraussichtlich frühestens in der für den 26. November anberaumten Sitzung des Haushaltsausschusses vorgelegt werden. Die Kommunen hätten gegebenenfalls am 3. Dezember Gelegenheit, im Rahmen einer Anhörung dazu Stellung zu nehmen. Um mit dem Gesetzentwurf das Dezember-Plenum zu erreichen, müsse dann bereits ein Beschluss gefasst werden, da der Ältestenrat, der die Tagesordnung festlege, in der Woche darauf am 10. Dezember tage.

Abg. **Christian Fühner** (CDU) betont, es liege ihm fern, das Verfahren unnötig zu verkomplizieren. Allerdings könne von Abgeordneten nicht verlangt werden, Empfehlungen zu Beratungsgegenständen abzugeben, ohne dass die erforderlichen Unterlagen vorlägen. Seine Fraktion sei insofern nicht abstimmungsbereit.

Vors. Abg. **Pascal Mennen** (GRÜNE) erklärt zum Verfahren, der Ausschuss könne die Mitberatung auch abschließen, ohne eine Empfehlung - weder zu Vorlage 2 noch bezüglich des mündlich vorgetragenen Änderungsvorschlages zu Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs - gegenüber dem federführenden Haushaltsausschuss abzugeben.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) spricht sich dafür aus, diesem Verfahrensvorschlag zu folgen. Sie regt darüber hinaus an, darum zu bitten, die Mitglieder des Kultusausschusses zu der Sitzung des Haushaltsausschusses, in der der Änderungsvorschlag eingebracht werden solle, hinzuzuladen.

MR **Reimann-Lübker** (MK) weist ergänzend zu seinen bisherigen Ausführungen darauf hin, dass der Änderungsvorschlag nicht nur mit den beteiligten Ressorts, sondern auch mit den kommunalen Spitzenverbänden vorabgestimmt worden sei.

Abg. **Christian Fühner** (CDU) meint, dass die kommunalen Spitzenverbände beteiligt worden seien, begrüße er. Gleichwohl könnten die Ausschussmitglieder nicht über einen Änderungsvorschlag abstimmen, der ihnen nicht schriftlich vorliege. Die Mitberatung betreffe zwar nur einen kleinen Teil des Gesetzentwurfs, nämlich die Ganztagsfinanzierung, allerdings sollten an dieser Stelle grundlegende Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung vorgenommen werden.

Vor diesem Hintergrund sei der Vorschlag, die Mitberatung ohne die Abgabe einer Empfehlung abzuschließen, gleichzeitig aber darum zu bitten, zu der entsprechenden Sitzung des Haushaltsausschusses hinzugeladen zu werden, aus seiner Sicht ein gangbarer Weg. Auf diese Weise könne zumindest ein ordentliches Verfahren sichergestellt werden, an dem auch die Mitglieder des Kultusausschusses beteiligt seien, wenngleich die Beschlussfassung damit letztlich an den federführenden Ausschuss delegiert würde.

Der **Ausschuss** schließt die Mitberatung ab. Von einer Empfehlung gegenüber dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen sieht er ab, da der angekündigte Änderungsvorschlag zu dem ihn betreffenden Teil des Artikels 1 des Gesetzentwurfs noch nicht vorliegt. Mit Blick darauf, dass der Änderungsvorschlag - gegebenenfalls in Verbindung mit einer Stellungnahme des GBD - in die abschließende Beratung im federführenden Ausschuss einfließen soll, bitten die Mitglieder des Kultusausschusses darum, zu der entsprechenden Sitzung des Haushaltsausschusses hinzugeladen zu werden.

***

LANDTAG NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 80. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen

und Digitalisierung

am 7. November 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Klimagesetzes**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7499

   Beratung zur Abgabe einer Stellungnahme 4

   Beschluss 5

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   Mitberatung 6

   Beschluss 7

3. **Starke Gastronomie für ein starkes Niedersachsen - Entlastungen, Fachkräftesicherung und Zukunftsperspektiven**

   Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/8544

   Beginn der Beratung, Verfahrensfragen 8

4. a) **Smart Grid mit Tempo und Akzeptanz: ein intelligentes Stromnetz für Niedersachsen**

      Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4570

   b) **Volle Energie für Niedersachsen - Smart Grids als sinnvolle Unterstützung zum Netzausbau fördern**

      Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/4578 neu

   Mitberatung 9

   Beschluss 10

5. **Verbesserung von Mobilfunkversorgung und regionalem Roaming in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/7481

Fortsetzung der Beratung 11

6. **Verlässlichkeit statt Unsicherheit - Infrastruktur darf nicht am Koalitionsstreit scheitern**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/7195

Fortsetzung der Beratung 14

7. **Niedersachsen 2030 - starker Standort, starke Wirtschaft**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7497

Fortsetzung der Beratung 16

Beschluss 17

8. a) **Transformation der Wirtschaft durch Innovation aktiv gestalten und Niedersachsen zum Start-up-Land ausbauen**

Antrag der Fraktion der CDU - 19/5073

b) **Startups und Gründungskultur in Niedersachsen stärken, verankern und Innovationen fördern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7196

Fortsetzung der Beratung 18

Beschluss 19

9. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Zukunft der Spielhallen in Niedersachsen - drohender Arbeitsverlust durch Auslaufen der Übergangsregelung**

Beratung 21

Beschluss 21

10. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Riss in der Eisenbahnbrücke über die Hunte in Oldenburg**

Unterrichtung 22

Aussprache 24

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Reinhold Hilbers (CDU), stellv. Vorsitzender
2. Abg. Matthias Arends (SPD)
3. Abg. Christoph Bratmann (SPD)
4. Abg. Oliver Ebken (SPD)
5. Abg. Frank Henning (SPD)
6. Abg. Konstantin Grosch (i. V. des Abg. Stefan Klein) (SPD)
7. Abg. Brian Baatzsch (i. V. der Abg. Sabine Tippelt) (SPD)
8. Abg. Christian Frölich (CDU)
9. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU)
10. Abg. Colette Thiemann (CDU)
11. Abg. Tamina Reinecke (i. V. des Abg. Stephan Christ (GRÜNE)
12. Abg. Pippa Schneider (i. V. des Abg. Heiko Sachtleben) (GRÜNE)
13. Abg. Omid Najafi (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrätin Brüggeshemke (Mitglied),
Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied),
Ministerialrat Dr. Müller-Rüster,
Ministerialrätin Dr. Schröder.

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Schröder, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:32 Uhr bis 11:49 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Erste Beratung: 70. Sitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: AfRuV, AfIuS, KultA, AfWuK, AfWVBuD, AfELuV, AfSAGuG

Mitberatung

Beratungsgrundlage:

- *Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu den Artikeln 1, 2 und 8 bis 13, zugleich Ergebnis des ersten Beratungsdurchgangs im federführenden Ausschuss (Vorlage 2 des GBD)*

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) erläutert die Formulierungsvorschläge und Anmerkungen zu den Artikeln 8 und 10 des Gesetzentwurfs im Sinne der Darlegungen in der **Vorlage 2**.

Artikel 8 - Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion habe große Schwierigkeiten, nachzuvollziehen, wofür die in § 4 Abs. 1 Satz 12 Nrn. 1 bis 3 des Gesetzentwurfs genannten Mittel konkret verwendet würden. Vermisst würden beispielsweise konkrete Anhaltspunkte, wie die IPCEI-Projekte fortgeführt werden sollten und wo die Förderschwerpunkte des Landes lägen. In Anbetracht der Diskussion um Stahlpreise im Allgemeinen und der aktuellen Situation der Salzgitter AG im Besonderen erbitte er, Abg. Scharrelmann, Aussagen zur Förderung der IPCEI-Projekte.

MR‘in **Lütjering** (MW) erläutert, die Mittel im Umfang von 48,2 Mio. Euro, die dem Wirtschaftsförderfonds - Gewerblicher Teil - entnommen werden sollten, dienten der Ausfinanzierung der Förderung der ersten Ausbaustufe des SALCOS-Projektes.

Stellv. Vors. Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) fragt, ob die Förderung des SALCOS-Projekts auch im Falle von Baukostensteigerungen in vollem Umfang gesichert sein werde. - MR’in **Lütjering** (MW) antwortet, durch die 48,2 Mio. Euro aus dem Wirtschaftsförderfonds - Gewerblicher Bereich - und weitere 48,2 Mio. Euro aus dem Wirtschaftsförderfonds - Ökologischer Bereich - werde die Förderung der ersten Ausbaustufe des SALCOS-Projekts nach jetzigem Stand komplett ausfinanziert sein.

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU) fragt, ob seitens der Landesregierung die Förderung weiterer IPCEI-Projekte geplant sei und, wenn dies bejaht werden könne, um welche Projekte es sich dabei handele und in welchem Umfang sie gefördert würden. - MR’in **Lütjering** (MW) antwortet, neben den genannten zusätzlichen Mitteln aus dem Wirtschaftsförderfonds, die der Ausfinanzierung der ersten Ausbaustufe des SALCOS-Projekts dienten, werde das MW voraussichtlich weitere 25 Mio. Euro zur Gegenfinanzierung von Fördermaßnahmen erhalten, die im Rahmen

der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) durchgeführt würden. GRW-Maßnahmen, die vom Bund gefördert würden, müssten vom Land kofinanziert werden. Wenn der Landeshaushaltsgesetzgeber der Zuführung der zusätzlichen 25 Mio. Euro zustimmen sollte, könnten in größerem Umfang als bisher Fördermittel des Bundes kofinanziert und somit auch mehr Förderanträge bewilligt werden.

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU) bemerkt, nach seinem Verständnis sei der Wirtschaftsförderfonds dazu da, Unternehmensansiedlungen zu fördern. Er schließe aus den in Rede stehenden vergleichsweise geringen zusätzlichen Mittelvolumina, dass die Förderung größerer Neuansiedlungsprojekte unter Inanspruchnahme von Mitteln des Wirtschaftsförderfonds nicht geplant sei. - MR’in **Lütjering** (MW) betont, die hier in Rede stehenden, dem Wirtschaftsförderfonds zusätzlich zuzuführenden Mittel seien ausschließlich zur Förderung des SALCOS-Projekts und zur Gegenfinanzierung von förderfähigen Projekten zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur in strukturschwachen Gebieten (GRW) vorgesehen.

Vors. Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) fragt, ob die zusätzlichen GRW-Mittel für konkrete Projekte bestimmt seien. - MR’in **Lütjering** (MW) antwortet, dass die Frage nicht von ihr, aber gegebenenfalls vom Fachreferat beantwortet werden könne.

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU) möchte wissen, ob auch für das im Koalitionsvertrag von Rot-Grün vereinbarte Projekt „Schüler- und Azubiticket“ Finanzierungsmittel vorgesehen seien. - MR’in **Lütjering** (MW) antwortet, die Mittel zur Förderung des ÖPNV seien in den entsprechenden Titeln des Einzelplans 08 eingeplant. Es sei nicht geplant, Mittel, die für die GRW-Förderung oder das SALCOS-Projekt bestimmt seien, quasi zweckzuentfremden und für andere Zwecke zu verwenden.

Vors. Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) schlägt vor, dem federführenden Ausschuss einen Auszug aus der Niederschrift zukommen zu lassen.

Beschluss

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen einen Auszug aus der Niederschrift zukommen zu lassen, und schließt damit die Mitberatung ab.

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 67. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft

und Verbraucherschutz

am 12. November 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   Beratung 6

   Beschluss 7

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen ELER-Fördergesetzes**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8504

   Beratung 8

   Weiteres Verfahren 9

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und zur Verbesserung der bäuerlichen Agrarstruktur in Niedersachsen und zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Niedersachsen**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8144

   Unterrichtung durch die Landesregierung 10

   Aussprache 13

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung über Konsequenzen für die nutztier-, speziell die schweinehaltenden Betriebe in Niedersachsen**

   Unterrichtung 22

Aussprache 24

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu verschiedenen Fragen rund um die Nutztierhaltung in Niedersachsen**

Unterrichtung 26

Aussprache 34

6. **Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir: Alltagskompetenzen junger Menschen durch schulische Bildungsangebote stärken!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5649

Beratung 40

Beschluss 41

7. **Nahrungsmittelversorgung sichern, Kulturgut bewahren: Zukunftsperspektiven für die niedersächsische Küstenfischerei schaffen**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/6802

Beratung 42

Verfahren 43

8. **Für Artenschutz und Biodiversität: Einführung eines „Bodenbrüterbonus“ zur Intensivierung des Prädatorenmanagements**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/7190

Beratung 44

Weiteres Verfahren 45

9. **Das Tierwohl in der Nutztierhaltung durch Entbürokratisierung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes fördern**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5310

Beratung 46

Weiteres Verfahren 46

10. **Heimischen Obst- und Gemüseanbau unterstützen - Möglichkeit der kurzfristigen Beschäftigung zeitlich ausweiten**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/6017

Beratung 47

Beschluss 47

11. **Niedersachsens Wälder durch professionelle Strukturen fit für die Zukunft machen! Forstwirtschaftliche Vereinigungen stärken, Waldpflegeverträge fördern und neue Managementansätze erproben**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/6803

Beratung 49

Weiteres Verfahren 49

12. **Jakobskreuzkraut: Der steigenden Ausbreitung entgegentreten - Futterqualitäten sichern**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8272

Beratung 50

Weiteres Verfahren 50

13. **Ein aktives Wolfsmanagement in Niedersachsen - für die Weidetierhaltung, den Deichschutz und die Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/8539

14. **Hauswirtschaft und Alltagskompetenzen in Niedersachsen weiter stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8550

Zusammen beraten mit TOP 6 53

15. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Domänenverwaltung**

Beratung 54

Beschluss 54

16. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum EU-Schulprogramm**

Beratung 55

Beschluss 55

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Dr. Frank Schmädeke (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Jörn Domeier (SPD)
3. Abg. Thore Güldner (SPD)
4. Abg. Karin Logemann (SPD)
5. Abg. Sebastian Penno (SPD)
6. Abg. Alexander Saade (SPD)
7. Abg. Christoph Willeke (SPD)
8. Abg. Uwe Dorendorf (CDU)
9. Abg. Katharina Jensen (CDU)
10. Abg. Dr. Marco Mohrmann (CDU)
11. Abg. Hartmut Moorkamp (CDU)
12. Abg. Pascal Leddin (GRÜNE)
13. Abg. Christian Schroeder (GRÜNE)
14. Abg. Alfred Dannenberg (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied),
Ministerialrätin Dr. Schröder,
Ministerialrat Dr. Müller-Rüster,
Ministerialrat Mohr.

Von der Landtagsverwaltung:

Frau Stürzebecher.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13:30 Uhr bis 16:33 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF; mitberatend: AfRuV; AfIuS; KultA; AfWuK; AfWVBuD; AfELuV; AfSAGuG; AfUEuK

Mitberatung zu Artikel 1

Beratungsgrundlage: Vorlage 2 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes

Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Nr. 2: § 5 b - Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

ChemD'in **Hogeback** (ML) trägt Folgendes vor: Im Frühjahr gab es den Pakt für Kommunalinvestitionen, in dessen Rahmen sich die Landesregierung bereit erklärt hat, auf freiwilliger Basis einen Beitrag von 40 Millionen Euro über vier Jahre zu zahlen. Umgesetzt werden soll dies mit einer Änderung des Finanzverteilungsgesetzes.

Vorgeschlagen wird hierzu die Einfügung eines neuen § 5 b - Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes - in das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz.

Das Veterinär- und Lebensmittelrecht wird zu 90 % von EU-Recht dominiert, weswegen per se keine Konnexität ausgelöst wird. Die Aufgabentiefe und Komplexität haben in den letzten Jahren extrem zugenommen. Die gesellschaftlichen Erwartungen an den Tierschutz sind gestiegen. Die Biosicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung von Tierseuchen und die IT-Fachverfahren waren zu stärken. Deswegen sind bei den kommunalen Veterinärbehörden in den vergangenen fünf Jahren insgesamt mehr als 240 neue Stellen geschaffen worden. Der Verteilungsschlüssel für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises ist seit 1999 festgeschrieben. Eine Steigerung gibt es nur aufgrund der Steigerung der Personalkosten. Eine echte Evaluierung ist aber nicht vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund klaffen Zuweisungen im Rahmen des übertragenen Wirkungskreises für diesen Bereich auf der einen Seite und der Bedarf auf der anderen Seite immer weiter auseinander. Die kommunalen Verbände haben gesagt, dass sie ein Defizit von 40 Millionen Euro haben, und sind dann in einen Boykott getreten.

Das ist der Hintergrund, warum jetzt über die vorgesehene gesetzliche Änderung eine Abmilderung des Defizits erfolgen soll.

Der Gesetzentwurf ist mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt.

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) erläutert die Änderungsvorschläge des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu Artikel 1 Nr. 2, wie sie sich aus der Vorlage 2 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes ergeben.

Er betont, dass der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst rechtlich keine Bedenken gegen die in Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs der Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Regelungen habe.

Abg. **Karin Logemann** (SPD) hebt hervor, die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion begrüßten es, dass die kommunalen Veterinärbehörden mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterstützt werden sollten, womit etwas gelingen werde, woran bereits seit Langem gearbeitet werde. Angesichts des Aufgabenaufwuchses bei den Veterinärbehörden würden diese zusätzlichen finanziellen Mittel dringend benötigt, die im Ergebnis eine gute Investition auch in den Verbraucherschutz darstellten.

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) merkt an, die Diskussion über die Finanzierungslücke bei den Veterinärbehörden habe zu viel Kritik seitens der Landkreise und kreisfreien Städte und der entsprechenden Spitzenverbände an der Landesregierung geführt. Die CDU-Fraktion habe sich seinerzeit deutlich positioniert, und von daher stimmten die Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU einer Änderung des Finanzverteilungsgesetzes, wie sie in dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen vorgesehen sei, zu. Die CDU-Fraktion begrüße es, dass die seinerzeit gegenüber der Landesregierung geäußerte Kritik angekommen sei und ein Einvernehmen insbesondere mit dem Niedersächsischen Landkreistag habe hergestellt werden können.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) betont, auch er begrüße ausdrücklich, dass das Land den Veterinärbehörden entgegenkomme, und stimme von daher ebenfalls der Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes zu.

Beschluss

Der mitberatende **Ausschuss** empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen, dem Landtag zu empfehlen, Artikel 1 des Gesetzentwurfs in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD
Ablehnung: -
Enthaltung: -

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 88. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Inneres und Sport

am 13.11.2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Unterrichtung durch die Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung und den Präsidenten der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen in Ergänzung zur schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage in der Drs. 19/8487**

   Verfahrensfragen 4

   Unterrichtung 4

   Aussprache 10

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8503

   Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände 35

   Verfahrensfragen 54

3. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   Mitberatung 55

   Beschluss 56

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Deniz Kurku (zeitw. vertr. durch den Abg. Rüdiger Kauroff) (SPD)
3. Abg. Alexander Saade (SPD)
4. Abg. Julius Schneider (SPD)
5. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
6. Abg. Philipp Meyn (i. V. des Abg. Sebastian Zinke) (SPD)
7. Abg. André Bock (CDU)
8. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
9. Abg. Lena-Sophie Laue (i. V. der Abg. Birgit Butter) (CDU)
10. Abg. Lara Evers (CDU)
11. Abg. Carina Hermann (i. V. des Abg. Alexander Wille) (CDU)
12. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
13. Abg. Nadja Weippert (zu TOP 1 vertr. durch die Abg. Djenabou Diallo Hartmann) (GRÜNE)
14. Abg. Stephan Bothe (AfD)

Von der Landesregierung:

Ministerin Behrens (MI).

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela.

Niederschrift:

Parlamentsredakteur Dr. Zachäus, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:15 Uhr bis 13:43 Uhr.

Tagesordnungspunkt 3:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: AfRuV; AfluS; KultA; AfWuK; AfWVBuD; AfELuV; AfSAGuG; AfUEuK

Mitberatung

Beratungsgrundlage:
Vorlage 2 Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu den Artikeln 1, 2 und 8 bis 13

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) trägt die Formulierungsvorschläge des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu den im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses liegenden Artikeln 1, 2 und 9 vor und erläutert diese im Sinne der schriftlichen Anmerkungen in der Vorlage 2. Insoweit wird auf die **Vorlage 2** verwiesen.

Über die Vorlage 2 hinausgehende ergänzende Anmerkungen ergeben sich zu folgenden Paragrafen und Regelungen des Gesetzentwurfs:

Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Nr. 2: § 5 b - Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) weist darauf hin, dass der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in seiner 67. Sitzung am 12. November 2025 die Mitberatung durchgeführt und dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen bereits einstimmig empfohlen habe, dem vorliegenden Änderungsvorschlag zu folgen.

Nr. 3: § 5 c - Leistungen für die Erfüllung des Anspruch nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) erklärt, dass die Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII), die das Land vom Bund erhalte, laut dem Gesetzentwurf an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gezahlt werden sollten. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände habe allerdings bereits im Rahmen der Anhörung in der 126. Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 3. Dezember 2025 darauf hingewiesen, dass diese Form der Auszahlung nicht mit den Kommunen abgesprochen worden sei, und um eine Änderung gebeten. Das Kultusministerium habe signalisiert, einen solchen Änderungsvorschlag erstellen zu wollen. Dieser werde aber erst vorliegen, wenn der Änderungsvorschlag der regierungstragenden Fraktionen zum Haushaltsbegleitgesetz insgesamt dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorgelegt werde. Dies werde noch etwas Zeit in Anspruch nehmen.

Der Vertreter des GBD berichtet des Weiteren, dass die Änderung inhaltlich darauf abzielen werde, dass die Gelder nicht unmittelbar an die Jugendhilfeträger gezahlt werden sollten. Diese seien zwar diejenigen, die laut Gesetz den genannten Anspruch nach § 24 Abs. 4 SGB VIII erfüllen müssten, de facto werde dieser Anspruch aber in weiten Teilen von den Trägern der Grundschulen erfüllt. Daher habe man sich darauf verständigt, die Gelder an die Schulträger zu zahlen, soweit sie den Anspruch erfüllten, und die Gelder lediglich an die Jugendhilfeträger weiterzuleiten, sollten die Träger der Grundschulen den Anspruch nicht erfüllen können. Dieses Vorgehen sei aus Sicht des GBD unproblematisch.

Der Kultusausschuss habe dies entsprechend zur Kenntnis genommen und darum gebeten, dass die Mitglieder des Kultusausschusses zu den Beratungen im Ausschuss für Haushalt und Finanzen hinzugezogen werden, sobald der Änderungsvorschlag vorliege. Darüber hinausgehende Empfehlungen wurden seitens des Kultusausschusses nicht ausgesprochen. Aus diesem Grund gebe es seitens des GBD in der Vorlage 2 diesbezüglich noch keine weitergehenden Anmerkungen und den Hinweis „vorerst unverändert“.

Beschluss

Der mitberatende **Ausschuss** votiert gegenüber dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die Annahme der Artikel 1, 2 und 9 des Gesetzentwurfs mit den aus der Vorlage 2 ersichtlichen Änderungen zu empfehlen.

Zustimmung:	*SPD, GRÜNE*
Ablehnung:	*-*
Enthaltung:	*CDU*
Nicht anwesend:	*AfD*

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 125. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

am 26. November 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Kommunalbericht 2025**

   Unterrichtung - Drs. 19/8800

   Vorstellung durch die Präsidentin des Landesrechnungshofs 5

   Aussprache 11

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

   dazu: **Eingabe 01247/03/19** und **Eingabe 01145/03/19**

   b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

   Unterrichtung - Drs. 19/8151

   Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026

   Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung

   Erläuterungen durch das Finanzministerium und Aussprache 22

   Einzelberatung 32

   Beratung des Informationsteils der Vormerkliste 32

   Verfahrensfragen 33

3. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Fortsetzung der Beratung 34

Verfahrensfragen 36

4. **Vorlagen**

Vorlage 267 (MF) Kosten des Personalvertretungsrechts; Umfang der Freistellungen gem. § 39 Abs. 3 und § 48 Abs. 1 (Stufenvertretungen) Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz 37

Vorlage 273 (MI) Fortschreibung des Maßnahmenfinanzierungsplans zum Sondervermögen Digitalisierung 37

5. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den mutmaßlichen Folgen des BVerfG-Beschlusses vom 17. September 2025 - 2 BvL 20/17, 2 BvL 21/17, 2 BvL 5/18, 2 BvL 6/18, 2 BvL 7/18, 2 BvL 8/18, 2 BvL 9/18 für die Besoldung der niedersächsischen Landesbediensteten und den Landeshaushalt**

Unterrichtung 40

Aussprache 42

6. **Transformation der Wirtschaft durch Innovation aktiv gestalten und Niedersachsen zum Start-up-Land ausbauen**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5073

Mitberatung 45

Beschluss 45

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Dr. h. c. Björn Thümler (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Jan-Philipp Beck (SPD)
3. Abg. Markus Brinkmann (SPD)
4. Abg. Jörn Domeier (SPD)
5. Abg. René Kopka (SPD)
6. Abg. Dr. Dörte Liebetruth (SPD)
7. Abg. Björn Meyer (SPD)
8. Abg. Reinhold Hilbers (i. V. der Abg. Melanie Reinecke) (CDU)
9. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
10. Abg. Claus Seebeck (CDU)
11. Abg. Ulf Thiele (CDU)
12. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE)
13. Abg. Pippa Schneider (GRÜNE)
14. Abg. Peer Lilienthal (AfD)

Zeitweise übernimmt stellv. Vors. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE) die Leitung der Sitzung.

Vom Landesrechnungshof:

Präsidentin Dr. von Klaeden.

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied),
Ministerialrätin Dr. Schröder.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Niederschrift:

Regierungsrat Dr. Schmidt-Brücken, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:15 Uhr bis 13:26 Uhr.

Tagesordnungspunkt 3:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: AfRuV, AfIuS, AfWVBuD
vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UAHuSch

zuletzt beraten: 114. Sitzung am 17.09.2025 (Beginn der Beratung)

Fortsetzung der Beratung

Beratungsgrundlage: Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu den Artikeln 1, 2 und 8 bis 13 (Vorlage 2)

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu Artikel 7 (Vorlage 3)

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zu den Artikeln 3 bis 6 (Vorlage 4)

Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse (Vorlage 5 des GBD)

Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) stellt die Formulierungsvorschläge des GBD zu diesem Artikel in der Vorlage 5 (Seiten 2 bis 5) sowie die Anmerkungen des GBD dazu im Sinne der Vorlage 2 (Seiten 2 bis 7) vor. Insoweit wird auf die **Vorlagen 2** und **5** verwiesen.

Artikel 2 - Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes

Unverändert.

Artikel 3 - Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

MR'in **Dr. Schröder** (GBD) stellt die Formulierungsvorschläge des GBD zu diesem Artikel in der Vorlage 5 (Seite 7) sowie die Anmerkungen des GBD dazu im Sinne der Vorlage 4 (Seite 3) vor. Insoweit wird auf die **Vorlagen 4** und **5** verwiesen.

Artikel 4 - Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs

MR'in **Dr. Schröder** (GBD) stellt die Formulierungsvorschläge des GBD zu diesem Artikel in der Vorlage 5 (Seiten 7 bis 9) sowie die Anmerkungen des GBD dazu im Sinne der Vorlage 4 (Seiten 4 bis 11) vor. Insoweit wird auf die **Vorlagen 4** und **5** verwiesen.

Artikel 5 - Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes

Unverändert.

Artikel 6 - Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren"

Unverändert.

Artikel 7 - Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung"

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) stellt die Formulierungsvorschläge des GBD zu diesem Artikel in der Vorlage 5 (Seiten 11 bis 12) sowie die Anmerkungen des GBD dazu im Sinne der Vorlage 3 (Seiten 3 bis 6) vor. Insoweit wird auf die **Vorlagen 3** und **5** verwiesen.

Artikel 8 - Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) stellt die Anmerkungen des GBD zu diesem Artikel im Sinne der Vorlage 2 (Seiten 8 bis 12) vor. Insoweit wird auf die **Vorlage 2** verwiesen.

Artikel 9 - Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen"

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) stellt die Formulierungsvorschläge des GBD zu diesem Artikel in der Vorlage 5 (Seite 14) sowie die Anmerkungen des GBD dazu im Sinne der Vorlage 2 (Seite 12 f.) vor. Insoweit wird auf die **Vorlagen 2** und **5** verwiesen.

Artikel 10 - Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) stellt die Formulierungsvorschläge des GBD zu diesem Artikel in der Vorlage 5 (Seite 15) sowie die Anmerkungen des GBD dazu im Sinne der Vorlage 2 (Seiten 13 bis 15) vor. Insoweit wird auf die **Vorlagen 2** und **5** verwiesen.

Artikel 11 - Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“

Unverändert.

Artikel 12 - Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes

Unverändert.

Artikel 13 - Inkrafttreten

Unverändert.

*

Abg. **Jan-Philipp Beck** (SPD) dankt dem GBD für dessen Hinweise zu dem Gesetzentwurf, die er, so der Abgeordnete, für schlüssig halte. Ferner kündigt er einen Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen an, der noch am heutigen Tag zur Beratung in der nächsten, für den 3. Dezember 2025 vorgesehenen Sitzung eingereicht werde.

Verfahrensfragen

Der federführende **Ausschuss** beschließt, die Beratung in seiner für den 3. Dezember 2025 vorgesehenen Sitzung fortzusetzen und den zu Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs mitberatenden Kultusausschuss hinzuzuladen.

Ferner beschließt er, der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens in der genannten Sitzung Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem von den Koalitionsfraktionen angekündigten Änderungsvorschlag zu dem Gesetzentwurf zu geben.

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 126. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

am 3. Dezember 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

   dazu: **Eingabe 01247/03/19** Einstellen von Haushaltsmitteln für die Wiederherstellung der Bahnstrecke Bremerhaven – Bad Bederkesa

   Eingabe 01145/03/19 Forderungen des VNSB zum Haushalt 2026

   b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

   Unterrichtung - Drs. 19/8151

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens 10

   Fortsetzung der Beratung des Haushaltsgesetzentwurfs 2026

   Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen 19

   Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU 23

   Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der Grünen 29

   Beratung des Gesetzestextes einschließlich der Anlagen 1 (Gesamtplan) und 2 30

   Fortsetzung der Beratung des Haushaltsbegleitgesetzentwurfs 2026

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen 31

Fortsetzung der Beratung des Gesetzestextes 32

Beschlüsse 33

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8503

(abgesetzt) 36

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Vorlage 284 (MK) Antrag auf Vorwegfreigabe von Mitteln des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)/Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) in Höhe von 250 Mio. Euro

Beratung 37

Beschluss 44

4. **Vorlagen**

Vorlage 278 (MWK) Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Stiftung Georg-August-Universität Göttingen, Forschungsbau Art. 91 b Abs. 1 GG: AgriFutur (HP 2026, Kapitel 0604, TGr. 70-72, Kennziffer 0610 121) 45

Vorlage 279 (MF) Wiederbesetzung von Stellen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben (07 01, 0705) 45

5. **Hauswirtschaft und Alltagskompetenzen in Niedersachsen weiter stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8550

Mitberatung 46

Beschluss 46

Anwesend:

Mitglieder des Ausschusses für Haushalt und Finanzen:

1. Abg. Dr. h. c. Björn Thümler (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Jan-Philipp Beck (SPD)
3. Abg. Jörn Domeier (zeitw. vertr. durch die Abg. Julia Retzlaff) (SPD)
4. Abg. René Kopka (SPD)
5. Abg. Dr. Dörte Liebetruth (SPD)
6. Abg. Björn Meyer (SPD)
7. Abg. Doris Schröder-Köpf (i. V. des Abg. Markus Brinkmann) (SPD)
8. Abg. Reinhold Hilbers (i. V. der Abg. Melanie Reinecke) (CDU)
9. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
10. Abg. Claus Seebeck (CDU)
11. Abg. Ulf Thiele (CDU)
12. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE)
13. Abg. Pippa Schneider (GRÜNE)
14. Abg. Peer Lilienthal (AfD)

Mitglied des Kultusausschusses:

Abg. Karola Margraf (SPD).

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied),
Ministerialrätin Dr. Schröder.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Niederschrift:

Regierungsrat Dr. Schmidt-Brücken, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:17 Uhr bis 13:05 Uhr.

Tagesordnungspunkte 1 und 2:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

   dazu: **Eingabe 01247/03/19** Einstellen von Haushaltsmitteln für die Wiederherstellung der Bahnstrecke Bremerhaven – Bad Bederkesa

   Eingabe 01145/03/19 Forderungen des VNSB zum Haushalt 2026

   b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

   Unterrichtung - Drs. 19/8151

Zu a) erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse

Zu b) gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 27.08.2025
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
   federführend: AfHuF
   mitberatend: AfRuV, AfIuS, KultA, AfWuK, AfWVBuD, AfELuV, AfSAGuG, AfUEuK

zuletzt beraten: 125. Sitzung am 26.11.2025 (zum Haushaltsgesetzentwurf: Beratung des Einzelplans 13; zum Haushaltsbegleitgesetzentwurf: Fortsetzung der Beratung auf Grundlage der GBD-Vorlage 5)

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen hatte in seiner 125. Sitzung am 26. November 2025 beschlossen, den zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026 (TOP 2) mitberatenden Kultusausschuss zur Fortsetzung der Beratung in der heutigen Sitzung hinzuzuladen.

Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
(zu TOP 1 und 2)

Anwesend:

*- Herr **Dr. Arning** (NST)*
*- Herr **Freese** (NLT)*
*- Frau **Dr. Hendricks** (NST)*
*- Frau **Lücke** (NSGB)*

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 9 zu Drs. 19/7910 neu (Haushaltsgesetzentwurf 2026) bzw. Vorlage 8 zu Drs. 19/8220 (Haushaltsbegleitgesetzentwurf 2026)

Herr **Dr. Arning**: Zunächst möchten wir uns als Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände für die Gelegenheit bedanken, heute zu den Änderungsvorschlägen der Fraktionen zu den Entwürfen des Haushaltsgesetzes 2026 und des Haushaltsbegleitgesetzes 2026 Stellung zu nehmen.

Ich möchte mit einer allgemeinen Betrachtung beginnen. Wir hatten im Jahr 2024 einen negativen Finanzierungssaldo von 4 Mrd. Euro - das ist ein historisch hoher Betrag. Wie Sie wissen, hatte das Land einen Überschuss von 1,5 Mrd. Euro. Die Differenz beträgt also 5,5 Mrd. Euro. So weit waren wir noch nie auseinander. Mit dem negativen Finanzierungssaldo von 4 Mrd. Euro befindet sich Niedersachsen, pro Kopf gerechnet, an der Spitze des Ländervergleichs. Unserer Wahrnehmung nach wird landesseitig auch nicht bestritten, dass wir auf kommunaler Ebene eine desaströse Haushaltslage haben; es wird anerkannt und akzeptiert - und das wird in unserer Mitgliederschaft zunehmend mit Bitterkeit wahrgenommen, denn dass sich diese Situation irgendwann einmal verbessert, ist nicht in Sicht.

Wir sind natürlich dankbar für einige Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden, wie die Investitionsunterstützung im Rahmen des KIP 3 (Kommunalinvestitionsprogramm) oder auch durch Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes. Wir weisen aber auch darauf hin, dass diese Unterstützung nicht dafür gedacht ist, strukturelle Probleme zu lösen, sondern dafür, Investitionsrückstände zu beheben. Wenn man die Größenordnung der kommunalen Investitionsrückstände und die Höhe der Mittel, die uns jetzt erreichen, betrachtet, relativiert sich insofern einiges.

Auch der kommunale Finanzausgleich (KFA) ist aus unserer Sicht nicht ausreichend dotiert, wie wir wiederholt angemerkt haben. Wir haben hier eine Erhöhung um 1 Mrd. Euro gefordert, die mit diesem Haushalt nicht erfolgen wird. Man ist auch nicht auf unseren Vorschlag eingegangen, das in zwei Stufen zu tun, also, den KFA mit diesem Haushalt um 1 % und mit dem nächsten um 2 % zu erhöhen. Passiert ist gar nichts. Damit ist aus unserer Sicht für das Jahr 2026 keine strukturelle Verbesserung in Sicht. Das Land ist nicht bereit, uns aus einer Rücklage zu finanzieren oder sich dafür zu verschulden. Sie nehmen mit dem Nachtragshaushalt 2025 und auch mit dem Haushalt 2026 Ihre Möglichkeiten nach den Ausnahmeregelungen zur Schuldenbremse voll in Anspruch. Wir hatten schon erwartet, dass Sie, wenn Sie das tun, auch an die kommunale Familie denken.

Damit komme ich zum Thema der Bedarfszuweisungen. Gestern hat uns der Änderungsvorschlag der Fraktionen von SPD und Grünen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich (NFAG, Vorlage 7 zur Drucksache 19/8503)

erreicht. Das Land nimmt darin eine Änderung des kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2027 bis 2029 vor. Aus der Zuweisungsmasse für Schlüsselzuweisungen, die allen Kommunen zugutekommen, werden 50 Mio. Euro in den Bedarfszuweisungsplafond, zurzeit mit 1,6 % dotiert, verschoben. Damit sollen in erhöhtem Maße Bedarfszuweisungen geleistet werden. Hintergrund ist bekanntlich die Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichs, die durch die Änderung des NFAG zum 1. Januar 2026 in Kraft tritt. Darüber wurde schon im Innenausschuss ausgiebig diskutiert, weshalb ich das hier nicht in Gänze wiederholen will. Aber ich möchte doch auf einige Punkte eingehen; ich gehe davon aus, dass auch Herr Freese noch etwas dazu sagen wird.

Beginnen möchte ich mit der Tatsache, dass die genannten 50 Mio. Euro nicht vom Land gezahlt werden, sondern im Prinzip aus dem kommunalen Finanzausgleich selbst herausgeschnitten werden. Da hatten wir natürlich etwas anderes erwartet, und, offen gesagt, hatte uns die Landesregierung seinerzeit auch etwas anderes in Aussicht gestellt, nämlich dass das Land die insgesamt 150 Mio. Euro zusätzlich aus dem Landeshaushalt dem KFA zuführt. Dass das nicht passiert, bedauern wir - ebenso, dass die Maßnahme erst zum Jahr 2027 wirksam wird.

Wir haben immer gesagt - ich spreche jetzt für den Städtetag -, dass Bedarfszuweisungen durchaus das Mittel der Wahl sind, wenn es um Verwerfungen geht. Wir haben aber auch immer betont, dass wir kein Sonderbedarfszuweisungsprogramm für diejenigen Kommunen möchten, die jetzt unter der Novellierung des KFA „leiden“. Vielmehr wollen wir, dass dieses Programm im Rahmen der allgemeinen Bedarfszuweisung verwendet wird und so für die wirklich bedürftigen Kommunen eingesetzt werden kann. Wir möchten, wie gesagt, keine Sonderbedarfszuweisung, sondern allgemeine Bedarfszuweisungen, und zwar wegen der besonderen Lage, nicht wegen besonderer Aufgaben. Wir möchten also nicht, dass mit diesen 50 Mio. Euro Feuerwehrgerätehäuser oder Löschfahrzeuge angeschafft werden. Das ist aber eine Stellungnahme des Städtetags; die Kolleginnen und Kollegen der anderen Spitzenverbände mögen das anders sehen.

Damit komme ich zu einer strukturellen Maßnahme des Landes, für die wir dankbar sind. Das Land wird die Personalkostenunterstützung bei den Kindertagesstätten um mindestens - dieses Wort möchte ich betonen - 250 Mio. Euro im Jahr aufstocken. Das ist ein Beitrag zur strukturellen Gesundung der Kommunen. Wir sind aber mit der Landesregierung noch nicht ganz einig darin, ob es 250 Mio. Euro oder mehr sein sollen. Unstrittig ist, dass es sich um einen Mindestbetrag handelt, der in den Landeshaushalt eingebucht wird. Wir als kommunale Familie gehen von 302 Mio. Euro aus - ein Betrag, den wir anhand der Tarifleistungen, die wir unseren Beschäftigten bezahlen, errechnet haben. Das wurde vom Kultusministerium grundsätzlich auch anerkannt. Ich denke, wir werden uns am Ende auf diesen Betrag einigen.

Ich komme zu den Änderungsvorschlägen im Einzelnen.

Für den Änderungsvorschlag der Fraktionen von SPD und Grünen zu Artikel 1 des Haushaltsbegleitgesetzentwurfs (Vorlage 6 zur Drucksache 19/8220) bedanken wir uns. Die Mittel für den Betrieb der Ganztagsschule werden demnach nicht mehr über die Träger der öffentlichen Jugendhilfe verteilt, wie es im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes ursprünglich vorgesehen war, sondern den Schulträgern direkt zugewiesen. Hintergrund ist, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Schulen erfüllt werden soll und die Betriebskosten in der Mehrzahl der Fälle dort anfallen. Natürlich wird es auch weiterhin Horte geben, aber nicht in einem Umfang, um den Anspruch flächendeckend abzubilden. Deswegen waren wir als kommunale Familie sehr daran interessiert, dass das Geld direkt bei den Schulträgern ankommt und nicht den

Umweg über die Landkreisebene, also über die Träger der öffentlichen Jugendhilfe, nimmt. Damit ist sichergestellt, dass, wenn eine Schule den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung nicht erfüllen kann, der Schulträger die Mittel an den Träger der Jugendhilfe weiterzuleiten hat, damit dieser die entsprechenden Hortplätze finanzieren kann. Wir danken, wie gesagt, für diese Änderung. Sie war uns mit Blick auf die Zielgenauigkeit der Finanzierung sehr wichtig.

Was das Thema Krankenhausfinanzierung betrifft, hat der Herr Ministerpräsident in seiner Erklärung zum Haushalt 2026 zugesichert, dass die kommunale Familie bzw. die Krankenhäuser mit 600 Mio. Euro finanziert würden und die Krankenhausumlage, die die Kreise und kreisfreien Städte jedes Jahr aufzubringen haben, insoweit nicht anfallen werde. Es sollte also 600 Mio. Euro für Krankenhäuser ohne einen kommunalen Anteil als strukturelle Entlastung der Kommunen geben. Dieser Betrag war aber auch dazu gedacht, den Anteil der Mittel des Sondervermögens des Bundes, die den Kommunen zufließen, von 50 auf 60 % zu heben. Das ist ein ganz wesentlicher Bestandteil, denn allein dadurch wird die kommunale Familie um 240 Mio. Euro entlastet.

In dem genannten Änderungsvorschlag von SPD und Grünen vom 26. November sind Änderungen enthalten, die nicht im Vorfeld mit uns abgestimmt wurden. Wir reden jetzt nicht mehr über 600, sondern über 585 Mio. Euro. Natürlich könnte man sagen, 15 Mio. Euro sind vergleichsweise wenig. Aber das bedeutet für uns 6 Mio. Euro an kommunaler Entlastung. Wir erwarten durchaus, dass wir die uns zugesagten 940 Mio. Euro am Ende auch sehen. Das Land kann mit seinem Sondervermögen tun, was es will. Aber wir wären schon dankbar, wenn uns im Laufe des nächsten Jahres aufgezeigt würde, wie man diese 940 Mio. Euro, also 10 % des Sondervermögens des Bundes, erreichen möchte.

Außerdem werden diese 15 Mio. Euro so eingesetzt, dass es uns nicht entlastet, da sie für regionale Gesundheitszentren verwendet werden. Diese unterliegen nicht der Krankenhausfinanzierung. Das heißt, wir als Kommunen leisten dazu keinen Beitrag und müssen das auch nicht, weil wir dazu rechtlich nicht verpflichtet sind. Eine Entlastungswirkung sehen wir in diesem Zusammenhang nicht, sondern wir finanzieren jetzt mit 6 Mio. Euro mittelbar eine Leistung, die das Land bisher unstreitig alleine erbracht hat. Wir erwarten, dass das Land diese Leistung auch weiterhin alleine erbringt.

Der Änderungsvorschlag beinhaltet weitere 50 Mio. Euro aus dem Sondervermögen - auch darüber wurde vorher nicht gesprochen -, bei denen das Land wie selbstverständlich davon ausgeht, dass sie den allgemeinen Regularien unterliegen und die kommunale Familie über die Krankenhausumlage 40 % zuschießt. Das kann man natürlich machen; das ist sozusagen der Lackmustest, wie weit diese Zusage reicht. Wir hätten gerne einmal darüber gesprochen, ob man sich nicht darauf verständigen könnte, dass alle Leistungen aus dem Sondervermögen für den Bereich Krankenhäuser ohne kommunale Kofinanzierung erfolgen.

Mit dem neuen Artikel 10/1 - Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes - wird die Verwaltungskostenpauschale auf 2,59 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner erhöht. Das begrüßen wir sehr. Wir haben uns mit einem Fünf-Punkte-Papier an das Land gewandt und darin die Unterfinanzierung des ÖPNV gerügt. Die Finanzierung dieses Bereichs ist so niedrig wie in keinem anderen Bundesland. Um nur einige Zahlen zu nennen: Hessen zahlt 66 Euro pro Einwohnerin bzw. Einwohner, Baden-Württemberg 55 Euro, Sachsen 127 Euro, Nordrhein-Westfalen 26 Euro. Wir in Niedersachsen wenden 15 Euro pro Einwohnerin bzw. Einwohner auf. Die jetzige Anhebung ist ein erster, wichtiger Schritt, aber wir können uns da perspektivisch natürlich noch etwas mehr vorstellen.

Im Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion zum Haushaltsgesetz (Vorlage 5 zur Drucksache 19/7910 neu) sehen wir einige begrüßenswerte kommunal relevante Maßnahmen in den Bereichen Katastrophenschutz und Krisenresilienz des Gesundheitssystems. Auch für die Sprachförderung, die dualisierte Ausbildung im Bereich Kita und für die Digitalisierung an Schulen wird Geld eingeplant. Was uns natürlich ein ganz besonderes Anliegen ist: Wir sehen einen Ansatz zur Unterstützung des kommunalen Finanzausgleichs in Höhe von 750 Mio. Euro. Das würde eine Erhöhung der Schlüsselzuweisung im KFA um 2 % bedeuten.

Im 1. Nachtrag zum Änderungsvorschlag der Fraktionen von SPD und Grünen zum Haushaltsgesetzentwurf 2026 (Vorlage 6 zur Drucksache 19/7910 neu) wird ein innereuropäisches Austausch- und Partnerschaftsprogramm für Kommunen und Zivilgesellschaft angekündigt, ausgestattet mit 1 Mio. Euro. Auch für diesen guten Ansatz danken wir. Näheres werden wir meines Erachtens im nächsten Jahr klären müssen.

Wir begrüßen auch die Bereitstellung von weiteren 15 Mio. Euro im Bereich des Programms Zukunftsräume.

Mit dem 2. Nachtrag zu diesem Änderungsvorschlag von SPD und Grünen wird - auch das ist sehr wichtig - die Richtlinie für die Sportstättensanierung insbesondere zur Förderung von Lehrschwimmbädern um 15 Mio. Euro aufgestockt. Diese Richtlinie ist zurzeit mit 130 Anträgen überzeichnet. Wir halten es für gut, dass dafür Geld nachgeschossen wird.

Mit dem 12. Nachtrag werden, wie vom Minister angekündigt, insgesamt 90 Mio. Euro aus dem Bundessondervermögen für das Programm „Klima Kommunal Niedersachsen Invest“ bereitgestellt, 30 Mio. Euro davon in 2026. Wir finden das gut, weil kommunaler Klimaschutz ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz insgesamt ist und die Kommunen schon viel in diesem Bereich tun. Aber das sind natürlich alles freiwillige Leistungen. Wir danken für diese Unterstützung. Wir hätten uns gewünscht, dass sie nicht im Rahmen von Förderrichtlinien erfolgt - das gilt auch für viele andere Förderprogramme -, sondern im Rahmen des Niedersächsischen Kommunalfördergesetzes (NKomFöG). Wir erwarten, dass all diese neuen Förderprogramme - gerade auch diejenigen mit einem großen Volumen - in diese neue, wirklich gute Struktur in Niedersachsen überführt werden. Ich hoffe, dass es in zwei bis drei Jahren keine entsprechenden Richtlinien mehr gibt, sondern Verordnungen im Rahmen des NKomFöG mit Budgets, die einfacher zu bewirtschaften sind.

Schließlich begrüßen wir auch die Förderung des Altlastengewässerschutzes für Kommunen.

Herr **Freese**: Ich möchte kurz zum Änderungsvorschlag der Fraktionen von SPD und Grünen zum Gesetzentwurf zur Änderung des NFAG (Vorlage 7 zur Drucksache 19/8503) ergänzen. Dabei geht es um die von Herrn Dr. Arning angesprochenen Bedarfszuweisungen.

Erstens hat uns diese Änderung etwas überrascht. Ich möchte heute nicht die Debatte im Innenausschuss wiederholen, aber die Änderung des Finanzausgleichs kommt, soweit wir wissen, zum 1. Januar 2026. Vorgesehen ist, dass ab 2027 zweimal 50 Mio. Euro an Bedarfszuweisungen für zwei Jahre gewährt werden. Da fehlt es schon an Kongruenz mit Blick auf die Zeiträume.

Zweitens sehen wir die Bedarfszuweisungen für besondere Aufgaben noch nicht. Die Landesregierung hat in einer Presseerklärung vom September aber zugesagt, dass die besonders von der NFAG-Reform betroffenen Kommunen hier entlastet werden sollen. Das können wir, wie gesagt,

noch nicht erkennen. Das wird man möglicherweise im Anschluss, bei der Ausarbeitung sehen müssen. Aber dieser Aspekt müsste eigentlich 2026 berücksichtigt werden.

Drittens erwarten wir, dass, wenn Kompensation geleistet wird, sie zusätzlich geleistet wird und nicht, dass Sie sagen: „Sie müssen im Finanzvergleich umverteilen“ und, weil das so schwierig ist, einen Teil wieder herausnehmen, um diese Mittel anders umzuverteilen. Das kann nicht die Idee dahinter gewesen sein. Insoweit liegen wir zwar in einem Punkt auseinander, aber in der grundsätzlichen Einschätzung sind wir als kommunale Spitzenverbände meines Erachtens dicht beieinander.

Abg. **Jan-Philipp Beck** (SPD): Vielen Dank für Ihre Stellungnahme, Herr Dr. Arning und Herr Freese. Ich kann Ihnen sowohl für die SPD-Fraktion als auch für die regierungstragenden Fraktionen insgesamt versichern, dass wir uns der Lage der kommunalen Ebene sehr bewusst sind. Ich selbst war gestern an den Haushaltsberatungen auf Kreisebene beteiligt. Wir werden im Landkreis Schaumburg im nächsten Jahr einen Kreishaushalt mit einem Defizit in Höhe von 48 Mio. Euro haben; das ist ein bemerkenswerter Betrag. Natürlich wissen wir, dass die Sozial- und Personalkosten und auch der Investitionsstau zu einer insgesamt äußerst angespannten Lage in den Kommunen führen. Ich finde, Ihre Stellungnahme hat zum Ausdruck gebracht, dass Haushaltsverhandlungen zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden - naturgemäß - immer ein Ringen um den richtigen Ausgleich und die richtige Verteilung sind.

Gleichzeitig finde ich aber auch, dass im Zuge der Haushaltsplanung 2026 einige gute Verständigungen erzielt wurden, die sich auf die kommunale Ebene positiv auswirken. Sie haben den Pakt für Kommunalinvestitionen in Höhe von 600 Mio. Euro und die Investitionsmittel von Bundesseite angesprochen. Ich denke, das sollte man nicht zu sehr kleinreden, weil es sich dabei um das größte kommunale Investitionsprogramm handelt, das das Land jemals aufgelegt hat; es ist deutlich größer als die beiden Vorgängerprogramme. Das ist meines Erachtens ein gutes Zeichen und eine echte Chance, um die Belastung der Kommunen zu verringern. Jetzt muss es uns als Staat insgesamt natürlich auch gelingen, all diese Mittel umzusetzen.

Auch, was die laufenden Kosten angeht - diese haben Sie zutreffend erwähnt -, sind deutliche Fortschritte erzielt worden. Ich bin sehr froh, dass sich die Diskussion um den Kita-Bereich versachlicht hat - auch durch den Schritt des Landes, hierfür mindestens 250 Mio. Euro an weiterer Finanzhilfe zur Verfügung zu stellen. Sie sagten, dass die Gespräche dazu fortgeführt würden. Ich hoffe, dass sie weiterhin gut und sachlich verlaufen und im Sinne der Kommunen zu einem positiven Ergebnis führen.

Was ich auch erwähnen möchte, ist, dass wir nicht nur Gelder zur Verfügung stellen, sondern auch die Art des Förderns verändern - auch auf diesen Bereich bezog sich die - wie ich finde, völlig berechtigte - Kritik der kommunalen Ebene in den letzten Jahren. Ich stimme Ihnen zu, Herr Dr. Arning: Wir haben jetzt mit dem Kommunalfördergesetz den Einstieg in eine neue Philosophie gefunden, nach der stärker auf Vertrauen zwischen den staatlichen Ebenen, zwischen Land und Kommunen, gesetzt wird. Ich kann nur dafür plädieren, dass das jetzt auch gelebt wird und sehr viele Mittel auf diese Weise verwendet und verteilt werden. Ich halte es für den richtigen Weg, hier auf Vertrauen und Pauschalen zu setzen. Diesen Weg wollen wir seitens meiner Fraktion auch unbedingt weiter beschreiten.

Ich bin der Auffassung, dass auch bei weiteren kommunalen Themen gute Ergebnisse erzielt wurden. Man kann sicherlich darüber streiten, ob jede einzelne Maßnahme richtig war, aber ich

denke, die Änderung der NBauO, die Maßnahmen im Bereich Wärmeplanung und Hochwasserschutz sowie viele weitere Themen, die im Zusammenhang mit der politischen Liste angesprochen wurden, haben dazu beigetragen, die Verfahren zwischen Land und Kommunen zu vereinfachen. Das möchte ich gerade im Rahmen der heutigen Haushaltsberatung noch einmal hervorheben.

Sicherlich kann man immer mehr Geld für einzelne Projekte oder den kommunalen Finanzausgleich insgesamt fordern. Aber ich halte den Weg, der mit dem Haushaltsplan 2026 beschritten wird, für verantwortungsbewusst - auch angesichts der Haushaltslage des Landes. Wir werden mit Sicherheit auch in den nächsten Haushaltsberatungen wieder um den richtigen Weg ringen. Das liegt in der Natur der Sache und ist völlig okay so. Ich bin aber davon überzeugt - das als Appell meinerseits zum Schluss -, dass es uns als Land und Kommunen nur gemeinsam gelingt, den Staat voranzubringen, unsere Demokratie zu fördern und die Handlungsfähigkeit des Staates unter Beweis zu stellen. Dies verstärkt in den Vordergrund zu stellen, würde ich mir für die Zukunft wünschen. In diesem Sinne freue ich mich auf die weiteren Haushaltsberatungen.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Herr Dr. Arning, zunächst einmal danke für das Lob für unseren Änderungsvorschlag zum Haushaltsgesetzentwurf und für die auch in der schriftlichen Stellungnahme vorgenommene recht schonungslose Analyse der kommunalen Finanzlage.

Was mich betroffen macht, ist, dass die Landesregierung, indem sie im Wesentlichen auf Einmaleffekte setzt - was sie, glaube ich, nicht aus mangelndem Wissen tut, sondern weil die Schaufensterpolitik ansonsten schwieriger ist -, konsequent den Unterschied zwischen Vermögenshaushalt und Ergebnishaushalt ignoriert. Entsprechende Schieflagen gibt es auf der kommunalen Ebene inzwischen durchgängig. Es gibt so gut wie keine Kommune mehr, deren Ergebnishaushalt nicht ein so massives Defizit aufweist, dass es einen mit großer Sorge erfüllen muss.

Ich will Ihnen die Botschaft geben, dass wir das nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen und abheften. Das ist einer der Gründe, warum wir in unserem Änderungsvorschlag hier einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt haben, denn wir machen uns inzwischen wirklich Sorgen. Die Menschen in diesem Land nehmen die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens im Wesentlichen auf der kommunalen Ebene wahr. Wenn es nicht mehr funktioniert, dann schwindet das Vertrauen in unser System und wahrscheinlich auch in unsere Demokratie. Und, ehrlich gesagt, habe ich keine Lust, den Menschen, die sich in den nächsten Monaten möglicherweise bereit erklären, für unsere kommunalen Räte und Kreistage zu kandidieren, vorweg die Botschaft geben zu müssen: Ihr kandidiert als Insolvenzverwalter eurer Kommunen. - Darauf läuft es im Moment aber mehr oder weniger hinaus.

Deswegen muss man gegen die strukturellen Defizite auf der kommunalen Ebene anarbeiten. Ich glaube, wir sind uns einig, dass das zwei Komponenten hat: Das eine ist eine strukturelle Stärkung der finanziellen Basis der Kommunen, und zwar durch freie Mittel, die nicht im Sinne von Einmaleffekten zur Verfügung gestellt werden, sondern die regelmäßig die strukturellen Probleme auf der kommunalen Ebene reduzieren. Die zweite Komponente ist, dass sich Bund und Länder ganz dringend auf einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog verständigen müssen, der zu einer Reduzierung der Aufgabenlast der Kommunen führt.

Ich sehe beispielsweise, wie die Kosten der Jugendhilfe explodieren. Genau das Gleiche ist übrigens mit Blick auf die Eingliederungshilfe und Ähnliches festzustellen. Die Leistungsgesetze, die auf Bundesebene mit Zustimmung der Länder beschlossen wurden, führen dazu, dass die

kommunalen Kassen auf der Kreisebene und über die Kreisumlage auch auf der Gemeinde- und Städteebene komplett entleert werden. Das ist nicht nur nicht in Ordnung, sondern es wird inzwischen zu einem systemischen Problem.

Die Landesregierung kann dem gegebenenfalls auch nur über Bundesratsinitiativen entgegenwirken. Unser Beitrag kann nur sein, der Sachwalter der Kommunen zu sein, anstatt zu sagen: Wir kümmern uns um unsere Dinge, bringen unsere Schäfchen ins Trockene und sorgen dafür, dass uns nichts passieren kann. Wir sind der Schutzpatron der Kommunen. Angesichts der ernsten Lage, wie sie auf der kommunalen Ebene, in den Landkreisen, Städten und Gemeinden, inzwischen erkennbar besteht, muss es entsprechende Konsequenzen geben.

Diese sehe ich aber, was eine verbesserte regelmäßige Finanzausstattung der Kommunen in dem erforderlichen Umfang angeht, weder im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung noch in den Änderungsvorschlägen der die Regierung tragenden Fraktionen. Wenn ich die kommunalen Spitzenverbände richtig verstanden habe, dann ist auch der gefundene Kompromiss zu den Kita-Kosten aus der Perspektive der Kommunen nicht auskömmlich, sondern es fehlen ca. 52 bis 53 Mio. Euro. Was mich, ehrlich gesagt, überrascht, ist, dass das zwischen der Fachebene der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden nicht mal strittig ist. Das heißt, im Haushaltsplanentwurf steht eine Zahl - die durch die Änderungsvorschläge der Koalitionsfraktionen nicht korrigiert wird -, die aus Sicht weder der Arbeitsebene der Landesregierung noch der kommunalen Spitzenverbände richtig ist. Das kann eigentlich nicht sein. Dieser Punkt hätte spätestens über die technische Liste korrigiert werden müssen. Daher bitte ich um Erläuterung, wie die Diskussionslage zu diesem Punkt ist. Denn der Haushaltsplan darf ja mit Blick auf die Grundsätze von Haushaltswahrheit und -klarheit keinen Betrag enthalten, der dazu führt, dass dieses Defizit durch überplanmäßige Ausgaben ausgeglichen wird. Vielmehr muss dieses Problem im Haushaltsplan selbst gelöst werden. Muss dieser Punkt also noch korrigiert werden? Noch bliebe ja ein wenig Zeit dafür.

Sie haben außerdem zum Thema Krankenhausinvestitionen ausgeführt. Auch hier war ich etwas überrascht, zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass über die genannten 50 Mio. Euro und die Gegenfinanzierung durch die Kommunen offensichtlich gar nicht mit den kommunalen Spitzenverbänden gesprochen wurde. Ich halte das für ein ungewöhnliches Verhalten, denn gerade, wenn es um solche Größenordnungen geht, hat man sich bisher meiner Erinnerung nach in der Regel abgestimmt. Wenn das nicht der Fall sein sollte, sollte die Landesregierung dem Ausschuss gegenüber erklären, warum das hier bisher nicht erfolgt ist und ob es noch zu einer Verständigung darüber kommen soll.

Ein weiterer Punkt, den ich adressieren möchte - auch in Richtung der regierungstragenden Fraktionen -, sind die Mittel in Höhe von 30 Mio. Euro bzw. insgesamt 90 Mio. Euro für das Programm „Klima Kommunal Niedersachsen Invest“. Sie haben diesen Bereich positiv erwähnt, Herr Dr. Arning, allerdings mit der Bitte versehen, das möglichst über KIP 3 abzuwickeln. Habe ich es richtig verstanden, dass die Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber, wie die Umsetzung dieses Programms, mit dem Sie beglückt werden, erfolgen soll, noch vollumfänglich ausstehen?

Ein Punkt, in dem wir - zumindest, was Ihr heutiges Statement dazu betrifft, Herr Dr. Arning - etwas auseinander liegen, ist, dass wir die Struktur des KIP 3 so, wie sie jetzt gewählt ist, für immer noch nicht ausreichend halten. Wir glauben, dass das Land Niedersachsen gut beraten wäre, bei ganz vielen Förderprogrammen, die momentan bestehen - und die im Übrigen in anderen

Bundesländern nicht über Richtlinien oder ähnliche Strukturen abgewickelt werden -, einfach mal loszulassen. Denn ein Grund der dauerhaften Unterfinanzierung des kommunalen Finanzausgleichs ist, dass das Land Niedersachsen über viele Jahre hinweg - zum Teil, das will ich ausdrücklich sagen, auch unter unserer Regierungsbeteiligung - die Tradition aufgebaut hat, dass jede politische Idee dazu führt, dass das Land, wenn es den Kommunen Geld gibt, ihnen im Detail vorschreibt, wie sie die entsprechenden Förderprogramme umzusetzen haben. Das führt dazu - so erlebe ich das als Kommunalpolitiker -, dass man nur noch danach schaut, wofür es Geld gibt, und nicht mehr nach den eigentlichen eigenen Prioritäten handelt.

Dieses Problem wird aktuell mit KIP 3 angegangen höchstens im Sinne von: Wir gehen nicht mehr so kompliziert und detailverliebt vor, um möglicherweise Fehlsteuerungen zu reduzieren. Aber gelöst wird es nicht. Das Land Niedersachsen wäre unserer Meinung nach besser beraten, die Förderrichtlinien einmal darauf hin zu überprüfen, welche Themen möglichst gar nicht mehr vom Land gesetzt werden sollten, weil die Kommunen, wenn man ihnen die Gelder direkt gibt, viel besser ihre eigenen Prioritäten setzen und erfüllen können, als es das Land für sie tun könnte.

Ich bin nicht sicher, ob wir da auseinander sind, aber ich halte nicht viel davon, wenn die oberen den unteren Ebenen immer vorschreiben, wie sie das Geld auszugeben haben. Ich halte viel mehr davon, dass die kommunalen Räte und Kreistage und auch die gewählten Bürgermeister und Landräte das selbst entscheiden - und wenn sie Unsinn machen, vom Wähler die Quittung erhalten, sodass es gegebenenfalls einen Wechsel gibt. Das ist das Demokratieprinzip. Aber das Prinzip „Das Land weiß besser, wie es geht“ halten wir nach wie vor für den falschen Ansatz.

Abschließend möchte ich nur darauf hinweisen, dass das Land insoweit bisher auch noch gar nicht liefert. Sie haben einen Punkt angesprochen, der für KIP 3 momentan offensichtlich noch nicht vorgesehen ist. Eine neue Förderung, die von Rot-Grün kommt, wird neu aufgesetzt und wieder sozusagen danebengestellt. Bisher sind die 600 Mio. Euro nur ein Einmaleffekt. Obwohl es eine Gelegenheit wäre, das über das Haushaltsbegleitgesetz und den parallel beratenen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zu regeln, ist die Landesregierung bis heute nicht in der Lage, mit Blick auf die 50 bis 70 Richtlinien, die sie überführen will - und seien es auch nur 5 bis 12 mit einem entsprechenden Volumen -, Farbe zu bekennen und diese Richtlinien jetzt zu überführen und damit den Streit innerhalb der Landesregierung endlich zu beenden, der dadurch entsteht, dass jeder an seinen Förderrichtlinien festhält.

Herr **Dr. Arning**: Zunächst zu den Verhandlungen über den angesprochenen Betrag von mindestens 250 Mio. Euro: Wir sind uns mit der Arbeitsebene des MK grundsätzlich darüber einig, wie wir insoweit vorgehen. Die Tarifzahlungen für die Beschäftigten in den Kitas werden aufsummiert. Im Zuge der Tarifverhandlungen im Jahr 2022 wurde die sogenannte SuE-Zulage in Höhe von 130 Euro im Monat eingeführt, die die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst beanspruchen können. Entweder können sie sich diese Zulage auszahlen lassen, oder sie können sogenannte Regenerationstage wählen, haben also zwei Tage mehr Urlaub.

Wir streiten mit der Arbeitsebene des MK aktuell darüber, inwieweit diese Zulage Eingang findet. Ich kann für die kommunalen Kindertagesstätten sagen, dass die Zulage dort gezahlt wird. Das heißt, sie ist Bestandteil der Vergütung und damit Bestandteil der Personalkosten. Wir wissen aber nicht genau, wie sich das bei frei-gemeinnützigen Trägern verhält; das ist gewissermaßen eine erste Blackbox. Die zweite Blackbox ist, dass wir nicht wissen, wie viele Erzieherinnen

und Erzieher sich diese Zulage auszahlen lassen und wie viele die Regenerationstage in Anspruch nehmen. Es gibt insofern ein gewisses Dunkelfeld.

Wenn man 250 Mio. Euro etatisiert, ist diese Zulage gar nicht berücksichtigt. Wenn man 302 Mio. Euro etatisiert, ist sie vollständig berücksichtigt. Die Wahrheit wird irgendwo dazwischen liegen. Mit der Arbeitsebene und auch der politischen Leitung des MK ist noch zu klären, wo wir uns treffen. Unser Standpunkt ist: Die Kommunen zahlen die Zulage, und für den Fall, dass jemand Regenerationstage in Anspruch nimmt, gibt es natürlich eine Vertretung, die ebenfalls bezahlt werden muss. Das heißt, der Aufwand fällt auch im Fall der Inanspruchnahme der Regenerationstage an. Dazu wird es noch Gespräche geben, und wir werden schauen müssen, wie das im Haushalt nachgesteuert wird.

Was die 50 Mio. Euro im Bereich der Krankenhäuser angeht, ist es in der Tat so, dass jedenfalls mit mir nicht darüber gesprochen wurde. Mit mir ist auch die Änderung, nach der 15 Mio. Euro von den 600 Mio. Euro abzuziehen sind, nicht abgestimmt worden. Wir werden jetzt den Minister entsprechend anschreiben und haben in der nächsten Woche einen Jour fixe, bei dem wir uns darüber unterhalten werden, wie es insoweit zwischen Land und Kommunen weitergehen soll. Denn es gibt auf Landesebene ja ein Gesetz über ein Sondervermögen für den Bereich der Krankenhäuser, und die Maßnahmen, die daraus bezahlt werden - so unser Verständnis -, sind in der Regel nicht durch die Kommunen zu kofinanzieren. Darüber müssen wir uns, wie gesagt, noch austauschen.

Die 90 Mio. Euro für den Bereich „Klima Kommunal Niedersachsen Invest“ hat Herr Minister Meyer uns gegenüber kürzlich bei einem Jour fixe angekündigt. Wir haben uns in der Tat noch nicht darüber unterhalten, wie wir die Mittel einsetzen werden. Darüber werden wir uns im nächsten Jahr mit dem Haus ins Benehmen setzen. Aber grundsätzlich ist das, wie ich glaube, durchaus eine gute Sache.

Zum Thema KIP 3 bzw. Kommunalfördergesetz: Dieses ist ja nicht vom Himmel gefallen, sondern es gab einen Interministeriellen Arbeitskreis, der - das war unser Hauptanliegen - auch darüber nachgedacht hat, ob man Förderungen nicht direkt in den kommunalen Finanzausgleich überführen könnte, sodass Antragstellungen und bürokratische Verfahren nicht mehr erforderlich wären. Wir hätten uns dabei auch etwas mehr vorstellen können - das können die anwesenden Kolleginnen und Kollegen, die alle daran mitgewirkt haben, sicherlich bestätigen -, aber letztlich hat die Landesregierung gesagt: Grundsätzlich gibt es in Niedersachsen kein einziges Programm, das direkt in den KFA überführt werden kann.

Das NKomFöG ist die zweite Ebene und aus unserer Sicht eine gute Sache. Wir kommen damit weg von den Förderrichtlinien, jedenfalls wenn es sich um reine Landesförderungen handelt. Bei Bundesförderungen muss berücksichtigt werden, dass es gegebenenfalls Verwaltungsvereinbarungen mit dem Bund gibt, die anderes vorsehen und nicht so dynamisch sind, wie es auf Landesebene möglich ist. Dann geht eine Überführung ins NKomFöG möglicherweise auch nicht. Das gilt eventuell für die Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität - das hängt davon ab, was der Bund uns gibt und was Bund und Länder in diesem Bereich verhandeln.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn diese Mittel und auch möglichst viele andere Mittel, die zurzeit noch in Förderrichtlinien stecken, künftig über das Modell des NKomFöG vergeben

werden könnten. Es ist wesentlich bürokratieärmer und würde, wie ich eingangs schon sagte, eine neue, gute Kultur in Niedersachsen begründen, wenn sie denn vollumfänglich zum Tragen käme.

Fortsetzung der Beratung des Haushaltsgesetzentwurfs 2026

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen
(Vorlage 6 zur Drucksache 19/7910 neu einschließlich 1. bis 15. Nachtrag)

Abg. **Jan-Philipp Beck** (SPD): Ich möchte gern die **politische Liste** in ihren wesentlichen Zügen vorstellen und einige Anmerkungen zum Haushaltsentwurf 2026 insgesamt machen.

Die politische Liste der regierungstragenden Fraktionen umfasst 93,5 Mio. Euro und beinhaltet im Wesentlichen Projekte zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, des Ehrenamts und der Demokratie. Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt haben wir auf die Förderung von Kultur, Klimaschutz und Nahverkehr gelegt, weil wir überzeugt davon sind, dass gerade diese Themen bei den Menschen vor Ort eine besonders große Wirkung entfalten.

Besonders hervorheben möchte ich die eben schon von den kommunalen Spitzenverbänden angesprochene Fortsetzung der Förderung von Lehrschwimmbecken, für die wir 15 Mio. Euro bereitstellen, sofern unserem Änderungsvorschlag gefolgt wird. Der Umstand, dass immer weniger Kinder schwimmen lernen, macht uns Sorgen; ihm wollen wir mit diesen Mitteln ein Stück weit abhelfen.

Durch die Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale stellen wir 10 Mio. Euro zur Entlastung der Aufgabenträger im Bereich des ÖPNV bereit.

Für das sogenannte Niedersachsen-Menü veranschlagen wir 5 Mio. Euro, um eine echte Entlastung für Studierende zu bewirken.

Zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zur Förderung der Landwirtschaft insgesamt setzen wir 8 Mio. Euro an.

Die Förderung in den Bereichen Feuerwehr, Wasserrettung und Freiwilligenagenturen zielt auf die Stärkung des Ehrenamts und der Zivilgesellschaft ab. Ich will an dieser Stelle insbesondere die Freiwilligenagenturen hervorheben, die erstmals Mittel für Kleinprojekte zur Verfügung gestellt bekommen. Das ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, der insbesondere vor Ort ebenso Wirkung entfalten wird wie die Förderung der kulturellen Vielfalt und der demokratischen Werte, die wir mit der Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung, der Volkshochschulen, Theater und auch mit der Plattdeutsch-Förderung vornehmen. Diese Punkte stehen beispielhaft für die klare Schwerpunktsetzung im Bereich der kulturellen Vielfalt im Rahmen der politischen Liste.

Für uns als Haushaltsausschuss ist die Ausstattung des Personals in den Finanzämtern mit Smartphones von besonderem Interesse. Das stellt aus unserer Sicht einen wichtigen Schritt in Richtung der Modernisierung und Attraktivierung der Finanzämter dar. Auch die Fördermittel für die Nachwuchsgewinnung dienen der zukünftigen Stärkung der Steuerverwaltung.

Im Bereich Tourismus wollen wir 2 Mio. Euro für die Strukturen regionaler Verbünde und das Destinationsmanagement bereitstellen.

Des Weiteren veranschlagen wir 2 Mio. Euro für Arbeitsmaterial von Straßenmeistereien, da wir von unseren Straßenmeistereien vor Ort die Rückmeldung erhalten haben, dass hieran großer Bedarf besteht, und es uns ein Anliegen ist, dass der Beruf des Straßenmeisters attraktiv bleibt. Dazu bedarf es ordentlichen Arbeitsmaterials.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt ist die Stärkung der Justiz im Bereich des Kinderschutzes. Hierfür sehen wir insgesamt 9,6 Mio. Euro für verschiedene Maßnahmen vor. Besonders wichtig ist uns dabei, die Umsetzung der Kinderschutzstrategie einzuleiten, konkret durch die Einrichtung kindgerechter Vernehmungszimmer an den Gerichten. Das ist aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Thema, das in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat.

Insgesamt halten wir die Punkte der politischen Liste für gute Ergänzungen zum Haushaltsplanentwurf der Landesregierung. Damit setzen wir den mit dem Nachtragshaushalt 2025 beschrittenen Weg fort, indem wir Investitionen auf den Weg bringen. Die Investitionsquote des Haushalts insgesamt bleibt hoch. Sie ist unserer Auffassung nach eine wichtige Grundlage für Wachstum und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es werden zentrale Zukunftsaufgaben angepackt und solide und seriös finanziert. Wir betreiben damit eine zukunftsorientierte Investitionspolitik, was gerade angesichts der ökonomischen Lage in unserem Land der richtige Weg ist. Insofern hoffen wir auf Zustimmung zu unseren Änderungsvorschlägen und zum Haushaltsentwurf insgesamt.

MDgt **Soppe** (MF): Die regierungstragenden Fraktionen haben sich mit Ihrem Änderungsvorschlag wie üblich auch die **technische Liste** zu eigen gemacht und damit eingebracht. Hierzu nur einige wenige Anmerkungen: Vonseiten der Landesregierung sind wir insbesondere in diesem Jahr um maximale Transparenz bemüht; dass das diesjährige Beratungsverfahren nicht ganz trivial ist, wurde ja schon kritisiert. Dass das so ist, hat mit den Rahmenbedingungen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zu tun. Ein Sondervermögen im Umfang des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) des Bundes und auch einen Ministerpräsidentenwechsel mit entsprechender Umressortierung haben wir nicht in jedem Jahr zu verarbeiten. Insofern waren die erforderlichen Schritte etwas umfangreicher.

Wir haben uns bemüht, dem durch die Vorstellung der wesentlichen Punkte der technischen Liste in der letzten, 125. Sitzung am 26. November sowie durch die Ihnen zugesandte Lesehilfe Rechnung zu tragen. Ich möchte diese Darstellung insofern heute nicht wiederholen, aber anbieten, gegebenenfalls noch bestehende **Fragen zu den Einzelplänen** zu beantworten.

Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD): Ich möchte vor dem Hintergrund der heutigen Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände den **Einzelplan 07 - Kultusministerium** - ansprechen. Wie würde sich, wenn es zu einer Einigung auf den genannten Betrag von 302 Mio. Euro zur Personalunterstützung für den Kita-Bereich kommen sollte - was ich als Kommunalpolitikerin durchaus begrüßen würde -, die haushaltstechnische Abwicklung darstellen?

MDgt **Soppe** (MF): Die kommunalen Spitzenverbände haben in ihrer schriftlichen Stellungnahme ausgeführt, dass es auf Arbeitsebene eine Einigung über den Betrag von 302 Mio. Euro gab. In der heutigen Diskussion wurde das insofern relativiert, als dieses Ergebnis noch nicht geeint ist, sondern der finale Betrag wohl zwischen 250 und 302 Mio. Euro liegen wird.

Seitens des Finanzministeriums sind wir mit Blick auf die Position einigermaßen entspannt, weil die 250 Mio. Euro nicht als absoluter Betrag für dieses Thema bereitgestellt werden, sondern die Verstärkung einer ohnehin mit hohen Beträgen dotierten Titelgruppe darstellen. Es geht also nicht um ein neues Programm, für das Geld benötigt wird, sondern es gibt eine entsprechende Veranschlagung in Kapitel 0774 des Haushaltsplanentwurfs. Die 250 Mio. Euro sind dort zunächst einmal als zusätzlicher Betrag eingebucht. Wenn es letzten Endes mehr werden sollte als 250 Mio. Euro, dann gehe ich davon aus, dass dies zumindest für das Haushaltsjahr 2026 innerhalb der Titelgruppe darstellbar sein dürfte - zumal es in der Vergangenheit stets einen gewissen Restbetrag gab, weswegen es ja die Verabredung gibt, das entsprechende Verfahren zu vereinfachen. Für den Haushalt 2026 gibt es insofern aus meiner Sicht zunächst keine Veranlassung, hierfür vorsorglich noch mehr Mittel zu etatisieren, auch weil das Geld irgendwo herkommen müsste.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Es ist durchaus interessant, dass in solchen Positionen Rundungsgrößen von 50 Mio. Euro stecken. Das ist mit Blick auf eine einzelne Titelgruppe eine erhebliche Summe. Es war schon die Rede von Einsparmöglichkeiten und Konsolidierungen. Insoweit sind nur Windfall Profits eingesammelt worden; aus den entsprechenden Positionen ist einfach nur die Luft herausgelassen worden. Wirkliche Einsparungen gibt es aber nur, wenn entsprechende Beschlüsse gefasst und Ausgabepositionen verändert werden. Hier werden lediglich einzelne Haushaltspositionen etwas dichter an die Wirklichkeit herangeführt. Auch das scheint eine solche Position zu sein.

Herr Soppe, werden alle Tarifverträge, die die einzelnen Träger abbilden, demnächst nachvollzogen? Das ist ja ein erheblicher Aufwand. Bislang war das eine Pauschalerhöhung, die tariflich anerkannt wurde. Darüber, dass sie nicht hoch genug war, weil die Lohnentwicklung in den letzten Jahren sehr viel stärker war als das, was an Pauschale veranschlagt war, müssen wir, glaube ich, nicht diskutieren. Aber wenn man selbst das Eintauschen von Freizeit gegen Tariferhöhung bewerten will, dann stellt sich das Verfahren zum Nachvollziehen der Tarifverträge als sehr kompliziert dar. Im Übrigen wäre das auch ein Signal an die Tarifparteien: Wenn man das alles erstattet bekommt, dann kann man jeden Tarifvertrag unterschreiben.

MDgt **Soppe** (MF): Die Verabredung mit den kommunalen Spitzenverbänden an dieser Stelle ist, die entstehende Lücke mit dem genannten Betrag aufzufüllen und - als zunächst einmal etwas abstraktere Verabredung - mit dieser Etatisierung auch künftige Tarifsteigerungen zu berücksichtigen. Wie das im Einzelfall ausgestaltet wird, kann ich seitens des Finanzministeriums nicht beantworten.

Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU): Dann bitte ich die Landesregierung, die Antwort schriftlich nachzuliefern.[1]

Abg. **Björn Meyer** (SPD): Ich möchte unseren Änderungsvorschlag zu **Einzelplan 08 - Wirtschaftsministerium** - (7. Nachtrag zur Vorlage 6 zur Drucksache 19/7910 neu) ansprechen. Als tourismuspolitischer Sprecher meiner Fraktion habe ich erfreut zur Kenntnis genommen, dass auch der Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion eine höhere Förderung der Destinationsmanagementorganisationen (DMO) vorsieht. Vor dem Hintergrund unter anderem der

[1] Das MK hat mit Schreiben vom 12. Dezember 2025 geantwortet (**Vorlage 285**).

Ausführungen der kommunalen Spitzenverbände möchte ich die Landesregierung fragen, was der einfachste Weg wäre, die betreffenden Mittel den DMOs schnell und einfach zuzuleiten.

MDgt **Eule** (MW): Die Förderung der DMOs findet sich sowohl auf der politischen Liste der SPD- und der Grünen-Fraktion als auch im Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion. Wenn uns das vorher bewusst gewesen wäre, hätten wir versucht, das entsprechend einzusteuern. Daher möchte ich Ihnen heute gerne einen Vorschlag dazu machen.

Bisher sehen die Änderungsvorschläge - beide in Kapitel 5081, Titel 686 73 - eine zuwendungsrechtliche Gewährung von 2 Mio. Euro an voraussichtlich 16 bis 20 Tourismusorganisationen vor. Das ist ausgesprochen aufwendig. Im Regelfall würde das dazu führen, dass wir im ersten Halbjahr 2026 eine Richtlinie für diese Förderung aufstellen. Sie ist im Moment nur einmalig vorgesehen. In der Mipla ist sie nicht durchgeschrieben, weil sie über die politische Liste kommt. Wenn die Richtlinie, vermutlich im August/September 2026, veröffentlicht würde, müssten die DMOs entsprechende Anträge stellen, und wir müssten uns sehr beeilen, um diese noch im Jahr 2026 bewilligen zu können. Ob es mit der DMO-Förderung weitergeht, obliegt dann erst im nächsten Jahr wiederum dem Haushaltsgesetzgeber.

Wenn Sie wollen, dass die DMOs schnell gestärkt werden - darüber sind Sie sich anscheinend einig -, dann schlagen wir vor, hier eine Billigkeitsleistung vorzusehen. Auf dieser Grundlage würden wir die betreffenden Mittel nach einer transparenten Auswahl schon im ersten Quartal, vielleicht auch erst im April 2026 auskehren, sodass die DMOs damit arbeiten könnten.

Wenn sich in der Haushaltsklausur 2026 herausstellen sollte, dass die Förderung der Destinationsmanagementorganisationen fortgesetzt werden soll, könnten wir im Sommer 2026 mit der Aufstellung einer entsprechenden Richtlinie beginnen oder - noch besser - eine Verordnung auf Grundlage des Kommunalfördergesetzes erarbeiten, nach der das Geld verteilt wird. So könnten die Mittel - wie gesagt, unter dem Vorbehalt, dass die Förderung fortgesetzt wird - im Jahr 2027 sehr frühzeitig ausgezahlt werden.

Um die Förderung 2026 schnell an den Start zu bringen, sollte ein wie folgt formulierter Vermerk zu Kapitel 5081, Titel 686 73, ausgebracht werden: „*** Davon 2 Mio. Euro Billigkeitsleistung nach § 53 LHO“.

*

Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU) lässt über die vom MW angeregte weitere Änderung des Einzelplans 08 (auf Grundlage des 7. Nachtrags zur Vorlage 6 zur Drucksache 19/7910 neu) abstimmen. - Der **Ausschuss** stimmt dieser Änderung einstimmig zu.

*

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Ich habe eine Nachfrage zum Bereich Städtebauförderung. Über die technische Liste werden Mehreinnahmen aus Bundesmitteln etatisiert. Sind darin ein Drittel Landesmittel enthalten, oder kehrt das Land nur die Bundesmittel weiter aus?

MDgt **Eule** (MW): Die 20,5 Mio. Euro, die wir dem Wirtschaftsförderfonds zusätzlich zuführen, dienen der Kofinanzierung von Bundesmitteln. Dadurch sind wir in der Lage, 20,5 Mio. Euro an Bundesmitteln zusätzlich zu vereinnahmen, in Summe also 41 Mio. Euro. Es bleibt damit bei einer jeweils hälftigen Finanzierung der Städtebauförderung durch Bundes- und Landesmittel.

Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU
(Vorlage 5 zur Drucksache 19/7910 neu)

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Ich möchte gerne unseren Änderungsvorschlag einbringen und einige Hinweise dazu geben.

Wir sind der Auffassung - darüber haben wir schon im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt 2025 diskutiert -, dass das Land Niedersachsen die neuen Verschuldungsmöglichkeiten nicht umfänglich nutzen, sondern zunächst einmal die eigenen Rücklagen, die es aufgebaut hat, heranziehen sollte. Daher ist ein zentrales Element unseres Änderungsvorschlags, durch eine Rücklagenentnahme auf die Kreditaufnahme in 2026 zu verzichten und so die strukturelle Nettoneuverschuldung, die sich durch den Nachtragshaushalt 2025 in Höhe von 577 Mio. Euro ergibt, zurückzuführen. Insgesamt bedeutet das, dass wir die Kreditaufnahmemöglichkeiten in 2025 durch eine Tilgung und in 2026 durch die Streichung der Kreditaufnahmemöglichkeit in Höhe von ca. 1,4 Mrd. Euro um in Summe 1,9982 Mrd. Euro reduzieren.

Wir halten es finanzpolitisch nicht für klug, für nicht nachhaltig und im Übrigen auch für politisch nicht nachvollziehbar, in einem solchen Umfang Schulden zu machen. Unserer Kenntnis nach gibt es auch kaum ein anderes Bundesland, das direkt so sehr in die Vollen geht, das heißt alle Möglichkeiten ausschöpft, sich aber gleichzeitig Puffer vorbehält. Im Übrigen wird schon anhand der Zinsbelastung ausweislich der Mipla deutlich, dass die Möglichkeiten des Landes Niedersachsen, die regulären Landesaufgaben zu finanzieren, so bereits kurzfristig wieder eingeschränkt werden.

Im Vorgriff auf die Diskussion über die Verwendung eines Teils der Mittel des Sondervermögens des Bundes, die ebenfalls kreditfinanziert sind, nämlich für das Tablet-Programm, möchte ich darauf hinweisen, dass auch diese Maßnahme nicht nachhaltig ist. Dabei wird eine einmalig vom Bund zur Verfügung gestellte, kreditfinanzierte Summe verwendet, um eine im Wahlkampf möglicherweise leichtfertig getätigte Zusage zu erfüllen und - ob das nun sinnvoll ist oder nicht - Tablets für Lehrkräfte und Schüler in dem Wissen zu kaufen, dass die entsprechende Finanzierung schon in wenigen Jahren nicht mehr zur Verfügung stehen wird und aus dem Normalhaushalt geleistet werden muss. Dafür ist keine Vorsorge getroffen - schon gar nicht in dem notwendigen Umfang. Letztlich ist das ein revolvierendes System: Wir werden bei hochlaufenden Kosten eine halbe, später vielleicht sogar eine ganze Milliarde Euro aus dem Normalhaushalt für Tablets aufbringen müssen, die regelmäßig in den Elektroschrott wandern, ohne dass es dafür ein pädagogisches Konzept oder eine Notwendigkeit in diesem Umfang gäbe. Das halten wir für sehr unklug und für eine zusätzliche zukünftige Belastung neben der Zinsbelastung im Haushalt, die Sie durch die Kreditfinanzierung verursachen.

Ich komme zum Bereich der kommunalen Finanzen, über die wir schon im Rahmen der heutigen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände gesprochen haben. Wir sehen in unserem Änderungsvorschlag eine Entlastung der Kommunen durch zusätzliche Schlüsselzuweisungen im KFA in einer Größenordnung von 750 Mio. Euro vor. Warum tun wir das? Ich wiederhole, dass wir die Situation der kommunalen Finanzen für nicht mehr tragbar und die diesbezügliche Entwicklung für inzwischen wirklich dramatisch halten. Da geht es inzwischen ans Eingemachte - um die Frage, ob man seinem Sportverein überhaupt noch den Zuschuss für die laufenden Kosten geben kann, ob man sein Ehrenamtsprogramm aufrechterhalten kann, ob die Kulturförderung noch

funktioniert und und und. Mit dem Landeshaushalt werden fröhlich alle möglichen Programme fortgeführt, und es werden zusätzliche Ideen entwickelt, und gleichzeitig geht unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen die Luft aus, und zwar aus den beschriebenen Gründen: Es wurden immer neue Aufgaben definiert, sodass den Kommunen die laufenden Kosten um die Ohren fliegen, weil sie von Bund und Land nicht auskömmlich gegenfinanziert sind. Gleichzeitig sorgen wir als Anwalt unserer Kommunen - was wir laut Verfassung sind - nicht für eine ordentliche Finanzausstattung.

Dem treten wir mit diesem Änderungsvorschlag entgegen. Wir halten es ausdrücklich für nicht in Ordnung, dass das Land seine ganzen Puffer und Sicherheiten behält. Ich sehe an allen möglichen Positionen des Haushalts - Personalreservetitel, Zinstitel usw. - nach wie vor Netz und doppelten Boden und wie das Geld jedes Jahr über den Jahresabschluss wieder zurückfließt. In Zukunft haben Sie solche Jahresabschlüsse nicht mehr, weil Sie dann Ihre jetzige Kreditfinanzierung wieder zurückführen müssen, aber über viele Jahre hinweg war das deutlich erkennbar. Sie zeigen selbst auf, in welchen Haushaltsstellen noch Luft ist, durch die am Ende regelmäßig globale Minderausgaben finanziert werden, und nehmen jetzt 10 % und am Ende des Mipla-Zeitraums 25 % aus diesen Haushaltsstellen. Das kann doch wohl nicht wahr sein! So auskömmlich sollten unsere Kommunen mal finanziert sein. Angesichts der Situation, in der die Kommunen sind, ist das nicht in Ordnung. Da muss man seinen eigenen Haushalt auch angespannter und ehrgeiziger formulieren, um den Kommunen zu helfen! Das tun wir mit unserem Änderungsvorschlag.

Wir haben noch einige weitere Positionen vorgesehen, um den Kommunen zu helfen, ihre Aufgaben auskömmlich zu finanzieren. Darauf ist Herr Dr. Arning im Wesentlichen schon eingegangen, weshalb ich das jetzt nicht wiederhole.

Ich möchte unseren Änderungsvorschlag nicht in allen Einzelheiten vorstellen, sondern nur auf drei Schwerpunkte eingehen: Sicherheit, Bildung und Gesundheit.

Auch im Bereich Sicherheit sehen wir eine Entlastung der Kommunen vor, und zwar bei einer schwierigen Aufgabe: der Identitätsklärung von Ausreisepflichtigen. Wir wollen, dass zweimal 20 Beschäftigungsmöglichkeiten für eine entsprechende Zentralstelle geschaffen werden, um die Kommunen von dieser wirklich komplexen Aufgabe zu entlasten, die, weil sie nur schwer vor Ort durchzuführen ist, auch nicht gut durchgeführt werden kann; das sagen die Kommunen selbst. Diese Aufgabe soll zentral erledigt und professionalisiert werden. Dafür sehen wir 2,9 Mio. Euro vor.

Wir wollen außerdem mehr Präsenz unserer Polizei auf den Straßen und Plätzen in den Städten und Gemeinden des Landes erreichen. Die entsprechenden Beamten müssen zunächst ausgebildet werden, weshalb wir 9,86 Mio. Euro für 500 zusätzliche Polizeianwärterstellen vorsehen, die nach der Ausbildung natürlich zu entsprechenden Stellen bei der Polizei selbst umgewandelt werden müssen.

Einen weiteren Punkt im Bereich Sicherheit haben wir schon im vergangenen Jahr vorgeschlagen. Diesen werden wir gebetsmühlenartig auch weiter vortragen: Dieses Land muss endlich damit beginnen, eine digitale Beweismittelcloud aufzubauen. Dass jetzt vom Bund fast 10 Mrd. Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt werden, aber dieser Teil der Kriminalitätsbekämpfung auf digitaler Ebene vom Land nicht angegangen wird - vielleicht vor dem Hintergrund, dass das dafür benötigte Volumen sehr groß ist -, können wir nicht nachvollziehen. Diese Investition ist bekanntlich zwingend erforderlich, um die Kriminalitätsbekämpfung im digitalen Raum zu

verbessern. Daher sehen wir in unserem Änderungsvorschlag eine erste Finanzierung dieser Maßnahme in Höhe von 50 Mio. Euro aus Mitteln des SVIK vor.

Gleiches gilt für den ersten Punkt, der den Bildungsbereich betrifft. Wir glauben, dass das Tablet-Programm ein Fehler ist, und schlagen vor, einen Teil der entsprechenden Mittel, nämlich 400 Mio. Euro, für die Einrichtung eines „Digitalfonds Schule“ zu verwenden, und zwar so, dass die Schulen entsprechend ihrer Profile, Konzepte und Bedarfe vor Ort selbst entscheiden können, an welchen Stellen und in welchem Umfang sie digitale Infrastruktur beschaffen - natürlich in Abstimmung mit der Landesschulbehörde, aber so, dass es am Ende vor Ort Sinn macht und in die Schulkonzepte passt, nicht aber durch ein von oben aufoktroyiertes Programm.

Der zweite Punkt im Bildungsbereich ist, dass wir die Lehrkräfte erheblich von Aufgaben entlasten wollen, indem wir das Schulsozialarbeitsprogramm des Landes um 20 Mio. Euro aufstocken und damit deutlich ausbauen.

Drittens schlagen wir mit 2,3 Mio. Euro deutlich höhere Investitionen in die kulturelle Bildung vor, als sie der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung vorsieht.

Wir haben darüber hinaus einige Punkte im Bereich Kita vorgeschlagen, die vor allem die Sprachförderung und die Dualisierung der Ausbildung betreffen; auch diese Bereiche hat Herr Dr. Arning schon angesprochen.

Was die Gesundheitsversorgung in Niedersachsen angeht, sind wir der festen Überzeugung, dass man dem Medizinermangel im Land nicht nur durch strukturelle Maßnahmen begegnen kann, sondern dass wir auch in die zusätzliche Ausbildung von Ärzten investieren müssen. Wir wissen, dass Medizinstudienplätze die teuersten sind, aber klar ist auch, dass ein Großteil derer, die heute an den Universitäten zu Medizinern ausgebildet werden, nicht mehr wie früher nach dem Studium eine Arztpraxis übernehmen und 60- bis 80-Stunden-Wochen arbeiten. Die meisten Mediziner - egal, ob Männer oder Frauen - leben heute in Familienmodellen, die das gar nicht zulassen, weshalb sie sehr häufig in Teilzeitbeschäftigung arbeiten. Das bedeutet, dass die Berechnung der Ausbildungsplätze noch immer nicht richtig ist. Wir laufen in eine verschärfte Mangelsituation hinein, weil dieser Faktor nicht berücksichtigt wird. Deswegen schlagen wir vor, in Oldenburg 100 Medizinstudienplätze zusätzlich zu schaffen, um dieser Tendenz entgegenzuwirken, und sehen dafür 25 Mio. Euro vor.

Außerdem wollen wir unser Gesundheitssystem auch mit Blick auf die Erfahrungen in der Corona-Pandemie und die Katastrophenschutzpläne auf der kommunalen Ebene insgesamt krisenresilienter machen. Dafür schlagen wir ein Gesamtvolumen in Höhe von 20 Mio. Euro vor.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten intensiv mit dem Hebammenverband Niedersachsen diskutiert und auch einen Kongress dazu veranstaltet. Wir sehen, dass die Kreißsäle und Geburtsabteilungen in Niedersachsen reihenweise personell leerlaufen und sich die Hebammen dort nicht mehr engagieren können. Wir sind der festen Überzeugung, dass das Land Niedersachsen dem entgegenwirken muss, indem es hebammengeleitete Kreißsäle und Hebammenzentralen einrichtet. Dafür sieht unser Änderungsvorschlag 1 Mio. Euro vor.

Für die weiteren Positionen verweise ich auf die Vorlage 5 zum Haushaltsgesetzentwurf. Im Übrigen können wir darauf noch in der abschließenden Plenarberatung eingehen.

Abg. **Jan-Philipp Beck** (SPD): Man kann natürlich immer sagen: „Wir geben an zahlreichen Stellen mehr Geld aus“ - ich will nicht auf jede einzelne Ausgabeposition eingehen; das werden die Fachsprecher im Rahmen der Plenardebatte tun -, aber wirklich verantwortungsvoll sind solche Änderungsvorschläge erst dann, wenn man auch eine schlüssige Gegenfinanzierung hat. An dieser Stelle hakt es aus unserer Sicht ganz gewaltig.

Herr Thiele, Sie selbst haben die Rücklage angesprochen, die Sie zum Großteil für Ausgaben im Jahr 2026 verwenden wollen. Wenn Sie der Schutzpatron der Kommunen nicht nur im Kommunalwahljahr sein wollen, müssen Sie, wie ich finde, erklären, wie Ihre Vorschläge auch in den Folgejahren finanziert werden sollen. Ab 2027 haben Sie damit ein massives Problem, weil Sie aus meiner Sicht komplett verkennen, dass es die Rücklage ist, die für die Kita-Hilfen, aber auch für das kommunale Investitionsprogramm verwendet wird. Das ist aus unserer Sicht nicht zu Ende gedacht. Es ist nur eine Verlagerung der Probleme in die nächsten Haushaltsjahre und von daher nicht nachhaltig.

Ich will noch drei weitere Punkte mit Blick auf Ihre Gegenfinanzierung ansprechen.

Der erste ist Ihr Dauerbrenner, 1 % des Personals einzusparen. Das ist uns wie schon in den letzten Jahren zu einfach gedacht und gerade vor dem Hintergrund der großen Fülle an Aufgaben und Themen, die in der öffentlichen Verwaltung behandelt werden müssen, aus unserer Sicht nicht angebracht. Wir brauchen eine starke und leistungsfähige Verwaltung gerade angesichts der Krisenlagen in unterschiedlichen Bereichen und auch der Investitionsprogramme, die wir aufgelegt haben und die schnell umgesetzt werden sollen. Das geht nur mit einem ausreichenden Personalbestand. Wir halten die Planung der Landesregierung für seriös und sehen keinen Änderungsbedarf daran - unabhängig davon, dass eine Umsetzung Ihrer Vorschläge, wie Sie wissen dürften, auch arbeitsrechtlich äußerst problematisch wäre.

Der zweite Punkt, den Sie eben auch angesprochen haben, ist das Thema der Konsolidierungsmöglichkeiten in den Ressorts. Was das angeht, haben Sie schon entsprechende Antworten auf eine Kleine Anfrage im Oktober erhalten (Drucksache 19/8712). Diese Gegenfinanzierung klappt nicht so abrupt und pauschal, wie Sie es in Ihrem Änderungsvorschlag darstellen. Wir halten das Vorgehen der Landesregierung mit dem entsprechenden zeitlichen Vorlauf für sorgfältig abgewogen und wirkungsvoll. Aus der genannten Antwort auf Ihre Kleine Anfrage geht hervor, dass ab 2029 260 Mio. Euro jährlich eingespart werden.

Außerdem berücksichtigen Sie nicht, dass es beim Leistungsbezug zahlreiche Sondereffekte gibt. Insbesondere werden vielfache Bearbeitungsrückstände, aber auch die diversen Krisenlagen - die Corona-Pandemie, die Energiekrise usw. - aus unserer Sicht nicht ausreichend abgebildet. Davon abgesehen geht aus der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage hervor, dass der Grad der Nichtausschöpfung einzelner Haushaltsstellen sehr heterogen ist und es insofern nicht immer dieselben Haushaltsstellen sind, die hohe Ausgabereste aufweisen. Deshalb werden wir uns dem von Ihnen vorgeschlagenen Weg nicht anschließen.

Gleiches gilt für die dritte Säule Ihres Gegenfinanzierungsvorschlags: die Rückführung von Mitteln aus Sondervermögen in den Kernhaushalt. Wir haben einige Sondervermögen gemeinsam auf den Weg gebracht, und wir stehen nach wie vor dazu, dass die Mittel dort gut angelegt sind, weiterhin für die entsprechenden Themen verwendet werden sollten und auch in der nächsten Zeit gebunden werden können. Von daher werden wir uns auch diesem Vorschlag nicht

anschließen. Ihre Gegenfinanzierung ist an dieser Stelle äußerst wackelig, was sie aus unserer Sicht nicht zustimmungsfähig macht.

Wir halten den Entwurf der Landesregierung und unsere Änderungsvorschläge demgegenüber für gut abgewogen und geplant. Vorsorge wurde an den richtigen Stellen getroffen.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Ich bedanke mich dafür, dass Sie sich schon mit unserem Änderungsvorschlag auseinandergesetzt haben, Herr Beck, möchte aber darauf hinweisen, dass Sie unseren Vorschlag, was die Gegenfinanzierung angeht, falsch dargestellt haben. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass wir die Kreditierung 2025 und 2026 durch eine Entnahme aus der Rücklage gegenfinanzieren. Das, was wir für die Kommunen tun wollen, finanzieren wir durch Einsparungen im laufenden Haushalt. Und in diesem Punkt finde ich sowohl den Haushaltsplanentwurf als auch den Änderungsvorschlag von SPD und Grünen wirklich mutlos.

Sie haben das Thema Personalabbau angesprochen. Nein, wir wollen keine Beamten entlassen. Wir nehmen nur zur Kenntnis, dass das Volumen an unbesetzten Stellen in den Ministerialkapiteln inzwischen so groß ist, dass wir keine vollumfänglich funktionierende Verwaltung mehr haben. Insofern ist das lediglich die finanzielle Abbildung dessen, dass wir eine Verwaltungsstrukturreform auch in der Ministerialverwaltung brauchen, um zu einer Aufgabenentlastung und einer besseren Struktur zu kommen, damit wir mit den bekannten demografischen Problemen besser umgehen können. Was die Einsparung von 1 % angeht, die Sie angesprochen haben, wird mir vielmehr gesagt, dass ich damit noch sehr zurückhaltend sei, eben weil das demografische Problem, auf das wir Jahr für Jahr zusteuern, viel größer ist. Darauf finden SPD und Grüne keine Antwort.

Das war schon in der letzten Wahlperiode ein Problem. Wir wollten darauf eine Antwort geben, aber die SPD sagte stets nur, sie sehe da keinen Änderungsbedarf. Das bedeutet, man läuft voll in die beschriebene Problemlage hinein. Es macht aber keinen Sinn, das einfach laufen zu lassen, weil das Problem am Ende auf dem Rücken der verbleibenden Beamten und Tarifbeschäftigten ausgetragen wird, wenn wir nicht zu einer strukturellen Verbesserung des Ministerialaufbaus und der Aufgabenverteilung kommen.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich es bedauere, dass es die AfD erneut nicht geschafft hat, zum heutigen Tag einen Änderungsantrag einzureichen, sondern das immer erst zum Plenum tut. Das lässt aus meiner Sicht ein Stück weit bezweifeln, wie ernsthaft die Haushaltsberatungen vonseiten dieser Fraktion geführt werden, da es so nicht möglich ist, eine inhaltliche Auseinandersetzung im Vorfeld zu führen. Warum so vorgegangen wird, lasse ich jetzt mal dahingestellt.

Abg. **Peer Lilienthal** (AfD): Herr Thiele, Sie werfen mir das seit 2017 vor; das hat mittlerweile Tradition. Aber es bleibt dabei: Änderungsanträge kann man erst nach Beschlussfassung des Ausschusses über die Beschlussempfehlung einreichen. Alles davor sind Änderungsvorschläge. Solche reichen wir in der Tat nie ein, sondern gehen anders vor. Unseren Änderungsantrag werden wir spätestens am Freitag bei der Drucksachenstelle einreichen.

Wir haben im Rahmen der Beratung des Nachtragshaushalts 2025 in der Plenarsitzung am 18. November gesagt, was unsere Gegenvorschläge sind. Ihre Fraktion hat da gar nichts vorgelegt.

Üblicherweise werde ich auch von der SPD und den Grünen kritisiert. Dass das vor dem Hintergrund der diesjährigen Rahmenbedingungen - eine Lesehilfe zur technischen Liste und eine kurz

vor der vorletzten Haushaltsberatung übersandte Tischvorlage über die Vorwegfreigabe von einer Viertelmilliarde Euro - dieses Mal nicht so ist, wundert mich nicht.

Wie gesagt, Sie bekommen unseren Änderungsantrag früh genug, um sich darin einzuarbeiten. Inhaltlich wird er wie jedes Jahr ausfallen - plus Kinder-Begrüßungsgeld in diesem Jahr -; da gibt es also keine Überraschungen.

Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE): Auch ich möchte auf die Einbringung des Änderungsvorschlags der CDU-Fraktion eingehen. Herr Thiele, in Ihrer Aufzählung der Schrecken, mit denen die Kommunen umzugehen haben, haben Sie beispielsweise vergessen, dass auf Bundesebene Steuermittel für die Kommunen gekürzt werden. Die große damit verbundene Hoffnung ist, dass die Wirtschaft, etwa auch im Gastronomiebereich, anspringt und goldene Zeiten anbrechen. Das sehe ich persönlich anders.

Sie haben mehrfach betont, dass wir der Anwalt der Kommunen seien; als solcher stellen Sie sich selbst gut dar. Ich erinnere mich aber an die Ausschusssitzung, in der uns die kommunalen Spitzenverbände gebeten haben, nicht so kommunalfeindlich wie die Vorgängerregierung und deren Finanzminister zu sein. Wie die kommunalen Spitzenverbände die Entwicklung sehen, haben wir mehrfach gehört. Gleichwohl sind das langfristige Entwicklungen, und Niedersachsen stellt dabei im Bundesvergleich keine Besonderheit dar. Selbst Kommunen in Baden-Württemberg und Bayern haben schon lange dieselben Probleme. Es jetzt so darzustellen, als seien das alles neue Erkenntnisse, finde ich etwas gewagt und, ehrlich gesagt, auch verantwortungslos.

Was die Bundesebene angeht, rede ich regelmäßig mit meinem Bundestagsabgeordneten. Auch Sie haben dort Einflussmöglichkeiten und müssen sich nicht nur auf die kommunale und die Landesebene beschränken. Da könnten wir durchaus gemeinsam vorangehen.

Sie haben außerdem den Bereich Sicherheit und die Einrichtung einer Einwanderungsbehörde angesprochen. Die zweimal 20 Stellen, die in Ihrem Änderungsvorschlag gefordert werden, klingen für mich nach ICE nach amerikanischem Vorbild. Zusammen mit den Forderungen von CDU-Fraktionen auf kommunaler Ebene nach einer Arbeitspflicht für Geflüchtete ist das, wie ich finde, ein sehr problematisches Zeichen, das Ihre Partei auf allen Ebenen sendet. Sie haben die Demografie angesprochen - vor dem Hintergrund, dass uns absehbar die Arbeitskräfte fehlen werden, halte ich es für extrem kurzsichtig, ein solches Zeichen in Richtung Migranten und Geflüchtete zu senden. Es ist ganz klar, dass ich dem nicht zustimmen werde.

Auch Ihre Vorschläge zur Gegenfinanzierung - mal eben die Rücklage komplett zu plündern und auf Kreditaufnahmen zu verzichten - sind sehr kurzsichtig. Darauf hat der Kollege Beck schon ausführlich hingewiesen; dieser Ansicht schließe ich mich an.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Herr Dr. Hoffmann, Ihre Anmerkung zu dem „amerikanischen Vorbild“ ist nicht okay. Wir kennen uns jetzt lange genug, und Sie wissen, dass das nicht im Ansatz das ist, was unsere Innenpolitiker - im Übrigen schon seit mehreren Jahren - diskutieren. Das macht bei dem hier vorgeschlagenen Volumen des Ansatzes auch gar keinen Sinn. Es geht um ausreisepflichtige Flüchtlinge, also um solche, die einen abschließenden Bescheid darüber bekommen haben, dass ihr Asylgesuch abgelehnt bzw. ihr Flüchtlingsstatus beendet wurde, und die ihre Herkunft verschleiern und sich damit im Verfahren nicht kooperativ gezeigt haben.

Diese Personengruppe belastet die kommunale Ebene und die Verfahren der dortigen Ausländerämter erheblich. Diese Verfahren wollen wir auf die Landesebene ziehen, um sie dort zu

professionalisieren und die kommunale Ebene dadurch zu entlasten. Gleichzeitig wollen wir so dafür sorgen, dass die Herkunft derjenigen geklärt wird, die nicht hier bleiben dürfen, weil Recht und Gesetz dagegenstehen, und dass sie ausreisen müssen. Wir wollen also dafür sorgen, dass das, was der Staat - Behörden und Gerichte - nach in der Regel langen Verfahren im Rahmen einer rechtsstaatlichen Ordnung entschieden hat, auch entsprechend umgesetzt wird.

Das hat nichts mit der Frage zu tun, wie wir mit Menschen umgehen, die einen anderen Status, ein Recht auf Schutz haben. Das hat nichts mit denen zu tun, die wir als Arbeitskräfte hier brauchen, sondern es geht um diejenigen, die keinen Rechtsanspruch darauf haben, hier zu sein, und die ihre Herkunft verschleiert haben. Herr Dr. Hoffmann, wenn wir nicht mal darin d'accord sind, dass rechtsstaatliche Prinzipien umzusetzen sind, dann haben wir tatsächlich ein Problem.

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der Grünen
(Vorlage 7 zur Drucksache 19/7910 neu)

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Ich möchte abschließend auf den gemeinsamen Änderungsvorschlag von SPD, CDU und Grünen zum Thema Bekämpfung von Antisemitismus eingehen, den wir in den letzten Wochen miteinander besprochen haben und der meiner Fraktion ein Herzensanliegen ist. Ich möchte mich ausdrücklich bei SPD und Grünen dafür bedanken, dass wir uns - mit einer Ausnahme - in fast allen besprochenen Punkten auf ein Maßnahmenpaket verständigen konnten, mit dem die demokratische Mitte dieses Hauses den jüdischen Gemeinden und den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern - deutschen Staatsbürgern, die sich in dieser für sie schwierigen Zeit mehr und mehr die Frage stellen, ob sie in diesem Land bleiben oder auswandern wollen - ein Signal des Rückhalts und der Solidarität geben und ihnen sagen will: Dieser Landtag steht gegen Antisemitismus, steht gegen Hass und Judenfeindlichkeit - egal, ob auf unseren Plätzen oder Straßen, in unseren Schulen oder Hochschulen.

Das spiegelt sich in einigen Punkten dieses Antrags wider, von denen mir einer ganz besonders wichtig ist. Aus der Perspektive der jüdischen Gemeinden hat die Schutzbedürftigkeit ihrer Einrichtungen erheblich zugenommen, sodass wir ihnen hiermit die Möglichkeit geben wollen, mit eigenen Mitteln Sicherheit für ihre Einrichtungen zu schaffen. Das gilt für Schulen und Kitas, aber auch für Synagogen und andere Einrichtungen. Diese Mittel sollen sie so einsetzen können, wie sie es für richtig halten, insbesondere auch für Sicherheitspersonal.

Insofern noch einmal vielen Dank dafür, dass dieser Änderungsvorschlag insoweit fraktionsübergreifend getragen wird.

Gleichwohl bedauern wir es, dass wir uns noch nicht darauf verständigen konnten, auch ein bildungspolitisches Zeichen in diesem Bereich zu setzen. Wir hatten vorgeschlagen - das findet sich auch in unserem eigenen Änderungsvorschlag wieder -, einen zusätzlichen Ansatz vorzusehen, um jeder Schule die Möglichkeit zu geben - und ihnen damit ein Stück weit auch eine entsprechende Verpflichtung aufzuerlegen -, dafür zu sorgen, dass jede Schülerin und jeder Schüler in Niedersachsen im Laufe ihrer oder seiner Schullaufbahn wenigstens einmal eine Gedenkstätte gesehen hat, die an die Schrecken und Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert, diese aufarbeitet und plastisch kommuniziert - ob es Bergen-Belsen, Esterwegen oder eine andere Einrichtung ist; wir haben ja eine vielfältige Gedenkstättenlandschaft.

Damit wollen wir den digitalen Medien etwas entgegensetzen, in denen vieles relativiert wird, die Fake News verbreiten und offensichtlich zumindest in Teilen der Schülerschaft den Eindruck vermitteln, dass es entweder die Nazizeit oder die Verbrechen am jüdischen Volk gar nicht gegeben hat usw. Es geht darum, greifbar zu machen, dass das schreckliche Realität in diesem Land gewesen ist und dass sich ein solches Unrecht niemals wiederholen darf. Dazu hätten wir gerne einen Beitrag geleistet. Darüber werden wir in den nächsten Monaten mit Blick auf den Doppelhaushalt 2026/2027 und den Haushalt 2028 noch einmal diskutieren müssen.

Abg. **Jan-Philipp Beck** (SPD): Ich stimme Herrn Thiele mit Blick auf unseren gemeinsam getragenen Änderungsvorschlag uneingeschränkt zu, der die große Gemeinsamkeit der drei genannten Fraktionen in diesem Bereich dokumentiert. Ich danke der CDU-Fraktion ausdrücklich für die guten Gespräche in Vorbereitung dieses gemeinsamen Änderungsvorschlags.

Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE): Dem Dank des Kollegen Beck für die gute Vorbereitung des gemeinsamen Änderungsvorschlags schließe ich mich an. Ich freue mich, dass wir hiermit zusammen ein wichtiges Signal in Richtung der jüdischen Gemeinden setzen können.

Beratung des Gesetzestextes einschließlich der Anlagen 1 (Gesamtplan) und 2

Beratungsgrundlage: Gesetzentwurf mit den von der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Vorlage 6 vorgeschlagenen Änderungen sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD (Vorlage 8)

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) trägt die Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD im Sinne der **Vorlage 8** vor, auf die insoweit verwiesen wird.

Wortmeldungen seitens des **Ausschusses** dazu ergeben sich nicht.

Fortsetzung der Beratung des Haushaltsbegleitgesetzentwurfs 2026

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen
(Vorlage 6 zur Drucksache 19/8220)

Abg. **Jan-Philipp Beck** (SPD): Gerne möchte ich auf die wesentlichen Punkte des Änderungsvorschlags der regierungstragenden Fraktionen zum Haushaltsbegleitgesetzentwurf eingehen. Darin werden sechs Themenfelder adressiert.

Erstens soll in Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes - die landesrechtliche Grundlage zur Weiterleitung von Bundesmitteln für das Thema des Ganztags an Grundschulen geschaffen werden. Hierfür soll den Kommunen ein fester Umsatzsteuersatz zur Verfügung gestellt werden.

Zweitens, zum Thema Besoldung: Vier Dienstposten im Gebäudemanagement der Landtagsverwaltung sollen künftig neu bewertet und nach A 6 vergütet werden. Des Weiteren ist in dem Änderungsvorschlag die bereits in der letzten Ausschusssitzung angesprochene Eingruppierung des Pressesprechers der Landesregierung ebenso adressiert wie die Zulage für Meister im Landesdienst, die von 38,35 Euro auf 70 Euro erhöht werden soll.

Der dritte Punkt sind die Krankenhausinvestitionsmittel. Es soll eine Aufbaufinanzierung für Versorgungszentren in Höhe von 15 Mio. Euro erfolgen.

Der vierte Punkt ist eine Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds insbesondere für die wichtigen Themen der GRW-, der Wasserstoff- und der Tourismusförderung. Letztere haben wir heute bereits im Zusammenhang mit dem Betrag von 2 Mio. Euro für die Förderung von Destinationsmanagementorganisationen thematisiert. Die Gegenfinanzierung erfolgt über eine globale Minderausgabe. Des Weiteren soll eine Mittelzuführung an den ökologischen Bereich des Wirtschaftsförderfonds erfolgen.

Der fünfte Themenbereich ist der Nahverkehr. Hier sehen wir im Wesentlichen drei Änderungen vor:

Im Bereich des Regionalverkehrs Braunschweig soll eine Regelung verlängert werden, nach der nicht verbrauchte SPNV-Mittel - bei denen es sich um weitergeleitete Bundesmittel handelt - für andere Zwecke eingesetzt werden können. Dadurch würde ein deutlich höheres Maß an Flexibilität erreicht.

Ein weiterer Punkt ist die Entlastung aller Aufgabenträger durch eine Vereinfachung der Mittelweiterleitung, indem nicht jedes Mal erneut begründet werden muss, welche Verbesserungen in Bezug auf das bisherige Referenzjahr 2017 erreicht werden sollen. Auch das würde zu mehr Flexibilität führen.

Der letzte Punkt im Bereich ÖPNV ist die heute bereits thematisierte Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale auf 2,59 Euro. Hierfür stellen wir über die politische Liste 10 Mio. Euro bereit, damit die überwiegend kommunalen Aufgabenträger mit Blick auf das Deutschlandticket, die Nahverkehrspläne etc. auch weiterhin gute Leistungen erbringen können.

Das sechste Thema, das ich ansprechen möchte, sind die 20 Mio. Euro aus dem Sondervermögen des Bundes für die Tablets für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte. Bereits in der 125.

Sitzung hat Herr Soppe erläutert, dass es dabei zu einem Mitteltausch zwischen dem MF und dem MK kommen soll.

Fortsetzung der Beratung des Gesetzestextes

Beratungsgrundlage: Formulierungsvorschläge aus Vorlage 5 sowie Änderungsvorschlag aus Vorlage 6 mit Formulierungsvorschlägen und Anmerkungen des GBD (Vorlage 7)

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) führt aus, in die **Vorlage 7** des GBD sei der Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen in der Vorlage 6 eingearbeitet. Hieran habe der GBD lediglich geringfügige, redaktionelle Änderungen vorgenommen, die in der Sache aber nichts änderten. Rechtliche Bedenken gegen die vorgeschlagenen Änderungen habe der GBD insoweit nicht.

Der auf den Seiten 2 bis 6 der Vorlage 7 abgebildete Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen zu **Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes** - betreffe die Änderung des Zahlungsweges im Bereich der Ganztagsbetreuung. Demnach sollten die entsprechenden Mittel nicht, wie im Gesetzentwurf ursprünglich vorgesehen, an die Jugendhilfeträger, sondern zunächst direkt an die Schulträger, die den Rechtsanspruch in der Regel faktisch erfüllten, gezahlt und nur ausnahmsweise an die Jugendhilfeträger weitergeleitet werden. Die kommunalen Spitzenverbände hätten hierzu bereits in ihrer schriftlichen und heutigen mündlichen Stellungnahme zum Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen bekundet, dass diese Änderung mit ihnen geeint worden sei.

Mit Blick auf **Artikel 8 - Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen** - merkt Herr Dr. Oppenborn-Reccius an, dass nunmehr vorgesehen sei, dass fünf Ministerien bzw. auch die Staatskanzlei das Sondervermögen Wirtschaftsförderfonds bewirtschafteten. Dies mache das Regelungswerk insgesamt sicher nicht übersichtlicher. Im Übrigen verweise der GBD auf seine bereits in der Vergangenheit ausführlich vorgetragene verfassungsrechtliche Bewertung dieses Sondervermögens. Vorliegend habe der GBD auf den Seiten 14 bis 16 der Vorlage 7 lediglich redaktionelle Änderungsvorschläge unterbreitet.

Wortmeldungen seitens des **Ausschusses** dazu ergeben sich nicht.

Beschlüsse

Der federführende **Ausschuss** lehnt den Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU zum Haushaltsgesetzentwurf 2026 (Vorlage 5 zur Drs. 19/7910 neu) mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD ab.

Er empfiehlt dem Landtag die folgenden Beschlüsse **zu den Einzelplänen**[2]:

Einzelplan 12

Keine Änderungen; das heißt unveränderte Annahme.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD
Ablehnung: -
Enthaltung: -

Einzelplan 14

Annahme unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen im 11. Nachtrag zur Vorlage 6 zur Drs. 19/7910 neu.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD
Ablehnung: -
Enthaltung: -

Einzelplan 17

Annahme unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen im 13. Nachtrag zur Vorlage 6 zur Drs. 19/7910 neu.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD
Ablehnung: -
Enthaltung: -

Einzelpläne 02, 03, 04, 05, 06, 07, 08[3], 09, 11, 13, 15, 19 und 20

Annahme unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen in den zugehörigen Nachträgen zur Vorlage 6 zur Drs. 19/7910 neu.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: CDU, AfD
Enthaltung: -

Einzelpläne 07 und 11

---

[2] Über eine Beschlussempfehlung zu Einzelplan 01 - Landtag - hatte der Ausschuss bereits in seiner 123. Sitzung am 12. November 2025 abgestimmt.
[3] Einer vom MW in der heutigen Sitzung angeregten weiteren Änderung des Einzelplans 08 (auf Grundlage des 7. Nachtrags zu Vorlage 6) hatte der Ausschuss zuvor einstimmig zugestimmt (siehe Seite 23 dieser Niederschrift).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag über die gefasste Beschlussempfehlung zu den Einzelplänen 07 und 11 hinaus die aus der Vorlage 7 zur Drs. 19/7910 neu ersichtlichen Änderungen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE
Ablehnung: -
Enthaltung: AfD

Zum Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2026 - Gesetzestext einschließlich der Anlage 1 (Gesamtplan) und 2

Der federführende **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf hinsichtlich des Gesetzestextes einschließlich der Anlagen 1 (Gesamtplan) und 2 mit den aus der Vorlage 8 des GBD ersichtlichen Änderungen einschließlich der dort wiedergegebenen Maßgabe zu § 1 und Anlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: CDU
Enthaltung: AfD

Er ermächtigt den GBD bzw. die Landtagsverwaltung, in der Beschlussempfehlung gegebenenfalls erforderlich werdende redaktionelle Änderungen sowie einen eventuell erforderlich werdenden Spitzenausgleich in Abstimmung mit dem MF vorzunehmen.

Zu den in die Beratungen zum Haushaltsgesetzentwurf 2026 einbezogenen Eingaben

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag einstimmig, die in die Beratungen zum Haushaltsgesetzentwurf 2026 einbezogenen Eingaben 01247/03/19 und 01145/03/19 für erledigt zu erklären und die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zur Mittelfristigen Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029

Der federführende **Ausschuss** nimmt die Mittelfristige Planung zur Kenntnis.

Zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Der federführende **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf mit den aus der Vorlage 7 des GBD ersichtlichen Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: CDU
Enthaltung: AfD

Diese Beschlussempfehlung erfolgt vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen.

Der Ausschuss ermächtigt den GBD bzw. die Landtagsverwaltung, in der Beschlussempfehlung gegebenenfalls erforderlich werdende redaktionelle Änderungen vorzunehmen.

*

Der **Ausschuss** benennt Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU) als Berichterstatter und beschließt, dass ein kurzer zusammenfassender mündlicher Gesamtbericht (zum Haushaltsgesetzentwurf 2026 und zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026) und ein ergänzender schriftlicher Bericht (zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026) erstattet werden sollen.

*

Abschließend dankt Abg. **Ulf Thiele** (CDU) den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung und insbesondere denen des Finanzministeriums dafür, dass sie dem Ausschuss trotz des in diesem Jahr außergewöhnlich komplexen Haushaltsaufstellungs- und -beratungsverfahrens viele notwendige Informationen auch kurzfristig zugeliefert hätten. Dies betreffe insbesondere die haushalterische Verarbeitung der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes. - Abg. **Jan-Philipp Beck** (SPD) schließt sich diesem Dank an.

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 70. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

am 10. Dezember 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

   b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

   Unterrichtung - Drs. 19/8151

   Mitberatung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes 2026 5

   Beschluss 6

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   Mitberatung 7

   Beschluss 7

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8503

   Mitberatung 8

   Beschluss 8

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

Mitberatung 9

Beschluss 9

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7238

Fortsetzung der Beratung 10

Beschluss 11

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 19/7484

Mitberatung 12

Beschluss 12

7. **Qualität und Attraktivität der Rechtspfleger-Ausbildung in Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein erhalten - Umstrukturierungspläne zur Umwandlung der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege (HR Nord Hildesheim) in eine Justizakademie sofort beenden!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/7194

Unterrichtung durch die Landesregierung 13

Fortsetzung der Beratung 13

Verfahrensfragen 15

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Christoph Plett (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Constantin Grosch (SPD)
3. Abg. Wiebke Osigus (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Ulf Prange (SPD)
5. Abg. Jan Henner Putzier (i. V. der Abg. Antonia Hillberg) (SPD)
6. Abg. Jan Schröder (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
7. Abg. Tim Julian Wook (i. V. des Abg. Julius Schneider) (SPD)
8. Abg. Christian Calderone (CDU)
9. Abg. Carina Hermann (CDU)
10. Abg. Martina Machulla (CDU)
11. Abg. Jens Nacke (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
12. Abg. Volker Bajus (GRÜNE)
13. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
14. Abg. Thorsten Paul Moriße (AfD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialdirigent Dr. Wefelmeier,
Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied),
Ministerialrat Dr. Miller,
Ministerialrat Dr. Müller-Rüster,
Ministerialrätin Dr. Schröder.

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrätin Obst,
Frau Geerts.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:18 Uhr bis 11:13 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025
federführend: AfHuF;
mitberatend: AfRuV; AfIuS; KultA; AfWuK; AfWVBuD; AfELuV; AfSAGuG; AfUEuK

Mitberatung

Beratungsgrundlage: Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses (Annahme in der Fassung der Vorlage 7)

ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** teilt mit, der federführende Ausschuss für Haushalt und Finanzen habe seine Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung des Mitgliedes der AfD-Fraktion gefasst.

Wortmeldungen aus den Reihen des Ausschusses ergeben sich dazu nicht.

Beschluss

Der **Ausschuss** schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 7 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: CDU
Enthaltung: AfD

***

Vorlage 4 zu Drs. 19/7910 neu
Vorlage 1 zu Drs. 19/8220

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens

Nds. Städte- und Gemeindebund * Arnswaldtstr. 28 * 30159 Hannover

Niedersächsischer Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

per E-Mail an:
birgit.armbrecht@lt.niedersachsen.de

Hannover, 16.09.2025

Ansprechpartner: Marco Mensen

Durchwahl -79

Aktenzeichen 20 12 0320 12 0020 10 0120 120 1217 41 00-064939-me-ri

Haushaltsgesetz 2026 (LT-Drs. 19/7910) und Haushaltsbegleitgesetz 2026 (19/8220) sowie Finanzstatusbericht des Finanzministeriums (Vorlage 231)
Schreiben der Landtagsverwaltung vom 25.8.2024 – II/715 – 0103-01/03

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Gelegenheit zum Landeshaushalt, dem Haushaltsbegleitgesetz und den dazu ergänzenden Unterlagen für die Haushaltsaufstellung des Landes Stellung nehmen zu können. Da die entsprechenden Unterlagen erst vor kurzem in den Niedersächsischen Landtag eingebracht wurden, behalten wir uns weitergehende oder gesonderte Stellungnahmen zu einzelnen Punkten vor. Im Übrigen beschränken wir uns wie üblich auf die Themen, die die kommunale Ebene betreffen.

I. Finanzlage

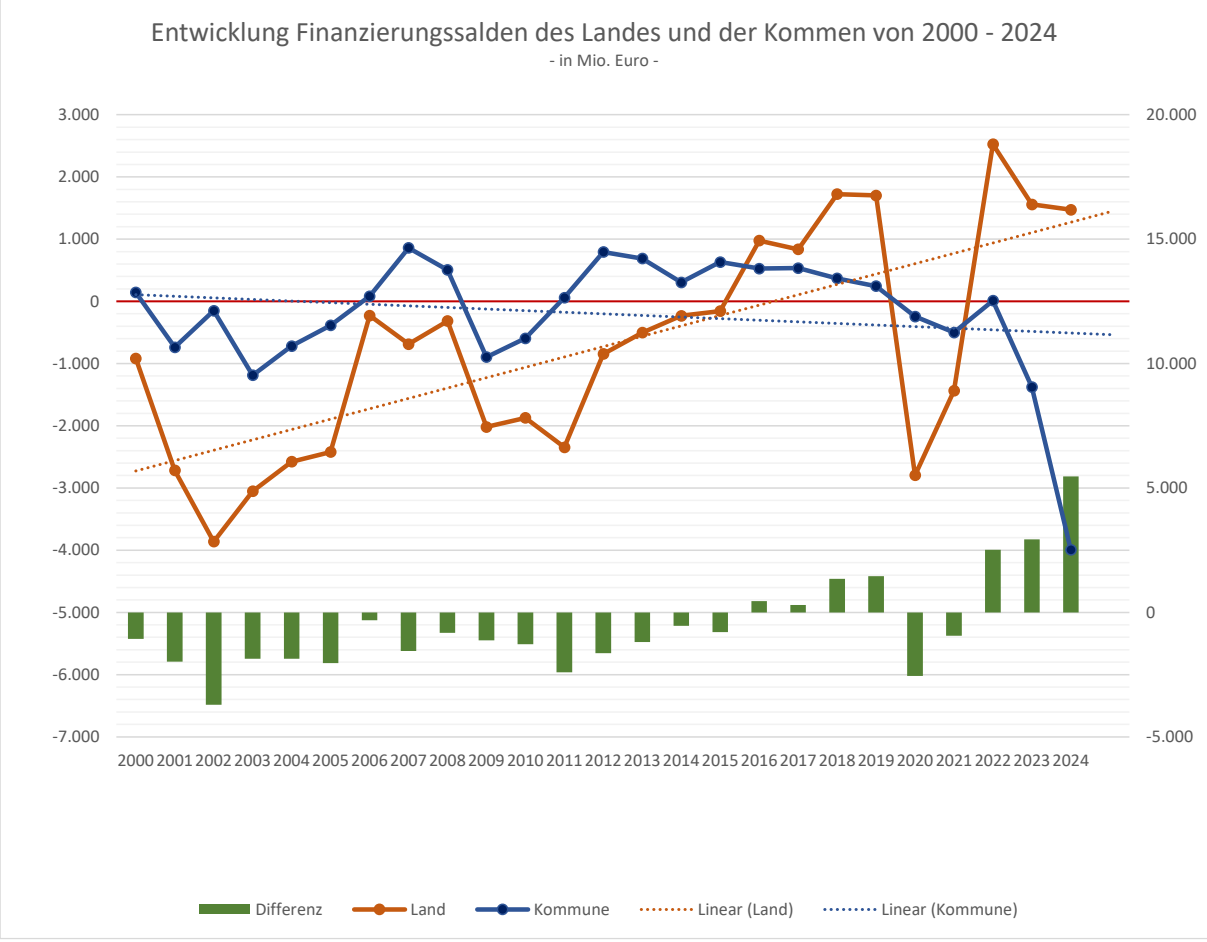
Die kommunale Finanzlage hat sich noch einmal dramatisch verschlechtert. Immer mehr Städte und Gemeinden verfügen 2025 über einen unausgeglichenen Haushalt. Dies gilt durchweg für alle Landkreise und die Region Hannover. Auch im Haushaltsvollzug ergibt sich keine Verbesserung. Die Haushaltsplanung 2026 weist flächendeckend in Niedersachsen dramatische Defizite aus. Die Ursachen hierfür liegen in einer permanenten Überforderung der öffentlichen Hand durch den Bundes- und Landesgesetzgeber mit immer neuen Aufgaben und Leistungsversprechen, die insbesondere von der kommunalen Ebene ausgeführt werden sollen, ohne für eine hinreichende Finanzierung zu sorgen. Die gemeinsamen Appelle der kommunalen Spitzenverbände in den vergangenen Jahren für eine Konzentrierung auf das Finanzier- und Machbare haben bislang zu keinen nennenswerten Veränderungen geführt. Die Ankündigung des Landes, 4,7 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes an die Kommunen pauschal auszukehren und nicht auf kleinteilige Förderverfahren zurückgreifen zu wollen, erkennen wir als positiven Schritt zur Verwaltungsvereinfachung und zur Sicherstellung eines schnellen Mittelabflusses an und bedanken uns dafür. Aufgrund des Verfahrensstandes ist uns zu diesem Zeitpunkt eine detailliertere Stellungnahme allerdings nicht möglich.

Immer deutlicher wird, in welche massive Schieflage die Kommunalfinanzen im Verhältnis zum Land geraten sind. Dies führt nun endlich auch dazu, dass selbst das Niedersächsische Finanzministerium (MF) in seinem Finanzstatusbericht nicht mehr aussagen kann, die

Parameter zur Beurteilung der „Verteilungssymmetrie“ gäben keinen Anlass für Veränderungen. Vielmehr stellt MF richtigerweise fest: „dass die finanzielle Entwicklung in den vergangenen Jahren für Land und Kommunen eine zum Teil deutlich unterschiedliche Entwicklung genommen hat.“ Es mutet insofern zynisch an, wenn MF einfach die Bewertungsindikatoren ändert und dann eben auf Grundlage dieser veränderten Indikatoren zu dem Ergebnis kommt „dass die vom StGH geforderte Verteilungssymmetrie in der aktuellen Situation gewahrt ist.“. Angesichts der dramatischen Entwicklungen bei den Kommunen ist der Schluss „aktuell [besteht] keine Veranlassung, grundsätzliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Steuerverbundmasse oder in der Höhe der Steuerverbundquote vorzunehmen“ nicht nachzuvollziehen.

Seitens MF werden jedes Jahr vergleichbare Behauptungen aufgestellt, obwohl sich das dahinterliegende Datengerüst ständig gravierend zu Lasten der Kommunen verschlechtert hat. Insoweit verweisen die kommunalen Spitzenverbände im Detail auf ihren anliegenden Finanzbericht.

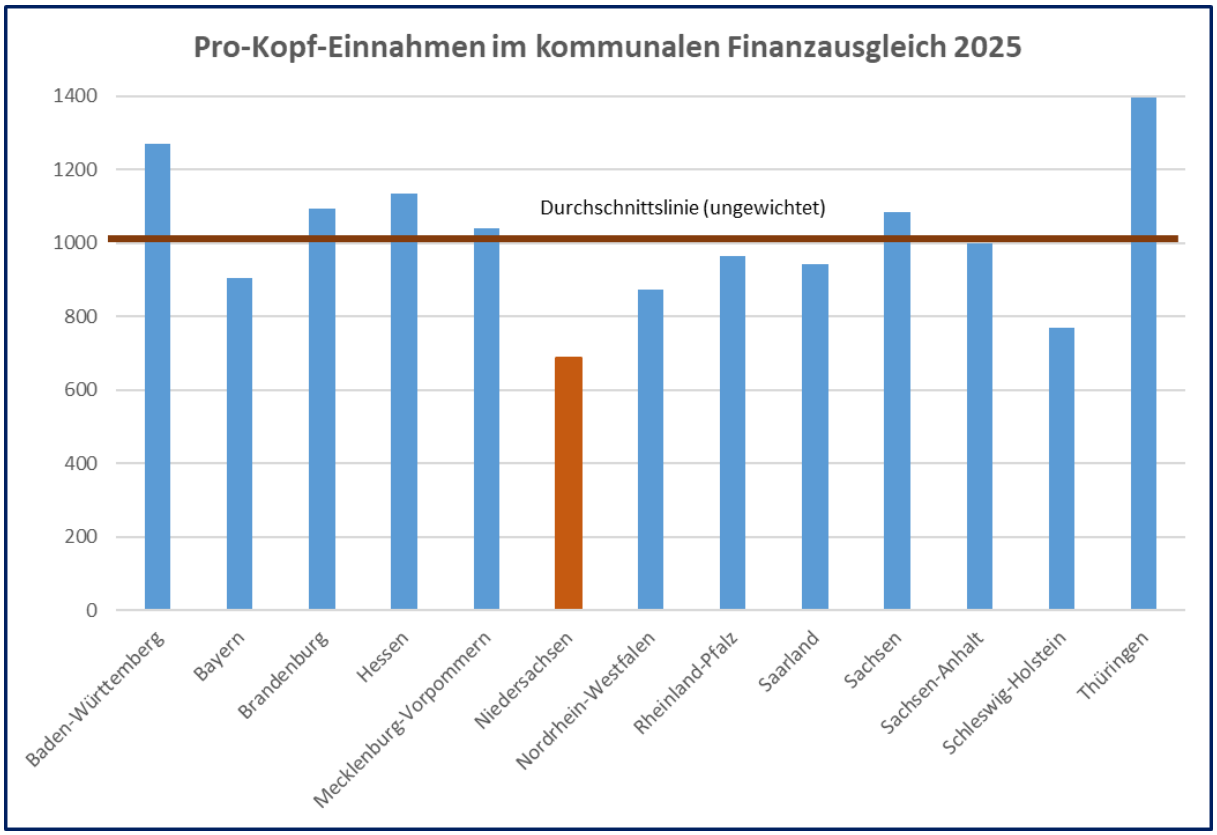
Grundlegend erkennbar sind diese Verschiebungen schon beim Finanzierungssaldo. Während der Finanzierungssaldo des Landes sich im Trend der letzten 20 Jahre deutlich verbessert hat und seit 2016 mit Ausnahme der beiden Jahre 2020 und 2021 positiv ist, gibt es beim kommunalen Finanzierungssaldo im Trend erhebliche Verschlechterungen. Vielmehr erzielten die Kommunen im Jahr 2024 mit annähernd 4 Mrd. Euro sogar das negativste Ergebnis in der Geschichte des Landes. Langfristig betrachtet war der Finanzierungssaldo des Landes in den sieben Jahren von 2011 bis 2017 um rund 5,7 Mrd. Euro schlechter als derjenige der Kommunen. In den folgenden sieben Jahren von 2018 bis 2024 war er hingegen – trotz Corona-Krise und Ukraine Krieg – um 10,6 Mrd. Euro besser. In den Jahren 2023 lag der Abstand zu Gunsten des Landes gut 3 Mrd. Euro, 2024 bei über 5 Mrd. Euro:



Der Finanzierungssaldo hat sich somit massiv zu Lasten der Kommunen verschoben, ohne dass das Land vor 2025 in irgendeiner Weise darauf reagiert hätte. Die nun mit dem Nachtragshaushalt vorgesehene Reaktion durch den Investitionspakt sowie mittels einer Entlastung bei der Finanzierung der Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen ab 2026 wird nicht ausreichen.

Regelmäßig verweist das MF in seinen Ausführungen auf das steigende Anteilsverhältnis der Steuereinnahmen in Niedersachsen (vgl. Finanzstatusbericht des MF S. 9 und S. 42). Dabei verkennt MF, dass dieses Anteilsverhältnis von den Kommunen nur durch die Anhebung ihrer Steuersätze erreichen können. Die Kommunen haben seit 2001 ihre Steuerhebesätze bei der Grundsteuer B um 32,7 % und bei der Gewerbesteuer um 12,8 % erhöht, um hierdurch höhere eigene Einnahmen zu generieren und ihre Haushalte ausgleichen zu können. Mit der Argumentation des Anteilsverhältnisses werden somit kommunale Mehreinnahmen aufgrund eigener Hebesatzentscheidungen als Begründung für mögliche Kürzung der kommunalen Finanzausstattung herangezogen. Dies ist sowohl mit der kommunalen Einnahmeautonomie als auch mit Art. 58 der Niedersächsischen Verfassung nicht vereinbar.

Durch die vielfältigen Eingriffe in die kommunale Finanzausstattung seit Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts fehlen den Kommunen jährlich über 1 Mrd. Euro, weil das Land Finanzausgleichsleistungen gekürzt und die Mitfinanzierung der Aufgaben nach dem SGB II gestrichen hat (vgl. im Einzelnen unseren Finanzbericht, S. 42 ff. - **Anlage**). Dies hat dazu geführt, dass Niedersachsen seit Jahrzehnten den niedrigsten kommunalen Finanzausgleich pro Kopf aller 13 Flächenländer hat. Während der Durchschnitt 2025 bei 1010 Euro je Einwohner liegt, erhalten die niedersächsischen Kommunen weniger als 690 Euro je Einwohner:



Angesichts der Schieflage bei den finanziellen Rahmendaten erwarten die Kommunen nunmehr endlich ein Nachsteuern und eine Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs. Es kann dauerhaft nicht angehen, dass das Land Überschüsse erwirtschaftet und diese in die Rücklage für spätere Jahre überführt, während die Kommunen bereits heute massiv

unterfinanziert sind. Auch wird die derzeit diskutierte Reform des kommunalen Finanzausgleichs nicht ohne eine deutliche Erhöhung der Zuweisungen auskommen, da strukturschwachen Räume Niedersachsens besonders durch die Reform belastet werden. Wir erinnern insofern auch an die Zusage der Innenministerin, die Notwendigkeit zur Anhebung der Verbundmasse im Anschluss an die Arbeit der Finanzausgleichskommission zu prüfen.

II. Haushaltsgesetz 2026 (LT-Drs. 19/7910)

Einzelplan 03

Integrationskosten
Wir fordern erneut die dauerhafte Anhebung der sog. kleinen Pauschale nach § 4 Abs. 2 Aufnahmegesetz um 200 Euro pro Person. Die ungedeckten Kosten im Hinblick auf Integrationsaufgaben, u.a. die erheblich steigenden Kosten für Sicherheitspersonal, müssen endlich vom Land übernommen werden. Dafür müsste ein Betrag von etwa 100 Mio. Euro jährlich bereitgestellt werden.

Außerdem kritisiert der NST mit Blick auf die weiterhin bestehenden Bedarfe bei den in besonders erheblichem Maße vom Zuzug weitergewanderter Schutzberechtigter betroffenen Kommunen nach der Kürzung von 10 auf 3 Mio. Euro in diesem Jahr den weiteren Eingriff in den Integrationsfonds, aus dem bisher vor Ort Projekte zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts geleistet wurden.

Einzelplan 05

Kommunale Förderung
Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung hat im Vorgriff auf das neue Kommunalfördergesetz kommunale Empfänger aus Förderrichtlinien, etwa zur Familienförderung oder der Inklusion, entfernt. Wir erwarten, dass diese Mittel budgetiert oder pauschal über das neue Gesetz zugewiesen werden, so wie dies zugesagt wurde.

Einzelplan 07

a) Finanzierung von Schulen
Die Ausgestaltung der Schulfinanzierung kommt immer weiter an ihre Grenzen. Mit Blick auf die eigene Haushaltssituation sind die Schulträger zunehmend von immer höheren Anforderungen überfordert. Zumal das Land seinen gesetzlichen Aufgaben nicht nachkommt. Wir erwarten, dass das Land die Kosten der IT-Administration vollständig übernimmt. Unter Berücksichtigung der Evaluationsergebnisse bedeutet dies für 2025 eine Aufstockung des Ausgleichsbetrags auf 100 Mio. Euro jährlich. Dieser Betrag ist entsprechend allgemeiner Kostenentwicklungen jährlich zu dynamisieren. Auch ist es mit Blick auf die geplante Einführung von Schüler Leihgeräten ab der 7. Klasse notwendig sicherzustellen, dass die erforderlichen Anpassungen der IT-Infrastruktur an den betroffenen Schulen finanziell durch das Land unterlegt wird.

Das pädagogische Personal in den Schulen ist Personal des Landes. Wir erwarten daher, dass das Land für die sachliche Ausstattung seines Personals aufkommt und diese Aufgabe nicht auf die Kommunen abwälzt. Möchte das Land sein Personal mit digitalen Endgeräten ausstatten, hat es auch für die daraus entstehenden Kosten aufzukommen.

Angesichts der weiter wachsenden Herausforderungen in Schulen gewinnt die „Soziale Arbeit in schulischer Verantwortung“ zunehmend an Bedeutung. Es zeigt sich deutlich, dass die personelle Ausstattung an den Schulen dringend verbessert werden muss, um die notwendigen Rahmenbedingungen für gelingenden Unterricht zu sichern. Das Land ist daher gefordert, die

personellen Ressourcen in diesem Bereich nachhaltig und flächendeckend zu stärken und auszubauen.

Zudem stehen viele Kommunen auch in diesem Aufgabenfeld aktuell und in den kommenden Jahren vor erheblichen Investitionen in ihre Schulgebäude. Da das Land, neben den massiv angestiegenen Baukosten, mit seinen stetig steigenden Vorstellungen auch ein Treiber dieser Entwicklungen ist, sollte es sich endlich wieder an der seit Jahren nicht mehr finanziellen Mitteln dotierten Schulbauförderung nach § 115 Niedersächsisches Schulgesetz adäquat beteiligen. In Anbetracht der Größe der Hausforderungen, wäre hier ein Einstiegsbetrag von mindestens 100 Mio. Euro angebracht. Damit könnten zunächst wenigstens die Schulträger gefördert werden, deren Schulen nicht vom Startchancenprogramm des Bundes profitieren, die aber gleichfalls unter enormem finanziellen Handlungsdruck stehen.

Offen ist auch nach wie für die Kostenerstattung für die inklusionsbedingten Kosten im Sekundarbereich II und den Berufsschulen, die entgegen der ursprünglichen Gesetzesbegründung bis heute nicht in den Kostenausgleich nach § 1 des Gesetzes über finanzielle Leistungen des Landes wegen der Einführung der inklusiven Schule einbezogen sind. Folge ist, dass ein kommunaler Träger bereits Klage vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof erhoben hat, weil das Land seinen eigenen Ankündigungen in der Gesetzesbegründung von 2015 keine Taten folgen lässt. Insoweit bedarf es einer Rechtsänderung und einer Anpassung des Betrages in Kapitel 0702 in der Titelgruppe 79 um durch höhere Zuweisungen auch die inklusionsbedingten Kosten der Schulträger im Bereich der Sekundarstufe II und der Berufsbildenden Schulen auszugleichen.

b) Ganztagschule
Die für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Betreuung von Kindern im Grundschulalter in Tageseinrichtungen im Rahmen der Ganztagschule bereitgestellten Mittel werden nicht ausreichen. Weder werden die innerhalb des vom Land verantworteten Teils des Systems Schule über Lehrerbedarfsstunden zur Verfügung gestellten Gelder ausreichen, um ein adäquates Angebot bereithalten zu können, noch sind die den Schulträgern für ihren Teil dieser Aufgabe zugewiesenen Mittel für Betrieb und Investitionen auskömmlich. Diese vom Bund unter ausdrücklicher Zustimmung des Landes geschaffene neue Aufgabe wird daher erheblich von Kommunen mitfinanziert werden müssen. Der für den Betrieb gewährte, aufwachsende Betrag ist mindestens zu verdoppeln (2026: +270.000 Euro bis 2030: +12,2 Mio. Euro) und zu dynamisieren.

c) Finanzierung der Kindertagesstätten
Wir begrüßen den Beschluss der Landesregierung im Rahmen der Haushaltsklausur „*die Kommunen ab 2026 jährlich mit **mindestens** zusätzlichen 250 Millionen Euro für die Personalkosten*“ zu unterstützten und die beabsichtigte Dynamisierung der Zahlungen nach den Tarifabschlüssen. Insoweit sehen wir die Etatisierung eines Betrages von 250 Millionen Euro bei Kapitel 0774 Tageseinrichtungen für Kinder unter der Titelgruppe 686 67-7 als positive Umsetzung dieser Verabredung. Der Betrag sollte zur Lösung der Problematik dienen, dass sich die gesetzlich fixierte Jahreswochenstundenpauschale als Berechnungsgrundlage immer weiter von der tatsächlichen Entwicklung der Personalkosten entfernt hat. Um eine Befriedung zu erreichen, bedarf es daher einer konkreten Berechnung des Deltas, die wir vom Kultusministerium einfordern. Wir gehen davon aus, dass der Betrag auf dieser Grundlage im Zuge der weiteren Haushaltsberatungen entsprechend angepasst wird. Unabhängig von der gefundenen Lösung dürfen wir daran erinnern, dass die Kommunen auch nach der Umsetzung dieser Regelung den größten Anteil im Bereich der Kindertagesstätten finanzieren. Die Summe aus eigenen Mitteln belief sich bereits im Jahr 2023 auf 2,65 Mrd. Euro.

Einzelplan 08

a) ÖPNV
Niedersachsen ist unter allen Ländern Schlusslicht bei der ÖPNV-Finanzierung. Das Land gibt derzeit 15 Euro pro Einwohner und Jahr für den ÖPNV aus, in den Flächenländern Hessen sind es 66 Euro, in Baden-Württemberg 55 Euro, in Sachsen-Anhalt 27, in NRW 26 Euro. Wir fordern daher einen umgehend beginnenden Aufwuchs der Pro-Kopf-Finanzierung des Landes auf mindestens 50 Euro pro Kopf und Jahr bis 2028, um den Bestand des ÖPNV überhaupt zu sichern. Dazu müssen insbesondere die Mittel nach §§ 7a und 7b NNVG umgehend um mindestens 80 Mio. Euro erhöht werden.

Zudem ist eine Beteiligung der ÖPNV-Aufgabenträger an den seit 2020 den Ländern zufließenden zusätzlichen Finanzmitteln in § 5 Abs.11 RegG für den Klimaschutz ist bisher in Niedersachsen nicht erfolgt. Für die Klima-Herausforderungen beispielsweise bei der Antriebswende Bus sind signifikante zusätzliche Mittel für alternativ angetriebene Busse und notwendige Betriebshöfe erforderlich.

Des Weiteren müsse alle Zahlungen des Landes an die ÖPNV-Aufgabenträger und Unternehmen, insbesondere die Mittel der §§ 7 ff. NNVG dynamisiert werden. Auch ist eine Beteiligung an den Bundesmitteln für die Infrastruktur erforderlich.

b) Tourismus
Für den niedersächsischen Tourismus muss eine „Grundförderung Tourismus“ entwickelt bzw. weiterentwickelt werden, um den Wettbewerbsnachteil, den das Land Niedersachsen gegenüber anderen Bundesländern hat, in denen Fremdenverkehrslastenausgleiche oder Sonderlastenausgleiche bspw. für Kurorte erfolgen, zu beheben. Insbesondere für monostrukturierte Tourismuskommunen, Kurorte und andere zertifizierte Orten ist ein Ausgleich für die besonderen Aufwendungen zu gewähren. Seit 2024 gibt es hier einen ersten richtigen Ansatz i.H.v. 2 Mio. Euro, ausgekehrt im Rahmen einer Billigkeitsleistung, der jedoch auf 10 Mio. Euro erhöht werden sollte.

c) Konnexitätsausgleich nach dem Wohngeld-Plus-Gesetz
Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2025 hat das Land die Konnexität für die durch das Wohngeld-Plus-Gesetz entstandenen Verwaltungskosten der Kommunen anerkannt. Streitig war allerdings die Höhe des Kostenausgleichs. Mit dem mit der Landesregierung am 24.03.2025 abgeschlossenen Pakt für Kommunalinvestitionen haben die kommunalen Spitzenverbände unter Zurückstellen grundsätzlicher Erwägungen und unter Berücksichtigung der Beteiligung am Jahresüberschuss 2024 die getroffenen Regelungen für die Vergangenheit als hinnehmbar anerkannt. Für die Zukunft mahnen Sie aber eine Anpassung des Betrages auf eine die tatsächlichen Kosten abbildende realistische Größenordnung an.

III. Haushaltsbegleitgesetz 2026 (LT-Drs. 19/8220)

Zu Art. 1 – Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Gegen die Änderungen zur Nr. 1 werden keine Bedenken erhoben.

Die Änderungen zur Nr. 2 werden grundsätzlich begrüßt. Sie setzen einen Punkt des mit der Landesregierung im Frühjahr beschlossenen kommunalen Investitionspakt um, der insbesondere eine weite Zweckbestimmung der Mittelverwendung beinhaltet. Die vom Land gewählten Verteilkriterien akzeptieren wir. Wir regen jedoch an die Zahlung (vgl. § 5 Abs. 1 Satz 6 NFVG-E) nicht bis zum 30.9. eines Jahres zu leisten, sondern – wie die übrigen Zahlungen nach § 7 Abs. 3 NFVG – zum 20. Juni des Jahres.

Unabhängig von dem jetzt vorgesehenen finanziellen Engagement des Landes bleibt weiterhin eine große Finanzierungslücke in diesem Aufgabenbereich, der aus den Kommunalhaushalten finanziert werden muss.

Mit den Änderungen zur Nr. 3 beteiligt sich die Landesregierung an den bei Schulträgern und Aufgabenträgern der Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen entstehenden Ausgaben für den zu erfüllenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter. Selbst im Falle der Umsetzung innerhalb einer Ganztagschule werden die bereitgestellten Beträge bei Weitem nicht ausreichen, den entstehenden Aufwand bei den Kommunen zu decken. Die Städte und Gemeinden sind auch in diesem Falle die Leidtragenden von nicht ausfinanzierten Leistungsversprechungen von Bund und Ländern. Darüber hinaus enthält die weitergeleitete Beteiligung des Landes für die Zeit ab vollständiger Wirkung des Rechtsanspruchs keine dynamisierenden Faktoren, die finanzielle Beteiligung wird also real schrumpfen.

Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht nicht der zwischen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände und dem Kultusministerium abgestimmten Fassung über die Abwicklung der Zahlung. Nach Auskunft des Kultusministeriums soll über einen Änderungsantrag noch eine geeinte Fassung vorgelegt werden. Mit Blick auf die Irritationen, die die jetzige Entwurfsfassung erzeugt hat, bitten wir uns einen entsprechenden Änderungsantrag zu gegebener Zeit zur Stellungnahme zuzuleiten, damit wir Gelegenheit haben, die Einhaltung der mit dem Kultusministerium getroffenen Absprachen zu prüfen. Unabhängig hiervon teilen wir nicht die Feststellung des Landes in der Gesetzesbegründung, dass konnexitätsrelevante Mehrausgaben nicht entstehen.

Zu Art. 3 - Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Gegen die beabsichtigte Neuregelung, dass es künftig eine einheitliche und belastungsorientierte Regelung für alle BuT-Aufgabenträger geben wird und eine Sonderregelung für die Stadt Göttingen nicht mehr erforderlich ist, bestehen keine grundlegenden Bedenken. Unsere Kritik richtet sich weiterhin gegen die Umstellung der Abrechnungssystematik bei den Bildungs- und Teilhabeleistungen im Jahr 2021, mit dem das Risiko der unauskömmlichen Bundeserstattung auf die örtlichen Träger verlagert worden ist. Seitdem erhalten die örtlichen Träger die BuT-Transferleistungen nicht mehr in vollem Umfang erstattet.

Zu Art. 4 - Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs

Die vorgesehenen Änderungen werden begrüßt. Nach der Umsetzung der Anpassung der Verwaltungskosten für die Vergangenheit in 2025 wird mit der Dauerregelung ab 2026 durch die Neufassung des § 25 SGB IX eine handhabbare Dauerregelung geschaffen, die die künftige Entwicklung mit einbezieht.

Zu Art. 5. - Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes

Die AG begrüßt grundsätzlich die Aufstockung des Ausgleichsbetrages, die dem Ergebnis der politischen Verständigung auf Basis der Evaluation entspricht. Gleichwohl halten wir auch bei diesem Betrag eine Dynamisierung für notwendig, um die künftige Kostenentwicklung zu berücksichtigen.

Zu Art. 6 - Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“

Wir begrüßen die Zusage des Landes, die zur Kofinanzierung des Transformationsfonds erforderlichen Mittel in einem ersten Schritt bereitzustellen.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Arbeitsgemeinschaft



Dr. Marco Trips

Anlage:
19. Bericht zur Finanzlage der Kommunen in Niedersachsen

Niedersächsischer Landkreistag

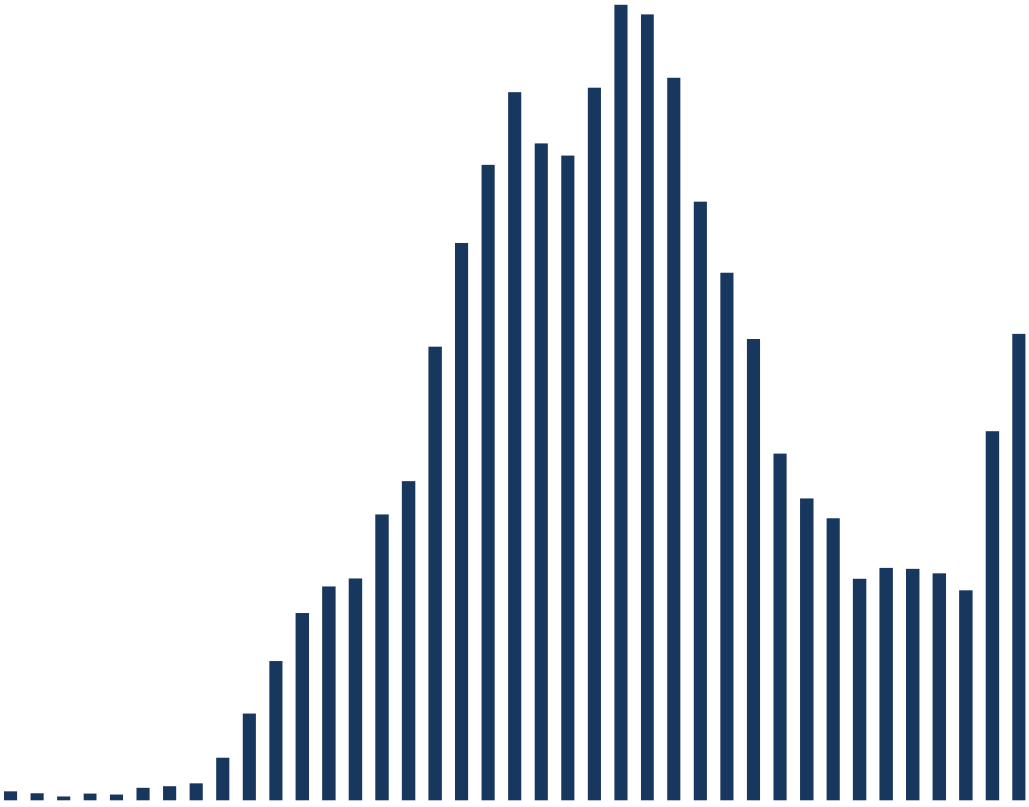
Niedersächsischer Städtetag

NIEDERSÄCHSISCHER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens

19. Bericht zur Finanzlage der Kommunen in Niedersachsen

Hannover, 17. September 2025



Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung ... 3
2. Kommunen als Teil des Staates ... 8
3. Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips zum 1.1.2006 (Art. 57 Abs. 4 NV) ... 9
   a) Kindertagesstätten ... 9
   b) Wohngeld-Plus ... 11
   c) Weitere Kostenausgleiche ... 11
   d) Fehlende Kostenausgleiche in kleineren Fällen ... 12
   e) Fehlende Anpassung von Kostenausgleichsregelungen ... 13
   f) Gesetzliche Veränderung von Bundesaufgaben ... 14
   g) Würdigung der Konnexitätsregelung ... 15
4. Verfassungsrechtliche Grundlagen (Art. 58 NV) ... 16
5. Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften ... 18
   a) Untersuchung des Landesamtes für Statistik Niedersachsen ... 19
   b) Ausgabenentwicklung im sozialen Bereich und bei den Schulen ... 21
      i) Zuschussbeträge für BSHG; ab 2005: SGB II/SGB XII und ab 2020 SGB IX ... 22
      ii) Zuschussbeträge nach dem KJHG/SGB VIII ... 23
      iii) Zuschussbeträge für Schulen ... 25
      iv) Zusammenfassung der Entwicklung der Zuschussbeträge ... 27
   c) Entwicklung der Investitionen ... 28
   d) Einnahmeentwicklung ... 30
   e) Kassenkredite (Liquiditätskredite) ... 32
   f) Entschuldungshilfen/Stabilisierungshilfen ... 35
6. „Verteilungssymmetrie“ ... 36
   a) „Finanzierungssaldo“ ... 37
   b) „Teilhabeverhältnis“ ... 41
      i) Fehlender Aufgabenbezug ... 41
      ii) Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs ... 42
      iii) Gesamtwirkung der Kürzungen/Schlusslicht im Bundesvergleich ... 43
      iv) Kommunaler Finanzausgleich als Reservekasse des Landes ... 45
      v) Verstoß gegen die kommunale Finanzhoheit ... 47
7. Verweis auf Entlastungsmaßnahmen ... 48
8. Notwendigkeit weiterer Entlastungsmaßnahmen ... 50

1. Vorbemerkung

Die Kommunalfinanzen sind seit dem Jahr 2023 so massiv abgerutscht wie noch nie in den vergangenen über 30 Jahren. Der Finanzierungssaldo der Städte, Gemeinden und Landkreise lag im Vorvorjahr bei annähernd -1,4 Mrd. Euro und erreichte mit fast -4,0 Mrd. Euro im Vorjahr eine negative Rekordhöhe von ungeahntem Ausmaß. Eine solch negative Situation hat es in Niedersachsen noch nicht gegeben. Für 2025 sieht die Finanzsituation noch drastischer aus. Die Mehrzahl der Städte und Gemeinden kann ihre Haushalte nicht ausgleichen und erreicht auch bislang im Haushaltsvollzug keine echten Verbesserungen. Keine der 17 kreisfreien oder großen selbständigen Städte oder der Städte mit Sonderstatus plant in den schwarzen Zahlen. Ihr geplantes Defizit beläuft sich auf über 1 Mrd. Euro. Dies gilt auch für alle Landkreise und die Region Hannover die allein in 2025 mit einem Defizit von über 1,2 Mrd. Euro planen.

Nach einer noch weitgehend stabilen Finanzlage der Kommunen – auch durch Bundes- und Landeshilfen – während der Covid-19-Pandemie 2020 hat der Ukraine-Krieg ab 2022 mit den steigenden Energiepreisen und der einsetzenden Inflation zu einer deutlichen Eintrübung geführt. Die letzten Steuerschätzungen prognostizierten dabei nur noch geringe Zuwächse bei den Steuereinnahmen.

Gleichzeitig steigen die Ausgaben inflations- und aufgabengetrieben überproportional an. Diese Situation kumuliert schon seit 2023 mit erheblichen Kostenbelastungen der – eigentlich unzuständigen – Kommunen für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Krankenhäuser, für die sie bereits im Vorvorjahr Hilfen in einer Größenordnung von 586 Mio. Euro vorgesehen haben.[1] Für das laufende Jahr dürfte es nicht besser sein. Der gesetzgeberisch für die Finanzierung des laufenden Betriebes der Krankenhäuser zuständige Bund verweigert die notwendigen Hilfen. Das Land ist bisher nicht bereit, den Kommunen durch irgendeine finanzielle Maßnahme zur Hilfe zu kommen. Es hat den Kommunen lediglich im Rahmen des kommunalaufsichtlichen Ermessens die Möglichkeit eröffnet, sich für bestimmte Zwecke weiter zu verschulden und die Defizite des Krankenhausbereiches außen vor zu lassen.[2] Es steht zu befürchten, dass sich ihre Lage dadurch insgesamt eher noch verschlechtert.

Gleichzeitig sind die Kommunen weiterhin von der aktuellen Flüchtlingssituation belastet. Auch wenn die Zuzüge 2025 deutlich gesunken sind, müssen auch die in den vergangenen Jahren aufgenommenen Menschen weiter betreut und versorgt werden. Insoweit ist die Belastungssituation weiterhin hoch.

Im ersten Halbjahr 2025 hat diese Entwicklung dazu geführt, dass die Kommunalfinanzen weiter abstürzen. So verblieb ihr Finanzierungssaldo zum 30.6.2025 auf dem negativen Niveau des Vorjahres mit rd. -1,5 Mrd. Euro. Die Kassenkredite erhöhten sich

[1] Der Wert basiert auf einer Auswertung des Innenministeriums.
[2] Schreiben der Ministerin für Inneres und Sport vom 17.10.2024.

gegenüber dem Jahresende 2024 um mehr als 1,1 Mrd. Euro auf 2,95 Mrd. Euro.[3] Insoweit kann auch bei den Kommunalfinanzen von einer „Zeitenwende“ gesprochen werden, allerdings in dem Sinne, dass das im letzten Jahr bereits begonnene massive Abrutschen in schlechtere Zeiten sich weiter fortsetzt, weil Bund und Länder nicht zeitnah gegengesteuert haben. Dabei besteht eine besonders hohe Diskrepanz zur bislang noch deutlich besseren Finanzlage des Landes.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass das Land seine Politik des Eingriffes in die kommunale Finanzausstattung fortsetzt und die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2022[4] beschlossene Streichung der Landesbeteiligung nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) weiterhin nicht zurücknimmt. Schon die seinerzeitige Begründung hierfür war in keiner Weise nachvollziehbar, wenn behauptet wurde, die materielle Grundlage hätte sich aufgelöst[5]. Die materielle Grundlage liegt vielmehr – nach wie vor – in der Einsparung des Landes beim Wohngeld durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Mit Ausnahme der in finanzieller Hinsicht bekannt kommunalunfreundlichen Länder Saarland und Rheinland-Pfalz, sehen alle anderen Flächenländer weiterhin entsprechende Zuweisungen vor, die teilweise sogar dynamisiert wurden. Die sukzessive Streichung stellt somit schlicht einen Eingriff in die kommunale Finanzausstattung zur Haushaltskonsolidierung des Landes dar, ohne dass hierfür eine Notwendigkeit bestand. Das Vorgehen des Landes erinnert deutlich an seine permanente Kürzungspolitik zu Lasten der Kommunen von 1990 bis 2005.[6] Auch der in der Gesetzesbegründung vorgebrachte Hinweis auf die in den letzten Jahren deutlich gestiegene Bundesbeteiligung[7] beim SGB II führt zu keiner anderen Beurteilung. Ziel des Bundes war es, die besonders von hohen Soziallasten betroffenen Kommunen zu entlasten. Wenn das Land dies zum Anlass nimmt, im Gegenzug seine Mittel zu kürzen und auf Dauer zu streichen, handelt es sich hierbei um die bekannten „klebrigen Finger“, die aus anderen Bundesländern und dem Agieren des Landes in früheren Zeiten hinreichend bekannt sind.

Durch die Streichung der 142 Mio. Euro ab dem Jahr 2024 und die Eingriffe im kommunalen Finanzausgleich hat das Land damit innerhalb der vergangenen gut 30 Jahre die kommunale Finanzausstattung zu seinen Gunsten um weit über **eine Mrd. Euro jährlich** gekürzt.[8] Die Hinweise im Finanzstatusbericht[9] des Niedersächsischen Finanzministeriums (MF) darauf, dass die Kommunen 13,9 Mrd. Euro aus dem Landeshaushalt Niedersachsens erhalten, sind insoweit nicht zielführend. Hiervon wird der größte Teil – 8,3 Mrd. Euro – außerhalb des Steuerverbundes gewährt. Diese Zahlungen haben aber jeweils ihren Rechtsgrund darin, dass es sich um Kostenerstattungen

[3] Liquiditätskredite der Kommunen beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich ohne Cashpooling usw. – vgl. Fn. 112.
[4] Vgl. Art. 10 des Haushaltsbegleitgesetzes 2022 vom 16.12.2021 (Nds. GVBl. S. 883).
[5] LT-Drs. 18/9885 S. 20.
[6] Vgl. hierzu unter 6. b) ii) Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs.
[7] LT-Drs. 18/9885 S. 20.
[8] Vgl. hierzu unter 6. b) iii) Gesamtwirkung der Kürzungen/Schlusslicht im Bundesvergleich.
[9] MF, Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen für 2024 – Finanzstatusbericht 2025 – S. 7. Er wurde am 29.6.2025 von der Landesregierung beschlossen.

für übertragene Aufgaben oder sonstige Konnexitätsfälle handelt. Das Land zahlt entweder dafür, dass es den Kommunen Aufgaben überträgt oder in kommunale Aufgaben hineinregiert. Als Extrembeispiel kann insoweit die Beitragsfreiheit im Kindergarten 2018 dienen. Die zusätzlichen Mittel an die Kommunen sind nur erforderlich geworden, weil das Land die Eltern von Kindertagesstättengebühren für die über Dreijährigen entlasten wollte. Die kommunale Finanzausstattung insgesamt wird durch solche Maßnahmen nicht verbessert. Tatsächlich sind die kommunalen Aufwendungen trotz dieser Änderung jedes Jahr weiter deutlich gestiegen, auch weil die jetzt kostenfreien Leistungen zu einer weiteren Inanspruchnahme geführt haben. Diese Entwicklung wurde im Rahmen der seinerzeitigen Verhandlungen weder vorhergesehen, noch später vom Land finanziell ausgeglichen.

Zu erinnern ist daran, dass der Niedersächsische Staatsgerichtshof (Nds. StGH) in seinem Urteil vom 7.3.2008 (StGH 2/05) auf die Notwendigkeit der Rückführung der kommunalen Kassenkredite bei sich bessernder Haushaltslage des Landes hingewiesen hat. Angesichts des schon 2022 wiederhergestellten Haushaltsausgleichs des Landes und seither bestehender erheblicher Überschüsse ist insoweit nicht nachvollziehbar, dass weiterhin nicht auf den Absturz der Kommunalfinanzen reagiert werden soll.

Schließlich ist daran zu erinnern, dass das Land in den vergangenen 30 Jahren den kommunalen Finanzausgleich massiv gekürzt hat. Lag die Steuerverbundquote 1990 noch bei 17,5 % (bei geringeren Steuerverbundgrundlagen), ist sie aktuell 2 %-Punkte niedriger bei 15,5 %, nachdem sie 2007 einmal angehoben wurde. Aus Sicht der Kommunen besteht nach wie vor die Notwendigkeit, hier kurzfristig im ersten Schritt wenigstens auf das Niveau vor dem letzten Eingriff mit 16,09 % zu kommen und im zweiten Schritt die Verbundquote perspektivisch wieder mindestens auf 17,5 % und damit um insgesamt 2 Prozentpunkte anzuheben. Dies gilt umso mehr, als Niedersachsen – nach wie vor – die geringsten Zuweisungen pro Kopf der Bevölkerung im kommunalen Finanzausgleich gewährt.[10] Spätestens, wenn es jetzt mit der vom Innenministerium beabsichtigten Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich auf Basis der Gutachterberechnung ab 2026 zu deutlichen interkommunalen Verschiebungen in der Finanzverteilung insbesondere zu Lasten strukturschwacher Gebiete kommen soll, ist es unabdingbar, dass das Land diese durch zusätzliche Zuweisungen abfedert und die Grundausstattung durch den KFA insgesamt so gestaltet, dass die Kommunen ihre Aufgaben auch erfüllen können. Das Land hatte zum Ausgleich der ersten vorläufig vom Gutachter ausgemachten Verschiebung hier 1 Mrd. Euro für einen Ausgleich im System beziffert.

Die Landesregierung rechtfertigt die Beibehaltung einer Steuerverbundquote von 15,5 % damit, dass die finanzielle Entwicklung von Land und Kommunen mit den für die „Verteilungssymmetrie“ festgelegten Grundsätzen im Einklang steht.[11] Im Einzelnen wird dieses in dem Bericht des MF zur „Entwicklung der Finanz- und Haushalts-

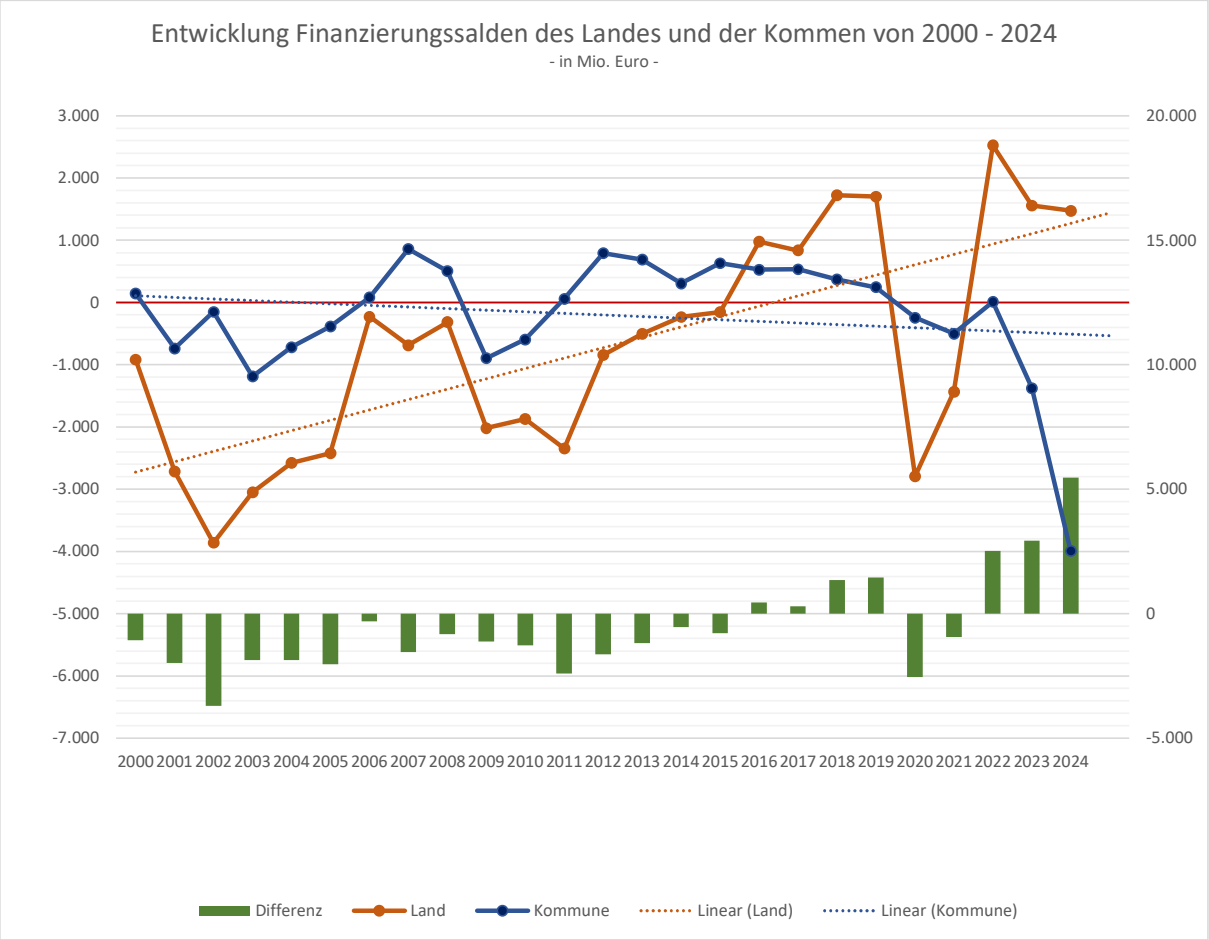
[10] Vgl. im Einzelnen S. 41 f. und Fn. 153.
[11] Bericht des MF, Fn.12, S. 44.

lage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen – Finanzstatus 2025“ vom 27.6.2025 begründet.[12] Dieser Bericht ist jedoch keine geeignete Grundlage zur Überprüfung, ob eine aufgabenangemessene finanzielle Mindestausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt ist. Er stellt im Kern lediglich auf die Frage ab, welcher Ebene – Land oder Kommunen – es finanziell schlechter geht. So heißt es in dem Bericht wörtlich: „*Dabei geht es in erster Linie um die Beurteilung der Frage, ob die Finanzausstattung der Gemeinden im Verhältnis zur Finanzlage des Landes angemessen ist*.“[13] Ausgeblendet wird bei dieser Sichtweise die vom Niedersächsischen Staatsgerichtshof geforderte Rückführung der kommunalen Kassenkredite wie auch der Aufgabenbezug in Art. 58 der Niedersächsischen Verfassung (NV) und die Gewährleistung der finanziellen Mindestausstattung jeder einzelnen Kommune, wie sie sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) ergibt.[14]

Bei der vom Land gewählten Sicht der „Verteilungssymmetrie“ ist darüber hinaus zu beachten, dass es seit mehreren Jahren eine deutliche Zäsur – mit Unterbrechung durch die Folgen der Corona-Pandemie – gegeben hat. Während bis einschließlich des Jahres 2015 der Finanzierungssaldo des Landes Niedersachsen in den vergangenen 30 Jahren jeweils negativ war und – zum Teil deutlich – schlechter ausfiel als derjenige der Kommunen[15], hat das Land von 2016 bis 2019 nicht nur einen positiven Finanzierungssaldo erwirtschaftet. Vielmehr lag dieser sogar weit über demjenigen der kommunalen Gebietskörperschaften. Dieser Trend wurde in 2020 und 2021 zwar deutlich durchbrochen. 2022 verbesserte sich der Finanzierungssaldo des Landes aber um fast 4 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr auf einen positiven Wert von über 2,5 Mrd. Euro. 2023 liegt der des Landes immer noch bei knapp 1,6 Mrd. Euro (bereinigt) und 2024 bei gut 1,5 Mrd. Euro (bereinigt); derjenige der Kommunen sank hingegen ins bodenlose über fast -1,4 Mrd. Euro 2023 auf fast -4,0 Mrd. Euro 2024. Allein in den letzten drei Jahren war der Wert des Landes in Summe um rd. 10,9 Mrd. Euro besser als derjenige der Kommunen!

Dass die Landesfinanzen zumindest nach dem Finanzierungssaldo stark gesundet sind, ist aus der Trendlinie zur langfristigen Entwicklung deutlich erkennbar, die für das Land deutlich steigt. Bei den Kommunen hingegen zeigt sie einen deutlichen Abwärtstrend.

[12] MF, Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen für 2024. Er wurde am 29.6.2025 von der Landesregierung beschlossen.
[13] Bericht des MF, Fn.9, S. 1.
[14] Vgl. hierzu unter 4. Verfassungsrechtliche Grundlagen (Art. 58 NV).
[15] Dies lag früher u.a. in den unterschiedlichen haushaltsrechtlichen Verschuldungsmöglichkeiten begründet – vgl. 6. a) „Finanzierungssaldo“.



Quelle: Daten des MF, jährliche Finanzstatusberichte ohne Sonderentwicklungen wie z. B. VW-Milliarde oder nicht benötigte Notlagenkredite für das Corona-Sondervermögen

Auch der Hinweis des MF das Neuverschuldungsverbot des Art. 71 NV[16] nunmehr verstärkt in die Betrachtung einzubeziehen, führt zu keiner anderen Beurteilung, weil das Land beginnend mit dem Nachtragshaushalt 2025 von den neuen Verschuldungsmöglichkeiten des Art. 109 Abs. 3 Grundgesetz (GG) Gebrauch machen will.[17] Damit ist die vergangenheitsbezogene Betrachtung des MF für eine Beurteilung künftiger Haushalte nicht mehr geeignet.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass der größte Teil der derzeit für die Kommunen vorgesehenen Hilfsmaßnahmen in Form von Investitionshilfen ausgereicht werden soll.[18] Diese Maßnahmen helfen zur Wiederherstellung ausgeglichener Kommunalhaushalte – wie sie das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) fordert – allerdings nur wenig weiter, so dass die notenwendige Entlastung der Kommunen nicht durch Hinweis auf Investitionsprogramme negiert werden kann.

[16] Bericht des MF, Fn. 9, S. 4.
[17] Vgl. hierzu im Einzelnen die Ausführungen unter 6.„Verteilungssymmetrie“1)a) „Finanzierungssaldo“, S. 41.
[18] Vgl. hierzu die Ausführungen unter 7. Verweis auf Entlastungsmaßnahmen auf S. 54.

2. Kommunen als Teil des Staates

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über einen zweistufigen Staatsaufbau bestehend aus dem Bund und den Ländern. Staatsqualität kommt nur diesen beiden Ebenen zu. Die Verwaltung ist hingegen dreistufig gegliedert. Neben Bund und Ländern treten die Gemeinden und Landkreise als dritte Stufe. Insoweit regelt Art. 28 Abs. 2 GG, dass den Gemeinden das Recht gewährleistet sein muss, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung.

Das Land kann den kommunalen Gebietskörperschaften Aufgaben des eigenen oder des übertragenen Wirkungskreises als Pflichtaufgaben zuweisen. Soweit vor Inkrafttreten der Föderalismusreform I den Städten, Gemeinden und Landkreisen Aufgaben direkt vom Bund zugewiesen wurden, haben die Länder entsprechende Zuständigkeitsregelungen im Bundesrat mitverantwortet. Es ist seit Langem anerkannt, dass die finanzielle Basis der kommunalen Gebietskörperschaften nicht nur durch den Entzug von Finanzmitteln, sondern auch durch die Zuweisung von Aufgaben ohne ausreichende Finanzausstattung beeinträchtigt wird.[19] Da das Land außerhalb der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben der Städte, Gemeinden und Landkreise die Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften entweder selbst bestimmt oder im Bundesrat hieran mitgewirkt hat, steht es aus Art. 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung a. F.[20] in der Pflicht, die Kosten für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises zu decken. Es ist darüber hinaus verpflichtet, den Kommunen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel durch Erschließung eigener Steuerquellen und im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit durch übergemeindlichen Finanzausgleich zur Verfügung zu stellen (Art. 58 NV). Soweit durch Aufgabenübertragungen die Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften in der Weise eingeschränkt wurde, dass der Kernbereich der Selbstverwaltung betroffen ist, steht das Land grundsätzlich in der Pflicht, für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen. Die Kommunen sind insoweit Objekt der Landesgesetzgebung, weshalb das Land als Verursacher der kommunalen Aufgabenbelastung auch für eine aufgabengerechte Finanzausstattung zu sorgen hat.

Angesichts des zweistufigen Staatsaufbaues und des dreistufigen Verwaltungsaufbaus kommt es somit auf die verfassungsrechtliche Frage an, ob den kommunalen Gebietskörperschaften Aufgaben übertragen wurden, die mit eigenen Mitteln nicht mehr finanziert werden können. Bei einem vom Land durch gesetzliche Aufgaben verursachten Eingriff in den Kernbereich der finanziellen Selbstverwaltung kann das Land

[19] Vgl. bereits *Schoch/Wieland*, Finanzierungsverantwortung für gesetzgeberisch veranlasste kommunale Aufgaben, Baden-Baden, 1995 S. 111 f. m. w. N.

[20] In der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung; für die Neuregelung von Art. 57 Abs. 4 NV zum 1.1.2006 vgl. unter 3. Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips zum 1.1.2006 (Art. 57 Abs. 4 NV).

entweder die Aufgaben reduzieren (durch eigene Regelungen oder über Gesetzesinitiativen im Bundesrat) oder es muss zusätzliche Finanzmittel bereitstellen.

3. Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips zum 1.1.2006 (Art. 57 Abs. 4 NV)

Das zum 1.1.2006 in die Niedersächsische Verfassung eingefügte strikte Konnexitätsprinzip ist grundsätzlich ein wichtiger Schutz der kommunalen Gebietskörperschaften vor Aufgabenübertragungen ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich. Gleichzeitig muss aber verdeutlicht werden, dass diese Änderung nur Aufgabenübertragungen und Aufgabenveränderungen ab 1.1.2006 betrifft. Auswirkungen auf den vorher bestehenden Aufgabenbestand hat die Regelung nicht. Hinzu kommt, dass das Land seine Anwendung sogar bestreitet, wenn der Bund Leistungsgesetze ändert und das Land diese den Kommunen bereits durch gesetzliche Zuweisung übertragen hat und somit vorgeblich „nichts“ regelt.[21] Eine direkte Verbesserung der kommunalen Finanzsituation ist mit der Verfassungsänderung ebenfalls nicht verbunden, da es sich um einen aufgabenbezogenen Kostenausgleich für neue oder die Erweiterung bestehender Aufgaben handelt und das Land bei der Ermittlung der notwendigen Kosten zunehmend den Versuch unternimmt, sich seiner kompletten Finanzierungspflicht zu entziehen.[22] Die präventive Wirkung bei der Schaffung neuer bzw. Veränderung bestehender Aufgaben ist gleichwohl nicht zu unterschätzen.

a) Kindertagesstätten

Der erste große Prüfstein für die neue Verfassungsnorm war die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung, die zum 1.8.2007 in Kraft getreten ist. Die nächste große Nagelprobe war die Umsetzung des beschlossenen Ausbaus der Betreuung der unter dreijährigen Kinder.[23] Zwischenzeitlich konnte weitgehender Konsens über die Ergebnisse und eine Fortschreibung erzielt werden. Diese wurden jeweils mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2019[24], 2021[25], 2024[26] und 2025[27] umgesetzt. Die nächste Anpassung ist zum 1.8.2026 erforderlich. Dies galt im Übrigen in der Vergangenheit auch für sonstige Aufgabenerweiterungen im Bereich der Kinderkrippen, wie die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2015 geregelte stufenweise Einführung einer dritten Fach- oder Betreuungskraft.

Darüber hinaus hat es im Frühjahr 2018 eine grundsätzliche Verständigung über die Umsetzung von zwei weiteren beitragsfreien Jahren im Kindergarten gegeben. Dieser Kompromiss wurde von kommunaler Seite mitgetragen. Allerdings hat diese Regelung

[21] Vgl. zu diesem Problem: *Meyer*, NVwZ 2025 S. 793, 795 f.
[22] Vgl. hierzu das Beispiel des Wohngeld-Plus-Gesetzes unter b) auf S. 12.
[23] Vgl. hierzu das Gesetz zur Einführung der erhöhten Finanzhilfepauschale für Plätze unter Dreijähriger in Kindertagesstätten vom 18.6.2009 (Nds. GVBl. S. 277).
[24] Vgl. Art. 6 des Gesetzes vom 18.12.2018 – Nds. GVBl. S. 317.
[25] Vgl. Art. 8 des Gesetzes vom 10.12.2020 – Nds. GVBl. S. 477.
[26] Vgl. Art. 18 des Gesetzes vom 14.12.2023 – Nds. GVBl. S. 318.
[27] Vgl. Art. 15 des Gesetzes vom 13.12.2024 – Nds. GVBl. Nr. 118.

zu einer Leistungsausweitung geführt, die zu einem weiteren deutlichen Anstieg der kommunalen Kosten geführt hat, die vom Kostenausgleich nicht erfasst ist.

Die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen entwickelt sich immer mehr zu einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. In Anbetracht der angespannten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik, der zusätzlichen Aufgaben sowie der zunehmenden finanziellen Forderungen wird die notwendige Balance zwischen fachpolitisch Wünschenswertem und tatsächlich Finanzierbarem stärker zu beachten sein. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Kosten gerade in diesem Aufgabenbereich exorbitant wachsen und bei den kommunalen Gebietskörperschaften 2023 schon 2,6 Mrd. Euro weit überschritten haben. Aus diesem Grunde hatten die kommunalen Spitzenverbände in den letzten Jahren immer wieder deutlich eine finanzielle Entlastung im Bereich der Kindertagesstätten und nicht lediglich einen Ausgleich für die Abschaffung von Kindergartenbeiträgen erwartet. Dies gilt umso mehr als die sogenannten Jahreswochenpauschale die tatsächlichen Personalkosten seit längerem nicht mehr abbildet. Sie ist daher auf ein adäquates Niveau anzuheben und die Dynamisierung dieses Wertes in den Folgejahren der Realität anzupassen. Dies ist allein schon erforderlich, um die gesetzliche Zusage einer Finanzhilfe von 58 bzw. 59,5 % tatsächlich mit Leben zu füllen und die kommunalen Kostensteigerungen abzumildern.[28] Insoweit begrüßen wir die Zusagen in der Kabinettsklausur der Landesregierung dieses Problem nunmehr anzugehen und hierfür mindestens 250 Mio. Euro ab 2026 zusätzlich und eine Dynamisierung der Personalkosten anhand der Tarifsteigerungen vorzusehen.[29]

Gleichwohl muss danach noch der von der Finanzhilfe berücksichtigte Personalkörper deutlich ausgeweitet werden. Noch immer sind zahlreiche Beschäftigungsverhältnisse in den Einrichtungen nicht von der Finanzhilfe erfasst. Zuletzt ist der prozentuale Ausgleichsbetrag auf wenigstens 66 v. H. anzuheben. Dabei sind realistische Eingruppierungs- und Einstufungsmuster für die Berechnung zugrunde zu legen. Die landespolitische Diskussion verläuft hingegen immer noch genau entgegengesetzt. Mit dem Niedersächsisches Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKiTaG)[30] wurden in 2021 perspektivisch nicht nur die Dritte Kraft in Kindergartengruppen ab 2027 und ihre Finanzierung vorgesehen, sondern eine Reihe von weiteren kleineren Standarderhöhungen beschlossen, ohne dass das Land den Kommunen die hierfür entstehenden Kosten berechnet und ausgeglichen hätte, was gegen Art. 68 Abs. 1 NV und ggf. auch gegen Art. 57 Abs. 4 NV verstößt. Auch die Änderung des NKitaG vor der Sommerpause 2024[31] beinhaltet nur einzelne, größtenteils temporär begrenzte, Entlastungen in einzelnen kleineren Fragestellungen, ohne zu einem grundsätzlichen Umsteuern zu führen.

[28] Vgl. hierzu die Entwicklung der Kostenbelastung in den niedersächsischen Kommunen unter 5. Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften, b) Ausgabenentwicklung im sozialen Bereich und bei den Schulen, ii) Zuschussbeträge nach dem KJHG/SGB VIII

[29] Presseerklärung der Niedersächsischen Staatskanzlei vom 30.6.2025.

[30] Vom 7.7.2021 – Nds. GVBl. S. 470.

[31] Vgl. Art.1 des Gesetzes vom 18.6.2024, Nds. GVBl. 2024 Nr. 50.

Doch nicht allein die Bereitstellung weiterer Mittel ist notwendig. Gleichzeitig muss der administrative Überbau dieser Aufgabe dringend reduziert werden. Derzeit benötigt das Land aufgrund der komplexen Abrechnungsmodalitäten gut 2 Jahre allein für die Auszahlung der Finanzhilfen. In dieser Zeit müssen die Kommunen das Geld vorstrecken, eine seriöse Planung für den kommunalen Haushalt ist dadurch nicht möglich.

b) Wohngeld-Plus

Im Zuge der Krise des Ukrainekrieges wurden durch den Bund beim Wohngeld[32] erhebliche Leistungsausweitungen vorgenommen, die bei den Kommunen zu erheblichen Personaleinstellungen und zusätzlichem Verwaltungsaufwand geführt haben. Die von den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium durchgeführte Abfrage ergab einen Aufwuchs von über 400 Stellen mit einem zusätzlichen Kostenvolumen von rd. 35 Mio. Euro jährlich. Das Land hat sodann abweichend von dieser gemeinsamen Berechnung eigene Prognosen angestellt und den Kostenausgleich auf nur 15 Mio. Euro jährlich ab 2025 (mit Nachzahlungen für 2023 und 2024) festgesetzt.[33] Der Umgang des Landes mit der Kostenermittlung ist aus kommunaler Sicht nachhaltig zu kritisieren und belastet auch die Diskussion über künftige Kostenausgleiche und die Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Die kommunalen Spitzenverbände haben gleichwohl unter Zurückstellen grundsätzlicher Erwägungen und unter Berücksichtigung der Beteiligung am Jahresüberschuss 2024 die mit der Umsetzung zum WohngeldPlus mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2025 getroffenen Regelungen für die Vergangenheit als hinnehmbar anerkannt.[34] Gleichwohl darf sich ein solcher Umgang des Landes mit der Prognose für den Ausgleich der notwendigen Kosten nicht wiederholen. Die Verfassungsbestimmung in Art. 57 Abs. 4 NV muss im Sinne ihrer Schutzfunktion ausgelegt werden und nicht nach den Haushaltsnotwendigkeiten des Landes. Im Übrigen erwarten die Kommunen für die Zukunft eine Anpassung des Kostenausgleichs auf eine realistische Größenordnung.

c) Weitere Kostenausgleiche

Weitere Anwendungsfälle von Art. 57 Abs. 4 NV n. F. hat es daneben bisher in finanzwirtschaftlich eher unbedeutenden Einzelfällen gegeben:

- 8,9 Mio. Euro für den Verwaltungsaufwand nach dem Bundeselterngeldgesetz,
- 1,5 Mio. Euro für den Aufwand nach dem Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG), die ab dem Haushaltsjahr 2026 entsprechend der Evaluation auf 2 Mio. Euro erhöht werden sollen,[35]
- ab 2010 6,4 Mio. Euro nach dem Wohnraumförderungsgesetz,[36]

[32] Wohngeld-Plus-Gesetz vom 16.12.2022 (BGBl I S. 2328).
[33] § 5a des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes eingefügt durch Art. 1 des Gesetzes vom 13.12.2024 (Nds. GVBl. Nr. 118) – vgl. hierzu auch den Bericht des MF, Fn.9, S. 44.
[34] Vgl. hierzu den Pakt für Kommunalinvstitionen vom 24.3.2025, S. 2.
[35] Vgl. hierzu Art. 5 des Entwurfes des Haushaltsbegleitgesetzes 2026 – LT-Drs. 19/8220.
[36] Vgl. § 4 Abs. 3 Nr. 1 NFVG; das Gesetz wurde durch Art. 1 des Gesetzes vom 28.4.2021 (Nds. GVBl. S. 240) in Nieders. Wohnraum- und Wohnquartiersgesetz – NWoFG umbenannt.

- 2010/2011 Finanzzuweisungen nach § 7 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Zensusgesetz 2011 (Nds. AG ZensG 2011),
- 2015 den Kostenausgleich für die inklusive Schule,[37]
- Ausgleich für zusätzliche hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in Gemeinden ohne Sonderstatus ab 20.000 Einwohner nach § 8 NKomVG in Höhe von 1,6 Mio. Euro in 2017 und 1,8 Mio. Euro in 2018 mit einer automatischen Anpassungsklausel,[38]
- die im Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen[39] vorgesehene Erstattung der Verwaltungskosten in Höhe von 52,5 Mio. Euro in 2020 und 35,7 Mio. Euro ab 2021 (vgl. § 25 Nds. AG SGB IX/XII), deren Entwicklung evaluiert, angepasst und ab 2026 in ein dynamisiertes System überführt werden soll[40],
- die in § 8 Nds. AG ZensG 2022 vorgesehenen Zuweisungen in Höhe von einmalig 7,4 Mio. Euro,
- 4,9 Mio. Euro für die Aufgaben der unteren Naturschutzbehörden im Zuge der Umsetzung des Niedersächsischen Weges und[41]
- eine ab 2024 geregelte Abdeckung von Kosten für Klimaschutzkonzepte, Fördermittelberatung und Klimaschutzmanagement nach § 18 Abs. 4 des Niedersächsischen Klimagesetzes (NKlimaG) und für die kommunale Wärmeplanung nach § 20 Abs. 6 NKlimaG.

d) Fehlende Kostenausgleiche in kleineren Fällen

Es bestehen zunehmend kleinere „Sündenfälle“, bei denen das Konnexitätsprinzip nicht eingehalten wurde. Dass solche strittigen Fälle vorliegen, hat auch das Land früher in seinem Finanzbericht eingeräumt.[42] Hier ging es zunächst eher um kleinere Fälle[43], die sich aber zunehmend summieren. Im Übrigen erleben die Kommunen ein

[37] Gesetz vom 12.11.2015 - Nds. GVBl. S. 313; hier steht die für 2018 zugesagte Evaluation nach § 3 Abs. 3 des Gesetzes – anders als vom MK in seinem Bericht hierzu verlautbart (LT-Drs. 18/7819) – nach wie vor aus.

[38] Dieser Ausgleich ist aus kommunaler Sicht nicht ausreichend, weil er auch nachweislich der Gesetzesbegründung nur die Hälfte der zusätzlichen Kosten ausgleichen soll; hieran ändert auch die 2018 eingeführte Dynamisierung der Personalkosten nichts.

[39] Gesetz vom 24.10.2020 (Nds. GVBl. S. 300).

[40] Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass darin etwa zur Hälfte bereits in der Vergangenheit gewährte Finanzmittel miteinbezogen wurden. Die Neuregelung ab 2026 ist in Art. 4 des Entwurfes des Haushaltsbegleitgesetzes 2026 – LT-Drs. 19/8220 – geplant.

[41] Vgl. Art. 2 des HHBeglG 2021 vom 10.12.2020 – Nds. GVBl. S. 477.

[42] Finanzbericht des MF vom 18.6.2018, Finanzstatus 2018, S. 36.

[43] Zu nennen sind für die Vergangenheit das Gesetz zur Förderung der Gesundheit und Verbesserung des Schutzes von Kindern in Niedersachsen (bei dem durch eine rechtsmissbräuchliche Gestaltung der verfassungsrechtlich notwendige Ausgleich umgangen wurde), das Bundeskinderschutzgesetz vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 2975), welches wegen des damit geschaffenen Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz zu Mehrbelastungen führt, die Zuständigkeitsübertragung für die Aufsicht nach dem Geldwäschegesetz im Nichtfinanzsektor durch Änderung der ZustVO-Wirtschaft vom 6.7.2011 (Nds. GVBl. S. 259), welche ab 1.1.2025 aber in die Zuständigkeit des MW übertragen werden soll, das Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde vom 28.8.2013 (BGBl. I S. 3393), die Übertragung der Überprüfung der Solarien durch Gesetz zum Schutz vor nichtionisierender Strahlungen vom 11.12.2013 (Nds. GVBl. S. 282) sowie die Erhöhung des Personalstandards zum 5.7.2012 durch das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29.6.2011 (BGBl. I S. 1306).

permanentes Herunterrechnen von neuen durch das Land kreierten Aufgabenausweitungen unter die Erheblichkeitsschwelle seitens der einzelnen Ressorts.

Aus kommunaler Sicht muss die Umgehung der Konnexität in Kleinfällen aufgegriffen und einer Lösung zugeführt werden. Auch muss ein Mechanismus gefunden werden, wie künftig die Umgehungsversuche der einzelnen Fachressorts unterbunden werden können. Die in § 5 Abs. 4 Niedersächsisches Gesetz über Verordnungen und Zuständigkeiten (NVOZustG) vom 22.10.2014 (Nds. GVBl. S. 291) vorgesehene Regelung zur Information des Landtages bei bestehender Uneinigkeit über die Notwendigkeit eines Kostenausgleichs stellt insoweit für künftige Aufgabenübertragungen durch Verordnung einen Schritt in die richtige Richtung dar. Es wird sich zeigen müssen, ob und wie sich diese Regelung in der Praxis bewährt. Allerdings schützt diese Regelung die Kommunen nicht, wenn der Landesgesetzgeber selbst die Vorgaben der Art. 68 und 57 Abs. 4 NV überdehnt. Unabhängig hiervon werden sich Land und Kommunen mittelfristig darauf verständigen müssen, wie allgemeine Kostensteigerungen in vorhandenen Ausgleichsregelungen berücksichtigt werden können.

e) Fehlende Anpassung von Kostenausgleichsregelungen

Inakzeptabel ist die nach wie vor unbefriedigende Finanzierung der **Inklusion in Schulen**. Nachdem die Kommunen aufgrund der Verweigerungshaltung des Landes Verfassungsklage wegen der fehlenden Kostenerstattung eingereicht hatten, konnte in 2015 eine Verständigung erreicht werden, die am Ende durch den Erlass des Inklusionskostenerstattungsgesetzes[44] umgesetzt wurde. Bereits im seinerzeitigen Gesetzgebungsverfahren wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Kostenausgleich bei der späteren Umsetzung der Inklusion auch auf die Schulen des Sekundarbereichs II und die Berufsschulen auszudehnen. Gleichzeitig sieht § 3 Abs. 3 des Inklusionskostenerstattungsgesetzes eine Evaluation der Inklusionspauschale zum 31.8.2018 vor. In der von der damaligen Kultusministerin und den kommunalen Spitzenverbänden unterschriebenen Vereinbarung heißt es hierzu wörtlich: *„Für das Jahr 2019 und fortfolgende findet eine Revision auf Basis der Entwicklung der Kosten der Kommunen für Integrationshelferinnen und Integrationshelfer nach § 35 a SGB VIII und § 54 SGB XII statt.“*[45] Obwohl die kommunalen Spitzenverbände beides seit mehreren Jahren anmahnen und das Problem auch im Rahmen der Anhörungen zu den Landeshaushalten der vergangenen Jahre vorgetragen wurde, sitzt das Kultusministerium (MK) die notwendige Umsetzung aus. Der hierzu vorgelegte Bericht enthält gerade keine notwendige Evaluation.[46] Dies halten wir für verantwortungslos. Wenn bereits im Kommunalbericht 2018 der Präsidentin des Niedersächsischen Landesrechnungshofes festgestellt wurde, dass sich die Kommunen bei der Inklusion als „Ausfallbürgen“[47] für die

[44] Gesetz über finanzielle Leistungen des Landes wegen der Einführung der inklusiven Schule vom 12.11.2015 (Nds. GVBl. S. 313), geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 10.12.2020 (Nds. GVBl. S. 496).
[45] Vgl. Nr. 3.2 der Vereinbarung zwischen der Niedersächsischen Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens zur Erstattung der Kosten wegen der Einführung der inklusiven Schule vom 22.9.2015.
[46] LT-Drs. 18/7819.
[47] LT-Drs. 18/1500 – Kommunalbericht 2018 – S. 37, 52.

fehlende Umsetzung durch das Land fühlten, kann nicht auch noch die notwendige Finanzierung ausbleiben. Hinzu kommt, dass das MK sich nach wie vor weigert, einen Gesetzentwurf zur notwendigen Einbeziehung des Sekundarbereichs II und der Berufsbildenden Schulen in den Kostenausgleich für die Baukosten vorzulegen. Aus diesem Grund ist bereits eine Klage vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof anhängig, über die zeitnah entschieden werden dürfte.

f) Gesetzliche Veränderung von Bundesaufgaben

Streitig waren in der Vergangenheit die Fälle, bei denen der Bund bestehende Aufgaben geändert hat. Die Länder haben insoweit in der Vergangenheit häufig argumentiert, sie hätten keine neuen oder geänderten Aufgaben auf die Kommunen übertragen. Dies sei vielmehr der Bund gewesen, weshalb das landesverfassungsrechtliche Konnexitätsprinzip nicht greife. Dieser Argumentation sind sodann einzelne Landesverfassungsgerichte gefolgt.

Mit Beschluss vom 7.7.2020[48] hat das BVerfG diesen Mechanismus beendet. Danach wird Art. 28 Abs. 2 GG durch das Durchgriffsverbot des Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG näher ausgestaltet. Es untersagt dem Bund, den Kommunen neue Aufgaben zu übertragen. Ein Fall des Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG liegt vor, wenn ein Bundesgesetz den Kommunen erstmals eine bestimmte Aufgabe zuweist oder eine damit funktional äquivalente Erweiterung einer bundesgesetzlich bereits zugewiesenen Aufgabe vornimmt.[49] Art. 28 Abs. 2 GG schützt die Kommunen danach nicht nur vor einer (unverhältnismäßigen) Entziehung von Aufgaben, sondern auch vor einer entsprechenden Aufgabenzuweisung.

Eine Erweiterung bereits bundesgesetzlich übertragener Aufgaben unterfällt Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG dann, wenn sie in ihren Wirkungen auf das Schutzgut des Art. 28 Abs. 2 GG einer erstmaligen Aufgabenübertragung gleichkommt. Eine demnach funktional äquivalente Erweiterung einer bundesgesetzlich bereits übertragenen Aufgabe ist anzunehmen, wenn ihre Maßstäbe, Tatbestandsvoraussetzungen oder Standards so verändert werden, dass damit mehr als unerhebliche Auswirkungen auf die Organisations-, Personal- und Finanzhoheit der Kommunen verbunden sind. Eine Änderung bundesgesetzlich zugewiesener Aufgaben stellt eine nach Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG unzulässige Aufgabenübertragung dar, wenn sie neue Leistungstatbestände schafft, bestehende Leistungstatbestände auf neue Gruppen von Berechtigten ausweitet oder die Dauer eines Leistungsbezugs so verlängert, dass damit zugleich ihr Charakter verändert wird.[50]

Der Bund kann damit künftig zwar die Anforderungen an Aufgaben ändern. Die Zuständigkeit für den Vollzug obliegt aber entsprechend der verfassungsrechtlichen Be-

[48] Aktenzeichen: 2 BvR 696/12 – BverfGE 155,310 = NVwZ 2020 S. 1342.
[49] BVerfG, Beschluss vom 7.7.2020 – a.a.O – Fn. 48.
[50] BVerfG, Beschluss vom 7.7.2020 – a.a.O. – Fn. 48.

stimmungen den Ländern.[51] Sie sind daher die Verpflichteten. Sie können diese veränderten Aufgaben nach den bestehenden Verfassungsnormen auf die Kommunen übertragen, sind aber im Gegenzug zum Ausgleich der notwendigen Kosten verpflichtet. Die gegenteilige Auffassung des Landes widerspricht der Schutzfunktion des Konnexitätsprinzips und führt mit zu einer zunehmenden auch finanziellen Überforderung der Kommunen.

Hierzu zählen insbesondere eine Reihe von Leistungsausweitungen in der Kinder- und Jugendhilfe,[52] im Betreuungsrecht und sonstigen sozialen Leistungen. Weiter ist auch hinsichtlich des auf Bundesebene beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulbetrieb in der Grundschule festzustellen, dass die Umgehung des konnexitären Schutzes der Kommunen von der Landesregierung nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern mit ausdrücklicher Zustimmung umgesetzt wurde.[53] Es bleibt daher die Forderung, dass die Kosten vom Land zu tragen sind. Dies muss auch dann gelten, wenn die landesrechtliche Aufgabenweisung bei Änderung des Bundesrechts bereits besteht. Erschwerend kommt hinzu, dass selbst wenn sich das Land zur Finanzierung neuer Aufgaben verpflichtet, es dies nur unzureichend tut. Es vertraut darauf, dass der aufgrund der räumlichen Nähe erzeugte politische Druck auf die örtlichen Mandatsträger diese dazu bewegt, „freiwillig“ für fehlende Finanzmittel aufzukommen. Diese Vorgehensweise ist gerade jetzt am Beispiel der einzuführenden Ganztagschule mitzuverfolgen. Der Landtag wird zur Einhaltung der Landesverfassung die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen müssen.

g) Würdigung der Konnexitätsregelung

Die Konnexitätsregelung hatte sich aus unserer Sicht in der Vergangenheit wenigstens vom Grundsatz bewährt. Die Norm wird in den letzten Jahren aber zunehmend vom Land nicht mehr hinreichend beachtet und es tut sich auch bei notwendigen Anpassungen schwer. Aus diesem Grunde muss eine Lösung gefunden werden, wie mit den bislang streitigen Fällen umgegangen wird, um so fortdauernde Diskussionen zu beseitigen. Die in dem Abschlussbericht der Finanzkommission gemündete gemeinsame Verständigung zwischen Land und Kommunen[54] enthält in dem entscheidenden Punkt der bundesrechtlichen Aufgabenausweitungen einen unüberbrückbaren Dissens; auch scheint sie nicht für die Verständigung für eine realistische Kostenermittlung zu reichen. Angesichts der skizzierten, zunehmenden Verstöße und weiterhin bestehender Auffassungsunterschiede in zentralen Fragen droht der Konflikt gleichwohl zu eskalieren, und die Kommunen werden gezwungen, eine verfassungsgerichtliche Prüfung des Vorgehens des Landes in Erwägung zu ziehen.

---

[51] Nach Art. 83 GG führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit das Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zulässt.

[52] Hierzu zählt insbesondere das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vom 3.6.2021 (BGBl. I S. 1444) und die beabsichtigte Umsetzung der sog. inklusiven Lösung.

[53] Bundesratsdrucksache 248/1/21, S. 4.

[54] Einhaltung des Konnexitätsprinzips gemäß Art. 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung (NV) – Abschlussbericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe von November 2023.

Für die Frage einer aufgabengerechten Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften ist die Vorschrift über die Konnexität nicht maßgeblich, weil sie einen aufgabenbezogenen Kostenausgleich im Einzelfall, nicht aber die Sicherstellung einer kommunalen Finanzausstattung insgesamt beinhaltet. Aus diesem Grund werden zukünftig auch die Auswirkungen von konnexitätsrechtlichen Ausgleichsleistungen auf die vom Land postulierte „Verteilungssymmetrie“ genauer zu beobachten sein. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob das aus der ständigen Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs hergeleitete Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit mit der neueren Verfassungsregelung in Art. 57 Abs. 4 NV in Einklang zu bringen sein wird.

4. Verfassungsrechtliche Grundlagen (Art. 58 NV)

Nach Art. 58 NV ist das Land verpflichtet, den Gemeinden und Landkreisen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel durch Erschließung eigener Steuerquellen und im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit durch übergemeindlichen Finanzausgleich zur Verfügung zu stellen. Nach der Rechtsprechung des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs handelt es sich hierbei um eine rechtlich selbständige Säule zur finanziellen Absicherung der Kommunen, die einen individuellen Anspruch jeder niedersächsischen Kommune auf eine angemessene finanzielle Mindestausstattung im Rahmen des übergemeindlichen Finanzausgleichs begründet. Die finanzielle Mindestausstattung ist jedenfalls dann nicht erreicht, wenn die Kommunen aufgrund ihrer finanziellen Situation außer Stande sind, überhaupt freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben wahrzunehmen.[55] Zwar haben die Kommunen keinen von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes abgekoppelten Anspruch auf Vollabdeckung ihres erforderlichen Finanzbedarfs. Der Gesetzgeber muss bei der Bemessung der Schlüsselmasse jedoch beachten, dass die von Kommunen und Land wahrzunehmenden und wahrgenommenen Aufgaben grundsätzlich gleichwertig sind. Wegen dieser Aufgabenparität ist es ihm daher zum Beispiel verwehrt, durch eine Rückführung der Schlüsselmasse die Kommunen im Vergleich zum Land in stärkerem Maße zu einer Aufgabenreduzierung oder anderen Einsparanstrengungen zu zwingen.[56]

Zwar hat der Niedersächsische Staatsgerichtshof in seiner Entscheidung vom 7.3.2008 zum kommunalen Finanzausgleich den verfassungsrechtlichen Schutz der kommunalen Gebietskörperschaften in Teilen relativiert und der kommunale Anspruch soll durch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes eingeschränkt sein.[57] Eine solche Einschränkung widerspricht aber den Vorgaben des Grundgesetzes und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

So gehört hiernach zu den für die Länder zwingenden Vorgaben des Grundgesetzes Artikel 28 Abs. 2 GG. Wörtlich führt das BVerfG[58] aus:

[55] NdsStGH, Urt. vom 7.3.2008 (StGH 2/05), S. 14 und 18 des Urteilsabdrucks – NdsVBl. 2008 S. 152.
[56] NdsStGH, Urt. vom 7.3.2008, Fn. 55, S. 20 des Urteilsabdrucks.
[57] NdsStGH, Urt. vom 7.3.2008, Fn. 55, S. 14 f des Urteilsabdrucks.
[58] BVerfG, Urt. vom 21.11.2017 – 2 BvR 2177/16 – BVerfGE 147, 185 = NVwZ 2018 S. 141.

„Das Landesrecht darf daher keine Regelungen enthalten, die mit Art. 28 II GG nicht vereinbar sind. Aus der Sicht des Grundgesetzes macht es dabei keinen Unterschied, ob es sich um ein einfaches Landesgesetz oder eine Regelung der Landesverfassung handelt. Auch Letztere darf dem Grundgesetz nicht widersprechen. Bleiben die landesverfassungsrechtlichen Gewährleistungen hingegen hinter der Garantie des Art. 28 II 1 GG zurück, verstieße ein mit dieser Garantie unvereinbares Landesgesetz zwar nicht gegen die Landesverfassung; das Landesverfassungsgericht könnte einen entsprechenden Verstoß auch nicht feststellen. An der Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz ändert dies indes nichts."[59]

Weiter hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, der verfassungsändernde Gesetzgeber des Jahres 1997 habe durch die Einfügung von Art. 28 Abs. 2 Satz 3, Hs. 1 GG klargestellt, dass die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung auch die finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen umfasst. Das Bundesverfassungsgericht habe daher wiederholt festgestellt, dass Art. 28 Abs. 2 Satz 3 GG den Staat verpflichtet, den Kommunen ggf. die Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Diese Aufgabe treffe zuvörderst die Länder. Weiter führt das Bundesverfassungsgericht in dieser Entscheidung aus, auch die Durchführung des kommunalen Finanzausgleichs sei Sache der Länder und werde vom Landesverfassungsrecht in der Regel detailliert ausgestaltet. Gegen die Länder richte sich – sollte er von Art. 28 Abs. 2 Satz 3 GG umfasst und nicht lediglich landesverfassungsrechtlich verbürgt sein – daher auch der Anspruch auf finanzielle Mindestausstattung, aufgabenangemessene Finanzausstattung oder einen Mehrbelastungsausgleich.

Auch das Bundesverwaltungsgericht hat aus bundesrechtlicher Sicht umfassend zur Reichweite der Verfassungsgarantie Stellung genommen:

„Aus Art. 28 Abs. 2 Satz 3 Halbs. 1 GG ergibt sich, dass der anerkannte ‚Kernbereich' der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie nach Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG auf die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung zu erstrecken ist …. Dass Art. 28 Abs. 2 GG die gemeindliche Selbstverwaltung in ihrem Kernbereich absolut schützt und dass dies auch deren finanzielle Voraussetzungen umfasst, gilt ungeachtet der zusätzlichen Garantien des Art. 106 GG; diese treten noch hinzu … Klargestellt werden muss, dass dieser ‚Kerngehalt' die äußerste Grenze des verfassungsrechtlich Hinnehmbaren – das verfassungsrechtliche Minimum – bezeichnet, das einer weiteren Relativierung nicht zugänglich ist. Der Landesgesetzgeber könnte also eine strukturelle Unterfinanzierung der Gemeinden in diesem Sinne nicht mit Hinweis darauf rechtfertigen, dass auch die Haushaltslage des Landes notleidend ist. Der Mindestfinanzbedarf der Kommunen stellt vielmehr einen abwägungsfesten Mindestposten im öffentlichen Finanzwesen des jeweiligen Landes dar."[60]

[59] BVerfG, Urt. vom 21.11.2017 – Fn. 58.
[60] BVerwG, Urt. vom 30.1.2013 – 8 C 1.12 – BVerwGE 145, 378 [384 f].

Die bisherige niedersächsische Lesart des Leistungsfähigkeitsvorbehaltes des Landes,[61] verstößt somit gegen die bundesrechtlich aus Art. 28 Abs. 2 GG abzuleitende Gewährleistung einer finanziellen Mindestausstattung der Kommunen und kann damit nach neuer Rechtsprechung des BVerfG und BVerwG keine Geltung mehr beanspruchen.[62]

Eine andere Beurteilung ergibt sich auch nicht aus den Hinweisen des Finanzministeriums, wonach das Neuverschuldungsverbot des Art. 71 NV zu einer grundsätzlich anderen Beurteilung führt.[63] Einerseits ist die Diskrepanz zwischen der relativ guten Finanzlage des Landes 2023 und 2024 so groß, dass von mangelnder Leistungsfähigkeit kaum gesprochen werden kann. Andererseits handelt es sich um eine rein rückwärtsgewandte Betrachtung, die die aktuellen Entscheidungen der Landesregierung zum Nachtragshaushalt 2025 und Haushalt 2026 zur Nutzung der neuen Verschuldungsspielräume in Art. 109 Abs. 3 GG nicht berücksichtigt. Allein hierdurch ergeben sich zusätzliche Finanzierungsspielräume des Landes von rd. 1,4 Mrd. Euro jährlich, die der fehlenden Leistungsfähigkeit widersprechen und angesichts der desaströsen kommunalen Finanzlage zumindest auch zu einer Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung herangezogen werden könnten und müssten. Insoweit hat sich der Finanzstatusbericht des MF in diesem Punkt überholt und ist für die Entscheidungen des Landes zur kommunalen Finanzausstattung ab 2025 ff. keine geeignete Grundlage, weil es selbst von den neuen Verschuldungsmöglichkeiten des Art. 109 Abs. 3 GG Gebrauch machen will.

5. Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften

Die vom Land herangezogenen Grundlagen reichen weder zur Beurteilung der Verteilungssymmetrie[64] noch für die Frage einer möglichen Verletzung der Selbstverwaltungsgarantie der kommunalen Gebietskörperschaften[65] aus. Im Einzelnen wird im Folgenden auf die vom MF[66] angesprochenen Finanzierungssalden[67] des Landes und der Kommunen, die tatsächlichen erzielten Einnahmen der Kommunen[68], die Sozialhilfelasten[69], die Schuldenstände und die Zinsausgaben[70] sowie die Investitionsquote[71] eingegangen.

---

[61] Vgl. hierzu *Hagebölling*, Niedersächsische Verfassung, Kommentar 2. Aufl. 2011 S. 212; *Waechter*, Hannoverscher Kommentar zur NV, 2012, Art. 58 Tz. 86, 88.
[62] Vgl. hierzu im Einzelnen *Lange,* ZG 2018, Heft 1 S. 75, *Henneke*, NdsVBl. 2018 S. 97, *ders.,* ZG 2018 S. 175 sowie *Schoch*, ZG 2019 S. 114.
[63] MF, Finanzstatusbericht 2025, Fn. 9, S. 4 und S. 40 unten.
[64] Vgl. hierzu unter 6. „Verteilungssymmetrie".
[65] Vgl. hierzu unter 4. Verfassungsrechtliche Grundlagen (Art. 58 NV).
[66] Vgl. Finanzstatusbericht des MF, Fn.9, S. 2.
[67] Vgl. hierzu die Übersicht auf S. 8 sowie unter 6a) „Finanzierungssaldo".
[68] Vgl. hierzu unter 5 d) Einnahmeentwicklung.
[69] Vgl. hierzu unter 5 b) Ausgabenentwicklung im sozialen Bereich und bei den Schulen.
[70] Vgl. hierzu die unterschiedlichen Möglichkeiten zur Kreditaufnahme von Land und Kommunen unter 6a) beim Finanzierungssaldo.
[71] Vgl. hierzu unter 5 c) Entwicklung der Investitionen.

a) Untersuchung des Landesamtes für Statistik Niedersachsen

Zur Ausgabenentwicklung hat das MF u. a. Bezug auf die Darstellung des Landesamtes für Statistik Niedersachsen (LSN) genommen. Für die Jahre 2011 bis 2023 hat das LSN eine Darstellung der Zuschussbeträge (Einzahlungen und Auszahlungen) auf Basis des doppischen Produkt- und Kontenrahmens vorgenommen. Dabei zeigt sich, dass insbesondere wegen Verschiebungen im Produktrahmen – gegenüber der kameralen Gliederung – die Zeitreihen teilweise nur eingeschränkt mit denen vor 2011 vergleichbar sind. Es ergeben sich daher z. T. Brüche in der längerfristigen statistischen Darstellung. Für die Beurteilung der Gesamtlage kommt hinzu, dass die Abdeckung der Vorjahre in der Doppik nicht mehr erfasst ist und damit ein Überblick über die Belastungen der Vergangenheit fehlt. Insoweit ist die Abbildung gegenüber dem früheren System sogar unvollständiger.

Die ursprünglich für die FAG-Kommission im Jahr 2000 entwickelte Untersuchung sollte die Höhe der freiwilligen und pflichtigen Selbstverwaltungsausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften ermitteln. Für eine Darstellung einer finanziellen Mindestausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften war sie ursprünglich nicht erhoben worden. Für die Frage, ob die kommunalen Einnahmen zur Deckung der Ausgaben ausgereicht haben, gibt die Übersicht des LSN gleichwohl Hinweise, allerdings seit 2011 nur bezogen auf das Ergebnis für das jeweils laufende Jahr, ohne die dauerhaften Vorbelastungen mit zu erfassen. Wegen der unterschiedlichen Systematik wird insoweit einerseits die kamerale Entwicklung bis 2010 dargestellt:

Entwicklung der Defizite der niedersächsischen Kommunen 1995 bis 2010
Positive Beträge = Defizit; negative Beträge = Überschuss

Jahr	Rechnungsergebnisse aller Gemeinden und Landkreise			Gesamtdefizit	
	Einzelpläne 0 bis 7 einschl. A 82 insgesamt[1]	Zum Vergleich Einzelpläne 8 (o. A 82)[1] und 9		insgesamt	ohne Abw. Vorjahre
		zusammen	o. Abw. d. Vj.	Sp 2 + 3	Sp 2 + 4
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1	2	3	4	5	6
1995	7.323,5	-6.864,9	-6.967,1	458,6	356,4
1996	7.124,0	-6.477,6	-6.710,7	646,4	413,3
1997	7.089,8	-6.244,9	-6.724,1	844,9	365,7
1998	7.052,8	-6.154,5	-7.067,6	898,3	-14,7
1999	7.530,7	-6.090,9	-7.466,5	1.439,7	64,2
2000	7.947,5	-6.915,4	-7.917,2	1.032,1	30,4
2001	8.217,9	-6.628,1	-7.651,4	1.589,9	566,5
2002	8.251,0	-6.917,4	-8.109,0	1.333,6	142,1
2003	8.172,2	-5.645,4	-7.163,3	2.526,7	1.008,9
2004	8.216,8	-5.652,6	-7.483,5	2.564,2	733,3
2005	8.161,6	-5.076,3	-7.797,1	3.085,3	364,5
2006	8.375,9	-5.499,4	-8.109,7	2.876,5	266,2
2007	8.613,2	-6.523,0	-9.167,9	2.090,1	-554,7
2008	9.215,6	-7.236,2	-9.352,8	1.979,5	-137,2
2009	9.871,3	-7.463,4	-9.352,5	2.408,0	518,8
2010	9.672,2	-8.401,4	-9.320,0	1.270,9	352,2
Durchschnitte					
1995 bis 1999	7.224,2	-6.366,6	-6.987,2	857,6	237,0
2000 bis 2001	8.082,7	-6.771,7	-7.784,3	1.311,0	298,5
2002 bis 2004	8.213,3	-6.071,8	-7.585,2	2.141,5	628,1
2005 bis 2007	8.383,6	-5.699,6	-8.358,2	2.684,0	25,3
2008 bis 2010	9.586,4	-7.700,3	-9.341,8	1.886,1	244,6

[1] Ab 2004 Veränderung bei der Zuordnung im Einzelplan 8; die Abschnitte 82 und 84 bis 86 werden bei den Zuschussbeträgen berücksichtigt
Quelle: Daten des LSKN und eigene Berechnungen

Andererseits wird die Zuschussbetragsentwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen im doppischen System beleuchtet[72]:

	Gesamtzuschussbedarf[1)]		Differenz
Jahr	**Aufgaben** Produktgruppen 1 bis 4 und 5A	**Wirtschaftl. Betätigung und allg. Finanzdienstleistungen** Produktgrupp. 5B und 6	**Überschuss/ Defizit**
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1	*2*	*3*	*4*
2011	10.108,6	-10.505,8	-397,2
2012	10.158,2	-11.029,0	-870,8
2013	10.973,6	-11.764,1	-790,5
2014	11.554,0	-12.062,0	-508,0
2015	11.459,7	-12.305,1	-845,4
2016	12.430,4	-13.403,1	-972,8
2017	12.669,4	-13.406,4	-737,0
2018	13.819,7	-14.399,7	-580,0
2019	14.481,6	-15.039,5	-557,9
2020	15.705,0	-16.159,2	-454,2
2021	15.991,3	-15.939,7	51,6
2022	17.025,8	-18.266,6	-1.240,8
2023	19.414,0	-19.415,4	-1,4

[1)] negative Werte = Überschuss; positive Werte = Zuschussbedarf/Defizit

Quelle: Daten des LSN

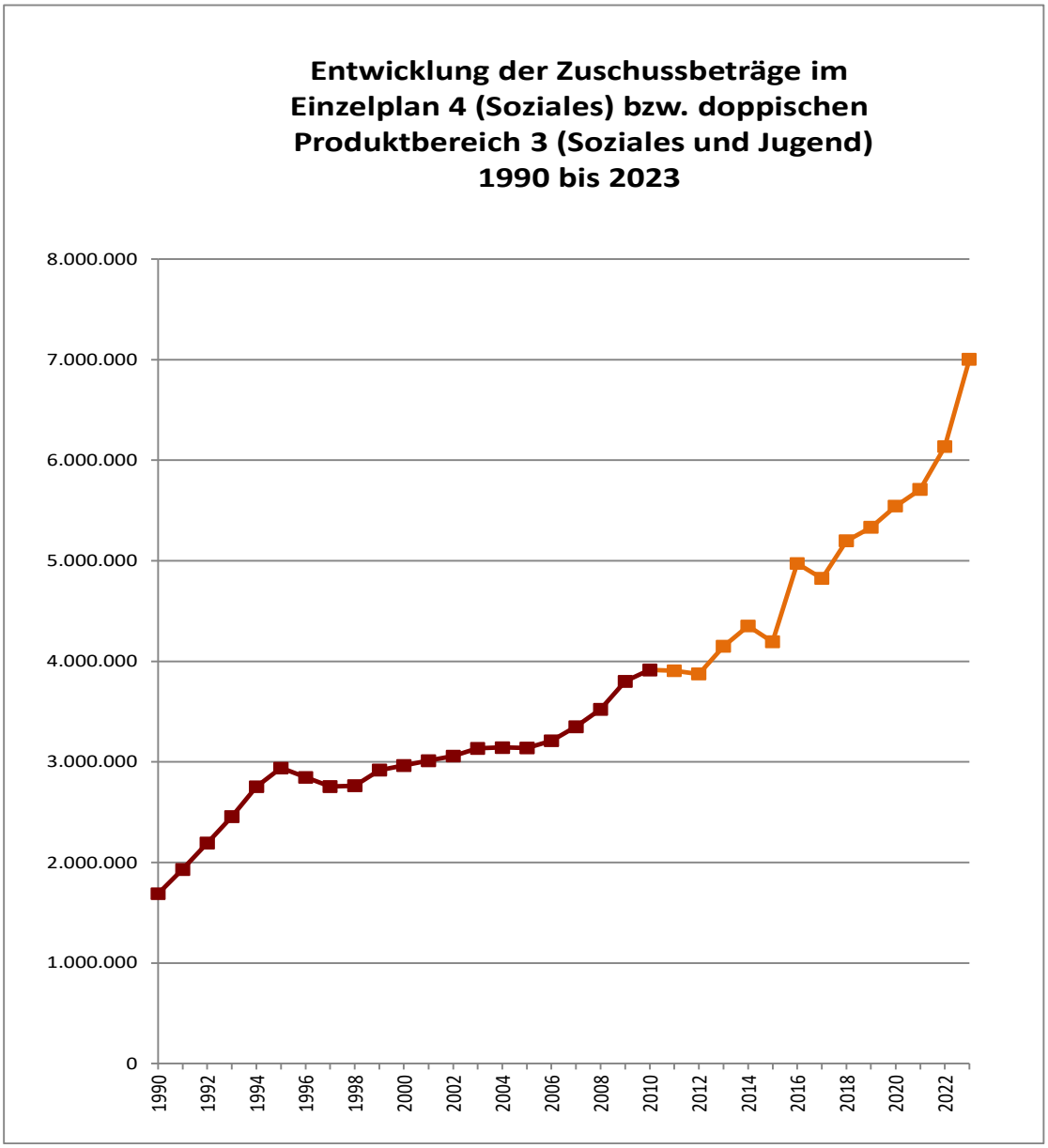
Sieht man sich die beiden **Gesamtaufstellungen** nach den Daten des LSN an, so ist hieraus zu erkennen, dass der Gesamtzuschussbetrag der kommunalen Gebietskörperschaften von 1995 bis 2023 um rd. 12,3 Mrd. Euro gestiegen ist und sich somit weit mehr als verdoppelt hat.

Eine Zeitreihe lässt sich nur ohne Berücksichtigung der Fehlbeträge aus Vorjahren (kamerale Statistik Spalte 6; doppische Statistik letzte Spalte) vornehmen. Daraus wird deutlich, dass nach den Daten des LSN die kommunalen Gebietskörperschaften in den Jahren 2003 bis 2005 erhebliche strukturelle Defizite erwirtschaftet haben, die auch im Jahr 2006 nicht gänzlich zurückgeführt werden konnten. Auch während der Finanzkrise wurde in 2009 und 2010 ein strukturelles Defizit von 518,8 Mio. Euro bzw. 352,2 Mio. Euro erwirtschaftet. Eine finanzielle Mindestausstattung aller Kommunen war daher in diesen beiden Jahren nicht gegeben. Eine Trendumkehr fand in den Jahren 2011 bis 2020 mit Überschüssen zwischen 400 und 970 Mio. Euro statt. 2021 wurde erstmalig wieder ein negatives Ergebnis mit 51,6 Mio. Euro erwirtschaftet. Zwar hat sich diese Entwicklung in 2022 wieder umgekehrt. Für 2023 gilt dieses aber schon nicht mehr. In der Gesamtbetrachtung ist das Ergebnis aller Kommunen gerade noch positiv. Eine erhebliche Anzahl konnte aber ihre laufenden Ausgaben nicht mehr decken, was zu einem massiven Anstieg der Kassenkredite auf ein Niveau von 2,95 Mrd. Euro zum 30.6.2025 geführt hat.

[72] Vgl. hierzu auch die Übersicht auf S. 38 im Bericht des MF, Fn. 12.

b) Ausgabenentwicklung im sozialen Bereich und bei den Schulen

Die von den Ressorts zugelieferten Darstellungen im Bericht des MF[73] betreffend die Kostenentwicklung im sozialen Bereich, insbesondere des SGB II, SGB XII und des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe), umfassen – soweit die Kommunen angesprochen sind – i. d. R. verkürzt nur die letzten Jahre, ohne auch die langfristige Verschiebung bei den kommunalen Aufgaben darzustellen. Im Folgenden wird auf der Basis der Zuschussbeträge nach der Berechnung des mehrfach umbenannten statistischen Landesamtes (für die Zeit vor 2000 auf der Basis der entsprechenden Daten der Jahresrechnungsstatistik des NLS) die Entwicklung der haushaltsmäßigen Belastungen im sozialen Bereich und bei den Schulen dargestellt. Die Zahlenreihen weisen auch hier wegen der Umstellung der Statistik ab dem Jahr 2011 Verzerrungen aus, gleichwohl sind seit diesem Zeitpunkt wieder eindeutige Trends erkennbar.



[73] Bericht des MF, Fn.11 9, S. 20 ff. unter Punkt 4.4 Soziale Sicherung.

Die langfristige Entwicklung der Zuschussbeträge für Soziales und Jugend (Einzelplan 4 bzw. Produktbereich 3 insgesamt) zeichnet sich durch einen rasanten Anstieg von 1990 bis 1995 aus. Nach einer kurzen Periode von Rückgängen ist seit 1999 wieder ein – langsamerer aber kontinuierlicher – Anstieg zu verzeichnen. Insgesamt haben sich die Zuschussbeträge von 1990 mit 1,69 Mrd. Euro bis 2010 auf 3,9 Mrd. Euro weit mehr als verdoppelt, wobei Hintergrund unterschiedliche Entwicklungen insbesondere im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe waren. Danach durch den Bund vorgenommene Entlastungen bei der Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung wie auch bei der Kostenbeteiligung nach dem SGB II wurden durch die Entwicklung insbesondere im Bereich des SGB VIII aufgezehrt mit der Folge, dass bis zum Jahr 2023 ein weiterer Anstieg auf 7,0 Mrd. Euro insgesamt zu verzeichnen war. Dies ist das 4,1-fache des Jahres 1990.[74] Das MF stellt hierzu in seinem Finanzbericht selbst fest, dass der Zuschussbedarf der kommunalen Körperschaften für die Produktgruppe Soziales und Jugend im Bereich der pflichtigen Selbstverwaltung mit 6,7 Mrd. Euro weiterhin einen der größten Blöcke der Zuschussstatistik bildet. Der Betrag fällt höher aus als die Summe der Zuschussbedarfe für alle anderen pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben.[75]

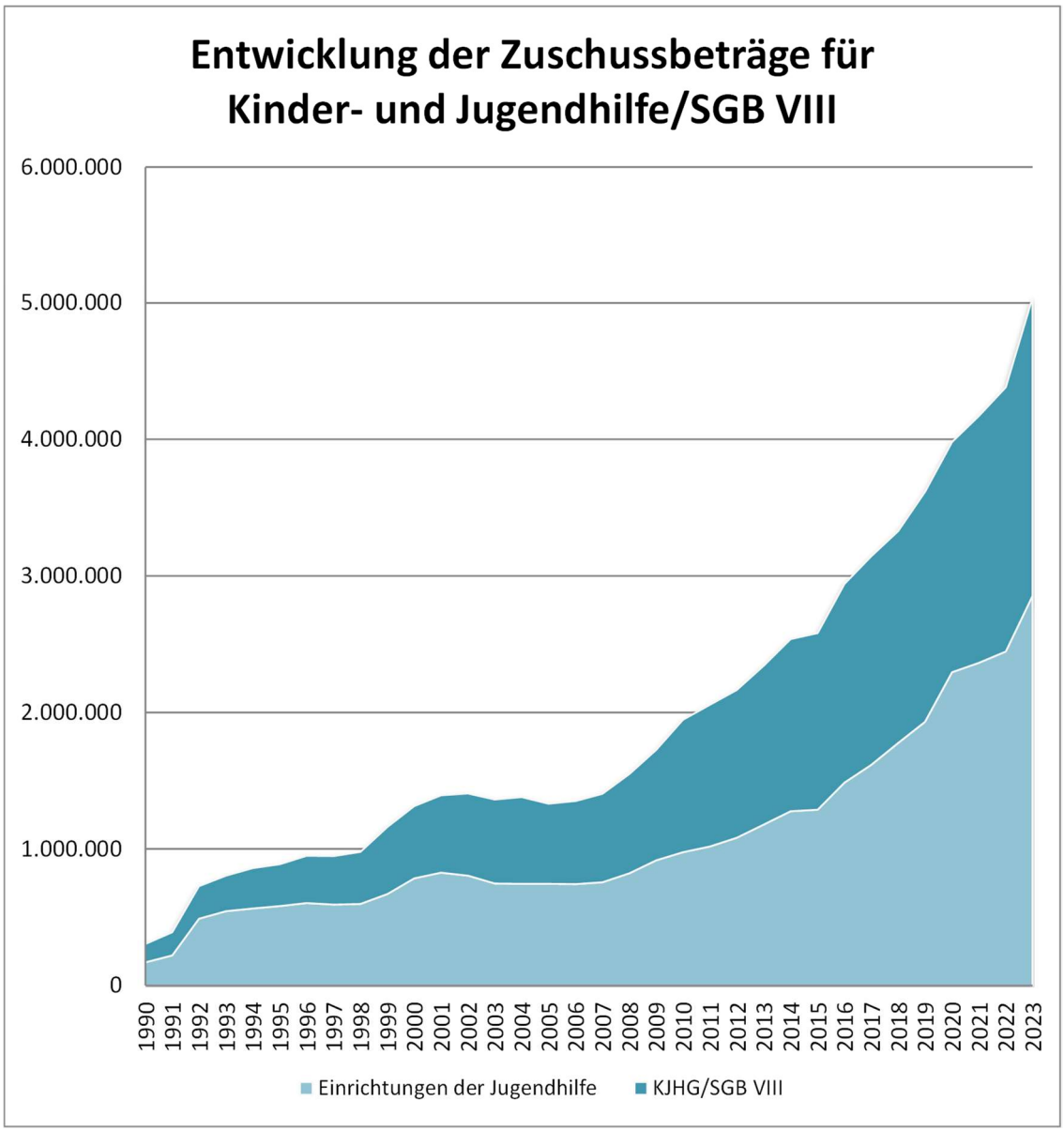
i) Zuschussbeträge für BSHG; ab 2005: SGB II/SGB XII und ab 2020 SGB IX

Betrachtet man die Entwicklung im Bereich der Sozialhilfe[76] und die Belastungen aus den Kosten der Unterkunft im SGB II langfristig, ist festzustellen, dass die von den kommunalen Gebietskörperschaften zu finanzierenden Leistungen nach wie vor erhebliches Gewicht haben. Die Kostenentwicklung konnte aber insbesondere durch die Hilfen des Bundes abgefedert werden. Allerdings ist hier der Eingriff des Landes in die Kommunalfinanzen durch Streichung des Landeszuschusses nach dem SGB II ab 2024 äußerst kritisch. Hier fehlen künftig jährlich 142 Mio. Euro für die kommunale Finanzausstattung. Das Land bedient sich im Ergebnis bei der 2020 deutlich erhöhten Bundesbeteiligung im SGB II zu Lasten der Kommunen. Diese Mittel sollten aber nicht zur Verbesserung der Länderhaushalte dienen.[77] Die Kürzung ist mit einer der Gründe für das mit fast 1,6 Mrd. Euro nach wie vor hohe Niveau der Zuschussbeträge für diesen Aufgabenbereich.

[74] Auf die hohe Belastung in diesem Bereich weist auch das MF in seinem Finanzstatusbericht, Fn.12, S. 39 f. hin.
[75] Bericht des MF, Fn.9, S. 40.
[76] Früher BSHG; ab 2005 SGB XII inklusive Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe.
[77] Vgl. hierzu im Einzelnen die Vorbemerkung auf S. 3 f.

ii) Zuschussbeträge nach dem KJHG/SGB VIII

Mit der Einführung des Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (KJHG)[78] und der Schaffung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts erhöhten sich auch die Zuschussbeträge der kommunalen Gebietskörperschaften für diesen Bereich dramatisch. Betrugen sie 1990 insgesamt noch knapp 305 Mio. Euro (für Leistungen der Jugendhilfe und Einrichtungen der Jugendhilfe zusammen), erreichten sie in 1998 fast 1 Mrd. Euro. Im Jahr 2010 wurden 1.946 Mio. Euro benötigt. Auch wenn die Zeitreihe danach wegen der Doppikumstellung gewisse Ungenauigkeiten beinhaltet, zeigt sich in den Folgejahren ein weiterer drastischer Anstieg auf über 5,0 Mrd. Euro in 2023. Dieser Betrag ist mehr als 16,5-mal so hoch wie in 1990.



[78] Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG) vom 26.6.1990 – BGBl. I S. 1163.

Bei differenzierter Betrachtung ist festzustellen, dass die Zuschussbeträge für die Einrichtungen der Jugendhilfe[79] von 2003 bis 2007 in etwa bei rd. 750 Mio. Euro stagnierten. Seither ist allerdings ein deutlicher Anstieg wegen des beschlossenen Ausbaus der Betreuung für unter Dreijährige und weiterer gesetzlicher Leistungsverbesserungen zu verzeichnen. So stiegen allein die von den Kommunen getragenen Ausgaben von 1.019,6 Mio. Euro in 2011 über 2.294 Mio. Euro in 2020 auf 2.854 Mio. Euro in 2023. Die Ausbaubedarfe für Krippen und Kitas steigen auch aufgrund gesellschaftlicher Trends, etwa von Halbtagsbetreuung hin zu Ganztagsbetreuung, weiter an. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren weiter verstärkt fortsetzen, auch weil sich das Land aufgrund der zum 1.8.2018 eingeführten Beitragsfreiheit im Kindergarten finanziell stärker in diesem Bereich ausschließlich zugunsten der Eltern engagiert hat. Die bei den Kommunen verbleibende Hauptlast wächst weiterhin an, weshalb hier finanzielle Entlastungen statt weiterer Kostensteigerungen durch gesetzliche Standards erwartet werden, wie sie 2021 mit dem Niedersächsischen Kindertagesstättengesetz[80] wieder beschlossen und durch die Änderungen im Sommer 2024[81] nur punktuell zurückgenommen wurden. Insoweit ist die vom Land aber 2026 beabsichtigte Anhebung und Dynamisierung der Jahreswochenstundenpauschale auf ein realistisches Niveau dringend erforderlich, um die gesetzlich geregelten Finanzhilfesätze von 58 bzw. 59,5 %-Punkten tatsächlich bei den Personalkosten zu erreichen. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit einer solchen Maßnahme der kommunale Kostenaufwuchs allerdings nur gedämpft werden dürfte.

Die Leistungen nach dem SGB VIII[82] (früher: KJHG[83]) – insbesondere die Hilfen zur Erziehung – stiegen bis 2003 auf einen Zuschussbetrag von 633 Mio. Euro an. Die sodann eingetretene leichte Entspannung (Rückgang um rd. 50 Mio. Euro in 2005) wurde insbesondere durch größeren Personaleinsatz erreicht.[84] Bereits 2007 hatte sich dieser Trend wieder umgekehrt. Innerhalb von vier Jahren erhöhten sich die Jugendhilfeaufwendungen um rd. ein Drittel von 608 Mio. Euro in 2006 auf 968 Mio. Euro in 2010. Hintergrund waren tragische Fälle von Kindesmisshandlungen, die 2011 in das Bundeskinderschutzgesetz[85] mündeten, dessen Standarderhöhungen zu weiteren deutlichen Kostensteigerungen führte. Auch weitere Leistungsausweitungen erfolgten durch den Bundesgesetzgeber – zuletzt insbesondere durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz.[86] Folge war, dass bereits in 2023 2.185,5 Mio. Euro aus kommunalen Mitteln für die Aufgaben des SGB VIII außerhalb von Einrichtungen aufgewandt wer-

[79] Hierin enthalten sind neben den Kindertagesstätten, die den Hauptanteil an den Zuschussbeträgen beinhalten, auch die sonstigen Einrichtungen der Jugendhilfe.
[80] Vgl. Art. 1 des Gesetzes vom 7.7.2021 – Nds. GVBl. S 470.
[81] Vgl. Art.1 des Gesetzes vom 18.6.2024, Nds. GVBl. 2024 Nr. 50.
[82] Erlassen als Art. 1 des Kinderförderungsgesetzes vom 10.12.2008, BGBl. I S. 2403.
[83] Zum Erlass des Gesetzes vgl. Fn. 78.
[84] So stiegen die Zuschussbeträge für die Verwaltung der Jugendhilfe von 2003 bis 2006 um 60 Mio. Euro an. Auf eine gesonderte Darstellung der Verwaltung der Jugendhilfe wurde verzichtet, weil sie im doppischen Produktrahmen nicht mehr gesondert ausgewiesen werden. Sie sind vielmehr mit in den Zuschussbeträgen der Jugendhilfe enthalten.
[85] Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKiSchG) vom 22.12.2011 – BGBl. I S. 2975.
[86] Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1444).

den mussten. Mit der weiteren avisierten sog. inklusiven Lösung im Zuge des vorgesehenen Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetzes drohen die Ausgaben nochmals überproportional zu steigen.

Insgesamt wenden die Kommunen inzwischen rd. 26 % ihrer durch allgemeine Deckungsmittel zu finanzierenden Zuschussbeträge für die Kinder-, Jugend und Familienhilfe inklusive der Kindertagesbetreuung auf.[87]

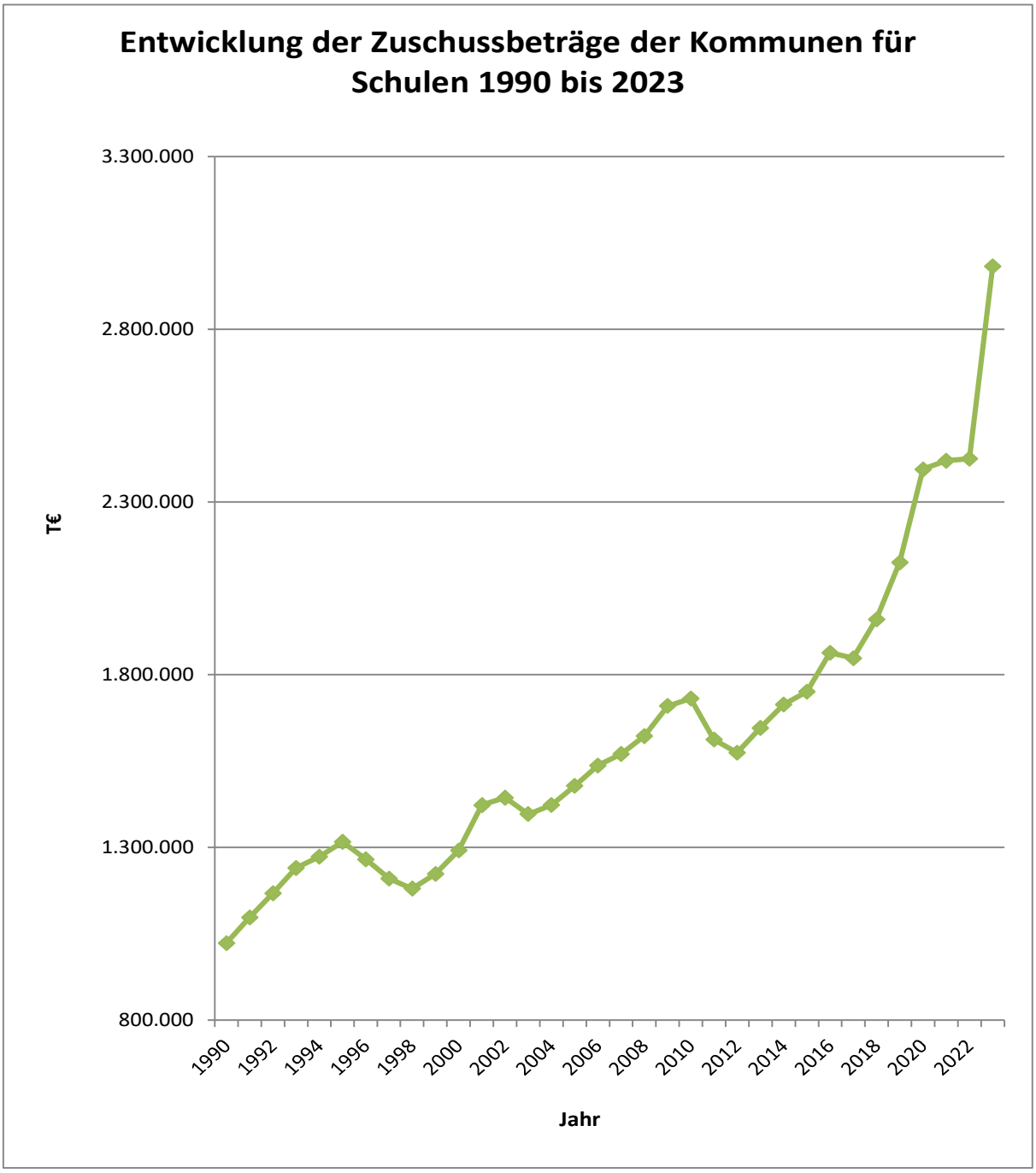
Das MF weist in seinem Bericht auf die Beteiligung des Landes an den laufenden Kosten der Kindertagesstätten und neben den Investitionszuweisungen auch auf einige weitere Förderungen hin, mit denen sich das Land an den kommunalen Kosten beteiligt.[88] Hierzu ist anzumerken, dass es sich einerseits nur um Kostenbeteiligungen handelt, die den Anstieg der kommunalen Kostenbelastungen lediglich abgemildert haben, die Hauptbelastung liegt weiterhin bei den kommunalen Gebietskörperschaften. Zum Teil – wie die Zuschüsse für den beitragsfreien Kindergarten – treten diese Leistungen an die Stelle anderer originärer Einnahmen – wie der Kindergartenbeiträge – die in der Hauptsache zu einer Entlastung der Eltern und weniger der kommunalen Gebietskörperschaften führt. Vergleichbares gilt auch für die – fachpolitisch wünschenswerte – Finanzierung der dritten Kräfte in Krippengruppen. Hier wurden durch die Schaffung eines neuen gesetzlichen Standards Kosten auf kommunaler Ebene erzeugt, die das Land im Rahmen der Konnexität auszugleichen hat. Insoweit führt dies nicht zu einer finanziellen Entlastung der Kommunen.

Andererseits mischt sich das Land mit weiteren Förderprogrammen in diesem Bereich auch in kommunale Kompetenzen ein. Dies führt über den „goldenen Zügel“ zu Prioritätensetzungen, die mitunter nicht identisch sind mit den kommunalen Bedürfnissen vor Ort. Gleichzeitig werden neue Standards im Wege der Anschubfinanzierung geschaffen, bei denen sich das Land nach wenigen Jahren aus der Finanzierungsverantwortung herauszieht. Die auf diesem Wege entstandenen Strukturen müssen sodann von den kommunalen Gebietskörperschaften dauerhaft finanziert werden.

iii) Zuschussbeträge für Schulen

Neben den Aufwendungen für Soziales werden bei den kommunalen Gebietskörperschaften erhebliche Ausgaben für ihre Aufgaben als Schulträger gebunden.

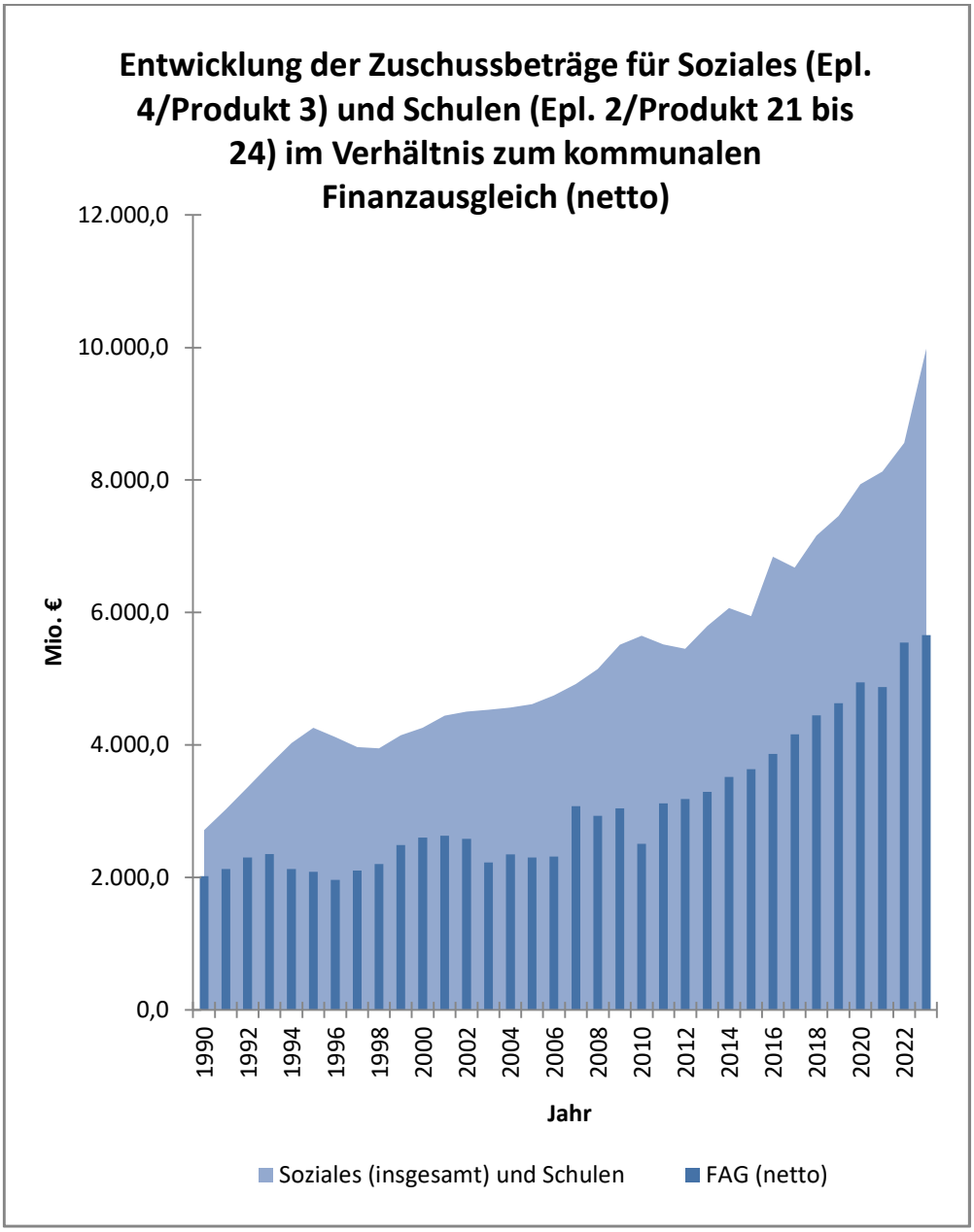
[87] Vgl. auch den Finanzstatusbericht des MF, Fn. 9 S. 39.
[88] Bericht des MF, Fn. 9 S. 20 ff.



Auch wenn der Aufwuchs nicht so drastisch wie im Sozialbereich verlief, ist ein Anstieg der Zuschussbeträge von 1.022 Mio. Euro in 1990 auf 1.960 Mio. Euro in 2018 zu verzeichnen. In den folgenden sechs Jahren haben sich die Kosten nochmals um über eine Mrd. Euro auf 2.982 Mio. Euro in 2023 erhöht. Hier zeigen sich die Kostenbelastungen der vielfältigen Anforderungen sowohl an die Schulbauten, beispielsweise im Rahmen der Inklusion oder des Ganztages in Grundschulen, als auch an die gerade in den letzten Jahren massiv ausgebaute Infrastruktur für die Digitalisierung der Schulen. Seit 1990 haben sich die Zuschussbeträge somit um das 2,9-fache erhöht.

iv) Zusammenfassung der Entwicklung der Zuschussbeträge

Insbesondere bei den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben im Sozial und Jugendbereich und bei den Schulen hat es seit Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts erheblichste Steigerungen gegeben. Diese wurden von den kommunalen Gebietskörperschaften einerseits durch eine Reduzierung von freiwilligen Aufgaben und andererseits über Jahre durch unausgeglichene Haushalte finanziert. Erst in den Jahren 2015 bis 2022 führte die gute Konjunktur durch höhere kommunale Steuereinnahmen zu einer deutlichen Verbesserung der Finanzsituation. Diese hat sich aber aktuell sehr stark umkehrt, weil die Einnahmen mit den ständig steigenden Aufgaben- und Ausgabenausweitungen bei den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben nicht mehr Schritt halten.



Festzustellen bleibt weiterhin, dass der kommunale Finanzausgleich zunächst in keiner Weise auf die zunehmenden Belastungen bei den gesetzlich normierten Aufgaben

reagiert hat. Einen gewissen Kostendämpfungseffekt hat insoweit die vom Bund übernommene Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und die höhere Beteiligung an den Kosten der Unterkunft im SGB II gebracht. Andererseits steigen die sonstigen Belastungen, insbesondere im Kinder- und Jugendbereich, aber auch im Zusammenhang mit der Einführung der inklusiven Beschulung und der Digitalisierung in Schulen, weiter an. Zwar sind in den Jahren von 2014 bis 2022 insbesondere die Einnahmen im kommunalen Finanzausgleich – entsprechend den exorbitanten Mehreinnahmen im Landeshaushalt – deutlich gestiegen. Der andauernde Trend eines weitergehenden Auseinanderlaufens der Kosten einerseits und der Höhe des kommunalen Finanzausgleichs andererseits konnte damit nur temporär in diesen Jahren gebremst werden.

Insbesondere vor dem Hintergrund der ständigen, fortdauernden Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und zuletzt 2005[89] konnten die kommunalen Gebietskörperschaften dieses gestiegene Niveau bei den gesetzlichen Pflichtaufgaben nur in den konjunkturell guten Phasen von 1999 bis 2001 und 2007/2008 sowie 2011 bis 2020 finanzieren. Erst der kommunale Finanzausgleich 2007 wies – neben der exorbitanten Steigerung der Grundlagen im Landeshaushalt und dem Vorziehen der Steuerverbundabrechnung für 2008 – auch eine Erhöhung der Verbundquote aus, weshalb es in der langfristigen Entwicklung erstmalig zu einer überproportionalen Erhöhung kam. Im Jahr 1990 haben die Zuweisungen des Landes aus dem kommunalen Finanzausgleich (netto) die Zuschussbeträge der Kommunen für Soziales und Schulen noch zu fast 75 % gedeckt. Diese Quote sank seither deutlich auf zeitweise unter 50 %. Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg auf bis zu knapp 65 % sinkt sie in 2023 wieder dramatisch auf 56,6 %. Hierin liegt ein Grund für die sich zuspitzende schwierige Situation einer Reihe von Städten, Gemeinden und Landkreisen in Niedersachsen. Dies gilt umso mehr, als der kommunale Finanzausgleich in Niedersachsen pro Kopf der Bevölkerung im Vergleich der 13 Flächenländer seit Jahren mit Abstand am geringsten dotiert ist.[90]

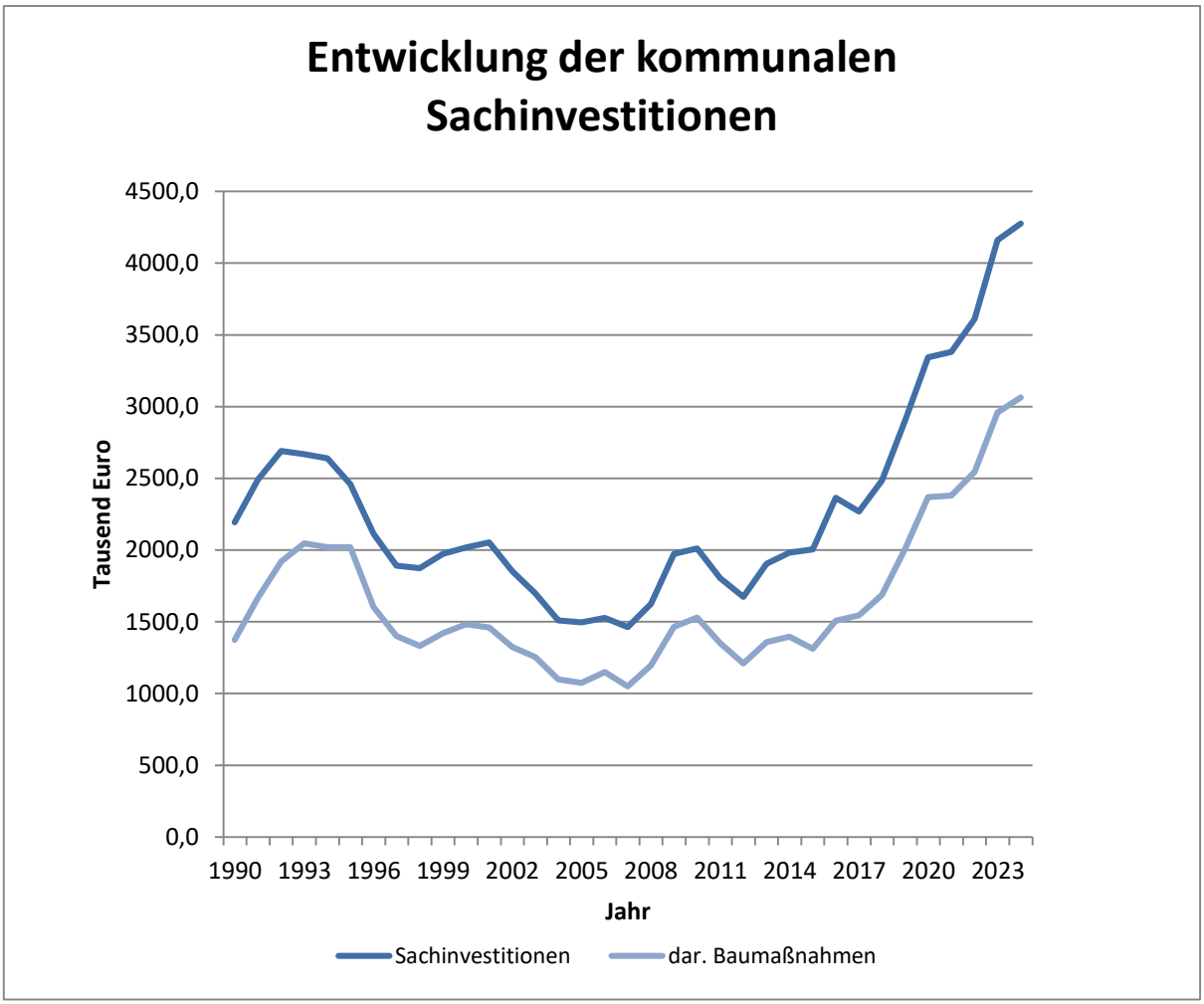
c) Entwicklung der Investitionen

Die äußerst schwierige Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften seit Mitte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hat sich auch in den Investitionen nachhaltig niedergeschlagen.

Zwar hat es hier durch Ausgliederungen im kommunalen Bereich auch statistische Verzerrungen gegeben. Gleichwohl ist insgesamt festzuhalten, dass die kommunalen Sachinvestitionen[91] von 2,7 Mrd. Euro im Jahr 1992 im Lande Niedersachsen bis 1998 auf 1,9 Mrd. Euro gesunken sind. Hintergrund hierfür waren auch die Eingriffe des

[89] Vgl. unter 6b) ii) Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs.
[90] Vgl. hierzu Fußnote 153.
[91] Die Sachinvestitionen bilden die Summe aus Baumaßnahmen, Erwerb von Grundstücken und Gebäuden und Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens – vgl. hierzu LSN, Statistische Monatshefte 7/2018 S. 345.

Landes in den kommunalen Finanzausgleich.[92] Nach einem kurzen Anstieg Anfang dieses Jahrtausends gab es bis zum Jahr 2005 einen weiteren dramatischen Rückgang auf 1,5 Mrd. Euro. Erst im Jahr 2019 wurde das Niveau des Jahres 1993 wieder erreicht.



Erst in den letzten fünf Jahren hat es wieder deutlich höhere Ausgaben für Sachinvestitionen insgesamt gegeben. Auch die eigenen Bauausgaben der Kommunen überstiegen 2019 erstmals seit 1995 wieder das Niveau von zwei Mrd. Euro. In den letzten drei Jahren konnten in absoluten Zahlen sogar Rekordwerte erzielt werden. Dabei ist aber zu bedenken, dass sich hierunter auch Sondereffekte wie der Aufbau der Impfzentren im Zuge der Corona-Pandemie befanden. Auch ist bei dieser Betrachtung ein Inflationsausgleich nicht enthalten. Schließlich ist an den riesigen investiven Nachholbedarf zu erinnern, der im diesjährigen KFW-Kommunalpanel[93] auf 215,7 Mrd. Euro bundesweit beziffert wurde und gegenüber dem Vorjahr um 15,9 % gestiegen ist. Dieser konnte auch mit den Steigerungsraten der letzten Jahre nicht ansatzweise abgebaut werden.

[92] Vgl. hierzu unter 6b)ii) Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs.
[93] Vgl. die Pressemitteilung der KFW vom 1.7.2025 und zu den Einzelheiten www.kfw/kommunalpanel.de.

Der vom MF im Finanzstatusbericht vorgenommene Vergleich der Investitionsquoten von Land und Kommunen hilft im Übrigen nicht weiter, weil die Strukturen von Landes- und Kommunalhaushalten völlig unterschiedlich sind. Das Land hat nach eigenen Angaben eine Personalausgabenquote von 37,2 %.[94] Hintergrund sind insbesondere die hohe Anzahl an Lehrern, Hochschulpersonal und Polizisten. Die kommunale Personalausgabenquote liegt hingegen nur bei 22,4 %.[95] Das Land hat als zweite große Position die Kostenerstattung von Zuweisungen/Erstattungen an Gemeinden/Gemeindeverbänden mit einer Quote 33,1 %,[96] wobei der größte Teil zur Refinanzierung für die den Kommunen übertragenen Pflichtaufgaben dient. Die Kommunen haben hingegen eine Quote von 29,6 % für soziale Leistungen und aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen.[97] Insoweit ist die Haushaltstruktur in keiner Weise vergleichbar. Im Übrigen hat das Land Investitionen in erheblichem Umfang in Sondervermögen ausgegliedert, die bei seiner Investitionsquote nicht mehr abgebildet werden. Schließlich muss darauf verwiesen werden, dass nach einer Ermittlung des BMF der Anteil der Kommunen in Niedersachsen an den Sachinvestitionen der Kommunen und der Flächenländer im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2024 bei 80 % lag.[98] Hierbei ist z. B. daran zu erinnern, dass beispielsweise 80 % der deutschen Straßen in kommunaler Hand sind und der Investitionsrückstand bei Schulgebäuden in der Verantwortung der Kommunen liegt.[99] Insoweit ist eine höhere kommunale Investitionsquote nur folgerichtig. Sie sagt – wie das KfW-Kommunalpanel belegt – aber nichts über den bestehenden Investitionsstau in den Kommunen aus.

d) Einnahmeentwicklung

Obwohl nach den Daten des LSN in den Jahren 1999 bis 2023 die Gesamtzuschussbeträge der kommunalen Gebietskörperschaften um annähernd 11,9 Mrd. Euro gestiegen sind, nahmen im vergleichbaren Zeitraum die kommunalen Einnahmen aus Steuern und kommunalem Finanzausgleich zunächst deutlich ab. Auch 2005 lagen sie noch um rd. 171 Mio. Euro unter dem Niveau des Jahres 1999. Erst im Jahr 2006 war ein deutlicher Anstieg – über das Niveau des Jahres 1999/2000 hinaus – zu verzeichnen.

[94] Bericht des MF, Fn. 9 S. 14.
[95] LSN, Vergleichende Darstellung der finanziellen Situation von Land und Gemeinden/Gv, Hannover 2025, Tabelle B – Werte für 2024.
[96] Vgl. Fn. 95.
[97] Vgl. Fn. 95.
[98] BMF-Tabelle: Anteil der Sachinvestitionen der Kern- und Extrahaushalte der Kommunen an den Sachinvestitionen der Kommunen und der Flächenländer im Durchschnitt der Jahre 2020-2024.
[99] KfW Research Nr. 499, vom 9.5.2025, S. 3 dort Fn. 9.

Entwicklung der kommunalen Einnahmen aus Steuern und kommunalem Finanzausgleich 1992 bis 2025

Jahr	Steuern[1)]	FAG - netto	Summe	Entwicklung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	1992 = 100
1992	4.466,0	2.300,3	6.766,3	100,0
1993	4.615,2	2.353,2	6.968,5	103,0
1994	4.503,6	2.128,0	6.631,6	98,0
1995	4.371,6	2.085,8	6.457,4	95,4
1996	4.305,5	1.962,7	6.268,2	92,6
1997	4.433,6	2.105,4	6.538,9	96,6
1998	4.676,1	2.205,3	6.881,4	101,7
1999	4.924,6	2.542,8	7.467,4	110,4
2000	4.913,2	2.737,5	7.650,7	113,1
2001	4.522,9	2.768,1	7.291,0	107,8
2002	4.687,0	2.663,7	7.350,7	108,6
2003	4.281,8	2.226,1	6.507,9	96,2
2004	4.742,3	2.348,1	7.090,4	104,8
2005	4.996,1	2.299,8	7.295,9	107,8
2006	5.510,0	2.315,6	7.825,6	115,7
2007	5.876,8	3.074,9	8.951,7	132,3
2008	6.490,7	2.931,5	9.422,2	139,3
2009	5.740,8	3.044,0	8.784,8	129,8
2010	6.022,4	2.509,5	8.531,9	126,1
2011	6.549,2	3.117,3	9.666,5	142,9
2012	7.355,9	3.185,1	10.541,0	155,8
2013	7.314,4	3.289,6	10.603,9	156,7
2014	7.592,2	3.513,8	11.106,0	164,1
2015	7.790,6	3.634,3	11.424,9	168,9
2016	8.257,4	3.861,7	12.119,1	179,1
2017	8.625,1	4.156,4	12.781,5	188,9
2018	9.233,6	4.443,9	13.677,4	202,1
2019	9.614,1	4.631,0	14.245,1	210,5
2020	9.127,2	4.944,1	14.071,3	208,0
2021	10.217,6	4.876,3	15.093,9	223,1
2022	11.150,9	5.543,6	16.694,5	246,7
2023	12.093,8	5.656,4	17.750,2	262,3
2024	12.312,8	5.585,2	17.898,0	264,5
2025	12.809,0	5.514,1	18.323,1	270,8

Quelle: Daten des LSN aus der kassenstatistik

Steuereinnahmen 2025: Erwartung der Steuerschätzung vom Mai - ohne Steuerrechtsänderungen

[1)] Grund- und Gewerbesteuer; Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer; ohne sonstige Steuern, die nur ein geringes Gewicht haben.

Gleichwohl blieb es bei einem strukturellen Defizit in Höhe von 266 Mio. Euro nach den Daten des LSN. Erst mit den weiteren Steigerungen der eigenen Einnahmen und des deutlich erhöhten Finanzausgleichs ab 2007, der auch eine aufgestockte Steuerverbundquote enthielt, konnte eine Rückführung des strukturellen Defizits erreicht werden. Nach den Rückschlägen der Finanzmarktkrise in 2009 und 2010, welche zu strukturellen Defiziten bei den Kommunen in Höhe von 518 Mio. Euro bzw. 352 Mio. Euro führten, konnten mit den gestiegenen Steuereinnahmen ab 2011 Verbesserungen erzielt werden. Die positive Entwicklung der Einnahmen hielt seitdem an. Erst mit der

verbesserten Einnahmesituation in den Jahren 2017 bis 2020 konnten die Zuwächse auf der Ausgabenseite seit 1999 aufgefangen werden. Dies hat sich ab 2021 aber nicht mehr fortgesetzt, als die kommunalen Ausgaben nicht mehr durch ihre Einnahmen gedeckt werden konnten. Mit den negativen Rekordfinanzierungssalden von -1.257 Mio. Euro in 2023 und -3.992 Mio. Euro in 2024 erfolgt sodann aber ein steiler Absturz der Kommunalfinanzen.

e) Kassenkredite (Liquiditätskredite)

Der Aufwuchs auf der Ausgabenseite, der nicht durch entsprechende Erhöhungen auf der Einnahmenseite aufgefangen wurde, hatte dazu geführt, dass die kommunalen Gebietskörperschaften von Jahr zu Jahr einen immer höheren Anteil ihrer laufenden Ausgaben durch Kassenkredite[100] („Kontoüberziehung“) finanzieren mussten. Erst mit den Entschuldungsprogrammen und der deutlich verbesserten Finanzlage seit 2011 trat ein Rückgang von über 5 Mrd. Euro auf 1,4 Mrd. Euro bis Ende 2019 ein. Nachdem zum Ende der Jahre 2020 bis 2023 eine gewisse Stagnation festzustellen war, hat sich diese Entwicklung aber aktuell in ihr Gegenteil verkehrt. Zum 31.12.2024 war ein Anstieg um fast 600 Mio. Euro auf 2.340 Mio. Euro zu verzeichnen. Zum 30.6.2025 betrugen sie nunmehr 2,95 Mrd. Euro.[101]

Die Liquiditätskredite stellen einen Indikator für die fehlende finanzielle Mindestausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften dar, da sie in der Höhe aufgenommen werden müssen, in der die Ausgaben nicht durch Einnahmen gedeckt sind. Dass die Entwicklung der Kassenkredite wesentlicher Indikator zur Beurteilung der kommunalen Finanzsituation[102] ist und sie immer dauerhafter zur Finanzierung der Kommunalhaushalte in Anspruch genommen wurden, ist allgemein anerkannt. Dies hat beispielsweise auch das Bundesministerium der Finanzen festgestellt: *„Ein wesentlicher Indikator zur Beurteilung der kommunalen Finanzsituation ist die Entwicklung der Kassenkredite.“*[103] 2018 hat das Bundesfinanzministerium festgehalten: *„Die hohen Bestände an Kassenkrediten spiegeln nach wie vor die prekäre finanzielle Situation einer Anzahl … Städte und Gemeinden sowie einiger Gemeindeverbände wider. Die eigentlich kurzfristigen Kassenverstärkungskredite werden von den betroffenen Kommunen dauerhaft zur Finanzierung von Verwaltungshaushalten in Anspruch genommen.“*[104] Auch 2021 sieht das Bundesfinanzministerium weiter eine problematische Situation: *„… sind übermäßige kommunale Kassenkredite regional konzentriert weiterhin ein wichtiges Problem.“*[105]

---

[100] Die Umbenennung der Kassenkredite in § 94 NGO in „Liquiditätskredite“ zum 1.1.2006 (vgl. Art. 1 des Gesetzes vom 15.11.2005, Nds. GVBl. S. 342) hat materiell zu keiner Veränderung geführt; nunmehr befindet sich die Regelung in § 122 NKomVG.

[101] Zu den hierin eingeflossenen Werten vgl. Fn. 112.

[102] BMF, Finanzbericht 2026 S. 171: „Hohe Kassenkreditbestände, die entgegen ihrer eigentlichen Zweckbestimmung zur dauerhaften Finanzierung laufender Aufgaben verwendet werden, gelten allgemein als Indikator für kommunale Finanzschwäche.“

[103] BMF, Finanzbericht 2017 S. 183; das BMF hatte Vergleichbares auch schon in den Vorjahren hervorgehoben.

[104] BMF, Finanzbericht 2019 S. 151.

[105] BMF, Finanzbericht 2021 S. 184.

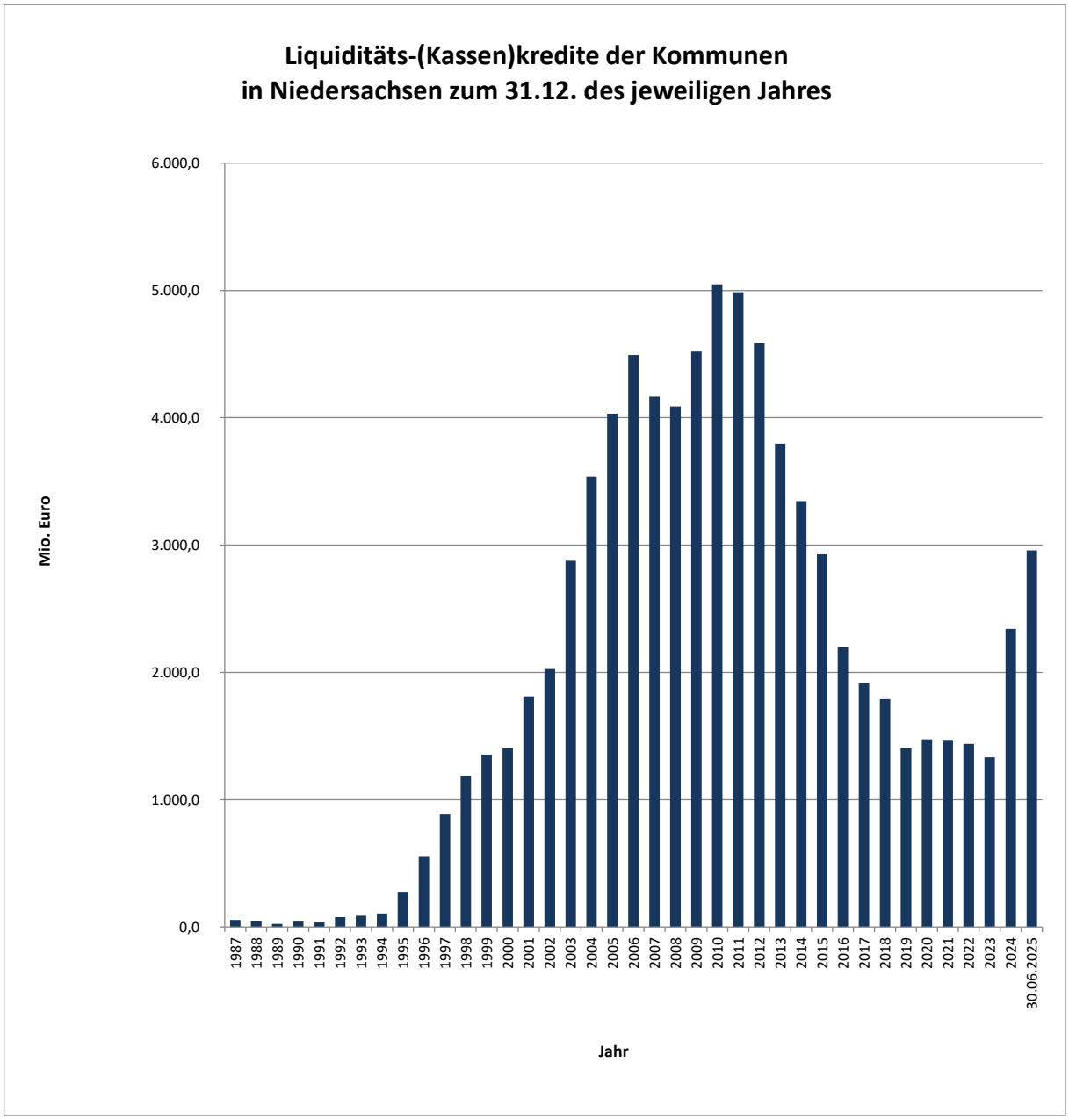
Auch die Deutsche Bundesbank hat die Kassenkredite längst als Indikator für die kritische Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften anerkannt: *„Die Gesamtentwicklung der Kassenkredite lässt die Anspannung der kommunalen Finanzen erkennen… Während der Kassenkreditbestand Rückschlüsse auf die Haushaltslage von Gemeinden zulässt, ist der Umfang der Kreditmarktschulden hierfür kaum geeignet.*[106]*“* Sie spricht insoweit von als Indikator für Haushaltsungleichgewichte zu interpretierenden Kassenkrediten.[107] Beim Haushaltsabschluss am Jahresende nicht durch reguläre Deckungsmittel ersetzte Kassenkredite zeigen den Fehlbetrag an, der eigentlich bei der nächsten Haushaltsaufstellung endgültig auszufinanzieren wäre.[108] Hohe Bestände an Kassenkrediten sind nach ihrer Auffassung ein verlässlicher Schwächeindikator.[109]

Überdies werden in der Finanzwissenschaft die Kassenkredite für einen zentralen Krisenindikator der Kommunalfinanzen gehalten: Je höher eine Kommune über Kassenkredite verschuldet ist, desto größer ist die Diskrepanz zwischen Finanzkraft und Ausgabenbedarf. So hat auch das Statistische Bundesamt festgestellt, dass die Verschuldungssituation durch die nachgewiesenen Kreditmarktschulden nur unzureichend dargestellt wird. Zunehmend wichtiger und problematischer würden die so genannten Kassenkredite. Diese würden insbesondere bei den Kommunen immer häufiger zur Finanzierung laufender Ausgaben eingesetzt.[110] In der Literatur wird daher bereits auf eine möglicherweise nicht immer ausreichende Finanzausstattung hingewiesen, gemäß denen geringere Schlüsselzuweisungen der Länder teilweise mit höheren Kassenkrediten einhergehen.[111]

Die Kassenkredite in Niedersachsen[112] liegen immer noch höher als die „Zuschussbedarfe“ für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben. Zum 31.12.2011 waren die Liquiditätskredite auf einen niedersächsischen Höchststand von über 5 Mrd. Euro angestiegen. Der deutliche Rückgang danach bis auf 2,3 Mrd. Euro zum Jahresende 2016 ist nur zu einem geringeren Teil auf eine verbesserte kommunale Finanzsituation zurückzuführen. Der größere Teil geht auf gemeinsame Hilfen von Land und Kommunen im Rahmen von Entschuldungsprogrammen zurück, die hälftig im Rahmen der interkommunalen Solidarität mitfinanziert wurden. Insoweit hatte die kommunale Seite auch ein Anschlussprogramm mit Stabilisierungshilfen für besonders mit Kassenkrediten betroffene, steuerschwache Kommunen mitgetragen.

---

[106] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli 2007 S. 30, 31.
[107] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2016 S.17.
[108] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2016 S.18.
[109] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2021 S.55, 56.
[110] Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 6/2008, S. 496, 502.
[111] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2016 S. 27 dort Fn. 30 m. w. N.
[112] Die Darstellung der Kassenkredite weicht insoweit von derjenigen der vorherigen kommunalen Finanzberichte ab, als solche im Rahmen eines kommunalen Cashpooling nicht enthalten sind. Die Differenzierung besteht erst seit wenigen Jahren und führt zu leicht geringeren Summen. Enthalten sind nur die Kassenkredite vom öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich ohne Cash-Pooling. Dies steht im Einklang mit dem Bericht des MF, Fn 10, S. 34 und dort Fn. 19.



Gleichwohl muss gesehen werden, dass nach Ablauf dieser Programme ein weiterer deutlicher Rückgang der Liquiditätskredite nicht stattgefunden hat. Dies gilt insbesondere, da seit 2020 eine Krise nach der anderen die Kommunalfinanzen belastet. Nach der Corona-Pandemie folgte der Ukraine-Krieg mit erheblichen Folgen hinsichtlich der Energiepreise und der Inflation. Die Krisen haben zu erheblichen Ausgabensteigerungen insbesondere wegen der Inflation geführt, die sich nicht nur in steigenden Energiepreisen, sondern auch in überproportionalen Anstiegen der Personalausgaben und der sozialen Leistungen geführt hat. Beginnend ab Ende 2023 ging hiermit ein dramatischer Anstieg der Kassenkredite einher. Daher gilt weiterhin, dass eine nachhaltige Absenkung des vom Niedersächsischen Staatsgerichtshof kritisierten Kassenkreditniveaus bislang nicht erreicht wurde. Das Land ist daher aufgefordert, jetzt Gegenmaßnahmen zur Stützung der Kommunalfinanzen zu ergreifen.

Die Liquiditätskredite bedeuten nichts anderes, als dass die kommunalen Gebietskörperschaften zum Teil ihre Ausgaben für Soziales, Jugend, Schule und Personal durch unzulässige Kreditaufnahmen (Kontoüberziehung) finanzieren müssen. Anders als noch Anfang dieses Jahrtausends, als dieser Sachverhalt als intelligente Finanzierung sowie „Liquiditätsmanagement" abgetan wurde und noch im Jahr 2006, als der Eindruck erweckt wurde, als handele es sich um ein Problem einiger Großhaushalte[113], wird das Thema der Liquiditätskredite nun auch seitens des MF anerkannt. Danach nähmen die Kommunen Liquiditätskredite nicht nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe auf, sondern verwendeten diese vermehrt zur Finanzierung einer dauerhaften Deckungslücke im Finanzhaushalt. Diese Situation könne sich angesichts der aktuellen Herausforderungen weiter verschärfen.[114] Angesichts der Verursachung der hohen Liquiditätskredite durch das Land, durch seine fortwirkenden Eingriffe in den Finanzausgleich[115] und die ab 2024 dauerhaft geregelte Streichung der Zuweisungen des Landes nach § 5 Nds. AG SGB II sind für eine solche Reduzierung aber nachhaltige Maßnahmen des Landes gefordert. Dies gilt umso mehr, als bei einer Reihe von größeren Kommunen mit Finanzproblemen die Kommunalaufsicht nach Art. 57 Abs. 5 NV beim Land selbst verortet ist und somit eine Mitverantwortung bei ihm liegt.

f) Entschuldungshilfen/Stabilisierungshilfen

Nach den vorliegenden Daten hat sich die Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften zwar seit 2011 deutlich verbessert. Die Dauerkrisensituation nach der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg, den Energiepreissteigerungen und der Inflation führt jedoch zu massiven Ausgabesteigerungen, die durch Mehreinnahmen nicht mehr aufgefangen werden können. Der aktuelle Anstieg der Liquiditätskredite der Kommunen belegt diese Problemlage. Die Notwendigkeit der Rückführung hat der Niedersächsische Staatsgerichtshof in seiner Entscheidung vom 7.3.2008 festgestellt, als er wörtlich ausführte: „*Ein ständiger Einsatz neuer Kassenkredite ohne echte Rückzahlungsperspektive stellt dagegen einen Formmissbrauch dar … Der Gesetzgeber ist bei fortschreitender Konsolidierung des Landeshaushaltes jedoch verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die entgegen den gesetzlichen Vorschriften aufgenommenen Kassenkredite auf ein zulässiges Maß zurückgeführt werden.*"[116]

Mit der Änderung des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes[117] im Juni 2010 und der Möglichkeit der Ausreichung von Entschuldungshilfen für von Liquiditätskrediten besonders betroffene Kommunen hat das Land auf diese Problemlage zwar reagiert. 1,49 Mrd. Euro wurden durch entsprechende Entschuldungsverträge mit Kommunen gebunden. Die danach noch zur Verfügung stehenden Restmittel in Höhe von 555 Mio. Euro wurden in ein Nachfolgeprogramm, den sog. Stabilisierungshilfen in

[113] Bericht des MF vom 10.7.2006 S. 27.
[114] Bericht des MF, Fn.12, S. 34 f.
[115] Vgl. unter 6b) ii) Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs.
[116] NdsStGH, Urt. vom 7.3.2008 – Fn. 55.
[117] Gesetz vom 9.6.2010 – Nds. GVBl. S. 236.

§ 14b NFAG überführt.[118] Die Auszahlung der letzten Entschuldungs- bzw. Stabilisierungshilfen ist im Laufe des Jahres 2016 erfolgt.[119] Gleichwohl beläuft sich der Stand der kommunalen Liquiditätskredite zum 30.6.2025 auf 2,95 Mrd. Euro. Auch nach Auslaufen des Zukunftsvertrages und der Stabilisierungshilfen wird daher eine Anschlussregelung für eine weitere Rückführung kommunaler Liquiditätskredite benötigt. Hierfür steht das Land in der Verantwortung.

6. „Verteilungssymmetrie“

Dadurch, dass die Landesregierung in ihrer Beurteilung der Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften hauptsächlich auf das Kriterium der „Verteilungssymmetrie“ abstellt, negiert sie den verfassungsrechtlich garantierten Schutz des Kernbereichs der kommunalen Selbstverwaltung, der grundsätzlich auch eine finanzielle Mindestausstattung umfasst.[120] Nach der Verfassungsrechtsprechung zur „Verteilungssymmetrie“ ist der Anspruch der Kommunen auf eine im Vergleich zur Leistungsfähigkeit des Landes angemessene finanzielle Mindestausstattung erfüllt, wenn ihnen bei wertender Betrachtung ihrer finanziellen Situation die erforderlichen Mittel zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben unter Einschluss eines Mindestbestands an freiwilligen Selbstverwaltungsangelegenheiten zur Verfügung gestellt werden. Die vom Nds. StGH festgelegte Einschränkung, dass bei Unterschreitung dieser Grenze das Land im Rahmen des übergemeindlichen Finanzausgleichs die finanziellen Belange von Land und kommunaler Ebene im Sinne einer aufgabenparitätischen Verteilungssymmetrie gleich zu gewichten hat,[121] dürfte mit der bundesrechtlichen aus Art. 28 Abs. 2 GG abgeleiteten Gewährleistung einer finanziellen Mindestausstattung als *„abwägungsfesten Mindestposten“*[122] nicht im Einklang stehen.[123] Weiter ist der Gesetzgeber auch nach der Rechtsprechung des Nds. StGH verpflichtet, bei fortschreitender Konsolidierung des Landeshaushaltes dafür Sorge zu tragen, dass die entgegen den gesetzlichen Vorschriften aufgenommenen Kassenkredite auf ein zulässiges Maß zurückgeführt werden.[124] Angesichts der Tatsache, dass der Finanzierungssaldo des Landes in den Jahren 2016 bis 2019 erstmalig seit Jahrzehnten positiv ausgefallen war und nach zwei Krisenjahren seit 2022 wieder positiv und gleichzeitig um 2,5 (2022), 2,9 (2023) bzw. 5,5 (2024) Mrd. Euro besser ausfällt als derjenige der Kommunen, ist der Forderung des niedersächsischen Verfassungsgerichts nach Rückführung der Kassenkredite durch das Land nunmehr auch Folge zu leisten.

---

[118] Vgl. Art. 1 des Gesetzes vom 17.12.2015 (Nds. GVBl. S. 423).
[119] Mittelfristige Planung 2016 – 2020, S. 36; die Rückzahlung erfolgt noch bis 2040 – vgl. MiPla 2024 bis 2028 S. 34.
[120] Vgl. hierzu Nds. StGH, Urt. v. 16.5.2001 - StGH/6/99 u. a. - NdsVBl. 2001 S. 184, Thüringer VerfGH, Urt. v. 21.6.2005 - VerfGH 28/03 – NVwZ-RR 2005 S. 665; VerfGH RhPf, Urt. v. 14.2.2012 - VGH N 3/11 - DVBl. 2012, S. 432; StGH Hessen, Urt. v. 21.3.2013 - P. St. 2361 - NVwZ 2013, S. 1151.
[121] Nds. StGH, Urt. v. 7.3.2008 – StGH 2/05 – S. 15 des Urteilsabdruckes – Fn. 55.
[122] BVerwG, Urt. vom 30.1.2013 – 8 C 1.12 – BVerwGE 145, 378 [385].
[123] Vgl. die Ausführungen unter 4. Verfassungsrechtliche Grundlagen (Art. 58 NV).
[124] Nds. StGH, Urt. v. 7.3.2008 – StGH 2/05 – S. 26 des Urteilsabdruckes – Fn. 55.

a) „Finanzierungssaldo“

Als eines der Hauptbeurteilungskriterien für ihre Argumentation verwendet die Landesregierung nach wie vor die Finanzierungssalden von Land und kommunalen Gebietskörperschaften. Hierbei handelt es sich um eine Gegenüberstellung der bereinigten Einnahmen und der bereinigten Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge, also insbesondere ohne Kreditaufnahmen. Dieser Maßstab mag für den Vergleich staatlicher Ebenen – wie z. B. beim Bund-Länder-Finanzausgleich und der Festlegung der Umsatzsteueranteile durch Deckungsquotenvergleich – sinnvoll sein. Für den Vergleich zwischen einer staatlichen und der kommunalen Ebene ist der Finanzierungssaldo zumindest in der Vergangenheit jedoch ungeeignet. So hat die Deutsche Bundesbank wörtlich festgestellt: *„Während der Finanzierungssaldo für Bund und Länder eine zentrale Zielgröße ist, stellt sich dies bei den Kommunen angesichts besonderer haushaltsrechtlicher Vorgaben differenzierter dar.“* Weiter wird ausgeführt, dass selbst von einem Finanzierungsüberschuss einer Kommune noch nicht unmittelbar auf eine entspannte Haushaltslage mit entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten geschlossen werden kann.[125]

Dabei hat das Land seine Argumentation nunmehr komplett geändert. Früher wurde auf die gleichmäßige Entwicklung der Finanzierungssalden abgestellt. Bis zur Einführung der Schuldenbremse im Grundgesetz führte die Schuldenregel des Landes dazu, dass der Wert des Landes sehr viel negativer war als derjenige der Kommunen. Die Regelgrenze des Art. 71 NV a. F. ließ früher eine (Netto-)Kreditaufnahme zu, solange die eigenfinanzierten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen nicht überschritten wurden. Eine Tilgung von Krediten aus laufenden Haushaltsmitteln hat daher auch bis 2016 über 50 Jahre lang nicht stattgefunden.[126] Das staatliche Haushaltsrecht ließ in der Vergangenheit somit auch innerhalb der Regelgrenze des Art. 71 NV a. F. praktisch einen immer weiteren Anstieg der Verschuldung zu. Darüber hinaus war es dem Land möglich – ohne weitere Konsequenzen und ohne dass eine „Staatsaufsicht“ eingeschritten wäre – die verfassungsrechtliche Regelgrenze der Verschuldung von 2002 bis 2006 sowie 2009 und 2010 zu überschreiten. Die gute Wirtschaftslage in Kombination mit den Verpflichtungen aus der Schuldenbremse ab 2020 hat dazu geführt, dass 2016 im Landeshaushalt mit dem Jahresabschluss ein Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme gelang.[127] Erstmals in der Geschichte des Landes konnte mit dem Haushaltsplan 2017 dann auch planerisch ein Haushaltsausgleich ohne neue Schulden erreicht werden.[128] Im Haushaltsjahr 2018 wurde ein Rekordergebnis mit einem positiven Finanzierungssaldo von über 1,7 Mrd. Euro erwirtschaftet.[129] Im Jahr 2019 lag dieser nur unwesentlich darunter.[130] Insoweit ist erst durch die geänderte Verfassungslage eine Annäherung der Verschuldungsbegrenzungsregelungen im

[125] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli 2007, S. 30.
[126] Vgl. MiPla 2018 - 2022, S. 6.
[127] MiPla 2018 – 2022, S. 15.
[128] MiPla 2018 – 2022, S. 15; MiPla 2019 bis 2023 S. 16.
[129] MiPla 2019 bis 2023 S. 25; und dies ohne die sog. VW-Milliarde; mit ihr liegt der positive Finanzierungssaldo bei 2,7 Mrd. Euro – vgl. MiPla S. 17.
[130] Vgl. Finanzbericht des MF, Fn.12, Schaubild auf S. 16.

Haushaltsrecht von Land und Kommunen entstanden, die sich auch in den Finanzierungssalden niedergeschlagen hat. Bis auf die beiden Ausnahmejahre 2020 und 2021 hat sich der Finanzierungsaldo des Landes sehr viel besser entwickelt als derjenige der Kommunen. Die Differenz stieg von 2,5 Mrd. Euro (2022) über 2,9 Mrd. Euro (2023) auf knapp 5,5 Mrd. Euro (2024).[131] Während das Land jeweils rekordverdächtig positive Ergebnisse in diesen Jahren erwirtschaftete, stürzen die Kommunalfinanzen seit 2023 mit -1,4 Mrd. Euro und 2024 mit -4,0 Mrd. Euro regelrecht ab. Insoweit hat sich die Finanzlage extrem zu Gunsten des Landes verschoben. Anstelle hieraus nunmehr Konsequenzen für die vom Land postulierte Verteilungssymmetrie zu ziehen, ändert es einfach seine Argumentation:[132]

„Mit dem Grundsatz der Verteilsymmetrie (StGH) und des verfassungsrechtlichen Neuverschuldungsverbots stehen sich zwei in Einklang zu bringende verfassungsrechtliche Gebote gegenüber. Das im Beobachtungszeitraum bestehende Neuverschuldungsverbot entfaltete dabei aufgrund seiner verfassungsrechtlichen Verankerung unmittelbar Wirkung auf die vom Land im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zum Grundsatz der Verteilsymmetrie zu treffende Gesamtbetrachtung, und dies sowohl ex-post als auch ex-ante. Eine alleinige Berufung auf die Finanzsalden der Vergangenheit reicht daher zur Beurteilung der Einhaltung des Gebots einer gerechten und gleichmäßigen Verteilung bestehender Lasten zwischen Land und Kommunen nicht aus.“

Mit dieser Kehrtwende bewahrheiten sich die bereits bei der Verfassungsänderung zur Einführung der Schuldenbremse von kommunaler Seite befürchteten Folgen: Das Land saniert seinen Haushalt zu Lasten der Kommunen.[133] Die Kommunen werden zur „Schuldentoilette“ für Bund und Land gemacht.[134] Dabei bleibt allerdings völlig unverständlich, warum das Land in den Jahren 2022 bis 2024 im Ergebnis in Summe 5,5 Mrd. Euro positive Finanzierungssalden erwirtschaften kann, während die Kommunen im selben Zeitraum mit fast 5,4 Mrd. Euro negativ dastehen und dies ohne eine deutliche Entlastung durch das Land noch durch Art. 58 NV gedeckt sein soll.

Die Argumentation des MF kann aber aktuell allein schon deshalb keine Gültigkeit mehr besitzen, weil das Land bereits mit dem Nachtragshaushaltsplan 2025 von der Schuldenbremse in Art. 71 NV abweichen und die Verschuldungsspielräume des geänderten Art. 109 Abs. 3 GG nutzen will. Dies verschafft dem Land einen Kreditaufnahmespielraum von mindestens 1,4 Mrd. Euro zusätzlich, der sowohl im laufenden Jahr als auch im Zuge des Haushaltes 2026 aus Sicht der Landesregierung genutzt werden soll. Dann hätte das Land aber auch einen deutlich größeren Spielraum, um die Kommunalhaushalte wenigstens ein Stück weit zu entlasten. Dies wird im Finanzstatusbericht des MF allerdings nicht beleuchtet.

[131] Vgl. Finanzbericht des MF, Fn.12, Schaubild auf S. 16
[132] Finanzbericht des MF, Fn.12, S 4.
[133] Vgl. die seinerzeitige Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zum Gesetzentwurf, dokumentiert bei *Albers*, NdsVBl. 1999 S. 233, 239.
[134] Vgl. hierzu DNG 5/2024, S. 11.

Die kommunalen Gebietskörperschaften dürfen nach § 120 NKomVG Kredite nur für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aufnehmen. Sie unterliegen dabei der Kommunalaufsicht des Landes (Art. 57 Abs. 5 NV). Maßstab für die Kreditaufnahmemöglichkeit ist die dauernde Leistungsfähigkeit, die in § 23 der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) definiert ist und durch den Krediterlass[135] des Innenministeriums konkretisiert wird. Eine Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten darf für die Deckung der Auszahlungen für die ordentliche Tilgung nicht verwendet werden (§ 17 KomHKVO). Insoweit bestand in der Vergangenheit solange das geltende Recht Anwendung fand für eine Reihe von Kommunen praktisch keine Möglichkeit mehr zu einer weiteren Kreditaufnahme für Investitionen, da diese mit ihrer dauernden Leistungsfähigkeit nicht im Einklang stünde.[136] In vielen Gemeinden und Landkreisen fand daher jahrelang – trotz erheblichen Investitionsstaus[137] – eine leichte Entschuldung bei den Investitionskrediten statt, weil die Kommunalaufsichtsbehörden in der Vergangenheit keine höheren Kreditaufnahmen genehmigt haben. Die **Abnahme der Verschuldung**[138] bis zum Jahr 2008 ist somit kein Zeichen von abnehmendem Finanzbedarf, sondern **Zeichen von Finanzschwäche**, da die dauernde Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften nicht gegeben war.[139] Erst in den konjunkturell besseren Jahren ab 2011 ist wieder ein leichtes Anwachsen in den Kernhaushalten festzustellen, das sich ab 2019 deutlich beschleunigt hat.[140] Dies war ein deutlicher Beleg für den Zusammenhang zwischen verbesserter Finanzlage und Kreditaufnahmemöglichkeiten für Investitionen der Kommunen in der Vergangenheit. Das kommunale Haushaltsrecht war insoweit zur Schuldenbegrenzung ein wirksameres Instrument als es das staatliche Haushaltsrecht früher war.[141]

Diese Unterschiede für die Vergangenheit sind im Übrigen auch von anderen Institutionen anerkannt, wie z. B. der Deutschen Bundesbank.[142] Auch das Bundesministerium der Finanzen hat in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass die kommunale

---

[135] RdErl. des MI, Kreditwirtschaft der kommunalen Körperschaften einschließlich ihrer Sonder- und Treuhandvermögen vom 27.6.2025 (Nds. MBl. Nr. 342).

[136] Dies galt bereits früher für das „kamerale“ Haushaltsrecht. Nach § 22 der Gemeindehaushaltsverordnung waren die Kommunen verpflichtet, aus ihren laufenden Einnahmen die ordentliche Tilgung von Krediten zu finanzieren.

[137] Vgl. hierzu das KfW-Kommunalpanel 2025 unter www.kfw.de.

[138] Im Übrigen ist hier auf das Problem der Ausgliederungen hinzuweisen. Die Statistik versucht diesem Problem mit der integrierten Darstellung der kommunalen Schulden und der Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen zu begegnen. Danach belief sich die Gesamtsumme der integrierten Schulden der niedersächsischen Kommunen am 31.12.2016 auf 26,3 Mrd. Euro. Davon fielen auf die Kernhaushalte 12,0 Mrd., auf die Extrahaushalte 2,6 Mrd. und auf die sonstigen FEU. – vgl. *Ebigt/Koch*, Statistische Monatshefte 12/2017, S. 637, 639. Am 31.12.2023 beliefen sich die Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände insgesamt auf 39,8 Mrd. Euro. Davon entfielen auf die Kernhaushalte 16,1 Mrd. Euro, auf die Extrahaushalte 3,4 Mrd. Euro und die sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 20,3 Mrd. Euro – vgl. LSN – Schulden des Landes, der Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise sowie der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen am 31. Dezember 2023 – L III – j/2023 – Tabelle A.1.1.

[139] Folgerichtig stellt die Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2021 S. 55, 56 fest, dass Defizite infolge von kreditfinanzierten Investitionen sogar (umgekehrt) Finanzstärke widerspiegeln können.

[140] Vgl. hierzu LSN, Statistische Monatshefte 7/2018, S. 346 sowie die Übersichten in LSN, Statistische Monatshefte 6/2019 S. 311 und 7/2021 S. 374.

[141] Vgl. insoweit auch Deutsche Bundesbank, Fn. 142.

[142] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2000 S. 47; Monatsbericht Juli 2007 S. 33: „Um eine langfristige Überlastung der Haushaltswirtschaft durch den Schuldendienst abzuwenden, ist das kommunale Haushaltsrecht aber letztlich besser geeignet als die derzeitigen Vorgaben für Bund und Länder, da es den Vermögensverzehr wirksamer einschränkt. … Die Verpflichtung, Überschreitungen von Haushaltsgrenzen in den Folgejahren durch Überschüsse auszugleichen und letztlich den Verbrauch des Sachvermögens zu berücksichti-

Kreditwirtschaft restriktiveren Regelungen unterliegt als die von Bund und Ländern und sich die Verschuldung der Kommunen jeweils auch an ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu orientieren hat.[143]

Die unterschiedlichen Kreditaufnahmemöglichkeiten führten dazu, dass die kommunalen Gebietskörperschaften bei einem Vergleich der Finanzierungssalden in der Vergangenheit bis 2022 in der Regel besser abgeschnitten haben, da sie bei schlechter Finanzlage notwendige Kredite für wichtige Investitionsvorhaben kommunalaufsichtlich nicht mehr genehmigt bekamen. Der Finanzierungssaldo war insoweit ein ungeeignetes Instrument zur Beurteilung. Dies galt sowohl hinsichtlich der absoluten Höhe als auch im Zeitablauf. Wegen der Vorwirkungen der Schuldenbremse hat es allerdings ab 2016 eine historische Zäsur gegeben. Erstmalig seit vorher mehr als 30 Jahren ist der Finanzierungssaldo des Landes in den Jahren 2016 bis 2019 und wieder ab 2022 in erheblichem Maße positiv. Die Kommunalfinanzen befinden sich hingegen praktisch im freien Fall, auch weil das Land mit der Schaffung von § 182 Abs. 4 und 5 NKomVG den Kommunen zusätzliche Verschuldungsmöglichkeiten eingeräumt hat, ohne gleichzeitig weitere Einnahmemöglichkeiten zu schaffen. Der kommunale Finanzierungssaldo stieg exponentiell auf knapp 4 Mrd. Euro in 2024.

Die investive kommunale Verschuldung erhöhte sich im Vorjahr insgesamt um 2,0 Mrd. Euro auf 16,7 Mrd. Euro (+ 13,9 %). Die kommunale Kreditaufnahme erreichte damit eine Rekordhöhe, während das Land einen Teil seiner Schulden tilgen konnte. Bezeichnenderweise verzichtet der Finanzstatusbericht des MF 2025 auf die sonst übliche Darstellung der Kreditfinanzierungsquoten,[144] weil die Schieflage zwischen Landes- und Kommunalfinanzen ansonsten offen zu Tage träte. Die Investitionsverschuldung des Landes ist in den vergangenen Jahren nach einem zwischenzeitlichen Anstieg auf knapp 62 Mrd. Euro mit 54,7 Mrd. Euro Ende 2024 unter das Niveau des Jahres 2010 gesunken.[145] Die kommunale Investitionsverschuldung hat sich hingegen im gleichen Zeitraum von 7,7 Mrd. Euro auf 16,7 Mrd. Euro Ende 2024 mehr als verdoppelt. Allein in den vergangenen drei Jahren stieg sie um mehr als 4,5 Mrd. Euro an.[146]

Der Landesfinanzierungssaldo fällt weit besser aus als derjenige der kommunalen Gebietskörperschaften. Eine solche Situation permanent besserer Finanzierungssalden des Landes hat es in der Landesgeschichte bis 2015 nicht gegeben. Dabei muss nach wie vor berücksichtigt werden, dass für das Land mit dem Finanzierungssaldo ein Hinweis auf die Gesamtfinanzlage gegeben wird. Im kommunalen Finanzierungssaldo, der seit 2020 mit Ausnahme von 2022 negativ war, wird hingegen die Summe aller

gen, hat mit dazu beigetragen, die kommunalen Schulden deutlich enger zu begrenzen.“ Auch im Monatsbericht Juni 2021 S. 55, 56 weist sie darauf hin, dass die Kommunen bei der Schuldenfinanzierung relativ strengen Haushaltsregeln unterliegen.

[143] BMF, Finanzbericht 2016 S. 163.

[144] Vgl. für die Darstellung im Vorjahr noch den Finanzstatusbericht des MF 2024, S. 33.

[145] LSN, Fn. 95, Tabelle E: Entwicklung der Schulden und Kassenkredite/Liquiditätskredite Kernhaushalte

[146] LSN, Fn. 95, Tabelle E: Entwicklung der Schulden und Kassenkredite/Liquiditätskredite Kernhaushalte

Kommunen abgebildet. Dadurch wird ausgeblendet, wie viele Kommunen sich eigentlich in welchem Maße in einer schwierigen Situation befinden und dass sich die Situation ab 2024 noch dramatisch verschärft und weiter verschärfen wird.

b) „Teilhabeverhältnis“

Bei seinen Erwägungen weist das MF seit Jahren auf die “Vergleichende Darstellung der finanziellen Situation von Land und Gemeinden/GV“ vom Landesamt für Statistik Niedersachsen und die Entwicklung des Anteils der Gemeinden an den Gesamtsteuereinnahmen inklusive Finanzausgleichszahlung von Land und Kommunen hin.[147] Insoweit wird nach wie vor die Argumentation eines „Teilhabeverhältnisses“ der Kommunen an den Gesamtsteuereinnahmen im Lande ins Feld geführt. Auch wenn der Begriff selbst keine Verwendung mehr findet, wird gleichwohl weiterhin die Argumentation eines weitgehend gleichbleibenden Anteils der Kommunen an dem Gesamtsteueraufkommen in Niedersachsen fortgeführt, der sich im Jahr 2024 mit 37,8 % leicht oberhalb des Langzeitmittels bewege.[148] Ein solches „Teilhabe- oder Anteilsverhältnis“ besteht aber nicht.

Auch die erstmalig vom MF vorgenommene Ausdehnung der Betrachtung auf den Zeitraum der Steuerschätzung und damit der mittelfristigen Planung[149] führt zu keiner anderen Betrachtung. Einerseits ist die Steuerschätzung wegen der unsicheren Grundlage der Prognose der Wirtschaftsentwicklung gerade in den mittelfristigen Planjahren nur bedingt aussagefähig. Steuerrechtsänderungen lassen sich dabei ebenfalls nicht vorhersehen. Andererseits werden bei der Darstellung des MF unterschiedliche Daten gegenübergestellt. Während das Land in seinen Daten auch erwartete Steuerrechtsänderungen und übrige Risikovorsorge aufnimmt – was von kommunaler Seite grundsätzlich nicht kritisiert wird – fehlen entsprechende Korrektur für die kommunale Steuerschätzung. Insbesondere die Änderungen bei der Einkommensteuer auf Grund der Existenzminimumsberichte führen alle zwei Jahre zu erheblichen Anpassungen der Erwartungen nach unten, die beim Land eingepreist sind; bei den Kommunen – wie auch weitere erwartete Risiken – aber nicht. Insoweit ist die Darstellung der kommunalen Daten in jedem Fall überhöht und für einen Vergleich in dieser Form nicht geeignet.[150]

i) Fehlender Aufgabenbezug

Die kommunalen Gebietskörperschaften haben nach Art. 106 Abs. 7 Satz 1 GG einen Anspruch auf einen prozentualen Anteil am Gesamtaufkommen des Länderanteils an

[147] Bericht des MF, Fußnote 9, S. 9 und 42.
[148] Bericht des MF, Fußnote9, S. 9.
[149] Bericht des MF, Fußnote9, S. 41 f.
[150] Dabei ist der im Bericht des MF, Fußnote9, S. 42 gegebene Hinweis irrelevant: *„Inwiefern die Kommunen bei Ihren Planungen analog zum Land auch entsprechende Vorsorgen eingestellt haben, ist dem Land nicht bekannt.“* Das Land nimmt für die Darstellung keine aggregierten kommunalen Daten, sondern die Ergebnisse der Steuerschätzung für die Kommunen ohne Berücksichtigung entsprechender Vorsorgen.

den Gemeinschaftssteuern (obligatorischer Steuerverbund), der – im Rahmen des fakultativen Steuerverbundes – auch auf die Landessteuern ausgedehnt werden kann (Art. 106 Abs. 7 Satz 2 GG). Mit diesem prozentualen Anteil kommt das Land seinem Verfassungsauftrag aus Art. 58 NV nach, den kommunalen Gebietskörperschaften die notwendigen Mittel für einen aufgabengerechten kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung zu stellen. Der Finanzbedarf der kommunalen Gebietskörperschaften leitet sich somit aus ihrem Aufgabenbestand her. Dieser besteht zum größten Teil aus gesetzlichen Pflichtaufgaben des eigenen Wirkungskreises sowie zugewiesenen staatlichen Aufgaben. Die Höhe, der den kommunalen Gebietskörperschaften zur Verfügung zu stellenden Mittel, kann daher nicht als prozentualer Anteil der **insgesamt** von Land und Kommunen eingenommenen Steuern und vergleichbaren Einnahmen festgelegt werden, da bei einer solchen Betrachtung der Aufgabenbezug fehlt.

ii) Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs

Darüber hinaus wird durch die Bildung des „Einnahmeverbundes“ verdeckt, dass die kommunalen Gebietskörperschaften im Rahmen ihrer Haushaltskonsolidierung erhebliche Anstrengungen auch auf der Einnahmenseite insbesondere durch die Erhöhung ihrer Steuerhebesätze vorgenommen haben. Dies gilt besonders für die Kommunen, die einen Entschuldungs- oder Stabilisierungsvertrag mit dem Land abgeschlossen haben. Träfe die Betrachtung des Landes zu, so könnte es automatisch bei einer Erhöhung der kommunalen Steuerhebesätze die den Gemeinden dadurch zusätzlich zufließenden Steuereinnahmen durch Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs praktisch „abschöpfen“. Dass dieses ein tatsächliches Problem ist, das in der Vergangenheit bereits aufgetreten ist, ergibt sich aus Folgendem:

Das Land hat beginnend 1987 den kommunalen Finanzausgleich durch folgende Maßnahmen dauerhaft reduziert:

- ab 1987 Deckelung der Zuwachsraten, damit die Städte, Gemeinden und Landkreise nicht in voller Höhe an den deutlichen Mehreinnahmen des Landes teilhaben;
- 1990 Neufestlegung des Steuerverbundes und der Steuerverbundquote, dabei Reduzierung des Finanzausgleichs gegenüber der alten Steuerverbundquote um 500 Mio. DM;
- 1991 Einführung der ungerechtfertigten Solidarbeitragsumlage mit 131 Mio. DM (1992 = 235 Mio. DM; 1993 = 350 Mio. DM; 1994 = 390 Mio. DM);
- 1995 Herausnahme der Gewerbesteuerumlage und Grunderwerbsteuer aus dem Steuerverbund, dadurch Kürzung um 189 Mio. DM in 1995 (bis zum Jahr 1998 stieg dieser jährliche Verlust bereits auf 302 Mio. DM; für 2024 beträgt der rechnerische Verlust der Kommunen gut 150 Mio. Euro); gleichzeitig Einführung der ungerechtfertigten Einheitsumlage in Höhe von 488 Mio. DM;
- 1996 Kürzung um 500 Mio. DM durch Haushaltsgesetz; Einheitsumlage = 465 Mio. DM;
- 1997 Kürzung um 500 Mio. DM durch Haushaltsgesetz; Einheitsumlage = 497 Mio. DM;

- 1998 Kürzung um 500 Mio. DM durch Haushaltsgesetz; Einheitsumlage = 502 Mio. DM;
- 1999 Neufestlegung des Steuerverbundes; statt Rückgabe der Einheitsumlage und Rücknahme der Kürzung um 500 Mio. DM wurden nur 110 Mio. DM in den Finanzausgleich zurückgegeben; die Höhe der Zuweisungen wurde durch die Überführung von Kostenerstattungen (Kita-Finanzhilfen; Heimerziehung und bisheriger kommunaler Steuerbeteiligungen: 33% der Grunderwerbsteuer) geschönt;
- 2005 Kürzung der Steuerverbundquote um 1,05 v. H. und damit dauerhaft fortwirkende Reduzierung um jährlich 150 Mio. Euro – in der Tendenz steigend;
- 2007 Erhöhung der Steuerverbundquote um 0,46 v. H. Der Eingriff des Jahres 2005 wirkt danach noch in Höhe von weit über 150 Mio. Euro jährlich fort.[151]

Von 2005 an war das Land bei der Weiterleitung der bei ihm durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eingesparten Wohngeldmittel durch die Zuweisungen nach § 5 Nds. AG SGB II und § 6b des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) für zehn Jahre zunächst ein verlässlicher Partner, bevor es notwendige Steigerungen für die Kommunen nicht mehr vornahm. Ab 2017 wurde der Betrag einseitig auf jährlich 142,8 Mio. Euro festgelegt. Sodann wurde der Betrag ab 2022 sukzessive gekürzt, die in einer kompletten Streichung in 2024 mündete. Dies stellt im Ergebnis einen weiteren einseitigen Eingriff in die kommunale Finanzausstattung dar.[152] Dieser tritt zu den fortwirkenden Eingriffen in den kommunalen Finanzausgleich hinzu.

Zuletzt ist festzuhalten, dass auch die spezifischen Abzugsbeträge nach § 1 Abs. 1 S. 2 NFAG immer weiter ansteigen. Zwar ist grundsätzlich anzuerkennen, dass hier Entflechtungen von spezifischen Mittelzuweisungen des Bundes vorgenommen werden, die das Land insbesondere über die Umsatzsteuer erhält. Allerdings ist bei dem mittlerweile erreichten Umfang dieser Entflechtungen fraglich, ob nicht eine allgemeine Teilhabe der Kommunen an zweckungebundenen Steuermitteln ohne Betrachtung spezifischer Aufgaben erfolgen müsste.

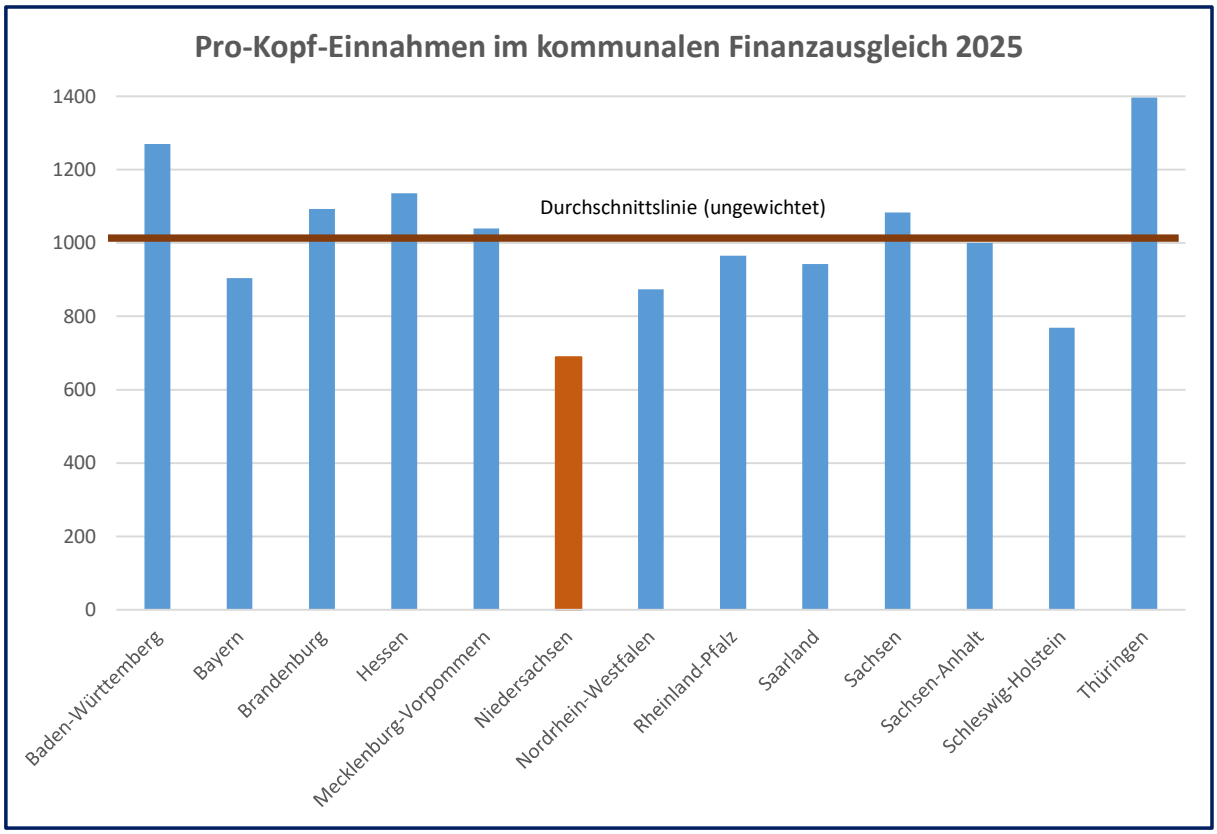
iii) Gesamtwirkung der Kürzungen/Schlusslicht im Bundesvergleich

Auch wenn sich die Höhe der fortwirkenden Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich wegen der vielen Änderungen nur schwer bis in die letzte Einzelheit ermitteln lässt, muss doch festgestellt werden, dass die kommunale Finanzmasse durch die bisherigen Maßnahmen des Landes ab 2007 permanent um über 650 Mio. Euro jährlich reduziert wurde. Angesichts der erheblich gestiegenen Steuereinnahmen des Landes dürfte die jährliche Folgewirkung inzwischen bei deutlich über einer Milliarde Euro liegen. Die Gesamtsumme des kommunalen Finanzausgleichs lag aus diesem Grunde in 2005 und 2006 unter dem Niveau von 1992. 2011 wuchs das Niveau auf über 3,1

[151] Vgl. LT-Drs. 15/3988 S. 2; auch für die Jahre 2008 und 2009 dürfte die Folgewirkung noch bei annähernd 100 Mio. Euro liegen. Wegen des seit 2017 deutlich gestiegenen Gesamtniveaus des kommunalen Finanzausgleichs dürfte die Folgewirkung ab 2024 bei deutlich über 300 Mio. Euro jährlich liegen.

[152] Zu Einzelheiten vgl. die grundsätzliche Kritik unter 1. Vorbemerkung.

Mrd. Euro an. Seither steigt der kommunale Finanzausgleich proportional zu den Steuereinnahmen des Landes an und erreichte in den letzten Jahren bis 2023 jeweils Rekordhöhen, weil die Landeseinnahmen jeweils auf Rekordhöhen anwuchsen. 2024 und 2025 war hingegen jeweils ein leichter Rückgang zu verzeichnen.



Die Gesamtentwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die mehrfachen und fortwirkenden Eingriffe des Landes bis 2005 dazu geführt haben, dass die niedersächsischen Kommunen im Verhältnis zu den übrigen 13 Flächenländern pro Kopf sowohl im Jahr 2005 als auch in den Jahren 2015 bis 2025 die geringsten Finanzausgleichsleistungen im Bundesvergleich erhielten.[153] Dies ist den fortdauernden Eingriffen in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und in 2005 geschuldet.

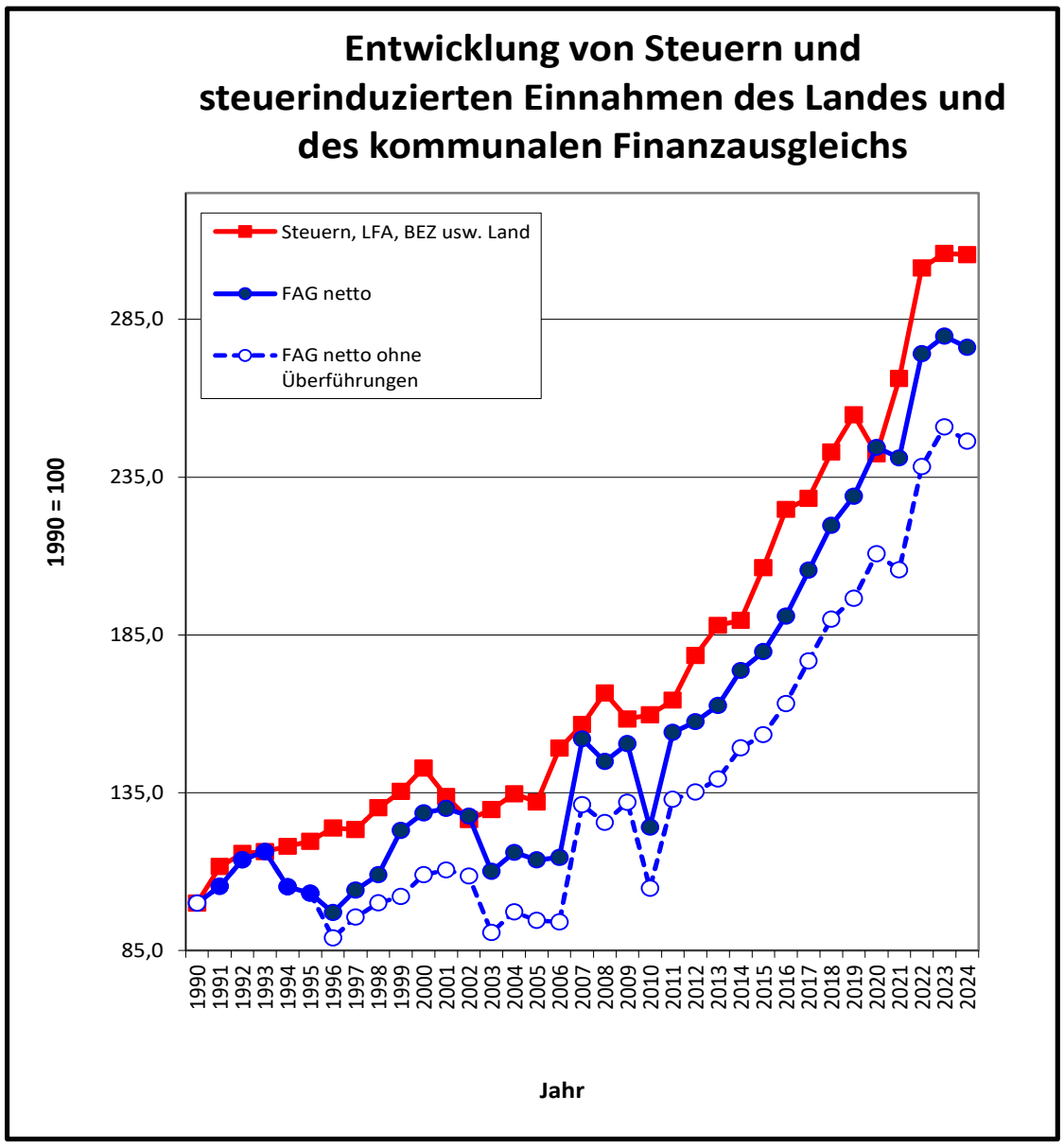
Mit der in 2024 vollständig wirkenden Streichung des Landeszuschusses SGB II haben sich die Eingriffe auf insgesamt weit über **1 Mrd. Euro jährlich** in den vergangenen gut 30 Jahren summiert. Das ist Geld, das den Kommunen jährlich fehlt und zur dauerhaften Finanzierung des Landeshaushaltes dient.

[153] Vgl. hierzu die Übersicht in „Der Landkreis“ 9/2015 S. 377, 8-9/2016 S. 384, 10/2017 S. 444, 10/2018 S. 525, 10/2019 S. 505, 10/2020 S. 493 10/2021 S. 493, 10/2022 S. 543, 10/2023 S. 472, 10/2024 S. 565 und die noch ausstehende Veröffentlichung in Heft 10/2025. Im Jahr 2005 erhielten die niedersächsischen Kommunen mit 288 Euro je Einwohner rd. 68 Euro je Einwohner weniger als die Kommunen im Saarland; im Jahr 2016 bekamen sie mit 473 Euro je Einwohner rd. 50 Euro je Einwohner weniger als die Kommunen in Schleswig-Holstein. 2025 liegt der Betrag in Niedersachsen bei 689 Euro je Einwohner und damit um 80 Euro je Einwohner hinter Schleswig-Holstein und 185 Euro je Einwohner hinter Nordrhein-Westfalen. Der ungewichtete Durchschnitt liegt bei 1.012 Euro je Einwohner; Niedersachsen liegt damit 323 Euro/Einwohner unter dem Durchschnitt.

iv) Kommunaler Finanzausgleich als Reservekasse des Landes

Dass die kommunalen Gebietskörperschaften sehr stark als „Reservekasse“ des Landes benutzt wurden, wird deutlich an der Entwicklung des Anteils des kommunalen Finanzausgleichs an den Einnahmen des Landes aus Steuern und steuerinduzierten Einnahmen.

Bei gleich bleibender Verbundquote müsste sich der Anteil des kommunalen Finanzausgleichs an den Steuern und steuerinduzierten Einnahmen des Landes[154] parallel entwickeln. Wie aus der Linie „FAG netto“ im nachfolgenden Schaubild ersichtlich ist, hat sich dieser Anteil aber Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts wegen der Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich deutlich reduziert; eine parallele Entwicklung beim Finanzausgleich (netto) auf niedrigerem Niveau findet danach in etwa ab 1998 wieder statt. Verschiebungen ergeben sich seit 2007 nur noch durch die zeitliche Wirkung der Steuerverbundabrechnung.



[154] Die Steuern und steuerinduzierten Einnahmen einschl. Kfz-Steuer-Kompensation und Förderabgabe entstammen der Tabelle im Anhang des Finanzberichts des MF, Fn. 9, S. 53, sowie den Berichten der Vorjahre.

Hierbei bleibt jedoch unberücksichtigt, dass die Finanzmasse des kommunalen Finanzausgleichs durch mehrere Maßnahmen, die ursächlich nicht in Art. 58 NV lagen, inzwischen geschönt dargestellt ist:

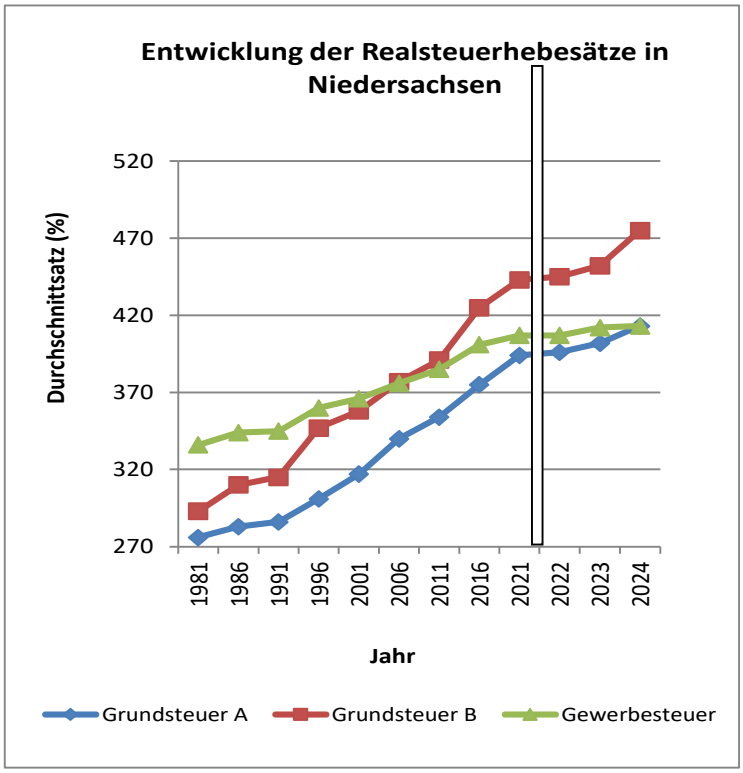
- Mit der Umstellung des Kindergeldes auf eine steuerliche Leistung zum 1.1.1996 wurden die entsprechenden Kompensationsmittel aus dem höheren Umsatzsteueraufkommen des Landes als Zuweisungen zum Ausgleich des Familienleistungsausgleichs in den kommunalen Finanzausgleich überführt. Hierbei handelt es sich um eine gesonderte Erstattung, bei der die Länder zugesagt hatten, die Mittel „voll und fair“ an die kommunalen Gebietskörperschaften weiterzuleiten (Größenordnung ca. 180 Mio. Euro jährlich).
- Die frühere Steuerbeteiligung der Landkreise und kreisfreien Städte an der Grunderwerbsteuer wurde zum 1.1.1999 in den kommunalen Finanzausgleich überführt (Größenordnung zunächst zwischen 120 und 140 Mio. Euro jährlich; inzwischen rd. 340 Mio. Euro).
- Die Kostenerstattungen für Heimerziehung und Familienhilfe wurden zum 1.1.1999 in den kommunalen Finanzausgleich überführt (Größenordnung ca. 80 Mio. Euro jährlich).

In allen drei Fällen wurden Finanzmittel, die eigentlich außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs abzugelten waren, in das System überführt. Rechnet man diese Größenordnungen heraus (gestrichelte Linie im Schaubild) ist festzustellen, dass der kommunale Finanzausgleich ohne diese weiteren Positionen sich 2006 unter dem Niveau von 1990 bewegt und die eigentliche Zuweisungsmasse zwischen 1990 und 2006 zwar Schwankungen unterlegen war, sich ihr Niveau aber bis 2007 nie deutlich verändert hat, während die Steuern und die steuerinduzierten Einnahmen des Landes einen deutlichen Anstieg verzeichneten. Erst mit den erheblich gestiegenen Steuereinnahmen ab 2006, die sich im kommunalen Finanzausgleich ab 2007 niederschlugen, ist in der langfristigen Sicht ein deutlicher Anstieg des kommunalen Finanzausgleichs festzustellen. Allerdings bewegt sich diese Linie drastisch unter dem Niveau der exorbitant gestiegenen Einnahmen des Landes. Ausnahme bildet nur der Ausreißer in 2020, der auf Corona-Hilfen von Bund und Land zurückzuführen war. Ab 2021 ist dieser Sondereffekt aber nicht mehr vorhanden.

Es wird die Vorgehensweise des Landes Ende des letzten Jahrtausends deutlich, Finanzmittel, die außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs gewährt werden, zunächst in das System zu überführen, um zu späteren Zeitpunkten einen Eingriff in die – dann höheren – Zuweisungen an die Kommunen vornehmen zu können. Die aktuelle Höhe darf somit nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der kommunale Finanzausgleich tatsächlich deutlich unterproportional zu den Steuern und steuerinduzierten Einnahmen des Landes entwickelt hat. In Zahlen ausgedrückt haben sich die Steuer- und steuerinduzierten Einnahmen des Landes von 1990 mit 11,6 Mrd. Euro auf 35,4 Mrd. Euro in 2024 um 205 % erhöht. Die, um die Sondereffekte bereinigten, Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich (netto ohne Überführungen) stiegen aber im vergleichbaren Zeitraum nur um 146 % von 2,0 Mrd. Euro auf geschätzt 4,982 Mrd. Euro.

v) Verstoß gegen die kommunale Finanzhoheit

Durch die fortdauernden Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich hat sich seit Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts eine Finanzkrise der kommunalen Gebietskörperschaften in Niedersachsen entwickelt, die nach einer positiven Phase im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrtausends ab 2023 zwischenzeitlich bedrohliche Ausmaße erreicht hat und sich dramatisch fortsetzt. In ihren Bemühungen um Haushaltskonsolidierung haben die Städte und Gemeinden zwischen 1991 und 2024 ihre Hebesätze deutlich erhöht. Dies gilt insbesondere für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer. Ein nicht unerheblicher Anteil der kommunalen Steuermehreinnahmen dürfte daher auch auf eigene Hebesatzentscheidungen der Kommunen zurückzuführen sein.



Entwicklung der Realsteuerhebesätze

Jahr	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer
	Durchschnittshebesätze		
1981	276	293	336
1986	283	310	344
1991	286	315	345
1996	301	347	360
2001	317	358	366
2006	340	377	376
2011	354	391	385
2016	375	425	401
2021	394	443	407
2022	396	445	407
2023	402	452	412
2024	413	475	413

Quelle: Daten des LSN

Diese Entscheidungen über Steuererhöhungen sind Teil der verfassungsrechtlich geschützten kommunalen Steuer- und Abgabenhoheit als Teil der Finanzhoheit der Kommunen.[155] Unter dem Blickwinkel eines „Teilhabeverhältnisses“ sah sich das Land in der Vergangenheit berechtigt, den kommunalen Finanzausgleich zu kürzen bzw. in 2007 diese Kürzung nur teilweise wieder zurückzunehmen. Die in dem Schaubild erkennbare Entwicklung belegt, dass in der Vergangenheit auch tatsächlich durch Anspannung der Hebesätze erzielte kommunale Mehreinnahmen durch Kürzungen im Finanzausgleich abgeschöpft worden sind.

Durch die **Abschöpfung der** im Rahmen der kommunalen Hebesatzautonomie erzielten **Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen** entsteht im Übrigen ein erhebliches verfassungsrechtliches Problem. Die durch eigene Hebesatzanstrengungen erhöhten kommunalen Steuereinnahmen dienen nicht mehr der Finanzierung eigener Aufgaben, sondern führen bei einer Betrachtung des „Teilhabeverhältnisses“ bzw. Anteilsverhältnisses an den Steuereinnahmen zu einer Absenkung des kommunalen Finanzausgleichs. Die fiskalische Äquivalenz zwischen Aufgabenbelastung und eigenen Einnahmenbeschaffungsmöglichkeiten geht hierdurch verloren. Die verfassungsrechtlich abgesicherten Elemente der Finanzhoheit der kommunalen Gebietskörperschaften und ihrer Einnahmeautonomie werden ausgehöhlt.

Die Folgen der Grundsteuerreform stellt die kommunalen Körperschaften vor weitere Herausforderungen. Einerseits nimmt die administrative Umsetzung dieser wichtigen Steuereinnahme erhebliche Ressourcen in den kommunalen Verwaltungen in Anspruch. Andererseits wird der Paradigmenwechsel bei der Grundsteuer B von einem wertebasierten zu einem äquivalenzbasierten Ermittlungsverfahren, sowie die Verschiebungen in der Steuerbasis zwischen Grundsteuer A und Grundsteuer B, bei zahlreichen Kommunen zu realen Einnahmeverlusten führen, da nicht überall eine über beide Grundsteuerarten wirklich aufkommensneutrale Erhebung durchsetzbar sein wird. Zudem geht den Städten und Gemeinden unter dem Postulat der Aufkommensneutralität bei erheblichen Verwerfungen durch die skizzierte Systemumstellung eines der wenigen, aber dringend benötigten eigenen Steuerungsinstrumente zur Herstellung eines ausgeglichenen Haushalts verloren.

7. Verweis auf Entlastungsmaßnahmen

Das MF hat in seinem Finanzbericht erstmalig auch umfangreiche Hinweise zu Entlastungsmaßnahmen auf Bundes- und Landesebene[156] gegeben, nachdem diese in den Vorjahren allenfalls punktuell angesprochen wurden. Hierzu muss zunächst festgestellt werden, dass die genannten bereits umgesetzten Maßnahmen schon in den statistischen Daten zur kommunalen Haushaltssituation enthalten sind. Insoweit haben diese Maßnahmen den Absturz der Kommunalfinanzen offensichtlich nicht verhindert.

[155] Vgl. hierzu *Pünder/Waldhoff,* in: *Henneke/Pünder/Waldhoff*, Recht der Kommunalfinanzen, § 1, Rn. 10 ff.
[156] Bericht des MF, Fußnote 9, S. 43 ff.

Soweit das Land auf weitere Investitionsförderungen im Rahmen des Paktes für Kommunalinvestitionen und die Sondervermögen des Bundes[157] verweist, sind diese Finanzierungen zwar grundsätzlich zur Stützung der Kommunalinvestitionen zu begrüßen. Sie helfen aber praktisch kaum, um die Kommunalhaushalte wieder zu dem gesetzlich nach § 110 NKomVG geforderten Ausgleich zu bringen. Die Zahlungen „WohngeldPlus-Reform ab 2025“[158] stellen lediglich einen Konnexitätsausgleich dar, der die zusätzlichen kommunalen Kosten nicht einmal zur Hälfte abdeckt.[159] Die Ko-Finanzierung des Krankenhaustransformationsfonds[160] durch das Land ist zwar ebenfalls begrüßenswert. Gleichwohl ist hiermit keine kommunale Haushaltsverbesserung verbunden, sondern nur die Vermeidung zusätzlicher Belastungen. Gleiches gilt für den Hinweis auf die Kompensation von Steuermindereinnahmen durch bundesgesetzliche Steuerrechtsänderungen.[161] Zwar ist die Absicht des Landes positiv zu bewerten, die Gewerbesteuer-Offshore[162] Einnahmen ab 2026 einer oder mehrerer hebeberechtigten niedersächsischen Kommunen zuzuweisen. Die kommunalen Spitzenverbände hatten allerdings schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine kommunale Steuer handelt und zumindest um eine kommunale Beteiligung gebeten. Insoweit wird mit der beabsichtigten Neuregelung der vom Bundesfinanzhof bestätigten Zuordnung des Gewerbesteueraufkommens an die Städte und Gemeinden nachvollzogen. Gleichwohl werden hiervon möglicherweise direkt zumindest im überwiegenden Maße nur eine oder einzelne Kommunen partizipieren.

Allein die beabsichtigte Dynamisierung der Jahreswochenstundenpauschale gemäß NKitaG[163] stellt eine tatsächliche Entlastungsmaßnahme für die Ergebnishaushalte dar, die aber allein schon deshalb erforderlich ist, weil aktuell zwischen gesetzlich zugesagter Finanzhilfe und tatsächlicher Leistung wegen der unzureichenden Jahreswochenstundenpauschale eine erhebliche Lücke klafft.[164] Von kommunaler Seite wird dieser Schritt gleichwohl nachhaltig begrüßt.

Insgesamt muss allerdings festgehalten werden, dass die meisten Maßnahmen – bis auf die Änderungen bei der Finanzierung der Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen – nur bedingt geeignet sind, die kommunalen Haushaltsprobleme auch nur ansatzweise zu lösen.

---

[157] Bericht des MF, Fußnote 9, S. 43 ff. unter Nr. 8.2.2 „Pakt für Kommunalinvestitionen“, 8.2.6 „Beteiligung der Kommunen am Sondervermögen Investitionen und Klimaneutralität des Bundes“ und 8.2.8 „Neues Bundesprogramm zu Gewährung von Finanzhilfen für gesamtstaatliche bedeutsame Investitionen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur.

[158] Bericht des MF, Fußnote 9, S. 44 unter Nr. 8.2.1.

[159] Vgl. hierzu die Ausführungen unter 3. Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips zum 1.1.2006 (Art. 57 Abs. 4 NV), b) Wohngeld-Plus auf S. 12.

[160] Bericht des MF, Fußnote 9, S. 45 unter Nr. 8.2.5.

[161] Bericht des MF, Fußnote 9, S. 46 unter Nr. 8.2.7.

[162] Bericht des MF, Fußnote 9, S. 44 unter Nr. 8.2.3.

[163] Bericht des MF, Fußnote 9, S. 44 unter Nr. 8.2.4.

[164] Vgl. hierzu unter 3. Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips zum 1.1.2006 (Art. 57 Abs. 4 NV), a) Kindertagesstätten, S. 11.

8. Notwendigkeit weiterer Entlastungsmaßnahmen

Es bleibt weiter bei der Notwendigkeit, einer deutlichen Erhöhung der Steuerverbundquote im kommunalen Finanzausgleich zur Abmilderung der schwierigen kommunalen Finanzsituation. Daneben ist aber ein auch vom Niedersächsischen Staatsgerichtshof gefordertes umfassendes Entschuldungsprogramm des Landes aus eigenen Mitteln zur Rückführung von Liquiditätskrediten (Kassenkrediten) im Anschluss an die auslaufenden Entschuldungsmaßnahmen einzuführen. Die umgesetzten Entschuldungs- und Stabilisierungshilfen nach § 14a ff. NFAG[165] haben nicht ausgereicht, um das Problem zu lösen. Dabei zeigt sich auch, dass die Haushaltslage des Landes mit Ausnahme der beiden Krisenjahre 2020 und 2021 sich deutlich besser darstellt als diejenige der Kommunen. Während letztere aktuell eine massive Verschlechterung ihrer Finanzsituation mit Rekorddefizten erfahren, sieht das Land sich in der Lage zusätzliche Belastungen wie die zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer sowie ein umfassendes Investitionsprogramm aus laufenden Haushaltsmitteln zu finanzieren.[166] Den Kommunen helfen die Investitionsprogramme zur Behebung der aktuellen Haushaltsprobleme nur bedingt. Einzig die angekündigte Anpassung der Finanzhilfen für Kindertagesstätten auf eine realistische Größenordnung durch Anpassung der Personalkosten stellt eine Entlastung im konsumtiven Bereich dar, die aber lediglich zu einer Einhaltung der gesetzlich bereits zugesagten Höhe der Finanzhilfe wegen der Berücksichtigung der Personalkostensteigerungen führen dürfte.

Soweit das Land wegen anderer Prioritäten und mit Blick auf die nur z. T. in Art. 109 Abs. 3 GG gelockerte „Schuldenbremse“ sich gleichwohl nicht in der Lage sehen sollte, den kommunalen Gebietskörperschaften höhere Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich zu gewähren, enden hier die gesetzgeberischen Möglichkeiten des Finanzausgleichsgesetzgebers. Der Spielraum des Landesgesetzgebers insgesamt endet an dieser Stelle jedoch nicht. Dann steht das Land in der Pflicht, die gesetzlichen Pflichtaufgaben so zu reduzieren, dass die kommunalen Gebietskörperschaften ihre Einnahmen und Ausgaben auch unter Berücksichtigung eigener Einsparanstrengungen zum Ausgleich bringen können.

Der Niedersächsische Staatsgerichtshof hat insoweit wörtlich festgestellt: *“Sofern den Kommunen die Wahrnehmung freiwilliger Selbstverwaltungsangelegenheiten unmöglich wird, weil die zur Verfügung stehenden Finanzmittel auf Grund ihrer Pflicht zur Erfüllung landesgesetzlich vorgeschriebener Aufgaben bzw. Standards der Aufgabenerfüllung bereits ausgeschöpft sind, ist das as Land mit Blick auf Art. 58 NV, wenn nicht verpflichtet, das Ausgleichsvolumen entsprechend zu erhöhen, dann aber verpflichtet, neue Steuerquellen zu erschließen, oder aber, sofern dies angesichts der Finanzlage ausgeschlossen ist, gehalten, die landesgesetzlich verursachten Kosten für die Erfüllung der Aufgaben des eigenen Wirkungskreises durch eine Verminderung der Zahl der Pflichtaufgaben bzw. eine Senkung der bei der Aufgabenerfüllung einzuhaltenden*

[165] Vgl. unter 5 f) Entschuldungshilfen/Stabilisierungshilfen.
[166] Vgl. die Pressemitteilung der Niedersächsischen Staatskanzlei zur Haushaltsklausur vom 30.6.2025.

Standards zu reduzieren. Soweit es sich um bundesgesetzliche Aufgabenzuweisungen und Standards handelt, muss das Land einen entsprechenden Einfluss im Bundesrat geltend machen.“[167]

Angesichts eines Kassenkreditbestandes von aktuell knapp 2,95 Mrd. Euro besteht für eine Reihe von Kommunen weiterhin erheblicher Handlungsbedarf. Insoweit geht es um eine Konzentration der öffentlichen Hand auf das politisch noch Machbare statt ständig neuer Versprechungen, wie es die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens bereits in ihrem Positionspapier von Oktober 2023 gefordert hat.[168]

Obwohl die kommunalen Spitzenverbände in der Vergangenheit immer wieder auf die Möglichkeit und Notwendigkeit einer grundlegenden Aufgabenentlastung[169] hingewiesen und hierzu konkrete eigene Vorschläge vorgelegt hatten, hat das Land bis heute keine durchgreifenden Maßnahmen ergriffen, um die kommunalen Gebietskörperschaften tatsächlich in dem notwendigen Umfange zu entlasten. Gleiches gilt für den angekündigten Bürokratieabbau, für den die kommunalen Spitzenverbände umfassende Vorschläge vorgelegt haben.[170] Die notwendigen Schritte des Landesgesetzgebers hierzu sind weiterhin nicht erkennbar. Positive Entwicklungen im Landeshaushalt, wurden dafür verwandt, landespolitisch neue Zielsetzungen vorzunehmen, wie es jetzt erneut geschieht. Insoweit stellt sich nach wie vor die Aufgabe des Landes, die Finanzsituation der Kommunen entweder auf der Einnahme- oder durch Abbau gesetzlicher Vorgaben auf der Aufgabenseite nachhaltig zu verbessern. Daher müsste eine weitere Unterstützung der von Liquiditätskrediten besonders betroffenen Kommunen und eine Erhöhung der Steuerverbundquote vorgenommen werden.

Es ist dringend an der Zeit, jetzt zu handeln, um auch in Zukunft handlungsfähige Kommunen in Niedersachsen zu erhalten.

[167] Nds. StGH, Urt. v. 16.5.2001 - StGH 6/99 u. a. - NdsVBl. 2001 S. 184, 189, Urt. v. 7.3.2008 – StGH 2/05 – S. 18 des Urteilsabdruckes.

[168] Das Positionspapier ist abrufbar unter www.nlt.de -> Verbandspositionen.

[169] Vgl. z. B. Erwartungen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens an den neuen Landtag und die neue Landesregierung vom April 2003, die u. a. an alle Landtagsabgeordneten versandt worden sind.

[170] Vgl. hierzu die Presserklärung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens vom 28.5.2025, der ein umfangreiches Forderungspapier beigefügt war.

Niedersächsischer Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Hannover, den 14.10.2025
83/85/1523-83

V o r l a g e 2

zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Diese Vorlage enthält unsere Formulierungsvorschläge und Anmerkungen **zu den Artikeln 1, 2 und 8 bis 13** des o. g. Gesetzentwurfs. Sie sind mit den zuständigen Fachministerien abgestimmt, soweit nichts anderes angemerkt ist.

Dr. Oppenborn-Reccius

Per E-Mail zu verteilen an:
Ausschuss für Haushalt und Finanzen
Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
Ausschuss für Inneres und Sport
Kultusausschuss
Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Fraktionen
Staatskanzlei
Finanzministerium
Justizministerium
Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung
Kultusministerium
Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Landesrechnungshof
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Staatsgerichtshof
Kommunale Spitzenverbände

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Am Ende der Nummer 11 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

   b) Am Ende der Nummer 12 wird das Wort „und“ eingefügt.

   c) Es wird die folgende Nummer 13 eingefügt:

      „13. ab dem Haushaltsjahr 2026 für kreisfreie Städte 63,26 Euro und für Landkreise 69,14 Euro“.

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

1/1. § 5 a Abs. 2 Satz 6 wird gestrichen.

Anmerkung:
§ 7 (s. u. Nummer 4) wurde durch Artikel 2 Nr. 8 des Gesetzes vom 12.07.2007 (Nds. GVBl. S. 312) eingefügt. Unklar ist, ob die Regelung insgesamt nur für Leistungen nach § 4 gelten soll. Dem Wortlaut der Regelung lässt sich dies nur für Absatz 1 entnehmen, während die Absätze 2 und 3 auch allgemeine Regelungen für alle Leistungen nach dem Zweiten Abschnitt des Gesetzes (§§ 4 bis 6) sein könnten. Die systematische Einordnung des § 7 am Ende des Zweiten Abschnitts sowie die unspezifische Überschrift „Verteilungs- und Zahlungsmodalitäten“ sprechen deutlich für die Annahme einer allgemeinen, grundsätzlich auf alle Leistungen nach demselben Abschnitt bezogenen Regelung. Die Gesetzgebungsmaterialien enthalten insoweit keine eindeutige Aussage. Allerdings heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfs (Drs. 15/3748, S. 15), die Zahlungsmodalitäten würden „für die Zahlungen von Leistungen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs vereinheitlicht“. Dies spricht ebenfalls eher für die Annahme einer für alle Leistungen nach dem Zweiten Abschnitt des Gesetzes geltenden Regelung.

Im weiteren Verlauf der Änderungen des Gesetzes bestand offenbar ebenfalls keine Klarheit über den Anwendungsbereich des § 7. So enthält der später eingefügte § 5 a in seinem Absatz 6 Satz 2 eine mit § 7 Abs. 3 Satz 2 identische Regelung und regelt in seinem Absatz 1, bis

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

wann die jeweiligen Leistungen zu erbringen sind. Entsprechende Regelungen enthalten die §§ 4, 5 und 6 nicht. Bis wann „die Leistungen“ zu erbringen sind, wird vielmehr im Übrigen nur in § 7 Abs. 3 Satz 1 geregelt.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen nunmehr die neuen §§ 5 b und 5 c eingefügt werden. § 5 b soll in seinem Absatz 1 Satz 3 eine Legaldefinition des Begriffs „Einwohnerzahl“ enthalten, die eigentlich, soweit nichts anderes gewollt sein sollte, mindestens auch für § 4 gelten müsste. Im anschließenden Satz 4 soll dann eine mit § 7 Abs. 2 identische Regelung getroffen werden, und in Satz 7 soll, wie bereits in § 5 a Abs. 6 Satz 2, eine mit § 7 Abs. 3 Satz 2 identische Regelung getroffen werden. Entsprechende Regelungen soll § 5 c aber nicht enthalten. Dafür soll sowohl in § 5 b Abs. 1 Satz 6 als auch in § 5 c Abs. 1 Satz 2 der Zeitpunkt, bis zum dem die Leistungen zu erbringen sind, jeweils ausdrücklich anders als in § 7 Abs. 3 Satz 1 geregelt werden.

Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, § 7 insgesamt neu und nunmehr eindeutig als allgemeine Regelung für alle Leistungen nach dem Zweiten Abschnitt (§§ 4 bis 6) zu fassen (s. u. Nummer 4). In der Folge wären § 5 a Abs. 2 Satz 6 des geltenden Rechts zu streichen. Gleiches gilt für die dann entbehrlichen Regelungen in § 5 b in der Fassung des Gesetzentwurfs. (§ 5 c des Gesetzentwurfs ist insoweit nicht betroffen.)

2. Nach § 5 a wird der folgende § 5 b eingefügt:

„§ 5 b
Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(1) [1]Die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover erhalten vom Land für die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Bereich des gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes im Jahr 2026 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 10 000 000 Euro. [2]Die Beträge nach Satz 1 werden jeweils

1. zur Hälfte nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Kommune nach Satz 1 zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen zum Stichtag 30. Juni 2025 und

2. zur Hälfte nach dem Verhältnis des Viehbestandes in Großvieheinheiten der Kommune nach Satz 1 zu dem Viehbestand in Großvieheinheiten in Niedersachsen

2. Nach § 5 a wird der folgende § 5 b eingefügt:

„§ 5 b
Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(1) [1]Die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover erhalten vom Land für die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Bereich des gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes im Jahr 2026 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 10 000 000 Euro. [2]Die Beträge nach Satz 1 werden jeweils **zur Hälfte nach dem Verhältnis**

1. _____ der Einwohnerzahl der Kommune nach Satz 1 zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen zum Stichtag 30. Juni 2025 und

2. _____ des Viehbestandes in Großvieheinheiten der Kommune nach Satz 1 zu dem Viehbestand in Großvieheinheiten in Niedersachsen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
verteilt. [3]Einwohnerzahl ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die die Landesstatistikbehörde aufgrund einer allgemeinen Zählung der Bevölkerung (Volkszählung) und deren Fortschreibung für den Stichtag ermittelt hat. [4]§ 177 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) gilt entsprechend. [5]Der Viehbestand ergibt sich aus der von der Landesstatistikbehörde zusammengestellten Landwirtschaftszählung 2020. [6]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht. [7]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend. [8]Abweichend von § 16 Abs. 2 NKomVG gilt die Stadt Göttingen bei der Anwendung von Satz 1 als kreisangehörige Gemeinde.	verteilt. [3]_____ *(jetzt in § 7 Abs. 1 [neu])* [4]_____ *(jetzt in § 7 Abs. 1 [neu])* [5]Der Viehbestand ergibt sich aus der von der Landesstatistikbehörde zusammengestellten Landwirtschaftszählung 2020. [6]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht. [7]_____ *(vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2)* [8]Abweichend von § 16 Abs. 2 NKomVG gilt die Stadt Göttingen bei der Anwendung von Satz 1 als kreisangehörige Gemeinde.
	<u>Anmerkung:</u> *<u>Zu Satz 2:</u>* *Es handelt sich lediglich um eine sprachliche Kürzung.* *<u>Zu den Sätzen 3, 4 und 7:</u>* *Siehe die Anmerkung zu Nummer 1/1 sowie den Vorschlag und die Anmerkung zu Nummer 4. Die Sätze 3, 4 und 7 können danach an dieser Stelle gestrichen werden.*
(2) Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und der Viehbestand nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 der Landeshauptstadt Hannover bleiben bei der Berechnung des Anteils der Region Hannover unberücksichtigt.“	(2) _____ *(jetzt in § 7 Abs. 2 Satz 2 [neu])“*
	<u>Anmerkung:</u> *Siehe die Anmerkung zu Nummer 1/1 sowie den Vorschlag und die Anmerkung zu Nummer 4. Absatz 2 ist neben der allgemeinen Regelung in dem vorgeschlagenen § 7 Abs. 2 Satz 2 (der dem bisherigen § 7 Abs. 1 Satz 2 entspricht) entbehrlich.*
3. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:	3. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:
„§ 5 c Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs	„§ 5 c Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs
(1) [1]Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 1 Abs. 1 und 2 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission vom 5. Februar 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 204), erhalten vom Land für die Erfüllung des Anspruchs von Schülerinnen und Schülern in Tageseinrichtungen und Schulen mit Primarbereich nach	*vorerst unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

§ 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII)

1. im Jahr 2026 1 269 000 Euro,

2. im Jahr 2027 4 322 000 Euro,

3. im Jahr 2028 7 376 000 Euro,

4. im Jahr 2029 10 335 000 Euro und

5. ab dem Jahr 2030 12 214 000 Euro.

[2]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.

(2) [1]Die Beträge nach Absatz 1 werden auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die im Gebiet des jeweiligen örtlichen Trägers einen Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII haben, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen, die diesen Anspruch haben, aufgeteilt. [2]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der aktuellen Schulstatistik.

(3) [1]Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben den Betrag, den sie nach Absatz 2 erhalten haben, nach Maßgabe der Sätze 2 und 3 unverzüglich zu verteilen. [2]Jeder Träger einer im Gebiet des örtlichen Trägers betriebenen Tageseinrichtung erhält einen Betrag, der dem Verhältnis der Zahl der von ihm nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII in dem Gebiet des örtlichen Trägers geförderten Schülerinnen und Schüler zu der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in dem Gebiet des örtlichen Trägers einen Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII haben, entspricht. [3]Von dem verbleibenden Betrag erhält jeder im Gebiet des örtlichen Trägers befindliche Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich, die als Ganztagsschulen geführt werden, einen Betrag, der dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII an seinen Schulen zu der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem solchen Anspruch im Gebiet des örtlichen Trägers entspricht. [4]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in einer Tageseinrichtung gefördert werden, richtet sich nach der aktuellen Kinder- und Jugendhilfestatistik nach § 98 Abs. 1 SGB VIII und die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der aktuellen Schulstatistik.“

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	<u>Anmerkung:</u> *Im Rahmen der Anhörung hatte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände darauf hingewiesen, dass die mit dem Gesetzentwurf vorgelegte Fassung des § 5 c nicht die mit ihr abgestimmte Fassung der Regelung sei, und einen Änderungsantrag der die Landesregierung tragendenden Fraktionen erbeten (Vorlage 1, S. 7). Das Kultusministerium hat auf Nachfrage mitgeteilt, es bereite eine entsprechende Formulierungshilfe vor. Wir geben diese Vorlage gleichwohl bereits jetzt heraus und würden zu dem Änderungsantrag bzw. -vorschlag ggf. noch gesondert Stellung nehmen.*
4. In § 7 Abs. 2 werden die Worte „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ durch die Angabe „NKomVG“ ersetzt.	4. ____ § 7 _____ **erhält folgende Fassung:**
<u>Nachrichtlich (§ 17 des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes):</u> „§ 17 Einwohnerzahl *[1]Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes ist die Einwohnerzahl, die die Landesstatistikbehörde nach § 177 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) zum Stichtag des Vorjahres ermittelt hat, zuzüglich der Erhöhung nach § 177 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 NKomVG. [2]Liegen die Ergebnisse einer Volkszählung zu Beginn des laufenden Haushaltsjahres noch nicht vor, so ist die letzte Fortschreibung der vorangegangenen Zählung maßgebend.*	**„§ 7** **Verteilungs- und Zahlungsmodalitäten** **(1) Für die Bestimmung der Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt § 17 NFAG entsprechend.**
<u>Nachrichtlich (geltende Fassung des § 7):</u> *„§ 7* *Verteilungs- und Zahlungsmodalitäten* *(1) [1]Die Leistungen nach § 4 werden auf der Grundlage der Einwohnerzahlen vom 30. Juni des Vorjahres oder, sofern diese nicht vorliegen, auf der Grundlage der aktuell vorliegenden Einwohnerzahlen verteilt. [2]Stehen einer kreis- oder regionsangehörigen Gemeinde Leistungen unmittelbar nach § 4 zu, so bleibt deren Anteil am Verteilungsschlüssel bei der Berechnung des Anteils des jeweiligen Landkreises oder der Region, dem oder der sie angehört, unberücksichtigt.* *(2) Für die Bestimmung der maßgebenden Einwohnerzahlen gelten § 177 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes entsprechend.*	**(2) [1]Die Leistungen nach diesem Abschnitt werden auf der Grundlage der Einwohnerzahl nach Absatz 1 verteilt, soweit nichts anderes geregelt ist. [2]Stehen einer kreis- oder regionsangehörigen Gemeinde Leistungen unmittelbar selbst zu, so bleibt deren Anteil am Verteilungsschlüssel bei der Berechnung des Anteils des jeweiligen Landkreises oder der Region, dem oder der sie angehört, unberücksichtigt.**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
(3) [1]Die Leistungen werden bis zum 20. Juni eines jeden Jahres erbracht. [2]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend.“	**(3) [1]Die Leistungen werden bis zum 20. Juni eines jeden Jahres erbracht, soweit nichts anderes geregelt ist. [2]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend.“**
	Anmerkung: *Siehe die Anmerkung zu Nummer 1/1.*
	In Absatz 1 kann auf § 17 des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes verwiesen werden. Nach Mitteilung des Innenministeriums soll in beiden Gesetzen derselbe Begriff der Einwohnerzahl gelten. Durch die Verweisung werden der bisherige Absatz 2 des § 7 und die Sätze 3 und 4 des im Gesetzentwurf vorgesehenen § 5 b Abs. 1 entbehrlich.
	Absatz 2 Satz 1 entspricht dem Grunde nach der bisherigen Regelung in § 7 Abs. 1 Satz 1, fasst diese aber nunmehr in allgemeingültiger Form für alle Leistungen nach den §§ 4 bis 6.
	Satz 2 entspricht der bisherigen Regelung in § 7 Abs. 1 Satz 2. Da diese nunmehr auch für Leistungen nach dem im Gesetzentwurf vorgesehenen § 5 b gelten soll, ist die dort im Entwurf als Absatz 2 vorgesehene Regelung daneben entbehrlich.
	Absatz 3 Satz 1 enthält gegenüber der bisherigen Regelung lediglich den Vorbehalt, dass abweichende Regelungen des Leistungszeitpunkts (wie § 5 b Abs. 1 Satz 6 und § 5 c Abs. 1 Satz 2 des Gesetzentwurfs) ggf. vorrangig sind.
	Satz 2 ist gegenüber der geltenden Fassung im Wortlaut unverändert. Da die Regelung aber nunmehr auch für Leistungen nach dem im Gesetzentwurf vorgesehenen § 5 b gelten soll, ist die dort im Entwurf als Absatz 1 Satz 7 vorgesehene Regelung daneben entbehrlich.
Artikel 2 Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes	Artikel 2 Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes
§ 4 a des Niedersächsischen Sportfördergesetzes vom 7. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 544), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:	*unverändert*
1. In Satz 1 werden die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ und das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.	
2. In Satz 2 wird die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ ersetzt.	

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Artikel 3 bis 7

(…)

Artikel 8
Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

Dem § 4 Abs. 1 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (Nds. GVBl. S. 431), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), werden die folgenden Sätze 11 bis 13 angefügt:

„[11]Im Haushaltsjahr 2026 wird dem Sondervermögen zusätzlich ein Betrag in Höhe von 321 400 000 Euro zugeführt. [12]Von diesem Betrag ist ein Betrag in Höhe von

1. 25 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5,

2. 96 400 000 Euro für den Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft und

3. 200 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 10

zu verwenden. [13]Der Betrag nach Satz 12 Nr. 2 ist je zur Hälfte für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 und für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 zu verwenden.“

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Artikel 3 bis 7

(hier nicht abgedruckt)

Artikel 8
Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

vorerst unverändert

<u>Anmerkung:</u>
Zur rechtlichen Beurteilung des Wirtschaftsförderfonds im Allgemeinen siehe zunächst unsere Ausführungen in Vorlage 8 zu Drs. 19/2229 und Vorlage 6 zu Drs. 19/5319. An unserer dort geäußerten grundsätzlichen rechtlichen Einschätzung halten wir unverändert fest.

Zur erforderlichen Bestimmtheit der Angabe der beabsichtigten Mittelverwendung siehe zuletzt insbesondere Vorlage 6 zu Drs. 19/5319, S. 4 ff. zur Minimierung verfassungsrechtlicher Risiken durch eine parlamentarische Mitwirkung bei der Entscheidung über die Mittelverwendung hat der Gesetzgeber zum 01.01.2025 § 6 des Gesetzes neu gefasst. Nach den Sätzen 1 und 2 jener Regelung sind im Einzelplan 08 in Kapitel 5081 und im Einzelplan 15 im Kapitel 5157 Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens als Bestandteil des Haushaltsplans auszuweisen. Derartige Übersichten sind für die hier vorgesehenen Zuführungen an das Sondervermögen im Ent-

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

wurf des Haushaltsplans zwar dem Grunde nach vorhanden, inhaltlich hinsichtlich der hier vorgesehenen Ausgaben jedoch nur sehr begrenzt aussagekräftig:

Die zusätzlichen Zuführungen an den Wirtschaftsförderfonds - Gewerblicher Teil - nach Satz 12 Nr. 1 in Höhe von 25 Mio. Euro und nach Satz 12 Nr. 2 in Höhe von 48,2 Mio. Euro sind in Einzelplan 08 Kapitel 08 02 Titel 884 11 bzw. Kapitel 5081 Titel 332 11 veranschlagt und in der Gesamtzuweisung vom Landeshaushalt aus dem Einzelplan 08 an das Sondervermögen in Höhe von 166,2 Mio. Euro enthalten (siehe Einzelplan 08, S. 24, 28, 166 und 167).

Die zusätzlichen Zuführungen an den Wirtschaftsförderfonds - Ökologischer Teil - nach Satz 12 Nr. 2 in Höhe von 48,2 Mio. Euro und nach Satz 12 Nr. 3 in Höhe von 200 Mio. Euro sind in Einzelplan 15 Kapitel 15 02 Titel 884 11 bzw. Kapitel 5157 Titel 332 11 veranschlagt und in der Gesamtzuweisung vom Landeshaushalt aus dem Einzelplan 15 an das Sondervermögen in Höhe von 335,8 Mio. Euro (zu der noch eine Zuweisung aus dem Einzelplan 07 in Höhe von 7 Mio. Euro hinzukommt) enthalten (siehe Einzelplan 15, S. 28, 32 f., 298 und 299).

Die Teilbeträge von jeweils 48,2 Mio. Euro (insgesamt 96,4 Mio. Euro) ergänzen die Beträge von jeweils 40 Mio. Euro (insgesamt 80 Mio. Euro) nach Satz 7 der hier zu ändernden Vorschrift (§ 4 Abs. 1 des Gesetzes) und sollen - nunmehr - der „Ausfinanzierung des Projekts SALCOS“ dienen. Auf Nachfrage hat die Staatskanzlei im Einvernehmen mit dem Umweltministerium (MU) darauf hingewiesen, es gehe konkret um die Ausbaustufe 1 des Projekts SALCOS, und im Übrigen dazu wie folgt Stellung genommen:

> *„Für ein industriepolitisch bedeutsames Vorhaben wie ‚SALCOS-Ausbaustufe 1‘, das eine Investitionsentscheidung der Salzgitter AG in Höhe von 2,1 Mrd. Euro ausgelöst hat, war neben dem bereits erteilten Förderbescheid (CAPEX) in Höhe von rund einer Milliarde Euro die Notifizierung eines zweiten Förderbausteins für Betriebskosten (OPEX) in Höhe von rund 321 Mio. Euro und die damit verbundene Förderzusicherung durch das BMWE entscheidend. Da das hierfür ursprünglich vorgesehene Förderschema der ‚Wasserstoff-Klimaschutzverträge‘ nach der Notifizierung der nationalen Beihilfen für Wettbewerber nicht mehr zur Verfügung steht und steigende Kosten im Vergleich zum Antragszeitpunkt eingetreten sind, ist ein sachgerechter Ausgleich für den entfallenden OPEX-Förderbaustein durch eine Aufstockung der CAPEX-Förderung erforderlich.*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Im Zusammenhang mit dem Projekt ‚SALCOS-Ausbaustufe 1' führte das Land Gespräche mit der Salzgitter AG sowie dem BMWE zur Prüfung einer Erhöhung des CAPEX-Fördervolumens bis zur beihilferechtlich von der Europäischen Kommission bewilligten Gesamtförderobergrenze von rund 1,32 Mrd. Euro. Die vollständige Ausschöpfung dieser Obergrenze hat einen zusätzlichen Landeskofinanzierungsbedarf von bis zu 96,4 Mio. Euro zur Folge. Eine Nichtausschöpfung der beihilferechtlichen Förderobergrenze würde eine Benachteiligung der Salzgitter AG gegenüber ihren Wettbewerbern bedeuten, was sowohl bei der Gesamtförderhöhe als auch bei den spezifischen Förderkosten pro eingesparter Tonne CO_2 relevant ist.

Das Land Niedersachsen misst der Versorgungssicherheit, der beschleunigten Energiewende sowie ambitioniertem Klimaschutz höchste Priorität bei. Angesichts der notwendigen Prozessumstellungen in der Industrie und der Investitionen in Energiebereitstellung und -infrastruktur ist das Land sich seiner nationalen Verantwortung bewusst und stellt substanzielle Haushaltsmittel bereit, auch unter herausfordernden Haushaltsbedingungen. Dies gilt insbesondere für die gezielte Förderung strategischer Unternehmensinvestitionen im Rahmen des IPCEI Wasserstoff, bei denen Niedersachsen als verlässlicher Partner auftritt.

Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht des Landes Niedersachsen die Einhaltung der ursprünglichen Förderzusicherung durch das BMWE gegenüber der Salzgitter AG unabdingbar. Das Land ist in Anerkennung der strategischen Bedeutung der Sicherung von Primärstahlerzeugungskapazität im Inland und des damit verbundenen herausragenden öffentlichen Interesses bereit, seinen anteiligen Kofinanzierungsbeitrag in Höhe von 30 % bzw. rund 96,4 Mio. Euro für eine notwendige Aufstockung der Fördermittel um insgesamt rund 321 Mio. Euro einzubringen."

Der Betrag von 25 Mio. Euro aus dem Gewerblichen Bereich soll der Kofinanzierung von "GRW-Bundesmitteln" dienen. Auf Nachfrage hat das insoweit federführende Wirtschaftsministerium (MW) wie folgt Stellung genommen:

„Der Bund stellt auf der Grundlage des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur' (GRWG) Fördermittel für bestimmte Fördermaßnahmen in Gebieten mit erheblich wirtschaftlichen Strukturproblemen zur Verfügung. Die Bundesmittel sind zur Hälfte vom

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Land gegenzufinanzieren. Der Bedarf an GRW-Förderung in Niedersachsen ist groß und übersteigt die im Kapitel 0802, Titelgruppen 66 und 67 ausgewiesenen Ansätze. Eine Bereitstellung der zusätzlichen 25 Mio. Euro im Wirtschaftsförderfonds ermöglicht Niedersachsen eine bedarfsgerechte Kofinanzierung der vom Bund in den kommenden Jahren bereitgestellten GRW-Mittel."

Der Betrag von 200 Mio. Euro aus dem Ökologischen Bereich soll der Kofinanzierung von „Projekten im Rahmen des ‚Klima- und Transformationsfonds' (KTF)" dienen. Um welche Art von Projekten soll es sich dabei handeln? Auf Nachfrage hat das insoweit federführende MU dazu wie folgt Stellung genommen:

„Mit dem Sondervermögen ‚Klima- und Transformationsfonds' (KTF) des Bundes sollen in den nächsten Jahren Maßnahmen und Investitionen zum Klimaschutz, der Transformation der Wirtschaft und die Energiewende vorangetrieben werden. Auch das Programm für Natürlichen Klimaschutz (Wälder, Moore, Auen und Biodiversität) soll auf 5 Mrd. Euro verstetigt werden. Am 18.09.2025 hat der Bundestag dem Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG) zugestimmt (Drs. 21/779 und Bericht des Haushaltsausschusses Drs. 21/1578). In § 4 Abs. 2 des Gesetzes wird die Zuführung von insgesamt 100 Mrd. Euro an den KTF in zehn gleichmäßigen, jährlichen Tranchen bis einschließlich dem Jahr 2034 geregelt. Der Bund finanziert über den KTF Investitionsprojekte jedoch nicht vollständig, sondern es ist in Teilen eine Kofinanzierung aus Landesmitteln erforderlich. Um also Investitionsmittel des Bundes auch für niedersächsische Projekte nutzbar zu machen, ist es erforderlich, hier Vorsorge zu schaffen und insbesondere Kofinanzierungsmittel oder auch Mittel für ergänzende Maßnahmen vorzuhalten.

Die Schwerpunktthemen des KTF finden sich im Ökologischen Teil des Wirtschaftsförderfonds in § 2 Nrn. 6 bis 10 wieder, so dass hier der unmittelbare Bezug zu den Projekten des Bundes hergestellt werden kann.

Welche Projekte aus den bereitstehenden Mitteln gefördert werden, wird sich jeweils erst unterjährig abhängig von den beantragten und vom Bund zu bewilligenden Projekten ergeben. Vorstellbar sind aber Projekte im Bereich des Klimaschutzes, der Transformation der Wirtschaft, Wasserstoff, Wärmewende, Netze, Erneuerbare Energien, Elektromobi-

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	lität, dem Moorschutz, dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) und sonstigen Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung."
	Ergänzend hat das MU darauf hingewiesen, dass es auch deshalb erforderlich sei, bereits jetzt Vorsorge für eine notwendige Kofinanzierung von KTF-Projekten zu treffen, weil derartige Projekte unterjährig ausgeschrieben würden und sich Niedersachsen ggf. in Konkurrenz zu anderen Ländern befinden könne, die ebenfalls an den betreffenden Projekten interessiert seien, und es deshalb im Sinne einer vorausschauenden Haushaltsaufstellung zweckmäßig sei, rechtzeitig Vorsorge zu treffen und die notwendigen Mittel zur Kofinanzierung zur Verfügung zu stellen.
Artikel 9 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen"	Artikel 9 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen"
Das Gesetz über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen" vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 120), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:	Das Gesetz über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen" vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 120), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:
1. In § 7 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung" durch die Worte „Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung" ersetzt.	1. In § 7 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „**vom** Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung" durch die Worte „**von dem für** Digitalisierung **zuständigen** Ministerium _____" ersetzt. *<u>Anmerkung:</u>* *Es wird empfohlen, das künftig zuständige Ministerium entsprechend den in Niedersachsen inzwischen gebräuchlichen Regeln der Rechtsförmlichkeit nicht mit seiner konkreten amtlichen Bezeichnung, sondern nur abstrakt mit „dem für Digitalisierung zuständigen Ministerium" zu umschreiben. Dadurch würde auch ein erneuter Änderungsbedarf bei einer nochmaligen Umressortierung des betreffenden Geschäftsbereichs vermieden.*
2. In § 8 Satz 2 werden die Angabe „50 82" durch die Angabe „5191" und die Angabe „08" durch die Angabe „19" ersetzt.	2. *unverändert* *<u>Anmerkung:</u>* *Im Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Drs. 19/7910 neu) ist die hier vorgesehene Änderung noch nicht umgesetzt. Das Sondervermögen ist darin nach wie vor in Kapitel 5082 im Einzelplan 08 ausgewiesen. Das Innenministerium hat mitgeteilt, die Umset-*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	zung solle über die Technische Liste noch für den Haushalt 2026 erfolgen; dies sei zwischen Innen-, Wirtschafts- und Finanzministerium so abgestimmt.
Artikel 10 Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes	Artikel 10 Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes
Das niedersächsische Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetz vom 29. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 7), wird wie folgt geändert:	Das niedersächsische Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetz vom 29. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 7), wird wie folgt geändert:
1. Am Ende des § 18 Nr. 2 wird nach dem Komma die Angabe „soweit die Darlehen nicht nach § 19 a Satz 1 auf die NBank übertragen worden sind," angefügt.	1. *unverändert* *<u>Anmerkung:</u>* *Nach Erklärung des MW ist die Formulierung „Darlehen … übertragen" hier sowie in § 19 a Satz 1 (Nummer 3 des Entwurfs) nicht dahingehend zu verstehen, dass die betreffenden Darlehensverträge im Wege einer Vertragsübernahme hinsichtlich des Darlehensgebers vom Land auf die NBank übertragen werden sollten. Vielmehr handele es sich um Darlehensverträge, die bereits von der NBank als Darlehensgeberin im eigenen Namen mit den Darlehensnehmern abgeschlossen worden seien. Der Vertragsschluss durch die NBank sei aber treuhänderisch für das Land und auf dessen Rechnung erfolgt, sodass das sog. wirtschaftliche Eigentum an den Darlehen bisher dem Land zustehe. Nur dieses wirtschaftliche Eigentum an den Darlehen solle nunmehr - u. a. durch Aufhebung der treuhänderischen Bindung - vom Land auf die NBank übertragen werden, um deren Eigenkapital zu erhöhen. Zu „lesen" ist die Formulierung im hiesigen Änderungsbefehl also praktisch wie* *„soweit **das wirtschaftliche Eigentum an den** Darlehen nicht nach § 19 a Satz 1 auf die NBank übertragen worden **ist**".* *Die im Entwurf gewählte Formulierung ist mithin zwar rechtlich nicht ganz präzise und könnte missverständlich sein. Letztlich handelt es sich jedoch um einen rein finanzwirtschaftlichen Vorgang im Innenverhältnis zwischen Land und NBank, der keine Auswirkungen im Außenverhältnis gegenüber den jeweiligen Darlehensnehmern hat. Auch ist die im Entwurf gewählte Formulierung nach Erklärung des MW bereits mit der BAFin als Aufsichtsbehörde der NBank abgestimmt, sodass eine Änderung des Wortlauts einen erneuten Abstimmungsbedarf mit der BAFin auslösen würde. Vor diesem Hintergrund sehen wir von einem Änderungsvorschlag ab.*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
2. § 19 wird wie folgt geändert:	2. § 19 wird wie folgt geändert:
a) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.	a) *unverändert*
b) Am Ende der Nummer 6 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.	b) *unverändert*
c) Es werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:	c) Es werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:
„7. wirtschaftliche Nachteile ausgleichen, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen entsprechend der Verpflichtung nach § 19 a Satz 1 zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes ausreicht, oder	„7. *unverändert*
8. Zahlungsausfälle aus den nach § 19 a Satz 1 ausgereichten Darlehen ausgleichen.“	8. Zahlungsausfälle aus ____ Darlehen **_____, zu deren Ausreichung sich die NBank** nach § 19 a Satz 1 **verpflichtet hat,** ausgleichen.“
	<u>Anmerkung:</u> *Nummer 8 sollte wie vorgeschlagen rechtlich präziser formuliert werden.*
3. Nach § 19 wird der folgende § 19 a eingefügt:	3. Nach § 19 wird der folgende § 19 a eingefügt:
„§ 19 a Übertragung von Darlehen auf die NBank, Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile und Zahlungsausfälle	„§ 19 a Übertragung von Darlehen auf die NBank, Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile und Zahlungsausfälle
[1]Das Fachministerium (§ 3 Abs. 3) wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsjahr 2026 zum Sondervermögen gehörende Darlehen mit einem ausstehenden Rückzahlungsanspruch in Höhe von insgesamt bis zu 900 000 000 Euro unentgeltlich auf die NBank zu übertragen, wenn die NBank sich verpflichtet, in Höhe von eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes nach Satz 2 Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes auszureichen. [2]Das Land leistet einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung ausreicht, und für Zahlungsausfälle aus den nach Satz 1 ausgereichten Darlehen.“	[1]Das Fachministerium (§ 3 Abs. 3) wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsjahr 2026 zum Sondervermögen gehörende Darlehen mit einem ausstehenden Rückzahlungsanspruch in Höhe von insgesamt bis zu 900 000 000 Euro unentgeltlich auf die NBank zu übertragen, wenn die NBank sich verpflichtet, in Höhe von eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes nach Satz 2 Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes auszureichen. [2]Das Land leistet einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung ausreicht, und für Zahlungsausfälle aus ____ Darlehen **_____, zu deren Ausreichung sie sich** nach Satz 1 **verpflichtet hat**.“

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	<u>Anmerkung:</u> <u>Zu Satz 1:</u> Siehe die Anmerkung zu Nummer 1 des Entwurfs. Auch hier geht es um das sog. wirtschaftliche Eigentum an den Darlehen und deren wirtschaftliche Zuordnung zum Sondervermögen. Dementsprechend zu „lesen“ ist die hier vorgesehene Regelung also praktisch wie *„… ermächtigt, … **das wirtschaftliche Eigentum an wirtschaftlich** zum Sondervermögen gehörende**n** Darlehen … auf die NBank zu übertragen, wenn …“* *Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Formulierungen sind mithin zwar hier ebenfalls rechtlich nicht ganz präzise und könnten missverständlich sein. Aus den o. g. Gründen sehen wir jedoch auch an dieser Stelle von Änderungsvorschlägen ab.* *<u>Zu Satz 2:</u> Siehe den Vorschlag und die Anmerkung zu Nummer 2 Buchst. c des Entwurfs. Hier handelt es sich um eine entsprechende Folgeänderung.*
Artikel 11 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“	Artikel 11 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“
Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 297), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:	*unverändert*
1. In § 3 Satz 3 werden nach der Angabe „31 000 000 Euro“ ein Komma und die Angabe „im Haushaltsjahr 2026 einen Betrag in Höhe von 121 000 000 Euro“ eingefügt und die Angabe „Haushaltsjahren 2026“ durch die Angabe „Haushaltsjahren 2027“ ersetzt.	
2. In § 6 Satz 2 wird die Angabe „Kapitel 5134 im Einzelplan 13“ durch die Angabe „Kapitel 5201 im Einzelplan 20“ ersetzt.	

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
Artikel 12 Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes	Artikel 12 Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes
In § 5 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes vom 16. November 1999 (Nds. GVBl. S. 388), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 111), werden die Worte „Deutschen Bundesbank“ durch das Wort „Finanzwirtschaft“ ersetzt.	*unverändert*
Artikel 13 Inkrafttreten	Artikel 13 Inkrafttreten
(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.	(1) *unverändert*
(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 1 Nr. 3 am 1. August 2026 in Kraft.	(2) *vorerst unverändert* *<u>Anmerkung:</u>* *Siehe die Anmerkung zu Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs.*

Niedersächsischer Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Hannover, den 23.10.2025
83/85/1524-83

V o r l a g e 3

zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Diese Vorlage enthält unsere Formulierungsvorschläge und Anmerkungen **zu Artikel 7** des o. g. Gesetzentwurfs. Sie sind mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur sowie mit dem Finanzministerium abgestimmt.

Dr. Oppenborn-Reccius

Per E-Mail zu verteilen an:
Ausschuss für Haushalt und Finanzen
Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
Ausschuss für Inneres und Sport
Kultusausschuss
Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Fraktionen
Staatskanzlei
Finanzministerium
Justizministerium
Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung
Kultusministerium
Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Landesrechnungshof
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Staatsgerichtshof
Kommunale Spitzenverbände

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1 bis 6

(…)

Artikel 7
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ vom 16. Mai 2017 (Nds. GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2020 (Nds. GVBl. S. 108), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und darin erhält Nummer 1 folgende Fassung:

      „1. bei der Medizinischen Hochschule Hannover und bei der Universität Göttingen in der Universitätsmedizin

         a) im Bereich der Krankenversorgung einschließlich der Forschung und Lehre mit räumlichem Bezug zur Krankenversorgung und der ihr dienenden Infrastruktur und

         b) im Bereich der Forschung und Lehre ohne räumlichen Bezug zur Krankenversorgung und der der Forschung und Lehre dienenden Infrastruktur sowie“.

   b) Es wird der folgende Satz 2 angefügt:

      „[2]Es dient in den in Satz 1 Nr. 1 genannten Bereichen nur zur Finanzierung von Neubaumaßnahmen, einschließlich der Ersteinrichtung unter Anschaffung und Installation medizinischer Großgeräte; es dient weder der Finanzierung von Instandhaltungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen noch der Finanzierung von Maßnahmen zur Erweiterung bestehender Gebäude.“

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1 bis 6

(hier nicht abgedruckt)

Artikel 7
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ vom 16. Mai 2017 (Nds. GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2020 (Nds. GVBl. S. 108), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

aa) Es wird der folgende neue Satz 2 eingefügt:

„[2]Das Sondervermögen darf nach Maßgabe des Absatzes 2 auch für Bürgschaften verwendet werden, die zur Sicherung des Vergütungsanspruchs einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung einer Investitionsmaßnahme beauftragten Unternehmen vom Land übernommen werden."

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

aa) Es **werden die folgenden Sätze** 2 **und 3** eingefügt:

„[2]Das Sondervermögen darf auch für **die Inanspruchnahme des Landes aus** nach Maßgabe des Absatzes 2 **übernommenen** Bürgschaften verwendet werden_____ *(jetzt in Absatz 2 Satz 1)*. **[3]**Erlischt eine Bürgschaft, ohne dass das Land aus ihr in Anspruch genommen wird, so stehen die für die Bürgschaft nicht mehr benötigten Mittel erneut für die Übernahme einer Bürgschaft **oder eine Verwendung nach Satz 1** zur Verfügung."

<u>Anmerkung:</u>
Die vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) zu Lasten des Landes zu übernehmenden Bürgschaften für die Verbindlichkeiten der Hochschulbaugesellschaften aus deren Verträgen mit Unternehmen sollen dahingehend begrenzt sein, dass bei einer Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft das Land ausschließlich mit Mitteln des Sondervermögens einsteht, nicht aber darüber hinaus mit anderen Haushaltsmitteln. Es könnte daher erwogen werden, Regelungen einzufügen, die gewährleisten, dass zum einen im Sondervermögen stets ausreichend Mittel für die Inanspruchnahme aus einer übernommenen Bürgschaft zur Verfügung stehen, also in Höhe der gesicherten Verbindlichkeiten Mittel im Sondervermögen für andere Zwecke „gesperrt" werden, und zum anderen die jeweilige Bürgschaft im Außenverhältnis ausdrücklich nur als auf die Mittel des Sondervermögens begrenzte sog. Höchstbetragsbürgschaft übernommen werden darf. Sowohl das MWK als auch das Finanzministerium (MF) halten dahingehende Regelungen aber nicht für notwendig. Denn die Bürgschaften sollen nach Erklärung der Ministerien in erster Linie dazu dienen, als Sicherheit im Sinne des § 650 f des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) zur Verfügung zu stehen, damit ggf. innerhalb der vom Unternehmer gesetzten Frist die Sicherheit rechtzeitig geleistet werden kann, um so auch das Risiko einer Kündigung des Vertrages nach § 650 f BGB auszuschließen. Das Risiko einer tatsächlichen Inanspruchnahme des Landes aus einer solchen Bürgschaft sei allerdings sehr gering, weil das Land den Hochschulbaugesellschaften über das Sondervermögen die Mittel zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber den Unternehmen zur Verfügung stelle und bei der zu erwartenden zweckentsprechenden Mittelverwendung der Sicherungsfall nicht eintreten werde. Außerdem sind nach Erklärung der beiden

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	Ministerien im Sondervermögen mit Sicherheit immer ausreichend Mittel vorhanden, um selbst im Fall der Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft die erforderlichen Mittel aus dem Sondervermögen entnehmen zu können. Vor diesem Hintergrund wird von weitergehenden Regelungsvorschlägen abgesehen. *Im Übrigen sollte der neue Satz 2 zum einen inhaltlich präzisiert werden. Zum anderen sollte der zulässige Zweck der Bürgschaften entsprechend der allgemeinen Bürgschaftsermächtigung in § 4 des Haushaltsgesetzes unmittelbar im Rahmen der nach Artikel 71 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung zu erteilenden Ermächtigung, hier also im neuen Absatz 2 Satz 1 geregelt werden.* *Satz 3 entspricht der im Entwurf als Absatz 2 Satz 2 vorgesehenen Regelung. Aus systematischen Gründen sollte die Regelung aber an dieser Stelle getroffen werden, weil sie die Zweckbindung der Mittel des Sondervermögens bzw. die Zulässigkeit der Mittelverwendung betrifft. Dabei sollte zudem klargestellt werden, dass die einmal für eine etwaige Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft vorgesehenen Mittel nach Erlöschen der Bürgschaft nicht nur erneut für eine etwaige Inanspruchnahme aus einer weiteren Bürgschaft, sondern auch sonst im Rahmen des Satzes 1 verwendet werden dürfen.*
bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und darin wird die Angabe „§ 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 Buchst. a“ ersetzt.	bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz **4** und darin wird die Angabe „§ 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 Buchst. a“ ersetzt.
cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 4 und 5.	cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze **5** und **6**.
	Anmerkung zu den Doppelbuchstaben bb und cc: *Es handelt sich nur um redaktionelle Folgeänderungen zu dem Vorschlag zu Doppelbuchstabe aa.*
b) Es wird der folgende Absatz 2 angefügt:	
„(2) [1]Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) darf Bürgschaften in Höhe von insgesamt bis zu 200 000 000 Euro übernehmen. [2]Erlischt eine Bürgschaft, ohne dass das Land aus ihr in Anspruch genommen wird, so stehen die für die Bürgschaft nicht mehr benötigten Mittel erneut für die Übernahme einer Bürgschaft zur Verfügung.“	„(2) [1]Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) **ist ermächtigt**, zur Sicherung des Vergütungsanspruchs einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung einer **aus dem Sondervermögen finanzierten** Investitionsmaßnahme beauftragten Unternehmen Bürgschaften in Höhe von insgesamt bis zu 200 000 000 Euro **zu Lasten des Sondervermögens zu** übernehmen. [2]_____ *(jetzt in Absatz 1 Satz 3)*“
	Anmerkung: *Die Vorschläge zu Satz 1 sollen lediglich der Verdeutlichung des Regelungsinhalts und der sprachlichen Ver-*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	einheitlichung mit der allgemeinen Bürgschaftsermächtigung in § 4 des Haushaltsgesetzes dienen. Wie bereits oben zum neuen Absatz 1 Satz 2 angemerkt, sollte dabei der zulässige Zweck der Bürgschaften besser an dieser Stelle geregelt werden. Dabei sollte auch noch ausdrücklich geregelt werden, dass die Bürgschaft ausschließlich zu Lasten des Sondervermögens übernommen werden darf (s. o.). *Die hier im Entwurf als Satz 2 vorgesehene Regelung sollte, wie bereits oben angemerkt, aus systematischen Gründen besser im neuen Absatz 1, dort als Satz 3, getroffen werden.*
3. § 5 wird wie folgt geändert:	3. § 5 wird wie folgt geändert:
a) In Satz 1 werden nach den Worten „Finanzierung aus dem Sondervermögen“ die Worte „und die Übernahme einer Bürgschaft“ eingefügt.	a) *unverändert* *Anmerkung:* *In dem Maßnahmenfinanzierungsplan ist nach § 5 Satz 1 darzustellen, „dass die in den einzelnen Haushaltsjahren zu leistenden Ausgaben die im Sondervermögen jährlich zur Verfügung stehenden Mittel nicht überschreiten“. Dies ist im Hinblick auf die übernommenen Bürgschaften nicht ganz präzise, weil die Übernahme einer Bürgschaft zwar zu Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren führen kann (vgl. Artikel 71 Abs. 1 NV), aber nicht muss. Hinsichtlich der Übernahme von Bürgschaften sind also die in den einzelnen Haushaltsjahren möglicherweise zu leistenden Ausgaben gemeint. Einer ausdrücklichen Klarstellung bzw. Präzisierung im Regelungstext bedarf dies allerdings wohl nicht.*
b) In Satz 3 Halbsatz 1 werden die Worte „zur Kenntnis genommen“ durch das Wort „beschlossen“ ersetzt.	b) ***wird gestrichen*** *Anmerkung:* *Hinsichtlich der hier im Entwurf vorgesehenen Befugnis des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, abschließend und konstitutiv über die Zulässigkeit der in dem Maßnahmenfinanzierungsplan vorgesehenen Finanzierungen und Bürgschaften zu entscheiden, verweisen wir auf unsere im Schriftlichen Bericht zum COVID-19-Sondervermögensgesetz zum dortigen § 4 wiedergegebene Auffassung (Drs. 18/6440, S. 5 f.) sowie unsere wiederholten Ausführungen zu § 4 Abs. 2 Satz 1 des Haushaltsgesetzes (Vorlage 4 zu Drs. 18/7175 neu, S. 11 ff., m. w. N.). Wie dort jeweils dargelegt, sind wir der Auffassung, dass eine abschließende plenarersetzende Entscheidungsbefugnis eines Ausschusses des Landtages in Niedersachsen verfassungsrechtlich unzulässig ist. Dagegen ist die hier bisher vorgesehene Regelung, nach*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	der der Ausschuss für Haushalt und Finanzen den Maßnahmenfinanzierungsplan nur zur Kenntnis genommen haben muss, bevor die darin vorgesehenen Maßnahmen ausgeführt werden dürfen, verfassungsrechtlich unbedenklich. An der geltenden Regelung sollte daher festgehalten werden.
4. In § 7 Satz 1 werden die Worte „Ministerium für Wissenschaft und Kultur“ durch das Wort „Fachministerium“ ersetzt.	4. *unverändert*
5. In § 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Satz 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz 5“ ersetzt.	5. In § 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Satz 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz **6**“ ersetzt. *<u>Anmerkung:</u>* *Es handelt sich nur um eine redaktionelle Folgeänderung zu den Vorschlägen zu Nummer 2 Buchst. a Doppelbuchst. aa und cc (s. o.).*
Artikel 8 bis 13	*Artikel 8 bis 13*
(…)	*(hier nicht abgedruckt)*

Niedersächsischer Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Hannover, den 30.10.2025
83/85/1516-83

V o r l a g e 4

zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Diese Vorlage enthält unsere Formulierungsvorschläge und Anmerkungen **zu den Artikeln 3 bis 6** des o. g. Gesetzentwurfs. Sie sind mit dem zuständigen Fachministerium abgestimmt.

Im Auftrag
Dr. Schröder

Per E-Mail zu verteilen an:
Ausschuss für Haushalt und Finanzen
Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
Ausschuss für Inneres und Sport
Kultusausschuss
Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Fraktionen
Staatskanzlei
Finanzministerium
Justizministerium
Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung
Kultusministerium
Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Landesrechnungshof
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Staatsgerichtshof
Kommunale Spitzenverbände

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1 und 2

(…)

Artikel 3
Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

§ 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 109), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 3 wird die Angabe „Sätze 4 bis 10“ durch die Angabe „Sätze 4 bis 9“ ersetzt.

2. Die Sätze 4 bis 6 erhalten folgende Fassung:

   „[4]Aus den Bundesmitteln, die dem Land Niedersachsen nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II monatlich zustehen, erhalten die in Satz 1 genannten kommunalen Träger monatliche Abschlagszahlungen. [5]Sofern die Höhe der dem Land Niedersachsen zustehenden Bundesmittel für das laufende Jahr durch Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II rückwirkend angepasst wird, erfolgt eine Anpassung der Abschlagszahlungen rückwirkend zum 1. Januar des laufenden Jahres. [6]Die Höhe der Abschlagszahlungen für die einzelnen in Satz 1 genannten kommunalen Träger wird anhand eines Vomhundertsatzes berechnet, der sich aus dem jeweiligen Anteil des kommunalen Trägers an den vom Land Niedersachsen nach § 46 Abs. 11 Satz 5 SGB II insgesamt gemeldeten Zweckausgaben für die in Satz 1 genannten Leistungen des Vorvorjahres ergibt.“

3. Satz 7 wird gestrichen.

4. Die bisherigen Sätze 8 bis 11 werden Sätze 7 bis 10 und wie folgt geändert:

   a) In dem neuen Satz 8 wird die Angabe „Satz 8“ durch die Angabe „Satz 7“ ersetzt.

   b) In dem neuen Satz 9 wird die Angabe „Sätzen 4 bis 7“ durch die Angabe „Sätzen 4 bis 6“ und die Angabe „Sätzen 8 und 9“ durch die Angabe „Sätzen 7 und 8“ ersetzt.

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1 und 2

(hier nicht abgedruckt)

Artikel 3
Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

§ 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 109), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. *unverändert*

3. *unverändert*

4. Die bisherigen Sätze 8 bis 11 werden Sätze 7 bis 10 und wie folgt geändert:

   a) *unverändert*

   b) *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
c) In dem neuen Satz 10 Halbsatz 1 wird die Angabe „in der ab dem 1. Januar 2021 geltenden Fassung“ durch die Angabe „in der Fassung des Artikels 7 des Haushaltsbegleitgesetzes 2021 vom 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477)“ ersetzt.	c) In dem neuen Satz 10 **erhält** Halbsatz 1 **folgende Fassung _____:**
Nachrichtlich Satz 11 Halbsatz 1 des geltenden Rechts:	
„[11]Die Sätze 3 bis 10 in der ab dem 1. Januar 2021 geltenden Fassung finden erstmals auf das Abrechnungsjahr 2021 Anwendung;“	**„[10]Auf die Abrechnungsjahre 2021 bis 2025 finden die Sätze 3 bis 10** in der Fassung des Artikels 7 des ____**G**esetzes ____ vom 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477) **Anwendung;“**
	Anmerkung: *Die vorgeschlagene Fassung soll den beabsichtigten Regelungsinhalt klarstellen und berücksichtigt insoweit, dass es sich mit den nach dem Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen bei den vorgehenden Regelungen (zukünftig) nicht mehr (wie in der geltenden Fassung noch) um „die Sätze 3 bis 10 in der Fassung des Artikels 7 des Haushaltsbegleitgesetzes 2021“ handelt, und die hier zur Änderung anstehende Regelung nach der Zählung des Gesetzentwurfs - und der dort vorgesehenen Streichung des Satzes 7 - nunmehr selbst Satz 10 darstellt. Zudem enthält sie rechtsförmlich bedingte Korrekturen. Eine gänzliche Streichung des Satzes 11 des geltenden Rechts (Satz 10 der Entwurfsfassung) kommt nach Auskunft des Sozialministeriums nicht in Betracht, weil die von der Regelung betroffenen Abrechnungsjahre zum Teil noch streitbefangen sind.*
Artikel 4 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs	Artikel 4 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs
Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 300), geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:	Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 300), geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:
1. In § 2 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 wird nach den Worten „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ die Angabe „(NKomVG)“ eingefügt.	1. *unverändert*
	1/1. In § 15 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2/1 und Abs. 4“ ersetzt.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	<u>Anmerkung:</u> *Der neue Änderungsbefehl enthält zum einen eine (im Entwurf versehentlich fehlende) redaktionelle Folgeänderung zu der in Nummer 3 des Entwurfs vorgesehenen Änderung des § 25, wie sie auch die nachfolgende Nummer 2 des Entwurfs vorsieht.* *Zum anderen wird durch die Aufnahme der Verweisung auf den vorgeschlagenen neuen Satz 2/1 in § 25 Abs. 3 die dort normierte Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses zur Fortschreibung der durchschnittlichen Verwaltungskosten (vgl. hierzu die dortige Anmerkung) - wie nach Mitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) beabsichtigt - von dem Erfordernis der vorherigen Anhörung der Arbeitsgemeinschaft nach § 94 SGB IX ausgenommen.*
2. In § 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 Abs. 4“ ersetzt.	2. In § 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 **Abs. 3 Satz 2/1 und** Abs. 4“ ersetzt. *<u>Anmerkung:</u>* *Durch die ergänzte Verweisung auf den vorgeschlagenen neuen Satz 2/1 des § 25 Abs. 3 wird die dort normierte Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses zur Fortschreibung der durchschnittlichen Verwaltungskosten - wie von MS beabsichtigt - dem Erfordernis des Beschlusses mit absoluter Mehrheit unterworfen. Vgl. hierzu auch die Anmerkung zu § 25 Abs. 3 Satz 2/1.*
3. § 25 erhält folgende Fassung: „§ 25 Ausgleich für Verwaltungskosten (1) [1]Die nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen erhalten im Jahr 2026 zum Ausgleich der entstehenden Personal- und Sachkosten (Verwaltungskosten) zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 SGB IX, der Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe insgesamt 46 909 639 Euro. [2]Bei dem Betrag nach Satz 1 wird davon ausgegangen, dass zum Stichtag 1. Januar 2025	3. § 25 erhält folgende Fassung: „§ 25 Ausgleich für Verwaltungskosten (1) [1]**Z**um Ausgleich **der aufgrund der Heranziehung** nach § 4 Abs. 2 oder 3 _____ entstehenden Personal- und Sachkosten (Verwaltungskosten) zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 SGB IX, der Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen erhalten **die örtlichen Träger der Eingliederungshilfe** im Jahr 2026 vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe _____ insgesamt 46 909 639 Euro. [2]____ **D**em **Ausgleichsb**etrag nach Satz 1 **ist zugrunde gelegt**, dass zum Stichtag 1. Januar 2025 *<u>Anmerkung:</u>* *<u>Zu Satz 1:</u>* *Durch die vorgeschlagenen Änderungen soll die gewollte Systematik der Ausgleichszahlungen für Verwaltungskosten (wieder) präziser abgebildet werden. Diese sollen nach Mitteilung des MS nämlich vom überörtlichen Träger stets - wie auch bislang - an die örtlichen Träger erfolgen,*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	die dann ihrerseits gegebenenfalls diejenigen Beträge an die nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 1 herangezogenen Kommunen weiterleiten, die auf diese entfallen. Die insoweit in § 25 Abs. 1 und 2, § 26 Abs. 1 des geltenden Rechts vorgesehenen Abläufe sollen also nicht geändert werden. Demgegenüber legt der Wortlaut der hiesigen Entwurfsregelung - auch in Zusammenschau mit demjenigen des Absatzes 2 Satz 1 des Entwurfs - es nahe, dass die jeweiligen herangezogenen Kommunen direkt und unmittelbar die auf sie entfallenden Zahlungen vom Land erhalten sollen; die „aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung für das Land“ (LT-Drs. 18/4868, S. 29) erfolgende „Zwischenschaltung“ der örtlichen Träger in den Fällen des § 4 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 scheint zu entfallen. Dies ist aber laut MS ausdrücklich nicht gewollt, sodass der Wortlaut der Regelung wie vorgeschlagen wieder an das geltende Recht angepasst werden sollte. *Da die vorliegende Regelung und die daran anknüpfenden nachfolgenden Vorschriften bis Absatz 4 einschließlich jedoch allein den Verwaltungskostenausgleich für die Heranziehung zur Durchführung von Aufgaben der Eingliederungshilfe betreffen, während der Verwaltungskostenausgleich für die Heranziehung zur Durchführung von Aufgaben der Sozialhilfe Regelungsgegenstand des Absatzes 5 des Entwurfs (entspricht Absatz 6 g. F.) ist, wird gegenüber der Fassung des geltenden Rechts vorgeschlagen, zwecks Verdeutlichung dieses beschränkten Geltungsbereichs hier jeweils nur die örtlichen und den überörtlichen Träger <u>der Eingliederungshilfe</u> zu nennen und insoweit parallel zu Absatz 5 („des überörtlichen Trägers <u>der Sozialhilfe</u>“; vgl. hierzu auch den Schriftlichen Bericht zum Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen in Drs. 18/4868, S. 29, zu § 13 Abs. 6) zu formulieren.* *<u>Zu Satz 2:</u>* *Der Änderungsvorschlag dient der sprachlichen Präzisierung. Der einleitende Regelungsteil könnte aufgrund seiner Formulierung („wird davon ausgegangen“) nämlich die Frage aufkommen lassen, was gelten soll, wenn die nachfolgend formulierten Annahmen nicht „stimmen“. Die Regelung soll jedoch, wie MS auf Nachfrage bestätigt hat (vgl. auch die Entwurfsbegründung, S. 18), allein der gesetzlichen Fixierung der Berechnungsgrundlagen dienen, die dann den nachfolgenden Fortschreibungen zugrunde zu legen sind (vgl. Absatz 3 des Entwurfs). Die vorgeschlagene Umformulierung des Einleitungssatzes soll in diesem Sinne verdeutlichen, dass die Angaben „gesetzt“ und nicht veränderbar sind.* *Außerdem sollte der hier in Rede stehende Betrag immer gleich bezeichnet werden, sodass auch an dieser Stelle - s. Absatz 3 Satz 1 des Entwurfs - statt von „Betrag nach Satz 1“ von „Ausgleichsbetrag nach Satz 1“ gesprochen werden sollte.*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
1. in Niedersachsen 71 880 volljährige Menschen mit Behinderungen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung nach Teil 2 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs bezogen haben,	1. in Niedersachsen 71 880 volljährige Menschen mit Behinderungen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung nach Teil 2 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs **beziehen** ____, *Anmerkung:* *Es handelt sich abermals um eine sprachliche Präzisierung, die klarstellt, dass es sich bei der in Nummer 1 genannten Personenzahl um eine „Momentaufnahme“ zum genannten Stichtag handelt. MS hat insoweit nämlich auf Nachfrage erläutert, dass sowohl vorliegend als auch im Rahmen der Fortschreibung stets die zum jeweiligen Stichtag in der amtlichen Statistik des Landesamtes für Statistik Niedersachsen erfasste Anzahl leistungsbeziehender volljähriger Personen maßgeblich sein soll. Die Entwurfsformulierung scheint demgegenüber eine Gesamtsumme (bis zum Stichtag) zugrunde zu legen, ohne dass klar würde, welcher Zeitraum berücksichtigt wird.*
2. bei den herangezogenen Kommunen für die Durchführung der Aufgaben nach Satz 1 je 150 Menschen nach Nummer 1 eine in Vollzeit beschäftigte Person benötigt wird (Personalschlüssel) und	2. *unverändert*
3. für die Beschäftigung der Person nach Nummer 2 durchschnittliche Verwaltungskosten in Höhe von 97 892 Euro entstehen.	3. für die Beschäftigung **einer** Person nach Nummer 2 durchschnittliche Verwaltungskosten in Höhe von 97 892 Euro entstehen. *Anmerkung:* *Der Vorschlag hat nur sprachliche Gründe.* *Die Entwurfsregelung soll mit Blick auf das nachfolgend normierte Fortschreibungserfordernis der gesetzlichen Fixierung der Berechnungsgrundlagen des Ausgleichbetrags dienen (s. o. zum einleitenden Satzteil). Die Regelungen des Gesetzentwurfs lassen jedoch nicht erkennen, welche Parameter dem in Nummer 3 genannten Betrag der durchschnittlichen Verwaltungskosten rechnerisch zugrunde liegen. Gleichzeitig sind die Veränderungen bei den durchschnittlichen Verwaltungskosten aber maßgeblich für die jährliche Fortschreibung des Ausgleichbetrags (s. Absatz 3 Satz 2 des Entwurfs). Systemgerecht wäre es dann aber, dass bei der Ermittlung und Aktualisierung der durchschnittlichen Verwaltungskosten immer die gleichen Faktoren mit der gleichen Wertigkeit herangezogen werden. Dies hat MS bestätigt und mitgeteilt, dass so auch in Zukunft verfahren werden solle. Es spricht sich dennoch gegen eine gesetzliche Regelung zu den für die Ermittlung der durchschnittlichen Verwaltungskosten maßgeblichen Parameter aus, weil die Normierung mit Blick auf die Komplexität der rechnerischen Herleitung (vgl. hierzu sehr verkürzt die Entwurfsbegründung, S. 18; ausführlicher schon die Entwurfsbegründung*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	zum Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, LT-Drs. 18/3742, S. 36) nur schwer möglich und aus seiner Sicht nicht sinnvoll sei. Stattdessen soll nun bei den Regelungen zur Fortschreibung eine Regelung aufgenommen werden, die die Verwendung der immer gleichen Faktoren bei der Aktualisierung der durchschnittlichen Verwaltungskosten abstrakt sicherstellt (vgl. den Vorschlag zu Absatz 2 Satz 2/1 und die diesbezügliche Anmerkung).
(2) [1]Die Höhe des Anteils der jeweiligen Kommune bestimmt sich je zur Hälfte	(2) [1]Die Höhe des **jeweiligen** Anteils **der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe _____ an dem Ausgleichsbetrag nach Absatz 1 Satz 1** bestimmt sich je zur Hälfte **nach dem Verhältnis**
	Anmerkung: *Vgl. zunächst die Anmerkung zu Absatz 1 Satz 1. Aus den dort genannten Gründen sollte auch hier die Formulierung der Entwurfsregelung auf die örtlichen Träger der Eingliederungshilfe abstellen und nicht auf die „jeweiligen Kommunen“ im Sinne der nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen. Zudem sollte schon aus sprachlichen Gründen spezifiziert werden, woran der betreffende Anteil bestehen soll (vgl. auch Absatz 2 des geltenden Rechts).* *Schließlich können die Worte „nach dem Verhältnis“ aus den nachfolgenden Nummern 1 und 2 zwecks Straffung der Regelung hier nach oben gezogen werden (und dann dort entfallen).*
1. nach dem Verhältnis der Zahl der volljährigen Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1, für die der Kommune Aufwendungen entstehen, zu der Zahl dieser Menschen aller Kommunen, für die den Kommunen solche Aufwendungen entstehen, und	1. _____ der Zahl der volljährigen Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1, für die **im Gebiet des örtlichen Trägers entsprechende** Aufwendungen entstehen, zu der Zahl dieser Menschen _____, für die _____ **im Gebiet des Landes** solche Aufwendungen entstehen, und
	Anmerkung: *Die über die vorgeschlagene Streichung der Worte „nach dem Verhältnis“ (s. hierzu die Anmerkung zum einleitenden Satzteil) hinausgehenden Änderungsvorschläge berücksichtigen, dass die Verteilung der Mittel für den Verwaltungskostenausgleich nach wie vor über die örtlichen Träger erfolgen soll (vgl. die Anmerkung zu Absatz 1 Satz 1 sowie die zum einleitenden Satzteil) und präzisieren in diesem Sinne die Bezüge. Gleichzeitig wird dadurch gegenüber der Entwurfsfassung auch klargestellt, dass bei der Ermittlung des vorliegend in Rede stehenden Verhältnisses als Teiler nur die Zahl volljähriger Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 in Niedersachsen heranzuziehen ist.*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
2. nach dem Verhältnis der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Kommune zu der Zahl volljähriger Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen.	2. _____ der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner **des** jeweiligen **örtlichen Trägers** zu der Zahl **der** volljährige**n** Einwohnerinnen und Einwohner **des Landes**.
	Anmerkung: *Auch hier ist bei der Ermittlung des betreffenden Verhältnisses hinsichtlich der Einwohnerzahl im Zähler statt auf die konkret herangezogene Kommune auf den jeweiligen örtlichen Träger abzustellen (vgl. hierzu schon die Anmerkung zu Absatz 1 Satz 1, zum einleitenden Satzteil und zur vorgehenden Nummer 1). Die weiteren vorgeschlagenen Änderungen dienen allein der Vereinheitlichung der Formulierungen im Gesetz.*
[2]Für die Einwohnerzahl gilt § 177 Abs. 1 und 3 NKomVG entsprechend. [3]Je ein Zwölftel des Betrags nach Satz 1 wird zugleich mit den Abschlägen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 gezahlt.	[2]Für die Einwohnerzahl gilt § 177 Abs. 1 ____ NKomVG entsprechend. [3]Je ein Zwölftel des **jeweiligen Anteils** ____ nach Satz 1 wird zugleich mit den Abschlägen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 gezahlt.
	Anmerkung: *Zu Satz 2:* *Die hier angeordnete entsprechende Geltung des § 177 Abs. 1 NKomVG bedeutet - wie MS bestätigt hat -, dass sich die maßgebliche Einwohnerzahl insoweit zwar nach der Regelung des § 177 Abs. 1 NKomVG richtet, im Hinblick auf die Regelung der Nummer 2 des Satzes 1, auf die sich die hiesige Entwurfsregelung bezieht, aber nur die Zahl der volljährigen Einwohner aus der Einwohnerermittlung des LSN für den Stichtag des Vorjahres zugrunde gelegt werden soll.* *Der nach der Entwurfsfassung insoweit ebenfalls heranzuziehende § 177 Abs. 3 NKomVG sieht für bestimmte Fälle für jede Wohnung, die von nicht kasserniertem Personal der Stationierungsstreitkräfte und deren Angehörigen belegt ist, eine Erhöhung der Einwohnerzahl nach § 177 Abs. 1 NKomVG um drei Personen vor. Auf Nachfrage, was genau insoweit mit der entsprechenden Geltung gemeint sei, zumal die dort genannten Angehörigen, die pauschal mit den dort vorgegebenen drei Personen in die Einwohnerzahl miteinfließen, nicht nur Erwachsene, sondern gerade typischerweise auch Kinder meinen dürften, hat das MS sich für eine Streichung der Verweisung auf Absatz 3 des § 177 NKomVG ausgesprochen. Nach nochmaliger Prüfung könne der Verweis entfallen, weil die betreffende Norm vorliegend nicht „passend“ sei, auch weil die betreffende Personengruppe jedenfalls in aller Regel (Ausnahmen nicht ausgeschlossen) nicht zum Kreis der Leistungsberechtigten gehöre, weil die soziale Absicherung der Truppenangehörigen und ihrer Familienangehörigen in völkerrechtlichen Verträgen geregelt und dort primär dem Entsendeland zugeordnet sei. Dies wird durch den obigen Vorschlag umgesetzt.*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Zu Satz 3:
Es handelt sich um eine Folgeänderung zu der zu Satz 1 vorgeschlagenen Änderung, durch die klargestellt werden soll, dass es nicht um den nunmehr in Satz 1 ebenfalls genannten „Ausgleichsbetrag nach Absatz 1 Satz 1“ geht, sondern um den in Satz 1 geregelten Anteil an diesem Betrag (der Begriff „Betrag“ wird in Satz 1 in diesem Zusammenhang nicht verwendet).

(3) [1]Die Höhe des Ausgleichsbetrags nach Absatz 1 Satz 1 ist jährlich fortzuschreiben. [2]Maßgeblich sind die Veränderungen bei der Zahl der Menschen mit Behinderungen nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und die Veränderungen der durchschnittlichen Verwaltungskosten nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag 31. März eines Jahres im Vergleich zum 31. März des Vorjahres. [3]Im Jahr 2026 sind maßgeblich die Veränderungen im Vergleich zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2. [4]Absatz 2 gilt entsprechend.

(3) [1]Die Höhe des Ausgleichsbetrags nach Absatz 1 Satz 1 ist jährlich fortzuschreiben. [2]Maßgeblich sind **jeweils** die Veränderungen bei der Zahl der Menschen mit Behinderungen **im Sinne des** Absatz**es** 1 Satz 2 Nr. 1 und die Veränderungen **bei der Höhe** der durchschnittlichen Verwaltungskosten **im Sinne des** Absatz**es** 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag 31. März eines Jahres im Vergleich zum 31. März des Vorjahres. **[2/1]Das Fachministerium ermittelt die Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten zum Zweck der Fortschreibung nach Satz 1 anhand der Kriterien, die auch der Ermittlung der Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2 zugrunde gelegt sind, oder bei Änderung der hierfür maßgebenden Verhältnisse auf Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses und nach Abstimmung mit dem Finanzministerium anhand entsprechend angepasster Kriterien.** [3]Im Jahr 2026 sind **im Sinne des Satzes 2** maßgeblich die Veränderungen im Vergleich zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2. [4]**Für die Bestimmung der Höhe des jeweiligen Anteils der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe _____ an dem fortgeschriebenen Ausgleichsbetrag** gilt Absatz 2entsprechend.

Anmerkung:
Zu Satz 2:
Die Änderungsvorschläge erfolgen lediglich zur Präzisierung und Vereinheitlichung des Sprachgebrauchs.

Zu Satz 2/1:
Vgl. zunächst die Anmerkung zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 3. Der vorgeschlagene neue Satz 2/1 soll aus den dort erläuterten Gründen die Grundlage für die Aktualisierung der durchschnittlichen Verwaltungskosten abstrakt - also ohne Nennung der einzelnen zu betrachtenden Parameter - regeln. Das MS hat in diesem Zusammenhang zudem mitgeteilt, dass jedenfalls für den Fall, dass aufgrund von Veränderungen der der Ermittlung der durchschnittlichen Verwaltungskosten zugrunde gelegten Verhältnisse eine Anpassung der betreffenden Parameter erforderlich wird, der Gemeinsame Ausschuss eine Empfehlung dazu abgeben solle, wie diese erfolgen solle. Außerdem sei insoweit eine Abstimmung mit dem Finanzministerium er-

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	forderlich. Beides ist in der oben vorgeschlagenen Regelung abgebildet. Die betreffende Empfehlung des Gemeinsamen Ausschuss soll nach Erklärung des MS dabei mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses gefasst werden müssen. Ein Anhörungserfordernis der Arbeitsgemeinschaft nach § 94 Abs. 4 SGB IX soll hingegen entfallen. Diese Vorgaben finden sich in den Vorschlägen zu Nummer 2 des Gesetzentwurfs und zu der neuen Nummer 1/1 umgesetzt (vgl. auch die dortigen Anmerkungen). *<u>Zu Satz 3:</u>* *Die Änderung ist lediglich eine Folgeänderung zur vorgeschlagenen Einfügung des Satzes 2/1 und dient der sprachlichen Verknüpfung der Entwurfsregelung mit Satz 2 des Entwurfs.* *<u>Zu Satz 4:</u>* *Mit der Entwurfsregelung soll klarstellend geregelt werden, dass die Regelungen des Absatzes 2 zur Ermittlung des Anteils der einzelnen örtlichen Träger der Eingliederungshilfe an dem Ausgleichsbetrag auf die fortgeschriebenen Ausgleichsbeträge der Folgejahre gleichermaßen Anwendung finden sollen. Das soll durch die vorgeschlagene sprechende Formulierung verdeutlicht werden.* *Soweit im Übrigen laut der Entwurfsbegründung, S. 18, geregelt wird, „dass eine Bestimmung über die interkommunale Verteilung des Gesamtbetrags erfolgen muss“ und die „Umsetzung […] dem Fachministerium nach dem Beispiel der Regelung in § 22 Abs. 3 Nr. 2 übertragen“ wird - was in den Entwurfsregelungen nicht wiederzufinden ist -, handelt es sich nach Mitteilung des MS um redaktionelle Versehen bei der Erstellung des Gesetzentwurfs.*
(4) Der Gemeinsame Ausschuss gibt zum 1. Januar 2030 und danach jeweils nach fünf Jahren eine Empfehlung darüber ab, ob eine Änderung des Personalschlüssels nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 ab dem jeweiligen Folgejahr geboten ist.	(4) Der Gemeinsame Ausschuss gibt zum 1. Januar 2030 und danach jeweils nach fünf Jahren eine Empfehlung **dazu** ab, ob eine Änderung des Personalschlüssels nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 ab dem jeweiligen Folgejahr geboten ist. *<u>Anmerkung:</u>* *Die Änderung ist sprachlich begründet.*
(5) Die den nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen entstehenden Verwaltungskosten zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe werden im Rahmen der Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich gedeckt.“	(5) *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	<u>Anmerkung:</u> *Die Regelung entspricht im Wortlaut Absatz 6 des geltenden Rechts.*
Artikel 5 Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes	Artikel 5 Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes
In § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes vom 25. November 2007 (Nds. GVBl. S. 661), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 320), wird die Angabe „1 500 000“ durch die Angabe „2 000 000“ ersetzt.	*unverändert*
Artikel 6 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“	Artikel 6 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“
Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“ vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:	*unverändert*
1. § 2 wird wie folgt geändert:	
a) Am Ende der Nummer 4 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.	
b) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „und“ eingefügt.	
c) Es wird die folgende Nummer 6 eingefügt:	
„6. Maßnahmen nach § 12 b Abs. 1 Sätze 4 und 5 KHG“.	
2. § 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:	
a) Am Ende der Nummer 16 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.	
b) Am Ende der Nummer 17 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.	
c) Es werden die folgenden Nummern 18 und 19 angefügt:	
„18. vom Land im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von 600 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 sowie	

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
19. die dem Land vom Bund ab 2026 zugeteilten Fördermittel nach § 12 b KHG.“	
3. § 4 wird wie folgt geändert:	
a) Es wird der folgende neue Satz 9 eingefügt:	
„[9]Die Mittel nach § 3 Satz 1 Nrn. 18 und 19 dürfen nur zur Finanzierung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 verwendet werden.“	
b) Der bisherige Satz 9 wird Satz 10.	
Artikel 7 bis 13	*Artikel 7 bis 13*
(…)	*(hier nicht abgedruckt)*

Niedersächsischer Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Hannover, den 14.11.2025
83/85/1528-83

Vorlage 5

zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Diese Vorlage enthält die Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse an den federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu den Artikeln 1 bis 10 und 13 Abs. 2 des o. g. Gesetzentwurfs. Für die in dieser Vorlage ebenfalls wiedergegebenen Artikel 11, 12 und 13 Abs. 1 des Gesetzentwurfs ist der Ausschuss für Haushalt und Finanzen allein fachlich zuständig; insoweit haben wir keine Formulierungsvorschläge oder Anmerkungen.

Dr. Oppenborn-Reccius

Per E-Mail zu verteilen an:
Ausschuss für Haushalt und Finanzen
Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
Ausschuss für Inneres und Sport
Kultusausschuss
Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Fraktionen
Staatskanzlei
Finanzministerium
Justizministerium
Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung
Kultusministerium
Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Landesrechnungshof
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Staatsgerichtshof
Kommunale Spitzenverbände

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Am Ende der Nummer 11 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

   b) Am Ende der Nummer 12 wird das Wort „und“ eingefügt.

   c) Es wird die folgende Nummer 13 eingefügt:

      „13. ab dem Haushaltsjahr 2026 für kreisfreie Städte 63,26 Euro und für Landkreise 69,14 Euro“.

2. Nach § 5 a wird der folgende § 5 b eingefügt:

„§ 5 b
Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(1) [1]Die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover erhalten vom Land für die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Bereich des gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes im Jahr 2026 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 10 000 000 Euro. [2]Die Beträge nach Satz 1 werden jeweils

1. zur Hälfte nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Kommune nach Satz 1 zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen zum Stichtag 30. Juni 2025 und

2. zur Hälfte nach dem Verhältnis des Viehbestandes in Großvieheinheiten der Kommune nach Satz 1 zu dem Viehbestand in Großvieheinheiten in Niedersachsen

Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

1/1. § 5 a Abs. 2 Satz 6 wird gestrichen.

2. Nach § 5 a wird der folgende § 5 b eingefügt:

„§ 5 b
Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(1) [1]Die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover erhalten vom Land für die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Bereich des gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes im Jahr 2026 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 10 000 000 Euro. [2]Die Beträge nach Satz 1 werden jeweils **zur Hälfte nach dem Verhältnis**

1. _____ der Einwohnerzahl der Kommune nach Satz 1 zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen zum Stichtag 30. Juni 2025 und

2. _____ des Viehbestandes in Großvieheinheiten der Kommune nach Satz 1 zu dem Viehbestand in Großvieheinheiten in Niedersachsen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse*
verteilt. [3]Einwohnerzahl ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die die Landesstatistikbehörde aufgrund einer allgemeinen Zählung der Bevölkerung (Volkszählung) und deren Fortschreibung für den Stichtag ermittelt hat. [4]§ 177 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) gilt entsprechend. [5]Der Viehbestand ergibt sich aus der von der Landesstatistikbehörde zusammengestellten Landwirtschaftszählung 2020. [6]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht. [7]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend. [8]Abweichend von § 16 Abs. 2 NKomVG gilt die Stadt Göttingen bei der Anwendung von Satz 1 als kreisangehörige Gemeinde.	verteilt. [3]_____ *(jetzt in § 7 Abs. 1 [neu])* [4]_____ *(jetzt in § 7 Abs. 1 [neu])* [5]Der Viehbestand ergibt sich aus der von der Landesstatistikbehörde zusammengestellten Landwirtschaftszählung 2020. [6]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht. [7]_____ *(vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2)* [8]Abweichend von § 16 Abs. 2 NKomVG gilt die Stadt Göttingen bei der Anwendung von Satz 1 als kreisangehörige Gemeinde.
(2) Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und der Viehbestand nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 der Landeshauptstadt Hannover bleiben bei der Berechnung des Anteils der Region Hannover unberücksichtigt.“	(2) _____ *(jetzt in § 7 Abs. 2 Satz 2 [neu])“*
3. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:	3. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:
„§ 5 c Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs	„§ 5 c Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs
(1) [1]Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 1 Abs. 1 und 2 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission vom 5. Februar 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 204), erhalten vom Land für die Erfüllung des Anspruchs von Schülerinnen und Schülern in Tageseinrichtungen und Schulen mit Primarbereich nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII)	*vorerst unverändert*
1. im Jahr 2026 1 269 000 Euro,	
2. im Jahr 2027 4 322 000 Euro,	
3. im Jahr 2028 7 376 000 Euro,	
4. im Jahr 2029 10 335 000 Euro und	
5. ab dem Jahr 2030 12 214 000 Euro.	
[2]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.	

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse*
(2) [1]Die Beträge nach Absatz 1 werden auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die im Gebiet des jeweiligen örtlichen Trägers einen Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII haben, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen, die diesen Anspruch haben, aufgeteilt. [2]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der aktuellen Schulstatistik.	
(3) [1]Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben den Betrag, den sie nach Absatz 2 erhalten haben, nach Maßgabe der Sätze 2 und 3 unverzüglich zu verteilen. [2]Jeder Träger einer im Gebiet des örtlichen Trägers betriebenen Tageseinrichtung erhält einen Betrag, der dem Verhältnis der Zahl der von ihm nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII in dem Gebiet des örtlichen Trägers geförderten Schülerinnen und Schüler zu der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in dem Gebiet des örtlichen Trägers einen Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII haben, entspricht. [3]Von dem verbleibenden Betrag erhält jeder im Gebiet des örtlichen Trägers befindliche Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich, die als Ganztagsschulen geführt werden, einen Betrag, der dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII an seinen Schulen zu der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem solchen Anspruch im Gebiet des örtlichen Trägers entspricht. [4]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in einer Tageseinrichtung gefördert werden, richtet sich nach der aktuellen Kinder- und Jugendhilfestatistik nach § 98 Abs. 1 SGB VIII und die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der aktuellen Schulstatistik.“	
4. In § 7 Abs. 2 werden die Worte „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ durch die Angabe „NKomVG“ ersetzt.	4. ____ § 7 _____ **erhält folgende Fassung:** **„§ 7** **Verteilungs- und Zahlungsmodalitäten** **(1) Für die Bestimmung der Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt § 17 NFAG entsprechend.** **(2) [1]Die Leistungen nach diesem Abschnitt werden auf der Grundlage der Einwohnerzahl nach Absatz 1 verteilt, soweit nichts anderes geregelt ist. [2]Stehen einer kreis- oder regionsangehörigen Gemeinde Leistungen unmittelbar**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse

selbst zu, so bleibt deren Anteil am Verteilungsschlüssel bei der Berechnung des Anteils des jeweiligen Landkreises oder der Region, dem oder der sie angehört, unberücksichtigt.

(3) [1]Die Leistungen werden bis zum 20. Juni eines jeden Jahres erbracht, soweit nichts anderes geregelt ist. [2]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend.“

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes

§ 4 a des Niedersächsischen Sportfördergesetzes vom 7. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 544), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ und das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

2. In Satz 2 wird die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ ersetzt.

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes

unverändert

<u>Anmerkung:</u>
Der Ausschuss für Inneres und Sport hat seine Mitberatung zu den Artikeln 1 und 2 des Gesetzentwurfs am 13.11.2025 durchgeführt und empfiehlt dem federführenden Ausschuss, dem Landtag hinsichtlich des Artikels 1 die Annahme des Gesetzentwurfs mit den aus Vorlage 2 ersichtlichen Änderungen sowie hinsichtlich des Artikels 2 die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen. Diese Empfehlung kam mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der die Landesregierung tragenden Fraktionen bei Stimmenthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und bei Abwesenheit des Ausschussmitglieds der Fraktion der AfD zustande.

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat seine Mitberatung zu Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs am 12.11.2025 durchgeführt und empfiehlt dem federführenden Ausschuss ebenfalls, dem Landtag insoweit die Annahme des Gesetzentwurfs mit den aus Vorlage 2 ersichtlichen Änderungen zu empfehlen. Diese Empfehlung kam einstimmig mit den Stimmen der Ausschussmitglieder aller Fraktionen zustande.

Der Kultusausschuss hat seine Mitberatung zu Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs am 07.11.2025 durchgeführt und ohne Empfehlung abgeschlossen, weil ihm der vom Fachministerium angekündigte Änderungsvorschlag der die Landesregierung tragenden Fraktionen noch nicht

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse

vorlag. Der Kultusausschuss bittet den federführenden Ausschuss, ihn zu gegebener Zeit an der Beratung des Änderungsvorschlages, wenn dieser vorliegt, zu beteiligen.

Artikel 3

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

§ 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 109), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 3 wird die Angabe „Sätze 4 bis 10“ durch die Angabe „Sätze 4 bis 9“ ersetzt.

2. Die Sätze 4 bis 6 erhalten folgende Fassung:

   „[4]Aus den Bundesmitteln, die dem Land Niedersachsen nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II monatlich zustehen, erhalten die in Satz 1 genannten kommunalen Träger monatliche Abschlagszahlungen. [5]Sofern die Höhe der dem Land Niedersachsen zustehenden Bundesmittel für das laufende Jahr durch Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II rückwirkend angepasst wird, erfolgt eine Anpassung der Abschlagszahlungen rückwirkend zum 1. Januar des laufenden Jahres. [6]Die Höhe der Abschlagszahlungen für die einzelnen in Satz 1 genannten kommunalen Träger wird anhand eines Vomhundertsatzes berechnet, der sich aus dem jeweiligen Anteil des kommunalen Trägers an den vom Land Niedersachsen nach § 46 Abs. 11 Satz 5 SGB II insgesamt gemeldeten Zweckausgaben für die in Satz 1 genannten Leistungen des Vorvorjahres ergibt.“

3. Satz 7 wird gestrichen.

4. Die bisherigen Sätze 8 bis 11 werden Sätze 7 bis 10 und wie folgt geändert:

   a) In dem neuen Satz 8 wird die Angabe „Satz 8“ durch die Angabe „Satz 7“ ersetzt.

   b) In dem neuen Satz 9 wird die Angabe „Sätzen 4 bis 7“ durch die Angabe „Sätzen 4 bis 6“ und die Angabe „Sätzen 8 und 9“ durch die Angabe „Sätzen 7 und 8“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

§ 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 109), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. *unverändert*

3. *unverändert*

4. Die bisherigen Sätze 8 bis 11 werden Sätze 7 bis 10 und wie folgt geändert:

   a) *unverändert*

   b) *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse*
c) In dem neuen Satz 10 Halbsatz 1 wird die Angabe „in der ab dem 1. Januar 2021 geltenden Fassung“ durch die Angabe „in der Fassung des Artikels 7 des Haushaltsbegleitgesetzes 2021 vom 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477)“ ersetzt.	c) In dem neuen Satz 10 **erhält** Halbsatz 1 **folgende Fassung _____:** **„[10]Auf die Abrechnungsjahre 2021 bis 2025 finden die Sätze 3 bis 10** in der Fassung des Artikels 7 des ____**G**esetzes ____ vom 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477) **Anwendung;“**
Artikel 4 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs	Artikel 4 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs
Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 300), geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:	Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 300), geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:
1. In § 2 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 wird nach den Worten „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ die Angabe „(NKomVG)“ eingefügt.	1. *unverändert*
	1/1. In § 15 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2/1 und Abs. 4“ ersetzt.
2. In § 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 Abs. 4“ ersetzt.	2. In § 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 **Abs. 3 Satz 2/1 und** Abs. 4“ ersetzt.
3. § 25 erhält folgende Fassung:	3. § 25 erhält folgende Fassung:
„§ 25 Ausgleich für Verwaltungskosten	„§ 25 Ausgleich für Verwaltungskosten
(1) [1]Die nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen erhalten im Jahr 2026 zum Ausgleich der entstehenden Personal- und Sachkosten (Verwaltungskosten) zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 SGB IX, der Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe insgesamt 46 909 639 Euro. [2]Bei dem Betrag nach Satz 1 wird davon ausgegangen, dass zum Stichtag 1. Januar 2025	(1) [1]**Z**um Ausgleich **der aufgrund der Heranziehung** nach § 4 Abs. 2 oder 3 _____ entstehenden Personal- und Sachkosten (Verwaltungskosten) zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 SGB IX, der Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen erhalten **die örtlichen Träger der Eingliederungshilfe** im Jahr 2026 vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe _____ insgesamt 46 909 639 Euro. [2]____ **D**em **Ausgleichsb**etrag nach Satz 1 **ist zugrunde gelegt**, dass zum Stichtag 1. Januar 2025

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse*
1. in Niedersachsen 71 880 volljährige Menschen mit Behinderungen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung nach Teil 2 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs bezogen haben,	1. in Niedersachsen 71 880 volljährige Menschen mit Behinderungen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung nach Teil 2 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs **beziehen ____**,
2. bei den herangezogenen Kommunen für die Durchführung der Aufgaben nach Satz 1 je 150 Menschen nach Nummer 1 eine in Vollzeit beschäftigte Person benötigt wird (Personalschlüssel) und	2. *unverändert*
3. für die Beschäftigung der Person nach Nummer 2 durchschnittliche Verwaltungskosten in Höhe von 97 892 Euro entstehen.	3. für die Beschäftigung **einer** Person nach Nummer 2 durchschnittliche Verwaltungskosten in Höhe von 97 892 Euro entstehen.
(2) [1]Die Höhe des Anteils der jeweiligen Kommune bestimmt sich je zur Hälfte	(2) [1]Die Höhe des **jeweiligen** Anteils **der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe _____ an dem Ausgleichsbetrag nach Absatz 1 Satz 1** bestimmt sich je zur Hälfte **nach dem Verhältnis**
1. nach dem Verhältnis der Zahl der volljährigen Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1, für die der Kommune Aufwendungen entstehen, zu der Zahl dieser Menschen aller Kommunen, für die den Kommunen solche Aufwendungen entstehen, und	1. _____ der Zahl der volljährigen Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1, für die **im Gebiet des örtlichen Trägers entsprechende** Aufwendungen entstehen, zu der Zahl dieser Menschen _____, für die _____ **im Gebiet des Landes** solche Aufwendungen entstehen, und
2. nach dem Verhältnis der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Kommune zu der Zahl volljähriger Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen.	2. _____ der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner **des** jeweiligen **örtlichen Trägers** zu der Zahl **der** volljährige**n** Einwohnerinnen und Einwohner **des Landes**.
[2]Für die Einwohnerzahl gilt § 177 Abs. 1 und 3 NKomVG entsprechend. [3]Je ein Zwölftel des Betrags nach Satz 1 wird zugleich mit den Abschlägen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 gezahlt.	[2]Für die Einwohnerzahl gilt § 177 Abs. 1 ____ NKomVG entsprechend. [3]Je ein Zwölftel des **jeweiligen Anteils** ____ nach Satz 1 wird zugleich mit den Abschlägen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 gezahlt.
(3) [1]Die Höhe des Ausgleichsbetrags nach Absatz 1 Satz 1 ist jährlich fortzuschreiben. [2]Maßgeblich sind die Veränderungen bei der Zahl der Menschen mit Behinderungen nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und die Veränderungen der durchschnittlichen Verwaltungskosten nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag 31. März eines Jahres im Vergleich zum 31. März des Vorjahres. [3]Im Jahr 2026 sind maßgeblich die Veränderungen im Vergleich zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2. [4]Absatz 2 gilt entsprechend.	(3) [1]Die Höhe des Ausgleichsbetrags nach Absatz 1 Satz 1 ist jährlich fortzuschreiben. [2]Maßgeblich sind **jeweils** die Veränderungen bei der Zahl der Menschen mit Behinderungen **im Sinne des** Absatz**es** 1 Satz 2 Nr. 1 und die Veränderungen **bei der Höhe** der durchschnittlichen Verwaltungskosten **im Sinne des** Absatz**es** 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag 31. März eines Jahres im Vergleich zum 31. März des Vorjahres. **[2/1]Das Fachministerium ermittelt die Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten zum Zweck der Fortschreibung nach Satz 1 anhand der Kriterien, die auch der Ermittlung der Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2 zugrunde gelegt**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse*
	sind, oder bei Änderung der hierfür maßgebenden Verhältnisse auf Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses und nach Abstimmung mit dem Finanzministerium anhand entsprechend angepasster Kriterien. [3]Im Jahr 2026 sind **im Sinne des Satzes 2** maßgeblich die Veränderungen im Vergleich zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2. [4]**Für die Bestimmung der Höhe des jeweiligen Anteils der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe _____ an dem fortgeschriebenen Ausgleichsbetrag** gilt Absatz 2 entsprechend.
(4) Der Gemeinsame Ausschuss gibt zum 1. Januar 2030 und danach jeweils nach fünf Jahren eine Empfehlung darüber ab, ob eine Änderung des Personalschlüssels nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 ab dem jeweiligen Folgejahr geboten ist.	(4) Der Gemeinsame Ausschuss gibt zum 1. Januar 2030 und danach jeweils nach fünf Jahren eine Empfehlung **dazu** ab, ob eine Änderung des Personalschlüssels nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 ab dem jeweiligen Folgejahr geboten ist.
(5) Die den nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen entstehenden Verwaltungskosten zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe werden im Rahmen der Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich gedeckt.“	(5) *unverändert*
Artikel 5 Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes	Artikel 5 Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes
In § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes vom 25. November 2007 (Nds. GVBl. S. 661), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 320), wird die Angabe „1 500 000“ durch die Angabe „2 000 000“ ersetzt.	*unverändert*
Artikel 6 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“	Artikel 6 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“
Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“ vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:	*unverändert*
1. § 2 wird wie folgt geändert:	
a) Am Ende der Nummer 4 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.	

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse

b) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „und“ eingefügt.

c) Es wird die folgende Nummer 6 eingefügt:

„6. Maßnahmen nach § 12 b Abs. 1 Sätze 4 und 5 KHG“.

2. § 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Am Ende der Nummer 16 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.

b) Am Ende der Nummer 17 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

c) Es werden die folgenden Nummern 18 und 19 angefügt:

„18. vom Land im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von 600 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 sowie

19. die dem Land vom Bund ab 2026 zugeteilten Fördermittel nach § 12 b KHG.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Es wird der folgende neue Satz 9 eingefügt:

„[9]Die Mittel nach § 3 Satz 1 Nrn. 18 und 19 dürfen nur zur Finanzierung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 verwendet werden.“

b) Der bisherige Satz 9 wird Satz 10.

<u>Anmerkung:</u>
Der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung hat seine Mitberatung zu den Artikeln 3 bis 6 des Gesetzentwurfs am 06.11.2025 durchgeführt und empfiehlt dem federführenden Ausschuss, dem Landtag hinsichtlich der Artikel 3 und 4 die Annahme des Gesetzentwurfs mit den aus Vorlage 4 ersichtlichen Änderungen sowie hinsichtlich der Artikel 5 und 6 die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen. Diese Empfehlung kam mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der die Landesregierung tragenden Fraktionen bei Stimmenthaltung der Ausschussmitglieder der Oppositionsfraktionen zustande.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Artikel 7
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ vom 16. Mai 2017 (Nds. GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2020 (Nds. GVBl. S. 108), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und darin erhält Nummer 1 folgende Fassung:

      „1. bei der Medizinischen Hochschule Hannover und bei der Universität Göttingen in der Universitätsmedizin

         a) im Bereich der Krankenversorgung einschließlich der Forschung und Lehre mit räumlichem Bezug zur Krankenversorgung und der ihr dienenden Infrastruktur und

         b) im Bereich der Forschung und Lehre ohne räumlichen Bezug zur Krankenversorgung und der der Forschung und Lehre dienenden Infrastruktur sowie“.

   b) Es wird der folgende Satz 2 angefügt:

      „[2]Es dient in den in Satz 1 Nr. 1 genannten Bereichen nur zur Finanzierung von Neubaumaßnahmen, einschließlich der Ersteinrichtung unter Anschaffung und Installation medizinischer Großgeräte; es dient weder der Finanzierung von Instandhaltungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen noch der Finanzierung von Maßnahmen zur Erweiterung bestehender Gebäude.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

      aa) Es wird der folgende neue Satz 2 eingefügt:

      „[2]Das Sondervermögen darf nach Maßgabe des Absatzes 2 auch für Bürgschaften verwendet werden, die zur Sicherung

Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse

Artikel 7
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ vom 16. Mai 2017 (Nds. GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2020 (Nds. GVBl. S. 108), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

      aa) Es **werden die folgenden Sätze** 2 **und 3** eingefügt:

      „[2]Das Sondervermögen darf auch für **die Inanspruchnahme des Landes aus**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse*
des Vergütungsanspruchs einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung einer Investitionsmaßnahme beauftragten Unternehmen vom Land übernommen werden.“	nach Maßgabe des Absatzes 2 **übernommenen** Bürgschaften verwendet werden_____ *(jetzt in Absatz 2 Satz 1)*. **[3]**Erlischt eine Bürgschaft, ohne dass das Land aus ihr in Anspruch genommen wird, so stehen die für die Bürgschaft nicht mehr benötigten Mittel erneut für die Übernahme einer Bürgschaft **oder eine Verwendung nach Satz 1** zur Verfügung.“
bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und darin wird die Angabe „§ 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 Buchst. a“ ersetzt.	bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz **4** und darin wird die Angabe „§ 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 Buchst. a“ ersetzt.
cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 4 und 5.	cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze **5** und **6**.
b) Es wird der folgende Absatz 2 angefügt:	b) Es wird der folgende Absatz 2 angefügt:
„(2) [1]Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) darf Bürgschaften in Höhe von insgesamt bis zu 200 000 000 Euro übernehmen. [2]Erlischt eine Bürgschaft, ohne dass das Land aus ihr in Anspruch genommen wird, so stehen die für die Bürgschaft nicht mehr benötigten Mittel erneut für die Übernahme einer Bürgschaft zur Verfügung.“	„(2) [1]Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) **ist ermächtigt**, zur Sicherung des Vergütungsanspruchs einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung einer **aus dem Sondervermögen finanzierten** Investitionsmaßnahme beauftragten Unternehmen Bürgschaften in Höhe von insgesamt bis zu 200 000 000 Euro **zu Lasten des Sondervermögens zu** übernehmen. [2]_____ *(jetzt in Absatz 1 Satz 3)*“
3. § 5 wird wie folgt geändert:	3. § 5 wird wie folgt geändert:
a) In Satz 1 werden nach den Worten „Finanzierung aus dem Sondervermögen“ die Worte „und die Übernahme einer Bürgschaft“ eingefügt.	a) *unverändert*
b) In Satz 3 Halbsatz 1 werden die Worte „zur Kenntnis genommen“ durch das Wort „beschlossen“ ersetzt.	b) ***wird gestrichen***
4. In § 7 Satz 1 werden die Worte „Ministerium für Wissenschaft und Kultur“ durch das Wort „Fachministerium“ ersetzt.	4. *unverändert*
5. In § 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Satz 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz 5“ ersetzt.	5. In § 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Satz 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz **6**“ ersetzt.
	<u>Anmerkung:</u> *Der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur hat seine Mitberatung zu Artikel 7 des Gesetzentwurfs am 30.10.2025 durchgeführt und empfiehlt dem federführenden Ausschuss, dem Landtag insoweit die Annahme des Gesetzentwurfs mit den aus Vorlage 3 ersichtlichen Änderungen*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse

zu empfehlen. Diese Empfehlung kam mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung des Ausschussmitglieds der Fraktion der AfD zustande.

Artikel 8
Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

Dem § 4 Abs. 1 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (Nds. GVBl. S. 431), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), werden die folgenden Sätze 11 bis 13 angefügt:

„[11]Im Haushaltsjahr 2026 wird dem Sondervermögen zusätzlich ein Betrag in Höhe von 321 400 000 Euro zugeführt. [12]Von diesem Betrag ist ein Betrag in Höhe von

1. 25 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5,

2. 96 400 000 Euro für den Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft und

3. 200 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 10

zu verwenden. [13]Der Betrag nach Satz 12 Nr. 2 ist je zur Hälfte für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 und für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 zu verwenden.“

Artikel 8
Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

unverändert

<u>Anmerkung:</u>
Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz hat seine Mitberatung zu Artikel 8 des Gesetzentwurfs hinsichtlich des Ökologischen Bereichs des Wirtschaftsförderfonds am 03.11.2025 durchgeführt und empfiehlt dem federführenden Ausschuss, dem Landtag insoweit die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen. Diese Empfehlung kam mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der die Landesregierung tragenden Fraktionen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Oppositionsfraktionen zustande.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung hat seine Mitberatung zu Artikel 8 des Gesetzentwurfs hinsichtlich des der Gewerblichen Bereichs des Wirtschaftsförderfonds am 07.11.2025 durchgeführt, aber keine Empfehlung beschlossen, sondern lässt dem federführenden Ausschuss stattdessen einen Auszug aus der Niederschrift über seine Mitberatung zukommen.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse

Beratungsgrundlage war jeweils Vorlage 2 (S. 8 ff.).

Artikel 9
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“

Das Gesetz über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 120), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung“ durch die Worte „Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung“ ersetzt.

2. In § 8 Satz 2 werden die Angabe „50 82“ durch die Angabe „5191“ und die Angabe „08“ durch die Angabe „19“ ersetzt.

Artikel 9
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“

Das Gesetz über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 120), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „**vom** Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung“ durch die Worte „**von dem für** Digitalisierung **zuständigen** Ministerium _____“ ersetzt.

2. *unverändert*

Anmerkung:
Der Ausschuss für Inneres und Sport hat auch seine Mitberatung zu Artikel 9 des Gesetzentwurfs am 13.11. 2025 durchgeführt und empfiehlt dem federführenden Ausschuss, dem Landtag insoweit die Annahme des Gesetzentwurfs mit den aus Vorlage 2 ersichtlichen Änderungen zu empfehlen. Auch diese Empfehlung kam mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der die Landesregierung tragenden Fraktionen bei Stimmenthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und bei Abwesenheit des Ausschussmitglieds der Fraktion der AfD zustande.

Artikel 10
Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes

Das niedersächsische Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetz vom 29. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 7), wird wie folgt geändert:

1. Am Ende des § 18 Nr. 2 wird nach dem Komma die Angabe „soweit die Darlehen nicht nach § 19 a Satz 1 auf die NBank übertragen worden sind,“ angefügt.

2. § 19 wird wie folgt geändert:

Artikel 10
Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes

Das niedersächsische Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetz vom 29. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 7), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. § 19 wird wie folgt geändert:

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse*
a) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.	a) *unverändert*
b) Am Ende der Nummer 6 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.	b) *unverändert*
c) Es werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:	c) Es werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:
„7. wirtschaftliche Nachteile ausgleichen, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen entsprechend der Verpflichtung nach § 19 a Satz 1 zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes ausreicht, oder	„7. *unverändert*
8. Zahlungsausfälle aus den nach § 19 a Satz 1 ausgereichten Darlehen ausgleichen.“	8. Zahlungsausfälle aus ____ Darlehen **_____, zu deren Ausreichung sich die NBank** nach § 19 a Satz 1 **verpflichtet hat,** ausgleichen.“
3. Nach § 19 wird der folgende § 19 a eingefügt:	3. Nach § 19 wird der folgende § 19 a eingefügt:
„§ 19 a Übertragung von Darlehen auf die NBank, Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile und Zahlungsausfälle	„§ 19 a Übertragung von Darlehen auf die NBank, Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile und Zahlungsausfälle
[1]Das Fachministerium (§ 3 Abs. 3) wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsjahr 2026 zum Sondervermögen gehörende Darlehen mit einem ausstehenden Rückzahlungsanspruch in Höhe von insgesamt bis zu 900 000 000 Euro unentgeltlich auf die NBank zu übertragen, wenn die NBank sich verpflichtet, in Höhe von eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes nach Satz 2 Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes auszureichen. [2]Das Land leistet einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung ausreicht, und für Zahlungsausfälle aus den nach Satz 1 ausgereichten Darlehen.“	[1]Das Fachministerium (§ 3 Abs. 3) wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsjahr 2026 zum Sondervermögen gehörende Darlehen mit einem ausstehenden Rückzahlungsanspruch in Höhe von insgesamt bis zu 900 000 000 Euro unentgeltlich auf die NBank zu übertragen, wenn die NBank sich verpflichtet, in Höhe von eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes nach Satz 2 Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes auszureichen. [2]Das Land leistet einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung ausreicht, und für Zahlungsausfälle aus ____ Darlehen **_____, zu deren Ausreichung sie sich** nach Satz 1 **verpflichtet hat**.“
	<u>Anmerkung:</u> *Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung hat auch seine Mitberatung zu Artikel 10 des Gesetzentwurfs am 07.11.2025 durchgeführt, aber insoweit ebenfalls keine Empfehlung beschlossen, sondern lässt dem federführenden Ausschuss stattdessen auch insoweit einen Auszug aus der Niederschrift über seine Mitberatung zukommen.*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse*
Artikel 11 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“	Artikel 11 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“
Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden“ vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 297), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:	*unverändert*
1. In § 3 Satz 3 werden nach der Angabe „31 000 000 Euro“ ein Komma und die Angabe „im Haushaltsjahr 2026 einen Betrag in Höhe von 121 000 000 Euro“ eingefügt und die Angabe „Haushaltsjahren 2026“ durch die Angabe „Haushaltsjahren 2027“ ersetzt.	
2. In § 6 Satz 2 wird die Angabe „Kapitel 5134 im Einzelplan 13“ durch die Angabe „Kapitel 5201 im Einzelplan 20“ ersetzt.	
Artikel 12 Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes	Artikel 12 Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes
In § 5 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes vom 16. November 1999 (Nds. GVBl. S. 388), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 111), werden die Worte „Deutschen Bundesbank“ durch das Wort „Finanzwirtschaft“ ersetzt.	*unverändert*
Artikel 13 Inkrafttreten	Artikel 13 Inkrafttreten
(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.	*unverändert*
(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 1 Nr. 3 am 1. August 2026 in Kraft.	
	<u>Anmerkung:</u> *Der Kultusausschuss hat auch seine Mitberatung zu Artikel 13 Abs. 2 am 07.11.2025 durchgeführt. Insoweit wird auf die Anmerkung zu der Mitberatung des Kultusausschusses zu Artikel 1 Nr. 3 verwiesen.*

Vorlage	6
zu Drs.	19/8220

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN IM LANDTAG NIEDERSACHSEN

SPD LANDTAGSFRAKTION NIEDERSACHSEN

Herrn Björn Thümler MdL
Vorsitzender des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen

Frau Birgit Armbrecht
Landtagsverwaltung

26. November 2025

Sehr geehrter Herr Thümler,
sehr geehrte Frau Armbrecht,

als Anlage übersenden wir Ihnen mit dieser E-Mail einen Änderungsvorschlag unserer Fraktionen zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026 – Drs. 19/8220.

Wir bitten um Behandlung in der Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 03.12.2025.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Politze
Für die Fraktion der SPD

Anne Kura
Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SPD-FRAKTION IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG · Hannah-Arendt-Platz 1· 30159 Hannover

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM LANDTAG NIEDERSACHSEN · Hannah-Arendt-Platz 1 · 30159 Hannover

Änderungsvorschlag
(zu Drs. 19/8220)

Fraktion der SPD
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 26. November 2025

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Der Landtag wolle den Gesetzentwurf mit folgenden Änderungen annehmen:

1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

   a) Nach Nummer 1 wird die folgende neue Nummer 1/1 eingefügt:

      „1/1. In § 5 Abs. 1 Satz 1 wird nach den Worten ‚Niedersächsischen Schulgesetzes' die Angabe ‚(NSchG)' eingefügt."

   b) Nr. 3 erhält folgende Fassung:

      „3. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:

      ‚§ 5 c
      Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs
      nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs

      (1) [1]Für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) in der ab dem 1. August 2026 geltenden Fassung erhalten die Kommunen, die nach den §§ 102 und 195 NSchG Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich sind, vom Land

      1. im Jahr 2026 1 269 000 Euro,

      2. im Jahr 2027 4 322 000 Euro,

      3. im Jahr 2028 7 376 000 Euro,

      4. im Jahr 2029 10 335 000 Euro und

      5. ab dem Jahr 2030 12 214 000 Euro.

      [2]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.

      (2) [1]Die Beträge nach Absatz 1 Satz 1 werden auf die einzelnen Kommunen nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die den Primarbereich einer öffentlichen Schule in Trägerschaft dieser Kommune besuchen, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler, die in Niedersachsen den Primarbereich einer öffentlichen Schule besuchen, aufgeteilt. [2]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der Schulstatistik des Vorjahres.

      (3) [1]Eine Kommune nach Absatz 1 Satz 1, die nicht örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist, hat für jede öffentliche Schule mit Primarbereich in ihrer Trägerschaft, die nicht als Ganztagsschule nach § 23 Abs. 1 NSchG geführt wird, dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe den Betrag weiterzuleiten, den sie im Rahmen der Aufteilung der Beträge nach Absatz 2 nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die den Primarbereich dieser Schule besuchen, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler, die in Niedersachsen den Primarbereich einer öffentlichen Schule besuchen, erhalten hat. [2]Ist die Kommune eine Gemeinde, die gemäß § 13 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission vom 5. Februar 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 204), im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Aufgabe der Betreuung von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen wahrnimmt, so wird bei der Berechnung des weiterzuleitenden Betrages nach Satz 1 die Zahl der Schülerinnen und Schüler

im Primarbereich, die eine Schule nach Satz 1 besuchen, um die von der Gemeinde zur Förderung von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen bereitgestellten Plätze verringert. [3]Die Zahl der von der Gemeinde zur Förderung der Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen bereitgestellten Plätze richtet sich nach den im Vorjahr beim Landesjugendamt in dieser Gemeinde genehmigten Plätzen, und die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der Schulstatistik des Vorjahres.‘“

2. Nach Artikel 1 wird der folgende neue Artikel 1/1 eingefügt:

„Artikel 1/1

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. In der Anlage 1 (zu § 5 Abs. 3, §§ 22, 23 Abs. 3 sowie den §§ 37 und 39) wird in der Besoldungsgruppe A 6 in der Fußnote 1 am Ende des Satzes 2 der Punkt durch ein Komma ersetzt und der folgende Halbsatz angefügt: ‚dies gilt nicht für die Planstellen des Landtags‘.
2. In der Anlage 2 (zu § 5 Abs. 3, § 22 Abs. 1 und § 37) wird in der Besoldungsgruppe B 6 bei dem Amt ‚Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent‘ der Funktionszusatz ‚als Leiterin oder Leiter der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung –' angefügt.
3. In der Anlage 12 (zu § 39) wird bei der Angabe ‚Nummer 8‘ in der Spalte ‚Monatsbeträge in Euro‘ die Angabe ‚38,35 Euro‘ durch die Angabe ‚70,00 Euro‘ ersetzt.“

3. Artikel 6 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt geändert:

a) Es wird der folgende neue Buchstabe a eingefügt:

„a) Es werden die folgenden Nummern 12 a und 12 b eingefügt:

‚12 a. vom Land ab dem Haushaltsjahr 2026 aus Kapitel 0595 Titel 884 61 zugeführte Haushaltsmittel für Maßnahmen nach § 2 Nr. 2,

12 b. von den Landkreisen und kreisfreien Städten ab dem Haushaltsjahr 2026 die von ihnen nach § 8 Abs. 1 Satz 1 NKHG wegen der Zuführungen des Landes nach Nummer 12 a für Maßnahmen nach § 2 Nr. 2 aufzubringenden Finanzierungsmittel,‘.“

b) Die bisherigen Buchstaben a bis c werden Buchstaben b bis d.

c) Der neue Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) In Nummer 16 werden nach der Angabe ‚10 000 000 Euro‘ das Wort ‚sowie‘ durch ein Komma ersetzt, nach der Angabe ‚9 000 000 Euro‘ die Angabe ‚sowie im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von 15 000 000 Euro‘ eingefügt sowie am Ende das Wort ‚sowie‘ durch ein Komma ersetzt.“

d) In dem neuen Buchstaben d wird die Angabe „600 000 000“ durch die Angabe „585 000 000“ ersetzt.

2. Nummer 3 wird wie folgt geändert:

a) Es wird der folgende neue Buchstabe a eingefügt:

„a) In Satz 6 wird die Angabe ‚11, 12 und 13‘ durch die Angabe ‚11 bis 13‘ ersetzt.“

b) Die bisherigen Buchstaben a und b werden Buchstaben b und c.

4. Artikel 8 erhält folgende Fassung:

„Artikel 8

Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

Das Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (Nds. GVBl. S. 431), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 4 Abs. 1 werden die folgenden Sätze 11 bis 13 angefügt:

‚[11]Im Haushaltsjahr 2026 wird dem Sondervermögen zusätzlich ein Betrag in Höhe von 343 900 000 Euro zugeführt. [12]Von diesem Betrag ist ein Betrag in Höhe von

1. 47 500 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5,

2. 96 400 000 Euro für den Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft und

3. 200 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 9

zu verwenden. [13]Der Betrag nach Satz 12 Nr. 2 ist je zur Hälfte für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 und für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 zu verwenden.‘

2. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 erhält folgende Fassung:

‚[1]Das Sondervermögen wird verwaltet

1. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1 bis 3 von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium,

2. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5

   a) von der Staatskanzlei, soweit es um Maßnahmen in ihrem Geschäftsbereich geht, und

   b) von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht,

3. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6, 7 und 9 von dem für Umwelt zuständigen Ministerium,

4. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 8

   a) von dem für Umwelt zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht, und

   b) von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht,

sowie

5. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 10 von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium.‘

b) In Satz 2 werden die Worte ‚Dieses kann‘ durch die Worte ‚Die Staatskanzlei und die Ministerien können‘ ersetzt.

3. § 6 Sätze 1 und 2 erhält folgende Fassung:

‚[1]Für jedes Haushaltsjahr werden Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens erstellt und zwar gesondert für

1. die Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1 bis 3 und die Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5, soweit das Sondervermögen von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium verwaltet wird,

2. die Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5, soweit das Sondervermögen von der Staatskanzlei verwaltet wird,

3. die Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6, 7 und 9 und die Maßnahmen nach § 2 Nr. 8 soweit das Sondervermögen von dem für Umwelt zuständigen Ministerium verwaltet wird, sowie

4. die Maßnahmen nach § 2 Nr. 8, soweit das Sondervermögen von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium verwaltet wird, und die Maßnahmen nach § 2 Nr. 10.

[2]Die Übersichten sind Bestandteil des Haushaltsplans des Landes und werden für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 1 als Kapitel 5081 im Einzelplan 08, für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 2 als Kapitel 5021 im Einzelplan 02, für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 3 als Kapitel 5157 im Einzelplan 15 und für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 4 als Kapitel 5091 im Einzelplan 09 ausgewiesen.‘“

5. Nach Artikel 10 wird der folgende neue Artikel 10/1 eingefügt

„Artikel 10/1

Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes

Das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz vom 28. Juni 1995 (Nds. GVBl. S 180), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 106), wird wie folgt geändert:

1. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe ‚31. Dezember 2026‘ durch die Angabe ‚31. Dezember 2036‘ ersetzt.

b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Angabe ‚1,35 Euro' durch die Angabe ‚2,59 Euro' und die Angabe ‚135 000 Euro' durch die Angabe ‚259 000 Euro' ersetzt.

2. § 7 b Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

‚[2]Sie dürfen auch für andere Maßnahmen des Aufgabenträgers im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr eingesetzt werden.'"

6. In Artikel 11 Nummer 1 wird die Angabe „121 000 000 Euro" durch die Angabe „101 000 000 Euro" ersetzt.

Begründung

Zu Artikel 1:

Zu Buchstabe a:

Redaktionelle Anpassung.

Zu Buchstabe b:

Der vorliegende Gesetzentwurf dient der Anpassung von Rechtsvorschriften im Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetz und folgt dem ausdrücklichen Wunsch der Kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens.

Mit Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz - GaFöG) vom 2. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4602) ist in § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) in der ab 1. August 2026 geltenden Fassung ein Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder, die im Schuljahr 2026/2027 oder in den folgenden Schuljahren die erste Klassenstufe besuchen, ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe verankert worden. Der Anspruch besteht an Werktagen im Umfang von acht Stunden täglich und gilt im zeitlichen Umfang des Unterrichts sowie der Angebote der Ganztagsgrundschulen, einschließlich der offenen Ganztagsgrundschulen, als erfüllt.

Der Anspruch auf Ganztagsförderung richtet sich gegen den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für die Erfüllung dieser Aufgabe die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung, § 79 SGB VIII. Das Land hat sich – entsprechend der Regelung des § 24 Abs. 4 SGB VIII – mit den Kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens darauf verständigt, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter in den Ganztagsgrundschulen umgesetzt werden kann. Die jeweiligen Kommunen entscheiden vor Ort, an welchen Ganztagsgrundschulen der Rechtsanspruch umgesetzt wird und ob Hortangebote beibehalten werden. Andere regionale individuelle Lösungen, wie z. B. Kombinationen von Ganztagsschule und Hort, sind ebenfalls möglich.

Gemäß Artikel 4 und 7 Abs. 6 GaFöG war vorgesehen § 1 Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 57) in der ab 1. Januar 2026 geltenden Fassung wie folgt zu fassen:

„Zum anteiligen Ausgleich für laufende Belastungen der Länder, die diesen aus der stufenweisen Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder durch Artikel 1 Nummer 2 und 3 des Ganztagsförderungsgesetzes vom 2. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4602) entstehen, verringern sich die in Absatz 2 genannten Beträge für den Bund im Jahr 2026 um 135 Millionen Euro, im Jahr 2027 um 460 Millionen Euro, im Jahr 2028 um 785 Millionen Euro, im Jahr 2029 um 1 110 Millionen Euro und in den Jahren ab 2030 um jeweils 1 300 Millionen Euro; die in Absatz 2 genannten Beträge für die Länder erhöhen sich entsprechend im Jahr 2026 um 135 Millionen Euro, im Jahr 2027 um 460 Millionen Euro, im Jahr 2027 um 785 Millionen Euro, im Jahr 2029 um 1 110 Millionen Euro und in den Jahren ab 2030 um jeweils 1 300 Millionen Euro."

Durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. November 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 361) wurden Artikel 4 und 7 Absatz 6 GaFöG aufgehoben. Zugleich wurden durch Artikel 4 die in § 1 Abs. 2 FAG genannten Beträge angepasst. Ausweislich BT-Drs. 20/13287, S. 22, wurde damit die bislang vorgesehene Änderung der Verteilung der Umsatzsteuer im Rahmen des Ganztagsförderungsgesetzes, mit der die Länder dauerhaft einen anteiligen Ausgleich für Belastungen erhalten, die diesen aus der stufenweisen Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder gemäß Ganztagsförderungsgesetz entstehen, inhaltlich unverändert in § 1 Abs. 2 FAG integriert.

Das Land beabsichtigt, in Absprache mit den Kommunalen Spitzenverbänden Niedersachsens, jährlich 10 Prozent dieser seitens des Bundes ab dem Jahr 2026 zur Verfügung gestellten Mittel zum anteiligen Ausgleich für laufende Belastungen der Länder, die diesen aus der stufenweisen Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder durch Artikel 1 Nrn. 2 und 3 GaFöG entstehen, an die Kommunen weiterzureichen.

Der vorliegende Gesetzesentwurf schafft die zum Erreichen dieses Zwecks notwendige landesgesetzliche Regelung. Die konkrete Ausgestaltung dieser Regelung – Auszahlung an die Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich und Erstattung durch diese an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe – beruht auf einem Vorschlag der Kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens und wird von dort ausdrücklich gewünscht. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass in

Niedersachsen zum Schuljahr 2024/2025 bereits 72 Prozent der öffentlichen allgemeinbildenden Grundschulen als Ganztagsschulen nach § 23 Absatz 1 NSchG geführt wurden. Dies wirkt sich insofern auf den an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gerichteten Anspruch auf Ganztagsförderung des § 24 Abs. 4 SGB VIII aus, als dass der Anspruch im zeitlichen Umfang des Unterrichts sowie der Angebote der Ganztagsgrundschulen, einschließlich der offenen Ganztagsgrundschulen, als erfüllt gilt.

Eine Alternative zum Erreichen dieses Zwecks besteht nicht. Über die Erreichung des Regelungszwecks hinaus sind keine weiteren Folgen zu erwarten.

Zwischen dem Land und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens besteht Einigkeit, dass den Kommunen durch dieses Gesetz keine neuen zusätzlichen Aufgaben zugewiesen oder übertragen werden.

Zu Absatz 1:

Nach Absatz 1 erhalten die Kommunen, die Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich sind, für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII, vom Land im Jahr 2026 1 269 000 Euro, im Jahr 2027 4 322 000 Euro, im Jahr 2028 7 376 000 Euro, im Jahr 2029 10 335 000 Euro und ab 2030 12 214 000 Euro jährlich. Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 regelt die Verteilung der Beträge auf die einzelnen Kommunen nach Absatz 1.

Zu Absatz 3:

In Absatz 3 wird die Erstattung anteiliger Beträge an den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe geregelt. Nach Satz 1 hat eine Kommune nach Absatz 1 Satz 1, die nicht örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist, für jede öffentliche Schule mit Primarbereich in ihrer Trägerschaft, die nicht als Ganztagsschule nach § 23 Abs. 1 NSchG geführt wird, dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe den Betrag weiterzuleiten, den sie im Rahmen der Aufteilung der Beträge nach Absatz 2 nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich, die diese Schule besuchen, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen im Primarbereich, die eine öffentliche Schule besuchen, erhalten hat.

Die in den Sätzen 2 und 3 vorgesehenen Regelungen sehen eine Reduzierung des nach Satz 1 weiterzuleitenden Betrages für den Fall vor, dass es sich bei der Kommune um eine Gemeinde handelt, die gemäß § 13 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Aufgabe der Betreuung von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen wahrnimmt.

Zu Artikel 1/1:

Zu Nummer 1:

Im Sachgebiet „Infrastrukturelles Gebäudemanagement“ des Referates „Gebäudemanagement, Bauangelegenheiten“ des Landtags sind fünf Dienstposten für die landtagsinterne Sicherheit eingerichtet, von denen vier mit Beamten der Laufbahngruppe 1, 1. Einstiegsamt, Fachrichtung Allgemeine Dienste, besetzt sind. Ein Dienstposten ist nach Ausscheiden des Dienstposteninhabers noch nicht nachbesetzt. Die Dienstposten sind bisher nach der Besoldungsgruppe A 5 bewertet.

Nach einer Überprüfung der Bewertung wurden vier der Dienstposten nach Besoldungsgruppe A 6 (1. Einstiegsamt) bewertet.

Begründet wird die neue Bewertung mit den zunehmenden Anforderungen an die Gebäudesicherheit. Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages übt gemäß Artikel 18 Abs. 2 Satz 1 der Niedersächsischen Verfassung neben dem Hausauch das Ordnungsrecht aus. Dies bedingt, dass die Polizei mithin grundsätzlich nicht eigenständig in den Landtagsgebäuden tätig werden darf. Die damit einhergehenden und über die Durchsetzung des Hausrechts hinausgehenden Befugnisse erfordern oftmals eine besondere Sensibilität und Menschenkenntnis. Der Niedersächsische Landtag versteht sich als „offenes Haus“ für alle Bürgerinnen und Bürger. Gerade in den Eingangsbereichen der Liegenschaften wird daher von dem Sicherheitspersonal eine besondere Wachsamkeit und Besonnenheit verlangt. Auch der Umgang mit dem Personenschutz besonders schutzwürdiger Persönlichkeiten stellt eine besondere Herausforderung dar. Dies unterscheidet die Bewachungsaufgaben erheblich von den Aufgaben des Personals, das im Pförtnerdienst in der übrigen Landesverwaltung eingesetzt wird und „lediglich mit der Durchsetzung des Hausrechts“ betraut ist. Vier der Dienstposten wurden daher nach der Besoldungsgruppe A 6 bewertet.

Durch die Hebung von zwei Stellen der Besoldungsgruppe A 5 nach A 6 ergeben sich jährliche Mehrausgaben in Höhe von 3 696 Euro für den Landeshaushalt.

Zu Nummer 2:

Das Amt der Leiterin oder des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung soll nicht mehr von einer Staatsekretärin/einem Staatssekretär wahrgenommen werden. Hierfür sind die entsprechenden Strukturen im Besoldungsrecht zu schaffen. Die Besoldung wird zudem von Besoldungsgruppe B 9 + Amtszulage auf Besoldungsgruppe B 6 (Ministerialdirigentin/Ministerialdirigent) abgesenkt.

Durch die Absenkung der Wertigkeit der Position der Leiterin/ des Leiters der Presse- und Informationsstelle ergeben sich jährliche Minderausgaben von ca. 30 164 Euro für den Landeshaushalt.

Zu Nummer 3:

§ 39 NBesG regelt die besonderen, von der konkreten Funktion abhängigen Stellenzulagen. Die Einzelheiten sind in der Anlage 11, die konkreten Beträge in der Anlage 12 zum NBesG festgelegt.

Die Zulage nach Nummer 8 der Anlage 11 zu § 39 NBesG erhalten Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1 mit Meisterprüfung oder mit dem Abschluss als staatlich geprüfte Technikerin oder staatlich geprüfter Techniker, wenn einer dieser Abschlüsse für den Zugang zum zweiten Einstiegsamt gefordert wird. Es handelt sich somit um eine laufbahnbezogene Zulage, die das höhere Zugangsniveau aufgrund der Qualifikation als Meisterin, Meister, Technikerin oder Techniker honoriert.

Die Höhe der Zulage beträgt gemäß Anlage 12 bislang 38,35 Euro. Dieser Betrag wurde seit Einführung der Zulage nicht angepasst und spiegelt den Stellenwert der Qualifikation inzwischen nicht mehr angemessen wider. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Zulage daher durch eine Anpassung des Betrags in Anlage 12 auf 70,00 Euro erhöht, um die Bedeutung des Abschlusses als Meisterin, Meister, staatlich geprüfte Technikerin oder staatlich geprüfter Techniker angemessen zu würdigen.

Derzeit erhalten ca. 150 Landesbeamtinnen und Landesbeamte die Meisterzulage. Bei Besetzung der offenen Stellen im Werkdienst des Justizvollzugs wird sich die Zahl auf maximal 194 zulagenberechtigte Landesbeamtinnen und Landesbeamte erhöhen. Somit ergeben sich für den Landeshaushalt jährliche Mehrausgaben von rund 73 000 Euro.

Für den Bereich der kommunalen Dienstherren und der sonstigen Dienstherren entstehen Mehrausgaben, deren Höhe von der Anzahl der jeweils beschäftigten Beamtinnen und Beamten, denen eine entsprechende Meisterzulage gewährt wird, abhängt.

Zu Artikel 6:

Zu Nummer 1:

Zum einen wird eine weitere Zuführung von Krankenhausinvestitionsmitteln, die ab 2026 im Kapitel 0595 – Investitionen in die Infrastruktur und die Klimaneutralität nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz – vereinnahmt werden, geregelt. Diese zusätzlichen investiven Mittel sollen dazu dienen, das Krankenhausinvestitionsprogramm 2026 zu verstärken.

Die nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz vereinnahmten Bundesmittel in Höhe von bis zu 50 000 000 Euro erhöhen sich um die Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 KHG (um bis zu 33 340 000 Euro) und verstärken kurzfristig die Landesinvestitionsmaßnahmen nach § 9 Abs. 1 KHG.

Weiterhin wird geregelt, dass für die Aufbauförderung der Regionalen Gesundheitszentren (im Weiteren: RGZ) im Sinne von § 3 Nr. 12 in Verbindung mit § 34 Abs. 2 Nr. 1 Niedersächsisches Krankenhausgesetz dem Sondervermögen im Jahr 2026 Landesmittel in Höhe von 15 000 000 Euro zugeführt werden.

Im Gegenzug werden die vom Land als Kofinanzierung von Maßnahmen nach § 12 b KHG dem Sondervermögen zuzuführenden Mittel entsprechend reduziert.

Die Zuführung von Mitteln für die Aufbauförderung von RGZ zu Lasten der Kofinanzierung von Maßnahmen nach § 12 b KHG in Höhe von 15 000 000 Euro soll innerhalb des Sondervermögens kompensiert werden.

Zu Nummer 2:

Redaktionelle Anpassung.

Zu Artikel 8:

Zu Nummer 1:

Für das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen ist für das Jahr 2026 ein zusätzlicher einmaliger Zuführungsbedarf in Höhe von 95 700 000 Euro vorgesehen. Dieser ist für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen bestimmt. Diese Zuführung wird im Entwurf des Haushaltsplans 2026 bei der Haushaltsstelle 0802-884 11 abgebildet. Zur teilweisen Gegenfinanzierung wird der Ansatz bei der Haushaltsstelle 1302-971 13 um 20 500 000 Euro reduziert.

Auf Grund zu erwartender Kofinanzierungsbedarfe für Vorhaben aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) werden landesseitig Kofinanzierungsmittel in Höhe von 25 000 000 Euro benötigt.

Für Kofinanzierungsbedarfe zur vollständigen Gegenfinanzierung von Bundesmitteln für das Städtebauförderungsprogramm 2026 werden Haushaltsmittel in Höhe von 20 500 000 Euro benötigt.

Hinzu kommen Kofinanzierungsbedarfe in Höhe von 48 200 000 Euro für große anstehende Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur im Rahmen der Umsetzung der Energiewende.

Darüber hinaus bestehen Bedarfe für die Förderung des Destinationsmanagements in Höhe von 2 000 000 Euro.

Zur Sicherstellung einer optimalen und flexiblen Umsetzung der Kofinanzierung von Bundesförderungen ist es notwendig, dass diese Mittel über den Wirtschaftsförderfonds, gewerblicher Bereich bereitgestellt werden.

Für das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz ist für das Jahr 2026 ein zusätzlicher einmaliger Zuführungsbetrag an das Sondervermögen Wirtschaftsförderfonds, ökologischer Bereich in Höhe von 248 200 000 Euro vorgesehen. Dieser ist in Höhe von 200 000 000 Euro zur Finanzierung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 10 und in Höhe von 48 200 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 bestimmt. Diese Zuführung wird im Entwurf des Haushaltsplans 2026 bei der Haushaltsstelle 1502-884 11 abgebildet.

Auf Grund zu erwartender Kofinanzierungsbedarfe für Vorhaben aus dem aufgestockten „Klima- und Transformationsfonds“ (KTF) werden landesseitige Kofinanzierungsmittel benötigt.

Insbesondere im Bereich des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ und bei Klimaanpassungsprojekten im Bereich von Mooren, Auen, Wäldern und Salzwiesen ist mit erheblichen Mittelbedarfen zu rechnen, um vermehrte Investitionen nach Niedersachsen zu lenken und die Klimaziele gerade im großen Bereich der Moore zu erfüllen.

Weitere 96 400 000 Euro sollen der Kofinanzierung von Bundesförderungen für große anstehende Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur im Rahmen der Umsetzung der Energiewende dienen und damit einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten.

Zur Sicherstellung einer optimalen und flexiblen Umsetzung der Kofinanzierung von Bundes- und

EU-Förderungen ist es notwendig, dass diese Mittel über den ökologischen Bereich des Wirtschaftsförderfonds bereitgestellt werden.

Zu Nummer 2:

Im Rahmen der Umressortierung im Mai 2025 wurden Aufgaben von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium in die Staatskanzlei übertragen. Die für diese Aufgaben bisher im Zuständigkeitsbereich des für Wirtschaft zuständigen Ministeriums veranschlagten Haushaltsmittel werden mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2026 in die Staatskanzlei verlagert.

Das für Umwelt zuständige Ministerium überträgt dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium (im Weiteren: ML) seit dem Haushaltsjahr 2021 die Verwaltung für Maßnahmen in dessen Geschäftsbereich. Um die Ressourcenverantwortung entsprechend den Zuständigkeiten abzubilden, soll die Verwaltung eines Anteils des Sondervermögens auf das ML übergehen.

Die Gesetzesänderung führt zu keinen monetär-haushaltsmäßigen Auswirkungen für den Landeshaushalt. Es erfolgt lediglich eine Änderung der Darstellung im Haushalt des Landes sowie eine Klarstellung der Zuständigkeiten der Ministerien und der Staatskanzlei hinsichtlich der Verwaltung des Sondervermögens.

Zu Nummer 3:

Folgeänderung zu Nummer 2. Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens sollen dementsprechend ab dem Haushaltsjahr 2026 in den dafür eingerichteten Kapiteln in den Einzelplänen 02, 08, 09 und 15 ausgewiesen werden.

Die Gesetzesänderung führt zu keinen haushaltsmäßigen Auswirkungen.

Zu Artikel 10/1:

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a:

Die Landesregierung hat beschlossen, die dem Regionalverband Großraum Braunschweig auf zehn Jahre befristete Möglichkeit, etwaige nicht vollständig für die Finanzierung von SPNV-Betriebsleistungen benötigte Zuweisungsmittel nach § 7 Abs. 1 auch für alle Zwecke nach § 7 Abs. 7 zu verwenden, um weitere zehn Jahre zu verlängern. Hintergrund ist, dass die Schieneninfrastruktur an verschiedenen Stellen nach wie vor nicht so ausgebaut ist, dass die Mittel nach § 7 Abs. 1 vollständig für das SPNV-Angebot verausgabt werden. Auf der anderen Seite steht der Verband vor großen finanziellen Herausforderungen, beispielsweise bei der Finanzierung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs. Mit der frühzeitigen Verlängerung wird dem Verband Planungssicherheit und eine größtmögliche Flexibilität bei dem Mitteleinsatz eingeräumt, um eine Angleichung der ÖPNV-Verhältnisse zu ermöglichen. Der Zehnjahreszeitraum entspricht dabei der üblichen Dauer eines Verkehrsvertrages. Auswirkungen auf den Landeshaushalt bestehen hierdurch nicht, weil es sich um weitergeleitete Bundesmittel handelt.

Zu Buchstabe b:

Die Landesregierung hat beschlossen, die im Koalitionsvertrag verankerte zweckdienliche Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale nach § 7 Abs. 4 Satz 2 vorzunehmen.

Die Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale auf 2,59 Euro je Einwohner führt multipliziert mit der offiziellen Einwohnerzahl Niedersachsens von 8 004 489 zu jährlichen Mehrausgaben für den Landeshaushalt in Höhe von rund 10 000 000 Euro.

Die bisherige Höhe der Verwaltungskostenpauschale spiegelte die Belastungen der niedersächsischen Aufgabenträger nur unzureichend wider. Über die Verwaltungskostenpauschale erhalten die Aufgabenträger eine Finanzhilfe zur Abdeckung von Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für die Erstellung der Nahverkehrspläne. Sie dient insbesondere der Finanzierung der Arbeitskraft der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Finanzierung externer Berater und Dienstleister.

Der Betrag pro Einwohner ist seit der Einführung der Pauschale zum 01. Januar 1996 nur ein einziges Mal zum 01. Januar 2022 von 1,00 Euro auf 1,35 Euro angehoben worden. Seit der letzten Anpassung sind die Bruttoverdienste sowie die Lohnnebenkosten, gemessen am „Index der Arbeitskosten“ des Statistischen Bundesamts (Destatis), kalender- und saisonbereinigt von 98,8 Punkten auf 120,8 Punkte gestiegen. Dies ergibt eine Steigerung um 22,27 Prozent (Messzeitraum: 1. Vierteljahr 2020 bis 2. Vierteljahr 2025). Als Gründe für die Kostensteigerungen sind unter anderem die Mindestlohnerhöhung auf zwölf Euro pro Stunde im Oktober 2022 und die allgemeinen Preissteigerungen (Inflation) zu nennen, welche zu Lohnerhöhungen zum Ausgleich des Kaufkraftverlusts führten. Die Energiepreissteigerungen in Folge des Ukraine-Kriegs trugen ebenfalls zu den gestiegenen Arbeitskosten bei.

Darüber hinaus führt die Übernahme zusätzlicher Aufgaben zu erhöhten Ausgaben der Verwaltungen, die gleichsam finanziell unterstützt werden sollen. Zu nennen sind beispielsweise die Übernahme bisher eigenwirtschaftlich betriebener Linien in die eigene Verantwortung und die Neuvergabe dieser Verkehre im Rahmen vergaberechtlicher Verfahren (Planung von Linienbündeln, Herbeiführen von Gremienbeschlüssen, Erstellung von Leistungsbeschreibungen sowie die Durchführung des Ausschreibungswettbewerbs). Daran anknüpfend steigt der Verwaltungsaufwand für die Verkehrsverträge durch Leistungskontrollen und Vertragsabrechnungen. Weiter zu nennen ist der Planungs-, Vergabe- und Abrechnungsaufwand bei der Einführung flexibler Bedienformen sowie der zusätzliche Regelungs- und Abrechnungsaufwand in Folge der Einführung des Deutschlandtickets.

Zu Nummer 2:

Die neue Fassung ermöglicht einen flexibleren Mitteleinsatz. Dies ist geboten, weil die bisher erforderliche Prüfung, ob eine Maßnahme gegenüber dem Stand von 2017 eine Verbesserung oder Erweiterung des straßengebundenen ÖPNV darstellt, in der heutigen Praxis zu erheblichen Abgrenzungsschwierigkeiten führt.

Zu Artikel 11:

Die für das Haushaltsjahr 2026 ursprünglich aus Landesmitteln in Höhe von 121 000 000 Euro vorgesehene Aufstockung des Sondervermögens wird in Höhe von 20 000 000 Euro durch zusätzliche Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) des Bundes ersetzt (vgl. Einzelplan 20, Kapitel 2095).

Die Reduzierung der Zuführung an das Sondervermögen führt zu einer Haushaltsentlastung in Höhe von 20 000 000 Euro. Die freiwerdenden Haushaltsmittel sind in der Technischen Liste zum Haushaltsplanentwurf 2026 in vollem Umfang im Einzelplan 07 für Verwaltungskosten im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens „Digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte“ vorgesehen.

Niedersächsischer Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Hannover, den 01.12.2025
83/85/1532-83

V o r l a g e 7

zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Diese Vorlage enthält unsere Formulierungsvorschläge aus Vorlage 5, über die der Ausschuss für Haushalt und Finanzen in seiner 125. Sitzung am 20.11.2025 beraten hat, sowie den Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus Vorlage 6 - grau unterlegt - und unsere Formulierungsvorschläge und Anmerkungen dazu.

Dr. Oppenborn-Reccius

Per E-Mail zu verteilen an:
Ausschuss für Haushalt und Finanzen
Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
Ausschuss für Inneres und Sport
Kultusausschuss
Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Fraktionen
Staatskanzlei
Finanzministerium
Justizministerium
Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung
Kultusministerium
Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Landesrechnungshof
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Staatsgerichtshof
Kommunale Spitzenverbände

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Am Ende der Nummer 11 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

   b) Am Ende der Nummer 12 wird das Wort „und“ eingefügt.

   c) Es wird die folgende Nummer 13 eingefügt:

      „13. ab dem Haushaltsjahr 2026 für kreisfreie Städte 63,26 Euro und für Landkreise 69,14 Euro“.

2. Nach § 5 a wird der folgende § 5 b eingefügt:

„§ 5 b
Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(1) [1]Die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover erhalten vom Land für die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Bereich des gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes im Jahr 2026 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 10 000 000 Euro. [2]Die Beträge nach Satz 1 werden jeweils

1. zur Hälfte nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Kommune nach Satz 1 zu der Zahl der

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Haushaltsbegleitgesetz 2026

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

Das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

1/1. In § 5 Abs. 1 Satz 1 wird nach den Worten „Niedersächsischen Schulgesetzes“ die Angabe „(NSchG)“ eingefügt.

Anmerkung:
Die neu eingefügte Nummer 1/1 beruht auf Nummer 1 Buchst. a des Änderungsvorschlages.

1/2. § 5 a Abs. 2 Satz 6 wird gestrichen.

2. Nach § 5 a wird der folgende § 5 b eingefügt:

„§ 5 b
Leistungen für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(1) [1]Die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte und die Landeshauptstadt Hannover erhalten vom Land für die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden im Bereich des gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes im Jahr 2026 20 000 000 Euro und in den Jahren 2027 und 2028 jeweils 10 000 000 Euro. [2]Die Beträge nach Satz 1 werden jeweils **zur Hälfte nach dem Verhältnis**

1. _____ der Einwohnerzahl der Kommune nach Satz 1 zu der Zahl der Einwohnerinnen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen zum Stichtag 30. Juni 2025 und	und Einwohner in Niedersachsen zum Stichtag 30. Juni 2025 und
2. zur Hälfte nach dem Verhältnis des Viehbestandes in Großvieheinheiten der Kommune nach Satz 1 zu dem Viehbestand in Großvieheinheiten in Niedersachsen	2. _____ des Viehbestandes in Großvieheinheiten der Kommune nach Satz 1 zu dem Viehbestand in Großvieheinheiten in Niedersachsen
verteilt. [3]Einwohnerzahl ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die die Landesstatistikbehörde aufgrund einer allgemeinen Zählung der Bevölkerung (Volkszählung) und deren Fortschreibung für den Stichtag ermittelt hat. [4]§ 177 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) gilt entsprechend. [5]Der Viehbestand ergibt sich aus der von der Landesstatistikbehörde zusammengestellten Landwirtschaftszählung 2020. [6]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht. [7]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend. [8]Abweichend von § 16 Abs. 2 NKomVG gilt die Stadt Göttingen bei der Anwendung von Satz 1 als kreisangehörige Gemeinde.	verteilt. [3]_____ *(jetzt in § 7 Abs. 1 [neu])* [4]_____ *(jetzt in § 7 Abs. 1 [neu])* [5]Der Viehbestand ergibt sich aus der von der Landesstatistikbehörde zusammengestellten Landwirtschaftszählung 2020. [6]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht. [7]_____ *(vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2)* [8]Abweichend von § 16 Abs. 2 NKomVG gilt die Stadt Göttingen bei der Anwendung von Satz 1 als kreisangehörige Gemeinde.
(2) Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und der Viehbestand nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 der Landeshauptstadt Hannover bleiben bei der Berechnung des Anteils der Region Hannover unberücksichtigt.“	(2) _____ *(jetzt in § 7 Abs. 2 Satz 2 [neu])“*
3. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:	3. Nach § 5 b wird der folgende § 5 c eingefügt:
„§ 5 c Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs	„§ 5 c Leistungen für die Erfüllung des Anspruchs nach § 24 Abs. 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs
(1) [1]Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 1 Abs. 1 und 2 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission vom 5. Februar 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 204), erhalten vom Land für die Erfüllung des Anspruchs von Schülerinnen und Schülern in Tageseinrichtungen und Schulen mit Primarbereich nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII)	(1) [1]**F**ür die Erfüllung des Anspruchs _____ nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) **in der ab dem 1. August 2026 geltenden Fassung** erhalten **d**ie **Kommunen, die nach den §§ 102 und 195 NSchG Schulträger von öffentlichen** Schulen mit Primarbereich **sind,** vom Land
1. im Jahr 2026 1 269 000 Euro,	1. *unverändert*
2. im Jahr 2027 4 322 000 Euro,	2. *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
3. im Jahr 2028 7 376 000 Euro,	3. *unverändert*
4. im Jahr 2029 10 335 000 Euro und	4. *unverändert*
5. ab dem Jahr 2030 12 214 000 Euro.	5. *unverändert*
[2]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.	[2]Die Leistungen werden bis zum 30. September eines jeden Jahres erbracht.
(2) [1]Die Beträge nach Absatz 1 werden auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die im Gebiet des jeweiligen örtlichen Trägers einen Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII haben, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen, die diesen Anspruch haben, aufgeteilt. [2]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der aktuellen Schulstatistik.	(2) [1]Die Beträge nach Absatz 1 **Satz 1** werden auf die **einzelnen Kommunen** nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die **den Primarbereich einer öffentlichen Schule in Trägerschaft dieser Kommune besuchen**, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler, die in Niedersachsen **den Primarbereich einer öffentlichen Schule besuchen**, aufgeteilt. [2]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der ____ Schulstatistik **des Vorjahres**.
(3) [1]Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben den Betrag, den sie nach Absatz 2 erhalten haben, nach Maßgabe der Sätze 2 und 3 unverzüglich zu verteilen. [2]Jeder Träger einer im Gebiet des örtlichen Trägers betriebenen Tageseinrichtung erhält einen Betrag, der dem Verhältnis der Zahl der von ihm nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII in dem Gebiet des örtlichen Trägers geförderten Schülerinnen und Schüler zu der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in dem Gebiet des örtlichen Trägers einen Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII haben, entspricht. [3]Von dem verbleibenden Betrag erhält jeder im Gebiet des örtlichen Trägers befindliche Schulträger von öffentlichen Schulen mit Primarbereich, die als Ganztagsschulen geführt werden, einen Betrag, der dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem Anspruch nach § 24 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 SGB VIII an seinen Schulen zu der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem solchen Anspruch im Gebiet des örtlichen Trägers entspricht. [4]Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in einer Tageseinrichtung gefördert werden, richtet sich nach der aktuellen Kinder- und Jugendhilfestatistik nach § 98 Abs. 1 SGB VIII und die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der aktuellen Schulstatistik.“	(3) **[1]Eine Kommune nach Absatz 1 Satz 1, die nicht örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist, hat für jede öffentliche Schule mit Primarbereich in ihrer Trägerschaft, die nicht als Ganztagsschule nach § 23 Abs. 1 NSchG geführt wird, dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe den Betrag weiterzuleiten, den sie im Rahmen der Aufteilung der Beträge nach Absatz 2 nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die den Primarbereich dieser Schule besuchen, zu der Zahl aller Schülerinnen und Schüler, die in Niedersachsen den Primarbereich einer öffentlichen Schule besuchen, erhalten hat. [2]Ist die Kommune eine Gemeinde, die gemäß § 13 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission vom 5. Februar 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 204), im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Aufgabe der Betreuung von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen wahrnimmt, so wird bei der Berechnung des weiterzuleitenden Betrages nach Satz 1 die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich, die eine Schule nach Satz 1 besuchen, um die von der Gemeinde zur Förderung von Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen bereitgestellten Plätze verringert. [3]Die Zahl der von der Gemeinde zur Förderung der Schülerinnen und Schülern des Primarbereichs in Tageseinrichtungen bereitgestellten Plätze richtet sich nach den im Vorjahr beim**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	Landesjugendamt in dieser Gemeinde genehmigten Plätzen, und die Zahl der Schülerinnen und Schüler richtet sich nach der Schulstatistik des Vorjahres.“
	Anmerkung: *Die Änderungen in Nummer 3 (einleitender Satzteil des Absatzes 1 Satz 1, Absätze 2 und 3) beruhen auf Nummer 1 Buchst. b des Änderungsvorschlages.*
4. In § 7 Abs. 2 werden die Worte „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ durch die Angabe „NKomVG“ ersetzt.	4. ____ § 7 _____ **erhält folgende Fassung:** **„§ 7** **Verteilungs- und Zahlungsmodalitäten** **(1) Für die Bestimmung der Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt § 17 NFAG entsprechend.** **(2) [1]Die Leistungen nach diesem Abschnitt werden auf der Grundlage der Einwohnerzahl nach Absatz 1 verteilt, soweit nichts anderes geregelt ist. [2]Stehen einer kreis- oder regionsangehörigen Gemeinde Leistungen unmittelbar selbst zu, so bleibt deren Anteil am Verteilungsschlüssel bei der Berechnung des Anteils des jeweiligen Landkreises oder der Region, dem oder der sie angehört, unberücksichtigt.** **(3) [1]Die Leistungen werden bis zum 20. Juni eines jeden Jahres erbracht, soweit nichts anderes geregelt ist. [2]Die §§ 19 und 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 21 Abs. 5 NFAG gelten entsprechend.“** **Artikel 1/1** **Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes** **Das Niedersächsische Besoldungsgesetz vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:** **1. In der Anlage 1 (zu § 5 Abs. 3, §§ 22, 23 Abs. 3 sowie den §§ 37 und 39) werden in der Besoldungsgruppe A 6 in Satz 2 der Fußnote 1 nach dem Wort „Dienstherrn“ ein Semikolon und die Worte „dies gilt nicht für die Planstellen des Landtags“ eingefügt.**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

2. In der Anlage 2 (zu § 5 Abs. 3, § 22 Abs. 1 und § 37) wird in der Besoldungsgruppe B 6 bei dem Amt „Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent“ der Funktionszusatz „- als Leiterin oder Leiter der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung -“ angefügt.

3. In der Anlage 12 (zu § 39) wird in der Spalte „Monatsbeträge in Euro“ bei der Angabe „Nummer 8“ die Angabe „38,35 Euro“ durch die Angabe „70,00 Euro“ ersetzt.

Anmerkung:
Der neu eingefügte Artikel 1/1 beruht auf Nummer 2 des Änderungsvorschlages. Der hier wiedergegebene Text ist gegenüber dem Text in Vorlage 6 lediglich geringfügig redaktionell überarbeitet worden (unterstrichen).

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes

§ 4 a des Niedersächsischen Sportfördergesetzes vom 7. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 544), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ und das Wort „fünf“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

2. In Satz 2 wird die Angabe „2025“ durch die Angabe „2026“ ersetzt.

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes

unverändert

Artikel 3
Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

§ 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 109), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 3 wird die Angabe „Sätze 4 bis 10“ durch die Angabe „Sätze 4 bis 9“ ersetzt.

2. Die Sätze 4 bis 6 erhalten folgende Fassung:

„[4]Aus den Bundesmitteln, die dem Land Niedersachsen nach Maßgabe der Rechtsverordnung

Artikel 3
Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

§ 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 109), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II monatlich zustehen, erhalten die in Satz 1 genannten kommunalen Träger monatliche Abschlagszahlungen. [5]Sofern die Höhe der dem Land Niedersachsen zustehenden Bundesmittel für das laufende Jahr durch Rechtsverordnung nach § 46 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 SGB II rückwirkend angepasst wird, erfolgt eine Anpassung der Abschlagszahlungen rückwirkend zum 1. Januar des laufenden Jahres. [6]Die Höhe der Abschlagszahlungen für die einzelnen in Satz 1 genannten kommunalen Träger wird anhand eines Vomhundertsatzes berechnet, der sich aus dem jeweiligen Anteil des kommunalen Trägers an den vom Land Niedersachsen nach § 46 Abs. 11 Satz 5 SGB II insgesamt gemeldeten Zweckausgaben für die in Satz 1 genannten Leistungen des Vorvorjahres ergibt.“	
3. Satz 7 wird gestrichen.	3. *unverändert*
4. Die bisherigen Sätze 8 bis 11 werden Sätze 7 bis 10 und wie folgt geändert:	4. Die bisherigen Sätze 8 bis 11 werden Sätze 7 bis 10 und wie folgt geändert:
a) In dem neuen Satz 8 wird die Angabe „Satz 8“ durch die Angabe „Satz 7“ ersetzt.	a) *unverändert*
b) In dem neuen Satz 9 wird die Angabe „Sätzen 4 bis 7“ durch die Angabe „Sätzen 4 bis 6“ und die Angabe „Sätzen 8 und 9“ durch die Angabe „Sätzen 7 und 8“ ersetzt.	b) *unverändert*
c) In dem neuen Satz 10 Halbsatz 1 wird die Angabe „in der ab dem 1. Januar 2021 geltenden Fassung“ durch die Angabe „in der Fassung des Artikels 7 des Haushaltsbegleitgesetzes 2021 vom 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477)“ ersetzt.	c) In dem neuen Satz 10 **erhält** Halbsatz 1 **folgende Fassung _____:** **„[10]Auf die Abrechnungsjahre 2021 bis 2025 finden die Sätze 3 bis 10** in der Fassung des Artikels 7 des ____**G**esetzes ____ vom 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477) **Anwendung;“**
Artikel 4 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs	Artikel 4 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs
Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 300), geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:	Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 24. Oktober 2019 (Nds. GVBl. S. 300), geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
1. In § 2 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 wird nach den Worten „des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ die Angabe „(NKomVG)“ eingefügt.	1. *unverändert*
	1/1. In § 15 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2/1 und Abs. 4“ ersetzt.
2. In § 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 Abs. 4“ ersetzt.	2. In § 16 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Angabe „§ 25 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 25 **Abs. 3 Satz 2/1 und** Abs. 4“ ersetzt.
3. § 25 erhält folgende Fassung:	3. § 25 erhält folgende Fassung:
„§ 25 Ausgleich für Verwaltungskosten	„§ 25 Ausgleich für Verwaltungskosten
(1) [1]Die nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen erhalten im Jahr 2026 zum Ausgleich der entstehenden Personal- und Sachkosten (Verwaltungskosten) zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 SGB IX, der Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe insgesamt 46 909 639 Euro. [2]Bei dem Betrag nach Satz 1 wird davon ausgegangen, dass zum Stichtag 1. Januar 2025	(1) [1]**Z**um Ausgleich **der aufgrund der Heranziehung** nach § 4 Abs. 2 oder 3 _____ entstehenden Personal- und Sachkosten (Verwaltungskosten) zur Durchführung von Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 SGB IX, der Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs sowie zur Feststellung und Bewilligung der Leistungen erhalten **die örtlichen Träger der Eingliederungshilfe** im Jahr 2026 vom überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe _____ insgesamt 46 909 639 Euro. [2]____ **D**em **Ausgleichsb**etrag nach Satz 1 **ist zugrunde gelegt**, dass zum Stichtag 1. Januar 2025
1. in Niedersachsen 71 880 volljährige Menschen mit Behinderungen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung nach Teil 2 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs bezogen haben,	1. in Niedersachsen 71 880 volljährige Menschen mit Behinderungen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung nach Teil 2 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs **beziehen** ____,
2. bei den herangezogenen Kommunen für die Durchführung der Aufgaben nach Satz 1 je 150 Menschen nach Nummer 1 eine in Vollzeit beschäftigte Person benötigt wird (Personalschlüssel) und	2. *unverändert*
3. für die Beschäftigung der Person nach Nummer 2 durchschnittliche Verwaltungskosten in Höhe von 97 892 Euro entstehen.	3. für die Beschäftigung **einer** Person nach Nummer 2 durchschnittliche Verwaltungskosten in Höhe von 97 892 Euro entstehen.
(2) [1]Die Höhe des Anteils der jeweiligen Kommune bestimmt sich je zur Hälfte	(2) [1]Die Höhe des **jeweiligen** Anteils **der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe** _____ **an dem Ausgleichsbetrag nach Absatz 1 Satz 1** bestimmt sich je zur Hälfte **nach dem Verhältnis**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
1. nach dem Verhältnis der Zahl der volljährigen Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1, für die der Kommune Aufwendungen entstehen, zu der Zahl dieser Menschen aller Kommunen, für die den Kommunen solche Aufwendungen entstehen, und	1. _____ der Zahl der volljährigen Menschen mit Behinderungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1, für die **im Gebiet des örtlichen Trägers entsprechende** Aufwendungen entstehen, zu der Zahl dieser Menschen _____, für die _____ **im Gebiet des Landes** solche Aufwendungen entstehen, und
2. nach dem Verhältnis der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Kommune zu der Zahl volljähriger Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen.	2. _____ der Zahl der volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner **des** jeweiligen **örtlichen Trägers** zu der Zahl **der** volljährige**n** Einwohnerinnen und Einwohner **des Landes**.
[2]Für die Einwohnerzahl gilt § 177 Abs. 1 und 3 NKomVG entsprechend. [3]Je ein Zwölftel des Betrags nach Satz 1 wird zugleich mit den Abschlägen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 gezahlt.	[2]Für die Einwohnerzahl gilt § 177 Abs. 1 ____ NKomVG entsprechend. [3]Je ein Zwölftel des **jeweiligen Anteils** ____ nach Satz 1 wird zugleich mit den Abschlägen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 gezahlt.
(3) [1]Die Höhe des Ausgleichsbetrags nach Absatz 1 Satz 1 ist jährlich fortzuschreiben. [2]Maßgeblich sind die Veränderungen bei der Zahl der Menschen mit Behinderungen nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und die Veränderungen der durchschnittlichen Verwaltungskosten nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag 31. März eines Jahres im Vergleich zum 31. März des Vorjahres. [3]Im Jahr 2026 sind maßgeblich die Veränderungen im Vergleich zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2. [4]Absatz 2 gilt entsprechend.	(3) [1]Die Höhe des Ausgleichsbetrags nach Absatz 1 Satz 1 ist jährlich fortzuschreiben. [2]Maßgeblich sind **jeweils** die Veränderungen bei der Zahl der Menschen mit Behinderungen **im Sinne des** Absatz**es** 1 Satz 2 Nr. 1 und die Veränderungen **bei der Höhe** der durchschnittlichen Verwaltungskosten **im Sinne des** Absatz**es** 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag 31. März eines Jahres im Vergleich zum 31. März des Vorjahres. **[2/1]Das Fachministerium ermittelt die Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten zum Zweck der Fortschreibung nach Satz 1 anhand der Kriterien, die auch der Ermittlung der Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2 zugrunde gelegt sind, oder bei Änderung der hierfür maßgebenden Verhältnisse auf Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses und nach Abstimmung mit dem Finanzministerium anhand entsprechend angepasster Kriterien.** [3]Im Jahr 2026 sind **im Sinne des Satzes 2** maßgeblich die Veränderungen im Vergleich zum Stichtag nach Absatz 1 Satz 2. [4]**Für die Bestimmung der Höhe des jeweiligen Anteils der örtlichen Träger der Eingliederungshilfe _____ an dem fortgeschriebenen Ausgleichsbetrag** gilt Absatz 2 entsprechend.
(4) Der Gemeinsame Ausschuss gibt zum 1. Januar 2030 und danach jeweils nach fünf Jahren eine Empfehlung darüber ab, ob eine Änderung des Personalschlüssels nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 ab dem jeweiligen Folgejahr geboten ist.	(4) Der Gemeinsame Ausschuss gibt zum 1. Januar 2030 und danach jeweils nach fünf Jahren eine Empfehlung **dazu** ab, ob eine Änderung des Personalschlüssels nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 ab dem jeweiligen Folgejahr geboten ist.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
(5) Die den nach § 4 Abs. 2 oder 3 herangezogenen Kommunen entstehenden Verwaltungskosten zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe werden im Rahmen der Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich gedeckt.“	(5) *unverändert*
Artikel 5 Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes	Artikel 5 Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes
In § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes vom 25. November 2007 (Nds. GVBl. S. 661), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 320), wird die Angabe „1 500 000“ durch die Angabe „2 000 000“ ersetzt.	*unverändert*
Artikel 6 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“	Artikel 6 Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“
Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“ vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:	Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren“ vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:
1. § 2 wird wie folgt geändert:	1. *unverändert*
a) Am Ende der Nummer 4 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.	
b) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „und“ eingefügt.	
c) Es wird die folgende Nummer 6 eingefügt:	
„6. Maßnahmen nach § 12 b Abs. 1 Sätze 4 und 5 KHG“.	
2. § 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:	2. § 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
	0/a) Es werden die folgenden Nummern 12 a und 12 b eingefügt:

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
	„12 a. vom Land ab dem Haushaltsjahr 2026 aus Kapitel 0595 Titel 884 61 zugeführte Haushaltsmittel für Maßnahmen nach § 2 Nr. 2,
	12 b. von den Landkreisen und kreisfreien Städten ab dem Haushaltsjahr 2026 die von ihnen nach § 8 Abs. 1 Satz 1 NKHG wegen der Zuführungen des Landes nach Nummer 12 a für Maßnahmen nach § 2 Nr. 2 aufzubringenden Finanzierungsmittel,“.
a) Am Ende der Nummer 16 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.	a) **In** Nummer 16 **werden nach der Angabe „10 000 000 Euro“ das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt, nach der Angabe „9 000 000 Euro“ die Angabe „sowie im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von 15 000 000 Euro“ eingefügt sowie a**m Ende das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.
b) Am Ende der Nummer 17 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.	b) *unverändert*
c) Es werden die folgenden Nummern 18 und 19 angefügt:	c) Es werden die folgenden Nummern 18 und 19 angefügt:
„18. vom Land im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von 600 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 sowie	„18. vom Land im Haushaltsjahr 2026 eine Zuführung in Höhe von **585 000 000** Euro für Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 sowie
19. die dem Land vom Bund ab 2026 zugeteilten Fördermittel nach § 12 b KHG.“	19. *unverändert*
3. § 4 wird wie folgt geändert:	3. § 4 wird wie folgt geändert:
	0/a) In Satz 6 wird die Angabe „11, 12 und 13“ durch die Angabe „11 bis 13“ ersetzt.
a) Es wird der folgende neue Satz 9 eingefügt:	a) *unverändert*
„[9]Die Mittel nach § 3 Satz 1 Nrn. 18 und 19 dürfen nur zur Finanzierung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 6 verwendet werden.“	
b) Der bisherige Satz 9 wird Satz 10.	b) *unverändert*
	Anmerkung: *Die Änderungen in den Nummern 2 und 3 beruhen auf Nummer 3 des Änderungsvorschlages.*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Artikel 7
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ vom 16. Mai 2017 (Nds. GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2020 (Nds. GVBl. S. 108), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und darin erhält Nummer 1 folgende Fassung:

      „1. bei der Medizinischen Hochschule Hannover und bei der Universität Göttingen in der Universitätsmedizin

         a) im Bereich der Krankenversorgung einschließlich der Forschung und Lehre mit räumlichem Bezug zur Krankenversorgung und der ihr dienenden Infrastruktur und

         b) im Bereich der Forschung und Lehre ohne räumlichen Bezug zur Krankenversorgung und der der Forschung und Lehre dienenden Infrastruktur sowie“.

   b) Es wird der folgende Satz 2 angefügt:

      „[2]Es dient in den in Satz 1 Nr. 1 genannten Bereichen nur zur Finanzierung von Neubaumaßnahmen, einschließlich der Ersteinrichtung unter Anschaffung und Installation medizinischer Großgeräte; es dient weder der Finanzierung von Instandhaltungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen noch der Finanzierung von Maßnahmen zur Erweiterung bestehender Gebäude.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

      aa) Es wird der folgende neue Satz 2 eingefügt:

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Artikel 7
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ vom 16. Mai 2017 (Nds. GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2020 (Nds. GVBl. S. 108), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

      aa) Es **werden die folgenden Sätze** 2 **und 3** eingefügt:

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
„[2]Das Sondervermögen darf nach Maßgabe des Absatzes 2 auch für Bürgschaften verwendet werden, die zur Sicherung des Vergütungsanspruchs einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung einer Investitionsmaßnahme beauftragten Unternehmen vom Land übernommen werden.“	„[2]Das Sondervermögen darf auch für **die Inanspruchnahme des Landes aus** nach Maßgabe des Absatzes 2 **übernommenen** Bürgschaften verwendet werden_____ *(jetzt in Absatz 2 Satz 1)*. **[3]**Erlischt eine Bürgschaft, ohne dass das Land aus ihr in Anspruch genommen wird, so stehen die für die Bürgschaft nicht mehr benötigten Mittel erneut für die Übernahme einer Bürgschaft **oder eine Verwendung nach Satz 1** zur Verfügung.“
bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und darin wird die Angabe „§ 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 Buchst. a“ ersetzt.	bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz **4** und darin wird die Angabe „§ 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 2 Nr. 1 Buchst. a“ ersetzt.
cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 4 und 5.	cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze **5** und **6**.
b) Es wird der folgende Absatz 2 angefügt:	b) Es wird der folgende Absatz 2 angefügt:
„(2) [1]Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) darf Bürgschaften in Höhe von insgesamt bis zu 200 000 000 Euro übernehmen. [2]Erlischt eine Bürgschaft, ohne dass das Land aus ihr in Anspruch genommen wird, so stehen die für die Bürgschaft nicht mehr benötigten Mittel erneut für die Übernahme einer Bürgschaft zur Verfügung.“	„(2) [1]Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachministerium) **ist ermächtigt**, zur Sicherung des Vergütungsanspruchs einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen der mit der Planung oder Ausführung einer **aus dem Sondervermögen finanzierten** Investitionsmaßnahme beauftragten Unternehmen Bürgschaften in Höhe von insgesamt bis zu 200 000 000 Euro **zu Lasten des Sondervermögens zu** übernehmen. [2]_____ *(jetzt in Absatz 1 Satz 3)*“
3. § 5 wird wie folgt geändert:	3. § 5 wird wie folgt geändert:
a) In Satz 1 werden nach den Worten „Finanzierung aus dem Sondervermögen“ die Worte „und die Übernahme einer Bürgschaft“ eingefügt.	a) *unverändert*
b) In Satz 3 Halbsatz 1 werden die Worte „zur Kenntnis genommen“ durch das Wort „beschlossen“ ersetzt.	b) ***wird gestrichen***
4. In § 7 Satz 1 werden die Worte „Ministerium für Wissenschaft und Kultur“ durch das Wort „Fachministerium“ ersetzt.	4. *unverändert*
5. In § 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Satz 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz 5“ ersetzt.	5. In § 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Satz 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz **6**“ ersetzt.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Artikel 8
Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

Dem § 4 Abs. 1 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (Nds. GVBl. S. 431), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), werden die folgenden Sätze 11 bis 13 angefügt:

„[11]Im Haushaltsjahr 2026 wird dem Sondervermögen zusätzlich ein Betrag in Höhe von 321 400 000 Euro zugeführt. [12]Von diesem Betrag ist ein Betrag in Höhe von

1. 25 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5,

2. 96 400 000 Euro für den Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft und

3. 200 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 10

zu verwenden. [13]Der Betrag nach Satz 12 Nr. 2 ist je zur Hälfte für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 und für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 zu verwenden.“

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Artikel 8
Änderung des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen

Das Gesetz__ über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (Nds. GVBl. S. 431), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), **wird wie folgt geändert:**

1. Dem § 4 Abs. 1 werden die folgenden Sätze 11 bis 13 angefügt:

„[11]Im Haushaltsjahr 2026 wird dem Sondervermögen zusätzlich ein Betrag in Höhe von **343 900 000** Euro zugeführt. [12]Von diesem Betrag ist ein Betrag in Höhe von

1. **47 500 000** Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5,

2. *unverändert*

3. 200 000 000 Euro für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis **9**

zu verwenden. [13]Der Betrag nach Satz 12 Nr. 2 ist je zur Hälfte für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1, 2, 4 und 5 und für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 7 und 8 zu verwenden.“

2. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„[1]Das Sondervermögen wird verwaltet

1. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1 bis 3 von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium,

2. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5

a) von der Staatskanzlei, soweit es um Maßnahmen in ihrem Geschäftsbereich geht, und

b) von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht,

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

3. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6, 7 und 9 von dem für Umwelt zuständigen Ministerium,

4. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 8

a) von dem für Umwelt zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht, und

b) von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium, soweit es um Maßnahmen in seinem Geschäftsbereich geht,

sowie

5. hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen nach § 2 Nr. 10 von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium.“

b) In Satz 2 werden die Worte „Dieses kann“ durch die Worte „Die Staatskanzlei und die Ministerien können“ ersetzt.

3. § 6 Sätze 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„[1]Für jedes Haushaltsjahr werden Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens erstellt, und zwar gesondert für die Förderung

1. von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 1 bis 3 und von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium verwaltet wird,

2. von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 4 und 5, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von der Staatskanzlei verwaltet wird,

3. von Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6, 7 und 9 und von Maßnahmen nach § 2 Nr. 8, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 4

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Buchst. a hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von dem für Umwelt zuständigen Ministerium verwaltet wird, sowie

4. von Maßnahmen nach § 2 Nr. 8, soweit das Sondervermögen nach § 5 Satz 1 Nr. 4 Buchst. b hinsichtlich der Förderung solcher Maßnahmen von dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium verwaltet wird, und von Maßnahmen nach § 2 Nr. 10.

[2]Die Übersichten sind Bestandteil des Haushaltsplans des Landes und werden für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 1 als Kapitel 5081 im Einzelplan 08, für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 2 als Kapitel 5021 im Einzelplan 02, für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 3 als Kapitel 5157 im Einzelplan 15 und für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 4 als Kapitel 5091 im Einzelplan 09 ausgewiesen.“

Anmerkung:
Die Änderungen beruhen auf Nummer 4 des Änderungsvorschlages. Die vorgeschlagenen und unterstrichenen Änderungen zu Nummer 3 (§ 6 Satz 1) sollen nur der Präzisierung und Verdeutlichung der Regelungszusammenhänge dienen.

Artikel 9
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“

Das Gesetz über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 120), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung“ durch die Worte „Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung“ ersetzt.

2. In § 8 Satz 2 werden die Angabe „50 82“ durch die Angabe „5191“ und die Angabe „08“ durch die Angabe „19“ ersetzt.

Artikel 9
Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“

Das Gesetz über das „Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen“ vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 120), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (Nds. GVBl. S. 110), wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „**vom** Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung“ durch die Worte „**von dem für** Digitalisierung **zuständigen** Ministerium _____“ ersetzt.

2. *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

Artikel 10
Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes

Das niedersächsische Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetz vom 29. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 7), wird wie folgt geändert:

1. Am Ende des § 18 Nr. 2 wird nach dem Komma die Angabe „soweit die Darlehen nicht nach § 19 a Satz 1 auf die NBank übertragen worden sind," angefügt.

2. § 19 wird wie folgt geändert:

   a) Am Ende der Nummer 5 wird das Wort „oder" durch ein Komma ersetzt.

   b) Am Ende der Nummer 6 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

   c) Es werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:

      „7. wirtschaftliche Nachteile ausgleichen, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen entsprechend der Verpflichtung nach § 19 a Satz 1 zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes ausreicht, oder

      8. Zahlungsausfälle aus den nach § 19 a Satz 1 ausgereichten Darlehen ausgleichen."

3. Nach § 19 wird der folgende § 19 a eingefügt:

„§ 19 a
Übertragung von Darlehen auf die NBank, Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile und Zahlungsausfälle

[1]Das Fachministerium (§ 3 Abs. 3) wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsjahr 2026 zum Sondervermögen gehörende Darlehen mit einem ausstehenden Rückzahlungsanspruch in Höhe von insgesamt bis zu 900 000 000 Euro unentgeltlich auf die NBank zu übertragen, wenn die NBank sich verpflichtet, in Höhe von eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes nach Satz 2 Dar-

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

Artikel 10
Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes

Das niedersächsische Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetz vom 29. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 7), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. § 19 wird wie folgt geändert:

   a) *unverändert*

   b) *unverändert*

   c) Es werden die folgenden Nummern 7 und 8 angefügt:

      „7. *unverändert*

      8. Zahlungsausfälle aus ____ Darlehen **_____, zu deren Ausreichung sich die NBank nach** § 19 a Satz 1 **verpflichtet hat,** ausgleichen."

3. Nach § 19 wird der folgende § 19 a eingefügt:

„§ 19 a
Übertragung von Darlehen auf die NBank, Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile und Zahlungsausfälle

[1]Das Fachministerium (§ 3 Abs. 3) wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsjahr 2026 zum Sondervermögen gehörende Darlehen mit einem ausstehenden Rückzahlungsanspruch in Höhe von insgesamt bis zu 900 000 000 Euro unentgeltlich auf die NBank zu übertragen, wenn die NBank sich verpflichtet, in Höhe von eingehenden Tilgungszahlungen, einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenerlösen, und Ausgleichszahlungen des Landes nach Satz 2 Dar-

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

lehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes auszureichen. [2]Das Land leistet einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung ausreicht, und für Zahlungsausfälle aus den nach Satz 1 ausgereichten Darlehen."

Artikel 11

Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden"

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden" vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 297), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom

Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD

lehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung des Landes auszureichen. [2]Das Land leistet einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile, die der NBank dadurch entstehen, dass sie Darlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung ausreicht, und für Zahlungsausfälle aus **____** Darlehen **_____, zu deren Ausreichung sie sich** nach Satz 1 **verpflichtet hat**."

Artikel 10/1
Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes

Das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz vom 28. Juni 1995 (Nds. GVBl. S 180), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 106), wird wie folgt geändert:

1. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 wird die Angabe „31. Dezember 2026" durch die Angabe „31. Dezember 2036" ersetzt.

b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Angabe „1,35 Euro" durch die Angabe „2,59 Euro" und die Angabe „135 000 Euro" durch die Angabe „259 000 Euro" ersetzt.

2. § 7 b Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„[2]Sie dürfen auch für andere Maßnahmen des Aufgabenträgers im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr eingesetzt werden."

Anmerkung:
Der neu eingefügte Artikel 10/1 beruht auf Nummer 5 des Änderungsvorschlages.

Artikel 11

Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden"

Das Gesetz über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden" vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 297), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220	*Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 6) sowie Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD*
13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:	13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:
1. In § 3 Satz 3 werden nach der Angabe „31 000 000 Euro“ ein Komma und die Angabe „im Haushaltsjahr 2026 einen Betrag in Höhe von 121 000 000 Euro“ eingefügt und die Angabe „Haushaltsjahren 2026“ durch die Angabe „Haushaltsjahren 2027“ ersetzt.	1. In § 3 Satz 3 werden nach der Angabe „31 000 000 Euro“ ein Komma und die Angabe „im Haushaltsjahr 2026 einen Betrag in Höhe von **101 000 000** Euro“ eingefügt und die Angabe „Haushaltsjahren 2026“ durch die Angabe „Haushaltsjahren 2027“ ersetzt.
2. In § 6 Satz 2 wird die Angabe „Kapitel 5134 im Einzelplan 13“ durch die Angabe „Kapitel 5201 im Einzelplan 20“ ersetzt.	2. *unverändert*
	Anmerkung: *Die Änderung in Nummer 1 beruht auf Nummer 6 des Änderungsvorschlages.*
Artikel 12 Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes	Artikel 12 Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes
In § 5 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes vom 16. November 1999 (Nds. GVBl. S. 388), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 111), werden die Worte „Deutschen Bundesbank“ durch das Wort „Finanzwirtschaft“ ersetzt.	*unverändert*
Artikel 13 Inkrafttreten	Artikel 13 Inkrafttreten
(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.	*unverändert*
(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 1 Nr. 3 am 1. August 2026 in Kraft.	

Vorlage 9 zu Drs. 19/7910 neu	Vorlage 8 zu Drs. 19/8220

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens

Niedersächsischer Städtetag * Warmbüchenkamp 4 * 30159 Hannover

An die
Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung –

Per E-Mail:
birgit.armbrecht@lt.niedersachsen.de

Hannover, 2. Dezember 2025

Ansprechpartner: Frau Hendricks
Durchwahl: 0511 / 36894-22
E-Mail: Hendricks@nst.de

Aktenzeichen: 20.21:012 - Bit.

Anhörung im AfHuF am 3. Dezember 2025
hier: Änderungsvorschläge zu den Gesetzentwürfen zum Haushalt und Haushaltbegleitgesetz 2026

Sehr geehrte Frau Armbrecht,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Änderungsvorschlägen zu den Gesetzentwürfen zum Haushalt und Haushaltbegleitgesetz 2026.

A.

Im Laufe der vergangenen Monate haben wir als Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände mehrfach und nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, dass die Situation der kommunalen Finanzen im Vergleich der letzten Jahrzehnte einen weiteren Tiefstand erreicht hat und sich die Kommunen 2024 im Vergleich zu 2023 mit steigenden Verlusten von etwa 1,3 Mrd. Euro auf diesmal etwa 4 Mrd. Euro konfrontiert sahen. Wir haben auch mehr als deutlich gemacht, dass die Kommunen diesem Trend absehbar aus eigener Kraft nichts entgegenzusetzen haben, weil sie zum größten Teil nicht auf eigenen Ausgabeentscheidungen der Kommunen beruhen. Die niedersächsischen Kommunen liegen dabei auch im Pro-Kopf-Länderverglich nicht etwa im Mittelfeld, sondern ganz weit vorne.

Unserer Wahrnehmung nach wird diese Situation auch landesseitig nicht in Frage gestellt, sondern anerkannt und dann akzeptiert. Eben diese Akzeptanz der Situation wird in unserer Mitgliedschaft mit zunehmender Bitterkeit wahrgenommen. Dagegen helfen auch nicht die Investitionsunterstützungen, für die wir dankbar sind und die wir für dringend notwendig halten. Sie sind dafür auch nicht gedacht, sondern sie dienen dem Abbau der erheblichen bestehenden Investitionsrückstände der staatlichen Infrastruktur. Die Summe der über die Jahre bereitgestellten Mittel klingt gewaltig, relativiert sich aber schnell mit Blick auf die dagegenstehenden Bedarfe und Höhen der Investitionsrückstände.

Aus unserer Sicht ist der einzige Weg der einer strukturellen Entlastung der kommunalen Haushalte. Wir haben dafür, zuletzt in der Anhörung zur Novelle des Niedersächsischen

Finanzausgleichsgesetzes, die Aufstockung des Kommunalen Finanzausgleichs um 1 Mrd. Euro gefordert. Auch diese Summe klingt gewaltig, bedeutete sie doch eine Erhöhung um fast 1/6. Auch sie relativiert sich aber mit Blick auf die einleitend beschriebenen jährlich entstehenden Defizite. Als notwendige Zwischenschritte haben wir eine Erhöhung um einen Prozentpunkt zum kommenden Haushalt und einen weiteren Prozentpunkt zum folgenden gefordert.

Der Entwurf des Landeshaushalts 2026 enthält diesen notwendigen ersten Schritt nicht, obwohl die Mittel mit Blick auf die Rücklage vorhanden wären. Wenn das Land diese Mittel nun für neue Projekte einsetzen möchte, müssen die Kommunen aus den Mitteln, die aus dem künftig eingeräumten Verschuldungsspielraum des Landes entstehen, Entlastung finden.

B.

Im Übrigen hat das Niedersächsische Innenministerium mit Blick auf die sich aus der Novelle des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich ergebenden Veränderungen per Pressemitteilung angekündigt, die Bedarfszuweisungen um 50 Mio. Euro pro Jahr anzuheben. Bei einer Umsetzung zum Jahr 2026 würden die Folgen der Verschiebung sich auch im KFA 2026 niederschlagen. Folglich müssten die entsprechenden 50 Mio. Euro zur Aufstockung des KFA entsprechend eingeplant werden.

Mitglieder der Mehrheitsfraktionen im Niedersächsischen Landtag hatten anlässlich der Anhörung zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes am 13.11.2025 angekündigt, wegen der notenwendigen und bereits angekündigten Kompensationsmaßnahmen mit der Landesregierung im Gespräch zu sein. Voraussetzung für eine Umsetzung ist allerdings die jetzige Etatisierung im Einzelplan 13. Ohne eine solche Veranschlagung kann die Zusage der Landesregierung nicht umgesetzt werden. Sollte diese Kompensation nicht etatisiert werden, wird dies zu erheblichem Unmut insbesondere bei den von der Änderung des Finanzausgleichs besonders betroffenen strukturschwachen Landkreisen führen.

C.

Wir hatten bereits in der Anhörung am 17.9.2025 für die vorgesehenen, landesseitig zugesagten mindestens 250 Mio. Euro (nebst Dynamisierung anhand der Tarifsteigerungen) zum Schluss der Lücke bei den Kita- und Krippenpersonalkosten wegen der Differenz in den Zahlungen der Jahreswochenstundenpauschale und der tatsächlichen Tarifentwicklung gedankt. Gleichzeitig hatten wir allerdings vom Kultusministerium eine konkrete Berechnung des Deltas eingefordert, um eine Befriedung zu erreichen. Obwohl wir diese bereits mehrfach bei der Kultusministerin angemahnt haben, ist es bislang nicht zu einer Verständigung gekommen.

Die kommunalen Spitzenverbände hatten bereits vor der Sommerpause einen konkreten Bedarf von 302 Mio. Euro im ersten Jahr errechnet. Das Kultusministerium hat auf Arbeitsebene Berechnungen vorgelegt, die die Höhe von 302 Mio. Euro bestätigen. Insoweit muss mit dem Landeshaushalt 2026 jetzt die Umsetzung erfolgen und der Betrag im Einzelplan des Kultusministeriums (Kap. 0774 Titel 633 15 – vgl. Vorlag 6, Nachtrag 6) auf 302 Mio. Euro angehoben werden. Der genaue Betrag beträgt nach der Berechnung des MK, Ref, 53, vom 23.9.2025 302.571.702,24 €.

D.

Zu den Änderungsentwürfen im Einzelnen:

I. Vorlage 6 zu Drs. 19/8220 Änderungsentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Artikel 1 Lit. b.

Die vorliegende Norm entspricht der zwischen dem Kultusministerium und der AG KSV einvernehmlich vereinbarten Fassung. Die hierfür vorgesehenen Landesmittel beruhen auf der zwischen Land und Kommunen getroffenen Vereinbarung im Rahmen der Gespräche zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. Das Kultusministerium hatte ein Gesamtpaket zum Landeszuschuss beim Ausbau des Ganztags vorgelegt; die AG KSV hat sich im weiteren Verfahren dafür entschieden, auf eine weitergehende investive Kofinanzierung zu verzichten und stattdessen die Weitergabe eines zehnprozentigen Anteils der bundesstaatlichen Betriebskostenzuschüsse an die kommunale Ebene zu befürworten.

Auf ausdrücklichen Wunsch der AG KSV soll diese Weiterleitung unmittelbar an die Schulträger erfolgen, da sowohl die AG KSV als auch das Kultusministerium das Zielmodell der schulischen Umsetzung des Ganztags favorisieren. Vor dem Hintergrund, dass der Rechtsanspruch nach dem SGB VIII von den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe zu erfüllen ist, erscheint eine pauschale Auszahlung oder zwischenzeitliche Weiterleitung über die Jugendhilfeträger jedoch weder sachgerecht noch verwaltungsökonomisch vertretbar. Eine derartige Zwischenschaltung würde erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursachen, ohne erkennbaren Mehrwert für die praktische Gewährleistung des Rechtsanspruchs zu bringen, und würde zudem der ursprünglichen Zweckbindung der Mittel zuwiderlaufen.

Vor diesem Hintergrund ist die vorgesehene direkte Weiterleitung des entsprechenden Anteils der Bundesmittel an die Schulträger – unter Wahrung der Zweckbindung und der jeweils geltenden haushalts- und förderrechtlichen Vorgaben – als sachgerecht zu erachten.
Da der Rechtsanspruch aber bekanntermaßen nicht die Schulträger trifft, sondern die örtlichen Träger der Jugendhilfe, ist es sinnvoll, dort, wo entsprechende schulische Ganztagsangebote nicht bestehen und der Anspruch auf andere Weise gewährleistet werden muss, das Geld in diesem Fall an die Jugendhilfeträger weiterzuleiten.

Artikel 6 Nr. 1
Das Land hat den Kommunen insgesamt 60 % der auf Niedersachsen entfallenden Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes zugesagt. 50 % werden pauschal gezahlt (4,7 Mrd. Euro) und weitere 10 % entfallen auf Maßnahmen, die der kommunalen Ebene zugutekommen. Dies entspricht auf die Laufzeit des Programms gerechnet 940 Mio. Euro. Das Land hatte im Rahmen der Haushaltsklausur als Beispiel für eine der insoweit anrechenbaren Maßnahmen angegeben, auf die kommunale Kofinanzierung im Krankenhausbereich für Zahlungen i.H.v. 600 Mio. Euro zur Kofinanzierung des Krankenhaustransformationsfonds zu verzichten, also 240 Mio. Euro. Wenn die Kommunen nun 50 Mio. Euro, die aus dem Bundessondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität vom Land eingesetzt werden, kofinanzieren sollen, ergibt sich hier eine erneute Belastung. Auch diese muss vom Land übernommen werden. Dafür wäre noch hinreichend Spielraum innerhalb der 940 Mio. Euro vorhanden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der fortlaufenden Belastung durch die Stützung der kommunalen Krankenhäuser wegen fehlender Ausfinanzierung der Betriebskosten. Die hier in Ansatz gebrachten freiwilligen Beträge der kommunalen Ebene lagen bei letzter Erhebung allein für 2023 bei ca. 600 Mio. Euro.

Artikel 10/1
Wir begrüßen die vorgesehene Anhebung der Verwaltungskostenpauschale nach § 7 Abs. 4 Satz 2 NNVG auf 2,59 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner als einen ersten, sachgerechten Schritt zur Stärkung der finanziellen Ausstattung des ÖPNV. Diese Erhöhung leistet einen Beitrag zur Entlastung der kommunalen Aufgabenträger bei der Wahrnehmung ihrer Verwaltungsaufgaben.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass diese Maßnahme allein nicht ausreichen wird, um die Finanzierung des ÖPNV in Niedersachsen im Ländervergleich in das bundesweite Mittelfeld anzuheben. Nach derzeitigem Stand wendet das Land jährlich lediglich rund 15 Euro pro Einwohnerin bzw. Einwohner für den ÖPNV auf. In vergleichbaren Flächenländern liegen die landesseitigen Ausgaben deutlich höher: In Hessen betragen sie 66 Euro, in Baden-Württemberg 55 Euro, in Sachsen-Anhalt 27 Euro und in Nordrhein-Westfalen 26 Euro pro Kopf (jeweils Zahlen aus 2022). Vor diesem Hintergrund bleibt weiterer Handlungsbedarf zur strukturellen Stärkung der ÖPNV-Finanzierung in Niedersachsen bestehen.

II. Vorlage 5 zu Drs. 19/7910 (neu) Änderungsentwurf der CDU-Fraktion

Der Entwurf sieht verschiedene begrüßenswerte kommunalrelevante Maßnahmen im Bereich Katastrophenschutz und Krisenresilienz im Gesundheitssystem vor sowie zu verstetigende 20 Mio. Euro jährlich für die Sprachförderung in Kindertagesstätten und 400 Mio. Euro für Digitalisierung an Schulen. Wir begrüßen mit Blick auf unsere oben dargestellten Ausführungen die im Änderungsvorschlag enthaltenen Vorschläge zur Stärkung der kommunalen Finanzsituation und insbesondere den strukturell ansetzenden Vorschlag einer Erhöhung der Schlüsselzuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich um über 2 %.

III. 1. Nachtrag zu Vorlage 6 zu Drs. 19/7910 Änderungsentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Wir nehmen die Ankündigung für ein innereuropäisches Austausch- und Partnerschaftsprogramm für Kommunen und Zivilgesellschaft, ausgestaltet als Förderung für Kommunen zur Kenntnis. Näheres ist uns dazu noch nicht bekannt.

Wir begrüßen die Bereitstellung von Mitteln Fortsetzung des Programms Zukunftsräume und weiterer Projekte der Sozialen Daseinsvorsorge über 15 Mio. Euro. Bei rein kommunalen Förderprogrammen erwarten wir allerdings keine Aufsetzung oder Verlängerung von Förderrichtlinien, sondern eine Förderung über das NKomFöG.

IV. 2. Nachtrag zu Vorlage 6 zu Drs. 19/7910 Änderungsentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

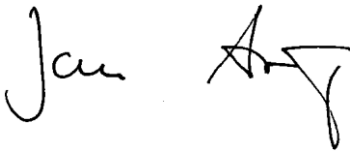
Wir begrüßen die Aufstockung der Sportförderrichtlinie für Schwimmbäder um 15 Mio. Euro, um der Überzeichnung des Programms Rechnung zu tragen.

V. 12. Nachtrag zu Vorlage 6 zu Drs. 19/7910 Änderungsentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Wir begrüßen grundsätzlich die Planung eines Programms Klima Kommunal Niedersachsen Invest im Umfang von 30 Mio. Euro in 2026 bei einem Gesamtumfang von 90 Mio. Euro und erwarten eine bürokratiearme Abwicklung für die Kommunen. Wo immer dies möglich ist, sollte diese nach dem Kommunalfördergesetz oder, sofern bundesrechtliche Vorgaben entgegenstehen, möglichst daran angelehnt erfolgen. Eine Kombination von Mitteln aus dem KIP 3 und solchen nach LuKIFG muss ermöglicht werden. Da weitere spezialisierte Investitionsprogramme zugleich in Konkurrenz zu den genannten Programmen stehen, müssen die Förderbedingungen zeitnah für die potenziellen Empfänger klar sein, damit eine sinnvolle Planung vor Ort – auch unter dem Aspekt verfügbarer kommunaler Ressourcen – dahingehend möglich ist, für welche Maßnahmen welche Mittel eingesetzt werden sollen und auf welche weiteren Förderprogramme ggf. eine Bewerbung sinnvoll ist.

Die Neuaufsetzung der Förderung des Altlastengewässerschutzes für Kommunen begrüßen wir ebenfalls, allerdings halten wir bei rein kommunalen Förderungen grundsätzlich eine Verordnung nach NKomFöG für vorzugswürdig gegenüber einer Richtlinie. Wenn der Niedersächsische Landtag im November zur Reduzierung von Bürokratie bei Zuwendungen an Kommunen ein gesondertes Gesetz erlässt, müssen die Ressorts nunmehr auch den politischen Willen umsetzen und entsprechende Verordnungen zur Umsetzung erlassen.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Arbeitsgemeinschaft



Dr. Jan Arning
Hauptgeschäftsführer